



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855



vom 09. Januar 2025

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von rund 2.400 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen



Kulm (Weichsel) / poln. Chełmno, um die Mitte des 19. Jahrhunderts. - Quelle: Franz Brandstätter: Die Weichsel. Historisch, topographisch, malerisch. Marienwerder 1855, S. 288. C. A. Mann, Lithographisches Institut von C. G. Kanter, Marienwerder

Seiten A a bis A e: Übersicht in Karten

Seite A f: Impressum

Danach das Inhaltsverzeichnis für Teil A von insgesamt 7 Seiten



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

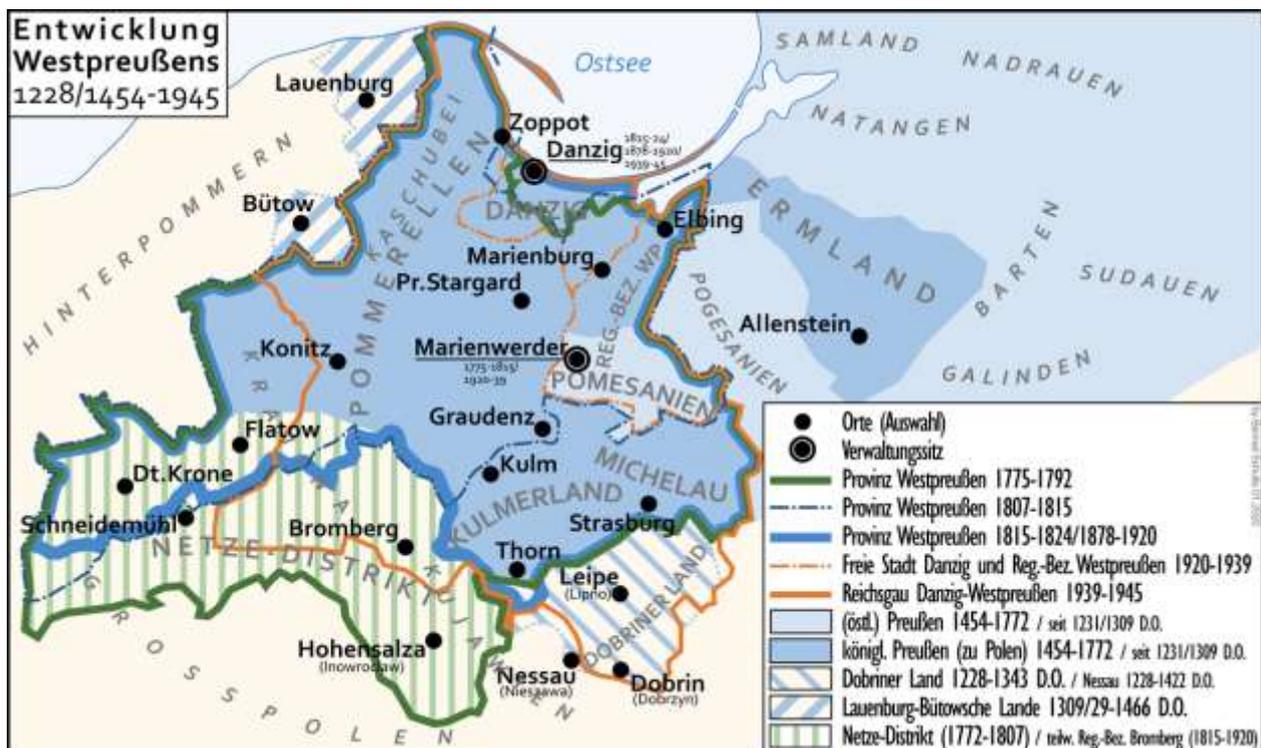
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

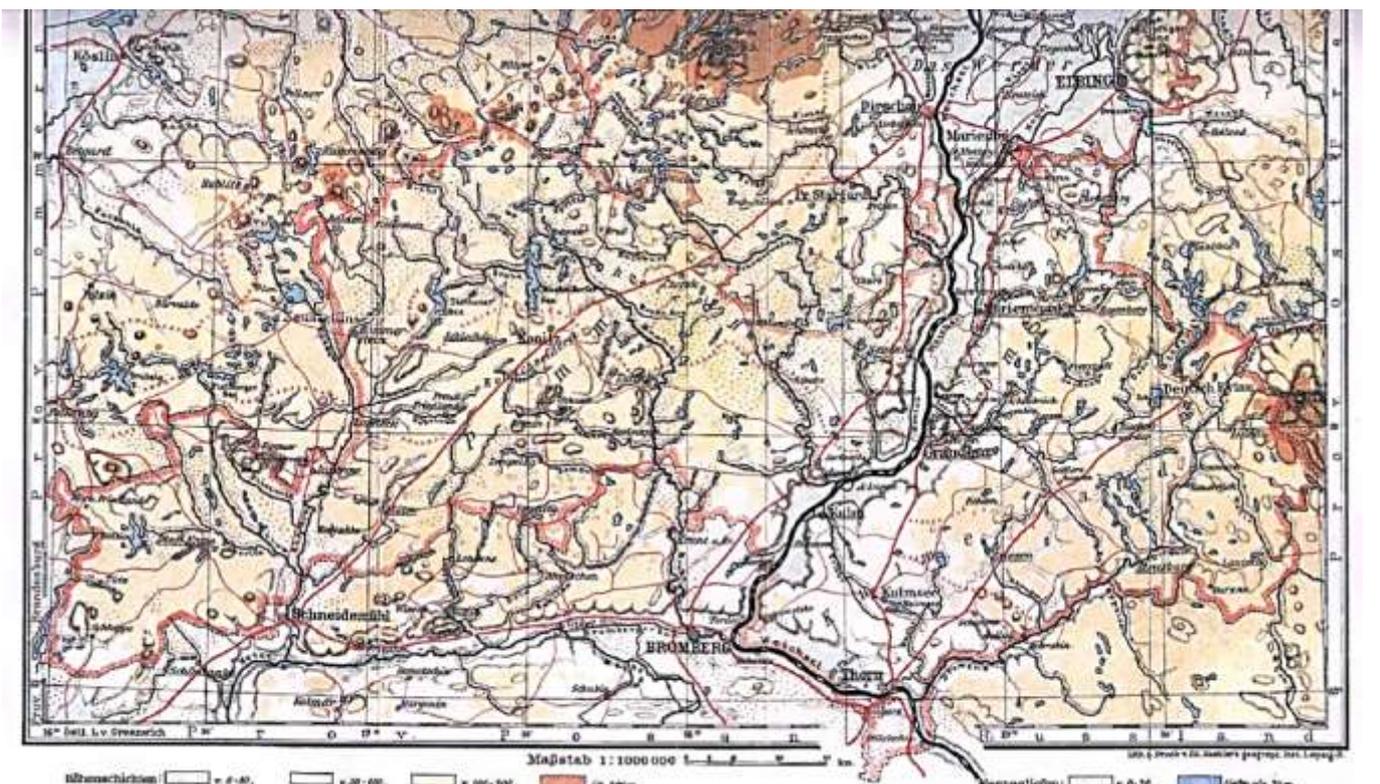
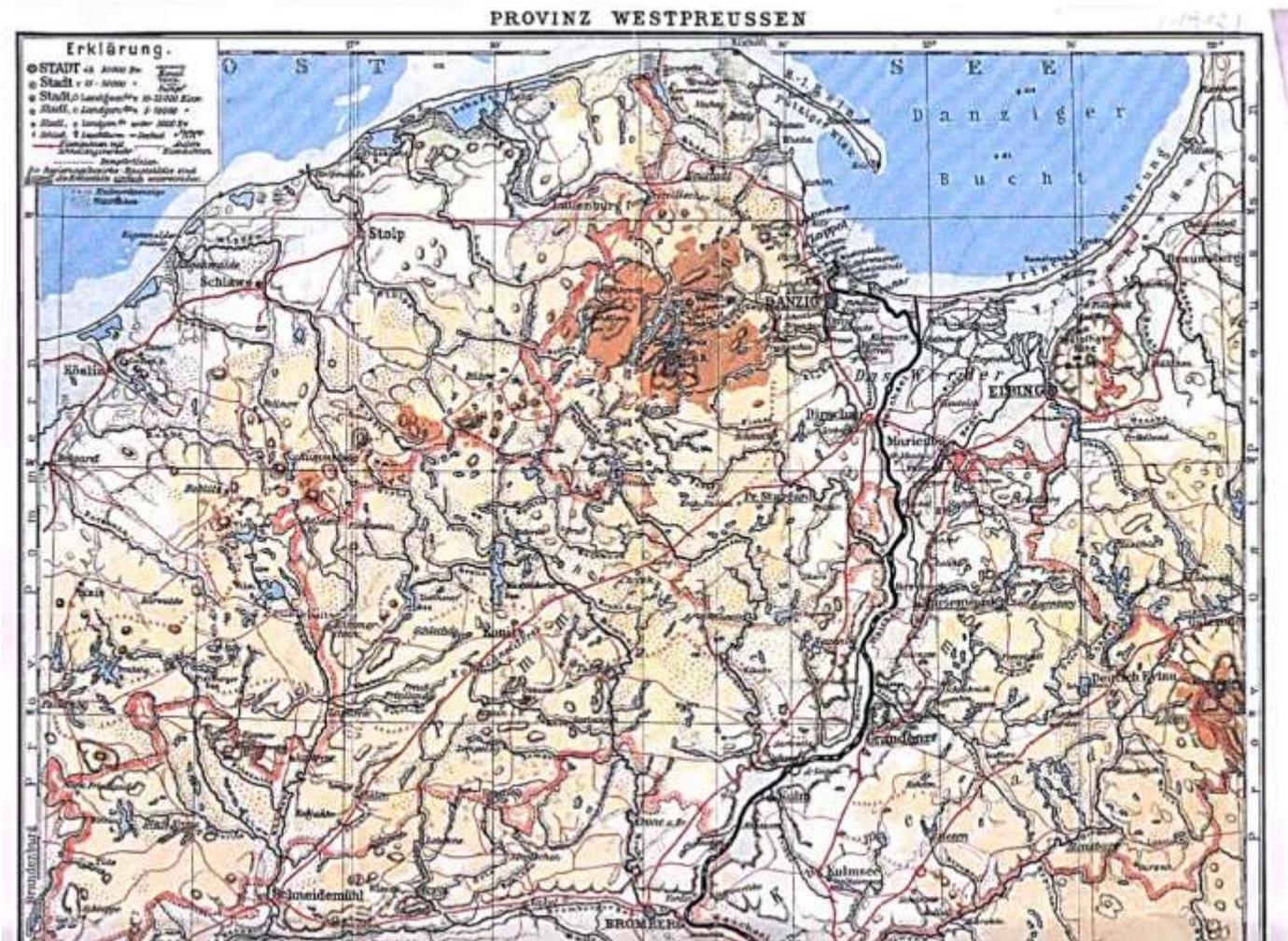
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.-

<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>.

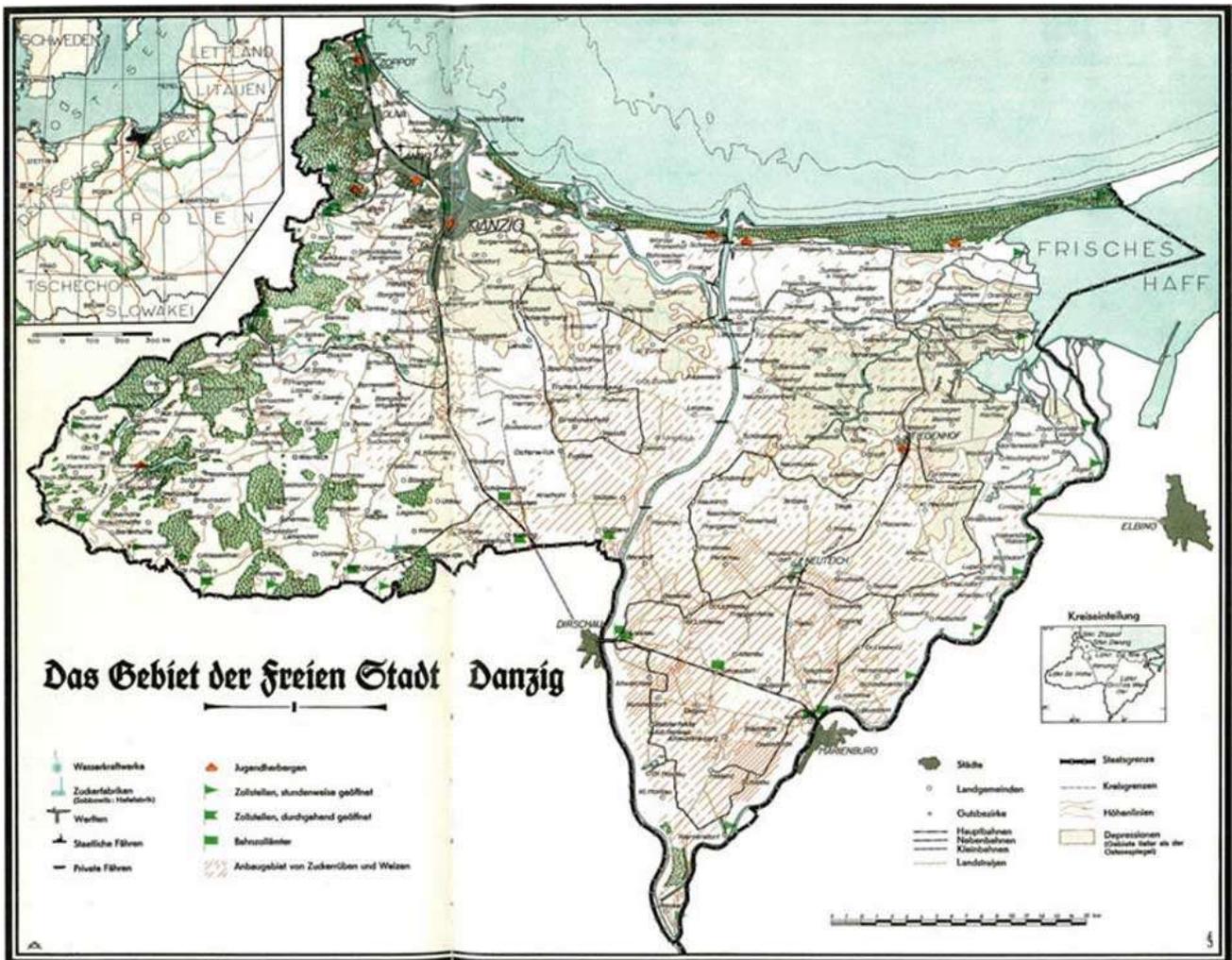
Urheber: Bennet Schulte/Wikipedia. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

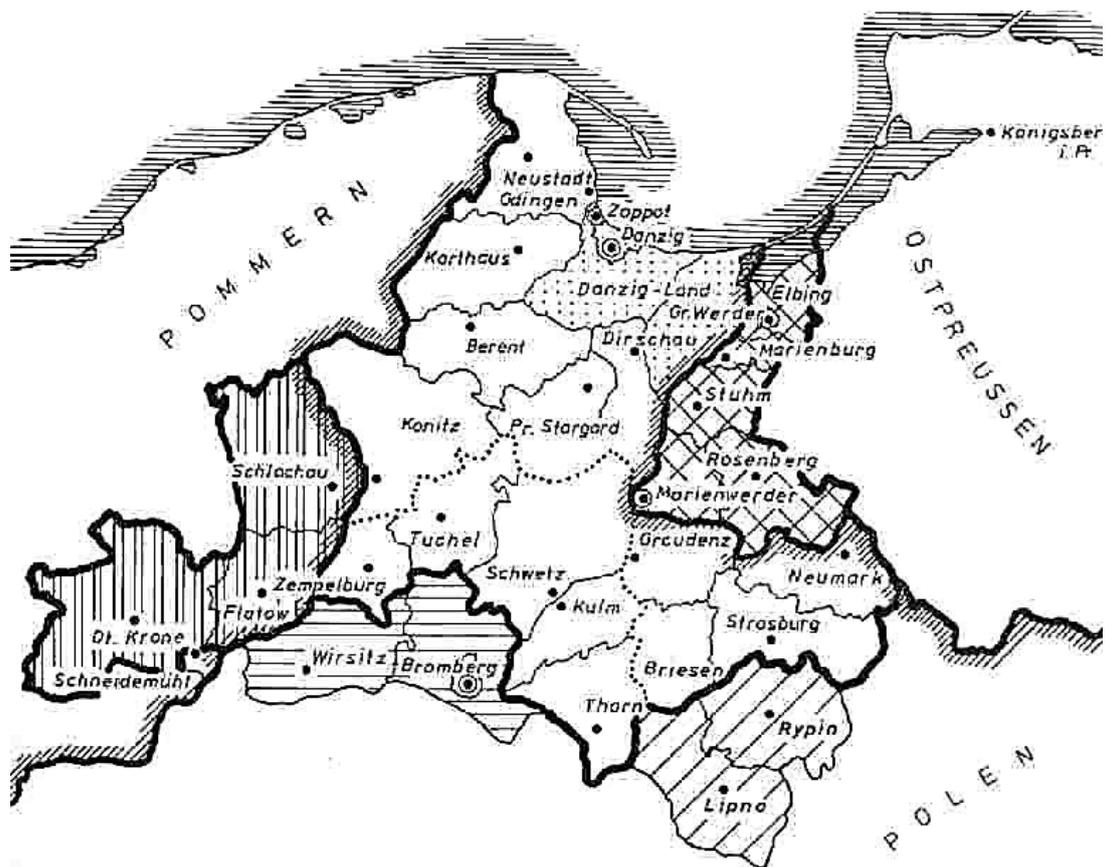




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920.



Das dem Deutschen Reich nach 1918 bzw. nach 1945 im Osten abgenommene und geraubte Gebiet (ohne Sudetenland), projiziert auf die Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich um 165.000 Quadratkilometer, wovon über 90 Prozent an Polen fielen, allein nach dem Zweiten Weltkrieg 103.057 Quadratkilometer.

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 855 vom 09.01.2025:

Montag, 06.01.2025, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 856 erscheint) voraussichtlich, am Donnerstag, dem 06.02.2025.

Redaktionsschluss für AWR-856: Montag, 03.02.2025, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!

Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen:

Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit:

Tanzgruppe „Beschwingter Kreis“ – Leitung Horst Teschendorf
Chinesische Tanzgruppe Berlin – Leitung QunZu
Montagsgruppe Selerweg-Griechischer Tanz – Leitung Thomas Bakalios
Folklore Tanzkreis – Leitung Marlies Hartung



REISEN UND WANDERN

Reise und Wandergruppe „Post-Senioren“ – Leitung Hans-Eckhard Bethge
Erlebnisreisen – Leitung Detlef Lohmann



REPAIR CAFÉ

Repair-Café – Leitung Rüdiger K. Büttner

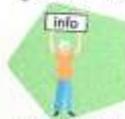


UND WAS GIBT ES AUCH NOCH?

Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige – Leitung Marina Dillmann
Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Briefmarken – Leitung Wolfgang Hartmann
Seniorengruppe Feierabend – Leitung Friedrich Limbach
Auszeit für die Seele – Leitung Ivette Nitsche
FAL-Freude am Leben e.V. – Leitung Rosita Schiffler
Hausfrauen-Trödel – Leitung Eveline Zitzlaff

Die Gruppen haben alle eine Gruppenleitung, die ehrenamtlich tätig ist und Interessenten und Neueinsteiger gerne berät.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns bitte an.
Wir beraten und vermitteln Sie an eine unserer Gruppen.
Wir stehen Ihnen ebenfalls zur Verfügung, wenn Sie eine Gruppe gründen möchten.



KONTAKT

Michael Mielke, 0176 – 34 66 58 27
michaelmielke1000@t-online.de
Zusätzliche Informationen finden Sie unter
www.seniorenmitpower.com



Aktiv im Alter – Gemeinsam statt einsam



50 Jahre Dachverband – Ein Rückblick, aber auch ein Ausblick

Anfang der 70er Jahre kamen in Steglitz die ersten Seniorengruppen zusammen, um ihre Freizeit zu gestalten. Unter dem Motto: „Miteinander – Füreinander“ gründeten sie am 5. September 1973 den Dachverband Steglitzer Seniorenvereinigungen unter der Leitung von H.J. Behrendt. Bis 1991 war der Dachverband auch gleichzeitig Seniorenbeirat im Bezirk und nahm Aufgaben wahr, die heute von der Seniorenvertretung übernommen worden sind. Mit der Verschmelzung der Bezirke Steglitz und Zehlendorf fand die Anpassung des Dachverbandes statt, so dass es heute den Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen gibt. Das Interesse der älteren Bevölkerung an aktiver Freizeitgestaltung hat im Laufe der Jahre stetig zugenommen. Heute sind 55 Mitgliedsgruppen in 8 Sparten organisiert. Der Dachverband ist überparteilich, unabhängig, gemeinnützig und wird vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und vielen Spendern unterstützt und gefördert. Was ist Aufgabe des Dachverbandes in der Zukunft? Nicht nur gestern, sondern auch heute und morgen gilt es, Menschen eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die ihrem Leben einen schöneren Sinn geben kann, die fördert und zusammenführt. Es steht für unsere Zielsetzung, Abwechslung und motivierende Grupeerlebnisse zu organisieren und wegzukommen von Langerweile. Der Dachverband wird auch in Zukunft als Sprachrohr für und Bindeglied zwischen Senioren und Bezirk auf ehrenamtlicher Basis zu verstehen sein und daher ein nicht weg zu denkender Faktor bleiben.



UNSERE ANGEBOTE IM ÜBERBLICK

FOTO UND VIDEO

Fotoclub Steglitz-Zehlendorf – Leitung Reinhard Krause
Berliner Tonfilm Amateure e.V. BTA – Leitung Inga Winterfeldt



GYMNASTIK UND YOGA

Cantienica-Beckenboden- und Rückentraining
– Leitung Corinna Buchholz
Yoga 50+ – Leitung Sabine Goldbach
Gymmis – Leitung Heidrun Kistler
Trampolinfitness – Leitung Tania Lipowski
Chi Gong Gruppe – Leitung Dr. Ortwin Lüers
Sportgruppe – Leitung Martina Lutter-Walther
Old Gymnastics Boys – Leitung Michael Mielke
Gymnastikgruppe Trimmis – Leitung Ilona Nixdorf

Yogagruppe – Leitung Hildegard Pätzold
Taiji Gruppe – Leitung Wolfgang Wagner



KARTENSPIELE UND SCHACH

Doppelkopf für Nichtraucher – Leitung Conny Amor
Bridge Sport Club Nr. 6 – Leitung Claus-Dieter Barnowski
Canasta – Leitung Eva-Maria Fornarelli
60 + Doppelkopf ohne 9! – Leitung Hans-Jürgen Rook
Bund Schachgruppe – Leitung Abdollah Safai-Nia
Skatfreunde ,09 – Leitung Thomas Scherzer
Skatfreunde Kute 85 – Leitung Wolfgang Schuttsch
Skatgruppe – Leitung Jürgen Seidel
Doppelkopf für Nichtraucher „Moonlight Gamblers“
– Leitung Kurt Thiede
Bridge – Leitung Wolfgang Walter
Skatgruppe – Leitung Sylvia Weihe



KREATIVES GESTALTEN

Malen – Leitung Monika Fischer
Malen „Berliner Palette“ – Leitung Renate Heckert
Porzellanmalen – Leitung Gabriele Tschampel
Acrylmalgruppe – Leitung Antonia Vogt



MUSIK UND TANZ

Nefatari – Orientalischer Tanz – Leitung Gisela Altintas
Seniorenorchester Berlin-Zehlendorf – Leitung Renate Blauert-Catudal
Alphorn – Leitung Horst Jaitner
Shanty-Chor Berlin e.V. – Leitung Peter Keller
Kapelle B/The Dixies/September – Leitung Karl-Josef Lenz
Square Up's SDC – Leitung Günter Löscher
Ess Choreal – Leitung Gisela Manz
Frauenchor – Leitung Heidrun Nicking
Dynamite Devils Berlin SDC – Leitung Rainer Peter
Honey Bears SDC – Leitung Carsten Rauter
Rubber Dollies SDC – Leitung Erika Schütten
Naturton-Salon – Leitung Gesa Schumann
Orientalischer Tanz – Leitung Alexandra Staats

Teil A

Inhaltsverzeichnis (Seiten A I – A V)

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite A b
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite A c
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite A d
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite A e
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite A f
<i>BRD und die Gebietsverluste des Deutschen Reiches seit 1918</i>	Seite A g
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite A h
Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen: Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich	Seiten A i - A j
Inhaltsverzeichnis	Seiten A I – A V
Rechtsradikal?	Seite A 00
Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken	Seite A 01
Eine Richtigstellung zum Begriff „Vandalismus. Von Georg Dattenböck	Seiten A 02 – A 03
A.a) Editorial: Deutsches Kulturgut in der ganzen Welt verteilen, um es zu retten!? Die Lage ist unverändert ernst!	
Seite A 1	
Und dann der Begriff „Vandalismus“ – ohne uns!	
Gliederung des AGOMWBW-Rundbriefes	Seite A 2
A. b) Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe	
Seiten A 3 – A 6	
01) Gefahrgut Buch. Unter dem Vorwand, den Bürger zu schützen, gelten in der EU zukünftig für Bücher strengere Regulierungen und Kennzeichnungspflichten als bei manchen Nahrungsmitteln. Von Gerd Reuther und Renate Reuther	
A. c) Aufruf zur Unterstützung	
Seiten A 7 – A 12	
1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin	
2) Spenden-Aufruf der AG Ostmitteleuropa	
3) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung	
4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!	
„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56	
Seite A 11	
Du musst denken	
Seite A 12	

A. d) Forderungen und Grundsätze

Seite A 13

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. e) Fördermöglichkeiten

Seite A 14

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf
<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf>

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 15 – A 40

- 01) DODeutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 66. Jahrgang, Nr. 6, 2024 (Auszug)
- 02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.
- 03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin
- 04) 22.02.2025, Westpreußischer Gesprächskreis
- 05) Tagesfahrten: Bahnfahrt nach Wismar (Deutschlandticket)
- 06) „34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025“
- 07) 15.03.2025, Treffen des Heimatkreises Grenzmark

- 01) Vortragsreihe des WBW im 1. Halbjahr 2025
- 02) Vortragsreihe der AGOM im 1. Halbjahr 2025
- 03) Deutsches Kulturforum östliches Europa
- 04) 16.01.2025, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Behalte mich ja lieb! Von Goethe & Christiane bis Ringelnatz & „Muschelkalk“ - Mit dem Kalliope-Team. Die schönsten Liebeslieder und -Geschichten aus 20 Jahren
- 05) 07.01.2025, Polnische Akademie der Wissenschaften, Berlin: Aurelia Wyleżyńska: Tagebuch aus dem besetzten Warschau 1939–1944
- 06) 21.01.2025, Polnische Akademie der Wissenschaften, Berlin: Auschwitz. Ein Verbrechen und viele Erinnerungen
- 07) 17.01.2025, UTB: Polnisch-deutsche Missverständnisse und die veraltete Versöhnung. Vortrag von Dr. Jarosław Kuisz, Moderation: Dr. Piotr Olszowka
- 08) 10.01.2025, LGV: Führung durch das Schaudapot Architekturmodelle des Archivs der Akademie der Künste
- 09) 25.01.2025, LGV: Funzelführung Kloster Chorin
- 10) 28.01.2025, VGB: Berlin und seine jüngsten Wissenschaftsbauten Lichtbildervortrag von Dr. Christoph Rauhut, Direktor des Landesdenkmalamts und Landeskonservator. Festvortrag und Neujahrsempfang 2025 160 Jahre Verein für die Geschichte Berlins
- 11) 21.01.2025, Literaturhaus Berlin: Literaturstadt #6: Berlin als Internationales Literaturzentrum
- 12) wie 11)
- 13) 28.01.2025, Topographie des Terrors: Die deutsch-besetzte Ukraine im Zweiten Weltkrieg (1941–1943/44)
- 14) Brandenburg-Preußen Museum: Winterschließzeit wegen Umbauarbeiten
- 15) Gesellschaft für Erdkunde: Bisher wurden für den Monat Januar 2025 keine Veranstaltungen angezeigt
- 16) 14.01.2025, Potsdam: Das Herzogtum Preußen – ein Musterland der Reformation im 16. Jahrhundert. Vortrag von Prof. Dr. Matthias Asche (Potsdam)
- 17) Christus König? Christianisierung und Eroberung im europäischen Kontext.
Vortragsreihe des Mittelalterzentrums Greifswald im Wintersemester 2024/2025
- 18) Dr. Gerda Schirrmeister: Veranstaltungen in Vorbereitung
- 19) 26.02.2025, URANIA BERLIN: Unsere Zukunft neu denken. Podiumsgespräch

A. j) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland

Seiten A 65 – A 73

- 01)** Programm des Deutsch-Jüdischen Theaters
- 02)** Ab 17.01.2025, Kommunale Galerie: 18. IBB-Preis für Photographie 2024. Lasse Müller (Hauptpreis) und Konrad Friedländer (Anerkennungspreis). Ausstellung vom 18. Januar bis 30. März 2025
- 03)** Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg: u.a. Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“
- 04)** Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung
- 05)** Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg
- 06)** Brandenburg-Preußen Museum: Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung
- 07)** Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Hinweis auf Startseite

A. j) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 74 – A 86

- 01)** 21.09.2024 – 11.01.2025, Westpreußisches Landesmuseum, Warendorf: »TANZ AUF DEM VULKAN. Erfindung und Untergang einer preußischen Provinz in der Kaiserzeit«
- 02)** Ausstellungseröffnung des Grundschulprojekts „Zeitreise ins Mittelalter“
- 02)** 2024/2025, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025
- 03)** Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen: Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024
- 04)** Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz
- 05)** 31.08.2024 – 02.02.2025, Schlesisches Museum: LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt. Sonderausstellung
- 06)** Ausstellung über den Glatzer Bildhauer Franz Wagner vom 9.11.2024 bis 16.03.2025 im Schlesischen Museum zu Görlitz
- 07)** Weitere Termine im Schlesischen Museum
- 08)** Zentrum gegen Vertreibungen: Angebot von Ausstellungen

Den einzelnen weiteren Abschnitten B, C, D und E sind jeweils Inhaltsverzeichnisse vorgeschaltet!



Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten...

Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

Nein, „Zehn kleine Negerlein...“, das geht nicht! Und „Lustig ist das Zigeunerleben...“, ja, wo sind wir denn – das geht erst recht nicht; im Internet heißt es an einer Stelle dazu: „Lustig ist es im grünen Wald“, da müsse man gleich an Buchenwald und das ‚Leben im KZ‘ denken!“ „Schoko- oder Schaumküsse“ statt „Negerküsse“, „Sarotti-Mohr“? U-Bahnhof Möhrenstraße statt Mohrenstraße?

In Verlautbarungen von Polizei, Feuerwehr und anderen Behörden des öffentlichen Dienstes, auf Plakaten des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg, bei Versicherungen, in Pressemeldungen, kurzum: täglich und hundertfach springt mir der Begriff „Vandalismus“ ins Auge. So auch wieder am 27.12.2011 mehrmals in der „Abendschau“ von „RBB Radio Berlin Brandenburg“, tags darauf springen mir auf der Titelseite der (von mir) angesehenen Wochenzeitung DIE ZEIT „Die Vandalen“ ins Auge. Warum versagen hier die „Wertehüter“ unserer Gesellschaft? Sie wollen doch nicht durch solche und andere „Lässigkeiten“ den Rechtsextremismus fördern?

Wie kann das sein. „Vandalismus“, d.h. „blindwütige Zerstörung von Kulturgütern usw.“ Ein ganzes Volk dient da für eine herabsetzende Begriffsbildung! Das Volk der Ostgermanen ist zwar von der Erdoberfläche schon vor rund 1.500 Jahren verschwunden, aber sie hinterließen uns auch zwei europäische Landschaftsnamen: nach dem vandalischen Teilstamm der Silingen die deutsche und polnische Bezeichnung für ihre alte Heimat „Schlesien“ (poln. Śląsk) und den Namen von „Andalusien“ auf der Iberischen Halbinsel, dem Durchzugsland auf ihrem Weg unter König Geiserich in ihr letztes Reich um Karthago in Nordafrika.

Der verleumderische Begriff „Vandalismus“ geht auf den lothringischen Abbé Henri Grégoire in der Zeit der Französischen Revolution zurück (**Näheres s. <[www.westpreussen-berlin.de/Mitt86/LW_86_1-6_Vandalismus_Jan-Maerz_2012\(1\).pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/Mitt86/LW_86_1-6_Vandalismus_Jan-Maerz_2012(1).pdf)>**). Er hat keine historische Berechtigung. Warum hat der Abbé Grégoire aus den vielen Wandervölkern der Völkerwanderungszeit gerade die Vandalen herausgegriffen? Es hätte doch viele andere Möglichkeiten gegeben: die Hunnen, die furchtbare Plünderung Roms im Mai 1527 (*Sacro di Roma*) des Connetable de Bourbon...? Nicht Vandalen waren es, die Raffaels Gemälde aufschlitzten, auch wenn das viele heutzutage glauben.

Fortgesetzte Bemühungen ernsthafter Schriftsteller und Historiker haben es bis heute selbst unter der Fahne der „political correctness“ nicht erreicht, von diesem falschen und ein ganzes Volk brandmarkenden Begriff des „Vandalismus“ abzugehen. In der Google-Suchmaschine bekam ich in 0,14 Sekunden die Anzeige von 450.000 Meldungen zu „Vandalismus“, und hier auf den ersten zwei Dutzend Seiten - bis auf den Wikipedia-Artikel zu dem Begriff - nur Meldungen zu „blindwütiger Zerstörungswut“ in unserer Gesellschaft der Gegenwart.

Die Geschichte der Menschheit hat viele Beispiele, die zeigen, dass ein als aussichtslos erscheinender Kampf gegen Unrecht und Unwahrheit letztendlich erfolgreich sein kann. Fangen wir damit an, bekämpfen wir die Verwendung dieses verleumderischen Begriffs in der Gesellschaft, wehren wir uns gegen die Verletzung auch unserer geschichtlichen Grundlagen. **Der Begriff „Vandalismus“ ist unnötig, verzichtbar, nicht annehmbar! Er ist zu brandmarken!**

Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

www.westpreussen-berlin.de, westpreussenberlin@gmail.com

Eine Richtigstellung zum Begriff „Vandalismus“

Täglich muß man in Medien die Schlagzeilen: „Vandalen verwüsteten, zerstörten...“ lesen und hören. Auch Versicherungsurkunden verwenden den Begriff. Ist das gerechtfertigt? Wie kam ein ganzes Volk zu diesem Brandmal? Führende Historiker waren und sind anderer Ansicht.¹

„Unter **Vandalismus** versteht man **Zerstörungswut** oder Zerstörungslust. Das Wort leitet sich **auf historisch wenig begründete Weise** von dem Volk der Vandalen ab, die in der Spätantike in das röm. Reich einwanderten. Der Begriff Vandalismus **für blinde Zerstörungswut** geht auf Henri-Baptiste Grégoire, Bischof von Blois, zurück. In seiner im Konvent zu Paris am 28.8.1794 veröffentlichten Schrift ‚Rapport sur les destructions opérées par le vandalisme‘ prangerte er mit dieser Wortneuschöpfung schlagwortartig sinnlose Morde sowie die Zerstörung von Kunstwerken durch radikale Jakobiner im Anschluß an die Französische Revolution an. Bereits 1798 nahm die ‚Académie française‘ den Begriff in ihr Wörterbuch auf. **Erstmals** in Deutschland nachweisbar ist der Umgang mit dem Begriff ‚Vandalismus‘ im juristischen Zusammenhang 1840/41: Während des Baus des Hermanns-Denkmal bei Detmold warf der lippische Hofbaumeister Brune dem Baumeister des Monuments ‚Vandalismus‘ vor. (Wikipedia)

Barbara Pischel bemerkte: „Selbst Wissenschaften, die meinen, humanitären Zielen zu dienen, bedienen sich hiermit eines aus einer **religiösen Intoleranz** gefärbten Begriffes“.

Prof. Dr. Castritius notierte: „Am bekanntesten, weil auch am merkfähigsten, ist die gewissermaßen landläufige Vorstellung von den Vandalen als nimmersatten Räubern und Plünderern, **blindwütigen Zerstörern und kulturlosen Barbaren**, die nicht einmal vor den Altären und Denkmälern Roms, der ‚Ewigen Stadt‘, haltmachten. Zu Vandalen im heutigen Sinne sind sie allerdings erst im Laufe des 18. Jhdts. geworden, besonders durch das Erleben der ‚Terreur‘ genannten Phase der Französischen Revolution“.

Dieser stellte in seiner Arbeit die Frage, ob die abwertende „Verwendung des Vandalennamens und insbesondere die Bezeichnung ‚Vandalismus‘ **berechtigt sind**: Die heutige Forschung stellt sich über-wiegend auf den Standpunkt, daß die negative Aussage, die man vor allem seit dem 17. und 18. Jh. mit dem Wort ‚Vandale‘ verband, indem man hiermit auf das Zerstörerische und Kulturfeindliche hinwies, zumindest stark übertrieben ist. (...) Außer dem Gesichtspunkt der politischen Feindschaft wird gerade in der Völkerwanderungsepoche oft noch der Aspekt der **religiösen Gegnerschaft** – der katholische Schriftsteller gegen den arianischen oder sogar noch heidnischen Barbaren – relevant. (...)

Diese Hinweise auf **eine religiöse Gegnerschaft** trifft den Kern des Haßausbruches des Bischofs Grégoire. Noch im Jahre 1909 wird in einem katholischen Lehrbuch² über die christlichen Arianer, zu denen auch die Vandalen zählten, mitgeteilt:

„Die Vandalen, der roheste germanische Volksstamm, gleichfalls Arianer, zogen über den Rhein durch Gallien in das südliche Spanien (409, Andalusien) und setzten nach Afrika über (429), allenthalben Schrecken verbreitend. Geiserich, ihr Anführer, plünderte 455 Rom (**Vandalismus**); Papst Leo verhinderte eine vollständige Zerstörung der Stadt“.

Daß die Vandalen bei der Besetzung Roms im Jahre 455 bereits Christen waren, bestätigt Prokopios v. Caesarea:³

„Während Honorius als Kaiser über den Westen herrschte, nahmen Barbaren sein Land in Besitz (...) Die allergrößten und bedeutendsten sind die Ostgoten, Vandalen, Westgoten und Gepiden. (...) Sie haben alle weiße Hautfarbe und blonde Haare, sind außerdem hochgewachsen und von stattlichem Aussehen und bedienen sich der gleichen Gesetze und **derselben Art der Gottesverehrung**. Sämtliche gehören nämlich dem **arianischen Glauben an**, sprechen auch nur eine Sprache, das sogenannte Gotische, und bildeten, wie mir scheint, in alter Zeit zusammen ein einziges Volk (...)“.

Der religiös motivierte Verleumdungsbegriff „Vandalismus“ geht **somit im Kern auf die Besetzung Roms durch Vandalenkönig Geiserich zurück**.

Beim französischen Historiker Gautier liest man zur Besetzung Roms durch Geiserich im Jahre 455:

„Ohne Schwertstreich ist Geiserich am 2.6.455 in Rom eingezogen! Sie haben **kein Blutbad, keine Feuersbrunst, keine Verwüstungen angerichtet!** Die ‚Chronik von Südgallien‘ (511) sagt ausdrücklich, daß Rom ohne Feuer und Schwert ausgeliefert wurde“.

Dr. Ludwig Schmidt schrieb in einer Untersuchung 1901 zum Marsch des Geiserich auf Rom:

„Am 2. 6. rückte Geiserich in Rom ein. An der porta Portuensis empfing ihn Papst Leo I. Die Wandalen trachteten, wie die Goten Alarichs, in der Hauptsache nur nach Kriegsbeute; die Zerstörung von Häusern und Denkmälern wäre daher meist zwecklos gewesen; dazu kam als wichtigstes Moment die Ehr-furcht vor der Größe und Heiligkeit Roms, die allen Germanenfürsten eigen war. **Von der Plünderung der Kirchen ist in den älteren Berichten keine Rede (...) Auch Prokop weiß nichts von geraubten Gerätschaften aus röm. Kirchen; erst Theophanes und Kedren erwähnen solche unter den Beutestücken, was jedoch nur auf willkürlicher Erweiterung des Prokopschen Berichts beruht.** Daß die Einwohner am Leben geschont wurden, auch Brandstiftungen nicht vorkamen, **ist durch die zuverlässigen Quellen auf das Bestimmteste bezeugt. Ebenso wenig** ist von mutwilliger Demolierung einzelner Gebäude und Kunstwerke die Rede, und **mit Unrecht ist durch das Wort ‚Wandalismus‘, das hauptsächlich von der Plünderung der ewigen Stadt hergeleitet wird, dem Volke Geiserichs ein Brandmal aufgedrückt worden.** Sicher ist, daß andere Kriegsvölker früher und später weit schlimmer gehaust haben“.

Tatsache ist, daß Papst Leo I. nach dem Abzug der Wandalen am 6.7.455 einen Dankgottesdienst abhielt, weil die Stadt Rom erhalten blieb **und nicht zerstört wurde!**

Dr. Guggenbühl merkte an, daß man auf „eine Vielzahl zeitgenössischer Quellen stößt, in denen die zwar christlichen, aber nichtkatholischen Wandalen der übelsten Grausamkeiten beschuldigt werden. Dabei springt einem zweierlei ins Auge: **Der Ton dieser Texte ist gehässig und zynisch**, und sie stammen **durchweg von katholischen Klerikern**. Der Hintergrund für das negative Urteil in der Geschichte über die Wandalen wird denn auch bald klar: **Es ist der Kampf der Kirche gegen ein Volk, das ein anderes, ein nichtkatholisches Christentum hochhielt“.**

Die Anklage: die Verwüstung und/oder Zerstörung Roms **bricht zusammen**. Sie wurde und wird von **allen relevanten Historikern der letzten zweihundert Jahre als falsch erkannt und kann als nachträgliche böse Propaganda eingestuft werden.**

Der kath. Bischof v. Marseille, Salvian, der unter der uns historisch gut bekannten Sittenlosigkeit seiner Römer litt, hielt Mitte des 5. Jhdts. diesen einen Spiegel vor. Salvian übertrieb gewiß ganz bewußt den moralischen Unterschied und Gegensatz zwischen Römern und Wandalen, den Aussagekern bestätigten jedoch auch andere Autoren seiner Zeit.

Salvian:⁴ „Es gibt keine Tugend, in welcher wir Römer die Wandalen übertreffen, Wir verachten sie als **Ketzer**, und doch sind sie **stärker als wir an Gottesfurcht**. Wo Wandalen herrschen, sind selbst die Römer keusch geworden. Gott führe sie über uns, um die verwahrlosten Völker durch die reinen zu strafen“.

Georg Dattenböck

- 1) Dr. Barbara Pischel: *Kulturgeschichte und Volkskunst der Wandalen*; Frankfurt/M. 1980.
Prof. Dr. Helmut Castritius: „Die Wandalen. Etappen einer Spurensuche“; S. 10/165; Kohlhammer, Stuttgart 2007.
Prof. Dr. Hans-Joachim Diesner: *Das Vandalenreich. Aufstieg und Untergang*; Verlag Amelang, Leipzig 1966.
E.F. Gautier: *Geiserich, König der Wandalen*; Frankfurt/M., Societäts-Verlag, 1934.
Dr. Ludwig Schmidt: *Die Wandalen*; Unveränderter Nachdruck Phaidon-Verlag, Essen.
Dr. Urs Guggenbühl: *Die römische Kurie wider die Wandalen*; In: **Museion**, Kulturmagazin, 5/1997, ABZ-Verlag.
- 2) **P. Meinrad (Alois) Bader** O. Cist: *Lehrbuch der Kirchengeschichte zum Gebrauche in Schulen und zum Selbstunterricht*; S. 51, Innsbruck 1909.
- 3) Gilt als der letzte große Geschichtsschreiber der Antike; *~ 500; † ~562,
- 4) **Salvian von Massila:** *De gubernatione Dei* VII

Teil A

A. a) Editorial: Deutsches Kulturgut in der ganzen Welt verteilen, um es zu retten!? Die Lage ist unverändert ernst!

Liebe Landsleute, liebe Leser,
seit Jahrzehnten besteht das Problem, dass deutsche Kulturgüter aus den Vertreibungsgebieten usf., klammheimlich oder auch offen, den Geltungsbereich des Grundgesetzes verlassen. Unsere aktuellen Erfahrungen mit den Danziger Paramenten waren ernüchternd: Weder bestand in den zuständigen staatlichen Einrichtungen, noch in der Politik wie den politischen Parteien und Regierungsstellen, noch bei den Verbänden ein Interesse daran, ostdeutsches Kulturgut eigener Verfügungsgewalt und Gestaltung zu erhalten. Viele weitere Beispiel in den letzten Jahrzehnten könnten davon berichten. Ein Beispiel sind die ostdeutschen Heimatstuben, in denen Vertriebene die aus der Heimat geretteten Kulturgüter gesammelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben. Diese Heimatstuben sind dann im Laufe der Zeit für viele Patengemeinden eine finanzielle Last geworden, zudem sind sie oft auch als Fremdkörper in der eigenen geschichtlichen Kulturpflege bewertet worden. So sind in den vergangenen Jahrzehnten viele Heimatstuben geschlossen worden, im günstigsten Falle wanderten die geretteten Kulturgüter in Depots, in zunehmender Weise jedoch werden Heimatstuben in die verlorenen Heimatgebiete der Vertriebenen überführt. Über eine solche Tat berichtet nun das Schlesische Museum in Görlitz, nicht mehr klammheimlich, sondern mit medialem Aufwand. Eine Pressemitteilung mit Fotos dokumentiert die Überführung der Heimatstube des schlesischen Löwenberg nach Polen (*siehe in diesem AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 auf den Seiten C 1 bis C 4*). 1954 hatte der Landkreis Hannover die Patenschaft für den Löwenberger Kreis übernommen, 2009 wurde die Patenschaft aufgelöst, 2011 die Räume der Heimatstube gekündigt... (<https://www.bkge.de/projekte/dokumentation-der-heimatsammlungen-in-deutschland/verzeichnis-der-heimatsammlungen-in-deutschland/herkunftsgebiete/schlesien/niederschlesien/loewenberg>). Das Schlesische Museum gehört zu den Ostdeutschen Landesmuseen. Alle diese Museen, die das kulturelle Erbe der Vertriebenen bewahren und pflegen sollen, sind in jeder Beziehung außerstande den Ihnen gestellten Aufgaben voll nachzukommen. Finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung sind lächerlich gering, die Mittel aus dem § 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz erlauben keine angemessene Kulturpflege. Vor diesem Hintergrund und bei Kenntnis der Gleichgültigkeit der deutschen Bevölkerung scheint es zukunftssträchtig zu sein, deutsches Kulturgut an interessierte Einrichtungen außer Landes zu bringen. Ostdeutsches Kulturgut pflegen? Ist das nicht „völkisch“, also gefährlich? Das Etikett „europäisch“ und „globale Zusammenarbeit“ scheint hier unterstützend helfen sollen!
Mit herzlichen landsmannschaftlichen Grüßen....

Der AWR gliedert sich zurzeit in vier Bereiche:

A u.a. Stellungnahmen, Leserbriefe, Forderungen / Grundsätze, Fördermöglichkeiten, Ostdeutsche Landsmannschaften und Heimatkreise. Termine von Vortragsveranstaltungen, Ausstellungen in Berlin und auswärts.

B Termine und Berichte zu wissenschaftlichen Fachtagungen, Zeitschriftenschau, Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt (Besprechungen, Büchereingang).

C Mitteilungen, Mitteilungen aus drei Berliner Patenbezirken, Berichte, Dokumentationen, Ehrungen / Gedenken / Nachrufe.

D Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde ostdeutscher und ostmitteleuropäischer Siedlungsgebiete.

E Ausgewählte globale Entwicklungen bzw. Entwicklungen in Ostmitteleuropa.

Gehen Sie auf unsere Leitseiten: www.westpreussen-berlin.de & www.ostmitteleuropa.de



Danzig, Blick von Westen in der Brotbänkengasse auf die Marienkirche.-
Aufnahme: Reinhard M. W. Hanke, 08.10.2022

01) Gefahrgut Buch. Unter dem Vorwand, den Bürger zu schützen, gelten in der EU zukünftig für Bücher strengere Regulierungen und Kennzeichnungspflichten als bei manchen Nahrungsmitteln

Von Gerd Reuther und Renate Reuther



Foto: Billion Photos/Shutterstock.com

Bücher konnten schon immer Gefahr für Leib und Leben bedeuten. Vorrangig betraf dies Autoren, wenn deren Druckschriften den Mächtigen missfielen. Allerdings drohte auch immer wieder Ungemach für Käufer und Leser verbotener Bücher. Jetzt hat die Europäische Union das Gefahrenpotenzial von Büchern entdeckt und diese anders als medizinische Produkte und Nahrungsmittel nicht von der neuen EU-Produktsicherheitsverordnung 2023/988 ausgenommen. Schäden für Konsumenten sollen bei Büchern wahrscheinlicher sein als bei dem, was wir essen oder uns die Medizin zumutet. Unklar bleibt bislang, ob das Risiko für Buchkäufer in der Hardware oder den Inhalten verortet wird. Werden „Desinformationen“ als ansteckend eingestuft oder liegt es eher daran, dass Bücher als Wurfgeschosse oder Schlagwaffen missbraucht werden können? Oder vielleicht an den Gesundheitsgefahren durch Papier und Druckerschwärze, da geächtete Bücher immer wieder auch verspeist wurden, um Belastungsmaterial dem Zugriff der Behörden zu entziehen? Sicher ist nur, dass ab dem 13. Dezember 2024 jedes in Umlauf gebrachte physische Buch auf den Produzenten rückführbar sein muss. Daher müssen ab diesem Datum auf dem Umschlag Name, Postanschrift, Handelsname und E-Mail-Adresse desjenigen erscheinen, der das Buch in Umlauf gebracht hat. Dies betrifft auch bereits gedruckte Exemplare. In den Lagern der Verlage und Antiquariate sind Orgien mit Klebeetiketten vorgezeichnet. Für zukünftige Exemplare wird es nötig, die Umschlagdaten aller Verlagstitel in den PDF-Dateien für einen Nachdruck anzupassen. Zeit, Kosten und die damit verbundene Umweltbelastung scheinen unerheblich zu sein. Die großen Buchhandelsunternehmen haben den Verlagen bereits angedroht, ein Delisting aller Bücher vorzunehmen, die die neuen sogenannten GPSR-Bestimmungen („General Product Safety Regulations“) nicht erfüllen.

Seite A 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Eigentlich ist die erweiterte Kennzeichnung des Umschlags überflüssig. Auf dem Cover jedes Buches steht immer der Verlag und im Innenteil finden sich im Impressum alle relevanten bibliographischen Daten. Die Anforderung, weitere Urheberinformationen auf den Umschlag übernehmen zu müssen, scheint auf schnelle Auffindbarkeit und Eliminierung von Büchern durch Lagerroboter abzielen. Titel, denen man Verstöße gegen irgendeine Vorschrift bescheinigt, sollen dadurch möglichst schnell und umfassend aus dem Verkehr gezogen werden können.

Niemand hat die Absicht, gedruckte Bücher zu verbieten. Es wird nur einfach so passieren, wenn die jetzt um 1 Jahr verschobene EU-Verordnung EUDR - EU 2023/1115 für „entwaldungsfreie Bücher“ und weitere Auflagen zur vermeintlichen [Nachhaltigkeit und Verbrauchersicherheit](#) umgesetzt werden. Die darin geforderte Nachweispflicht der Geodaten des für die Papierherstellung verwendeten Holzes steht in krassem Widerspruch zu den Auflagen für Lebens- und Futtermittel. Im Supermarkt reicht es aus, dass ein Produkt zum Beispiel „für Lidl hergestellt“ wurde und dessen Zutaten „aus Ländern der EU und Nicht-EU“, mithin von diesem Planeten, stammen.

Nur der kleinste Teil der Holzernte wird überhaupt in Papier für Buchseiten verwandelt. Die Masse wird zu Werbeblättern, Wegwerfzeitungen und Verpackungsmaterial. 80 Prozent des Holzes für Papier stammen sowieso aus den bekannten Baumplantagen in Schweden und Finnland. Das bei uns inzwischen massenweise anfallende Totholz wird — anstatt es für Buchpapier zu verwenden — energieintensiv exportiert und verheizt oder zu Pressholzplatten.

Die vergangenen 500 Jahre seit der Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern hatten eigentlich gezeigt, dass Bücher vielleicht indoktriniertes Denken gefährden, aber hinsichtlich Ressourcenverbrauch und gesundheitlicher Benützungsrissen kein gesellschaftliches Problem darstellen.

Europäische Wälder sind für den Schiffbau und die Salzproduktion, aber nicht für Bücher abgeholzt worden. Angesichts der Umwelt- und Gesundheitsgefahren anderer menschlicher Aktivitäten gilt dies heute umso mehr.

Jede dieser und noch zu erwartender Auflagen für die Herstellung und Verbreitung von gedruckten Büchern kann nur einem Zweck dienen: dem Ersatz physischer Bücher durch elektronische Ausgaben. Wenn die unbelehrbaren Leser weiterhin zu 95 Prozent ihre Bücher nicht auf einem Monitor lesen möchten, dann muss Gedrucktes eben verschwinden. So wie Brücken und Straßen so lange und so oft gesperrt werden, bis die Menschen begriffen haben, dass sie in ihren 15-Minuten-Communities bleiben sollen. Digitalversionen sind nun einmal einfacher zu überwachen, zu zensieren und bei Bedarf ins Nirwana zu befördern.

Und dann stehen digitale Texte noch leichter jedem Missbrauch durch KI-Systeme offen. Wenn die KI die Bücher eines Autors ausgewertet hat, kann sie ohne Probleme daraus einen neuen Text mit einem beliebigen Verfasser generieren. Schöne Neue Zukunft der „Bücher“ in den Datenwolken. Dies ist keineswegs ferne Zukunftsmusik. Die Vertretungsorganisation für die Rechte der Autoren VG Wort hat bereits eine entsprechende „KI-Lizenz“ für Firmen und Behörden beschlossen, die Texte zum „Training“ von KI-Systemen vorerst nur zur unternehmensinternen Verwendung nützen wollen. Die Autoren sollen diese Unterwanderung des Urheberrechtsschutzes bis zum 27. November 2024 mit der vagen Aussicht auf Erlöse abnicken.



Hier können Sie das Buch bestellen:

<https://www.buchkomplizen.de/club-der-klaren-worte/wer-schweigt-hat-schon-verloren.html>

[Gerd Reuther](#), Renate Reuther

Wer schweigt, hat schon verloren

56 Essays, die Dein Denken verändern

- [Engelsdorfer Verlag](#)
- Softcover
- 223 Seiten
- 149 mm x 209 mm x 16 mm
- Erscheinungsdatum: 09.02.2024
- Artikelnummer 978-3-96940-731-8

- 16,00 €*
- lieferbar innerhalb von 3-4 Werktagen



Wenn Sie für unabhängige Artikel wie diesen etwas übrig haben, können Sie uns zum Beispiel mit einem Dauerauftrag von 2 Euro oder einer Einzelspende unterstützen.

[Spenden](#)

Oder senden Sie einfach eine SMS mit dem Stichwort **Manova5** oder **Manova10** an die **81190** und mit Ihrer nächsten Handyrechnung werden Ihnen 5, beziehungsweise 10 Euro in Rechnung gestellt, die abzüglich einer Gebühr von 17 Cent unmittelbar unserer Arbeit zugutekommen.

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung^{*)}

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 **BIC** BNKDEFF

Unsere Einnahmen und Ausgaben

Die Mitgliedsbeiträge reichen zur Finanzierung unserer anerkannt guten Arbeit nicht aus, Einnahmen durch Veranstaltungen konnten wir während der Corona-Pandemie nicht erzielen. Die Kosten laufen aber weiter. Daher sind uns Spenden hochwillkommen.

Mitgliedsbeitrag Person / Jahr:

Einzelmitglied € 60,00 (bisher: € 52,00);

Ehepaare je Person € 50,00 (bisher: € 45,00)

Sonderbeitrag für AGOM-Mitglieder

(abgeschlossener Kreis)

€ 25,00 (wie bisher),

2) Spenden-Aufruf der AG Ostmitteleuropa

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin
Konto Nr. IBAN DE 39
100100100065004109
Postbank Berlin

Tel.: 030/257 97 533 Büro
www.ostmitteleuropa.de
post@ostmitteleuropa.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke,

29.07.2024

stv. Vors.: Frau Ute Breitsprecher, Schatzmeisterin: Frau Angelika Hanske

Liebe Mitglieder, liebe Förderer und liebe Freunde der AG Ostmitteleuropa!

Seit der Gründung der AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) im Jahre 1982 in der „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin gegr. 1828“ sind 42 Jahre vergangen. In diesen Jahrzehnten haben wir erfolgreich Vortragsveranstaltungen mit guten Referenten, Tageswanderungen, Lehrerseminare und – in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - auch Studienfahrten zu attraktiven Zielen durchgeführt. eindrucksvolle Zwischenbilanz unserer erfolgreichen Arbeit war auch die Broschüre „30 Jahre 1982-2012“. In acht Jahren wird eine neue Bilanz in Form einer Broschüre vorzulegen sein!

Die Jahre sind aber auch nicht ohne Verluste vorbeigegangen. Einige unserer fleißigen ehrenamtlichen Mitarbeiter haben uns inzwischen verlassen. Ich denke da vor allem an Ulrich Galandi, Prof. Dr. Udo Götze, Anton Grossmann, Oswald Jannermann, Frau Brigitte Jöst, Joachim und Ruth Schlenk. Diese Personen und viele andere mehr haben unsere Arbeit gefördert, die sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert.

In den letzten Jahren waren die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie eine erhebliche Hürde für eine weitere erfolgreiche Arbeit. Wir spüren das bis heute, so dass wir unsere Arbeit auch finanziell einschränken mussten und müssen.

Trotz der schwierigen Lage finden unsere Vortragsveranstaltungen weiterhin statt, die Besucherzahlen sind noch nicht wieder auf dem alten Stand. Unsere Seiten im weltweiten Netz werden ständig aktualisiert. Tagesfahrten konnten zuletzt leider nicht mehr angeboten werden. In der Folge dieser Lage sind auch die Einnahmen zurückgegangen.

Und so wenden wir uns heute mit einer sehr ernsthaften Bitte an Sie:

Besuchen Sie unsere Veranstaltungen, spenden Sie für unsere Arbeit, indem Sie den Mitgliedsbeitrag freiwillig erhöhen bzw. eine einmalige oder auch Dauerspende auf unser im Briefkopf genanntes Konto bei der Postbank Berlin einzahlen. Wir sind sparsam und setzen unsere Mittel sparsam und überlegt ein. Trotzdem ist die finanzielle Lage ernst! Bitte, helfen Sie uns, unsere Arbeit fortzusetzen!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

mit Reinhard M. W. Hanke, Ute Breitsprecher und Angelika Hanske

BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

H. P. Brogiato

**Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen. Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato

Leibniz-Institut für Länderkunde

GZB – Heimatzeitschriften

Schongauerstr. 9

04328 Leipzig

E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de

Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



Amtseid: Olaf Scholz am 08.12.2021 im Bundestag mit Parlamentspräsidentin Frau Bärbel Bas bei der Vereidigung zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vereidigung verzichtete er als zweiter Bundeskanzler nach Gerhard Schröder (SPD) auf den Gottesbezug in der Eidesformel. Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig. Der 63-Jährige ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik - nach Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt Kanzlerin Merkel. Bild: ZDF

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/olaf-scholz-bundeskanzler-ampel-100.html>

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest. In

Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot
bist, musst das Gute tun und heiter sein.
Freiherr vom Stein*

„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels, zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf>

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)
Seiten A 15 – A 40

01) DODeutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 66. Jahrgang, Nr. 6, 2024 (Auszug)



JETZT BESTELLEN



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

Kataloge zu den Ausstellungen der Stiftung

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN



EINZELKATALOG | 5 € Stück

- Die Gerufenen Expl.
- Erzwungene Wege Expl.
- Angekommen Expl.
- In Lagern Expl.
- Verschwundene Orte Expl.

KATALOGSAMMLUNG | 25 € Stück Expl.



FRANZ-WERFEL-MENSCHENRECHTSPREIS | 14,95 € Stück

- Dokumentationsband der Preisträger 2003–2023 Expl.

zzgl. Versandkosten

Rechnungsadresse

Rechnungs- und Lieferadresse sind identisch

Name/Vorname

Strasse-Hausnummer

PLZ-Ort

Lieferadresse (nur bei Abweichung ausfüllen)

Name/Vorname

Strasse-Hausnummer

PLZ-Ort

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Organisationsbüro | Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Tel.: 0228/81 007 30 | Fax: 0228/81 007 52
Konto: Deutsche Bank | IBAN: DE76 380 700 240 3171717 00 | BIC: DEUT DE DB380

www.z-g-v.de | info@z-g-v.de

LIEBE
LESERINNEN
UND LESER,



CDU und CSU haben so deutlich wie selten zuvor konkrete BdV-Anliegen aufgegriffen und damit gezeigt, dass sie politische Heimat bieten wollen. Anderen Parteien sollte dies ein Ansporn sein.

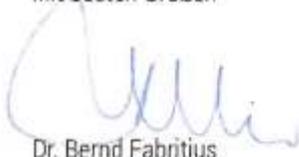
Liebe Leserinnen und Leser,

zu Beginn der Adventszeit kam ich in einer privaten Runde eher zufällig auf unsere großen Veranstaltungen in diesem Jahr zu sprechen. Dabei berichtete ich auch vom Tag der Heimat, wo der ehemalige lettische Präsident, Egils Levits, eindrucksvoll zur Lage der Demokratie in Europa gesprochen und wichtige Impulse zu unserem Jahresleitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ geliefert hatte. Da fragte mich ein Gesprächspartner unvermittelt: „Kennen Sie eigentlich den berühmtesten Deutschen aus Lettland?“ Und ich antwortete recht prompt: „Heinz Erhardt, der war gebürtig aus Riga!“ Da war das Erstaunen groß und der Austausch gleich noch einmal so spannend.

Solche Begegnungen sind häufiger, als man denkt. Viele Mitbürger in der Mitte der Gesellschaft sind zwar nicht direkt in unseren Verbänden organisiert, hegen aber für unsere Anliegen und unsere Arbeit aufgrund ihrer Familiengeschichte oder ihres privaten Interesses grundlegende Sympathie. Spätestens dann, wenn die eigene Ahnentafel mit ihren Bezügen zu Flucht und Vertreibung zum Thema wird, wächst auch der Wunsch, mehr über diesen Teil unserer Geschichte zu erfahren – oft verbunden mit einer gewissen Ernüchterung, weil das Thema in unserem Land nicht prominenter und selbstbewusster vertreten wird.

Umso wichtiger sind weithin sichtbare Signale, wie sie CDU und CSU mit der Vorstellung ihres Wahlprogramms zur kommenden Bundestagswahl ausgesandt hat. Fast im Sinne eines frühen Weihnachtsgeschenkes haben diese Parteien der bürgerlichen Mitte so deutlich wie selten zuvor konkrete BdV-Anliegen aufgegriffen und damit gezeigt, dass sie politische Heimat bieten wollen. Anderen Parteien sollte dies ein Ansporn sein.

Mit besten Grüßen



Dr. Bernd Fabritius

Inhaltsverzeichnis

Mit dem Wahlprogramm mehr als zufrieden	5	Siebenbürgisches Museum: „Tiefgründig und heiter“	25
BdV-Präsidium im Austausch mit Ministerpräsident Söder	6	Kreisau: Bedeutender Erinnerungsort	26
„Das politische Erbe im 20. Jahrhundert“	7	Mit Muskelkraft Geschichte erfahren	27
„Gemeinsam engagiert“ – Beauftragte würdigt Engagement	10	„Wahres Lernen mit allen Sinnen“	29
„Zwischen Assimilation und Selbstbehauptung“	11	Blick auf die Kaiserzeit	30
Bayern: Ein Jahr Beauftragte – Bilanz eines guten Jahres	13	Auf den Spuren europäischer Industriekultur	32
Hessischer Landesbeauftragter bei der „Rettungsarche“	14	Neues Jahr: Neue Programme, neue Kulturerlebnisse	33
Erster Beratungstag für Opfer des DDR-Regimes in NRW	15	BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer wiedergewählt	36
Gemeinsam im europäischem Geist	16	Jubiläum der Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen	37
Schlesische Landesvertretung 2024 tagte in Königswinter	17	Im Dialog: Im Haus Pannonia zum Dialog mit den Donaudeutschen	38
Junge Russlanddeutsche gestalten Erinnerungskultur	19	Im Dialog: Orthodoxer Erzpriester trifft Vertreter der Vertriebenen und der CDU Rheinland-Pfalz	38
Maria Impuls der Zeit	20	Herbert Czaja: Vorkämpfer für Menschenrechte	39
„Gestrandet – Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945“	21	Advent in Anklam: Wie eine große Familie	41
Georg Dehio-Buchpreis 2024: Literatur, die Brücken baut	23	Christliche Politik – welche Impulse kann sie noch geben?	42
		Haus Oberschlesien feiert mit Weihnachtskonzert	44
		Impressum	46

Leitwort für das Jahr 2025
„80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



CDU und CSU haben so deutlich wie selten zuvor konkrete BdV-Anliegen aufgegriffen und damit gezeigt, dass sie politische Heimat bieten wollen. Anderen Parteien sollte dies ein Ansporn sein.

Liebe Leserinnen und Leser,

zu Beginn der Adventszeit kam ich in einer privaten Runde eher zufällig auf unsere großen Veranstaltungen in diesem Jahr zu sprechen. Dabei berichtete ich auch vom Tag der Heimat, wo der ehemalige lettische Präsident, Egils Levits, eindrucksvoll zur Lage der Demokratie in Europa gesprochen und wichtige Impulse zu unserem Jahresleitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ geliefert hatte. Da fragte mich ein Gesprächspartner unvermittelt: „Kennen Sie eigentlich den berühmtesten Deutschen aus Lettland?“ Und ich antwortete recht prompt: „Heinz Erhardt, der war gebürtig aus Riga!“ Da war das Erstaunen groß und der Austausch gleich noch einmal so spannend.

Solche Begegnungen sind häufiger, als man denkt. Viele Mitbürger in der Mitte der Gesellschaft sind zwar nicht direkt in unseren Verbänden organisiert, hegen aber für unsere Anliegen und unsere Arbeit aufgrund ihrer Familiengeschichte oder ihres privaten Interesses grundlegende Sympathie. Spätestens dann, wenn die eigene Ahnentafel mit ihren Bezügen zu Flucht und Vertreibung zum Thema wird, wächst auch der Wunsch, mehr über diesen Teil unserer Geschichte zu erfahren – oft verbunden mit einer gewissen Ernüchterung, weil das Thema in unserem Land nicht prominenter und selbstbewusster vertreten wird.

Umso wichtiger sind weithin sichtbare Signale, wie sie CDU und CSU mit der Vorstellung ihres Wahlprogramms zur kommenden Bundestagswahl ausgesandt hat. Fast im Sinne eines frühen Weihnachtsgeschenkes haben diese Parteien der bürgerlichen Mitte so deutlich wie selten zuvor konkrete BdV-Anliegen aufgegriffen und damit gezeigt, dass sie politische Heimat bieten wollen. Anderen Parteien sollte dies ein Ansporn sein.

Mit besten Grüßen



Dr. Bernd Fabritius

Politikwechsel: Mit Unions-Programm mehr als zufrieden

Konkrete Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und Minderheiten erfolgreich eingebracht

Begrenzung der Migration, Steuersenkungen, Rückabwicklung des Bürgergelds: Mit einem konservativeren und wirtschaftsliberaleren Programm als in der Vergangenheit ziehen CDU und CSU in den Wahlkampf zur Bundestagswahl im Februar 2025. Dazu passt, dass auch im gesellschaftspolitischen und im Bereich der Erinnerungspolitik eine klare Hinwendung zu den deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedlern und deutschen Minderheiten erfolgt ist.

Das Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 2025 umfasst knapp 80 Seiten und trägt den Titel „Politikwechsel für Deutschland“. Während das Schwerpunktthema ohne Zweifel die Wirtschaft ist und im gesellschaftspolitischen Bereich öffentlich allenfalls die Rückabwicklung der Cannabisfreigabe und des Identitätsgesetzes diskutiert wird, haben sich die Unionsparteien – konkret und inhaltsreich wie selten zuvor – an die Seite der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und der heimatverbliebenen deutschen Minderheiten gestellt. Wichtige Symbole wie die Rückbenennung des BKGE in „Bundesinstitut für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ sind dabei ebenfalls berücksichtigt worden wie die dringend nötige Fortsetzung der Förderung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, die Neugestaltung der Dauerausstellung des

Berliner Dokumentationszentrums oder als drängendes sozialpolitisches Ziel eine noch immer ausstehende Reform des Fremdrentengesetzes zur Abmilderung der Altersarmut unter Aussiedlern und Spätaussiedlern.

Entsprechend positiv viel die Resonanz aus. „100% Zustimmung zu einem 100%-Programm: ich bin sehr froh, ALLE (sic!) wesentlichen Anliegen des BdV in diesem Wahl- und Regierungsprogramm wiederzufinden“, twitterte etwa BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, während BdV-Vizepräsident Egon Primas schrieb: „CDU/CSU bleiben damit auch unter ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz verlässliche politische Partner der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten. In anderen Parteiprogrammen sucht man solche deutliche Inhalte vergebens.“



Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius.

MP

Wörtlich heißt es im Wahlprogramm unter der Überschrift „Kultur leben und Freiheit schützen“:

- **Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Aussiedler pflegen.** Es ist ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität. Das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa entfaltet an vielen Orten eine verbindende Kraft. Wir verankern es zusammen mit den Vertriebenen und ihren Verbänden als festen Bestandteil der deutschen Kultur und Teil der europäischen Identität.
- **Erinnerung an Flucht und Vertreibung stärken.** Wir stärken die Bundesförderung nach dem Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetzes. Wir machen die Umbenennung des bisherigen „Bundesinstituts für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ rückgängig und überführen die Bundesanstalt für ihren Kernauftrag der Beratung und Unterstützung der Bundesregierung gemäß § 96 BVFG nach Berlin. Die unselbstständige Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung machen wir und bringen eine Neugestaltung der Dauerausstellung voran.
- **Vertriebene und Aussiedler würdigen.** In unserer historischen Verantwortung treten wir für die Angehörigen der Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten ein. Ihre Aufbauleistung und Brückenfunktion sind konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation.
- **Alles unter einem Dach.** Wir führen die Zuständigkeiten für Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie deutsche Minderheiten wieder im Bundesinnenministerium zusammen und stärken das Amt des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Wir fördern weiter die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.
- **Das Tor für Spätaussiedler nach Deutschland offenhalten.** Wir stärken sie in ihrer Selbstidentifikation als Deutsche. Wir stehen weiterhin für die gesetzlich garantierte Aufnahme deutscher Spätaussiedler ein und richten die gesetzlichen Vorgaben noch stärker an der Lebenswirklichkeit der Menschen in den Herkunftsgebieten aus. Wir ermöglichen den Zuzug der nach dem 1. Januar 1993 geborenen Angehörigen.
- **Fremdrentengesetz reformieren.** Wir beseitigen das Problem rentenrechtlicher Benachteiligungen und fremdverschuldeter Altersarmut bei Aussiedlern und Spätaussiedlern.

„Gemeinsam engagiert“ – Beauftragte würdigt Engagement

Ehrenamtliches Engagement der Aussiedler ist unverzichtbarer Beitrag für Gesellschaft

Berlin. (dod) Auf Einladung der Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik MdB, kamen am 15. November im Konferenzzentrum des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) knapp einhundert (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler unter dem Motto „Gemeinsam engagiert – (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Ehrenamt“ zusammen. Ziel der Veranstaltung war zum einen die Würdigung und Sichtbarkeit des ehrenamtlichen Engagements unter den (Spät-)Aussiedlern in Deutschland und zum anderen der Austausch über die gegenwärtigen Erfolge und Herausforderungen.

In einer von Moderatorin Ira Peter geleiteten Gesprächsrunde zu Erfolgen und Herausforderungen diskutierten Nelli Geger, Bundesvorsitzende des Jugendverbandes der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Andrea Kielburg, Stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Banater Jugend- und Trachtengruppen, Heidi Mößner, Stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, sowie Markus Priesterath, bis Oktober 2024 Referent im Referat für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement des BMI, und Hannes Jähnert, Vorstandsreferent bei der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, gemeinsam mit dem Publikum darüber, wie das Ehrenamt entlastet und mehr Menschen für Engagement begeistert werden können. Thematisiert wurden auch die Geschichte und gegenwärtige Fördermöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement von (Spät-)Aussiedlern. „Ob im Vereinssport, Theaterworkshops, Tanzgruppen, Seniorentreffs, bei der politischen Bildung oder der Integrationsarbeit vor Ort: (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler leisten mit ihrem vielfältigen ehrenamtlichen Engagement einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Dieses Engagement zu würdigen, sichtbarer zu machen und engagierte Menschen besser zu unterstützen



Die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik MdB, eröffnete die Tagung, die ehrenamtliches Engagement sichtbar machen sollte.

liegt mir als Aussiedlerbeauftragte sehr am Herzen. Auch deshalb habe ich die heutige Veranstaltung ins Leben gerufen“, betonte Beauftragte Pawlik in ihrer Begrüßungsrede.

Die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, hob in ihrem Grußwort die große gesellschaftliche Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit hervor und dankte den anwesenden Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern für ihr Engagement: „(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Ehrenamt engagieren sich trotz vieler Herausforderungen – wie Sprachbarrieren, bürokratischen Hürden und manchmal dem Gefühl, nicht vollständig akzeptiert zu werden.

Im Anschluss an das Podiumsgespräch nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, die Themen aus der Podiumsdiskussion zu vertiefen und sich untereinander zu vernetzen. Helena Goldt und die Band „Cosmonautix“ rahmten den Abend musikalisch ein und begeisterten das Publikum mit ihren zeitgenössischen Interpretationen von Volksliedern.



© BMI

Unter Leitung der Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Natalie Pawlik MdB, fand am 4. November 2024 in Berlin die jährliche Sitzung des beim Bundesministerium des Innern und für Heimat angesiedelten Beirats für Spätaussiedlerfragen statt. Der Beirat für Spätaussiedlerfragen ist unter Vorsitz der Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten beim Bundesministerium des Innern und für Heimat angesiedelt. Er berät die Bundesregierung sachverständig in Fragen der Aufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Er setzt sich zusammen aus Vertretern des Bundes, der Länder, der Kommunen, der Kirchen und der Verbände. Seine Mitglieder werden für jeweils vier Jahre berufen.

„Zwischen Assimilation und Selbstbehauptung“

BdV veranstaltet bildungspolitische Podiumsdiskussion

Am 18. November 2024 veranstaltete der Bund der Vertriebenen als anerkannter Träger der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) ein Zeitzeugengespräch mit Podiumsdiskussion, bei dem unter dem Titel „Zwischen Assimilation und Selbstbehauptung – Auswirkungen von Flucht und Vertreibung in den sozialistischen Staaten Europas und der Fall des Eisernen Vorhangs“ intensiv und facettenreich diskutiert wurde.

Im Kirchsaal des Tagungszentrums „Hotel Dietrich Bonhoeffer Haus“ begrüßte zunächst BdV-Generalsekretär Marc Pawel Halatsch die anwesenden Gäste und stellte die späteren Teilnehmer der Podiumsdiskussion vor. Mit Zeitzeuge Heinrich Melzer, dem Beauftragten des Freistaates Sachsen für Vertriebene und Aussiedler, Dr. Jens Baumann, und dem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), Bernard Gaida, konnten hochkarätige Diskutanten für die Veranstaltung gewonnen werden.

Zunächst aber begrüßte auch der für Öffentlichkeitsarbeit im Bonhoeffer-Haus zuständige Peter Oppermann die Gäste im Namen des Hauses und gab einen spannenden Einblick in die Historie des Gebäudes und des Veranstaltungsraumes. Nicht nur, dass sich Namensgeber Dietrich Bonhoeffer für ähnliche Ziele wie der BdV eingesetzt habe, wie für Menschenrechte, für Humanität und ein friedliches Miteinander; auch der Kirchsaal des Hauses, wo drei der bekannten „Runden Tische“ im Dezember 1989 stattgefunden haben, passe genau zur Veranstaltung und den zu diskutierenden Inhalten.

Im folgenden Zeitzeugengespräch zwischen Moderator Tilman A. Fischer und Heinrich Melzer, erzählte der Zeitzeuge zunächst von der Vertreibung zusammen mit seinen Eltern von ihrem Hof im Sudetenland. Die Familie kam nach Thüringen und der Vater konnte dort bei einem Landwirt auf dem Hof als Angestellter arbeiten. Heinrich Melzer berichtete, dass sich die Eltern aber erst richtig angekommen fühlten, als sie im Ergebnis der Bodenreform in der DDR in die Lage kamen, einen eigenen Hof zu pachten. Die Vertreibung jedoch sei öffentlich tabu gewesen; auch Treffen mit Schicksalsgenossen waren in der DDR nicht möglich. Dennoch erinnerte sich Melzer, dass ihn sein Vater das eine oder andere Mal zu einem informellen Treffen von Vertriebenen – in der DDR euphemistisch „Umsiedler“ genannt – mitgenommen habe. Das Elternhaus im Sude-



Moderiert von Tilman A. Fischer (z.v.r.) diskutieren Bernard Gaida, Heinrich Melzer und Dr. Jens Baumann (v.l.n.r.).

tenland habe er später besucht und sich mit den neuen Bewohnern versöhnlich verständigt.

Ein Beitrag aus dem Publikum ergänzte Heinrich Melzers Bericht und gab den Gästen eine dramatischere Perspektive der Vertreibung wieder. Zeitzeuge Oswald Wöhl wurde mit seinen Eltern zunächst einige Zeit in einem ehemaligen Konzentrationslager unter widrigsten Bedingungen interniert, bevor es weiter in die DDR ging. Auch andere Gäste aus dem Publikum ergänzten Melzers Darstellung mit persönlichen Erfahrungen.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung eröffnete der Moderator nun die Podiumsdiskussion zwischen Heinrich Melzer, Dr. Jens Baumann und Bernard Gaida und ließ die Gäste zunächst berichten, wie sie persönlich den 9. November 1989 erlebt hatten. So unterschiedlich die Podiumsteilnehmer, so unterschiedlich waren hier die Erzählungen. Sie reichten von einem Blick aus dem Solidarność-geprägten Polen (Bernard Gaida), über die Erfahrungen eines Studenten in Dresden (Jens Baumann) bis hin zum ersten Besuch in West-Berlin (Heinrich Melzer).

Zum Veranstaltungsthema berichtete Dr. Baumann, seit 1992 im Sächsischen Staatsministerium des Innern unter anderem im Bereich „Förderung und Bewahrung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ tätig, von den Anfängen der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Es überwogen in der Gesamtschau sicherlich die vielen positiven Beispiele, wengleich auch immer noch Ressentiments auf beiden Seiten herrschten.

Bernard Gaida konnte dies als AGDM-Sprecher bestätigen, da die nationalistische Karte auch heutzutage in vielen Ländern

gespielt werde, so zum Beispiel in Polen. Gaida berichtete von der Zeit der Sozialistischen Republik Polen, wo die deutsche Minderheit unter allen ethnischen Minderheiten als einzige keinerlei eigene Rechte hatte und im Bereich Oberschlesien der Gebrauch der deutschen Sprache bis 1989 sogar im Bereich der eigenen Familie verboten war. Schon in den 1980er Jahre seien sich die Deutschen in Polen sicher gewesen, dass Schlesien nicht mehr Teil eines wiedervereinigten Deutschlands sein würde, aber sie blickten hoffnungsvoll auf Europa und die europäische Integration. Als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl nach Polen kam, war die Euphorie unter den Deutschen groß und trotz der Verhinderungsversuche der polnischen Regierung habe es eine Massenzusammenkunft mit dem deutschen Regierungsoberhaupt gegeben. Das in diesem Zusammenhang stets erwähnte Plakat „Helmut, Du bist auch unserer Kanzler!“ sei vor allem ein lauter Ruf gewesen, die deutsche Minderheit und ihr Schicksal im sozialistischen Polen im Zuge der Deutschen Einheit mitzubedenken. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs habe sich für die Minderheiten endlich die Möglichkeit ergeben, sich offiziell zu organisieren und neue Kontakte nach Deutschland und zu den anderen deutschen Minderheiten zu knüpfen. Aus dem Publikum wurde die insgesamt sehr positive Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten hervorgehoben, wenngleich es auch heute noch Nachholbedarf gebe. Gerade viele Sudetendeutsche schmerze sehr, dass in der Tschechischen Republik immer noch „die unsäglichen Beneš-Dekrete“ gelten würden. In einem modernen Europa des 21. Jahrhunderts, in dem Friedenssicherung das höchste Gut ist, sei dies ein Aspekt aus dunkelster Vergangenheit, der dringend aufgearbeitet werden müsse.

Dr. Baumann nahm den Aspekt der Unrechtsdekrete auf, betonte aber, dass dieses leider noch vorhandene Negativbeispiel die vielen positiven Beispiele der grenzüberschreitenden Verständigung nicht überlagern dürfe. Manche „Vertreiberstaaten“, wie etwa Ungarn, hätten ihre Rolle in der Geschichte schon umfassend aufgearbeitet, Fehler eingeräumt, Restitutionsregelungen erlassen oder etwa einen eigenen Gedenktag für die Vertreibung der Deutschen eingerichtet. Der Beauftragte appellierte, nicht bei der Vertreibung stehen zu bleiben, sondern das gemeinsame, auch kulturelle Erbe in die Zukunft zu tragen und weiterhin an einem friedlichen Miteinander in Europa zu bauen auf Basis der Fehler und Lehren der Vergangenheit. In der DDR hatte man zunächst keine Hoffnung, weil man schweigen musste und dieses Thema im Vergleich zu Westdeutschland keine politische Relevanz hatte. Dennoch hätten in Deutschland heute die allermeisten ihren Frieden gefunden und wollten nicht zurück in die alte Heimat. Durch die europäische Einigung jedoch könnten sie jetzt jedoch jederzeit dorthin fahren. Dies sei wiederum ein großes Glück für die Enkelgeneration und erleichtere es, sich mit der eigenen Familiengeschichte und dem Thema insgesamt auseinanderzusetzen. So ordne sich alles in die Geschichte ein und eine wesentliche Aufgabe sei nun, dies entsprechend zu begleiten, z.B. im Schulunterricht.

Bernard Gaida ergänzte, dass der große Eisernen Vorhang zwar gefallen sei, viele einzelne Vorhänge jedoch geblieben seien. Er verwies dabei nochmals auf antideutsche Ressentiments in Politik und Gesellschaft in manchen Staaten, aber auch aus Deutschland beim Blick nach Osten. Er monierte zudem, dass in den Museen oft der Eindruck entstehe, die Vertreibung habe die Geschichte der Deutschen im Osten beendet. Über das Schicksal und die heutige Lage Heimatverbliebenen werde nur sehr wenig berichtet, obwohl sehr viele Deutsche in ihrer Heimat geblieben und dort nach jahrzehntelanger Unterdrückung sich heute in Freiheit zum Teil wieder florierende Gemeinschaften herausgebildet hätten.

Nach einer kurzen Zusammenfassung durch Moderator Tilman A. Fischer wünschte sich Heinrich Melzer in einem eigenen kurzen Schlusswort, dass die ausgestreckten Hände der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen die heutigen Staaten ihrer Heimatgebiete weiter ausgestreckt bleiben – und auch angenommen würden. Letztlich gelte es, jedes begangene Unrecht anzuerkennen – von Deutschland, aber auch von den Vertreiberstaaten.

Jan Hini



BdV-Präsident Dr. Bernd B. Fabritius ist mit 99% der Delegiertenstimmen als Kandidat der CSU für den Deutschen Bundestag nominiert worden. Gewählt hat ihn die Landesdelegiertenversammlung zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten der CSU für die Liste zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025.

Schlesische Landesvertretung 2024 tagte in Königswinter

Mit vereinten Kräften in die Zukunft

Am 9. November 2024 fand die alle zwei Jahre anstehende Bundesdelegiertenversammlung/Schlesische Landesvertretung mit Bundesvorstandswahlen im Haus Schlesien statt. Leider konnte der Präsident der Bundesdelegiertenversammlung, Peter Beyer MdB, aus aktuellem Anlass (Bruch der Ampel-Regierung) nicht teilnehmen. In einem Grußwort wünschte er den Delegierten ein gutes Gelingen und bat um Entschuldigung und Verständnis.

Der Bundesvorsitzende Stephan Rauhut übernahm die Leitung der Versammlung und begrüßte die Gäste, insbesondere den Ersten Vizepräsidenten des Hauses Schlesien, Adrian Sobek, sowie Heiko Schmelzle als neuen Landesvorsitzenden und Nachfolger des verstorbenen Helmut Sauer in Niedersachsen. Desweiteren begrüßte er das neue Mitglied Michael Helmich als Gast, der sich in Zukunft verstärkt in die Arbeit der Landsmannschaft Schlesien einbringen möchte. Helmich stellte sich den Delegierten vor und erklärte, dass seine Großeltern aus Schlesien stammten und er Erziehungswissenschaften, Politik und Geschichte studiert habe.

Adrian Sobek erinnerte in seinem Grußwort an den zu früh verstorbenen Prof. Michael Pietsch und informierte die Teilnehmer darüber, dass sich das Haus Schlesien von der bisherigen Vorstandsstruktur lösen werde. So wird es ab der nächsten Wahl den Posten des Präsidenten nicht mehr geben. Besonders besorgt zeigte sich Sobek über die Entwicklung beim Oberschlesischen Landesmuseum, wo ein Ende des Standortes Ratingen-Hösel angedacht ist. So bat er die Landsmannschaft Schlesien um gemeinsame Gespräche, um die Bestände zu schützen und einen Dominoeffekt zu vermeiden. Rauhut befürwortete die Bitte des Vizepräsidenten und nahm das Angebot für Gespräche dankbar an.

Zum Abschluss seiner Begrüßung erinnerte der Bundesvorsitzende an das aktuelle Datum des 9. November, das in der Geschichte mehrere unvergessliche Ereignisse hervorbrachte: Die Reichskristallnacht und den Mauerfall vor 35 Jahren. Besonders an den Mauerfall konnte sich Rauhut noch gut erinnern und schilderte dieses Ereignis aus seiner Sicht. Besonders erfreut zeigte sich der Bundesvorsitzende über die Entwicklungen in den letzten 35 Jahren, u.a. über den Beitritt Polens zur EU. Am 9. November 2013 wurde Rauhut erstmals zum Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien gewählt.



Adrian Sobek (am Rednerpult) überbringt die Grußworte des Hauses Schlesien.

Schlesierkreuz für Kornelia Bettin

Im Anschluss an die Begrüßungen erfolgte ein erster Höhepunkt: Bundesvorsitzender Rauhut zeichnete Kornelia Bettin mit dem Schlesierkreuz aus. In seiner Laudatio lobte er das jahrzehntelange Engagement der Leiterin der Kreisgruppe Münster, das sich über zahlreiche Ebenen der Landsmannschaft Schlesien erstreckt. Besonders würdigte Rauhut sie als Kämpferin, die stets ihre Kritik offen äußert und so konstruktiv zu Verbesserungen beiträgt. In ihrer Dankesrede erinnerte Bettin sich an ihre erste Zeit in Münster und versprach, dass sie weitermachen werde.

Bundesvorsitzender Stephan Rauhut gedachte der Verstorbenen der Landsmannschaft Schlesien sowie derer, die in Folge des Krieges ihr Leben lassen mussten. So erinnerte er an die zahlreichen Toten in Folge des Zweiten Weltkrieges, als auch an die aktuellen Verluste in der Ukraine und im Nahen Osten.

Organisation und Politische Schwerpunkte

Nun standen die wichtigen Tagesordnungspunkte der Bundesdelegiertenversammlung auf dem Programm. Zum Thema Finanzen und Haushaltsplan konnten sowohl Bundesvorsitzender Rauhut als auch Bundesgeschäftsführer Damian Spielvogel erfreut berichten, dass der geschäftsführende Bundesvorstand im Jahr 2023 sehr gut gewirtschaftet habe, denn die Ergebnisse seien deutlich besser gewesen als prognostiziert. Auch für das Jahr 2024 werden eindeutig bessere Ergebnisse erwartet als ursprünglich geplant. Die Bundesdelegierten waren sich alle einig, dass die zukünftigen Finanzierungen eine große Herausforderung für die Landsmannschaft Schlesien darstellen und so zeigte man sich besonders dankbar dem Bundesvorsitzenden gegenüber, dass er sich so engagiert bei der Kontaktpflege zu den Vertretern

aller Parteien zeige. Auch der neue Landesvorsitzende Heiko Schmelzle lobte Rauhut, wie sehr er sich besonders in Niedersachsen einsetze und zeigte sich sehr beeindruckt darüber.

Deutschlandtreffen 2025: Schlesien.Gemeinsam.Zukunft

Auch das kommende Deutschlandtreffen 2025 (6./8. Juni) war Thema dieser Bundesdelegiertenversammlung. Bei der Suche nach einem Leitwort einigte man sich auf den Vorschlag von Generalsuperintendent i.R. Martin Herche: „Schlesien.Gemeinsam.Zukunft.“ Sowohl Bundesvorsitzender Rauhut als auch Bundesgeschäftsführer Spielvogel erklärten, dass man schon vorgeplant habe und durch eine geschickte Einteilung des Saales Kosten einsparen könne. Gespräche mit der Leitung des Hannover Congress Centrums (HCC) und Kostenanfragen haben diesbezüglich schon stattgefunden. Bei der Planung des einleitenden Gottesdienstes wies Generalsuperintendent i.R. Herche darauf hin, dass am selben Tag auch eine große Veranstaltung an der Marktkirche stattfindet. Das bedeute besondere Planungen, auch im Hinblick der voraussichtlich problematischen Parkplatzsituation. Rauhut schlug vor, eine Kommission zur Planung des Deutschlandtreffens zu bilden und lud alle Interessierten ein, in dieser Kommission mitzuwirken.

Beyer MdB und Rauhut wiedergewählt

Bei den Wahlen stellten sich der amtierende Präsident Peter Beyer MdB und die Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes Stephan Rauhut (Vorsitzender), Dr. Heinz-Werner Flegler (stellvertretender Vorsitzender) und Peter Damaschek (Schriftführer) wieder zur Verfügung, die allesamt mit großer Mehrheit im Amt bestätigt wurden. Für den bisherigen Bundesschatzmeister Paul Detto wurde der Bundesjugendbeauftragte Tobias Schulz mit großer Mehrheit zum neuen Bundesschatzmeister gewählt. Mit großer Freude nahmen die Bundesdelegierten zur Kenntnis, dass sich die bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende Renate Sappelt wieder erwarten doch zur Wahl stellte und honorierten dies mit einer



Vertreter des Netzwerkes Junges Schlesien Paul Muschiol (l.) und Tobias Schulz (r.) zusammen mit Stephan Rauhut (M.).



Ehrung von Kornelia Bettin mit dem Schlesierkreuz.

deutlichen Mehrheit beim Wahlvorgang. Anneliese Woschke wurde einstimmig in ihren Ämtern als Bundesfrauenreferentin und Bundeskulturreferentin bestätigt wie auch alle weiteren Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes.

Satzungsänderungen

Auf dem Programm der Bundesdelegiertenversammlung/Schlesische Landesvertretung stand außerdem das Thema „Satzungsänderungen“. Während des Verlaufes der Versammlung wurde den Delegierten immer bewusster, dass es doch zu viele missverständliche Stellen in der bisher gültigen Fassung gibt, so dass man sich dazu entschied, die Satzung komplett zu überarbeiten. Mit dieser Aufgabe werden sich abermals Christiane und Karl Biedermann, Monika Schultze und Renate Sappelt befassen. Sappelt erinnerte erneut daran, dass freiwillige Mitarbeiter sich gerne an dieser Aufgabe beteiligen dürfen. Ein wichtiger Meilenstein für die Zukunft unserer Landsmannschaft Schlesien ist die Aufnahme des Jugendverbandes „Junges Schlesien“ in den Bundesverband, der einstimmig beschlossen wurde. Das „Junge Schlesien“ war neben Tobias Schulz auch durch Paul Muschiol auf der Versammlung vertreten.

Wir halten zusammen

Zum Abschluss der Bundesdelegiertenversammlung dankte Karl Biedermann ausdrücklich den geschäftsführenden Bundesvorstand für seinen Einsatz und für die gute Arbeit und appellierte an alle Teilnehmer, auch weiter zusammenzuhalten. In seinem Schlusswort versprach Bundesvorsitzender Rauhut, dass er auch weiterhin sein volles Engagement seiner Heimat Schlesien und der Arbeit in der Landsmannschaft Schlesien widmen werde.

Heinz-Werner Flegler

„Gestrandet – Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945“

Neue Dokumentation zu besonderen Vertriebenenenschicksalen im deutschen Fernsehen

Neu ist der Dokumentarfilm „Gestrandet – Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945“ über die Flüchtlinge aus Ostpreußen, der aktuell im Deutschen Fernsehen bei ARD und auf verschiedenen regionalen Sendern ausgestrahlt wird. Rund 250.000 deutsche Flüchtlinge strandeten am Ende des Zweiten Weltkriegs im von den Nazis besetzten Dänemark – meist Kinder, Frauen und alte Menschen aus Pommern, Ost- und Westpreußen. Die Bevölkerung des kleinen Landes war gespalten angesichts der großen humanitären Herausforderung: helfen oder nicht? Vier überlebende Zeitzeugen – damals Kinder – erinnerten sich an dramatische Monate.

In den letzten Kriegsmonaten 1945 zwang das Naziregime das besetzte Dänemark, rund 250.000 deutsche Flüchtlinge aufzunehmen. Die Menschen, überwiegend Frauen, Kinder und Alte, waren vor der Roten Armee vor allem aus Pommern, Ost- und Westpreußen geflüchtet und wurden gewaltsam ins nördliche Nachbarland weitergeschoben. Viele von ihnen waren von der Flucht traumatisiert, ausgehungert und krank. 13.000 starben kurz nach der Ankunft, darunter 7.000 Kleinkinder unter fünf Jahren.

250.000 Flüchtlinge bei vier Millionen Einwohnern

Das kleine Dänemark mit gerade einmal vier Millionen Einwohnern sah sich vor der größten humanitären Herausforderung seiner Geschichte: 250.000 Flüchtlinge mussten in kurzer Zeit in Schulturnhallen, Kirchengemeinden und Kasernen untergebracht, medizinisch versorgt und ernährt werden – während die dänische Bevölkerung selbst kaum genug zu essen hatte und unter dem Terror der Besatzungsmacht litt. Entsprechend schwankten die Dänen zwischen Deutschenhass und Mitleid: Die Geflüchteten kamen zwar aus Nazi-Deutschland und waren „Feinde“, aber sie hatten alles verloren und brauchten Schutz und Hilfe.

Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 hoffte Dänemark, die Flüchtlinge schnell abschieben zu können. Doch die Alliierten verweigerten dies wegen der chaotischen Lage in den deutschen Besatzungszonen. Dänemark internierte die Flüchtlinge deshalb in Lagern und verhängte ein strenges Kontaktverbot, um zu verhindern, dass sie sich in Dänemark niederlassen. Nach und nach etablierte sich ein organisiertes ziviles Leben in den Lagern, mit gewählten „Bürgermeistern“, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie mit Umerziehung durch neue Schulbücher und Aufklärungsfilm. Die Versor-



Baracken im Lager Oksbøl.

© Bildarchiv Lokal History Antikens

gungslage und die gesundheitliche Situation der Menschen verbesserte sich zusehends. Im November 1946, nach eineinhalb Jahren, verließen die ersten Flüchtlinge Dänemark Richtung Westdeutschland. Der letzte Flüchtlingszug rollte am 15. Februar 1949.

Sieg der Menschlichkeit

Vier überlebende Zeitzeugen, damals Kinder, erinnern sich im Film von Jacob Holm Andersen „Gestrandet – Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945“, (Erstausstrahlung: Dienstag, 3. September 2024, um 22.25 Uhr), an dramatische Monate – und den Sieg der Menschlichkeit. Der Film wird auf den dritten Programmen laufend wiederholt und ist auch in der ARD-Mediathek abrufbar.



Die bewegenden Interviews werden ergänzt um pointiert ausgewähltes Archivmaterial: sowohl Filmaufnahmen als auch Audiomittschnitte. 3sat zeigte den Film im Rahmen eines Schwerpunkts zum Antikriegstag.

Die Schwestern Irmgard Ritgens (1930-2023) und Edith Cyrus, geboren 1937, flüchteten im Februar 1945 mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern aus Königsberg. Über die Ostsee gelangten sie unter dramatischen Umständen nach Dänemark. Später fanden sie in Westdeutschland ihren vermissten Vater wieder und lebten bis zu Irmgards Tod 2023 Haus an Haus in Eschweiler in Nordrhein-Westfalen.

Elsbeth Schönrock, geboren 1933, floh mit ihrer Mutter und ihrer Schwester aus der Freien und Hansestadt Danzig. Sie erinnerte sich an Wochen voller Angst, ehe sie am 1. Mai 1945 Kopenhagen erreichten. Tragischerweise starb die Mutter

kurz darauf an den Folgen eines irrtümlichen alliierten Luftangriffs auf einen Flüchtlingszug im Bahnhof von Skjern – am Tag des Kriegsendes. Seit 1980 besucht Elsbeth jedes Jahr das Grab ihrer Mutter in Oksbøl – für sie ein persönlicher „Glücksmoment“.

Jörg Baden, geboren 1939, und seine Familie flohen unter russischem Beschuss von Warnemünde nach Kiel. Nur mit Mühe konnte seine Mutter davon abgehalten werden, in Panik mit ihm und seinem Bruder an der Hand in die Ostsee zu springen. Jörgs Vater war Flugzeugkonstrukteur bei Heinkel und konnte im Lager Oksbøl als Mathematiklehrer arbeiten. Jörg Badens Familie übersiedelte 1947 ins Rheinland und sieht im Umgang der Dänen mit den deutschen Flüchtlingen „eine große humanitäre Leistung“. Zwei seiner Töchter leben inzwischen in Dänemark.

Oksbøl in West-Jütland war zwischen 1945 und 1949 das größte Flüchtlingslager in Dänemark. Mit mehr als 35.000 Bewohnern galt es vorübergehend als fünftgrößte Stadt des Landes. Auf dem ehemaligen Gelände befindet sich neben dem Lagerfriedhof seit 2022 das Museum „Flugt“, das einerseits die Geschichte der deutschen Flüchtlinge in Dänemark aufarbeitet und andererseits Flucht als allgemeines Menschheitsthema behandelt.



„Deutsche auf der Flucht“

Der Historiker John V. Jensen vom Museumsverbund Varde arbeitet als Kurator für das „Flucht-Museum“. Er hat die Geschichte der deutschen Flüchtlinge in Dänemark aufgearbeitet und vertritt eine differenzierte Sichtweise: „Wir Dänen waren weder großartig, so das jahrzehntelange Narrativ, noch waren wir unmenschlich, wie Kirsten Lyloff uns das attestiert hat“, sagt er. Die dänische Ärztin und Historikerin hatte die



Vertriebene Ostdeutsche im dänischen Lager.



Historische Fotos vom Lager in Oksbøl, hier vom Theater.

© Bibrandskø Local History Archives

Öffentlichkeit mit dem Vorwurf geschockt, die Mediziner Dänemarks hätten den Not leidenden deutschen Kriegsflüchtlingsbewusst die Hilfe versagt – und so den Tod Tausender Kinder in Kauf genommen. Die dänische Gesellschaft, so Jensen, habe alles in allem die Aufgabe angenommen, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Man habe den großen Aufwand und die immensen Kosten als eine Art „verspätete dänische Kriegsanstrengung“ gesehen, da das Land insgesamt glimpflich durch den Zweiten Weltkrieg gekommen sei. Jensen sagt, er habe bei seinen Recherchen ehemalige Flüchtlinge getroffen, die nie mehr nach Dänemark zurückkehren wollten. Ihm seien aber mehr Betroffene begegnet, die regelmäßig wiederkämen.

Für die Dokumentation „Gestrandet – Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945“ wurden neben ergreifenden Interviews mit Zeitzeugen, die sich an ihre Flüchtlingskindheit erinnern, private Fotos ausgewertet sowie Archivaufnahmen aus BBC-Nachrichtensfilmen für Dänemark (1945) und ein längerer „Informationsfilm“ der dänischen Flüchtlingsverwaltung für die eigene Bevölkerung aus dem Jahr 1949. Außerdem steuert der Historiker John V. Jensen von den Varde-Museen Informationen und Einschätzungen im Originalton bei.

Lediglich die Ankündigung des Filmes im „Schleswig-Holstein-Magazin“ vom 27. November 2024 mit den Worten „...mit Kindern aus Danzig, mit Geschwistern aus Kaliningrad, aber auch aus Warnemünde“ zeigt das mangelhafte Geschichtsverständnis der Moderatoren des Deutschen Fernsehens!

Manfred E. Fritsche

John V. Jensen

Deutsche auf der Flucht 1945. Gebundene Ausgabe in deutscher Sprache vom 5. Mai 2022, Aarhus Universitetsforlag

13,70 Euro

Georg Dehio-Buchpreis 2024: Literatur, die Brücken baut

In Berlin wurden zwei Autorinnen und ein Übersetzer geehrt

Der Georg Dehio-Buchpreis, der seit 2003 im jährlichen Wechsel mit dem Dehio-Kulturpreis vergeben wird, hat eine spezielle Aufgabe. Mit ihm ehrt das Deutsche Kulturforum östliches Europa Autorinnen und Autoren, die Themen der gemeinsamen Kultur und Geschichte der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn in ihren literarischen, wissenschaftlichen oder publizistischen Werken aufgreifen, auf hohem Niveau reflektieren und breiten Kreisen anschaulich vermitteln. In diesem Jahr ging der Hauptpreis an Ulrike Draesner, die für ihr literarisches Gesamtwerk ausgezeichnet wurde. Den Förderpreis erhielt Karolina Kuszyk zusammen mit ihrem Übersetzer Bernhard Hartmann für das Buch „In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen.“



Georg Dehio-Buchpreisträger 2024: Bernhard Hartmann, Karolina Kuszyk und Ulrike Draesner (v.l.n.r.).

© Deutsches Kulturforum östliches Europa, Markus Nowak

Bei der feierlichen Preisverleihung am 10. Oktober 2024 in der Staatsbibliothek zu Berlin bescheinigte die polnische Germanistin und Literaturwissenschaftlerin Monika Wolting der Hauptpreisträgerin „eine einzigartige Gabe, die Vergangenheit lebendig werden zu lassen, ohne sie zu verklären.“ Die Schriftstellerin Ulrike Draesner leiste mit ihren Werken in einzigartiger Weise einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesellschaft, „indem sie das Bild einer deutschen Geschichte und Gegenwart zeichnet, die von Brüchen, Wunden und Narben gezeichnet ist.“

Dabei beschränkt sich Ulrike Draesner nach den Worten der an der Breslauer Universität lehrenden Laudatorin nicht auf die Schilderung von Zerrissenheit und Verlust. Sie baue auch Brücken zwischen Generationen, zwischen Zeiten und Landschaften, zwischen Menschen und ihren Geschichten. Draesners Erzählstil sei beeindruckend scharf und zugleich von großer Sensibilität und Umsicht geprägt. „Sie verleiht den stummen Stimmen eine Sprache, macht Traumata hörbar und erinnert uns an das, was allzu oft verdrängt wird.“

Beiträge zum Verständnis der gemeinsamen Geschichte
Draesners Werk – so schloss Monika Wolting ihre Würdigung – sei ein wichtiger Beitrag zur europäischen Gegenwartsliteratur. „Es spricht von Migrationen – erzwungenen, freiwilligen und verhinderten. Es erzählt von der Beständigkeit von Kulturen, Sprachen und Erinnerungen – trotz Veränderungen, Verlusten und Zerstörungen. Ihre Romane sind nicht nur literarische Meisterwerke, sondern auch wichtige Beiträge zum Verständnis unserer gemeinsamen europäischen Geschichte.“

„In den Häusern der anderen“

Wer sich auf Karolina Kuszyks Buch „In den Häusern der anderen“ einlässt, der begibt sich nach Ansicht des Historikers Andreas Kossert auf ein bewegendes Abenteuer. Auf eine Spurensuche nach dem Poniemieckie, dem ehemals Deutschen. Dabei habe die heutige Preisträgerin wahrhaft dicke Bretter bohren müssen, sagte er in seiner Laudatio. Denn in ihrem Buch gehe es um nicht weniger als eine kulturelle Aneignungsgeschichte, die bereits achtzig Jahre andauere. Dieser Prozess sei schmerzhaft und leidenschaftlich verlaufen. Auch sei er niemals frei von Absurditäten und Widersprüchen gewesen. Denn über allem schwebte die Kernfrage: Wie geht man mit dem ungeliebten Fremden um, wann wird es das Eigene oder kann das fremde Erbe überhaupt jemals zum Eigenen werden?

Poniemieckie – ehemals deutsch. Das sei für unser Nachbarland Polen bis zum Kriegsende 1945 der brutale Wirklichkeit gewordene Albtraum gewesen. Denn alles, was 1945 ehemals deutsch war, stand für Krieg, Besatzungsherrschaft und Vernichtung. „Alles Deutsche war deshalb ausnahmslos kontaminiert.“ Ein neuer Schock sei dann Stalins Entscheidung gewesen, Polen nach Westen zu verschieben.

„Für viele Polen bedeutete das eine Zumutung“, sagte Kossert. Denn nun seien sie gezwungen gewesen, dort zu leben, wo bis vor kurzem Millionen Deutsche wohnten, die gerade geflohen oder vertrieben worden waren. „Im Land der Feinde, das nun Teil Polens wurde.“ Und das ihnen von der kommunistischen Propaganda als urpolnische Gebiete verkauft worden

sei. Kossert: „Allen war jedoch insgeheim bewusst, dass es sich um eine historische Lüge handelte.“ Denn die verbreitete Mär von der Heimkehr habe über eines nicht hinwegtäuschen können: „Alles sprach Deutsch: Häuser, öffentliche Gebäude, Fabriken, Straßen, Kirchen, Friedhöfe. Einfach alles: Möbel, Werkzeuge, Gefäße, Kleidungsstücke, Bilder an den Wänden und selbst die Einmachgläser in den Kellern.“

Manche der neuen Bewohner, sagte Kossert, hätten sich für eine private „Entdeutschung“ entschieden, indem sie aus ihren neuen Wohnungen alles Deutsche herausfegten. Und selbst Tapeten von den Wänden rissen. Vergeblich. Kossert zitierte aus dem Buch eine polnische Breslauerin: „Überall lugte das ehemals Deutsche hervor. Auf Schritt und Tritt finde ich Dinge, die jemand anderem gehören und von einem anderen Leben zeugen, von dem ich nichts weiß, von den Menschen, die dieses Haus gebaut und hier gewohnt haben.“

Der Georg Dehio-Buchpreis wird vom Deutschen Kulturforum östliches Europa e. V. ausgelobt und von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) dotiert. Er wird seit 2004 im Wechsel mit dem Georg-Dehio-Kulturpreis an Autoren verliehen, „die Themen der gemeinsamen Kultur und Geschichte der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn in ihrem literarischen, wissenschaftlichen oder publizistischen Werk aufgreifen, auf hohem Niveau reflektieren und breiten Kreisen anschaulich vermitteln“.

Über die Zuerkennung des Georg-Dehio-Buchpreises entscheidet eine Jury, deren Mitglieder vom Kuratorium des Deutschen Kulturforums östliches Europa auf Vorschlag des Vorstandes bestellt werden. Ständige Mitglieder in der Jury sind ein vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) entsandter Vertreter und ein Vertreter der von der BKM geförderten Institutionen, die sich mit der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa befassen.

„Ein schönes und kluges Buch“

Für den mühsamen Prozess der Aneignung habe die Autorin einen privaten Zugang gewählt, sagte Kossert in seiner Laudatio. „Ihre eigene Familiengeschichte webt sie auf unaufdringliche Art und Weise in ihre Erzählung hinein. „Sie zeigt, wie jeder und jede Teil dieser großen Aneignungsgeschichte wurde.“ Aus dem Kleinen, dem Privaten sei es ihr gelungen, die Epoche großer Umbrüche sichtbar zu machen.

Auch deshalb lese sich das Buch nicht nur erfrischend leicht, sondern vor allem wie die Neuvermessung der polnischen Nachkriegsgeschichte. Dabei zeichne Karolina Kuszyk den nimmermüden Pragmatismus nach, den Menschen an den Tag legen, wenn es um das ehemals Deutsche geht. Ohnehin habe sich das Blatt längst gewendet. Kossert: „Ehemals deutsch ist vielfach ein Gütesiegel, mit dem emsig geworben wird.“

„Entstanden ist ein schönes und kluges Buch“, sagte Kossert in seiner Laudatio. Es lasse bei allem Schrecklichen der Vergangenheit vor allem nach vorne blicken. Denn die atemberaubende kulturelle Aneignung sei am Ende auch ein ungemainer Schatz, der Polen und Deutsche verbindet statt trennt. Allerdings zeigten die Zeitläufe, dass Gewissheiten nicht in Stein gemeißelt seien und der Nationalismus mitten in Europa wieder Hass und Feindschaft gegen die Anderen säe.

„Ich bin fest davon überzeugt“, zitierte Kossert die Autorin, „dass wir uns das ehemals Deutsche auf unterschiedliche Weise erzählen müssen, dass wir hineinlauschen müssen in das, was die Menschen sagen und verschweigen, die bald nicht mehr sind.“ Daraus folge, dass das ehemals Deutsche seine Schrecken endgültig verliert und Teil des Eigenen werden kann und darf.

Und noch einmal zitierte er Kuszyk: „Der Mensch hat das Recht, mehrere Identitäten zu haben. Auch eine ehemals deutsche. Wenn wir uns um jeden Preis einen reinen Ursprung zulegen wollen, wenn wir uns in der Festung des absolut Polnischen verschanzen, dann kann sich eines Tages herausstellen, dass wir uns wieder unfreiwillig einrichten müssen, weil wir nichts getan haben, um es zu verhindern.“ Ein Appell, der sich – so Kossert – nicht nur an die polnischen Bürger, sondern auch an uns Deutsche richtet.

„Sprache, die lange nachklingt“

Kossert schloss in seiner Dankesrede auch den Übersetzer Bernhard Hartmann ein. Trotz vieler Sonntagsreden habe unser Nachbarland immer noch einen schweren Stand in Deutschland. Vieles müsse immer noch erklärt werden. Deshalb brauche es die Übersetzung und damit im besten Sinne auch die Vermittlung durch Literatur. Dafür gibt es Bernhard Hartmann. Er mache etwas möglich, was wichtiger denn je sei: „Uns Deutschen Polen näher zu bringen, durch die Kraft der Übersetzung. Immer wieder neue und alte Schätze zu heben, die jenseits von Oder und Neiße entstanden. Das sei ein Verdienst, das leider viel zu oft verkannt werde. Bernhard Hartmann verleiht Karolina Kuszyks wichtigem Anliegen eine Sprache, die lange nachklingt und uns am Ende erreicht und berührt.“

Der Preis, der von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien mit insgesamt 10.000 Euro dotiert ist, erinnert an den aus Reval (estnisch Tallinn) gebürtigen Kunsthistoriker Georg Dehio (1850-1932).

Sein Blick für regionale Zusammenhänge und sein Gespür für die wechselvolle Geschichte historischer Denkmäler haben nach Auffassung des Deutschen Kulturforums östliches Europa Maßstäbe gesetzt. An denen orientiert sich auch die Arbeit des Forums. Über die Zuerkennung des Preises entscheidet eine Jury, deren Mitglieder vom Kulturforum auf Vorschlag des Vorstandes bestellt werden.

Peter Pragal

Auf den Spuren europäischer Industriekultur

Aktuelle Sonderausstellung thematisiert Geschichte rund um den Tarnowitzer Bergbau

Wer am Barbaratag, dem 4. Dezember, im Oberschlesischen Landesmuseum von Ratingen zu Besuch war, hatte die Gelegenheit, an einer Sonderführung mit dem Museumsdirektor Dr. David Skrabania durch die Ausstellung „Silberfieber. Der Tarnowitzer Bergbau – das UNESCO-Welterbe in Oberschlesien“ teilzunehmen. Diese thematische Führung stand im Zeichen der Heiligen Barbara, die als Schutzpatronin der Bergleute verehrt wird.

Bei einem Rundgang durch die „Silberfieber“-Ausstellung können Besucher auf den Spuren europäischer Industriekultur wandeln. Mit Hilfe von digitalen Elementen – darunter Archiv- und zeitgenössische Videos, 3D-Scans Virtual Reality – führt die spannende Zeitreise sogar unter Tage. Die Präsentation thematisiert die Entwicklung der zweitgrößten Montanindustrieregion Europas (nach dem Ruhrgebiet), die auf eine wesentlich längere Geschichte zurückblickt, als das rheinisch-westfälische Industriegebiet.

Entwicklung, Niedergang und UNESCO-Welterbe

Die Ausstellung zeigt die Geschichte der Industrie in Tarnowitz (heute Tarnowskie Góry), dem Kern des ober-schlesischen Bergbaureviers, seine Entwicklung und seinen Niedergang sowie die Bemühungen um seine Umwandlung in eine touristische Attraktion und seine Aufnahme in die UNESCO-Liste des Welterbes. Zu sehen sind vor allem Exponate aus den Sammlungen des Oberschlesischen Landesmuseums, des Vereins der Heimatfreunde des Tarnowitzer Landes und des Deutschen Bergbau-Museums.

Auf einer Ausstellungsfläche von insgesamt 450 Quadratmeter werden die geografische und historische Lage der ober-schlesischen Stadt sowie die Bergbaugeschichte bis 1784



Blick in die Ausstellung.



Vorge stellt werden auch einzelne Gruben.

und die prägenden Persönlichkeiten vorgestellt. Ein weiteres Thema der „Silberfieber“-Präsentation ist die Wiederaufnahme des Bergbaus in Tarnowitz um 1800 mit der ersten Dampfmaschine auf dem europäischen Festland. Beleuchtet werden auch die Anfänge des Industrietourismus und die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute sowie die Erfolgsgeschichte rund um die Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste im Jahr 2017. Die von Mariusz Gąsior kuratierte Sonderausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Verein der Heimatfreunde des Tarnowitzer Landes.

Das Oberschlesische Landesmuseum hat den Mitschnitt der Vernissage der Sonderausstellung „Silberfieber. Der Tarnowitzer Bergbau – das UNESCO-Welterbe in Oberschlesien“ fertiggestellt. Auf dem hauseigenen YouTube-Kanal können Interessenten rückblickend die Eröffnungsveranstaltung miterleben. Nach einer einleitenden Begrüßung durch Museumsdirektor Dr. David Skrabania folgten Grußworte von Dr. Christoph Willmitzer von der Kulturstiftung der Länder, die die Ausstellung großzügig unterstützt, und Dr. Stefan Lock, Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn. Anschließend gab der Kurator der Ausstellung Mariusz Gąsior eine spannende thematische Einführung.



Dieter Göllner

Advent in Anklam: Wie eine große Familie

Erneut 300 Ostdeutsche zur Adventsfeier in Anklam

Anklam. (dod) Jedes Jahr im Advent richten der Bund der Vertriebenen in Vorpommern und die Landesgruppe MV der Landsmannschaft Ostpreußen eine gemeinsame Adventsfeier in Anklam aus. Vorsitzender Manfred Schukat hieß am 30. November 2024 über 300 Landsleute aus der näheren und weiteren Umgebung im Volkshaus Anklam willkommen – 50 mehr als noch im Vorjahr. Die Mehrzweckhalle war mit einem sechs Meter hohen Tannenbaum, leuchtenden Weihnachtssternen und mit viel Tannengrün auf der Bühne und den Tischen liebevoll geschmückt.

Als ältester Gast wurde Helene Teetz aus Anklam begrüßt, die aus Preil auf der Kurischen Nehrung stammt und im Januar 100 Jahre alt wird. Außerdem waren einige Landsleute von der deutschen Minderheit Stettin mit ihrem Vorsitzenden Thomas Krause der Einladung nach Anklam gefolgt. Zugleich gab es Gelegenheit, wieder Weihnachtspäckchen für Ostpreußen zu spenden. 50 sorgfältig gepackte Sendungen stapelten sich unter dem Weihnachtsbaum, die der befreundete russische Kant-Chor Gumbinnen erhalten soll. Norbert Hansack aus Penkun wird sie zum Fest in das Königsberger Gebiet bringen, weil er ein russisches Drei-Jahres-Visum hat. Außerdem wurden über 2.000 Euro gespendet, die an die evangelische Diakonie-Station „Sandora“ Heydekrug im Memelland für Bedürftige in Litauen überwiesen werden. Doch zunächst wurde in einem bewegenden Gedenken an die 80 verstorbenen Landsleute des Jahres 2024 mit Namen, Alter und Geburtsheimat erinnert. Danach brachten Manfred Neumann aus Wolgast mit Gitarre sowie der Verfasser mit Concertina zehn Weihnachtslieder zum Mitsummen zu Gehör. Im

weiteren Vormittag wurden der ausführliche Jahresrückblick und der Kassenbericht des Vereins erstattet. Es wurden noch die Vorhaben 2025 bekanntgegeben und herzlich zu allen Heimattreffen eingeladen.

Nach der Mittagspause hielt der evangelische Pfarrer von Brüssow, Matthias Gienke, eine Adventsandacht mit gemeinsamem Vaterunser und Segen. Zur besonders schönen Atmosphäre dieses letzten Heimattreffens 2024 trug der Posaunenchor Bansin bei. Die Bläserinnen und Bläser unter der Leitung von Helmut Friedrich, betätigten sich auch wieder als hervorragender Gesangschor. Wunderbare Adventsstimmung verbreitete ebenso der Handglocken-Chor aus dem fernen Dabel / Mecklenburg. Nach langen Bemühungen war es gelungen, die zwölf Glockenspieler mit ihrem Leiter Dr. Volker Klaukien erstmals nach Anklam zu holen. Außer bekannten Weihnachtsliedern trugen sie ein besonders bewegendes Stück vor – „Gelobt sei Gott“ aus der „Schlesischen Weihnacht“ von Max Drischner, das 1944 noch vor der Zerstörung im Dom zu Brieg bei Breslau uraufgeführt wurde, ehe vor 80 Jahren Flucht und Vertreibung aus der Heimat begannen. Die jüngste, neunjährige Enkelin von Manfred Schukat, Jule aus Berlin, trug das Solo „Alle Jahre wieder“ vor und erhielt dafür kräftigen Applaus. Zum Abschluss wurde dezent schon mal die „Stille Nacht, heilige Nacht“ vom Posaunenchor angestimmt. Alle Besucher in der Halle sangen oder summten leise mit, weil die Generation der Kriegskinder noch das eigene Singen kennt und liebt. So wurde bis zum Schluss rege davon Gebrauch gemacht.

Friedhelm Schülke



Über 300 Landsleute trafen sich zur adventlichen Feier in Anklam.

© Privat



Impressum

Herausgeber und Verlag:

BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

Telefon: (0228) 810 07-28/28
Telefax: (0228) 810 07-52
E-Mail: markus.patzke@bdv-bund.de
Internet: www.bund-der-Vertriebenen.de

Bankverbindung:

Commerzbank
BIC: COBADE33XXX
IBAN: DE59 3804 0007 0111 7043 00

Chefredaktion:

Markus Patzke

Layout:

Top Team Werbeagentur
Sandra Rogolin
Niemöllerallee 46
59555 Lippstadt
Telefon: (02941) 742 623 4

Druck:

DCM Druck Center
Meckenheim GmbH
Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 88 93-550

Erscheinungsweise:

zweimonatlich

Bezugspreis im
Jahresabonnement: 48,- Euro
für BdV-Mitglieder: 36,- Euro

Abdruck nach Vereinbarung

Die mit Namen oder Chiffre gezeichneten Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

DOD DEUTSCHER OSTDIENST

Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen

Immer auf dem Laufenden bleiben!



Mein Abonnement

Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift des Bundes der Vertriebenen „DOD – Deutscher Ostdienst“. Der DOD erscheint zweimonatlich. Der reguläre Bezugspreis im Jahresabonnement beträgt 48,- Euro, für BdV-Mitglieder 36,- Euro. Sie können auch ein Schnupper-Abo zum Vorzugspreis von 10,- Euro für drei Ausgaben bestellen. Das Angebot endet automatisch. Bitte füllen Sie auch die nebenstehende Einzugsermächtigung aus.

- Ich bestelle ein Jahresabo.
- Ich bestelle ein Schnupperabo
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft.

Name, Vorname:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ & Ort:

E-Mail:

Telefon:

Ort, Datum und Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 73 ZZZ 00000318658

Ich ermächtige den Bund der Vertriebenen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Bund der Vertriebenen auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Kreditinstitut (Name und Sitz der Bank)

Bic (Swift-Code):

IBAN:

halbjährlich

- 18,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 24,00 € Nichtmitglieder

jährlich

- 36,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 48,00 € Nichtmitglieder
- 10,00 € Schnupperabo; 3 Ausgaben (einmalig)

Ort, Datum und Unterschrift





ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

AUSSTELLUNG: „DIE GERUFENEN“
Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

AUSSTELLUNG: „ERZWUNGENE WEGE“
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

AUSSTELLUNG: „ANGEKOMMEN“
Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

AUSSTELLUNG: „VERSCHWUNDEN“
Orte, die es nicht mehr gibt

AUSSTELLUNG: „IN LAGERN“
Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955

Ausstellung: „STILLGESCHWIEGEN!“
Die Vertriebenen in der SBZ und DDR



ZgV - Zentrum gegen Vertreibungen

Organisationsbüro:

Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Telefon: 0228 - 81007-0 | E-Mail: info@z-g-v.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage: www.z-g-v.de

02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme als außerordentliches Mitglied gemäß § 3, Absatz 2 der Satzung vom 2. März 2016 in den Frauenverband im BdV e.V.

Ich möchte Mitglied werden und bitte um Zusendung der Satzung des Frauenverbandes.

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsort: _____

Als Beitrag für den Frauenverband entrichte ich jährlich 50,- Euro.

Mein Herkunftsgebiet bzw. das meiner Familie ist/ Ich engagiere mich in der Landsmannschaft oder Gliederung: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die Adresse der Vorsitzenden:

Aufnahme im Vorstand beschlossen am: _____

Der MV mitgeteilt am: _____

FRAUENVERBAND
im Bund der Vertriebenen e.V.

HOMEPAGE
www.frauenverband-bdv.de

PRÄSIDENTIN
Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85
52379 Langerwehe

KONTAKT
+ 49 (0) 2423/4070756
maria.werthan@frauenverband-bdv.de

SPENDEN
Unser Verein ist gemeinnützig.
Spenden sind absetzbar.

IBAN:
DE63 3806 0186 4961 3860 18
Volksbank Köln-Bonn



Frauenverband
im Bund der Vertriebenen e.V.

WWW.FRAUENVERBAND-BDV.DE

ÜBER UNS

14 Millionen Deutsche wurden in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aus den jeweiligen Siedlungsgebieten im Osten, Südosten und Ostdeutschland deportiert oder vertrieben. Sie durften nicht zurückkehren. Unterstützung und Hilfestellung in diesen Ausnahmesituationen war lebenswichtig.

Daher gründeten 1959 engagierte Frauen den Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V., um einander zu helfen und Orientierung zu geben.

Der Frauenverband ist ein eigenständiger Verein, Mitglied im Bund der Vertriebenen, im Deutschen Frauenrat und im Deutschen Frauenring. Gemeinsam mit diesen Verbänden engagieren wir uns für die gleichberechtigte Stellung der Frauen in unserem Land.



UNSERE GRUNDSÄTZE

Der Frauenverband ist dem Grundgesetz, der UN-Charta der Menschenrechte und der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet.

Im Sinne eines friedlichen Miteinanders in einem geeinten Europa pflegen wir regelmäßigen Gedankenaustausch bei unseren Reisen und Tagungen.

Wir treffen uns mit den Heimatvertriebenen sowohl in den Herkunftsländern als auch bei unseren Seminaren in Deutschland.

Als Frauenverband sind wir stets auf der Suche nach neuen Ideen und Kontakten, insbesondere zu der jungen Generation.

UNSERE ARBEIT

Wir setzen uns für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht eines Jeden und für die Erleichterung des Schicksals von Geflüchteten und Vertriebenen ein.

Wir schätzen und pflegen unser kulturelles Erbe und vermitteln es an die nächsten Generationen.

Unsere Erinnerungskultur ist Teil der deutschen und europäischen Geschichte.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein.

Wir fordern ein weltweites Verbot von Vertreibungen.

UNSERE ANGEBOTE

Begegnungs- und Verständigungsarbeit
Grenzüberschreitende Projekte
Bildungs- und Besuchsreisen
Projekte mit Jugendlichen
Internationale Tagungen
Publikationen

FRAUENVERBAND IM BDV
e.V.



03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin

„Die vertriebenen Frauen des Frauenverbandes im BdV e.V. treffen sich einmal monatlich (immer am 4. Donnerstag im Monat). Wir setzen uns selbst die Themen und diskutieren rege darüber. Interessierte Frauen können gerne dazu kommen“. (Anm. der Redaktion: Männer doch auch!?)

Kontakt: Ruf 030-766 782 03, 0160-1511 388 Frau Sibylle Dreher.

Ort: Begegnungsstätte „Jahresringe e. V“, Stralsunder Str. 6, in 13355 Berlin-Mitte, Straßenbahn 10, U8 Bernauer Str.



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 – Steglitz 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin, IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

Westpreußischer Gesprächskreis,

Ort: jeweils sonnabends im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6,
10719 Berlin, S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

04) Sonnabend, 22.02.2025, 15:00 Uhr: Was bringt uns das neue Jahr 2025?

05) Tagesfahrten: Bahnfahrt nach Wismar (Deutschlandticket)

Stadtführung in Wismar durch Herrn Dr. Ernst Weichbrodt (Wismar) vom
Kulturwerk Danzig.

*Diese Tagesfahrt war ursprünglich für den 25. September 2024 vorgesehen
gewesen. Wegen Ausfalls der Regionalbahn-Verbindung bis Dezember 2024
wird diese Fahrt auf das Frühjahr 2025 verlegt!*

Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen

Ganztägig

Interessenten melden sich bitte umgehend telefonisch in der
Geschäftsstelle: 030-257 97 533 (Anrufannehmer mit Fernabfrage)

06) „34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025“

Die Vorbereitungen sind im Gange. Die Auswahl des Zieles steht bevor. Elbing mit Oberländischem Kanal und Frische Nehrung oder Breslau könnten das Ziel sein.

Interessenten halten sich, bitte, die Tage Mo, 26.05. bis So, 01.06.2025 für diese Veranstaltung frei und melden Ihr Interesse für eine Teilnahme bei uns an!

Das Haus in Weißenhöhe, Kreis Wirsitz, steht uns für Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung. Zudem sind wir auf Grund zurückgegangener Teilnehmerzahlen bei der Organisation der Tagung darauf angewiesen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

07) Treffen des Heimatkreises Grenzmark
im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Sonnabend, 15. März 2025, 14:00 Uhr

Weitere Termine: 14.06., 13.09., 13.12.2025.

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

im Restaurant & Café „**Ännchen von Tharau**“,
Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, treffen sich Landsleute zum Gespräch, jeweils sonnabends,
ab 14:00 Uhr.

Wer möchte, kann sich auch gerne vorher schon zum Mittagessen hier
einfinden.

Manfred Dosedall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosedall@freenet.de

Teil B

Inhaltsverzeichnis (Seiten B I – B V)

B. a) Termine von Tagungen u.ä.	Seiten B 1 – B 32
--	--------------------------

- 01) Karin Biermann Preis für Schlesienforschung 2025
- 02) Georg-Uschmann-Preis für Wissenschaftsgeschichte 2025
- 03) Otto-Hintze-Nachwuchspreis 2025
- 04) Andrej-Mitrovic-Preis 2024
- 05) 14.000 Kriegsgedichte aus dem Ersten Weltkrieg sind online abrufbar, sortiert nach dem Textincipit. Die Gedichte wurden zwischen 1914 und 1918 vom Deutschen Volksliedarchiv gesammelt
- 06) Maimon, Cohen, Cassirer. Der Kantianismus in seinem Verhältnis zum Judentum
- 07) Ost-Debatten und kein Ende? Neue Perspektiven
- 08) Staats-Sicherheiten im Sozialismus: Geheimpolizei und staatssozialistisches Regime in der der DDR und Osteuropa
- 09) 38. Jahrestagung des Internationalen Arbeitskreises für Historische Stadtsprachenforschung
- 10) Das Gedächtnis der Identität – Identität als Gedächtnis
- 11) Wohin mit so viel Gotik? Mittelalterliche Kirchen in Lübeck neu gestalten, nutzen und finanzieren
- 12) Habsburg Central Europe in Global History
- 13) Erinnerungskultur im Wandel
- 14) Familie in Mitteleuropa: über territoriale, nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg (bis 1989)
- 15) Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck: Desiderate – Chancen – Potenziale

B. b) Berichte von Fachtagungen	Seiten B 33 – B 60
--	---------------------------

- 01) Vom Hansehandel zu Kochbüchern von heute
- 02) Geschichtsschreibung zwischen Stadt und Land. Hybride Narrative in Mitteleuropa vom 15. bis zum 17. Jahrhundert
- 03) (Un)Gleichheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion
- 04) Jüdische Siedlungsgeschichte in Schwaben
- 05) (Para-)Military Violence, War Crimes in Post-Soviet Conflicts and Narratives of the Russo-Ukrainian War
- 06) Poland and Its Neighbours in the 20th and 21st Century, 1918–2022

B. c) Zeitschriftenschau

Seiten B 61 – B 156

- 01) Francia-Recensio (2024), 4
- 02) Historische Zeitschrift (HZ) 319 (2024), 3
- 03) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 72 (2024), 12
- 04) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 73 (2025), 1
- 05) Journal of Contemporary History 59 (2024), 4
- 06) Český časopis historický / The Czech Historical Review
122 (2024), 3
- 07) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 75 (2024), 11/12
- 08) Central European History 57 (2024), 3
- 09) Osteuropäische Geschichte unterrichten in krisenhaften Zeiten
- 10) Eastern European Holocaust Studies. Interdisciplinary Journal of the
Babyn Yar Holocaust Memorial Center 2 (2024), 2
- 11) Quest. Issues in Contemporary Jewish History 26 (2024)
- 12) Judaica Bohemiae 59 (2024)
- 13) Historia Aperta 51 (2024)
- 14) Documenta Pragensia 42 (2023)
- 15) Pražský sborník historický 51 (2023)

B. d) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt Seiten

B 157 – B 161

A. Besprechungen (Seite B 157)

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 158)

- 01) Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von
der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02) Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und
Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn)
Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9.80.

Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die
Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn)
Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9.80.

Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten. ISBN 978-3-88557-250-3. € 9.80.

Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

03) Miloš Řezník: Regionalität im Fluss. Die kaschubische Bewegung – Zugehörigkeit, Raum und Geschichte (1840-1920). (24 SW-Abb.). (Osnabrück) fibre (2024). 316 Seiten.

= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.48.

ISBN 978-3.944870-88-5. Euro 58,00.

Rezensent: Roland Borchers, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

(Seiten B 159 – B 161)

(01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.

ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.

E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3.
€ 38,99?

02) Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda.

(zahlreiche SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten.

ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.

03) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).

(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

04) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).

Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.

Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.

Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.

PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7.
€ 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.
- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.).
Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte.
Neue Folge, Beiheft 17. ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers: Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb.
Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite). (Velbert 2021). 280 Seiten. € ?

- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022.
Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022).
171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs.
(Paderborn) Brill / Schönigh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas.
Band 13.
ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback);
ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.).
Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.
- 14)** Joachim Nolywaika: Vergeßt den Deutschen Osten nicht! Das Unrecht der Sieger: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Sudetenland. (mit SW-Abb.).
(Kiel) Arndt (2024). - 252 Seiten. ISBN 978-3-88741-310-1.- € 25.95.
- 15)** 1954-2024. 70 Jahre Glogauer Heimatbund. Jubiläumsschrift.
(zahllose SW- und mehrfarbige Abb.).
Herausgeber: Glogauer Heimatbund e.V., Hannover 2024. 80 Seiten.
- Zu beziehen durch den Glogauer Heimatbund e.V. gegen Spende:
Groß-Buchholzer Kirchweg 73, 30655 Hannover, Ruf: 0511-796802,
glogauerheimatbund@gmx.de
- 16)** Hans J. J. G. Holm: Die ältesten Räder der Welt – von den Indogermanen erfunden oder nur bei ihrer Ausbreitung benutzt?
Neueste archäologische und sprachwissenschaftliche Ergebnisse.
(zahlreiche mehrfarbige und SW-Abb., Tab.).
(Berlin) Verlag Inspiration Unlimited (2024). 163 Seiten.
ISBN 978-945127-54-4. Euro 39,00.

01) Karin Biermann Preis für Schlesienforschung 2025

[Forschungsstipendium der Stiftung Kulturwerk Schlesien](#)

Institution Stiftung Kulturwerk Schlesien

Gefördert durch Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

97070 Würzburg

Bewerbungsschluss 31.01.2025

<https://www.kulturwerk-schlesien.de/>

Von

Lisa Haberkern, Geschäftsleitung, Stiftung Kulturwerk Schlesien

Bis auf Weiteres vergibt die Stiftung Kulturwerk Schlesien jährlich im Umfang von bis zu 1.000 Euro Fördermittel für Forschungsvorhaben.

Forschungsstipendium der Stiftung Kulturwerk Schlesien

Kriterien und Antrag: Art und Umfang der Förderung

Das Forschungsstipendium der Stiftung Kulturwerk Schlesien kann von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern beantragt werden. Es dient der Durchführung eines einzeln zu bearbeitenden Forschungsvorhabens, bevorzugt einer entstehenden akademischen Qualifikationsschrift, aus dem geschichts-, sprach- oder kulturwissenschaftlichen Bereich mit explizitem thematischen Schlesienbezug. Eine institutionelle Anbindung des Antragstellers/der Antragstellerin ist nicht notwendig.

Das Stipendium wird einmalig gewährt und dient der finanziellen Unterstützung eines im Rahmen des Vorhabens notwendigen Forschungsaufenthalts in einer Bibliothek, einem Archiv o. ä.

Die Gewährung des Forschungsstipendiums der Stiftung Kulturwerk Schlesien hat in einer Veröffentlichung Erwähnung zu finden, und die Stiftung Kulturwerk Schlesien erhält ein Belegexemplar von Arbeiten, die auf der Grundlage der geförderten Forschung entstanden sind.

Antragsunterlagen

Der Antrag auf Gewährung des Forschungsstipendiums ist in deutscher oder englischer Sprache einzureichen unter bewerbung@kulturwerk-schlesien.de. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Beschreibung des Vorhabens (max. 5 Seiten zzgl. Quellen- und Literaturverzeichnis)
- Zeitplan, ggf. mit Reiseplan (präzise Benennung der Ziele, die für die Erstellung der Forschungsarbeit notwendig sind) und zugehöriger Kostenkalkulation (Hin-/Rückreise, Unterkunft, Sachkosten: z. B. Fotokopien, Verfilmung von Archivmaterial etc.)
- Tabellarischer Lebenslauf mit Publikationsverzeichnis

Seite B 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

- Akademische Zeugnisse (B.A., M.A., Magister, ggf. Promotion oder Habilitation)
- Empfehlungsschreiben eines wissenschaftlichen Betreuers (max. 2 Seiten)

Dotierung:

Einmaliger Förderbetrag: bis zu 1.000,- Euro

Fristen:

Bewerbungen werden bis zum 31.01.2025 entgegengenommen.

Zusätzliche Hinweise:

Ihre Daten werden für die Bearbeitung Ihres Antrags durch die Stiftung Kulturwerk Schlesien gespeichert und nicht an Dritte weitergegeben.

Die Stiftung Kulturwerk Schlesien erteilt Ihnen jederzeit gerne Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten. Personenbezogene Daten können auf Wunsch geändert bzw. gelöscht werden.

Für weitere Fragen zum Stipendium bzw. zu Ihrem Antrag steht Ihnen die Geschäftsstelle der Stiftung Kulturwerk Schlesien gerne zur Verfügung.

Kontakt

Stiftung Kulturwerk Schlesien
Kardinal-Döpfner-Platz 1
97070 Würzburg
Tel.: 0931/5 36 96
info@kulturwerk-schlesien.de
bewerbung@kulturwerk-schlesien.de

<https://www.kulturwerk-schlesien.de/>

Zitation

Karin Biermann Preis für Schlesienforschung 2025, in: H-Soz-Kult, 09.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/grant/id/stip-151892>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Georg-Uschmann-Preis für Wissenschaftsgeschichte 2025

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina - Nationale Akademie der Wissenschaften
06108 Halle (Saale)

Bewerbungsschluss
31.01.2025

Von

Luise Beddies, Leopoldina-Zentrum für Wissenschaftsforschung, Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina

Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina - Nationale Akademie der Wissenschaften schreibt den Georg-Uschmann-Preis für Wissenschaftsgeschichte für das Jahr 2025 aus.

Georg-Uschmann-Preis für Wissenschaftsgeschichte 2025

Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina - Nationale Akademie der Wissenschaften schreibt alle zwei Jahre den Georg-Uschmann-Preis für Wissenschaftsgeschichte aus, der von einem ihrer Mitglieder gestiftet wurde. Das Präsidium darf diesen Preis im Jahr 2025 erneut ausloben.

Der Preis wird im Abstand von zwei Jahren an eine/n Nachwuchswissenschaftler/in für eine hervorragende Dissertation an einer deutschen, österreichischen oder schweizerischen Hochschule auf den Gebieten der Wissenschafts- oder Medizingeschichte verliehen. Der Abschluss der Promotion sollte dabei zum Zeitpunkt der Nominierung nicht mehr als fünf Jahre zurückliegen. Der Preis ist mit 2.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet wurden bislang:

2023: Josephine Musil-Gutsch, München

2021: Caterina Schürch, München

2019: Lina Richter, Frankfurt/Main

2017: Gunthild Peters, Berlin

2015: Nils Güttler, Zürich

2013: Elisabeth Rinner, Berlin

2011: Viola Kristin Balz, Berlin

2009: Milena Wazeck, Berlin

2007: Matthias Schemmel, Berlin

2005: Gerhard Rammer, Wuppertal

2003: Carsten Reinhardt, Regensburg

2001: Torsten Rüting, Hamburg

1999: Klaus Hentschel, Göttingen

Vorschlagberechtigt sind alle Mitglieder und Senatorinnen bzw. Senatoren der Leopoldina sowie alle Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer aus dem Bereich der Wissenschafts- oder Medizingeschichte in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eigenbewerbungen sind nicht möglich.

Seite B 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die Auswahl der/des Preisträgerin/Preisträgers erfolgt unter Ausschluss des Rechtsweges durch eine Kommission aus Mitgliedern der Sektion Wissenschafts- und Medizingeschichte und des Präsidiums der Akademie.

Für die Bearbeitung der Vorschläge werden von Ihrer Kandidatin/ Ihrem Kandidaten benötigt:

- zwei Dissertationsexemplare (davon ein Exemplar in elektronischer Form auf USB-Stick, per E-Mail, Bereitstellung zum Download etc.)
- Ihre unterstützende Begründung
- die beiden Promotionsgutachten
- einen aktuellen Lebenslauf der Kandidatin/ des Kandidaten

Bitte senden Sie Ihre vollständigen Nominierungsunterlagen bis zum 31. Januar 2025 an die

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina -
Nationale Akademie der Wissenschaften
z.H. Herrn Dr. Jörg Beineke
Jägerberg 1
D-06108 Halle (Saale)
Deutschland

Es gilt das Datum des Poststempels.

Kontakt

Dr. Jörg Beineke (joerg.beineke@leopoldina.org)

Zitation

Georg-Uschmann-Preis für Wissenschaftsgeschichte, in: H-Soz-Kult, 24.11.2024,
<https://www.hsozkult.de/grant/id/stip-151476>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Otto-Hintze-Nachwuchspreis 2025

[Otto-Hintze-Nachwuchspreis 2025](#)

Institution Michael-und-Claudia-Borgolte-Stiftung zur Förderung der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin

Bewerbungsschluss 15.02.2025

Von

Michael Borgolte, Institut für vergleichende Geschichte Europas im Mittelalter, Humboldt-Universität zu Berlin

Seite B 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die „Michael-und-Claudia-Borgolte-Stiftung zur Förderung der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin“ schreibt zum Jahr 2025 zum siebten Mal ihren Otto-Hintze-Nachwuchspreis aus.

Otto-Hintze-Nachwuchspreis 2025

Gemäß der Stiftungssatzung vom 28.08.2012 wird der Preis „vorrangig für Abhandlungen oder Darstellungen von Postdoktorand/innen aus dem Institut für Geschichtswissenschaften vergeben (...), möglich ist aber auch die Auszeichnung anderer Nachwuchswissenschaftler/innen des Instituts“.

Der Preis wird also vergeben für

- Habilitationsschriften,
- andere Abhandlungen oder historische Darstellungen von Postdoktoranden des Instituts,
- herausragende Arbeiten anderer Nachwuchswissenschaftler, insbesondere Dissertationen.

Die entsprechenden Schriften oder Abhandlungen müssen in den Jahren **2023 oder 2024** in akademischen Prüfungen (Habilitation, Promotion etc.) am Institut für Geschichtswissenschaften eingereicht beziehungsweise von geeigneten Medien zur Publikation angenommen worden sein.

Bewerber werden eingeladen, ihre Arbeiten mit CV, Zeugniskopien und gegebenenfalls Belegen über die Annahme der Arbeiten zum Druck bis zum **15.02.2025** bei Michael Borgolte einzureichen (alles elektronisch an info@Borgolte-Stiftung.de, jedoch wird gebeten, gedruckte Bücher in vier Exemplaren als solche zu übermitteln an M. Borgolte, Mergelweg 4, 13469 Berlin). Sie können ihre Bewerbungen mit Gutachten von Hochschullehrern unterstützen. Ausdrücklich hingewiesen wird darauf, dass sich auch Autoren bewerben können, die dem Institut zurzeit nicht mehr angehören, aber die anderen Kriterien erfüllen.

Der Preis ist mit **3.000 €** dotiert und soll bei der Absolventenfeier des Instituts für Geschichtswissenschaften im Sommersemester 2025 überreicht werden.

Berlin, den 04.12.2024
gez. Prof. Dr. Michael Borgolte
(für den Vorstand der Stiftung)

Zitation

Otto-Hintze-Nachwuchspreis 2025, in: H-Soz-Kult, 06.12.2024,.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Andrej-Mitrovic-Preis 2024

Michael-Zikic-Stiftung
80539 München

Vom - Bis

15.11.2024 - 28.02.2025

Bewerbungsschluss

28.02.2025

<https://mzstiftung.wordpress.com/>

Von

Milan Kosanovic, Vorstand, Michael-Zikic-Stiftung

Die Michael-Zikic-Stiftung vergibt erneut den Andrej-Mitrović-Preis für Geschichte (dotiert mit 1.000,00 EUR). Er zeichnet eine herausragende unveröffentlichte Dissertation zu einem Thema der Geschichte Serbiens, der Geschichte Jugoslawiens, der deutsch-serbischen bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen oder zu einem Thema der Geschichte des deutschsprachigen Raumes, der serbisch-deutschen oder jugoslawisch-deutschen Beziehungen aus.

ABGABEFRIST WIRD BIS 28. FEBRUAR 2025 VERLÄNGERT.

Andrej-Mitrović-Preis 2024

Die Michael-Zikic-Stiftung vergibt erneut den Andrej-Mitrović-Preis für Geschichte, der mit 1.000,00 Euro dotiert ist.

Er zeichnet eine herausragende unveröffentlichte Dissertation (kein Verlagsvertrag) aus, die in den Jahren 2022 bis 2024 an einer Universität der unten genannten Länder eingereicht worden ist.

- zu einem Thema der Geschichte Serbiens, der Geschichte Jugoslawiens oder der deutsch-serbischen, bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen, wenn sie an einer Universität in Deutschland eingereicht wurde, bzw.

- zu einem Thema der Geschichte des deutschsprachigen Raumes oder der serbisch-deutschen, bzw. jugoslawisch-deutschen Beziehungen wenn sie an der Universität eines Landes, das vormals Teil Jugoslawiens war, eingereicht wurde. Die Arbeiten können sowohl von den Verfassern/Verfasserinnen als auch von den jeweiligen Betreuern/innen vorgeschlagen werden. Einzureichen sind ein Exemplar der Arbeit in gebundener und digitaler Form sowie die Gutachten in gedruckter sowie digitaler Form, dabei ist die Hochschule, an der die Arbeit eingereicht wurde, zu benennen.

Über die Vergabe des Preises entscheidet der Vorstand der Stiftung, der weitere Gutachten einholen kann. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Bewerbungstermin ist der 30.10.2024

Bitte senden Sie die Arbeit sowie die erforderlichen Unterlagen formlos an:

Seite B 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Prof. Dr. Marie-Janine Calic
Vorsitzende des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung
Historisches Seminar
Ludwig-Maximilians-Universität München
Geschwister-Scholl-Platz 1
80539 München

Kontakt

Prof. Dr. Marie-Janine Calic
Vorsitzende des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung
Historisches Seminar
Ludwig-Maximilians-Universität München
Geschwister-Scholl-Platz 1
80539 München

<https://mzstiftung.wordpress.com/>

Zitation

Andrej-Mitrovic-Preis 2024, in: H-Soz-Kult, 20.11.2024,
<https://www.hsozkult.de/grant/id/stip-151408>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) 14.000 Kriegsgedichte aus dem Ersten Weltkrieg sind online abrufbar, sortiert nach dem Textincipit. Die Gedichte wurden zwischen 1914 und 1918 vom Deutschen Volksliedarchiv gesammelt

<https://freidok.uni-freiburg.de/data/251654>

Von
Michael Fischer, Zentrum für Populäre Kultur und Musik, Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg

Viele Zeitgenossen betrachteten im August 1914 den Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit Genugtuung. Sie begrüßten die „große Zeit“ und feierten den Kriegsbeginn – zwischen Patriotismus, Nationalismus und Militarismus schwankend. Eine Publikationsflut überschwemmte den deutschen und internationalen Markt. Bücher, Broschüren und Artikel erschienen in großer Zahl, Gelehrte wie einfache Menschen verfassten Lieder und Gedichte. Diese Texte lobten die Heimat, verklärten den Kampf an der Front und verunglimpften die Gegner – kritische oder gar pazifistische Stimmen waren selten zu hören.

Das Zentrum für Populäre Kultur und Musik (ZPKM) hat nun einmalige Zeugnisse dieser erschreckenden Weltsicht veröffentlicht: 14.000 Kriegsgedichte, sorgfältig aus Zeitungen zwischen 1914 und 1918 ausgeschnitten, sind nun online zugänglich. Angelegt wurde diese

Seite B 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Sammlung vom Gründer des Deutschen Volksliedarchivs, dem Germanisten und Volkskundler John Meier. Er beteiligte sich damals am Aufbau von „Weltkriegssammlungen“. Das Deutsche Volksliedarchiv interessierte sich zwischen 1914 und 1918 für lyrische Texte, einerseits Soldatenlieder, andererseits Gedichte, die damals beschönigend der Gattung „Kriegspoese“ zugeordnet wurden.

Diese Texte stehen nun der interdisziplinären, vor allem kultur-, mentalitäts- und mediengeschichtlichen Erforschung des Ersten Weltkriegs, zur Verfügung. Gleichzeitig mahnen die historischen Quellen zum Frieden: Den 14.000 Gedichten stehen zwei Millionen deutsche Kriegstote gegenüber, im gesamten Krieg sind mehr als neun Millionen Menschen gewaltsam zu Tode gekommen.

Zugang zur Digitalen Bibliothek des ZPKM: https://www.zpkm.uni-freiburg.de/Digitale_Bibliothek

Direktlink zur Sammlung Kriegspoese: <https://freidok.uni-freiburg.de/data/251654>

Zitation

14.000 Kriegsgedichte aus dem Ersten Weltkrieg, in: H-Soz-Kult, 13.11.2024, <https://www.hsozkult.de/webnews/id/webnews-151009>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Maimon, Cohen, Cassirer. Der Kantianismus in seinem Verhältnis zum Judentum

Veranstalter Prof. Dr. Walter Homolka, Lehrstuhl für Jüdische Religionsphilosophie der Neuzeit; School of Jewish Theology, Universität Potsdam (Dr. Yehuda Oren; Jonathan Schmidt-Dominé M.A)

Ausrichter Dr. Yehuda Oren; Jonathan Schmidt-Dominé M.A

Veranstaltungsort

Universität Potsdam, Campus Am Neuen Palais, Haus 8 (Audimax), Räume 8.060–061
14469 Potsdam

Findet statt Hybrid

Vom - Bis

16.12.2024 - 18.12.2024

<https://www.uni-potsdam.de/de/veranstaltungen/detail/2024-12-16-maimon-cohen-cassirer-der-kantianismus-in-seinem-verhaeltnis-zum-judentum>

Von

Hartmut Bomhoff, Facheditor "Judentum", Handbuch der Religionen

In Anlehnung an Ernst Cassirers Vortrag „Hermann Cohens Philosophie in ihrem Verhältnis zum Judentum „(1931) und anlässlich Cassirers 150. und Kants 300. Geburtstags widmen wir uns den philosophischen Verbindungen zwischen den Werken Salomon Maimons, Cohens und Cassirers.

Maimon, Cohen, Cassirer. Der Kantianismus in seinem Verhältnis zum Judentum

Ausgangspunkt sind zum einen die bereits früh bemerkten, auf keine direkte Beeinflussung zurückzuführenden philosophischen Affinitäten zwischen Maimon und Cohen (etwa bezüglich ihrer konzeptualistischen Kant-Interpretation und der Bedeutung des Infinitesimalkalküls); zum anderen möchten wir angesichts des erneuten Forschungsinteresses an Maimon die frühe, im Anschluss an Cassirer durch die Marburger Schule bestimmte Maimon-Rezeption neu würdigen. Die drei Philosophen verbindet zudem ihre selbstbewusste Position als jüdische Denker im philosophischen Diskurs, wobei sie auf für ihre Innovationen unverzichtbare jüdische, rabbinische intellektuelle Traditionen zurückgreifen, während sie zugleich der – von Konfession und Herkunft unabhängigen – einen Philosophie im Anschluss an die philosophische Revolution Kants zum Fortschritt zu verhelfen suchen. Die Verbindung von Beiträgen aus den Feldern, der theoretischen Philosophie, der praktischen Philosophie wie auch der Religionsphilosophie erlaubt es, auf einer grundlegenden Ebene ein Licht auf die historischen Entwürfe eines Verhältnisses des Kantianismus zum Judentum zu werfen. In der gemeinsamen Lektüre und Diskussion kantischer Schlüsselpassagen suchen wir an das Ringen jener drei Philosophen um das Verständnis des kantischen Textes als einen Ausgangspunkt ihres Denkens anzuknüpfen.

Programm

Tag / Day 1 (16.12. 2024): Religionsphilosophie / Philosophy of Religion

13:00 Begrüßung / Opening Remarks

13:30–15:30 Maimonides, Spinoza und das Göttliche / Maimonides, Spinoza, and the Divine

Prof. George Y. Kohler (Bar Ilan, Jewish Philosophy): Maimonides' Theorie der göttlichen Attribute und Kants Analyse des unendlichen Urteils bei Hermann Cohen.

Yoav Schaefer, M.A. (Princeton, Department of Religion): Salomon Maimon's Interpretation of the Question Concerning the Creation Versus Eternity of the World in Maimonides' Guide of the Perplexed (online).

Prof. Michael Rosenthal (University of Toronto, Philosophy): The Trouble with Transcendence. Cohen and Maimon on Spinoza's Notion of God.

16:00–17:00 Lektüre zu Judentum und Vernunftreligion / Joint reading on Judaism and natural religion: "Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft & Anthropologie in pragmatischer Hinsicht".

17:30–19:00 Religion und Philosophie / Philosophy and Religion

Prof. Eveline Goodman-Thau (Hermann-Cohen-Akademie): Hermann Cohen, Salomon Maimon und Ernst Cassirer im Gespräch (online).

Marcus Döller, M.A. (Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg): Zwischen „Souveränität der Vernunft“ und „Verwaltung der Sittlichkeit“. Eine Lektüre von Hermann Cohens "Innere Beziehungen der Kantischen Philosophie zum Judentum".

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Tag / Day 2 (17.12. 2024): Theoretische Philosophie / Theoretical Philosophy

9:30–11:00 Erkenntniskritik als erste Philosophie? / Critique of Knowledge as First Philosophy?

Dr. Yehuda Oren (Universität Potsdam, Jewish Theology): Was heißt Idealismus? Maimons und Cassirers Interpretation von Kants Lehre der Dinge an sich.

Dr. Caterina Marinelli (Herausgeberin der / editor of the Salomon-Maimon-Gesamtausgabe): The Legacy of Cassirer's Interpretation of Salomon Maimon's Critical Skepticism.

11:30–12:30 Lektüre zum Begriff der Realität / Joint reading on the category of reality: Antizipationen der Wahrnehmung (Kritik der reinen Vernunft), Kommentare von / commentaries by Maimon and Cohen.

14:00–16:00 Infinitesimalkalkül / Infinitesimal Calculus

Prof. Scott Edgar (Saint Mary's University, Halifax, Department of Philosophy): The Metaphysics of Infinitesimal Calculus in Leibniz, Maimon, and Cohen (online).

Dr. Roy Amir (Hebrew University of Jerusalem, Franz Rosenzweig Minerva Research Center): „Ein Ding läßt sich nicht als ein Unendlichkleines abzählen“: Analysis as Ground-Laying in Cohen.

Dr. des. Matthias Janson (Wuppertal): Hermann Cohens Mathematisierung des Bewegungsbegriffs in Adolf Trendelenburgs Erkenntnistheorie.

16:30–18:00 Was ist Transzendentalphilosophie? / What Is Transcendental Philosophy?

Dr. Timothy Franz (Pontificia Universidad Catolica de Chile, Instituto de filosofia): Reflection as the Basis of Formal and Transcendental Logic in Salomon Maimon's New Logic.

Alexey Weißmüller, M.A. (Universität Potsdam, Philosophie): „Eine Ausgeburt tiefster logischer Verlegenheit“: Hermann Cohens Kant-Kritik in der Logik der reinen Erkenntnis.

Tag / Day 3 (18.12. 2024): Praktische Philosophie / Practical Philosophy

9:30–11:00 Tradition und Öffentlichkeit der Philosophie / Philosophy as Tradition and Philosophy's Public

Prof. Shira Billet (Jewish Theological Seminary, New York): "The 'Golden Chain' of Idealistic Thought": Cassirer and Cohen on the History of Philosophy.

Jonathan Schmidt-Dominé, M.A. (Goethe-Universität Frankfurt a. M., Komparatistik): Partikularismus der Öffentlichkeit. Maimon und Cassirer über Sprache und das Scheitern der Aufklärung.

11:30–12:30 Lektüre zur Realität des moralischen Gesetzes / Joint reading on the reality of the Moral Law: Von den Triebfedern der reinen praktischen Vernunft (Kritik der praktischen Vernunft), Ergänzungen von / amendments by Maimon and Cohen.

Seite B 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

14:00–16:00 Moral und Sittlichkeit / Morality and Ethics

Prof. Jeffrey L. Wilson (Loyola Marymount University Los Angeles, Philosophy Department): The Problem of Konkretisierbarkeit of the Moral Law as the Basis for Religion in Maimon and Cohen.

Deborah Epstein, M.A. (Universität Basel, Institut für Systematische Theologie): Der Begriff der Alterität bei Hermann Cohen.

Dr. Elisabeth Widmer (London School of Economics, Department of Government): Hermann Cohen's Neo-Kantian Ethical Socialism.

16:00–16:15 Abschließende Bemerkungen / Conclusion

Um Anmeldung wird gebeten / RSVP if possible
Online participation via Zoom
Meeting ID: 653 2735 7282

Kontakt

yehuda.oren@uni-potsdam.de ; schmidt-domine@em.uni-frankfurt.de

<https://www.uni-potsdam.de/de/veranstaltungen/detail/2024-12-16-maimon-cohen-cassirer-der-kantianismus-in-seinem-verhaeltnis-zum-judentum>

Zitation

Maimon, Cohen, Cassirer. Der Kantianismus in seinem Verhältnis zum Judentum, in: H-Soz-Kult, 15.12.2024, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-151939>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Ost-Debatten und kein Ende? Neue Perspektiven

Veranstalter Forschungsstelle Transformationsgeschichte, Universität Leipzig (Zeitgeschichtliches Forum Leipzig)

Ausrichter Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Veranstaltungsort Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

31.01.2025

<https://forschungsstelle-transformationsgeschichte.de/>

Von

Detlev Brunner, Fakultät für Geschichte, Kunst- und Regionalwissenschaften, Historisches Seminar, Forschungsstelle Transformationsgeschichte, Universität Leipzig

Seite B 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

In den vergangenen zwei Jahren wurde über „den Osten“ erregt und polemisch diskutiert. Gibt es „den Osten“ überhaupt? Welche Rolle spielt „Ostidentität“? Welche Trennlinien lassen sich weiterhin zwischen „Ost“ und „West“ erkennen? Welches Resümee lässt sich ziehen? Wie und mit welchem Ziel sollte die Diskussion weitergeführt werden? Welchen Blick richten die unterschiedlichen Generationen auf diese Debatte?

„Ost-Debatten und kein Ende? Neue Perspektiven“

Diese Fragen diskutieren Dr. Uta Bretschneider, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Dr. Andreas Kötzing, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden, Vanessa Beyer, (K)Einheit; Moderation PD Dr. Udo Grashoff, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden.

„Ost-Debatten und kein Ende? Neue Perspektiven“

Podiumsdiskussion mit Uta Bretschneider, Andreas Kötzing und Vanessa Beyer,
Moderation Udo Grashoff

31. Januar 2025, 17.00, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Kontakt

detlev.brunner@uni-leipzig.de

<https://forschungsstelle-transformationsgeschichte.de/>

Zitation

Ost-Debatten und kein Ende? Neue Perspektiven, in: H-Soz-Kult, 10.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/event/id/event-151907>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Staats-Sicherheiten im Sozialismus: Geheimpolizei und staatssozialistisches Regime in der der DDR und Osteuropa

Veranstalter Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Berlin-Lichtenberg

Veranstaltungsort Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Ruschestraße 103, "Haus 7", Raum 427
10365 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

05.02.2025 - 07.02.2025

<https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/vor-ort-entdecken/veranstaltungen/termin/staats-sicherheiten-im-sozialismus-berlin-06-02-2025/>

Von

Ronald Funke, Stasi-Unterlagen-Archiv (Bundesarchiv)

Seite B 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Wissenschaftliche Tagung des Forschungsbereichs des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv

Staats-Sicherheiten im Sozialismus: Geheimpolizei und staatssozialistisches Regime in der der DDR und Osteuropa

Sicherheit war für die staatssozialistischen Parteidiktaturen zentral. Überall im Ostblock trugen die Geheimpolizeien „Sicherheit“ im Namen. Dabei waren sie aber nicht die einzigen Akteure, die Sicherheit definieren und herstellen sollten. Anhand von Aushandlungsprozessen mit den herrschenden Staatsparteien und anderen Institutionen sowie Selbstinszenierungen der Geheimpolizeien wird nach Konstruktionen und Praktiken von Sicherheitskonzepten im Sozialismus gefragt.

Die Tagung wird eröffnet durch einen öffentlichen Vortrag von Prof. Dr. Norman M. Naimark zur Bedeutung des Sicherheitsbegriffs in den staatssozialistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

Am Ende der Tagung setzt sich eine abschließende Podiumsdiskussion mit der Bedeutung der diskutierten Forschungsfragen für die Aufarbeitung der Vergangenheit in der Gegenwart auseinander.

Programm

Mittwoch, 5. Februar 2025

18:00 Uhr: Öffentlicher Eröffnungsvortrag
The Meanings of Internal Security in the Communist Police State
Prof. Dr. Norman M. Naimark (Stanford University)

Grußworte
Prof. Dr. Michael Hollmann (Präsident des Bundesarchivs)
Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv)

Gespräch
Sven Felix Kellerhoff (Die Welt) und Prof. Dr. Norman M. Naimark (Stanford University) auf Deutsch

anschließend Empfang

Donnerstag, 6. Februar 2025

10:00–12:15 Uhr: Staat und Sicherheit
Moderation: Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv)

Ross und Reiter. Sicherheitspolitische Weichenstellungen im Verhältnis zwischen SED und MfS
Dr. Roger Engelmann (Berlin)

Die Verteidigung des sowjetischen Systems: Zusammenwirken der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Organe der Staatssicherheit in der poststalinistischen UdSSR, 1954-1991
Dr. Evgenia Lezina (ZZF Potsdam)

Seite B 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

KGB, Stasi und Dissidenten: die Konzepte der ›ideologischen Diversion‹ und der ›Zersetzung‹

Dr. Douglas Selvage (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv)

12:15-13:45 Uhr: Mittagspause

13:45-15:15 Uhr: Sicherheitspartnerschaften

Moderation: Dr. Ronny Heidenreich (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv)

Sicherheit im Verbund. Staatssicherheit und Innenministerium der DDR

Dr. Franziska Kuschel (Bundesstiftung Aufarbeitung)

»Hier stehen sexuelle Motive im Mittelpunkt.« Die ›Gästelehrgänge‹ der Volkspolizei mit ausländischen Sicherheitskräften im Blick der Stasi

Yves Müller (Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt/Institut für Landesgeschichte, Halle/Saale)

15:15-15:45 Uhr: Kaffeepause

16:00-17:00 Uhr: Archivführung

Freitag, 7. Februar 2025

10:00-12:15 Uhr: Sicherheit in der Sicherheit

Moderation: Dr. Mark Laux (Bundesarchiv - Stasi-Unterlagen-Archiv)

Die Personalrekrutierung des NKWD im Zuge des Großen Terrors

Dr. Matthias Uhl (Max Weber Netzwerk Osteuropa)

Mentalität und Hierarchie der sowjetischen Geheimdienstoffiziere

Dr. Tatiana Timofeeva (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder)

Die Staatssicherheitsminister der DDR

Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv - Stasi-Unterlagen-Archiv)

12:15-13:45 Uhr: Mittagspause

13:45-15:15 Uhr: Bilder von der Sicherheit

Moderation: Dr. Ronald Funke (Bundesarchiv - Stasi-Unterlagen-Archiv)

Zwischen politischer Bildung und Popkultur: Filmische Inszenierungen der Staatssicherheit seit 1990

Dr. Andreas Kötzing (Hannah-Arendt-Institut Dresden)

Der Verzicht auf politische Überzeugung: Prozesserzählungen in den Lehrfilmen des ungarischen Innenministeriums während des Staatssozialismus

Dr. László Strausz (Eötvös Loránd Universität Budapest)

15:15-15:30 Uhr: Kaffeepause

15:30-17:00 Uhr: 35 Jahre Aufarbeitung der Staatssicherheit (Podiumsdiskussion)

Moderation: Sven Felix Kellerhoff (Die Welt)

Seite B 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Markus Meckel (Außenminister a.D., Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung
Aufarbeitung der SED-Diktatur)
Prof. Dr. Michael Hollmann (Präsident des Bundesarchivs)
Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv - Stasi-Unterlagen-Archiv)
Hans-Wilhelm Saure (BILD-Zeitung)

Wir bitten um Anmeldung per E-Mail bis Freitag, den 31. Januar 2025.

Kontakt

stua-tagung@bundesarchiv.de

<https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/vor-ort-entdecken/veranstaltungen/termin/staats-sicherheiten-im-sozialismus-berlin-06-02-2025/>

Zitation

Staats-Sicherheiten im Sozialismus: Geheimpolizei und staatssozialistisches Regime in der der DDR und Osteuropa, in: H-Soz-Kult, 12.12.2024, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-151970>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) 38. Jahrestagung des Internationalen Arbeitskreises für Historische Stadtsprachenforschung

Veranstalter Internationaler Arbeitskreis für Historische Stadtsprachenforschung

06108 Halle (Saale)

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.03.2025 - 20.03.2025

Frist

31.12.2024

Von

Christopher Tersch, Germanistische Mediävistik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Vom 18. bis 20. März 2025 findet die 38. Jahrestagung des Internationalen Arbeitskreises für Historische Stadtsprachenforschung statt. Bis zum 31.12.2024 können Bewerbungen für einen Vortrag (30 Min) eingereicht werden. Der Call for Papers richtet sich insbesondere an Wissenschaftler:innen, die zur Sprache und/oder Textualität im städtischen Raum forschen.

38. Jahrestagung des Internationalen Arbeitskreises für Historische Stadtsprachenforschung

Seite B 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die spezifische Textualität und Sprachlichkeit der Stadt als Kommunikationsraum bildet den Interessensschwerpunkt des Zusammenschlusses zur Erforschung der historischen Stadtsprachenforschung. Thematisch wird das komplexe Spektrum sprachlicher Äußerungen in Städten des Mittelalters und der (frühen) Neuzeit in ihren formalen, funktionalen, kommunikativen, soziolinguistischen und pragmatischen Bezügen umfasst und schließt auch Fragen der Textüberlieferung und der historischen Mehrsprachigkeit ein. Die nächste Tagung des Arbeitskreises bietet neben einem kleinen Themenschwerpunkt ‚Randbeobachtungen in der Stadt‘ wie gewohnt den Raum für die Vorstellung und Diskussion von Forschungsvorhaben und Projekten jüngerer Wissenschaftler:innen, aber auch für Beiträge aus etablierten Forschungszusammenhängen.

Mit diesem Call sollen daher insbesondere noch einmal alle Wissenschaftler:innen adressiert werden, die zur Sprache und/oder Textualität im städtischen Raum forschen. Es gibt noch die Gelegenheit, sich bis zum 31. Dezember 2024 für einen Vortrag (30 Min.) zu bewerben. Bitte senden Sie Vorschläge an:
simone.schultz-balluff@germanistik.uni-halle.de

Das Programm sowie Informationen zum Tagungsort (Halle oder Wittenberg), zur Anreise und zu Übernachtungsmöglichkeiten werden im Januar versendet.

Ich freue mich auf Ihre Vortragsvorschläge!
Simone Schultz-Balluff

Kontakt

simone.schultz-balluff@germanistik.uni-halle.de

Zitation

38. Jahrestagung des Internationalen Arbeitskreises für Historische Stadtsprachenforschung, in: H-Soz-Kult, 05.12.2024, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-151782>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact
hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Das Gedächtnis der Identität – Identität als Gedächtnis

Veranstalter Arbeitskreis "Soziales Gedächtnis, Erinnern und Vergessen", Sektion Wissenssoziologie, Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Universität Koblenz)
Ausrichter Universität Koblenz
56070 Koblenz

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
03.04.2025 - 04.04.2025
Frist 31.01.2025

Von Jan Ferdinand, Universität Koblenz

Ohne Gedächtnis keine (soziale) Identität und kein Wissen über die Wirklichkeit. Das Wissen darüber, wer ich bin oder wer wir sind speist sich aus Vergangenheitsbezügen und orientiert mein ebenso wie unser situatives Handeln. Dieser Fundierung von Identität im Erinnern soll im Rahmen einer Tagung nachgegangen werden, wobei aus mikrosoziologischer Sicht eher das Problem der personalen und situativen Identität – und nicht so sehr das in der sozialwissenschaftlichen Gedächtnisforschung gängigere Problem der kollektiven Identität – in den Mittelpunkt gerückt wird.

Das Gedächtnis der Identität – Identität als Gedächtnis

Ohne Gedächtnis keine (soziale) Identität und kein Wissen über die Wirklichkeit. Das Wissen darüber, wer ich bin oder wer wir sind speist sich aus Vergangenheitsbezügen und orientiert mein ebenso wie unser situatives Handeln. Dieser Fundierung von Identität im Erinnern soll im Rahmen einer Tagung nachgegangen werden, wobei aus mikrosoziologischer Sicht eher das Problem der personalen und situativen Identität – und nicht so sehr das in der sozialwissenschaftlichen Gedächtnisforschung gängigere Problem der kollektiven Identität – in den Mittelpunkt gerückt wird.

Gedächtnissoziologisch verstehen wir ‚Identität‘ somit als eine Chiffre für das notwendig sozial konstituierte ‚Wissen um sich selbst‘ sowie das Wissen über ein Gegenüber in spezifischen (Interaktions-)Situationen, als Produkt umweltlicher Prägungen in der Vergangenheit und insbesondere wertspezifischer Einschreibungen. Dieses Wissen ist in der Regel explizit sprachlich, kann aber auch reflexiv impliziter Inkorporierung erwachsen. Aus der hier vertretenen Sicht aber gilt, dass das, was nicht gewusst wird, auch nicht als identitätswirksam konstruiert werden kann. Dies unterscheidet den Zugang, welchen wir unter dem Titel ‚Das Gedächtnis der Identität – Identität als Gedächtnis‘ vorschlagen, von Perspektiven, die über Begriffe wie Charakter oder Persönlichkeit geschaffen werden: Identität wird zur deklarativen und idealisierten Folie der (Selbst-)Verortung und (Selbst-)Situierung des Subjekts im Sozialen. Eine solche Idealisierung wird manchmal gerade in der Abgrenzung zu einem ‚Wissen um Andere‘ sinnhaft. Es ist daher naheliegend, Identität und Identitätsarbeiten durch gedächtnissoziologische Zugänge zu untersuchen, weil die Einbettung ins Soziale für jede Form eines solchen Selbst-Bezugs essentiell ist.

In ihrer deklarativen und idealisierten Form unterliegen Prozesse der Identitätsbildung oder -arbeit spezifischen Relevanzen, die sich auch in Biographien – als der situativ-präsentablen Form von Identität – vorfinden lassen. Identität erscheint außerdem als kompliziert zu erschließender ‚Filter‘ oder ‚Schalter‘ jeweils sozial situierter Handlungskonsequenzen. Anders gesagt: Wenn ich nicht ‚aus meiner Haut‘ kann, werden meine Handlungsentwürfe vom Erinnern an identitätswirksame Einstellungen geprägt – Identität kann so, etwa in Konfliktlagen, mit Gewissen verbunden sein.

Dass Identität als Entscheidungshilfe zu begreifen ist, die sich aus explizierbaren Vergangenheitsbezügen des Selbst speist, lässt sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln untersuchen. So wirken die Vergangenheitsbezüge als Selektionsmechanismen, die Brüche und Ambivalenzen, die jeder Lebensgeschichte innewohnen, einerseits glätten aber andererseits auch als Konversionen besonders exponieren können. Identität kommt auch ins Spiel bei vermeintlich ‚intuitiven‘ Entscheidungen, wenn auf als ‚Bauchgefühl‘ interpretierte Erfahrung zurückgegriffen wird oder eben bei der Erzeugung biographischer Erzählungen, wenn die Ich-Darstellung in ein vorzeigbares Licht gerückt wird. Es gibt aber auch Situationen, in denen die relative Kontingenz der Vergangenheitsbezüge, und damit der möglichen Entscheidungen, offenbar wird: Zum Beispiel bei Demenz, wenn der Zugang zu beziehungs-spezifischen Vergangenheitsbezügen versperrt ist; oder wenn eine kohärente

Selbst-Situierung aufgrund von biographischen oder gesellschaftlichen Umbrüchen in die Krise gerät; oder schließlich bei der Frage, inwieweit subsystemische oder diskursive Kontexte ein hybrides Changieren von Identität – ein hybrides Changieren von als relevant erachteten Vergangenheitsbezügen – nahelegen, so dass ich im Freundeskreis anders erzähle als im Kreis der Familie und so weiter. Es geht also um die Verfertigung von Identität in unterschiedlichen Kontexten sozialer Beziehungen.

Mithilfe der besonderen Berücksichtigung individuell-biographischer Vergangenheitsbezüge lassen sich auch unterschiedliche Identitätstheorien in ein neues Licht setzen. Zu erwarten sind dann neue Einsichten über hybride Identitäten, Patchworkidentitäten, Identitätsdiffusionen oder Identitätskrisen.

Im Rahmen der geplanten Tagung sollen unterschiedliche Perspektiven zur Sprache kommen, die das Werden und Gewordensein von Identitätskonstruktionen adressieren. Von Interesse sind dabei besonders zunächst zwei Perspektiven:

1. Empirische Zugänge, die Gedächtnisse der Identität sowie Identität als Gedächtnis thematisieren: Was geht zum Beispiel in Beziehungen vor sich, wenn aufgrund von Demenz identitätswirksame sprachliche Vergangenheitsbezüge verstellt sind? Ergeben sich neue Perspektiven, wenn wir bei der Betrachtung von biographischen Brüchen oder dem individuellen Umgang mit gesellschaftlichen Umbrüchen der sozialen Selektivität und der daraus erwartbaren Relevanz von Vergangenheitsbezügen Rechnung tragen? Was bedeutet es, wenn Individuen feststellen, ‚sich selbst treu‘ bleiben zu wollen?

2. Beiträge, die prüfen, wie Identität in verschiedenen gedächtnistheoretischen Ansätzen thematisiert wird: Welche Anregungen für eine vergangenheitssensible und damit erfahrungsbasierte Präzisierung des Identitätskonzepts lassen sich zum Beispiel bei Jane Addams, Maurice Halbwachs, Alfred Schütz, Maurice Merlot-Ponty oder auch Paul Ricoeur zur Analyse von identitätsbildenden Funktionen sozialer Gedächtnisse gewinnen?

Über diese Blickwinkel hinaus kann der mikrosoziologische sowie interaktionstheoretische Zusammenhang von Gedächtnis und Identität auch auf andere Weisen betrachtet und analysiert werden – beispielsweise aus der Sicht anderer Fächer wie der Sozialpsychologie, der Philosophie, der Geschichts- und Literaturwissenschaft sowie der Politikwissenschaft. Welche auch impliziten Vergangenheitsbezüge können hier in Identitätskonzepten ausgemacht werden?

Vortragsvorschläge (ca. 3.000 Zeichen inkl. Leerzeichen) werden bis zum 31. Januar 2025 an die Organisatoren erbeten.

Oliver Dimbath: dimbath@uni-koblenz.de,
Jan Ferdinand: ferdinandjan@web.de,
Christian Meier zu Verl: christian.meier-zu-verl@uni-konstanz.de,
Janna Vogl: janna.vogl@uni-weimar.de

Zitation

Das Gedächtnis der Identität – Identität als Gedächtnis, in: H-Soz-Kult, 03.12.2024, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-151752>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Wohin mit so viel Gotik? Mittelalterliche Kirchen in Lübeck neu gestalten, nutzen und finanzieren

Spring School Kirche und Kulturerbe 2025 in Lübeck

Veranstalter Universität Greifswald; in Kooperation mit TU Dortmund; Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck
23552 Lübeck

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

10.03.2025 - 16.03.2025

Frist

15.01.2025

<https://www.uni-greifswald.de/kirche-und-kulturerbe>

Von

Karin Berkemann

Von Marzipan bis Tourismus, die Welterbestadt Lübeck lebt von ihrer (kirch-)turmreichen Silhouette. Doch was vielen Menschen hier einen emotionalen und ökonomischen Standortvorteil bietet, kostet Geld, und genau das fehlt akut. Daher vermittelt die Spring School "Wohin mit so viel Gotik?" vom 10. bis 16. März 2025, welche biblischen und stilistischen Raumbilder hinter den gotischen Kirchen der Hansestadt stehen, wie man sie heute finanzieren und lebendig nutzen kann. Das interdisziplinäre Blockseminar der Universität Greifswald in Kooperation mit der TU Dortmund und dem ZKFL (Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck) ist Teil in der Spring-School-Reihe Kirche und Kulturerbe.

Spring School Kirche und Kulturerbe 2025 in Lübeck

Von Marzipan bis Tourismus, die Welterbestadt Lübeck lebt von ihrer turmreichen Silhouette. Doch was vielen Menschen hier einen emotionalen und ökonomischen Standortvorteil bietet, kostet im Bauunterhalt viel Geld. Geld, das die evangelische Kirche (alleine) nicht mehr aufbringen kann. Daher erprobt man vor Ort verschiedene architektonische Interventionen und Nutzungspartnerschaften. Nicht zuletzt gründen Kirchenkreis und Kommune aktuell die Stiftung "Sieben Türme" – ein Experiment, das bundesweit Schule machen soll.

In Lübeck vermittelt das Blockseminar durch Rundgänge und Referate, welche biblischen Raumbilder und historischen Stilformen hinter den gotischen Kirchen der Hansestadt stehen. Auf dieser Grundlage suchen die Studierenden der Architektur, Architekturgeschichte und Theologie in Workshopformaten vor Ort nach neuen Wegen, dieses Kulturerbe mit gestalterischen Eingriffen, Vermittlungsansätzen und Trägerschaftsmodellen auch künftig nutzen und erhalten zu können.

Einwöchiges interdisziplinäres Blockseminar der Universität Greifswald in Kooperation mit der TU Dortmund und dem ZKFL (Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck) in der Spring-School-Reihe der AG Kirche und Kulturerbe an der Universität Greifswald

Leitung: PD Dr. habil. Karin Berkemann (Kunsthistorikerin und Theologin; Universität Greifswald/TU Dortmund)

Seite B 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Termin: 10.-16. März 2025, nach der Anmeldephase wird vorlaufend für die organisatorischen Details eine virtuelle konstituierende Sitzung vereinbart

Bewerbung: begrenzte Teilnehmerzahl, Anmeldungen bis zum 15. Januar 2025 per Mail (berkeamnnk@uni-greifswald.de) möglich

Ort: Lübeck, vor Ort in den jeweiligen Kirchen und in den Seminarräumen der TH Lübeck

Programm

Montag, 10. März 2025

14.00-16.30 Uhr: Ankommen in der Altstadt

Anreise

Rundgang durch die Altstadt zwischen Mittelalter und Moderne

gemeinsames Abendessen

Dienstag, 11. März 2025

9.30-16.30 Uhr: Viele Türme, wenig Geld

Vorstellung der neuen weltlichen Stiftung "Sieben Türme" für die gotischen Altstadtkirchen durch Christine Buller-Reinartz vom Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg

Erkundung von St. Marien, Führung zu Türmen und Gewölben

Bilden der Workshopgruppen mit verschiedenen Schwerpunkten

Mittwoch, 12. März 2025

9.30-16.30 Uhr: Kommerzfreie Räume in der Händlerstadt

Führung zum Umgang mit Leerständen in der Altstadt (Kaufhäuser etc.) durch das Projekt "übergangsweise"

Erkundung von St. Petri

Weiterarbeiten in den Workshopgruppen

Donnerstag, 13. März 2025

9.30-16.30 Uhr: Drohende Abrisse in den Stadtteilen

Gotik vs. Moderne am Beispiel des Stadtteils St. Jürgen durch das ArchitekturForumLübeck

Erkundung des Doms

Weiterarbeiten in den Workshopgruppen

Seite B 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Freitag, 14. März 2025

9.30-16.30 Uhr: Frische Ideen für die Innenstadt

Passantenbefragung zu möglichen Nutzungsformen

Erkundung von St. Katharinen

Abschließen der Arbeit in den Workshopgruppen

Samstag, 15. März 2025

9.30-16.30 Uhr: Dorthin mit so viel Gotik!

Vorstellen der Ergebnisse mit stadträumlicher Intervention

gemeinsamer Abschluss

Sonntag, 16. März 2025

Abreise

optional: Gottesdienstbesuch

Rückreise

Kontakt

PD Dr. habil. Karin Berkemann, berkemannk@uni-greifswald.de, 0179 7868261

<https://www.uni-greifswald.de/kirche-und-kulturerbe>

Zitation

Wohin mit so viel Gotik? Mittelalterliche Kirchen in Lübeck neu gestalten, nutzen und finanzieren, in: H-Soz-Kult, 03.12.2024, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-151725>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Habsburg Central Europe in Global History

Habsburg Central Europe in Global History, 17th–20th centuries

Veranstalter Austrian Academy of Sciences; Academy of Sciences of the Czech Republic; Johann Gottfried Herder-Forschungsrat (Johannes Feichtinger / Franz L. Fillafer, Vienna; Michael Wögerbauer, Prague; Steffen Höhne, Weimar-Jena)

Ausrichter Johannes Feichtinger / Franz L. Fillafer, Vienna; Michael Wögerbauer, Prague; Steffen Höhne, Weimar-Jena

Veranstaltungsort Academy of Sciences of the Czech Republic

Gefördert durch

Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Herder-Forschungsrat, Austrian Academy of Sciences, Academy of Sciences of the Czech Republic
160 00 Prag

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

05.05.2025 - 07.05.2025

Frist

28.02.2025

Website

<https://www.oeaw.ac.at/ikw/veranstaltungen/veranstaltungsdetails/habsburg-central-europe-in-global-history>

Von

Johannes Feichtinger, Institut für Kulturwissenschaften, Österreichische Akademie der Wissenschaften

Global history has established itself as a particularly fertile field of scholarly enquiry from which Habsburg Central Europe still remains strangely absent. To redress this imbalance, our summer school seeks to rediscover Habsburg Central Europe as a switchboard for the circulation of ideas, practices and objects across the globe. It tries to do so by bringing together doctoral and postdoctoral researchers from a variety of disciplines of the humanities who work on the history of the region since the 17th century.

Habsburg Central Europe in Global History, 17th–20th centuries

Global history has established itself as a particularly fertile field of scholarly enquiry from which Habsburg Central Europe still remains strangely absent. To redress this imbalance, our summer school seeks to rediscover Habsburg Central Europe as a switchboard for the circulation of ideas, practices and objects across the globe. It tries to do so by bringing together scholars from a variety of disciplines who work on the history of the region since the 17th century: Our event is geared to doctoral and postdoctoral researchers from the humanities (historians and literary scholars, historians of culture and the arts, of science and the humanities, anthropologists etc.) whose research resonates with the overall aim of our meeting described above. Our event will consist of two subsections: A mini-series of

Seite B 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

seminars hosted by our faculty in which a pre-circulated reader will be discussed and a subsequent set of workshops that will allow participants to present and discuss their research.

Faculty: Amy Colin (Pittsburgh), Marketa Křížová (Praha), Johannes Mattes (Vienna), Ulrich Schmid (Basel), Jonathan Singerton (Amsterdam), Jan Surman (Praha)

We plan to cover participants' travel and accommodation costs.

We invite papers by doctoral and post-doctoral researchers that contribute to one or several of the following thematic fields:

- the global history of Central European institutions (administrative bodies, learned societies, academies, universities, sacred institutions and religious orders, museums, theatres etc.)
- the social history of Central Europe's interactions with the world, including, but not restricted to the activities of go-betweens, brokers, and liaison agents
- the interplay of regional and global literatures (translations, travelling forms, medias and genres)
- the practises of erudition, science, scholarship and cultural production

Special attention will be given to Bohemia as an interface between the various regions of the Habsburg lands and as a clearing house between Central Europe and the globe.

In spotlighting the global entanglements of Habsburg Central Europe, our event pursues two broader agendas, the first is historiographical, the second methodological.

First, much of global history is still marked by a Franco- or Anglocentric bias: Its categories of imperial rule, national culture, sovereignty, and the production of scientific truth are derived from the study of Britain and France, as well as of their respective overseas possessions. Acting as a welcome incentive for further research, several excellent recent studies of Habsburg Central Europe show that these categories are not only inadequate for grasping the past of the region, but that the latter produced a set of alternative concepts, ideas and practises for engaging with the world whose trans-regional impact and ramifications are yet to be discovered. What does this rediscovery imply for a fresh understanding of modern history?

Second, the summer school will provide ample opportunity for reflecting on what a "global" perspective implies for the methods of the humanities: In what ways does this perspective force us to rethink our habitual units of enquiry (regions, empires, states, cultural systems, disciplines, genres and forms)? How can we avoid the pitfalls of connectivity talk, i.e. the appeal to allegedly self-propelled, benignly liquid "flows" and processes of effortless "circulation"? What conceptual lexicon and what explanatory devices do we find particularly helpful in researching and presenting our findings? What challenges and potential benefits does this global perspective entail for interdisciplinary work in the humanities?

Kontakt

Steffen Höhne (Weimar-Jena)
Franz L. Fillafer (Vienna)
Johannes Feichtinger (Vienna)
Michael Wögerbauer (Prague)
or: summerschool@oeaw.ac.at

Seite B 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Application: Abstract of your contribution/research project (250-300 words) and a brief CV (preferably as a PDF), please write to: summerschool@oeaw.ac.at or to the organizers Steffen Höhne (Weimar-Jena), Franz L. Fillafer (Vienna), Johannes Feichtinger (Vienna), Michael Wögerbauer (Prague)

<https://www.oeaw.ac.at/ikw/veranstaltungen/veranstaltungsdetails/habsburg-central-europe-in-global-history>

Zitation

Habsburg Central Europe in Global History, in: H-Soz-Kult, 07.01.2025,

<https://www.hsozkult.de/event/id/event-152324>.

Copyright (c) 2025 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Erinnerungskultur im Wandel

Erinnerungskultur im Wandel. Hegemoniale Perspektiven und Conflicting Memories in Museen und Gedenkstätten zur DDR-Geschichte

Veranstalter Dr. Julian Genten, Freie Universität Berlin (Arbeitsbereich Didaktik der Geschichte, Freie Universität Berlin)

Ausrichter Arbeitsbereich Didaktik der Geschichte, Freie Universität Berlin

Veranstaltungsort Fabbeckstr. 23-25, 14195 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

20.06.2025 -

Frist

31.03.2025

Von

Dr. Julian Genten, Didaktik der Geschichte, FU Berlin

Seit 2023 untersucht das Projekt „Museale Ausstellungspraxis und DDR-Geschichte“ des Forschungsverbunds „Das mediale Erbe der DDR“ Prozesse historischer Sinnbildung in Gedenkstätten und Museen. Die Tagung zum Abschluss des Projekts bietet eine Plattform für den Austausch von Ideen, Konzepten und Erfahrungen aus den Bereichen Gedenkstättenpädagogik, Ausstellungspraxis, Geschichtsdidaktik und verwandten Disziplinen. Sie richtet sich an Wissenschaftler, Praktiker und Pädagogen, die sich mit den vielfältigen Herausforderungen im (musealen) Umgang mit DDR-Geschichte beschäftigen.

Erinnerungskultur im Wandel. Hegemoniale Perspektiven und Conflicting Memories in Museen und Gedenkstätten zur DDR-Geschichte

Die Erinnerung an die DDR ist noch immer Gegenstand intensiver Debatten, in denen etablierte Narrative, die auf den diktatorischen Charakter des Herrschaftssystems in der DDR fokussieren, zunehmend von einer Vielfalt an Perspektiven herausgefordert werden, die ebenfalls Repräsentation in Museen und Gedenkstätten einfordern. Zugleich wird Museen und Gedenkstätten häufig die Aufgabe zugeschrieben, als Orte der Demokratiebildung zu wirken und ihren Besuchern entsprechende Werte und historische Deutungen zu vermitteln. Doch wie realistisch ist dieser Anspruch und wie wünschenswert seine Umsetzung – birgt er doch die Gefahr, die Erzählung von DDR-Geschichte implizit für eine Affirmation der bestehenden Ordnung zu instrumentalisieren. Inwiefern können und sollten Museen und Gedenkstätten den von unterschiedlichen Akteuren herangetragenen Ansprüchen gerecht werden? Welche narrativen, didaktischen oder ästhetischen Ansätze sind geeignet, um das Verständnis für die Vielschichtigkeit der DDR-Geschichte zu fördern, ohne dabei Kontroversen zu glätten oder bestehende Machtverhältnisse zu verschleiern?

Wir suchen Beiträge, die sich unter anderem mit folgenden Themen auseinandersetzen:

- Narrative und Repräsentationen:

Welche Erzählungen prägen die Darstellungen der DDR in Museen und Gedenkstätten?

Welche Perspektiven bleiben dabei häufig unberücksichtigt, und wie können marginalisierte Narrative stärker in den Vordergrund gerückt werden?

- Umgang mit Kontroversen:

Seite B 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Wie lassen sich kontroverse und widersprüchliche Erinnerungen an die DDR inszenieren, ohne historische Debatten zu glätten? Welche Rolle können Museen und Gedenkstätten als Foren für Diskussion und kritische Auseinandersetzung spielen?

- Partizipation und Zielgruppenorientierung:

Wie können Ausstellungen und Programme eine breite Vielfalt von Zielgruppen erreichen? Welche Formate fördern die aktive Partizipation von Besucher:innen und ermöglichen einen Dialog über konfligierende historische Erfahrungen und Deutungen?

- Emotionale Zugänge und individuelle Geschichten:

Wie können persönliche Geschichten, Biografien und emotionale Zugänge als Impulse für historische Sinngebungsprozesse genutzt werden? Wie können Museen und Gedenkstätten ihre eigenen Vermittlungsansprüche mit den unterschiedlichen Perspektiven und Erwartungen von verschiedenen Besuchergruppen in einen produktiven Dialog bringen?

- Anspruch und Realität der Demokratiebildung:

Mit welchen Herausforderungen in der pädagogischen Arbeit sehen sich Museen und Gedenkstätten heute konfrontiert? Wie können und sollen sie sich in aktuelle (erinnerungskulturelle) Auseinandersetzungen einbringen? Wie lässt sich ein kritischer Umgang mit Ansprüchen unterschiedlicher Akteure an die museale und Gedenkstättenarbeit praktizieren?

Wir laden alle an der Konferenz Interessierten ein, Abstracts mit einer Länge von etwa 300 Wörtern sowie eine kurze Biografie (max. 150 Wörter) einzureichen. Einsendeschluss ist der 30. März 2025. Bitte senden Sie Ihre Beiträge an j.genten@fu-berlin.de. Rückmeldungen erfolgen dann bis zum 15. April 2025. Die Konferenz findet am 20. Juni 2025 an der FU Berlin statt.

Kontakt

j.genten@fu-berlin.de

Zitation

Erinnerungskultur im Wandel, in: H-Soz-Kult, 18.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/event/id/event-152082>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Familie in Mitteleuropa: über territoriale, nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg (bis 1989)

„Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat“. Familie in Mitteleuropa: über territoriale, nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg (bis 1989)

Veranstalter

Dr. Renata Skowrońska, Polnische Historische Mission, Julius-Maximilians-Universität Würzburg / Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń; PD Dr. Katharina Kemmer / PD Dr. Lina Schröder / Prof. Dr. Thomas Baier / Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät; Prof. Dr. Andrzej Radzimiński / Prof. Dr. Krzysztof Kopiński, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas, Institut für Geschichte und Archivkunde, Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń; Prof. Dr. Andreas Otto Weber, Haus des Deutschen Ostens (HDO), München; Lisa Haberkern M.A., Stiftung Kulturwerk Schlesien; Kolleg ‚Mittelalter und Frühe Neuzeit‘

97070 Würzburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

22.09.2025 - 23.09.2025

Frist

06.01.2025

<https://pmh.umk.pl/de/familie/>

Von

Dr. Renata Skowrońska, Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu)

Familie in Mitteleuropa: über territoriale, nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg (bis 1989)

CfP für die internationale wissenschaftliche Tagung: „Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat“. Familie in Mitteleuropa: über territoriale, nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg (bis 1989)

„Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat“. Familie in Mitteleuropa: über territoriale, nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg (bis 1989)

Ehe und Familie sind laut des Mediävisten Klaus van Eickels (2007) keine anthropologischen Konstanten, sondern kulturell determiniert. Sie unterliegen einem historischen Wandel, was sich nicht nur im interkulturellen Vergleich, sondern auch in der Geschichte des christlichen Europas nachweisen lässt. Heutzutage wird die ‚Familie‘, insbesondere die Kleinfamilie, bestehend aus Eltern und Kindern, oft als Fundament der Gesellschaft betrachtet. Sie bildet die grundlegende soziale Einheit, in der Werte, Normen und kulturelle Traditionen weitergegeben werden. Um Stabilität und Funktion zu gewährleisten, ist das Recht auf Familiengründung sowie der staatliche Schutz der Familie in vielen Ländern fest verankert, etwa in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

von 1948 (Artikel 16 § 3): „Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat“. Dabei sind die heutigen Vorstellungen von Ehe und Familie, wie so oft angenommen wird, keineswegs „durch eine lange historische Dauer geheiligt und unantastbar“ (van Eickels 2007). Hinzukommend zeigen historische Überlieferungen, dass die Unterstützung der Familie als „natürliche Grundeinheit der Gesellschaft“ nicht immer und überall bedingungslos war: In verschiedenen Epochen und Regionen gab es unterschiedliche Vorstellungen davon, was eine Familie ausmacht, wer sie gründen darf und welche Rolle sie in der Gesellschaft spielen sollte. Je weiter der Blick in die Epochen zurückgeht, wurden – jedenfalls in Europa – diese Diskurse vor allem durch, vormalig in der Gesellschaft fest verankerte, kirchliche Institutionen dominiert und geprägt (z. B. Rolle und Bedeutung der Ehe). Zu den religiösen Vorstellungen kamen zusätzlich je nach Region, Herrschaft, Zeit und Gesellschaft (Stadt, Dorf) politische, rechtliche oder soziale Faktoren, die sich nicht selten unmittelbar auf die einzelnen Familien, ihren gesellschaftlichen Stellenwert und ihre Existenz ausgewirkt haben.

Neben aktuellen Forschungen zur Familie und ihrer gesellschaftlichen Rolle in verschiedenen Epochen (sozusagen als Rahmen) möchte die Tagung gerade solche Familien beleuchten, die im Zuge ihrer Gründung bzw. Existenz territoriale, nationale, religiöse oder soziale Grenzen überschritten haben. Denn, so die Vermutung, passten gerade sie oft nicht in die jeweils vorherrschenden Vorstellungen einer ‚idealen‘ Familie und mussten sich mit diversen Herausforderungen auseinandersetzen. Solche Familien konnten, mit Blick auf die Moderne, beispielsweise aus Mitgliedern bestehen, die verschiedenen Nationalitäten angehörten, wie etwa deutsch-polnische Familien, die sich während des und nach dem Zweiten Weltkrieg(s) gründeten oder durch die Grenzveränderungen nach 1945 plötzlich in einer anderen Nation lebten (zum Beispiel wie Schlesien). Diese Familien mussten oft mit Vorurteilen und rechtlichen Hürden kämpfen, da sie in beiden Ländern als ‚anders‘ betrachtet wurden. Ein weiteres Beispiel sind Familien, deren Mitglieder unterschiedlichen Konfessionen angehörten, wie zum Beispiel christlich-jüdische Ehen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts. Diese Familien standen häufig vor gesellschaftlicher Ausgrenzung und mussten ihre religiösen Praktiken und Identitäten oft im Verborgenen leben. Auch soziale Grenzen spielten eine Rolle, etwa bei Familien, die aus unterschiedlichen sozialen Schichten stammten. Ein Beispiel hierfür sind Ehen zwischen Adligen und Bürgerlichen, die oft auf starken Widerstand sowohl aus den eigenen Reihen als auch von der Gesellschaft stießen.

Die während der Tagung präsentierten Referate sollen den herrschaftlichen/staatlichen und gesellschaftlichen Umgang mit diesen ‚Außenseiter-Familien‘ – wird hier als Arbeitsbegriff verwendet – darstellen. Anhand konkreter Beispiele und unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Forschung soll untersucht werden, wie diese Familien in verschiedenen Kontexten behandelt wurden. Dabei nicht im unmittelbaren Zentrum der Tagung diskutiert werden soll der Wandel und Gebrauch des Familienbegriffs selbst: Bereits im Lateinischen existent (familia) unterlag er in verschiedenen Epochen unterschiedlichen Bedeutungen und Gebrauchsfrequenzen (siehe u. a. Nave-Herz 2013; Ehlert 1991; Bulst et al. 1981). Stattdessen sollen drei zentrale Leitfragen dazu helfen, in der epochenübergreifenden und interdisziplinären Diskussion potentielle Verständnishürden zu überwinden. Sie werden bereits an dieser Stelle publiziert, damit Sie die Möglichkeit haben, sich im Rahmen Ihrer Präsentation im Vorfeld der Tagung mit diesen zu beschäftigen. Sie dienen dann ferner am Ende der Bündelung der Schlussdiskussion auf der Tagung selbst:

Was verstehen Sie in ihrer Disziplin/Epoche unter Familie?
Was machte eine Familie zu einer ‚Außenseiter-Familie‘, inwieweit ist diese Umschreibung überhaupt angemessen?

Seite B 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Inwieweit wurden ‚Außenseiter-Familien‘ akzeptiert, toleriert oder diskriminiert? Welche rechtlichen und sozialen Mechanismen kamen zum Einsatz, um mit ihrer Existenz umzugehen?

Die Erforschung von Familien, die Grenzen unterschiedlicher Art überschritten haben, ermöglicht Einblicke in die Vielfalt und Komplexität menschlicher Gemeinschaften. Sie zeigt, wie Familien in der Vergangenheit mit Herausforderungen umgingen und welche Strategien sie entwickelten, um in unterschiedlichen sozialen, religiösen und politischen Kontexten zu bestehen. Sie trägt dazu bei, das Verständnis für die Entwicklung von Familienstrukturen im historischen polnischen und deutschen Kulturraum zu vertiefen und die Bedeutung von Toleranz und Vielfalt in der heutigen Gesellschaft, insbesondere in Polen und Deutschland, zu betonen.

Der geografische Rahmen der Tagung umfasst Mitteleuropa, wobei der Schwerpunkt auf den historischen polnischen und deutschen Kultur- und Geschichtsraum gelegt wird. Auch Referate zu anderen Regionen, die die Perspektive der Tagung erweitern, sind willkommen. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich über verschiedene Epochen bis etwa 1989, um so einen umfassenden Überblick über die Entwicklung und den Wandel der Familienstrukturen und -dynamiken zu ermöglichen.

Wir laden alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler herzlich ein, mit ihren Referaten an der Tagung teilzunehmen. Bitte richten Sie Ihre Vorschläge (Anmeldeformular: <https://pmh.umk.pl/de/familie/>, <https://pmh.umk.pl/start/rodzina/>) bis zum 6. Januar 2025 per E-Mail an Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: renata.skowronska@uni-wuerzburg.de).

Es handelt sich um eine epochenübergreifende und interdisziplinäre Tagung. Der Call for Papers richtet sich entsprechend an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Epochen und Fachdisziplinen, vor allem aus dem Bereich der Geschichtswissenschaften, aber auch der Politik- oder Rechtswissenschaften, der Soziologie oder der Geographie. Einführende, übergreifende und vergleichende Beiträge sind explizit erwünscht. Ebenso können Einzelbeispiele mit entsprechender Signifikanz auf der Tagung vorgestellt werden.

Die Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. Für jeden Vortrag ist eine Dauer von 20 Minuten vorgesehen. Tagungsgebühren werden nicht veranschlagt. Honorare können nicht gezahlt werden. Die Veranstalterinnen und Veranstalter bemühen sich derzeit, die Reise- und Übernachtungskosten der Referierenden sicherzustellen.

Es ist uns wichtig, dass die Referate nach der Tagung zum Druck vorbereitet werden. Die Veröffentlichung der Beiträge ist im Jahrbuch Bulletin der Polnischen Historischen Mission Nr. 21 (2026) vorgesehen.

Kontakt

Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: renata.skowronska@uni-wuerzburg.de)

<https://pmh.umk.pl/de/familie/>

Zitation

Familie in Mitteleuropa: über territoriale, nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg (bis 1989), in: H-Soz-Kult, 05.12.2024, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-151816>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck: Desiderate – Chancen – Potenziale

Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck: Desiderate – Chancen – Potenziale

Veranstalter Instytut Filologii Germańskiej Uniwersytetu Wrocławskiego; Pädagogische Hochschule Freiburg; Institut d'études germaniques de l'Université Paul-Valéry Montpellier 3 (CREG: Centre de Recherches et d'Études Germaniques); Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa, Oldenburg; in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität (Institut für Germanische Philologie, Universität Wrocław)

50-140 Wrocław

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

23.09.2025 - 25.09.2025

Frist

01.03.2025

Von

Eva Rothenberger, Institut für Europäische Kulturgeschichte, Universität Augsburg

Aufbauend auf drei unter dem Rahmenthema "Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck" bereits durchgeführten Konferenzen (Wrocław 2019, Montpellier 2021, Freiburg im Breisgau 2023), die sich als produktive Foren der Begegnung und Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie des akademischen Nachwuchses erwiesen haben, wird vom 23. bis zum 25. September 2025 an der Universität Wrocław die vierte internationale Tagung stattfinden, mit dem Anspruch, "Desiderate – Chancen – Potenziale" des trilateralen Austauschs herauszuarbeiten.

In allen drei beteiligten Ländern besteht der nachdrückliche Wille, die vielfältige Zusammenarbeit im Rahmen dieses Formats zu intensivieren.

Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck: Desiderate – Chancen – Potenziale

Das von den Außenministern Deutschlands, Polens und Frankreichs 1991 ins Leben gerufene Weimarer Dreieck hatte in den letzten Jahren an politischer Vitalität verloren, ist aber zurzeit wieder auf der Agenda. In allen drei beteiligten Ländern besteht der erklärte Wille, die vielfältige Zusammenarbeit im Rahmen dieses Formats wieder zu intensivieren.

Derzeit sind viele Menschen in Europa verunsichert: Bedrohlich wirkt insbesondere der nun schon über zwei Jahre anhaltende Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, verbunden mit der Gefahr einer Ausweitung. Weitere gesellschaftlich und politisch kontroverse Themen tragen zur Verunsicherung bei: der Umgang mit Migration und Zuwanderung nach Europa, der immer deutlicher spürbare Klimawandel und die Notwendigkeit der „Energiewende“ oder die weltweite Infragestellung der Demokratie durch populistische oder autoritäre politische Kräfte und Europaskepsis. All dies stellt die Europäische Union in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen vor große Herausforderungen; stichwortartig seien hier Probleme unseres europäischen Alltags mit einigen aktuellen Begriffen angedeutet, die sich durch hohe mediale Präsenz auszeichnen, wie europäisches Miteinander, Integration, Identitätsmarker, Menschenrechte, Transformationsprozesse, Green Deal, Resilienz und Nachhaltigkeit. Sie bieten auch auf trilateraler Ebene einen geeigneten Ansatz für eine wissenschaftliche Analyse.

Seite B 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Vor diesem Hintergrund soll bei der vierten Tagung eine Bestandsaufnahme der in der deutsch-polnisch-französischen Verflechtungsgeschichte liegenden Desiderate, Chancen und Potentiale eines gemeinsamen und solidarischen Handelns erstellt werden.

Vom historischen Geschehen ausgehend, sollen nationale Erinnerungskulturen und das Verbindende ebenso wie das Trennende im Selbstverständnis der Deutschen, Franzosen und Polen untersucht werden. Die vergleichende Annäherung an die nationalen Gedächtnishorizonte ermöglicht, neue Schlussfolgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen und zur Europäisierung der Erinnerung wie auch zur Bildung einer transnationalen, europäischen Identität beizutragen. Ein besonderer Bezugspunkt für diese Neuperspektivierung ist das Ende des Zweiten Weltkriegs, dessen 80. Jahrestag 2025 begangen wird.

Die Tagungsreihe Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck ist der Erforschung des trilateralen Verflechtungsgefüges gewidmet. Sie wurde in der Absicht geschaffen, die deutsch-polnisch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen in möglichst breitem Kreis zu fördern, d.h. nicht nur etablierte Forschende, sondern auch den akademischen Nachwuchs und die Kulturwelt für diese in den gesamteuropäischen Diskurs eingebettete Thematik zu gewinnen. Eingeladen zur aktiven Mitwirkung sind daher Vertreterinnen und Vertreter aller Fachdisziplinen, die das deutsch-polnisch-französische kulturelle Panorama und dessen unterschiedliche Facetten aus ihren jeweiligen Perspektiven wissenschaftlich und kulturell vergleichend in den Blick nehmen. Auch bilaterale Forschungen und Projekte können thematisiert werden, sofern sie ein trilaterales Potenzial aufweisen.

Im Fokus der Beiträge können sowohl Vermittler (einzelne Menschen, Gruppen und Gesellschaften) als auch institutionelle Infrastrukturen und Ereignisse (u.a. kulturelle Events) stehen, die die trilateralen Kulturbeziehungen befördern. Auch die Analyse neuer zukunftsorientierter, selbst ideeller trilateraler Projekte und "Kommunikationskanäle" ist auf fundierter Basis der von den Referentinnen und Referenten ausgewählten Quellen und Medien im Rückgriff auf die bestehende Forschungsliteratur willkommen.

Organisatorisches

Die Tagung findet zwischen dem 23. und dem 25. September 2025 am Institut für Germanistik der Universität Wrocław statt. Der 22. und 26. September sind als An- und Abreisetage vorgesehen. Tagungssprachen sind Polnisch, Deutsch und Französisch, eine Simultanverdolmetschung wird angeboten. Für die Vorträge sind 20 Minuten vorgesehen. Alternative Tagungsformate (Workshops, Turbopräsentationen, Round-Table etc.) sind ebenfalls denkbar: Falls Sie ein derartiges Format einbringen möchten, präzisieren Sie dies entsprechend im Abstract.

Eine Tagungsgebühr wird nicht erhoben. Die Veranstalter übernehmen für die Referierenden die Übernachtungskosten mitsamt Frühstück, Reisekosten werden nicht erstattet. Geplant ist die Veröffentlichung der Beiträge in einem monographischen Sammelband.

Ihre Beitragsvorschläge senden Sie bitte bis zum 01. März 2025 als Abstract (max. 2000 Zeichen), mitsamt eines kurzen biographischen Abrisses und Angaben zu derzeitigen Arbeitsschwerpunkten ein.

Kontakt

Dr. Andrea Chartier-Bunzel (Université Paul-Valéry Montpellier 3): andrea.chartier-bunzel@univ-montp3.fr

Dr. Mariusz Dzieweczyński (Uniwersytet Wrocławski): mariusz.dzieweczynski@uwr.edu.pl

Prof. Dr. Olivier Mentz (Pädagogische Hochschule Freiburg): mentz@ph-freiburg.de

Prof. Dr. Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa): matthias.weber@bkge.bund.de

Zitation

Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck: Desiderate – Chancen – Potenziale, in: H-Soz-Kult, 09.12.2024, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-151900>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Vom Hansehandel zu Kochbüchern von heute

[Vom Hansehandel zu Kochbüchern von heute. 2. Internationale deutsch-baltische Nachwuchstagung](#)

Organisatoren Martin Pabst, Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam; Aleksej Burov, Lehrstuhl für Deutsche Philologie, Universität Vilnius; Iwan-Michelangelo D'Aprile, Germanistische Institutspartnerschaft Potsdam/Tartu (Universität Vilnius)

Ausrichter Universität Vilnius

Veranstaltungsort: Universiteto g. 5, LT-01131 Vilnius
Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

18.10.2024 - 19.10.2024

Von

Amanda Beser, Institut für Künste und Medien, Universität Potsdam

Nachdem im Herbst 2023 die 1. Internationale deutsch-baltische Nachwuchstagung (IdbN) mit Vorträgen von neun Nachwuchskräften aus Estland, Litauen und Deutschland an der Universität Tartu den Auftakt machte, ging das interdisziplinäre Tagungsformat im Oktober 2024 in die zweite Runde. Wie letztes Jahr widmeten sich (Promotions-)Studierende und junge Nachwuchswissenschaftler aus diversen Disziplinen (deutsch-)baltischen Forschungsthemen.

Nach den Begrüßungsworten von Giedrius Tamaševičius (Wilna/Vilnius) und Vaiva Zeimantiene (Wilna/Vilnius) stellte IWAN-MICHELANGELO D'APRILE (Potsdam) mithilfe seines Werkstattberichts zu Vilnius und der literarischen Moderne den thematischen Einstieg. Dabei verband D'Aprile politische Populärkulturen mit ihren historischen Dimensionen, die beispielsweise in Form von Begegnungen deutsch-litauischer Literatur katalysatorische Wirkungen entfalteten, was auch anregende Impulse für die Donelaitis-Forschung bietet. So entdeckte nicht erst die sogenannte Sturm und Drang-Zeit Volkskultur als produktiven Topos und erhob diesen in den Rang literarischer Relevanz. Nach dem Donelaitis'schem Volkskulturgrundtext „Vier Jahreszeiten“ und der Erwähnung der Aufklärer:innen Georg Forster und Therese Forster-Huber, eine der ersten Berufsschriftstellerinnen und Chefredakteurinnen der Literaturzeitung „Flora“, widmete sich D'Aprile der Frage, was Populärliteratur ohne künstlerische Einbuße leisten kann. Eine Antwort liefere Alfred Döblins „Berlin Alexanderplatz“. Dort lasse sich ausgehend von Möbelpacker-Helden eine Verbindung von Geist und Gasse erleben. Döblin verarbeitete außerdem in weiteren Werken das jiddische Erbe von Vilnius. Eines der strahlenden Beispiele sei hierfür die Wilnaer Theatertruppe gewesen, die mit ihrer Inszenierung „Der Dybbuk“ Döblin nachhaltig inspirierte.

Der erste Vortrag von MAXIMILIAN MAROTZ (Rostock/Wismar) widmete sich Reisen Wismarer Bürger ins Baltikum im 16. Jahrhundert und nahm insbesondere den frühneuzeitlichen Familienverband Schabbell ins Visier. Dabei lieferte Marotz neben historischen Reiserouten und einem Vorschritt zur historischen Einordnung hanseatischen Reisens auch den epistemischen Zugang zur Frage der Messbarkeit sozialer Mobilität von

Handelsreisenden. Reisen als europäisches Thema zu Ausbildungszwecken ist nicht gleichzusetzen mit Lustreisen. Im Falle von Familie Schabbell spielen hierbei auch die Veranstaltungen der Schwarzhäupter-Gesellschaft eine entscheidende sozial-segregierende Rolle.

RÜDOLFS RUBENIS (Riga) dechiffrierte das soziale Porträt der Deutschbaltischen Studenten an der Universität Lettlands (UL) in der Zwischenkriegszeit und stellte sich die Frage, wie sich diese Studierenden an der Alma Mater einfügten, welche Herausforderungen ihnen begegneten, aber auch, wie die Haltung der Hochschulleitung der UL gegenüber den Deutschbalten war. Auf Grundlage unter anderem der Akten des lettischen Nationalarchivs verfolgte Rubenis das Ziel, die Deutschbaltischen Studierenden im UL-System zu beschreiben und lieferte hierfür viele Zahlen.

Den Abschluss des ersten Panels besorgte PAULA SEKAČA (Liebau/Liepāja) mit ihrem Input zur Suche nach und die Rechtfertigung von deutsch-lettischen Beziehungen sowie Verbindungen in den Kulturzeitschriften „Laikmets“ und „Latvju Mēnešraksts“ im Zeitraum von 1942 bis 1944. Sekača analysierte dabei insbesondere die Verflechtungsnarrationen und Ableitungen der publizierten Elemente aus der Besatzungszeitkultur. Ihr Fazit mündete in der Kommentierung der insgesamt positiv dargestellten lettisch-deutschen Beziehungen in den beiden Zeitschriften und der Herausarbeitung der als gemeinsam konstruierten Geschichte. So erschienen als Propagandaartikel in den Zeitungen unter anderem neben Biografien bedeutender Persönlichkeiten (zum Beispiel Rudolfs Blaumanis) auch Forschungen über die lettische Sprache – beispielsweise des Sprachwissenschaftlers Jānis Endzelīns über die Schaffung neuer Namen und die Übertragung deutscher Wörter ins Lettische.

Das zweite Panel startete mit der Präsentation von TOMAS VYTAUTAS KOTOVIČIUS (Wilna/Vilnius) zum Thema „Zwischen Faszination und Ideologie. Zum deutschsprachigen Schrifttum über Vilnius aus der Zeit des Ersten Weltkriegs“. Seine Analyse richtete sich auf die deutschsprachigen Reiseberichte zu Vilnius zwischen 1914 bis 1918 und spürte den in diesen Werken erzeugten Stadtbildern zu Vilnius als heterogenes Bild in Form einer imagologischen Untersuchung nach. Die während des Ersten Weltkrieges in Vilnius ansässigen Verlage und Zeitungen der deutschen Armee veröffentlichten zahlreiche schriftliche Materialien zur Erkundung der Stadt. Wie sich der ideologische Hintergrund dieser Reiseberichte in den jeweiligen Schilderungen auf die Fremddarstellung von Vilnius auswirkte, war daher Kotovičius vordergründiger Untersuchungsgegenstand.

Das multilinguale Erbe von Vilnius der Zwischenkriegszeit aus der Feder Alfred Döblins bildete den Hauptfokus bei der Präsentation von MARIOLA ANA KRUKOVSKA (Wilna/Vilnius). Sie präsentierte ihre Bachelorarbeit und ging den französisch-deutsch-englisch-jiddischen-Verkettungen in Döblins Roman nach. Dabei deckte Krukovska auch versteckte Übersetzungen sowie Markierungen auf und reflektierte Döblins kreative Sprachmischungen. Welche Rolle insbesondere die deutsche Sprache im Vilnius der Zwischenkriegszeit spielte und ob sie im Roman von Döblin – sei es auf der manifesten, sei es auf der latenten Ebene – zum Ausdruck kommt, betrachtete Krukovska aus einer sozialgeschichtlichen, textlinguistischen und literaturwissenschaftlichen Perspektive.

Den Abschluss des zweiten Panels bestritt AMANDA BESER (Potsdam), die Teilergebnisse ihrer Masterarbeit zu Sigfried von Vegesack und seiner Poetik des Un:Rechts in den altlivländischen Idyllen vorstellte. Methodisch näherte sich Beser der Hasencausa mithilfe französischer poststrukturalistischer Theorie und unterzog die kurze Erzählung Vegesacks mehrerer dekonstruktivistischer Relektüren.

Seite B 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Das dritte Panel leitete RŪTA MATIMAITYTĖ (Wilna/Vilnius) mit ihrer vorgestellten Archivarbeit ein. Dabei skizzierte Matimaitytė, dass die sogenannten Wolfskinder (den Begriff prägte Eberhard Fechner mit seiner gleichnamigen Dokumentation von 1991), Hungerkinder oder Little Germans (der übersetzte litauische Begriff) – ausgehend von Königsberg bis nach Vilnius – eine weite Fluchtroute zurücklegten. Zu ihnen gehörten circa 23 überlebende Kinder, welche der traumatisch erlebte Hunger in die Wälder, aber auch bis in die litauische Hauptstadt führte.

MANN LOPER (Dorpat/Tartu) widmete sich in ihrem Vortrag der Darstellung von Deutschbalten in estnischen und lettischen Geschichtsbüchern. In der Zwischenkriegszeit legten sowohl Estland als auch Lettland im Geschichtsunterricht zunehmend Wert auf nationale Narrative und strebten eine Abkehr von der deutschbaltischen Perspektive an, um sich stattdessen auf die Rolle und das Handeln der Esten und Letten zu konzentrieren. In den 1990er-Jahren kehrte man wiederum zu den Erzählungen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurück. Obwohl die Deutschbalten in der lokalen Geschichte eine zentrale Rolle spielten, hat sich ihre Darstellung in der nationalen Geschichtsschreibung im Vergleich zur deutschbaltischen Geschichtsschreibung erheblich verändert. Deshalb untersuchte Loper, wie die Deutschbalten in estnischen und lettischen Geschichtsbüchern zu polarisierenden Themen wie den livländischen Kreuzzügen, der Herrschaft des Livländischen Ordens, der Entwicklung der Leibeigenschaft und den Veränderungen nach dem Großen Nordischen Krieg im Russischen Reich dargestellt wurden.

Abschließend wurde es bei ANNA LAUSKA (Riga) mit ihrer Untersuchung lettischer und deutsch-baltischer Gerichte kulinarisch. Die Präsentation thematisierte nicht nur einen *Clash of Backkulturen* und den klassenrelevanten Aspekt von Safran, sondern zeigte auch, wie Kulturkontakte kulinarische Traditionen prägen und prägen.

Wie der vorgestellte interdisziplinäre Themenfächer der 2. IdbN eindringlich zeigt, darf auch für die dritte Auflage des Formats gehofft werden, dass zahlreiche diverse Perspektiven auf die baltischen Länder und die deutschsprachige Baltistik zu immer ausdifferenzierteren Zugängen führen und einen Nachwuchszulauf generieren werden. Ganz nach dem Motto der 2. IdbN – Vom Hansehandel zu Kochbüchern von heute – gibt es viel zu erfahren. Viele weitere Themen harren hierbei noch ihrer zukünftigen (nachwuchs)wissenschaftlichen Erarbeitung.

Konferenzübersicht:

Giedrius Tamaševičius (Wilna/Vilnius) / Vaiva Zeimantiene (Vilnius): Grußworte

Keynote

Iwan-Michelangelo D'Aprile (Potsdam): Vilnius und die literarische Moderne in Deutschland

Panel I

Maximilian Marotz (Rostock/Wismar): Reisen Wismarer Bürger ins Baltikum im 16. Jh.

Rūdolds Rubenis (Riga): Das soziale Porträt der Deutschbaltischen Studenten an der Universität Lettlands in der Zwischenkriegszeit

Seite B 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Paula Sekača (Liebau/Liepāja): Die Suche nach und die Rechtfertigung von deutsch-lettischen Beziehungen und Verbindungen in den Kulturzeitschriften „Laikmets“ und „Latvju Mēnešraksts“ (1942–1944)

Panel II

Tomas Vytautas Kotovičius (Wilna/Vilnius): Zwischen Faszination und Ideologie: Zum deutschsprachigen Schrifttum über Vilnius aus der Zeit des Ersten Weltkriegs

Mariola Ana Krukovska (Wilna/Vilnius): Vilnius / Wilna / Wilno als multilingualer urbaner Raum im Roman von Alfred Döblin „Reise in Polen“

Amanda Beser (Potsdam): Ein baltisches Jagdrätsel und seine kriminologische Narration: Siegfried von Vegesack „Der Pastoratshase“ (1957)

Panel III

Rūta Matimaitytė (Wilna/Vilnius): Wolf Children (Wolfskinder): Cultural Memory in the Baltic and Nordic countries

Mann Loper (Dorpat/Tartu): Portrayal of Baltic Germans in Estonian and Latvian history textbooks: the interwar era compared to 1990s

Anna Lauska (Riga): Lettische und deutsch-baltische Gerichte als Spiegelbild der Interaktion dieser Kulturen in Erinnerungen und lettischen und deutsch-baltischen Kochbüchern aus dem 20. und 21. Jh.

Zitation

Amanda Beser, Tagungsbericht: *Vom Hansehandel zu Kochbüchern von heute*, in: H-Soz-Kult, 10.12.2024, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-151713>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Geschichtsschreibung zwischen Stadt und Land. Hybride Narrative in Mitteleuropa vom 15. bis zum 17. Jahrhundert

Organisatoren Joachim Schneider, Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, Dresden; Birgit Studt, Universität Freiburg; Jan Zdichynec, Karls-Universität Prag

41201 Litoměřice

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

25.09.2024 - 27.09.2024

Von

Jens Klingner, Bereich Geschichte, Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, Dresden

Die städtische Geschichtsschreibung der Vormoderne rückt dank einiger aktueller Projekte auf deutscher und auf tschechischer Seite wieder stärker in den Fokus der Forschung. Die Tagung griff diese Tendenzen auf und widmete sich der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen historiografischen Überlieferung aus einer grenzübergreifenden Perspektive. In ihrer Einführung betonten die Veranstalter JOACHIM SCHNEIDER (Dresden) und JAN ZDICHYNEC (Praha) mit Verweis auf die bisherige Forschung (vor allem zu den Reichsstädten) die wenig beachtete Vielfältigkeit der Historiografie Mitteleuropas vom 15. Jahrhundert bis zum Dreißigjährigen Krieg. Die Zunahme der Schriftlichkeit und die Intensivierung der Überlieferung kennzeichnen den Untersuchungszeitraum, in welchem einerseits neue soziale Gruppen zum Lesen und Schreiben gelangten und andererseits der Humanismus mit seinem besonderen Interesse für eine nationale Landesgeschichtsschreibung eine große Wirksamkeit entfaltete.

Ausgehend von der Stadt als Ort der Geschichtsschreibung beschäftigte sich die Veranstaltung mit der städtischen und der regionalen Identität in der Chronistik. Untersucht werden sollte die Rolle des Entstehungs- und/oder des Rezeptionsraumes für die Interpretation und Einordnung der Texte. Über den städtischen Raum hinaus wurden die zugehörigen bzw. umgebenden Territorien in die Analyse der historiografischen Hybridität zwischen Stadt und Land einbezogen und nach der Eigenständigkeit der Narrative städtischer Geschichtsschreibung bzw. der Einbettung in überstädtische oder regionale Erzählmuster gesucht.

Die erste Sektion der Tagung beschäftigte sich mit der „Wahrnehmung und Verarbeitung außerstädtischen Geschehens durch urbane Geschichtsschreibung“. Den Auftakt machte LENKA BOBKOVÁ (Prag/Praha), die sich den Chroniken des Oberlausitzer Sechsstädtebundes widmete. Am Beispiel handschriftlicher Chroniken des Humanisten Bartholomäus Scultetus (1540–1614), die in den Turmknöpfen verschiedener Görlitzer Kirchen sowie des Rathauses aufbewahrt worden waren, zeigte Bobková auf, dass die böhmischen Könige eine wichtige Rolle in den Erzählungen des Chronisten einnahmen und für die Sechsstädte die Zugehörigkeit zu den Ländern der Böhmisches Krone selbstverständlich war – ein Topos, der auch 1635 nach der Übergabe der Oberlausitz an die Wettiner weiter tradiert und zum Bestandteil einer eigenen Landesidentität wurde.

PETR POLEHLA (Königgrätz/Hradec Králové) verfolgte in seinem Vortrag die historiografische Tradition von Königgrätz vom 15. bis zum 17. Jahrhundert. Spätere Chronisten griffen auf den heute verlorenen sogenannten Königgrätzer Kalender zurück. Diese in tschechischer Sprache niedergeschriebenen und tageweise geordneten historiografischen Gedächtnisaufzeichnungen gehören zu den Altböhmischen Jahrbüchern (Staré letopisy české), die den Zeitraum von 1378 bis 1526 umfassen und an denen mehrere Autoren beteiligt waren. Insgesamt lassen sich in den Chroniken sowohl ein breites Spektrum an Informationen zur Stadt-, Regional- und Landesgeschichte als auch deren enge Verflechtung untereinander nachweisen.

Die Egerer Stadtchroniken des 16. Jahrhunderts nahm TOMÁŠ VELIČKA (Aussig an der Elbe/Ustí nad Labem) in den Blick. In beeindruckender Weise arbeitete Velička Strategien der Autoren bei der Verwendung von Nachrichten zum Reich, zu Böhmen und dem Egerland in den Stadtchroniken heraus, indem er die einzelnen Werke auf die gezielte Verwendung dieser drei Narrative hin prüfte. Er konnte trotz unterschiedlicher Darstellungsweisen der Chronisten belegen, dass in der Regel die Geschichte Egers mit der des Reiches verknüpft und die Zugehörigkeit der Stadt zum Reich mit historischen Argumenten begründet wurde. Außerdem wies er einen Anstieg von böhmischen Kontexten und eine stärkere Einbeziehung des Egerlandes in den Stadtchroniken im 17. Jahrhundert nach.

Mit dem Vortrag von JULIAN HAPPES (Freiburg) wechselte der Fokus der Tagung nicht nur in den süddeutschen Raum, sondern wurde auch auf regionalgeschichtlich ausgerichtete Chroniken gelenkt. Im Mittelpunkt des Vortrags stand die Frage, wie ein städtisches Ereignis von überregionaler Bedeutung in räumlich entfernt verfassten Chroniken rezipiert sowie umgearbeitet und mit anderen Ereignissen kombiniert wurde. Anhand der narrativen Deutung des Konstanzer Konzils verfolgte Happes die unterschiedlichen Rezeptionsstränge im Schweizer Raum an drei Beispielen und konnte nachweisen, dass Einzelheiten der Richental-Chronik ergänzt und durch die Verknüpfung mit anderen Erzählungen zu neuen Geschichten mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen umgeschrieben und somit in anderer Form als vom Konstanzer Chronisten tradiert wurden.

Mit den Neujahrsgedichten stellte MARTA VACULÍNOVÁ (Prag/Praha) auf der Tagung eine besondere Quelle vor. Bei den *strenae* handelt es sich um poetische Neujahrsgeschenke in lateinischer Sprache. In diesen Gedichten verarbeiteten tschechische Humanisten – vor allem Professoren und Absolventen der Prager Universität – städtische Ereignisse des vergangenen Jahres, verbanden sie mit Moralvorstellungen und wünschten Glück für das kommende Jahr. Adressaten waren Mitglieder des städtischen Bürgertums, insbesondere Stadträte und Mäzene. Vaculinová konnte zeigen, dass die Gedichte Ende des 16. Jahrhunderts vor allem in Böhmen aufkamen und von einem Dualismus aus guten und schlechten Nachrichten geprägt waren. Den Wert dieser außergewöhnlichen historiografischen Quelle für die Forschung sah die Referentin unter anderem in der möglichen Offenlegung von humanistischen Netzwerken.

Zum Abschluss der ersten Sektion untersuchte JAN ZDICHYNEC (Prag/Praha) mit Chroniken, Diarien, Protokollen und Inschriften verschiedene historiografische Überlieferungsgattungen des späten Humanismus. Untersuchungsgebiet waren erneut die Oberlausitz und mit Lauban eine weitere Stadt des Sechsstädtebundes. Die Texte der oberlausitzischen Geschichtsschreibung, welche bis zum Ende des 17. Jahrhunderts in lateinischer Sprache verfasst wurden, beurteilte er als „wenig qualitativ“. Laubans Historiografie wiederum charakterisierte Zdichynec als stabiles Geschichtsbild, welches den frühen Beitritt zum Christentum und das stetige Interesse der Landesherrn an der Stadt unterstrich. Wesentliche Rollen spielten dabei die exponierte Lage der Stadt an der schlesischen Grenze und die stetige Betonung der Zugehörigkeit Laubans zum Reich.

In der zweiten Sektion standen die Rezeption der Gründungs- und Herkunftsgeschichten zwischen Stadt und Landesherrschaften im Vordergrund. CHRISTOPH FASBENDER (Chemnitz) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der fiktiven Gründungserzählung um das Eisenacher Nikolaikloster, die der thüringische Chronist Johannes Rothe († 1434) in seinen drei Chroniken – Eisenacher Stadtchronik (um 1414), Thüringische Landeschronik (1419) und Thüringische Weltchronik (1421) – unterschiedlich akzentuierte. Rothe, der eine genaue Vorstellung davon besaß, wie eine Chronik auszusehen habe, folgte in seinen Werken eigenen Interessen und verwendete das Motiv der Klostergründung, um beim Leser einen Wiedererkennungswert zu erzeugen. Er verstand es, das Motiv in alle drei Chroniken zu integrieren und gleichzeitig Narrative der Stadt- und Landesgeschichte miteinander zu verbinden.

Der Beitrag von EDITH FEISTNER (Regensburg) behandelte die Herkunfts- und Gründungserzählungen von Regensburg und München. Im Zentrum des Vortrags stand die Verwendung der Legende vom Siegeskreuz Karls des Großen in der städtischen und regionalen Geschichtsschreibung. Nachdem München Anfang des 16. Jahrhunderts den Status einer alleinigen Hauptresidenz des Herzogtums Bayern erlangt hatte, konzentrierte

Seite B 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

sich die Regensburger Stadtchronistik auf ihr Selbstverständnis als Reichsstadt. In den Erzählungen der Landeschronistik nahm Regensburg unabhängig von der Karlslegende als bayerische Erstgründung eine bedeutende Rolle ein.

GERRIT DEUTSCHLÄNDER (Halle an der Saale) stellte den Chronisten Hermann Korner († 1438) vor und zeichnete dessen mehrfach überarbeiteten Geschichtserzählungen nach, die sich an den Bedürfnissen der Lübecker Bevölkerung ausrichtete. Kroners Weltchronik wurde zunächst in lateinischer und später auch in niederdeutscher Sprache veröffentlicht. Die städtische Geschichte von Lübeck bildet den zentralen inhaltlichen Anker des Chronisten, um Gottes Wirken in der Welt zu verdeutlichen. Deutschländer skizzierte tradierte Verbindungen zwischen der Hansestadt und Magdeburg als dem wichtigsten Gedächtnisort für Kaiser Otto I. sowie zu Lüneburg als Korners Heimatstadt. Die erzählte Weltgeschichte verwob der Chronist eng mit städtischen Ereignissen. Besondere Erzählmotive mit einer räumlichen Distanz zu Lübeck sollten die Aufmerksamkeit der Leser wecken.

Anhand der Ulmer Ursprungsgeschichte des Dominikaners Felix Fabri (um 1438/39–1502) vollzog PIA ECKHART (Ulm) narrative Wechselwirkungen zwischen Stadt, Territorium und dem Land Schwaben nach. Untersuchungsgegenstand war der in lateinischer Sprache abgefasste „Tractatus de civitate Ulmensi“, der von einer klassischen Entstehungs- und Frühgeschichte Ulms ausgeht und unter breitem Rückgriff auf die antike Mythologie eine ausführliche Stadtbeschreibung liefert. Die „fünf großen Werke“ (darunter der Bau des Münsters, Erreichen der städtischen Autonomie) zeugen von der Tatkraft und Krisenbewältigung der Ulmer. Der eigentliche Stadtwerdungsprozess erfolgt im Agieren des Bürgertums nach Außen und in der Abgrenzung zum Umland. Sebastian Franck (1499–1542) rezipiert in seiner deutschsprachigen Chronik Fabri und vernachlässigt dabei die Aufstiegsgeschichte.

Ernst Brotuff (ca. 1495–1565) gehörte zu den Autoren, die aus geschäftlichem Interesse eine ganze Reihe von Chroniken verfassten. MICHAEL HECHT (Halle an der Saale) stellte einige Werke vor und fokussierte die Gründungsgeschichten des Merseburger Historiografen. Brotuff schrieb aus eigenem Antrieb sowohl über die Geschichte einzelner Städte als auch Landes- und dynastische Chroniken und verfolgte in den verschiedenen Räumen unterschiedliche Darstellungsnarrative von Herkunfts- und Ursprungserzählungen. Hecht bezeichnete Brotuff als „Grenzgänger“ zwischen einer städtischen und einer landesbezogenen Historiografie.

Einen personenbezogenen historiografischen Ansatz verfolgte MARKUS JANSEN (Köln) mit seiner Untersuchung der Rezeption ritterlicher Kölner Geschlechter und ihrer Herkunftsgeschichten innerhalb und außerhalb der Stadt. Bei dieser Gruppe von Familien handelt es sich um die in der Domstadt ansässige im engeren Sinne städtische Elite mit Verbindungen zum rheinischen Landadel. Innerhalb Kölns hielt sich dieser Ursprungsmythos dank breiter städtischer Rezeption bis ins 19. Jahrhundert. Außerhalb der Stadt sorgte die Chronistik der Kartäuser für die Tradierung der Legende, welche dem heiligen Bruno von Köln als Gründer des Ordens eine römische Herkunft zuschrieb. Außerdem zeigte Jansen an einem Beispiel auf, wie die prestigeträchtige Gruppe der Kölner Geschlechter in einem genealogischen Werk des Landadels aus dem Herzogtum Geldern für die Herkunft der Familie van Eck instrumentalisiert wurde, die gleichzeitig wieder auf die enge soziale Vernetzung von Stadt und Land zurückverweist.

Die dritte Sektion widmete sich den Ordnungsmustern von Stadt- und Landesbeschreibungen. Die schlesische Stadt- und Landeschronistik um 1500 analysierte

Seite B 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

ANDREAS RÜTHER (Bielefeld), der Peter Eschenloers († 1481) Geschichte der Stadt Breslau (1481) und Bartholomäus Steins (um 1477 – um 1520) Beschreibung von Schlesien und seiner Hauptstadt Breslau (1505) verglich. Eschenloer konstruierte die vergangene sowie vor allem die gegenwärtige Geschichte der Stadt. Seine detaillierte Chronik hat teilweise Tagebuchcharakter und suggeriert durch die Einbeziehung zahlreicher Quellen eine authentische Faktizität. Dagegen verhielt sich Stein in seiner Chronik wie der Autor eines Reiseberichtes. Sein Werk hat den Charakter einer beschreibenden Darstellung, die politische Themen weitgehend ausklammert. Beide historiografischen Darstellungsmuster überschneiden sich, wobei die spezifische Perspektive des Rates mit einer gesamtregionalen Sicht auf die Herzogtümer in Schlesien verschränkt wurde.

Zwei weitere Beispiele der schlesischen Historiografie lieferte LUCYNA HARC (Breslau/Wrocław). Sie nahm mit Neiße und Oels zwei städtische Zentren in den Blick, die sich nicht nur in verfassungsrechtlicher Sicht als Hauptstadt eines Herzogtums in der Hand fürstlicher Dynastien (Oels) sowie als Residenz der Bischöfe von Breslau (Neiße) unterschieden. Für die Geschichtsschreibung der beiden Städte hatten die Werke „Olsnographia“ (1707) und „Schlesischen Curiositäten“ (1720) von Johann Sinapius (1657–1725) eine große Bedeutung, da eine städtische Historiografie erst Ende des 17. Jahrhunderts einsetzte. In Neiße handeln Annalen zu Beginn des 18. Jahrhunderts von einzelnen Bischöfen und Ereignissen, gehen dabei nicht über den städtischen Raum hinaus und bleiben der lokalen Perspektive verhaftet.

JOACHIM SCHNEIDER (Dresden) begab sich in seinem Vortrag auf die Suche nach thematischen Schnittmengen und Ordnungsmustern in frühen chronikalischen Texten über die Stadt Meißen. Geprüft wurden die gedruckten Werke von Georg Fabricius (1516–1571), Lorenz Faust (1532–1594) und Matthäus Dresser (1536–1605), um Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Einordnung der Stadt in den geografischen Raum bzw. ins wettinische Territorium festzustellen. Schneider arbeitete drei Kontexte historisch-topografischer Stadtbeschreibungen heraus und zeigte auf, dass Stadt- und Landesbeschreibungen im Fall Meißen nicht nur dieselben Erzählungen der historischen Ethnografie und Siedlungsgeschichte teilten, sondern auch vergleichbare Ordnungsmuster im Sinne einer Institutionengeschichte oder bei der Hervorhebung herausragender Akteure nutzten.

Im heutigen sächsischen Raum erhielten die meisten größeren Städte erst im 17. Jahrhundert eine historisch-topografische Beschreibung. In Chemnitz dauerte es bis 1753/54, ehe eine erste umfassende Chronik zur Stadt durch Adam Daniel Richter (1709–1782) veröffentlicht wurde. In seinem Vortrag fragte GRISCHA VERCAMER (Chemnitz) nach Richters Verständnis von Stadtchronistik sowie nach den in seiner Chronik dargestellten Beziehungen der Stadt zum Umland, zum Benediktinerkloster und zum Landesherrn. Richter strebte eine nahezu lückenlose und sachliche Vermittlung von Fakten und Informationen an. Seine systematisch gesammelten Quellen unterzog er einer „kritischen“ Analyse. Die Interaktionen der Stadt mit Kloster und Landesherrn wurden ohne Konflikte dargestellt, wobei Richter allerdings den Reichsstadtcharakter unterstrich und damit die Bedeutung der Stadt gegenüber dem wettinischen Territorium heraushob.

Zum Abschluss fasste BIRGIT STUDDT (Freiburg) die Ergebnisse der Konferenz zusammen. Sie griff den im Tagungstitel verwendeten Begriff der Hybridität auf, welcher auf der Tagung in unterschiedlicher Weise zum Vorschein kam (Medien, Produktionsorte, Darstellungsmuster, Narrative). Bei den vorgestellten Chroniken handelte es sich in der Regel um Kompilationen bei Nutzung einer Vielzahl von Materialien, wobei die Autoren unterschiedlich mit den mittelalterlichen Quellen umgingen. Die Kenntnis anderer Werke war für den in den Chroniken sich widerspiegelnden Wettbewerb um die Erzählung einer möglichst frühen Gründung eine unentbehrliche Voraussetzung.

Seite B 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Betrachtet wurden auf der Tagung vor allem deutschsprachige Werke der Stadtchronistik, bei Landesbeschreibungen kamen zum Teil auch in Latein verfasste Texte in den Blick. Die Rolle von Gründungs- und Herkunftsgeschichten stellte ein zentrales Mittel dar, um die Stadt im Land oder im Reich und damit in der Welt zu verorten sowie um städtisches Geschehen in der Geschichte narrativ zu verankern. Besonders hier kam der außerstädtischen Gelehrsamkeit eine bedeutende Rolle zu. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Zusammenschau von chronografischer Geschichtsschreibung mit historisch-topografischen Texten über Stadt und Land analytisch fruchtbar sein kann.

Konferenzübersicht:

Joachim Schneider (Dresden) / Jan Zdichynec (Prag/Praha): Begrüßung und Einführung

Sektion 1: Wahrnehmung und Verarbeitung außerstädtischen Geschehens durch urbane Geschichtsschreibung

Lenka Bobková (Prag/Praha): „Die böhmische Geschichte ist zugleich unsere Geschichte.“ Texte von Bartholomeus Scultetus in Görlitzer Stadttürmen

Petr Polehla (Königgrätz/Hradec Králové): Die historiographische Tradition von Königgrätz/Hradec Králové im Zeitraum vom 15. bis 17. Jahrhundert aus der Perspektive aktueller methodischer Ansätze

Tomáš Velička (Aussig an der Elb/Ústí nad Labem): Egerer Stadtchroniken des 16. Jahrhunderts – Narrative zwischen dem Egerland, Böhmen und dem Reich

Julian Happes (Freiburg): Ein städtisches Ereignis im regionalen Kontext? Strategien der historiographischen Einbettung des Konstanzer Konzils in regionalgeschichtlichen Chroniken im süddeutschen Raum und darüber hinaus

Marta Vaculínová (Prag/Praha): „Jubila et nubila“. Die Stadt- und Landesgeschichte in den Neujahrsgedichten der tschechischen Humanisten

Jan Zdichynec (Praha): Verschiedene Medien der Historiographie in der Oberlausitz des (späten) Humanismus: Chroniken, Diarien, Protokolle und ihre Perspektiven zwischen Stadt und Land

Sektion 2: Gründungs- und Herkunftsgeschichten zwischen Stadt und Land

Christoph Fasbender (Chemnitz): Gründungserzählungen in den Chroniken des Johannes Rothe

Edith Feistner (Regensburg): Regensburg, München und (die) Bayern: Zu Herkunfts- und Gründungserzählungen zwischen städtischer, regionaler und universaler Geschichtsschreibung des 15. Jahrhunderts

Gerrit Deutschländer (Halle an der Saale): Hermann Korner in Lübeck und die Weltgeschichte aus städtischer Sicht

Pia Eckhart (Ulm): Die Stadt erhebt sich aus dem Umland – Wechselwirkungen zwischen Stadt, Territorium und dem Land Schwaben in Felix Fabris Ursprungsgeschichte Ulms

Seite B 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Michael Hecht (Halle an der Saale): Gründungsgeschichten in der Stadt- und Landeschronistik des Merseburger Historiografen Ernst Brotuff (ca. 1495–1565)

Markus Jansen (Köln): Herren in Stadt und Land. Die ritterlichen Kölner Geschlechter und die Rezeption ihrer Herkunftsgeschichten innerhalb und außerhalb der Stadt Köln

Sektion 3: Ordnungsmuster: Stadtbeschreibungen und Landesbeschreibungen

Andreas Rüter (Bielefeld): „Slesia, dorynne die Bresler eyne edile mechtige stat haben“. Städte und ihre Herren in der schlesischen Stadtchronistik und Landesbeschreibung um 1500

Lucyna Harc (Breslau/Wrocław): Stadtbeschreibungen und Landesbeschreibungen in schlesischer Historiographie. Zwei Beispiele: Neiße – Fürstentum Neiße (das Bistumsland) und Oels – Herzogtum Oels in der Frühen Neuzeit

Joachim Schneider (Dresden): Stadt und Land beschreiben. Ordnungen topografisch-historischen Wissens als Teil der Geschichtsschreibung

Grischa Vercamer (Chemnitz): Die Chemnitzer Chronik des Adam Daniel Richter von 1767 – Ambivalenzen zwischen Stadt- und Landbeschreibung

Birgit Studt (Freiburg): Zusammenfassung und Schlussdiskussion

Zitation

Jens Klingner, Tagungsbericht: *Geschichtsschreibung zwischen Stadt und Land. Hybride Narrative in Mitteleuropa vom 15. bis zum 17. Jahrhundert*, in: H-Soz-Kult, 17.12.2024, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-151919>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) (Un)Gleichheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion

Organisatoren Martin Göllnitz, Philipps-Universität Marburg; Thomas Wegener Friis, Süddänische Universität; Mogens Rostgaard Nissen, Dansk Centralbibliothek for Sydslesvig

6230 Rødekro

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

04.08.2024 - 10.08.2024

Von

Ellen Sophie Beindorf, Aarhus Universitet

Das Europa von heute ist geprägt von zunehmendem Nationalismus, von Abschottung und dem Wiederauftreten harter Grenzen. Sicherheit und Unsicherheit, aber auch Gleichheit und Ungleichheit bestimmen die Diskussionen des Alltags – und genau hier knüpfte im Sommer

2024 die diesjährige dänisch-deutsche Sommeruniversität an. Vom 4. zum 10. August wurde in einem vielfältigen Programm eben diese (Un)Gleichheit, vor allem im dänisch-deutschen Grenzgebiet, auf dem Knivsberg bei Rødekro behandelt und diskutiert. Die Teilnehmenden waren wie fast jedes Jahr Stipendiat:innen der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie Studierende der Philipps-Universität Marburg, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie Teilnehmende der Süddänischen Universität und der Universität Aarhus. Im Laufe der Woche erstellten die Teilnehmenden in mehreren Arbeitsgruppen Podcasts, die sich beispielsweise mit dem umstrittenen „Wildschweinzaun“ an der Grenze, der besonderen (Übergangs-)Kultur der Grenzregion oder mit den hier aufeinandertreffenden unterschiedlichen Schulsystemen befassten.

Die etablierte Struktur der Sommeruniversität wurde dieses Jahr speziell um einzelne Vorschläge ergänzt, die sich im Feedback der letzten Jahre durchgesetzt hatten. So begann die Woche mit einer Führung über das Gelände des Knivsbergs. JON THULSTRUP (Sønderborg) vom Deutschen Museum Nordschleswig erläuterte am Beispiel des historischen Standortes die wechselhafte Geschichte der Region und der beiden Minderheiten. Als besonders prägnant erwies sich die Geschichte des 1901 errichteten, 45 Meter hohen monumentalen Obeliskens, des sogenannten Bismarckturms, der bis 1919 mitsamt Bismarckstatue auf dem Knivsberg stand, wonach das Denkmal wegen einer zunehmend anti-deutschen Stimmung nach Deutschland verbracht wurde. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das gesamte Denkmal schließlich gesprengt. Die Führung über das Gelände setzte sich fort in der eigentlichen Gedenkstätte – dem ehemaligen „Ehrenhain“ – und bei den im Jahr 1962 errichteten Gedenktafeln, die den im Zweiten Weltkrieg gefallenen Angehörigen der deutschen Minderheit gewidmet sind. Noch heute wird hier jährlich den Gefallenen gedacht und die Aufarbeitung der lokalen Geschichte fortgesetzt. Dies ist schon deshalb von zentraler Bedeutung, weil es sich bei einigen der namentlich Geehrten um Kriegsverbrecher gehandelt hat. Deren Namen sind mittlerweile unkenntlich gemacht worden. Laut Thulstrup soll mit belasteten Angehörigen der Minderheit künftig anders umgegangen werden, um sicherzustellen, dass durch das Entfernen von Namen nicht die Erinnerung als solche verloren geht. Vielmehr soll mithilfe eines offenen gesellschaftlichen Diskurses verhindert werden, dass sich dieses Kapitel der Geschichte der deutschen Minderheit in Nordschleswig wiederholt.

Der erste vollständige Arbeitstag der Sommeruni begann mit einer Keynote des Historikers und ehemaligen Schulleiters der A. P. Møller Skole in Schleswig, JØRGEN KÜHL (Flensburg). Unter dem Titel „(Un)Gleichheiten und (Un)Gleichzeitigkeiten in der deutsch-dänischen Grenzregion“ stellte Kühl die geschichtliche Entwicklung der Region vor und widmete sich nach einem Ausflug in die regionalen und nationalen Besonderheiten im Verhältnis zur jeweiligen Nationalflagge vor allem den lokalen Schulen. Die komplexen Veränderungen der Verhältnisse zwischen Deutschen, Dänen, Friesen sowie den Sinti und Roma im Grenzland wurden präsentiert und anschließend in der Diskussion weiter vertieft, bevor sich die Fragerunde dann Köhls Erfahrungen aus seiner Zeit am dänischen Gymnasium in Schleswig zuwandte. Ein Ergebnis der Schularbeit der dänischen Minderheit ist die über Jahre bestätigte Beobachtung, dass die meisten Schüler:innen nach dem Abitur an einer dänischen Schule in Schleswig-Holstein anschließend in Dänemark studieren, ganz gleich, ob sich ihre Familie schon seit mehreren Generationen zur Minderheit zählt oder ob sie die ersten sind, die ihre Bildungslaufbahn im dänischen System absolvieren.

Nachmittags folgte für die Teilnehmenden ein Podcast-Training mit dem vor allem in Dänemark bekannten Journalisten KASPER FRIIS (ehemals Danmarks Radio), der anhand

verschiedener Mitmach-Übungen den Entstehungsprozess eines Podcasts erläuterte: Wie kann ein Thema besonders interessant vermittelt werden? Welche verschiedenen Herangehensweisen gibt es? Wie werden Tondateien geschnitten oder Soundeffekte hinzugefügt und welche Plattformen sind dafür am besten geeignet? Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zum Ende dieser Woche bewiesen Friis' Inspiration und erfolgreiche Anleitung, die sowohl Motivation als auch technische Hilfe für die eigentliche Arbeit vermittelt hatten.

Als letzter Programmpunkt des ersten Tages folgte eine kurze, vergleichende Analyse von dänischem und deutschem Vereinssport durch den derzeit bei der NATO beschäftigten Militärgeschichtler DIETER H. KOLLMER (Brüssel). Nicht nur für die sportbegeisterten Studierenden und Stipendiaten bot dieser Vortrag neue Blickwinkel und Einsichten. Der Vergleich von Deutschlands und Dänemarks sportlichen Auftritten der letzten Jahrzehnte machte deutlich, dass das große Deutschland *absolut* vielleicht mehr Spiele und Medaillen gewinnt, jedoch Dänemark, der kleine Nachbar im Norden, bei der Anzahl von Siegen *pro Kopf* mehr als mithalten kann. Natürlich komme es auch auf die verschiedenen Sportarten an, denn während Deutschland vor allem beim Fußball Stärke zeige, sei Dänemark bei Handball und Rudern meist deutlich überlegen. Dies bestätigte sich dann nur wenige Tage später am 11. August 2024 bei den Olympischen Spielen, als das dänische Team die deutsche Mannschaft im Handball deutlich mit 39 zu 26 Toren besiegte.

Der am nächsten Tag folgende Vortrag vertiefte und erweiterte die von Jørgen Kühl geschaffene Wissensgrundlage der Teilnehmenden zur Geschichte der Minderheiten des Grenzraums und deren sich wandelnder Identitätswahrnehmungen. Die beiden Historiker MOGENS R. NISSEN (Flensburg) und REJHAN BOSNJAK (Flensburg) befassten sich intensiv mit dem Selbstverständnis der dänischen Minderheit in historischer Perspektive. So konnten sie beispielsweise zeigen, dass immer mehr Personen, die sich der Minderheit zurechnen, die politischen Entwicklungen in Dänemark kritisch sehen – was in der anschließenden Fragerunde zu lebhaften Diskussionen führte. Mit ihrem Beitrag überzeugten die beiden Wissenschaftler souverän die Teilnehmenden der Sommeruniversität von der tagesaktuellen Relevanz ihres Forschungsansatzes, auch über die hier untersuchte Kontaktzone des deutsch-dänischen Grenzraums hinaus.

FREDERIC ZANGEL (Kiel) referierte am Nachmittag über "Dänen, Deutsche und (Un-)Gleichheit in mittelalterlichen Quellen". Am Beispiel skandinavischer mittelalterlicher Herrscher sowie anhand der von ihnen getroffenen Beschlüsse und geschlossenen Verträge, wie beispielsweise dem vielzitierten und oft bemühten Vertrag von Ripen 1460, der besagte, dass Schleswig und Holstein auf ewig ungeteilt sein sollten („Up ewig ungedeelt“), erhielten die Teilnehmenden einen Überblick über eine weiter zurückliegende Phase der regionalen Geschichte. Zangels Einblicke erinnerten nachdrücklich daran, dass die Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion deutlich weiter zurückgeht als lediglich bis zum Beginn der nationalen Bewegungen und den beiden Schleswigschen Kriegen (1848–50 und 1864), die häufig als solider Ausgangspunkt bis heute relevanter Konflikte aufgefasst werden.

Mit dem Vortrag von MARTIN GÖLLNITZ (Marburg) gab es einen zeitlichen sowie thematischen Sprung in die aktuelle Gegenwartsgeschichte. Er befasste sich mit der aktuellen Darstellung von historischen Ereignissen in den sozialen Medien, wobei er die These zur Diskussion stellte, dass derartige Repräsentationen durchaus eine valide Alternative zu klassischen Formaten wie Fachliteratur, Fernsehdokumentation oder Ähnlichem bilden können. Neben bekannten Instagram-Projekten wie @eva.stories und @ichbinsophiescholl thematisierte er auch Geschichtspodcasts und das Problem von „Fake

History“ auf Social Media. Es wurde erörtert, inwieweit die digitale Darstellung und Vermittlung von Geschichte dabei helfen könne, vergangene Ereignisse einer breiteren Öffentlichkeit näherzubringen. Ein Fokus lag aber auch auf den damit verbundenen Problemen, Herausforderungen und Unsicherheiten, da anhand der „Fake History“ immer wieder deutlich wird, dass besonders auf Social Media Geschichtskonstruktionen geteilt werden, die nicht zweifelsfrei belegt, verzerrt oder bewusst manipuliert sind. Dadurch bestehe die Gefahr, dass gegebenenfalls Geschichte kontrafaktisch neu geschrieben würde.

Am Mittwoch begann die Exkursion mit einem Besuch des Danewerks im *Danevirke Museum* bei Schleswig. Museumsleiter LARS ERIK BETHGE übernahm die Führung und half, einen Einblick in die Geschichte der Grenzregion zurück bis zur Wikingerzeit zu erlangen. Eingehend erläutert wurde der Bau des Schutzwalls, des Danewerk, aber auch, wie dieses UNESCO-Weltkulturerbe sich mit der Zeit und dem Geschehen in der Region veränderte. Errichtet vor rund 1.500 Jahren, diente die etwa 30 Kilometer lange Anlage ursprünglich als Südgrenze des Dänenreichs. Im Zweiten Schleswigschen Krieg 1864 fand hier bei Schnee und Eis eine entscheidende Schlacht zwischen den dänischen und den preußischen Truppen statt. Die dänischen Truppen unter General Christian de Meza, der portugiesisch-jüdischer Abstammung war, zogen sich vom nicht zu verteidigenden Danewerk notgedrungen nordwärts nach Sankelmark und später nach Düppel zurück, wo sie dann am 18. April 1864 endgültig bei den Düppeler Schanzen besiegt wurden. Den Höhepunkt des heutigen Museums bildet die Außenanlage mit den Überresten des Bauwerks – einschließlich eines erst kürzlich wiederentdeckten Tores, an welchem aktuell archäologische Arbeiten durchgeführt werden –, an denen sich der Kampf um die für beide Seiten als natürlich angesehene nationale Vorherrschaft über das Herzogtum Schleswig nachvollziehen lässt.

Anschließend führte der Ausflug zurück nach Dänemark, genauer gesagt nach Sønderborg auf die Insel Als (Dänisch Als) – wobei nicht nur Sankelmark passiert wurde, sondern auch Flensburg, was einen kurzen Blick auf die Marineschule Mürwik ermöglichte, welche später in der Geschichte Deutschlands eine bis heute zu wenig beachtete Rolle spielen sollte. THOMAS WEGENER FRIIS (Odense) kommentierte die Umgebung während der Fahrt, sodass kein historischer Schauplatz ausgelassen oder vergessen wurde – einschließlich der Düppeler Schanzen und der strategisch relevanten und nunmehr ikonischen Mühle (Dybbøl Mølle) kurz vor Sønderborg.

In der süddänischen Metropole wurde das Deutsche Museum Nordschleswig besucht; die Führung übernahm erneut JON THULSTRUP, unterstützt vom Museumsleiter HAUKE GRELLA (Sønderborg), wobei diesmal die deutsche Minderheit in Nordschleswig im Zentrum stand und der deutschen Besatzung Dänemarks besondere Beachtung zukam. Mit modernem Design und faszinierenden Exponaten spricht das Museum nicht nur die „typischen“ Museumsgäste an. Vielmehr wird die Geschichte auf eine Weise veranschaulicht, die es selbst Laien und zufälligen Besuchern ermöglicht, einen Zugang zu den historischen Ereignissen zu finden und Fragen zu stellen, die gerade heute von überraschender Relevanz sein dürften. Einige neuere Exponate erlauben zudem Einblicke in das Leben der heutigen deutschen Minderheit und deren Selbstverständnis, aber auch in die kulturellen Unterschiede, die gelegentlich aufscheinen, wenn man sich letztlich zwei Kulturen und zwei Ländern zugehörig fühlt.

Im Anschluss an den Museumsbesuch erhielten die Teilnehmenden noch die Gelegenheit, Sønderborg zu erkunden und viele Dinge, die oft als „typisch Dänisch“ verstanden werden,

Seite B 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

selbst zu entdecken und kennenzulernen: „hyggelige“ Geschäfte und Bars, die sprichwörtliche dänische Freundlichkeit, kreischende Möwen, aber auch die bei Touristen beliebten Klassiker wie Hot Dogs und Soft Ice.

Obwohl das Ende der Sommeruni nun greifbar wurde, war der Donnerstag kreativ und arbeitsintensiv; begonnen wurde mit einem detaillierten Vortrag zur Geschichte der Sinti und Roma in Flensburg, gehalten von SEBASTIAN LOTTO-KUSCHE (Flensburg). Mithilfe historischer Quellen über das Schicksal von Flensburger Sinti- und Roma-Familien vor allem während des Nationalsozialismus leistete Lotto-Kusche einen Beitrag dazu, dieser oft vernachlässigten Minderheit ihren rechtmäßigen Ort in der deutschen Erinnerungsgeschichte zurückzugeben. Er erläuterte die soziale und gesellschaftliche Lage der Sinti und Roma im 20. Jahrhundert und ging beispielsweise darauf ein, wie vom NS-Staat erlassene Gesetze Auswirkungen auf das Dasein der Sinti und Roma in Norddeutschland hatten.

CHRISTOFFER KIILERICH JAKOBSEN (Odense) sprach in einem anschließenden kurzen Beitrag über seine jüngst abgeschlossene Masterarbeit zu Jef Bertelsen Blume (1912–1996). Seine Einblicke in Blumes Leben ergänzten den Fokus auf die deutsch-dänische Grenzregion um eine weitere, bislang wenig beachtete Facette. Blume war Lehrer in der Region und von 1933 bis 1945 Führer der Deutschen Jungenschaft Nordschleswig gewesen. Er ermutigte junge Nordschleswiger dazu, als Freiwillige im nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungskrieg zu kämpfen. Nach dessen Ende und nachdem er eine mehrjährige Haftstrafe für seine Rolle im Nationalsozialismus verbüßt hatte, arbeitete er erneut als Lehrer, später auch als stellvertretender Schuldirektor; von 1965 bis 1968 fungierte er überdies als stellvertretender Hauptvorsitzender des Bundes deutscher Nordschleswiger. Blumes Biographie verdeutlicht somit exemplarisch die Brüche, Verstrickungen und Wendungen im Leben vieler Angehöriger der deutschen Minderheit in Dänemark. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit kann auch, aber nicht nur den heutigen Bewohnern der Grenzregion dabei helfen, die Geschichte von Verbindungen, Widersprüchen und Abhängigkeiten besser zu verstehen.

Am Nachmittag folgte ein Vortrag von NILS ABRAHAM (Köln) über eine nicht nur im Norden Deutschlands wenig bekannte und somit oft vernachlässigte Minderheit: die der Sorben. Nach den zahlreichen gründlichen Einblicken in die Geschichte und Gegenwart der dänischen Minderheit in Deutschland bzw. der deutschen Minderheit in Dänemark war es besonders spannend, einen Vergleich mit einer anderen nationalen Minderheit Deutschlands vornehmen zu können. Schnell wurde klar, dass die dänische Minderheit in Deutschland, vor allem durch das Interesse und die finanzielle Unterstützung seitens Dänemarks, eine vergleichsweise komfortable Stellung innehat. Die Sorben hingegen kämpfen nicht nur um mehr Anerkennung, sondern auch darum, über bestehende Vorurteile aufzuklären, ihren Status zu bewahren und mehr zu sein als eine touristische Attraktion in der ostdeutschen Lausitz. Die Fläche, auf der die Sorben an der deutsch-polnischen Grenze heute leben, hat sich in den letzten Jahrzehnten drastisch verringert, da es zum einen immer weniger Sorben gibt, zum anderen die Sprache oder Kultur immer seltener in Schulen, aber auch zuhause unterrichtet bzw. weitergegeben wird. Ein aktiver Versuch, Deutsche Sorbisch zu lehren und hiermit neue Freunde der Minderheit und ihrer besonderen Traditionen zu gewinnen, scheint allmählich Früchte zu tragen; trotzdem bleibt die Zukunft der westslawischen Ethnie ungewiss.

Der abschließende Vortrag fand am Freitagvormittag statt. NILS LANGER (Flensburg) befasste sich mit der friesischen Kultur und Sprache, die vor allem im äußersten Nordwesten Schleswig-Holsteins sowie in Ostfriesland gesprochen wird. Mithilfe von Beispieltexten visualisierte er die Vielfalt des Friesischen und verdeutlichte die Ähnlichkeit zum Deutschen,

Seite B 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Englischen und Dänischen. Er informierte über Sprachenpolitik und warum diese es aktuell sogar eher erschwere, das Friesische erfolgreich an die nächste Generation zu vermitteln. Einige streitbare Aussagen führten zu einer angeregten Diskussion in der folgenden Fragerunde. Als wichtiges Argument erwies sich, dass Sprachwahrnehmung bei der Betrachtung der friesischen Minderheit eine große Rolle spielt, was – je nach individueller Einschätzung – wiederum zum weiteren Gebrauch des Friesischen führen oder auch zu einem Verlust der Sprache beitragen könne.

Der letzte vollständige Tag der Sommeruni 2024 endete, wie in den letzten Jahren üblich, mit der gemeinsamen Auswertung der fertiggestellten Podcasts. Deren weitgefächerte Zugänge erstreckten sich dabei über viele Themen, die die deutsch-dänische Grenzregion aktuell prägen und beschäftigen. Insbesondere der Podcast über den umstrittenen „Wildschweinzäun“ an der Grenze fand großen Zuspruch. Auch die Podcasts, welche die kulturellen Verbindungen und Besonderheiten der Region reflektierten (zum Beispiel in Bezug auf das dänische Schulwesen in Deutschland), wurden sehr positiv aufgenommen und über den letzten Abend hinweg diskutiert.

Konferenzübersicht:

Jon Thulstrup (Sonderburg/Sønderborg), Geschichte und Bedeutung des Knivsbergs für die deutsche Minderheit in Dänemark

Keynote:

Jørgen Kühl (Flensburg), (Un)Gleichheiten und (Un)Gleichzeitigkeiten in der deutsch-dänischen Grenzregion

Kaspar Friis, Erstellung von Podcasts

Dieter H. Kollmer (Brüssel), (Un)Sportlich. Der ewige Wettbewerb zwischen zwei unvergleichlichen Nachbarn

Mogens R. Nissen / Rejhan Bosnjak (beide Flensburg), Identitäten, Minderheiten und (Un-)Gleichheiten

Frederic Zangel (Kiel), Dänen, Deutsche und (Un-)Gleichheit in mittelalterlichen Quellen

Martin Göllnitz (Marburg an der Lahn), Zurück in die Zukunft? Geschichte in Sozialen Medien

Thomas Wegener Friis (Odense), Exkursion Danevirke/Sønderborg

Lars Erik Bethge, Museums- und Geländeführung im Danevirke Museum

Hauke Grella / Jon Thulstrup (beide Sonderburg/Sønderborg), Museumsführung im Deutschen Haus Nordschleswig

Sebastian Lotto-Kusche (Flensburg), Sinti und Roma in der Grenzregion im 20. Jahrhundert

Christoffer Kiilerich Jakobsen (Odense), Jef Blume – Vortrag

Nils Abraham (Köln), Das sorbische Volk – eine nationale Minderheit jenseits Schleswig-Holsteins

Nils Langer (Flensburg), Die Friesen als (un)gleiche Minderheit?

Zitation

Ellen Sophie Beindorf, Tagungsbericht: *(Un)Gleichheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion*, in: H-Soz-Kult, 18.12.2024, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-152037>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Jüdische Siedlungsgeschichte in Schwaben

Organisatoren Benigna Schönhagen / Sigrid Hirbodian, Arbeitskreis Jüdisches Schwaben, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Johannes Kuber, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Tagungszentrum Stuttgart-Hohenheim)

Ausrichter Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Tagungszentrum Stuttgart-Hohenheim

Förderer Förderverein des Instituts für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen e.V.

70599 Stuttgart

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

13.06.2024 - 14.06.2024

Von

Felix Hild / Frederik Hochdorfer, Fachbereich Geschichte, Eberhard Karls Universität Tübingen

Wer in Süddeutschland nach Spuren jüdischer Geschichte aus der Frühen Neuzeit sucht, wird solche heute überwiegend in Dörfern, Märkten und Kleinstädten finden. Nachdem Jüdinnen und Juden im Spätmittelalter aus den meisten Städten und großen Herrschaftsterritorien vertrieben worden waren, fanden viele von ihnen in kleinen, zumeist niederadeligen Territorien Aufnahme. Besonders Franken und Schwaben wurden aufgrund ihrer kleinteiligen territorialen Struktur zu zentralen Siedlungslandschaften des Judentums im Alten Reich. Allerdings boten vor dem 19. Jahrhundert nur wenige Territorien den dort lebenden Jüdinnen und Juden langfristige Sicherheit; stattdessen kam es immer wieder zu Ausweisungen. Abseits davon führten auch die Zerstreuung der Jüdinnen und Juden in eine Vielzahl von Kleinterritorien sowie die wirtschaftlichen Beschränkungen auf den Handel dazu, dass jüdisches Leben in der Frühen Neuzeit stets mit einem hohen Maß an Mobilität verbunden war. Das galt auch für den Teil Schwabens, der in dem heutigen Bundesland Baden-Württemberg liegt und in dem zwischen dem 16. sowie 19. Jahrhundert eine hohe Zahl an solchen jüdischen Niederlassungen existierte, auch wenn sie keineswegs flächendeckend verteilt waren, sondern eine spezifische Asymmetrie der Anordnung aufwiesen.

Die zweite Tagung des an der Universität Tübingen angesiedelten „Arbeitskreis Jüdisches Schwaben“ widmete sich der jüdischen Siedlungsgeschichte dieser Region deshalb mit einem speziellen Fokus auf Migration, Mobilität und Verwurzelung. In vergleichender Perspektive wurde gefragt, wie es zur Ansiedlung von Jüdinnen und Juden in den einzelnen Orten kam, auf welche Weise jüdische Existenz vor Ort bedroht und behauptet wurde sowie welche Formen die christlich-jüdische Koexistenz im Alltag in den Dörfern und Kleinstädten annahm. Neben der Betrachtung der jüdischen Siedlungsgeschichte Schwabens sollten auch methodische Ansätze für die Untersuchung und visuelle Darstellung einer jüdischen Siedlungslandschaft diskutiert werden. Gemäß der Konzeption des Arbeitskreises, Wissenschaft und Praxis zu verbinden, nahmen bei der gut besuchten Tagung auch diesmal wieder Mitarbeitern von Gedenkstätten, Museen und Archiven teil.

In der Einführung wies BENIGNA SCHÖNHAGEN (Tübingen) auf das Desiderat einer umfassenden jüdischen Siedlungsgeschichte für den südwestdeutschen Raum hin. Zwar gebe es zahlreiche lokale Fallstudien, doch fehle bislang eine systematisierende Untersuchung der gesamten Region, die es ermögliche, die Charakteristika jüdischer Existenz in diesem Teil Schwabens gegenüber anderen jüdischen Siedlungsräumen auszumachen, wie sie etwa exemplarisch Sabine Ullmann für die Markgrafschaft Burgau herausgearbeitet hat.

Im ersten Panel skizzierte ROTRAUD RIES (Herford) die Entwicklung und die rechtlichen sowie politischen Strukturbedingungen jüdischer Siedlungsgeschichte im deutschsprachigen Raum. Sie machte deutlich, dass die jüdischen Siedlungsmuster mitsamt den damit verbundenen baulichen und institutionellen Strukturen je nach historischen Rahmenbedingungen unterschiedlich ausgeprägt waren. Nach der Phase der Vertreibung, die von großer Instabilität in der Siedlungspraxis geprägt war, kam es nach dem Dreißigjährigen Krieg zu einer zunehmenden Verstetigung der Strukturen. Dies ging mit der Entstehung etlicher unterschiedlicher jüdischer Siedlungsformen einher, die mit dem Oberbegriff des „Landjudentums“ nur sehr unzureichend beschrieben werden können. Neben ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden existierten im Reich weiterhin jüdische Gemeinden in wenigen Reichsstädten, etwa im kaisernahen Frankfurt, in Residenzstädten wie Hannover und Dessau sowie in maritimen Handelszentren wie Hamburg. Andernorts wie beispielsweise in Heidingsfeld bei Würzburg und Kriegshaber bei Augsburg entstanden „Vorstadtgemeinden“ in unmittelbarer Nähe zu städtischen Märkten.

Dem Raum Schwaben, konkret seinen Anteilen im heutigen Baden-Württemberg, widmete sich STEFAN LANG (Göppingen). Auch hier kann der Dreißigjährige Krieg als Phase des Übergangs verstanden werden, und zwar von einer dynamischen, stark auf überregionale Strukturen und den Kaiser als Schutzherrn ausgerichteten Ansiedlung zu einer stärker verstetigten, auf das jeweilige Territorium bezogenen Siedlungspraxis. Im Gegensatz zu anderen Teilen des Reichs blieb jüdisches Leben in Städten in Schwaben jedoch die Ausnahme: So existierte im 16. Jahrhundert noch einmal für knapp 20 Jahre eine jüdische Gemeinde im reichsstädtischen Esslingen; von deutlich höherer Kontinuität waren die jüdischen Gemeinden in der kleinen Reichsstadt Buchau am Federsee und der hohenzollerischen Residenzstadt Hechingen. Die hohe Vernetzung jüdischer Gemeinden untereinander Ende des 18. Jahrhunderts konnte Lang an einer Liste von 1779 zeigen, die Spenden für den Bau der Synagoge im kleinen Ort Jebenhausen bei Göppingen verzeichnete. Diese stammten aus allen Teilen Schwabens, aber auch aus jüdischen Gemeinden im fränkischen, kurpfälzischen und badischen Raum.

DANIEL MENNINGs (Tübingen) Beitrag führte ins 18. und 19. Jahrhundert. Am Beispiel des Reichsritterdorfs Jebenhausen zeigte er auf, dass bisherige Annahmen der Forschung über

das Alltagsleben in christlich-jüdischen Orten durch Einbezug bisher kaum beachteter Quellen revidiert oder zumindest präzisiert werden müssen. Anhand eines Lagerbuches aus den 1760er-Jahren machte er deutlich, dass die nur wenige Jahre später gegründete jüdische Siedlung nicht – wie im herrschaftlichen Schutzbrief vorgeschrieben – auf Gemeindeland, sondern auf dem Land von Bauern entstand. Auch seien innerhalb des kleinen Ortes christliche und jüdische Lebenswelt eng miteinander verschränkt gewesen, was sich auch daran ablesen lasse, dass die Mitglieder der jüdischen Gemeinde ihre Konflikte vorrangig vor dem Dorfgericht austrugen. Hinsichtlich der Wirtschaftstätigkeit der Juden von Jebenhausen, über die in der Forschungsliteratur noch das Bild armer Hausierer vorherrsche, argumentierte Menning, dass sich in Jebenhausen eine ganze Reihe von Juden auf den Weinhandel spezialisiert hatte und einige von diesen – teilweise in Zusammenarbeit mit christlichen Großhändlern – erhebliche Mengen Wein umsetzen konnten.

Gängige Narrative hinterfragte auch WILFRIED SETZLER (Tübingen) in seinem Vortrag zum Beginn und Ende der jüdischen Gemeinde im reichsritterschaftlichen Dorf Wankheim, zwischen Tübingen und Reutlingen gelegen. Er zeigte detailliert auf, dass die Freiherren von Saint-André 1774, als sie erstmals Juden aufnahmen, dies in erster Linie zur Sicherung und zum Ausbau der eigenen Herrschaft taten. Er verdeutlichte damit, dass reichsritterschaftliche Statuspolitik noch Ende des 18. Jahrhunderts ein entscheidendes Motiv für eine ansiedlungsfreundliche Judenpolitik sein konnte. Auch das verbreitete Bild der Wankheimer Juden als „Trödel- und Schacherhändler“ bedürfe einer Korrektur. Anhand von Fremdenanzeigen und Annoncen in den Lokalzeitungen diverser deutscher Städte zeigte Setzler auf, dass einige jüdische Händler aus Wankheim in der Mitte des 19. Jahrhunderts optische Geräte auf Messen, Jahrmärkten und ausgedehnten Handelsreisen im gesamten süddeutschen Raum vertrieben. Die Mehrheit dieser erfolgreichen jüdischen Händler habe außerdem bereits vor Inkrafttreten des württembergischen Emanzipationsgesetzes von 1864 Wankheim verlassen und sei in andere Städte gezogen, sodass die Beschreibung des Gesetzes als entscheidende Zäsur in der jüdischen Siedlungsgeschichte in Württemberg hinterfragt werden müsse.

MARTIN H. JUNG (Osnabrück) fragte nach der Verwurzelung der jüdischen Gemeinden, indem er Konflikte zwischen Jüdinnen und Juden sowie Vertretern der Kirche in den wenigen Orten in Württemberg, in denen bereits im 18. Jahrhundert jüdisches Leben existierte, thematisierte. Vor allem die von außen in den Ort kommenden Pfarrer hätten an dem christlich-jüdischen Zusammenleben Anstoß genommen. Anlass für die Konflikte boten oft die Beschäftigung von christlichen „Sabbatmägden“ in jüdischen Haushalten oder Beschneidungen, die in Württemberg damals nicht erlaubt waren. Auch wenn einzelne Konflikte auf höherer kirchlicher Ebene größere Aufmerksamkeit erfuhren, so seien solche in Anbetracht der langen Dauer jüdischer Existenz in diesen Orten doch verhältnismäßig selten aufgetreten, was für überwiegend entspannte christlich-jüdische Alltagsbeziehungen spreche.

ANDREAS WEBER (Ludwigsburg) und MANUEL MOZER (Kusterdingen) boten eine Vielzahl an Quellen an, die in einem Workshop-Teil von den Tagungsteilnehmenden bearbeitet und anschließend im Forum besprochen wurden. Das vielseitige, transkribiert vorgelegte Quellenmaterial aus den Feldern Recht, Wirtschaft und Familiengeschichte stammte aus dem 16., 18. und frühen 19. Jahrhundert und bot spannende sowie oftmals unerwartete Einblicke in die Lebensrealität einzelner jüdischer Personen in und um Württemberg herum. Zugleich ließ sich bei den jüngeren Quellen auch ein früher von der königlich-württembergischen Regierung angestrebter Überblick über alle jüdischen Gemeinden des neu erworbenen Territoriums erkennen. Die teilweise erstmals erschlossenen Quellen (insbesondere aus dem Privatarchiv der Freiherren von Saint André)

Seite B 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

leiteten eine intensive sowie von den Teilnehmenden als besonders gewinnbringend erlebte Arbeits- und Diskussionsphase ein.

Einen deutlich wesentlich weniger textbasierten Ansatz wählte MARC RYSZKOWSKI (Bamberg), der das materielle Erbe jüdischer Kultur in der Pfalz – speziell in Dahn – untersuchte, wo es bis ins 20. Jahrhundert hinein eine jüdische Gemeinde gab, die im 19. Jahrhundert stark angewachsen war. Deren ehemalige Synagogen sind baulich heute noch im Ortsbild zu fassen, auch wenn sich ihre Nutzung und ihr Zustand stark verändert haben. Ryszkowski diskutierte ausführlich den angemessenen denkmalpflegerischen Umgang mit diesen Bauten, der das Ziel hat, den Quellenwert des Gebäudes möglichst zu erhalten, was bei anderen jüdischen Bauten des Ortes (Mikwe, Schulhaus) nicht mehr möglich ist.

OLIVER SOWA (München) gab einen umfassenden Einblick in das, was für den württembergischen Teil Schwabens noch fehlt: eine digitale Karte aller jüdischen Siedlungen der Frühen Neuzeit auf dem Gebiet des heutigen Bayerns. Grundlage der Karte bildet eine Datenbank, die Sowa an der Universität Eichstätt aufbaute. Neben Ort und Bestehenszeit der Gemeinde enthält die Datenbank auch Informationen über die Funktionalität des Ortes, Herrschaftsträger, gegebenenfalls Details zur Reichsritterschaft, Ausweisungen, genutzte Friedhöfe, Beteiligungen an Prozessen vor dem Reichskammergericht, gegebenenfalls statistische Daten aus dem frühen 19. Jahrhundert und grundlegende Literaturangaben. Neben der Erläuterung der Funktionsweise der Karte und der Datenbank gab Sowa auch Einblicke in die Arbeitsweise sowie Probleme des Projekts und sprach geplante Verbesserungen an. In der anschließenden Diskussion wurde ein entsprechendes Projekt für Baden-Württemberg als wünschenswert, wegen der damit verbundenen Kosten aber vorerst als nicht realisierbar betrachtet.

Im abschließenden Vortrag plädierte BENIGNA SCHÖNHAGEN (Tübingen) für die Beachtung der materiellen Kultur. Am Beispiel einer Ausstellung, die 2018 in der ehemaligen Synagoge Kriegshaber mit 23 verfolgungsbedingt in alle Welt zerstreuten, aber für die Ausstellung temporär zurückgeholten Objekten dieser Synagoge umgesetzt wurde, zeigte sie, dass die dank Provenienzforschung erstellten Objektbiographien nicht nur die Migration der Gegenstände, sondern auch den Wandel der ihnen zugesprochenen Bedeutung und die mit ihnen verbundenen Beziehungsnetze von Personen anschaulich darzustellen vermögen. So verweist der ausgestellte Tora-Vorhang von 1723 nicht nur auf seine Kriegshaberer Stifter Rabbi Jehuda Löw Ulmo und dessen Frau Gnendle, sondern auch auf den Produzenten, den Fürther Sticker Elkana Schatz Naumberg und kann die überregionale Vernetzung der Gemeinde aufzeigen. Mehr noch: Er verweist auch auf das Ende der Kriegshaberer Gemeinde und die Entstehung der Großstadtgemeinde Augsburg, in deren 1917 eingeweihten Synagoge nun der Kriegshaberer Vorhang den Tora-Schrein zierte. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand er sich in New York wieder, wohin er womöglich mit dem in den 1930er-Jahren geflohenen Augsburger Rabbiner gelangte. Heute befindet er sich im Israel Museum in Jerusalem. So spiegelt die Migrationsgeschichte des Objekts auch die Migrationsgeschichte der Gemeindemitglieder wider.

Insgesamt bot die Tagung vielfältige neue Einsichten in die Siedlungsgeschichte Schwabens. Deutlich wurde, dass das Bild, das die lokale und regionale Literatur vom jüdischen Leben in dieser Region zeichnete, spürbar von der Stilisierung des Landjudentums im 19. Jahrhundert und einer starken Fokussierung auf normative Quellen geprägt ist. Eindrücklich wurde gezeigt, dass bisher wenig beachtete Quellen zum Teil neue, vor allem aber differenziertere Aussagen zu Gründungskontexten und Erwerbsstrukturen, aber auch zum Zusammenleben von Christen und Juden in den schwäbischen Dörfern, Märkten und Kleinstädten ermöglichen. In den teils lebhaften Diskussionen deutete sich an,

Seite B 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

dass sich in verschiedenen Orten ähnliche Strukturen ausgebildet und ähnliche Entwicklungen abgespielt hatten. Für eine tatsächlich vergleichende Betrachtung mehrerer Orte auf regionaler Ebene müssen jedoch noch weitere Aspekte einbezogen werden, wie etwa die regionale Organisation der Landjudenschaften oder die generell enge personelle Vernetzung der jüdischen Gemeinden untereinander. Hier können weitere Forschungen ansetzen, um dem Ziel näher zu kommen, die jüdische Siedlungslandschaft im heutigen Baden-Württemberg detailliert zu beschreiben. Hierzu hat die Tagung erfolgreich Impulse gesetzt.

Konferenzübersicht:

Benigna Schönhagen (Tübingen) / Sigrid Hirbodian (Tübingen) / Johannes Kuber (Hohenheim): Begrüßung und Einführung

Rotraud Ries (Herford): Jüdische Siedlungsmuster in der Frühen Neuzeit. Bilder von Restriktionen und Resilienz

Stefan Lang (Göppingen): Mobilität und Kontinuität. Formen jüdischer Ansiedelung im frühneuzeitlichen Schwaben (1500–1806)

Tobias Stampfer (Eichstätt): Siedlungspolitik zwischen Handel und Gericht. Simon von Günzburg und sein familienökonomisches Handeln

Daniel Menning (Tübingen): Jebenhausen 1777–1806. Jüdische Alltagsgeschichte in einem Reichsritterdorf

Wilfried Setzler (Tübingen): Neue Quellen, neue Erkenntnisse. Zum Beginn und zum Ende der jüdischen Gemeinde in Wankheim (1774–1882)

Martin H. Jung (Osnabrück): Judenorte in Altwürttemberg im 18. Jahrhundert. Einblicke in das Zusammenleben von Christen und Juden und damit verbundene Konflikte

Andreas Weber (Ludwigsburg) / Manuel Mozer (Kusterdingen): Workshops

Marc Ryszkowski (Bamberg): Jüdische Topografien im dörflichen und kleinstädtischen Mikrokosmos

Oliver Sowa (München): Bayerns jüdische Siedlungen in der Frühen Neuzeit. Das digitale Karten- und Datenbankprojekt an der KU Eichstätt-Ingolstadt

Benigna Schönhagen (Tübingen): Mobilität, Migration und Verwurzelung im Spiegel materieller Kultur

Zitation

Felix Hild / Frederik Hochdorfer, Tagungsbericht: *Migration – Mobilität – Verwurzelung. Jüdische Siedlungsgeschichte in Schwaben*, in: H-Soz-Kult, 19.12.2024, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-151966>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) (Para-)Military Violence, War Crimes in Post-Soviet Conflicts and Narratives of the Russo-Ukrainian War

Organisatoren Leibniz Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF); Hebrew University of Jerusalem; Pilecki Institute

14467 Potsdam / Berlin

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

21.05.2024 - 23.05.2024

Von

Arkadii Mazur, Humboldt-Universität zu Berlin; Stephanie Karmann, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

A public presentation of testimonies from Russia's full-scale invasion of Ukraine opened the three-day workshop "(Para-)Military Violence, War Crimes in Post-Soviet Conflicts, and Narratives of the Russo-Ukrainian War." Organized by the Leibniz Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF), the Pilecki Institute, and the Hebrew University of Jerusalem's Nevzlin Center, the event aimed to showcase projects documenting Russia's war crimes in Ukraine or their repercussions. Presentations included NATALIA OTRISHCHENKO (Lviv) on local historical preservation during crises, ANNA KUSHKOVA (Jerusalem) on the war's impact on Jewish communities in Ukraine and Israel, and MATEUSZ FALKOWSKI (Berlin) on the Lemkin archive documenting Russian war crimes. The event emphasized the importance of preserving historical records in seeking justice.

JAN CLAAS BEHRENDTS (Potsdam/Frankfurt an der Oder) inaugurated the second day of the workshop by providing a concise overview of the ZZf's history, main research foci, departments, and ongoing projects. He detailed the objectives of the public event, organized in cooperation with the Centre for East European and International Studies (ZOiS) and the Pilecki Institute. According to Behrends, the agenda was directly related to Russia's full-scale invasion of Ukraine and the wealth of sources that have recently emerged around this conflict. Overall, the event aimed at examining the current situation in Ukraine in the context of other wars involving the Russian army and associated violent actors. The researchers exchanged insights on current and upcoming projects, outlining the topic's broader perspectives.

The first panel, "Conflict Dynamics Revisited: State and Non-State Actors," was opened and moderated by NINA JANZ (Amsterdam). In the first presentation, "Soviet/Russian Illegitimate Military Violence after 1945: Several Ideal Types," JAN CLAAS BEHRENDTS discussed the Soviet and Russian tradition of special operations, covering such operations from 1953 to the present. He traced the modus operandi of the Soviet and Russian military, the rationale behind committing war crimes, and the existence of a culture of violence within military and political structures. Behrends examined the legal heritage and military tradition of the Soviet Union, the history of special operations (Berlin, Budapest, Novochoerkassk, Prague, Afghanistan, Chechnya, Georgia, Crimea, etc.), the tradition of disregarding international military legal norms, the cult of strength and state-sponsored violence, the use of artillery and heavy long-range weapons against civilians, as well as war crimes, terror, and other atrocities. He suggested that future research could enhance the understanding of the "special" rules of the Russian military. The second speaker, ALYONA BIDENKO (Potsdam), presented her research on the Russian invasion of Ukraine with her paper "Unmasking Conflict Realities: An Insight into Russian Soldiers' Experiences in Ukraine."

Seite B 54 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

She focused on phone calls of Russian soldiers intercepted by the Ukrainian military intelligence. Bidenko discussed the role of Russian propaganda in perpetuating the war and its influence on the Russian civilian population. She analyzed soldiers' reactions to the official war narrative compared to their war experiences, providing insight into their emotional responses.

The next section began with THOMAS DA SILVA's (Paris) report on "Paramilitarization in Post-Soviet Russia: the Union of Donbass Volunteers in the War in Ukraine (2014-2024)." Da Silva employed a comparative approach to illuminate the participation of the Union of Donbass Volunteers in the war in Ukraine since 2014, within the context of previous wars involving Russian irregular units. He utilized interviews with former members of irregular formations and open sources such as state and journalistic reports, literary publications, diaries, and press articles. Da Silva demonstrated the structure, organization, tasks, symbolism, ideology, and motivation of the Union of Donbass Volunteers and its members. DAVID MATSABERIDZE (Tbilisi) continued the discussion with his presentation, "The Mkhedrioni (Riders) as a Non-State Actor in Post-Soviet Georgia: From Civil War to State Consolidation (1991-1995)." He focused on the organizational, legal, and ideological characteristics of irregular military units in Georgia and their relations with other state and non-state actors in the region.

The second panel, "Reimagining Narratives: Legal Dimensions and Media's Influence on Post-Soviet Conflicts," was moderated by SOPHIE LAMBROSCHINI (Berlin). YULIYA KRYLOVA-GREK (Kyiv) presented her research, "War and Words: From Hate Speech to Incitements to Crimes." She applied content and psycholinguistic analysis to investigate hate speech against Ukraine and Ukrainians in Russian media. Krylova-Grek discussed the types of hate speech and their peculiarities in the Russian media space, specifying the usage of targeted phrases and transmission methods. MIGLE BAREIKYTE (Frankfurt an der Oder) and MYKOLA MAKHORTYKH (Berlin) presented "War from Within: Witnessing Russia's War against Ukraine through Online Platforms." They used the concept of witnessing from media studies and a Telegram archive to demonstrate user communication modes in the chats of occupied Ukrainian cities, illustrating the phases of the war by comparing messages from March, July, and October 2022. MARCIN JEDRYSIK (Warsaw) discussed the application of international legal norms to irregular military formations in his presentation. He highlighted the role of military units with unclear legal status in conflicts, demonstrating the implications of connections between states and irregular military units using the example of the Russian state and Wagner Group.

The third panel, "New Avenues in Conflict Research Methodology," was opened by KERSTIN BISCHL (Berlin). NATALIA OTRISHCHENKO elaborated on new methods to study emotional reactions in emergencies in the context of the Russian invasion of Ukraine. In her presentation, "New Avenues of Methodology and Research: Selected Testimonies from the First Wave of Interviewing for the '24.02.22, 5 am: Testimonies from the War' Project," she identified scientific, legal, and moral dilemmas that scholars may face while dealing with personal stories of Ukrainian civilians during the war. MATEUSZ FAŁKOWSKI (Berlin) presented "A Case Study Approach as an Empirical Window into Understanding Russian Crimes: Sexual Violence by the Russian Occupying Forces against Ukrainian Women." He highlighted the particularities of the case study method in relation to the current Russian aggression in Ukraine, showcasing a significant collection of primary sources from various regions of Ukraine and assessing the research potential for further development of the subject. The session concluded with a report by TETIANA TIPAKOVA, a witness to the Russian occupation of Berdyansk. She shared her story of resistance, imprisonment, and torture by the Russians, as well as her continued volunteer work supporting affected Ukrainians.

The third day of the conference began with a panel on the legacy and perspectives on historical events in post-Soviet spaces, introduced by EVGEN ZINGER (Potsdam). NIKOLAUS VON TWICKEL (Berlin) presented his examination of paramilitary groups in Russian-controlled Donbas from 2014 to 2022, discussing the broad context, limitations, methodology, and future research prospects. ROMAN KHIMICH's paper focused on the spectrum of local organizations directly and indirectly involved in the war in Ukraine. He highlighted key problems in examining military and paramilitary violence at the grassroots level. SEMION GOLDIN (Jerusalem) delivered a presentation on "Russian Army and Anti-Jewish Violence during WWI: Some Lessons for Ukraine." He examined individual cases of army violence against the Jewish population in Ukraine during the First World War, the Russian government's responses, and the impact on the frontline situation. Goldin also explored the causes of widespread violence against the Jewish population during the war, demonstrating the relevance of this research to the current war in Ukraine. The final presentation, "Different Framings of Historical Events and Processes: The Balkan and the Chechen Wars in the 1990s and 9/11," by GLEN SEGELL (Cambridge/ Bloemfontein), focused on contemporary research methods and trends in the field. Segell categorized modern conflicts and discussed the roles of the Cold War, Soviet politics, religion, local identities, and motivations. He also highlighted the connections between these conflicts and present-day issues.

The conference "(Para-)Military Violence, War Crimes in Post-Soviet Conflicts, and Narratives of the Russo-Ukrainian War" brought international researchers together to discuss Russia's war crimes in Ukraine and other post-Soviet conflicts. The focus was on documenting and preserving historical records and analyzing mechanisms of violence, including the roles of state and non-state actors, media, and international legal norms. Speakers presented studies on Russian soldiers' experiences, propaganda, the impact of hate rhetoric, the involvement of irregular armed groups, methods for recording personal testimonies and moral and legal boundaries of it. The conference emphasized the importance of such research for justice and understanding the dynamics of the conflict in Ukraine in broader historical and political context. Overall, the workshop showed the depth and width of research on violent actors and war crimes in post-Soviet conflicts. This historical perspective is needed in order to better understand the current genocidal violence of Russian troops in the war of aggression in Ukraine. The participants are planning to publish the results of their research in a collective volume in 2025.

Conference Overview:

Collecting Testimonies from Russia's War Against Ukraine: Why and How to Do it. Perspectives, Documentary Projects, and Archival Collections from Berlin, Warsaw, Lviv and Jerusalem

Panel 1: Conflict Dynamics Revisited: State and Non-State Actors

Chair: Nina Janz (Amsterdam)

Jan Claas Behrends (Potsdam / Frankfurt an der Oder): "Special Operations", War Crimes and Genocide by Soviet and Russian Forces after 1945

Alyona Bidenko (Potsdam): Fracturing Narratives: Russian Soldiers' Perspectives on the Invasion of Ukraine

Thomas da Silva (Paris): Paramilitarization in Post-Soviet Russia: the Union of Donbass Volunteers in the War in Ukraine (2014-2024)

Seite B 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

David Matsaberidze (Tbilisi): The Mkhedrioni (Riders) as a Non-State Actor in Post-Soviet Georgia: From Civil War to State Consolidation (1991-1995)

Panel 2: Reimagining Narratives: Legal Dimensions and Media's Influence on Post-Soviet Conflicts

Chair: Sophie Lambroschini (Berlin)

Yuliya Krylova-Grek (Kyiv): War and Words: from Hate Speech to Incitements to Crimes

Miglė Bareikytė (Frankfurt an der Oder) / Mykola Makhortykh (Berlin): War from within: Witnessing Russia's War against Ukraine through Online Platforms

Marcin Jędrysiak (Warsaw): Status of the Paramilitary Group Fighters in the International Law – How To Deal with the Problem of a “Being under a Command Responsible to a State Party”?

Panel 3: New Avenues in Conflict Research Methodology

Chair: Kerstin Bischl (Berlin)

Natalia Otrishchenko (Lviv): New Avenues of Methodology and Research. Selected Testimonies from the First Wave of Interviewing for the “24.02.22, 5 am: Testimonies from the War” Project

Mateusz Fałkowski (Berlin): A Case Study Approach as an Empirical Window into Understanding Russian Crimes: Sexual Violence by the Russian Occupying Forces against Ukrainian Women

Tetiana Tipakova: A Testimony to Russian Mass Violence

Panel 4: Analyzing the Legacy: Perspectives on Historical Events in Post-Soviet Spaces

Chair: Evgen Zinger (Potsdam)

Nikolaus von Twickel (Berlin): Paramilitary Groups in Russian-controlled Donbas, 2014-2022

Roman Khimich: Facing Uncertainty: Voluntary Formations of Local Communities in the Ukrainian-Russian War (2014-24)

Semion Goldin (Jerusalem): Russian Army and Anti-Jewish Violence during WWI: Some Lessons for Ukraine

Glen Segell (Cambridge/Bloemfontein): Different Framings of Historical Events and Processes: The Balkan and the Chechen Wars in the 1990s and 9/11

Zitation

Stephanie Karmann / Arkadii Mazur, Tagungsbericht: *(Para-)Military Violence, War Crimes in Post-Soviet Conflicts and Narratives of the Russo-Ukrainian War*, in: H-Soz-Kult, 10.12.2024, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-151245>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Poland and Its Neighbours in the 20th and 21st Century, 1918–2022

Poland and Its Neighbours in the 20th and 21st Century, 1918–2022. Convergences and Divergences

Organisatoren Stephan Rindlisbacher, Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies at the Europa-Universität Viadrina; Tomasz Rawski, Faculty of Sociology of the University of Warsaw (Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies)

Ausrichter Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies

Förderer

Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung / Polsko-Niemiecka Fundacja na rzecz Nauki
15230 Frankfurt (Oder)

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

18.10.2024

Von

Anna Pazio, Doctoral School of Social Sciences, University of Warsaw

Since Russia's attack on Ukraine in 2022, research on Central-Eastern Europe (CEE) has been in a process of re-evaluation. This workshop brought together scholars from a variety of disciplines – including sociology, history, as well as Slavic studies. It was aimed at mapping, understanding and contextualizing the most important shifts, both contemporary and past, in the relationships between countries and societies in CEE. The organizers' goal was to develop a broader sociological and historical framework for understanding the region. Ranging from presentations of finalized large-scale projects to ongoing research at various stages of completion, the papers focused on diverse aspects of economic, political, and social dynamics and tensions in CEE – both past and present.

CLAUDIA FOLTYN (Augsburg) presented the results of a large-scale discourse analysis of recent press materials concerning shale gas extraction in Poland. BARTOSZ MATYJA (Warsaw) explored the impact of international trade and expanding consumption in socialist Poland between the 1950s and the 1970s on the way Polish elites perceived and reflected on the socialist economy. ANTON LIAVITSKI (St. Gallen) examined Belarussian conservatives' critiques of nationalism and their visions of democracy, seeking to recontextualize "post-communism's great divide" and apply the term to divisions within individual countries. Drawing on qualitative interviews conducted within an extensive study of Russian war mobilization, TOMASZ RAWSKI (Warsaw) discussed Russian war migrants' visions of political change in Russia's future. ALEXANDRA PULVERMACHER (Klagenfurt) reassessed the contested hypothesis of Narodnyy komissariat vnutrennikh del (NKVD) – Gestapo cooperation in the persecution of the Polish underground during World War II and its entanglements with memory politics. MAGDALENA GIBIEC (Wrocław) examined the radicalization of Polish-Ukrainian resentment in inter-war East Galicia through the lens of Roger Peterson's emotion-based theory of ethnic violence. MARK KECK-SZAJBEL (Frankfurt (Oder)) raised the issue of recent Polish demands for war reparations from Germany, posing more general questions about the difficulty in measuring wartime losses from a contemporary perspective. Finally, VERONIKA WARZYCHA (Berlin) presented an exploratory case study of socio-spatial memory in the Polish-German border city of Guben/Gubin.

Five key themes emerged from both the presentations and the discussions.

(1) An emphasis on the multidimensionality and agency of borders

An attention to borders – both visible and invisible, tangible and intangible, crossed by migrants and reinforced by political efforts – and a reflection on their agency in shaping local contexts, constituted a recurring theme throughout the presentations. It was particularly pertinent for Gibiec, who demonstrated how the initial redrawing of borders after World War I contributed to the emergence of ethnic and hierarchical “borders” between Poles and Ukrainians within East Galicia, a region hitherto characterized by multiethnicity and multilingualism. Matyja, who examined the role that foreign trade played in shaping Polish elites’ perception of the socialist economy, showed that the border – far from isolating the economy – was an active and constitutive part of it, with information key to its development, hard currencies coming in, and high-quality products being exported. Further, as demonstrated by Foltyn, borders may be entangled with different politics of knowledge. Poland’s close proximity to Russia plays an important role in energy discourse formation and forces an alternative approach to energy transformation. Extraction of material resources, such as shale gas, was thus, at the outset, articulated primarily through frameworks constructed around values such as national sovereignty and economic independence. From another angle, Warzycha’s study of the city of Guben/Gubin focused on the (in)tangibility of the Polish-German border – the inhabitants are unwilling to remember it, and yet the two sides of the once unified city form different material landscapes and serve as continual reminders of the past.

(2) The key role of materiality

A focus on the aforementioned agency of borders was accompanied by a more general attention to materiality. Material constraints shaped the nature of Polish economic exchange with the West, since, as Matyja pointed out, Polish firms were encouraged to enter it through various incentives in the form of better product categorizations, which resulted in increased funding from the state. From a different angle, material spaces, such as schools, played a significant role in the escalation of Polish-Ukrainian resentment in inter-war Poland (Gibiec). Nowadays, the digital world provides new spaces of conflict, as noted by Pulvermacher – knowledge-producing platforms such as Wikipedia have played an important role within debates over contested memories. Keck-Szajbel’s presentation concerning Polish demands for reparations sparked a more general discussion on the form that reparations ought to take. Finally, an attention to materiality was key for the project presented by Warzycha, which utilizes the tools and concepts of dispositive analysis within the context of memory studies.

(3) The centrality of memory and memory politics for understanding tensions within the region

A further theme that reemerged was the importance of memory and memory politics. As Pulvermacher noted, hypotheses of NKVD-Gestapo collaboration are of symbolic significance to a particular way of remembering the Polish past through a martyrological lens. The reparations debate, as discussed by Keck-Szajbel, is similarly shaped by nationalism and visions of Polish suffering, as well as by wider dynamics of European politics. Finally, historical legacies can be subjects of non-memory, as exemplified by the Guben/Gubin area – while currently efforts are made to remember pre-war German Guben, the socialist Guben/Gubin remains far from general attention (Warzycha).

(4) The emergence and shifts of collective self-reflection

The presentations also explored various forms of collective self-reflection – from press materials emphasizing Poland’s need to emulate successful American models of shale-gas extraction, to diverging visions of democracy in the late Soviet era, and Russian migrants’ reflections on the country’s future. Gibiec showcased how such self-reflection may emerge by demonstrating how spiraling emotions within an ethnic conflict impacted the identity formation of both Poles and Ukrainians, especially in the context of a school system largely discriminatory towards the Ukrainian population. Matyja’s research further revealed the identity-making impact of foreign trade, with the elites asking themselves how “socialist identity” can be maintained while “capitalist” elements such as marketing are introduced. Finally, Rawski’s presentation raised the intriguing case of Russian war migrants’ perceptions of Russian politics and society – especially notable was the key role and agency ascribed to the elites, as well as the conviction that if only free elections are held, democratic change in Russia will be made possible.

(5) Uncertain visions of the future

Finally, the presentations also looked at various dimensions of uncertainty that the region now faces – from attempts by countries to ensure long-term energetic security, to the challenges that democracy must face in the aftermath of the Russia-Ukraine war. This uncertainty was made especially explicit in the reflections of Russian migrants on the future of Russia (Rawski). Those more optimistic about the possibility of change held that either defeat in the war or an exchange of elites in Russia are necessary preconditions to democratization. Finally, debates from the late Soviet era may bring important contributions to discussions of democracy within the current context of the Russia-Ukraine war, as shown by Liavitski. Belarussian conservatives articulated alternative views of democracy, envisioned as open to people of different ethnic backgrounds. The current decolonial push prompted by Russia’s invasion of Ukraine may overlook important factors such as tangled up language and cultural practices in post-Soviet countries – a forceful attempt to uproot them now may constitute a threat to democracy.

Overall, the workshop – supported by the German-Polish Science Foundation (DPWS/PNFN) – provided a platform for lively, fruitful, interdisciplinary exchange for researchers from the region. The papers worked to broaden understanding both of the historical and sociological shifts within Central-Eastern Europe, and their implications for the current situation.

Conference overview:

Tomasz Rawski (Warsaw) / Stephan Rindlisbacher (Frankfurt (Oder)): Welcome / Introduction

Panel I: Manyfold transformations

Chair: Tomasz Rawski (Warschau/Warsaw)

Claudia Foltyn (Augsburg): Poland’s and Its Neighbours’ Quest for Energy Security. The Case Study of Fracking as an Exemplary Lesson in Value Divergence

Bartosz Matyja (Warschau/Warsaw): Domesticating Foreign Trade. Economic Narratives and Societal Change in Poland, 1956–1976

Panel II: Challenged democracy

Chair: Bartosz Matyja (Warschau/Warsaw)

Anton Liavitski (St. Gallen): Democracy and Its Discontents. Revisiting Post-Communism's Great Divide

Tomasz Rawski (Warschau/Warsaw): Visions of Future Russia among Russian War Migrants

Panel III: Problematic relations

Chair: Stephan Rindlisbacher (Frankfurt (Oder))

Alexandra Pulvermacher (Klagenfurt): German-Soviet Collaboration in the Persecution of the Polish Resistance, September 1939–June 1941

Magdalena Gibiec (Breslau/Wrocław): Radicalisation to Violence. Understanding Polish-Ukrainian Relations in Interwar Period through the Prism of Resentment

Panel IV: Competing commemorations

Chair: Falk Flade (Frankfurt (Oder))

Mark Keck-Szajbel (Frankfurt (Oder)): Vergangenheitsbewältigung and the Never-Ending Debate on Reparations

Veronika Warzycha (Berlin): The Socio-Spatial Memory of the Polish-German Border

Concluding discussion

Zitation

Anna Pazio, Tagungsbericht: *Poland and Its Neighbours in the 20th and 21st Century, 1918–2022*, in: H-Soz-Kult, 20.12.2024, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-151993>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Francia-Recensio (2024), 4

Paris 2024: perspectivia.net

Kontakt

Francia-Recensio

Paris

c/o

Deutsches Historisches Institut Paris Dr. Jürgen Finger (Redaktionsleitung) Hôtel Duret-de-Chevry 8, rue du Parc-Royal 75003 Paris 33 (0) 1 44 54 23 99 Redaktionsassistentin: Elisabeth Lackner Tel. +33 (0)1 44 54 23 99

Von

Michael Kaiser, Redaktion Perspectivia

Das digitale Rezensionenjournal »Francia-Recensio«, herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris, erscheint pro Jahr in vier Ausgaben. Besprochen werden – in deutscher, französischer und englischer Sprache – Werke zur westeuropäischen Geschichte.

Die Auswahl der Werke, der Rezensentinnen und Rezensenten sowie die redaktionelle Betreuung der Texte erfolgen durch die für die jeweilige Epoche zuständigen Redakteure. Um ihrer Mittlerfunktion gerecht zu werden, bemüht sich die Redaktion jeweils um Besprechungen in einer anderen Sprache als der des rezensierten Werks.

»Francia-Recensio« ging 2008 aus dem Besprechungsteil der Zeitschrift »Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte« hervor. Alle Rezensionen sind mit einer DOI versehen, die für jeden einzelnen Text als verbindlicher und permanenter Zitationsnachweis gilt.

Die aktuelle Ausgabe von Francia-Recensio enthält 86 Rezensionen zu Neuerscheinungen aus Mittelalter, Früher Neuzeit sowie Neuerer und Neuester Geschichte.

Inhaltsverzeichnis

MITTELALTER, 500–1500

Laure Barthet, Laurent Macé (dir.), »Cathares«. Toulouse dans la croisade, Paris (In Fine éditions d'art) 2024

Rezensiert von Ulf Floßdorf

Gordon Barthos (ed.), The Life of St Brendan and His Prayer. Translated with an Introduction and Notes, Turnhout (Brepols) 2024

Rezensiert von Sebastian Holtzhauer

Marie Bassano, De maître à élève. Enseigner le droit à Orléans (c. 1230–c. 1320), Leiden (Brill) 2023

Rezensiert von Pauline Spychala

Seite B 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Florian Besson, *Les Seigneurs de la Terre sainte. Pratiques du pouvoir en Orient latin (1097–1230)*, Paris (Classiques Garnier) 2023

Rezensiert von Jacques Paviot

Pierre Bolle, *Saint Roch. L'évêque, le chevalier, le pèlerin (VIIe–XVe siècle)* (Hagiologia, 18), Turnhout (Brepols) 2022

Rezensiert von Klaus Krönert

Andrew D. Buck, James H. Kane, Stephen J. Spencer (ed.), *Crusade, Settlement and Historical Writing in the Latin East and Latin West. c. 1100–c. 1300*, Woodbridge (The Boydell Press) 2024

Rezensiert von Alexander Marx

Philippa Byrne, Caitlin Ellis, *Maritime Exchange and the Making of Norman Worlds*, Turnhout (Brepols) 2024

Rezensiert von Laurence Jean-Marie

Gilda Caïti-Russo, Daniel Le Blévec, Florence Clavaud (éd.), *Le Petit Thalamus de Montpellier. Les »Annales occitanes«*, Montpellier (Presses universitaires de la Méditerranée) 2023

Rezensiert von Gisela Naegle

Eva-Maria Cersovsky, *Geschlechterverhältnisse in der Krankenfürsorge. Straßburg im 15. und 16. Jahrhundert*, Ostfildern (Jan Thorbecke Verlag) 2023

Rezensiert von Michel Pauly

Catherine Chêne, *Le Formicarius de Jean Nider O.P. († 1438). La société chrétienne au miroir de l'Observance*, Firenze (SISMEL – Edizioni del Galluzzo) 2024

Rezensiert von Werner Tschacher

Julie Colaye-Rabiant, *Les prieurés de Saint-Victor de Paris (XIIIe–première moitié du XVIe siècle). Implantation et fonctionnement d'un réseau canonial entre Senlis et Orléans*, Turnhout (Brepols) 2023

Rezensiert von Anne Massoni

Christene d'Anca, *Medieval Mausoleums, Monuments, and Manuscripts. French Royal Women's Patronage from the Twelfth to the Fourteenth Centuries*, Turnhout (Brepols) 2024

Rezensiert von Caspar Ehlers

Maximilian de Molière, *Confronting Kabbalah. Studies in the Christian Hebraist Library of Johann Albrecht Widmanstetter*, Leiden (Brill Academic Publishers) 2024

Rezensiert von Guido Bartolucci

Anne-Lydie Dubois, *Former la masculinité. Éducation, pastorale mendicante et exégèse au XIIIe siècle*, Turnhout (Brepols) 2022

Rezensiert von Clovis Maillet

Dagmar H. Eichberger (ed.), *A Spectacle for a Spanish Princess. The Festive Entry of Joanna of Castile into Brussels (1496)*, Turnhout (Brepols) 2023

Rezensiert von Frank Engel

Seite B 63 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Filippo Forlani, Ansgar Frenken, Thomas Prügl (Hg.), *Synodalis consonantia. Konziliengeschichte als Spiegelbild kirchlicher Diskussionskultur und Identitätsfindung*, Münster (Aschendorff) 2024
Rezensiert von Jürgen Miethke

Christian Friedl, Katharina Gutermuth, Klaus Höflinger, Maximilian Lang, Katharina Meister, Joachim Spiegel (Bearb.), *Die Urkunden Friedrichs II., Teil 7: 1232–1236. Texte und Register*, Wiesbaden (Harrassowitz Verlag) 2024
Rezensiert von Benoît Grévin

Bernard Gineste (éd.), *Chroniques de Morigny (1060–1150). Éditées, complétées, traduites du latin et annotées*, Chamarande (SHAEH) 2024
Rezensiert von Constance Bouchard

Olivier Hanne, Adélarde de Bath. *Un passeur culturel dans la Méditerranée des croisades*, Turnhout (Brepols) 2023
Rezensiert von Valerie Ramseyer

Markus Jansen, *Die Stadt der Ritter. Kriegerische Habitusformen der Elite der spätmittelalterlichen Stadt Köln*, Köln (Böhlau Verlag Wien Köln) 2024
Rezensiert von Carl Dietmar

Nikolas Jaspert, Jan Rüdiger (Hg.), *Thalassokratien im Mittelalter*, Paderborn (Brill Schöningh) 2024
Rezensiert von Michael Borgolte

Nina Nowakowski, Elke Koch, Julia Weitbrecht (Hg.), *Konfigurationen des Wunders. Texte, Praktiken und Funktionen in Spätantike, Mittelalter und Früher Neuzeit*, Stuttgart (Franz Steiner Verlag) 2024
Rezensiert von Bernd Kollmann

Laurent Macé, *»Hérétiques«! Les Toulousains dans la croisade (1209–1229)*, Morlaàs (Éditions Cairn) 2024
Rezensiert von Yannick Pouivet

Monique Maillard-Luypaert, *Fasti Ecclesiae Gallicanae. Répertoire prosopographique des évêques, dignitaires et chanoines de France de 1200 à 1500. T. 24: Diocèse de Cambrai*, Turnhout (Brepols) 2024
Rezensiert von Rolf Große

Claudia Märkl, Irmgard Fees, Andreas Rehberg, Jörg Voigt (Hg.), *Die römischen Repertorien. Neue Perspektiven für die Erforschung von Kirche und Kurie des Spätmittelalters (1378–1484)*, Berlin, Boston (De Gruyter Oldenbourg) 2023
Rezensiert von Aaron Schwarz

Christoph Mauntel, *Die Erdteile in der Weltordnung des Mittelalters. Asien – Europa – Afrika*, Stuttgart (Hiersemann) 2023
Rezensiert von Dorothea Weltecke

Éric Palazzo, *Broder la splendeur. La théologie chrétienne de l'ornement dans l'Antiquité et le haut Moyen Âge*, Paris (Les éditions du cerf) 2024
Rezensiert von Angélique Ferrand

Seite B 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Werner Paravicini (Hg.), Verlust und Dauer. Weshalb sie nicht mehr führen und was an die Stelle trat. Die Preußenreisen des europäischen Adels, Göttingen (V&R unipress) 2024
Rezensiert von Jacques Paviot

Michel Pauly, Hérold Pettiau, Martin Uhrmacher (dir.), Les ressources naturelles en Lotharingie médiévale/Die natürlichen Ressourcen im mittelalterlichen Lotharingien, Luxembourg (CLUDEM) 2023
Rezensiert von Annette Kehnel

Johannes Preiser-Kapeller, Byzanz. Das Neue Rom und die Welt des Mittelalters, München (C. H. Beck) 2023
Rezensiert von Peter Schreiner

Christine Reinle (Hg.), Religionsgespräche und Religionspolemik im Mittelalter, Ostfildern (Jan Thorbecke Verlag) 2023
Rezensiert von Görge K. Hasselhoff

Paul Salmona, Philippe Blanchard, Amélie Sagasser (dir.), Archéologie du judaïsme en Europe, Paris (CNRS Éditions) 2023
Rezensiert von Michael Studemund-Halévy

Jean-Baptiste Santamaria, La mort de Charles le Téméraire. 5 janvier 1477, Paris (Éditions Gallimard) 2023
Rezensiert von Jacques Paviot

Hanna Schäfer, Jean Aubrion l'escrivain. Lebensweg, historiografisches Schaffen und posthume Rezeption eines Metzzer Bürgers im Spätmittelalter, Trier (Verlag für Geschichte und Kultur) 2023
Rezensiert von Léonard Dauphant

J. F. Böhmer, Regesta Imperii, IV. Lothar III. und ältere Staufer, 4: Papstregesten 1124–1198, Teil 4: 1181–1198, Lieferung 6: 1195–1198. Cölestin III. Erarbeitet von Ulrich Schmidt, Viktoria Trenkle, Köln (Böhlau) 2024
Rezensiert von Benoît-Michel Tock

Jean-Claude Schmitt, Les images médiévales. La figure et le corps, Paris (Gallimard) 2023
Rezensiert von Hans-Werner Goetz

Romedio Schmitz-Esser, Um 1500. Europa zur Zeit Albrecht Dürers, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 2023
Rezensiert von Jeffrey Chipps Smith

Thomas W. Smith, Rewriting the First Crusade. Epistolary Culture in the Middle Ages, Woodbridge (The Boydell Press) 2024
Rezensiert von Verena Epp

Paul Srodecki, Norbert Kersken (ed.), The Defence of the Faith. Crusading in the Frontiers of Latin Christendom in the Late Middle Ages, Turnhout (Brepols) 2024
Rezensiert von Jacques Paviot

Seite B 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Steven Vanderputten (ed.), *Judith of West Francia, Carolingian Princess and First Countess of Flanders. Biographical Elements and Legacy*, Turnhout (Brepols) 2024
Rezensioniert von Brigitte Kasten

Jochen Hermann Vennebusch, *Die Reichenauer Evangelienbücher. Anlagekonzepte, liturgische Lesennutzung und ihr visualisiertes Offenbarungsverständnis*, Göttingen (Böhlau Verlag Köln) 2024
Rezensioniert von Christoph Walther

Jean Wirth, *La cathédrale de Chartres. Sculpture et vitraux*, Genève (Librairie Droz) 2023
Rezensioniert von Virginia Raguin

Herwig Wolfram, *Arnulf von Kärnten. Eine biographische Skizze*, Ostfildern (Jan Thorbecke Verlag) 2024
Rezensioniert von Adelheid Krahn

Claudia Zey (Hg.), *Stellvertretung im Mittelalter. Konzepte, Personen und Zeichen im interkulturellen Vergleich*, Ostfildern (Jan Thorbecke Verlag) 2023
Rezensioniert von Caterina Cappuccio

Michel Zimmermann (dir.), *Le catalan médiéval*, Turnhout (Brepols) 2023
Rezensioniert von Robert Friedrich

FRÜHE NEUZEIT, 1500-1815

Astrid Ackermann, Markus Meumann, Julia A. Schmidt-Funke, Siegrid Westphal (Hg.), *Mitten in Deutschland, mitten im Krieg. Bewältigungspraktiken und Handlungsoptionen im Dreißigjährigen Krieg*, Berlin, Boston, MA (De Gruyter) 2024
Rezensioniert von Guido Braun

Kurt Andermann, Gerrit Jasper Schenk (Hg.), *Bauernkrieg. Regionale und über-regionale Aspekte einer sozialen Erhebung*, Ostfildern (Jan Thorbecke Verlag) 2024
Rezensioniert von Wolfgang Wüst

Sylvie Aprile, Hervé Leuwers (Hg.), *Révolutions et relectures du passé. XVIIIe–XXe siècle*, Villeneuve-d'Ascq (Presses universitaires du Septentrion) 2023
Rezensioniert von Thomas Mergel

Theodor Baums (Hg.), *Luxemburg und das Reichskammergericht. Die Lösung des Herzogtums aus dem Heiligen Römischen Reich und ihre Folgen für die Gerichtszuständigkeit bei grenzüberschreitenden Konflikten*, Köln (Böhlau) 2024
Rezensioniert von Anette Baumann

Jacques-Olivier Boudon, Elisabeth Claude (dir.), *Eugène de Beauharnais. Guerre, art et politique dans l'Europe napoléonienne*, Paris (L'Harmattan), 2023
Rezensioniert von Alan Forrest

Bettina Braun (Hg.), *Konkurrenz und Transfer. Das preußisch-österreichische Verhältnis im 18. Jahrhundert*, Bielefeld (transcript) 2023
Rezensioniert von William Godsey

Seite B 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Alain Chevalier, Jean d'Andlau, Hervé Leuwers, Comé Simien, *Quelle République pour la nation? Projets républicains et Révolution française 1770-1820*, Paris (Société des études robespierristes) 2023
Rezensiert von Yannick Bosc

Wolfgang Dobras, Matthias Müller (Hg.), *Residenzstädte in der Transformation*, Göttingen (V&R) 2024.
Rezensiert von Claude Michaud

Sébastien Drouin, Sébastien Côté, *Secrets et surveillance épistolaires dans l'Europe du dix-huitième siècle*, Liverpool (Liverpool University Press) 2023
Rezensiert von Sven Externbrink

Ute Frietsch, *Epistemischer Wandel. Eine Geschichte der Alchemie in der Frühen Neuzeit*, Paderborn (Wilhelm Fink Verlag) 2023
Rezensiert von Stanis Perez

Alain Goldcher, Jean-Noël Hallé. *Médecin des pauvres, de Napoléon Ier, du Roi Louis XVIII et du futur Charles X. Professeur d'hygiène et savant*, Paris (L'Harmattan) 2023
Rezensiert von Stanis Perez

Philip Haas, Martin Schürer, *Erstrittene Freiheit zwischen Kaiser und Fürstenherrschaft. Die Frühneuzeitliche Autonomiestadt und der Fall Einbeck*, Göttingen (Wallstein) 2023
Rezensiert von Rachel Renault

Frédéric Jacquin, *Marseille malade de la peste (1720–1723)*, Paris (Presses universitaires de France) 2023
Rezensiert von Thorsten Busch

Anna Joisten, »Vor den Richterstuhl der Zeitgenossen und der öffentlichen Meynung«. *Der Fall des preußischen Staatsdieners und Spätaufklärers Hans von Held*, Göttingen (V&R) 2023
Rezensiert von Anaïs Nagel

Nina J. Koefoed, Bo Kristian Holm (ed.), *Reformation and Everyday Life*, Göttingen (V&R) 2023
Rezensiert von Francisca Loetz

Jérôme Laubner, *Vénus malade. Représentations de la vérole et des vérolés dans les discours littéraires et médicaux en France (1495–1633)*, Genève (Librairie Droz) 2023
Rezensiert von Radu Suci

Sophie Muffat, Nicolas Baudin. *Un marin naturaliste au service du consulat*, Bordeaux (Memoring Éditions) 2023
Rezensiert von Léonie Boissière

Arnaud Orain, *Les savoirs perdus de l'économie. Contribution à l'équilibre du vivant*, Paris (Gallimard) 2023
Rezensiert von Lisa Kolb

Sébastien Schick, Hannes Ziegler (Hg.), *Publicum und Secretum. Die Diarien Gerlach Adolph von Münchhausens vom Frankfurter Wahltag 1741/1742*, Göttingen (V&R) 2023
Rezensiert von Bettina Braun

Seite B 67 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Heinrich Richard Schmidt, Veronika Albrecht-Birkner, Michael Egger, Stefan Ehrenpreis, Janine Scheurer (Hg.), »Seelenbeschreibungen«, Berlin, Boston (De Gruyter Oldenbourg) 2022

Rezensiert von Jean-Luc Le Cam

Jean-Charles Speeckaert, Un ballet diplomatique du service de la paix. Les ministres de France à Bruxelles dans la seconde moitié du XVIIIe siècle, Paris (Sorbonne Université Presses) 2023

Rezensiert von Albert Schirrmeister

Christoph Strohm, Luther, Melancton, Bucer und die reformierte Reformation. Ausgewählte Studien, Tübingen (Mohr Siebeck) 2023

Rezensiert von Pierre-Olivier Léchet

Jack Thomas (dir.), Les Protestants du Languedoc et la justice royale de Louis XIV à la Révolution, Paris (Honoré Champion) 2022; Antoine Court de Gébelin, Hubert Bost (dir.), Les Toulousaines, Paris (Honoré Champion) 2023,

Rezensiert von Christian Mühling

Damien Tricoire, The Colonial Dream. Imperial Knowledge and the French-Malagasy Encounters in the Age of Enlightenment, Berlin, Boston (De Gruyter Oldenbourg) 2023

Rezensiert von Gregory Mole

Thomas Weller, Ungleiche Partner. Die spanische Monarchie und die Hansestädte, ca. 1570–1700, Göttingen (V&R) 2023

Rezensiert von Tobias Boestad

NEUERE UND NEUESTE GESCHICHTE, 19.-21. JH.

Éric Anceau (dir.), Les quarante-huitards et les autres. Dictionnaire des dirigeants de 1848, Paris (Sorbonne Université Presses) 2024

Rezensiert von Corentin Marion

Winfried Baumgart (Hg.), Die auswärtige Politik Preußens 1858–1871. Dritte Abteilung: Die auswärtige Politik Preußens und des Norddeutschen Bundes, Band XI/XII, Berlin (Duncker & Humblot) 2023

Rezensiert von Gilles Vogt

Gideon Botsch, Christoph Kopke, Karsten Wilke (Hg.), Rechtsextrem. Biografien nach 1945, Berlin, Boston (De Gruyter Oldenbourg) 2023

Rezensiert von Hubert Roser

Sarah Gensburger, Qui pose les questions mémorielles?, Paris (CNRS Éditions) 2023

Rezensiert von Sahra Rausch

Daniel Kazmaier, Florian Weber (Hg.), Universität in der Pandemie/L'Université en temps de pandémie, Bielefeld (transcript) 2023

Rezensiert von Gilles Rouet

Manfred Kontz, Robert Schuman. Eine Biografie in Zeitzeugenberichten, Paderborn, München, Wien, Zürich (Ferdinand Schöningh) 2023

Rezensiert von Sylvain Schirmann

Seite B 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Thomas Kunze, Andreas Hilger, John Zimmermann (Hg.), *Bis in den Krieg: Die Außenpolitik der UdSSR 1938/39. Dokumente aus russischen Archiven*, Paderborn, München, Wien, Zürich (Ferdinand Schöningh) 2023
Rezensiert von Christian Baechler

Jan Lange, Manuel Liebig, Charlotte Räuchle (Hg.), *Lokale Wissensregime der Migration. Akteur*innen, Praktiken, Ordnungen*, Wiesbaden (Springer VS) 2024
Rezensiert von Eleonora Marchioni

Philipp Lenhard, *Café Marx. Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen bis zur Frankfurter Schule*, München (C. H. Beck) 2024
Rezensiert von Lilia Endter

Wilfried Loth, *Frieden schaffen. Die Alliierten und die Neuordnung Europas (1940–1945)*, Frankfurt a. M. (Campus Verlag) 2023
Rezensiert von Marie-Bénédicte Vincent

Christina Morina, *Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren*, München (Siedler Verlag) 2023
Rezensiert von Franck Schmidt

Jan-Philipp Pomplun, *Deutsche Freikorps. Sozialgeschichte und Kontinuitäten (para)militärischer Gewalt zwischen Weltkrieg, Revolution und Nationalsozialismus*, Göttingen (V&R) 2022
Rezensiert von Christian Roques

Frank Schorkopf, *Die unentschiedene Macht. Verfassungsgeschichte der Europäischen Union, 1948–2007*, Göttingen (V&R) 2023
Rezensiert von Anna Quadflieg

Arvid Schors, Fabian Klose, *Wie schreibt man Internationale Geschichte? Empirische Vermessungen zum 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. (Campus Verlag) 2023
Rezensiert von Sylvain Schirmann

Craig Calhoun, Dilip Parameshwar Gaonkar, Charles Taylor, *Zerfallerscheinungen der Demokratie*, Berlin (Suhrkamp Verlag) 2024; Veith Selk, *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*, Berlin (Suhrkamp Verlag) 2023
Rezensiert von Werner Bühner

Jürgen Zimmerer (Hg.), *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*, Ditzingen (Reclam) 2023
Rezensiert von Dominique Trimbur

Zitation

Francia-Recensio (2024), 4, in: *H-Soz-Kult*, 05.01.2025,
<https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-152108>.

Copyright (c) 2025 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Historische Zeitschrift (HZ) 319 (2024), 3

Berlin/Boston 2024: [de Gruyter](#)

<https://www.degruyter.com/journal/key/hzhz/319/3/html>

ISSN [0018-2613](#)

Kontakt

Andreas Fahrmeir

Historisches Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Redaktion Historische Zeitschrift (HZ)

60323 Frankfurt am Main, Norbert-Wollheim-Platz 1

Von

Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter Oldenbourg

Das neue Heft der Historischen Zeitschrift ist erschienen, wir wünschen anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Ulrich Wyrwa, Gebhardt, Bruno: Ein jüdischer Historiker, der mit seinem Handbuch das Geschichtsbild der Deutschen prägte. Ein bio-bibliographischer Beitrag / Gebhardt, Bruno: A Jewish Historian Who Shaped the German View of History with His Handbook. A Bio-bibliographical Contribution [S. 503]

<https://doi.org/10.1515/hzhz-2024-0030>

Der Abschluss der völlig neu bearbeiteten 10. Auflage des „Gebhardt“ gibt Anlass, einen Blick auf den Namensgeber und Herausgeber der ersten Auflagen, Bruno Gebhardt, zu werfen. Der Aufsatz zeichnet den beruflichen und wissenschaftlichen Lebensweg des 1858 in Krotoschin in der preußischen Provinz Posen geborenen jüdischen Historikers Gebhardt nach. An der Universität Breslau hat er mit einem Stipendium der jüdischen Gemeinde Geschichte studiert und sein Studium 1883 mit Dissertation abgeschlossen. 1887 ging er nach Berlin, wo er an einer Städtischen Realschule unterrichtete. Weiterhin aktiv war Gebhardt auf dem Feld der Wissenschaften. So veröffentlichte er eine große Zahl von Aufsätzen und Rezensionen in mehreren wissenschaftlichen Zeitschriften. Daneben nahm er 1890 die Arbeit an jenem Projekt auf, das ihn berühmt machen sollte, dem „Handbuch der Deutschen Geschichte“. Bald nach dessen Erscheinen legte Gebhardt einen großformatigen, reich illustrierten Band mit Biographien der deutschen Kaiser vor. Es folgte eine für ein breites Publikum bestimmte Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Die größte wissenschaftliche Anerkennung aber hatte Bruno Gebhardt seinerzeit mit umfangreichen Studien über Wilhelm von Humboldt gefunden, die ihm auch den Professorentitel einbrachten. Gebhardt ist zwar fünf Jahre nach dem Erscheinen des Handbuchs aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten, konvertiert aber ist er nicht. Der Aufsatz arbeitet so die Bedeutung heraus, die ein jüdischer Historiker wie Bruno Gebhardt für das Geschichtsbewusstsein und die historische Bildung in Deutschland erlangen konnte.

The completion of the entirely revised 10th edition of "Gebhardt", the Handbook of German History, provides an opportunity to take a look at the namesake and editor of the first editions, Bruno Gebhardt. The article traces the professional and academic life of the Jewish historian Gebhardt who was born in Krotoschin in the Prussian province of Posen in 1858. He studied history at the University of Breslau with a scholarship from the Jewish community and completed his studies in 1883 with a dissertation. In 1887 he went to Berlin where he taught at a municipal secondary school. Gebhardt continued to be active in the field of science. He published a large number of essays and reviews in several scientific journals. In 1890, he also began work on the project that was to make him famous, the "Handbuch der Deutschen Geschichte". Soon after its publication, Gebhardt published a richly illustrated volume with biographies of the German emperors. This was followed by a German history of the 19th century intended for a wide audience. However, Bruno Gebhardt achieved the greatest academic recognition at the time with his extensive studies on Wilhelm von Humboldt, which also earned him the title of professor. Although Gebhardt left the Jewish community five years after the publication of the handbook, he did not convert. The article thus emphasises the importance that a Jewish historian like Bruno Gebhardt was able to achieve for historical awareness and historical education in Germany.

Forum Antisemitismus, Postkolonialismus, Israelkritik

Daniel Brewing, Moritz Fischer, Einführung. Die deutsche Geschichtswissenschaft, „der“ Postkolonialismus und die Frage des Antisemitismus nach dem 7. Oktober [S. 536]
<https://doi.org/10.1515/hzhz-2024-0031>

Andreas Wirsching, Antisemitismus, Israelkritik und die Aufgabe der Geschichtswissenschaft [S. 547]
<https://doi.org/10.1515/hzhz-2024-0032>

Jan Gerber, Die Dialektik des Opfers. Postkolonialismus und Holocaust-Erinnerung [S. 564]
<https://doi.org/10.1515/hzhz-2024-0033>

Ulrike Jureit, Das Koloniale als kultureller Code [S. 574]
<https://doi.org/10.1515/hzhz-2024-0034>

Philipp Lenhard, „Go Back to Poland!“. Der Zionismus, Palästina und das Paradigma des Siedlerkolonialismus [S. 585]
<https://doi.org/10.1515/hzhz-2024-0035>

Nekrolog

Hans-Christof Kraus, Rudolf Morsey (1927–2024) [S. 601]
<https://doi.org/10.1515/hzhz-2024-0036>

Neue historische Literatur

Schwerpunkt Philosophie im Mittelalter

Frank Rexroth, Geist und Körper der Weisheit. Ein Grundlagenwerk zur mittelalterlichen Wissensgeschichte und ihren Verankerungen in der sozialen Welt [S. 616]

Laurent Cesalli/Ruedi Imbach/Alain de Libera u. a. (Hrsg.), 12. Jahrhundert. 2 Halbbde. (F. Rexroth) [S. 616]

Seite B 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Allgemeines

Sebastian Voigt, Der Judenhass. Eine Geschichte ohne Ende? (U. Sieg) [S. 630]

Michael S. Roth, The Student. A Short History (M. Füssel) [S. 632]

Andrej Kokkonen/Jørgen Møller/Anders Sundell, The Politics of Succession. Forging Stable Monarchies in Europe, AD 1000–1800 (C. Sarti) [S. 633]

Thomas McStay Adams, Europe's Welfare Traditions since 1500. Reform without End. 2 Teilbde. (B. Althammer) [S. 635]

Friedrich Lenger, Der Preis der Welt. Eine Globalgeschichte des Kapitalismus (J. Kocka) [S. 637]

Josef Ehmer/Carola Lentz (Eds.), Life Course, Work, and Labour in Global History (K. Andresen) [S. 639]

Andreas Renner, Nordostpassage. Geschichte eines Seewegs (J. J. Schmid) [S. 642]

Andreas Ludwig, Geschichte von morgen. Über das Sammeln von Gegenwart in historischen Museen (V. Groebner) [S. 644]

Altertum

Lynne Kvapil/Kim Shelton (Eds.), Brill's Companion to Warfare in the Bronze Age Aegean (J. Fischer) [S. 647]

Luciana Aigner-Foresti, Geschichte und Erbe der Etrusker (U. Walter) [S. 649]

Sitta von Reden/Kai Ruffing (Hrsg.), Handbuch Antike Wirtschaft (N. Morley) [S. 651]

Kristi Upson-Saia/Heidi Marx/Jared Secord (Eds.), Medicine, Health, and Healing in the Ancient Mediterranean (500 BCE – 600 CE). A Sourcebook (K.-H. Leven) [S. 655]

Dominik Delp, Zwischen Ansässigkeit und Mobilität. Die sogenannte Große Kolonisation der Griechen aus migrationstheoretischer Perspektive (C. Lundgreen) [S. 657]

Carrie L. Sulosky Weaver, Marginalised Populations in the Ancient Greek World. The Bioarchaeology of the Other (H. Beck) [S. 659]

Angelos Chaniotis, Emotionen und Fiktionen. Gefühle in Politik, Gesellschaft und Religion

Johannes Wienand, Der politische Tod. Gefallenenbestattung und „Epitaphios Logos“ im demokratischen Athen (A. Gebler) [S. 663]

Jerry Toner, Risk in the Roman World (J. M. Timmer) [S. 665]

Lawrence Keppie, Slingers and Sling Bullets in the Roman Civil Wars of the Late Republic, 90–31 BC (C. Degelmann) [S. 667]

Sine Grove Saxkjær/Jan Kindberg Jacobsen/Rubina Raja (Eds.), Caesar, Rome, and Beyond. New Research and Recent Discoveries (M. Gindele) [S. 669]

Seite B 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Annkatriin Blank, Die Grabinschrift des Aberkios. Ein Kommentar (G. F. Chiai) [S. 672]

Rea Matsangou, The Manichaeans of the Roman East. Manichaeism in Greek Anti-Manichaica and Roman Imperial Legislation (M. Brand) [S. 673]

Mittelalter

Hans-Werner Goetz (Hrsg.), Kontroversen in der jüngeren Mediävistik (M. Borgolte) [S. 675]

Rike Szill/Andreas Bihrer (Hrsg.), Eroberte im Mittelalter. Umbruchssituationen erleben, bewältigen, gestalten (R. Tischer) [S. 677]

Justine Audebrand, Frères et sœurs dans l'Europe du haut Moyen Âge (vers 650 – vers 1000) (C. Walther) [S. 680]

Jürgen Dendorfer/Steffen Patzold (Hrsg.), Tenere et habere. Leihen als soziale Praxis im frühen und hohen Mittelalter (S. Kaschke) [S. 681]

Claudia Alraum, Wege der Integration. Das Papsttum und die lateinische Kirche Apuliens in normannischer Zeit (1059–1189) (S. Pongratz) [S. 684]

C. Philipp E. Nothafft, A Fourteenth-Century Chronologer and Critic of Astrology. Heinrich Selder's Treatise on the Time of the Lord's Annunciation, Nativity, and Passion (C. Heitzmann) [S. 685]

Frühe Neuzeit

Maximilian Lanzinner, Bayern – Heiliges Römisches Reich – Friedensstiftung. Ausgewählte Abhandlungen zur frühneuzeitlichen Geschichte. Herausgegeben von Michael Rohrschneider und Arno Strohmeier (B. Kägler) [S. 688]

William A. Pettigrew, Global Trade and the Shaping of English Freedom (M. Schulte Beerbühl) [S. 690]

Eva Marie Lehner, Taufe – Ehe – Tod. Praktiken des Verzeichnens in frühneuzeitlichen Kirchenbüchern (M. Lanzinger) [S. 692]

Sylvio Hermann De Franceschi, Théologies en débat. L'Église catholique posttridentine au risque du pluralisme doctrinal dans la querelle de la grâce (XVIIe–XVIIIe siècles) (H. Klüeting) [S. 694]

Jack Thomas, Les Protestants du Languedoc et la justice royale de Louis XIV à la Révolution. De l'obscurité à la lumière (S. Lachenicht) [S. 695]

Carolin Katzer, Konflikt – Konsens – Koexistenz. Konfessionskulturen in Worms im 18. Jahrhundert (B. Brunner) [S. 697]

19.–21. Jahrhundert

Henrietta Harrison, The Perils of Interpreting. The Extraordinary Lives of Two Translators between Qing China and the British Empire (S. Dabringhaus) [S. 700]

Seite B 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Callie Wilkinson, *Empire of Influence. The East India Company and the Making of Indirect Rule* (B. Stuchtey) [S. 702]

Márta Fata (Hrsg.), *Trennen, verbinden, überschreiten. Grenzen in der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert* (A. Fahrmeir) [S. 704]

Ibrahim Alkatout/Christian Hoffarth, *Arm, ledig, schwanger. Die Kieler Gebäranstalt des 19. Jahrhunderts als Spiegel medizinischer und sozialer Herausforderungen* (K. Orth) [S. 706]

Fabrice Bensimon, *Artisans Abroad. British Migrant Workers in Industrialising Europe, 1815–1870* (L. Harders) [S. 709]

Roland Brecht, *Friedrich List. Bürger, Patriot und Visionär* (F. Selgert) [S. 711]

Frederik Simon (Hrsg.), *Pastorale Erneuerung in Umbruchszeiten. Bischof Josef von Hommers Visitationen im Bistum Trier zwischen 1827 und 1833* (M. Jung) [S. 713]

Winfried Baumgart (Hrsg.), *Europa und die Türkei 1856–1875. Geheime Dokumente aus den Kanzleien der europäischen Großmächte* (S. Mangold-Will) [S. 715]

Britta von Voithenberg, *Rurbanität in der Großstadt. Dresden und München 1870 bis 1914* (M. Gräser) [S. 717]

Christian Wiese/Stefan Vogt/Miriam Wenzel u. a. (Hrsg.), *Das jüdische Frankfurt – von der Emanzipation bis 1933* (J. Schneidawind) [S. 718]

Ines Heisig, *Kulturförderung als Prestigepolitik. Der Aufstieg der Unternehmerfamilie Heyl im Deutschen Kaiserreich* (C. Kleinschmidt) [S. 720]

Johanna Steinfeld, *Unternehmen ohne Eigentümer. Unternehmerische Entscheidungen der Optischen Werkstätte Carl Zeiss von 1889 bis 1933* (C. Kopper) [S. 723]

Matthew P. Fitzpatrick, *The Kaiser and the Colonies. Monarchy in the Age of Empire* (M. Wienfort) [S. 724]

Birgit Sack, *Maria Grollmuß 1896–1944. Biografische Annäherung und Erinnerungsnarrative* (J. Zedler) [S. 727]

Dekel Peretz, *Zionism and Cosmopolitanism. Franz Oppenheimer and the Dream of a Jewish Future in Germany and Palestine* (P. Lenhard) [S. 730]

Uta Elisabeth Hohmann, *Erwählt oder gewählt? Der Beitrag theologischer Parlamentarier zur Annäherung von Protestantismus und Demokratie* (F. W. Graf) [S. 732]

Larissa Wegner, *Occupatio Bellica. Die deutsche Armee in Nordfrankreich 1914–1918* (A. Karla) [S. 734]

Patrick Weil, *The Madman in the White House. Sigmund Freud, Ambassador Bullitt, and the Lost Psychobiography of Woodrow Wilson* (M. Berg) [S. 736]

Holger Fischer, *Semper reformanda. Studium, Lehre und Studienreform an der Hamburger Universität 1919 bis 2020* (M. G. Ash) [S. 737]

Seite B 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Franz Hauner, Licht, Luft, Sonne, Hygiene. Architektur und Moderne in Bayern zur Zeit der Weimarer Republik (T. Poppelreuter) [S. 740]

Gerd Krumeich, Als Hitler den Ersten Weltkrieg gewann. Die Nazis und die Deutschen 1921–1940 (W. Pyta) [S. 741]

Manfred Gailus, Im Bann des Nationalsozialismus. Das protestantische Berlin im Dritten Reich (M. Weise) [S. 744]

Maria Anna Willer, Nationalsozialismus auf dem Dorf. Über lokale NS-Herrschaft und ihre spätere Verdrängung (M. Kißener) [S. 746]

Vera-Maria Giehler, Das Paar im Fokus. Eheberatung in Westdeutschland 1945–1965 (L. Seegers) [S. 748]

Martha Friedenthal-Haase, Fritz Borinski und die Bildung zur Demokratie. Geschichte eines Lebens zwischen Pädagogik und Politik (T. Schanetzky) [S. 750]

Katja Hoyer, Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990 (G.-F. Budde) [S. 751]

Christof Dipper/Heinz Duchhardt (Hrsg.), Generation im Aufbruch. Die Geschichtswissenschaft in Deutschland im Spiegel autobiographischer Porträts (C. Cornelißen) [S. 754]

Ewald Frie, Ein Hof und elf Geschwister. Der stille Abschied vom bäuerlichen Leben (K. C. Führer) [S. 756]

Julia E. Ault, Saving Nature Under Socialism. Transnational Environmentalism in East Germany, 1968–1990 (P. Šimková) [S. 757]

Beata Lakeberg/Hans-Christian Pust (Hrsg.), Atom. Strom. Protest. 50 Jahre Wyhl und anderswo (D. Beck) [S. 759]

Susan Colbourn, Euromissiles. The Nuclear Weapons That Nearly Destroyed NATO (A. Lutsch) [S. 761]

Eingegangene Bücher [S. 764]

Zitation

Historische Zeitschrift (HZ) 319 (2024), 3, in: *H-Soz-Kult*, 09.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151833>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 72 (2024), 12

Berlin 2024: [Metropol Verlag](#)

Erscheint monatlich

<https://metropol-verlag.de/produkt/zeitschrift-fuer-geschichtswissenschaft-72-jg-heft-12-2024/>

100 Seiten

Preis Jahresabonnement (Inland): € 136,00; Einzelheft: € 14,00

ISSN [0044-2828](#)

Redaktion

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)

Berlin

c/o

Technische Universität Berlin Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin Redaktion Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) Kaiserin-Augusta-Allee 104-106 10553 Berlin Mitglieder: Friedrich Veitl (verantwortl. Redakteur), veitl@metropol-verlag.de Redaktion: Friedrich Veitl (verantwortlich), Frédéric Bonnesoeur, Kolja Buchmeier, Lara Raabe, Detlev Kraack, Swen Steinberg, zfg@metropol-verlag.de Verlagsadresse: Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin

Von

Friedrich Veitl

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

72. Jahrgang 2024, Heft 12

Inhaltsverzeichnis

ARTIKEL

Benedikt Sepp: Munitionsgeschichte als Projektionsgeschichte. 5,56 x 45mm: Ein Gewaltstandard des 20. Jahrhunderts S. 987–1010

Anna Pelka: Arbeiterschaft und Nationalisierungsprozesse in Kattowitz 1870–1914 S. 1011–1024

Richard Saage: Staatsfrage und Richtungskampf im Austromarxismus S. 1025–1039

Florian G. Mildenerberger: 200 Jahre Karl Heinrich Ulrichs (1825–1895). Ein Jubiläum mit Tücken S. 1040–1044

REZENSIONEN

Mittelalter / Frühe Neuzeit

Maximilian Nix: Widerständiges Wissen. Widerstandskonzeption und Wissensproduktion in den theoretischen Kontroversschriften um 1100. Husum 2023 (Lena Vosding) S. 1045

Seite B 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Eveline Baseggio/Tiziana Franco/Luca Molà (Hrsg.): La chiesa di Santa Maria dei Servi e la comunità veneziana dei Servi di Maria, secoli XIV–XIX. Rom 2023 (Ralf Lützel Schwab) S. 1046

Neuzeit / Neueste Zeit

Cornelia Essner: Schädel: Steine und Studenten. Der vielschichtige Anthropologe Felix von Luschan (1854–1924). Berlin 2023 (Bea Lundt) S. 1048

James M. Brophy/Gabriele B. Clemens/Bärbel Holtz (Hrsg.): Vormärzliche Verleger zwischen Zensur, Buchmarkt und Lesepublikum. Ostfildern 2023 (Franz Josef Schäfer) S. 1050

Dagmar Herzog: Eugenische Phantasmen. Eine deutsche Geschichte. Berlin 2024 (Christoph Beckmann) S. 1052

Swen Steinberg: Max Sachs. Staatswissenschaftler – Journalist – Sozialdemokrat. Leipzig 2024 (Horst Thum) S. 1054

Ulrich Chaussy: Arthur Eichengrün. Der Mann, der alles erfinden konnte, nur nicht sich selbst. Freiburg i. B. 2023 (Gerhard Neumeier) S. 1055

Janine Fubel/Alexandra Klei/Annika Wienert (Hrsg.): Space in Holocaust Research. A Transdisciplinary Approach to Spatial Thinking. Berlin/Boston 2024 (Hannah Sprute) S. 1057

Thomas Boghardt: U.S. Army Intelligence in Germany, 1944–1949. Berlin 2023 (Klaus-Peter Friedrich) S. 1059

Katarzyna Person: Jüdische DPs aus Polen in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands, 1945–1948. Wiesbaden 2023 (Markus Roth) S. 1061

Axel Drecol/Maren Jung-Diestelmeier (Hrsg.): Museum am Tatort. Materielle Relikte, Sammeln und Deponieren an NS-Tatorten. Baden-Baden 2024 (Wolfgang Benz) S. 1063

Gerd Biegel/Angela Klein/Matthias Steinbach (Hrsg.): Stauffenbergs Schatten. Der 20. Juli 1944 in der deutschen Rezeption. Braunschweig 2024 (Peter Steinbach) S. 1063

Jahresinhaltsverzeichnis 2024 S. 1066

Zitation

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 72 (2024), 12 , in: *H-Soz-Kult*, 20.12.2024, <https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-152017>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 73 (2025), 1

Berlin 2025: [De Gruyter](#)

<https://www.degruyter.com/journal/key/vfzg/73/1/html>

ISSN [0042-5702](#)

*Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Abteilung
Redaktion Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
80636 München, Leonrodstraße 46 B*

Von
Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter

Das neue Heft der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ist erschienen, wir wünschen anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Hermann Wentker, Eine schwierige Partnerschaft. Die deutsche Chinapolitik zwischen menschenrechtlichem Anspruch und ökonomischen Interessen 1989 bis 1996
<https://www.degruyter.com/document/10.1515/vfzg-2025-0001>

Das Massaker am Tiananmen-Platz am 4. Juni 1989 bildete eine Zäsur in den deutsch-chinesischen Beziehungen, die sich nach dem Amtsantritt von Deng Xiaoping positiv entwickelt hatten. Denn damit avancierte die Menschenrechtsproblematik zu einem zentralen Thema der weitgehend von Wirtschaftsinteressen geprägten deutschen Chinapolitik, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in einem dynamischen Dreieck verortet wird. Zu fragen ist, welches Gewicht dem Bundestag, der Wirtschaftslobby und der Entwicklung der chinesischen Politik für die Bundesregierung und insbesondere für das Auswärtige Amt zukam. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Frage nach dem Stellenwert der Menschenrechte und der Bedeutung der Argumente, mit denen trotz Menschenrechtsverletzungen der Ausbau der Beziehungen zu China begründet wurde.

Hermann Wentker, A Difficult Partnership. Germany's China Policy between Human Rights Aspirations and Economic Interests, 1989 to 1996

<https://www.degruyter.com/document/10.1515/vfzg-2025-0001>

The Tiananmen Square Massacre on 4 June 1989 marked a turning point in German-Chinese relations, which had shown a positive trend after Deng Xiaoping's accession to office. The human rights issue became a key element of Germany's China policy, previously driven mostly by economic interests. In the early 1990s, Germany's policy on China was situated in a dynamic triangle: The question is what role the Bundestag, the business lobby and the development of Chinese politics played for the German Federal Government and in particular the Federal Foreign Office. Special attention is given to the question of the relative importance of human rights and the significance of the arguments used to support the expansion of relations with China despite its violations of human rights.

Boris Gehlen/Christian Marx, Das Führungspersonal der Reichsbank und das NS-Regime
<https://www.degruyter.com/document/10.1515/vfzg-2025-0002>

Unter der Leitung ihres selbstbewussten Präsidenten Hjalmar Schacht inszenierte sich die Reichsbank in der NS-Zeit als Hort rationaler Währungspolitik. Obschon sie seit 1933 über die Mefo-Wechsel zur geheimen Rüstungsfinanzierung beitrug, kritisierte sie wenige Jahre später die inflationären Folgen der maßlosen Ausgabenpolitik. Daher stellte Hitler im Januar 1939 einen Großteil der Führungsfiguren außer Dienst. Fortan fungierte die Reichsbank als willfähiges Instrument der NS-Rassen-, Eroberungs- und Vernichtungspolitik. Boris Gehlen und Christian Marx untersuchen das bisher weitgehend unbeachtete Leitungspersonal der Reichsbank und dessen individuelle Karriereverläufe. Sie diskutieren die Einbindung in die NS-Politik und analysieren, mit welchen Narrativen und Strategien die Akteure sich im Nachhinein rechtfertigten.

Boris Gehlen/Christian Marx, The Executive Leadership of the Reichsbank and the National Socialist
Regime

<https://www.degruyter.com/document/10.1515/vfzg-2025-0002>

Under the management of its self-confident president Hjalmar Schacht, the Reichsbank presented itself as a stronghold of rational monetary policy during the Nazi era. Although it began to contribute to the secret financing of rearmament by means of Mefo bills in 1933, within a few years it criticized the inflationary effects of the exorbitant spending policies. For this reason, Hitler dismissed most of the top management in January 1939. From then on, the Reichsbank served as a willing instrument of the Nazi policies of race, conquest and extermination. Boris Gehlen and Christian Marx examine the hitherto largely unnoticed executive leaders of the Reichsbank and their individual career paths. They discuss the top executives' involvement in Nazi policy and analyze the narratives and strategies by which the actors sought to justify themselves afterwards.

Jessika Wichner, Wissenschaftsmanagement in der britischen Besatzungszone. Der Research Branch zwischen Kontrolle und Forschungsförderung 1945 bis 1951

<https://www.degruyter.com/document/10.1515/vfzg-2025-0003>

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die angewandten Natur- und Ingenieurwissenschaften in Deutschland zunächst über das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 25 verboten. Auf britischer Seite war für die Überwachung der Forschungstätigkeit der Research Branch der britischen Kontrollkommission verantwortlich. Ihm oblag es auch, die Wissenschaftslandschaft in der britischen Besatzungszone neu zu strukturieren und Forschungsvorhaben deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu fördern, die nicht dem Gesetz Nr. 25 unterlagen. Jessika Wichner untersucht auf der Basis eingehenden Quellenstudiums die vielfältigen Tätigkeiten des Research Branch zwischen 1945 und 1951 und kommt dabei zu überraschenden Ergebnissen.

Jessika Wichner, Research Management in the British Zone of Occupation. The Research Branch between Control and Research Promotion, 1945 to 1951

<https://www.degruyter.com/document/10.1515/vfzg-2025-0003>

After the Second World War, the applied natural sciences and engineering were banned in Germany according to Allied Control Council Law No. 25. On the British side, the Research Branch of the British Control Commission was responsible for monitoring research activities. It was also responsible for restructuring the scientific landscape of the British Zone of Occupation and for supporting research projects by German scientists that were outside the purview of Law No. 25. Drawing on an in-depth study of the sources, Jessika Wichner examines the diverse activities of the Research Branch between 1945 and 1951 and arrives at surprising conclusions.

Seite B 79 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Reinhild Kreis, Nachwuchs für die Leistungsgesellschaft. Jugendwettbewerbe in Deutschland im 20. Jahrhundert

<https://www.degruyter.com/document/10.1515/vfzg-2025-0004>

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde eine wachsende Anzahl von Tätigkeitsfeldern in Wettbewerbsformate überführt. Insbesondere Wettbewerbe für Kinder und Jugendliche wurden zu einem Massenphänomen, das gleichermaßen in Demokratien und Diktaturen, in markt- und planwirtschaftlichen Gesellschaften attraktiv war. Reinhild Kreis untersucht die Wettbewerbe als Modus der Gestaltung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung in ihren Kontinuitäten und Brüchen für den NS-Staat, die Bundesrepublik und die DDR. Sie werden als Praktiken der Leistungszuschreibung gedeutet, die Denk- und Verhaltensweisen und damit sowohl individuelle wie auch kollektive Zukünfte prägen sollten.

Reinhild Kreis, Young Talent for a Performance-Oriented Society. Youth Competitions in Twentieth-Century Germany

<https://www.degruyter.com/document/10.1515/vfzg-2025-0004>

During the 20th century, a growing number of fields of activity were transferred to competition formats. Competitions for children and adolescents especially became a mass phenomenon, which was simultaneously attractive to democracies and dictatorships, in market as well as planned economies. Reinhild Kreis explores the competitions as a means of shaping social and economic orders in their continuities and ruptures for the Nazi State, the Federal Republic of Germany and the GDR. The contests are interpreted as practices of attributing achievement, which were meant to shape patterns of thought and behaviour and thereby influence both individual and collective futures.

Notiz

19. Aldersbacher Schreib-Praxis

Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter (21. bis 25. Juli 2025)

Aus der Redaktion

Neue Chancen: VfZ-Schwerpunkt

VfZ-Online

Neu: Ein weiteres Interview in der Rubrik „VfZ Hören und Sehen“, der 69. Jahrgang der VfZ ist in unserem Offenen Heftarchiv zu finden, und wir feiern mit Band 8 des German Yearbook of Contemporary History den 75. Geburtstag des IfZ

Rezensionen online

Abstracts

Autorinnen und Autoren

Zitation

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 73 (2025), 1 , in: *H-Soz-Kult*, 05.01.2025, <https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-152158>.

Copyright (c) 2025 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Journal of Contemporary History 59 (2024), 4

<https://journals.sagepub.com/toc/jcha/59/4>

Institution

Journal of Contemporary History (JCH)

Von

Jakob Schneider, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

Articles

Between Communism and Nationalism: Slovene Communist Spatial Politics in the North Adriatic Region, 1943–54

Matic Batič

Speaking Truth to a Foreign Power: Anti-Bolshevism and Truth in the Early Cold War, 1945–53

David Vessey

An Artful Science: Activism, Non-Violence, and Radical Democracy in Cold War Britain

Sophie Scott-Brown

Rituals of Colonial Memory: Crafting Imperial Nostalgia in Republican Italy

Gianmarco Mancosu

Uncovering the Opium Crisis: The Poison of Turkish–American Relations in the 1960s and 1970s

Murat Kasapsaraçoğlu

Indian Ocean Internationalisms: The Sri Lankan Pursuit of Peace, 1971–89

Niro Kandasamy

Michelangelo Antonioni, Tourist Snapshots, and the Politics of the ‘Backward Scene’ in 1970s China

Gavin Healy

Petitioning and Ghana's National Reconciliation Commission: Good Citizens, Bad Citizens, and Performing the Moral Economy

Ryan Colton

Book Reviews

Book Review: *Institution Lager: Theorien, Globale Fallstudien und Komparabilität* by Annett Bochmann and Felicitas Fischer von Weikersthal

Matthew Stibbe

Book Review: *Struggles for Belonging: Citizenship in Europe, 1900–2020* by Dieter Gosewinkel

Sara Cosemans

Seite B 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Book Review: Norway in the Second World War, Politics, Society and Conflict by Ole Christian Grimnes
Steinar Aas

Book Review: Empire's Violent End: Comparing Dutch, British, and French Wars of Decolonization, 1945–1962 by Thijs Brocades Zaalberg and Bart Luttikhuis (eds)
Mark Condos

Book Review: Reds in Blue: UNESCO, World Governance, and the Soviet Internationalist Imagination by Louis Howard Porter
Siobhán Hearne

Book Review: The Year that Broke Politics: Collusion and Chaos in the Presidential Election of 1968 by Luke A. Nichter

Zitation

Journal of Contemporary History 59 (2024), 4, in: *H-Soz-Kult*, 03.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151743>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Český časopis historický / The Czech Historical Review
122 (2024), 3

Praha 2024: [Historický Ústav AV ČR \(Institute of History of the Czech Academy of Sciences\)](#)

Erscheint vierteljährlich

<https://asjournals.lib.cas.cz/Ceskycasopishistoricky/article/uuid:226e2322-059a-41ad-b68f-eb71aa6c2c8b>

224 Seiten

Preis Jahresabonnement (4 Ausgaben) € 110

ISSN [0862-6111](#)

Kontakt

Český časopis historický / The Czech Historical Review

c/o

Institute of History of the Czech Academy of Sciences, Prosecká 76, CZ-190 00 Praha 9 – Nový Prosek

Von

Vojtěch Szajkó, Historický ústav, Akademie věd České republiky

Český časopis historický 122 (2024), 3

Inhaltsverzeichnis

ČESKÝ ČASOPIS HISTORICKÝ | THE CZECH HISTORICAL REVIEW

<https://doi.org/10.56514/cch>

ročník 122

č. 3/2024

S. 464-688

STUDIE / STUDIES

Karel PACOVSKÝ

Pražské benediktinky mezi klášterem a světem.

Klauzura ve svatojiřském opatství ve středověku

(Benedictine Nuns of Prague Between the Convent and the World:

Enclosure in St. George's Abbey in the Middle Ages)

S. 467

The study focuses on the issue of monastic enclosure in St. George's Abbey at Prague Castle. It gathers sources related to the contacts of Prague Benedictine nuns with the outside world and examines how their separation from the world evolved from the beginnings of the convent in the 10th century to the enforcement of strict enclosure in the first third of the 17th century, which was accompanied by extensive architectural modifications influenced by the Council of Trent. Special attention is given to the visitation of the monastery by Cardinal Guido in 1143, which may have resulted in the initial tightening or introduction of enclosure, though not comparable to later regulations. Based on this finding, it newly interprets the account of the siege and fire of Prague Castle in 1142 from the addition to the Annals of the so-called Vyšehrad Canon as an effort to legitimize monastic reforms through miracles associated with the relics of the abbey's patron saint, St. Ludmila.

Keywords: St. George's Convent in Prague - Prague Castle - Benedictine nuns - monastic enclosure - visitation - Gerhoh of Reichersberg - St. Ludmila - Annals of the Canon of Vyšehrad - Admont

RESUMÉ

The ideal of enclosure has always been a part of the lives of monastic communities, but its implementation has varied significantly throughout history. Sources related to St. George's Abbey at Prague Castle show that it would be anachronistic to form an image of the life of medieval nuns based on regulations shaped by the post-Tridentine Roman Church. Medieval sources do not attest to any strict separation of the Prague Benedictines nuns from the outside world. The earliest mentions of the nuns in Prague, from the 10th to the early 12th century, present them as independent, confident women who appeared outside the convent without obstacles in certain situations.

The first attempt to introduce or tighten enclosure in the nunnery can be linked to the visitation of the community by papal legate Cardinal Guido in 1143, as inferred from a letter by Gerhoh of Reichersberg about the deposition of the Prague abbess, who apparently resisted these reforms. This sheds new light on the account added to the Annals of the so-called Vyšehrad Canon about the fire of the abbey in 1142. The narrator likely aimed to legitimize the new regulations by using the popular motif of miraculous rescue from flames (known, for example, from the Benedictine convents in Admont and Marcigny) in connection with miracles linked with St. Ludmila. St. Ludmila, who did not allow her relics to be moved from the abbey, became a model for the nuns, encouraging them not to leave the abbey either.

Although enclosure, of course, constituted an integral part of life in late medieval St. George's Abbey significantly, it was probably not very strict. The nuns left the monastery under certain conditions, whether for official matters, visiting relatives, or some pious purpose. In the mid-16th century, even a part of the sisters, led by the abbess, lived at a convent's estate near Prague. The strictest form of enclosure began to be applied at St. George's Convent only in the first third of the 17th century under Abbess Sophie Albínka of Helfenburg, particularly with the support of Archbishop Ernst Adalbert of Harrach. The convent had to be significantly rebuilt to meet the tightened requirements for nuns' enclosure after the Council of Trent, to prevent any direct contact between the nuns and laypeople. The need for such architectural modifications demonstrates that the stricter monastic enclosure imposed in the 17th century was not a return to an original ideal but rather a new measure, one that the medieval buildings of the abbey were not designed to accommodate.

Jana VOJTÍŠKOVÁ

Historickogeografické determinanty středověkého
a raně novověkého vývoje královských měst v Čechách:
metodický koncept

(Historical-geographical Determinants of the Medieval
and Early Modern Development of Royal Towns in Bohemia:
a Methodological Concept)

S. 487

The presented paper focuses on a demonstration of the methodological concept of the key role of historical-geographical factors in the development of medieval and early modern towns, using the example of royal towns in Bohemia. What is foremost of interest here is how significantly urban development was conditioned by the historical landscape, which can already be grasped as a basic platform, from the knowledge of which and possible reconstruction, medieval and early modern urban research can be successfully elaborated, striving to overcome the fragmentation of the interpretation of urban history and create conditions for syntheses based on functional comparative urban history. In this context, findings from the systematic research of medieval and early modern chancelleries of royal towns in Bohemia are also purposefully used, the conclusions of which very effectively help with comprehensive research of our urban history: by determining the level of chancellery activity, they relatively reliably reflect the prosperity of a certain royal town in the Middle Ages and Early Modern Period, understood in all its complexity not only as an integral part of (Central) European, state, land, and regional history, but also explored locally as a town in a landscape. Nevertheless, the research necessarily uses the knowledge of other historical disciplines, without the involvement of which it would not be possible to examine towns in the context of political, religious, economic, and cultural contexts in the broadest sense of the word, and to observe the external and internal influences on the urban organism and their impacts in the positive or negative sense of the word.

Keywords: Middle Ages – Early Modern Period – Bohemia – urban history – royal towns – methodological concept – town in the landscape – historical geography

RESUMÉ

Every methodological concept entails the danger of a certain stereotypical pattern. If it is to be functional, usable, it is necessary to think through the issue properly, apply it with balance, with awareness of its advantages. The presented study focused on the town in the landscape with *longue durée* intentions and observed, in the context of political, economic, and cultural contexts in the broadest sense of the word, the key role of historical-geographical factors in the development of medieval and early modern royal towns in Bohemia. It was fundamental to determine the unique local combination of these factors,

which take on different importance in the case of individual towns, and to also monitor strategies to overcome their potential disadvantage, because it turned out that geographical conditions could have caused towns to fall behind, or, on the contrary, could have contributed to their long-term prosperity and created reserves for overcoming adverse periods (e.g. the effects of war or natural disasters, especially fires).

In the interests of comparative urban history, we therefore asked ourselves why some royal towns located on the River Labe (Elbe) traditionally prospered better during the Middle Ages and Early Modern Period and why some lagged behind the others. Based on a selected sample of towns with the same legal status, which is unified by their location on the Elbe River, so that the differences stand out better, we documented the real differences between the Elbe royal towns, which are based on their location in the landscape. Based on a selected sample of towns with the same legal status, which is unified by their location on the River Labe, so that the differences are more conspicuous, we documented the real differences between the royal towns on the Labe, which arise from their location in the landscape. Through this case study, we drew attention to the need for historical-geographical research in our urban history, so that information obtained from research of the sources can be adequately evaluated within individual towns by various historical disciplines and their methodological procedures, and at the same time so that the findings can be compared with other urban centres. The advantage of the presented concept – the town in the landscape, which uses the knowledge of a multitude of scientific fields, is the possibility of revealing processes that have so far remained hidden from historiography, while at the same time, it has the potential to prevent the fragmentation of research, because it develops urban research from a common platform – the historical landscape, which was fundamentally affected by industrialisation and urbanisation.

Tomáš GECKO

Dispoziční fond T. G. Masaryka v pavučině klientelistických sítí a peněžních toků meziválečného Hradu

(The Discretionary Fund of T. G. Masaryk in the Web of Clientelistic Networks and Financial Flows of the Interwar “Castle”)

S. 515

The study analyses the clientelism of the interwar Castle, which is interpreted as a cluster of many separate social networks functioning along multiple institutional and personnel axes. The argument focuses on the monetary funds behind the Castle's clientelism. Influential actors representing the Castle carried out monetary transfers to subsidize the media, civic and scientific institutions as well as cultural, memory, charitable or legionnaires' organizations. They sponsored related personalities, politicians, and journalists. Through money, they interfered in public discourse. The study analyses the mechanisms of the aforementioned clientelistic ties with an emphasis on the Discretionary Fund of President T. G. Masaryk, which was established in 1919 and remained the backbone of the Castle's money transfers throughout the interwar period.

Keywords: Interwar Prague Castle – Analysis of social networks – Clientelism – Fundraising – Phenomenon T. G. Masaryk

RESUMÉ

The political and social aspirations of the interwar Czechoslovak presidents T. G. Masaryk and E. Beneš outgrew the structures of the democratic state. The intentions of both presidents, as well as the ambitions of their partners, were aimed at consolidating and stabilizing the republican system in Czechoslovakia. In order to reach this goal, Masaryk,

Beneš and their associates initiated the creation of several different social networks consisting of actors interacting along several different thematic and social axes. By gathering these networks into one cluster, the so-called Castle was created.

One of the most visible and criticized manifestation of the Castle at the time, which has not yet been analysed in historiography, was the existence of clientelist networks consisting of Castle patrons and their sponsors and clients. These networks arose not only as a result of the conscious actions of Masaryk, Beneš and their associates, but also from the traditions of Central European political culture and from the experience of Czechoslovak elites from resistance activities during the First World War.

The study interprets the importance of clientelistic networks for the existence of the Castle, the circumstances of their creation and the mechanisms of their functioning. The argumentation focuses on the (dis)continuities of the Castle clientelistic system with the period of the Habsburg monarchy and the resistance during the First World War, and on specific discretionary funds as a source of finance. Attention is not only focused on T. G. Masaryk and Edvard Beneš as the creators of the Castle's clientelistic system, because key roles were played by other actors, such as the Chancellor Přemysl Šámal, the financial officer of the Office of the President of the Republic Karel Strnad, the head of the third section of the Ministry of Foreign Affairs Jan Hájek, Masaryk's literary secretary Vasil Kaprálek Škrach or the attorneys and financial advisors of both presidents František Veselý, and Ludmila Kloudová-Veselá. They specialised in different clients and sponsors, and formed the core of different clientelistic networks of the Castle. The task of each of them was to bridge the so-called structural holes between the Castle and other social clusters of interwar Czechoslovakia, i.e. to connect the Castle with different influential structures, such as political parties, media, entrepreneurs, or public associations.

Castle clientelism was supported by a system of hidden and public funds oscillating during the entire interwar period at around half a billion Czechoslovak crowns. This money lubricated the cogs of the interwar Castle, facilitating the clustering of social networks under its standard. Within the Castle accounting, individual funds were differentiated into private, state, and public according to the nature of their sponsorship. The Castle's monetary system also included "black" funds, as anonymized items in the state budget that were not subject to accounting controls were called at the time. The main sources of income were subsidies from state authorities and individual sponsorship, whether from wealthy businessman and bank managers or from ordinary citizens, for example compatriot collections in the USA during the First World War and immediately after its end, or public collections in Czechoslovakia for so-called jubilee funds, etc.

The functioning of the Castle monetary system is illustrated by a case study of the President's Unofficial Discretionary Fund, the Castle's largest individual financial package. The income of the discretionary fund amounted to CZK 127 million for the entire interwar period. The fundraising mechanisms of the Castle as well as the basic trajectory of its clientelistic ties with sponsors and clients can be well demonstrated using the example of this fund.

PŘEHLED BĀDÁNÍ / RESEARCH OVERVIEW

Jiří HUTEČKA – Vítězslav PRCHAL

Česká historiografie vojenství: trendy a přehled bádání 2002–2022

(Czech Military History: Trends and Research Overview 2002–2022)

S. 551

The article is a retrospective analysis of the last twenty years of academic historiography of war and military institutions written in Czech. It follows on from a similarly conceived text by Ivan Šedivý, published in 2002, and its ambition is to cover the fundamental trends in the development of the field over the past two decades. Through the analysis of monographic production supplemented by crucial shorter text formats, the authors postulate a thesis about a pyramidal structure with the prevalence of methodologically conservative production supplemented by a smaller part of the field that takes inspiration in a combination of methods from social and cultural history. The authors attribute the minimal shift in the development of the field during the monitored period to a number of factors working in concert, starting with a methodological closure and ending with institutional barriers.

Keywords: historiography – Czech historiography – history of war and military science – methodology

RESUMÉ

The purpose of this paper is to offer a comprehensive survey of two decades of Czech-written historical scholarship on war, warfare, and military institutions. Covering both the most as well as the less important works on topics ranging from medieval history up until early 21st Century, the authors put their subject matter into the context of developments in military history in general, identifying several methodological frameworks that dominate the recent scholarly efforts in the field. Standing on the broad and discursively influential base of popular military histories, the dominant concept of writing and understanding military history is strictly positivist, with little to no attention given to any specific approach or methodology. Here, even traditional operational history is largely missing, with majority of works focusing instead on institutional and organizational histories, or biographies. In the case of the latter in particular, the authors identify strong undertones of heroic national discourse of modern history. Only a minority, albeit strong, betrays methodological inspiration by various strains of social history approach in the vein of new military history, while some especially more recent works are being inspired by the cultural study of war. The authors see this rather conservative outlook of the field as a direct result of a variety of institutional and structural causes, combined with the ongoing tendency both in the field itself and in the broader historical profession to sideline military history as something apart from academic research. Overall, there is little progress identified over the studied period, especially when compared to the situation from around the turn of the century when various authors felt hopeful of future developments in terms of methodology and integration of the field into the wider scholarship.

OBZORY LITERATURY / REVIEW ARTICLES AND REVIEWS

Recenze

Eva SEMOTANOVÁ – Pavel CHROMÝ – Zdeněk KUČERA (eds.)

Historical Geography in Czechia: Themes and Concepts

S. 589

(Jiří Kupka)

PETR CHELČICKÝ

Postila I.

K vydání připravil Jaroslav BOUBÍN

PETR CHELČICKÝ

Postila II.

K vydání připravil Jaroslav BOUBÍN

S. 595

(František Šmahel)

Seite B 87 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Marek STARÝ

Cizozemci a spoluobytelé. Udělování českého občanského práva (inkolátu) v době předbělohorské

S. 598

(Lukáš M. Vytlačil)

Marian HOCHÉL (ed.)

Opavský kongres 1820 a politika Svaté aliance mezi časy

S. 603

(Vojtěch Szajkó)

Petr VALENTA – Richard DOTZAUER

Podnikatelský příběh z doby počátků kapitalismu v Čechách

Pavel DUFEK – Zdenko MARŠÁLEK – Michal NOVOTNÝ

Železnice, cukr, noviny a odvaha. Osudy Beniesů v Čechách i jinde

S. 610

(Milan Hlavačka)

Jana LOSOVÁ – Vojtěch KESSLER – Veronika KRŠKOVÁ (eds.)

Babičky očima vnoučat

S. 614

(Jana Malínská)

Marek ŠMÍD

Vatikán a Československo ve 20. století

S. 619

(Marián Sekerák)

Milan HLAVAČKA – Pavel BEK

Ringhofferové. Rodina a podnikání

S. 623

(Jana Geršlová)

Milan HLAVAČKA – Jiří KROPÁČEK (eds.)

Lanna et Lanna. Rodina a podnikání

S. 630

(Jana Geršlová)

Miloš HOŘEJŠ

Nacistická germanizační a osídlovací politika v Protektorátu

Čechy a Morava

S. 635

(Václav Daněk)

Ota KONRÁD – Miroslav KUNŠTÁT – Michal DIMITROV – Jakub JOZA – Martin LANDA

Ztráta starých jistot. Rakousko 1986–2000

S. 640

(Vojtěch Szajkó)

Zprávy o literatuře

S. 409

Z VĚDECKÉHO ŽIVOTA / CHRONICLE

Interview

The ICHS/CISH: Aim, Mission and Future.

Interview with Catherine Horel, President of the International Committee of Historical Sciences/Comité International des Sciences Historiques

(Radmila Švaříčková Slabáková)

S. 663

Nekrology

Karel Durman

(13. července 1932 – 14. dubna 2023 Uppsala)

(Jindřich Dejmek)

S. 673

Český časopis historický / *The Czech Historical Review* 122 (2024), 3 , in: *H-Soz-Kult*, 13.12.2024, <https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151769>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 75 (2024), 11/12

Zeitschriftentitel [Geschichte in Wissenschaft und Unterricht](#)

Weiterer Titel Bibliotheken

Hannover 2024: [Erhard Friedrich Verlag](#)

ISSN [0016-9056](#)

Kontakt

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

c/o

*Prof. Dr. Michael Sauer, Universität Göttingen, Seminar für Mittlere und Neuere
Geschichte Didaktik der Geschichte Waldweg 26 37073 Göttingen Tel. 0551/39-13388
Fax 0551/39-13385*

Von

Michael Sauer, Didaktik der Geschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Wir alle glauben zu wissen, was eine Bibliothek ist. Was aber, wenn wir um eine kurze Bestimmung gebeten würden? Unsere Antworten dürften unterschiedlich ausfallen. So fehlt es nicht an Bibliotheken, die als „Maker Spaces“ auftreten oder als „Learning Centers“ – und auch gar nicht mehr Bibliothek heißen wollen: nicht zuletzt als sogenannte „Dritte Orte“, die Bücher regelrecht exotisieren können. Hinzu kommen die technologischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, die dazu beigetragen haben, Bibliotheken in digitale Datenräume zu verwandeln. Was aber verbindet Bibliotheken? Obwohl die Beiträge des vorliegenden Heftes keineswegs versuchen, die verschiedenen Erscheinungsformen von Bibliothek in den Blick zu nehmen, zeigen sie doch, wie Bibliotheken darum bemüht waren und sind, dem Wissen ihrer Sammlungen gerecht zu werden, dieses Wissen zu vermehren und dieses Wissen zu vernetzen.

Am Anfang fragt Hole Rößler am Beispiel der herzoglichen Bibliothek in Wolfenbüttel nach der Entstehung von Techniken zur Beschleunigung der Wissensproduktion im 17. und 18. Jahrhundert. Neben den Versuchen, die in Büchern gespeicherten „Informationen“ schneller auffindbar und damit auch schneller (und breiter) „konsumierbar“ zu machen und in „Wissen“ zu transformieren, geht der Beitrag auch auf die sozialen, finanziellen, politischen und kulturellen Bedingungen dieser Entwicklung ein. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei die Anwendung von Wissenstechniken zur Bewältigung großer und immer größer werdenden Textmengen: von der Lektüre bis zu Praktiken des Bibliographierens, Aufschreibens, Ordnen, Katalogisierens, Indizierens und Vernetzens. Die entscheidende Neuerung des 18. Jahrhunderts, so Rößler, bestand darin, dass die Wissenstechniken nach und nach zur Aufgabe der Bibliothek wurden, wobei er auch das Verhältnis von Bibliothek und Aufklärung thematisiert.

Im Anschluss widmet sich Michael Knoche der Provenienzkultur und der Provenienzforschung in Bibliotheken, die hier lange Zeit kaum eine Rolle spielten. Erst als seit den 1980er Jahren Anfragen von Buchbesitzern bzw. deren Rechtsnachfolgern nach dem Verbleib unrechtmäßig entzogenen Buch-Eigentums häufiger wurden, gerieten auch die Bibliotheken unter Zugzwang, den die Restitutionsforderung der „Washingtoner Erklärung“ von 1998 noch erheblich vergrößerte. Obwohl die Umsetzung keineswegs abgeschlossen ist, steht die Notwendigkeit der Identifizierung und Restituierung von NS-

Raubgut in Bibliotheken längst außer Frage. Hinzu kommt, dass auch Bücher, die als Folge von DDR-Unrecht in Bibliotheken gelangten, inzwischen in den Blick geraten sind, wie auch Raubgut aus kolonialen Kontexten. Gleichzeitig, so Knoche nachdrücklich, hat die Professionalisierung der Provenienzforschung erheblich dazu beigetragen, dem „Wissen der Sammlungen“ gerechter zu werden – und auf diese Weise auch das Selbstverständnis der Bibliotheken verändert.

Abschließend geht Anna Brunken vor dem Hintergrund eines umfassenden technologischen Wandels bibliothekarischer und publizistischer Infrastrukturen auf kooperative Strategien wissenschaftlicher Informationsversorgung in Deutschland ein. Im Mittelpunkt stehen dabei die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten „Fachinformationsdienste für die Wissenschaft“, die nicht zuletzt die komplexen Diskussionen über die notwendigen Informations-, Publikations- und Forschungsdateninfrastrukturen begleiten, moderieren und immer wieder auch auf ihre Zielgruppentauglichkeit überprüfen, wobei die Open-Access-Transformation eine besondere Rolle spielt. Auch die Fachinformationsdienste tragen auf diese Weise dazu bei, Bibliotheken zu transparenten Gatekeepern einer fluiden – und offenen – Wissenslandschaft zu machen.

ABSTRACTS

Hole Rößler

Informationsdienstleistung im 17. und 18. Jahrhundert

Wissenstechniken in der Wolfenbütteler Hofbibliothek zwischen Leibniz und Lessing

GWU 75, 2024, H. 11/12, S. 605 – 623

Die moderne Vorstellung von Bibliotheken als multimedialen Informationsdienstleistern nimmt ihren Anfang um die Wende von 17. zum 18. Jahrhundert. Durch die Institutionalisierung gelehrter Lektürepraktiken sollte die Produktion von Wissen beschleunigt werden. Neben den konkreten Versuchen, die in Büchern gespeicherten Informationen schneller auffindbar zu machen, behandelt der Beitrag die sozialen Bedingungen dieser Entwicklung. Als ein eher typisches denn herausragendes Beispiel für die langwierige Transformation einer repräsentativen Büchersammlung in ein Instrument gelehrter Forschung dient die herzogliche Hofbibliothek von Wolfenbüttel.

Michael Knoche

Büchern eine Biographie geben

Provenienzforschung in Bibliotheken

GWU 75, 2024, H. 11/12, S. 624 – 639

Anders als in Archiven und Museen spielte die Frage nach der Herkunft ihrer Bestände in den Bibliotheken lange Zeit kaum eine Rolle. Eine Buchaufstellung nach Provenienzen gab es nur in Ausnahmefällen. Seit den 1980er Jahren sind die Bibliotheken zunehmend von Seiten der Wissenschaft mit Fragen nach Herkunft, Gebrauch und Zusammenhang ihrer Bestände konfrontiert. Etwa zur selben Zeit häuften sich auch die Anfragen enteigneter Buchbesitzer bzw. ihrer Rechtsnachfolger nach dem Verbleib unrechtmäßig entzogenen Eigentums. Einen Wendepunkt markiert die Washingtoner Konferenz von 1998. In ihrer Folge steht die Ermittlung von NS-Raubgut ganz oben auf der Agenda der Bibliotheken. Auch Bücher, die im Zuge der Bodenreform bzw. von DDR-Unrecht oder in kolonialen Kontexten in die Bibliotheken gelangt sind, gerieten seither in den Fokus. Durch den von außen kommenden Druck waren die Bibliotheken gezwungen, ihre Provenienzforschung zu professionalisieren und methodisch weiterzuentwickeln. Der entstandene Gewinn an Informationen verändert auch das Selbstverständnis der Institutionen.

Anna Brunken

Strategien überregionaler wissenschaftlicher Informationsversorgung in Deutschland

GWU 75, 2024, H. 11/12, S. 640 – 651

Der Beitrag beleuchtet kooperative Strategien zur Bereitstellung wissenschaftlicher Spezialliteratur in Deutschland. Aufgrund ihrer Spezifizierung und der begrenzten Anzahl an Rezipienten pro Informationsressource weist wissenschaftliche Fachliteratur einen geringen Kosten-Nutzen-Effekt auf, darüber hinaus können Informationsbedarfe Forschender nur schwer antizipiert werden. Verschiedene Förderlinien, Technologien und Lizenzmodelle tragen dazu bei, die nationale Informationsversorgung institutionsübergreifend zu betreiben und zu koordinieren.

Michael Sauer

„Quelle“ und „Darstellung“ im Verständnis von Schülerinnen und Schülern

Ergebnisse einer empirischen Studie

GWU 75, 2024, H. 11/12, S. 652 – 672

„Quellenarbeit“ ist das grundlegende Konzept des deutschen Geschichtsunterrichts. Voraussetzung für das Gelingen von Quellenarbeit ist, dass Schülerinnen und Schüler über ein adäquates Verständnis des Begriffs „Quelle“ (und des Komplementärbegriffs „Darstellung“) verfügen. In der hier vorgestellten Untersuchung wurden 705 Schülerinnen und Schüler aus 6., 9. und 12. Gymnasialklassen daraufhin befragt, indem sie einen kurzen Erklärungstext verfassen sollten. Die Auswertung mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse ergab, dass die untersuchten Klassen insgesamt kein klares Verständnis des Konzepts „Quelle“ haben. Häufigste Fehlkonzepte sind das Verständnis von „Quelle“ als Nachweis, ausschließlich als Textdokument und als reiner Informationsträger. Im Jahrgang 12 nimmt die Verwendung der problematischen Begriffe „Primär- und Sekundärquellen“ zu. Das Konzept „Darstellung“ ist den befragten Schulklassen (noch einmal) weitaus weniger vertraut.

Christina

Morina

Warum die Geschichte des Holocaust mehr als (deutsche) Geschichte ist
GWU 75, 2024, H. 11/12, S. 673 – 681

Der hier dokumentierte Vortrag wurde aus Anlass des Holocaust-Gedenktages 2024 vor Abiturientinnen und Abiturienten in Kassel gehalten. Ausgehend von einem Forschungsprojekt über die Judenverfolgung in Tagebüchern an der Universität Bielefeld stellt er exemplarisch dar, wie sich die historische Forschung derzeit mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzt. Welche Fragen, Quellen und Forschungsansätze werden besonders intensiv verhandelt? Warum spielen die sog. Mehrheitsgesellschaft (bzw. Bystander), kulturelle Traditionen und soziale Beziehungen dabei eine hervorgehobene Rolle? Die Shoah und andere Massenverbrechen können letztlich nur hinreichend verstanden werden, wenn man sie als das Ergebnis komplexer politischer, gesellschaftlicher und interpersonaler Prozesse betrachtet.

Inhaltsverzeichnis

ABSTRACTS

S. 602

EDITORIAL

S. 604

BEITRÄGE

Hole Rößler

Informationsdienstleistung im 17. und 18 Jahrhundert

Wissenstechniken in der Wolfenbütteler Hofbibliothek zwischen Leibniz und Lessing (S. 605)

Michael Knoche

Büchern eine Biographie geben

Provenienzforschung in Bibliotheken (S. 624)

Anna Brunken

Strategien überregionaler wissenschaftlicher Informationsversorgung in Deutschland (S. 640)

Michael Sauer

„Quelle“ und „Darstellung“ im Verständnis von Schülerinnen und Schülern

Ergebnisse einer empirischen Studie (S. 652)

BERICHTE UND KOMMENTARE

Christina Morina

Warum die Geschichte des Holocaust mehr als (deutsche) Geschichte ist (S. 673)

INFORMATIONEN NEUE MEDIEN

Gregor Horstkemper

Fachinformationsdienste für die historische Forschung (S. 682)

LITERATURBERICHT

Dietmar von Reeken

Geschichtsdidaktik Teil IV (S. 685)

NACHRICHTEN

S. 703

AUTORINNEN UND AUTOREN

S. 708

REGISTER DES JAHRGANGS 75/2024

S. 709

Zitation

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 75 (2024), 11/12, in: *H-Soz-Kult*, 05.12.2024, <https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151632>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Central European History 57 (2024), 3

Cambridge 2024: [Cambridge University Press](https://www.cambridge.org/core/journals/central-european-history/issue/0BEB130E58B9CB463A30825AFC683455)

<https://www.cambridge.org/core/journals/central-european-history/issue/0BEB130E58B9CB463A30825AFC683455>

Preis institutions \$180/£95 print-plus-online and \$150/£79 print only; graduate student \$25/£11, Conference Group members \$40/£21

ISSN [0008-9389 \(Print\)](https://www.issn.org/issn/0008-9389); [1569-1616 \(Online\)](https://www.issn.org/issn/1569-1616)

Kontakt

Central European History (CEH)

Tennessee

c/o

Prof. Monica Black; Editor, Central European History; History History Department; Dunford Hall, 6th Floor; University of Tennessee, Knoxville; Knoxville, Tennessee 37996, USA. Tel. 1-865-974-5424

Von

Jakob Schneider, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

Article

An Imperial Adventus into a City of Warehouses: History, Modernity, and Urbanity in the Symbolic and Material Construction of Hamburg's Free Port

Lasse Heerten

pp 311 - 337

Afterlives of Anders als die Andern and of Weimar

Sara Friedman

pp 338 - 356

For Want of Membership and Money: The 1936 Hitler Youth Law and the Hitler Youth's Home Procurement Campaign

Kara Ritzheimer

pp 357 - 376

The West German and Italian Left in the "Two Cultures" Debate: Transnationalization and Localization (1964–1969)

Ettore Costa

pp 377 - 398

Book Review

Olfaktorik und Entgrenzung. Die Visionen der Wienerin Agnes Blannbekin By Julia Seeberger. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022. Pp. 364. Hardcover €50.00. ISBN: 978-3847114093.

Seite B 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Jacob M. Baum
pp 399 - 400

Comoedien, Curen, Correctionen. Ulms Fundenkinder in der Frühen Neuzeit By Maria Griemert. Stuttgart: Franz Steiner, 2022. Pp. 184. Paperback €46.00. ISBN: 978-3515129886.

Thomas Max Safley
pp 401 - 402

Intervention and State Sovereignty in Central Europe, 1500-1780 By Patrick Milton. Oxford: Oxford University Press, 2022. Pp. xvi + 303. Cloth \$115.00. ISBN: 978-0192871183.

Stephen A. Lazer
pp 402 - 404

Combating the Hydra: Violence and Resistance in the Habsburg Empire, 1500-1900 By Stephan Steiner. West Lafayette, Indiana: Purdue University Press, 2023. Pp. xxiv + 252. Paperback \$49.99. ISBN: 978-1612498058.

Maximilian Miguel Scholz
pp 404 - 406

Iron and Blood: A Military History of the German-Speaking Peoples since 1500 By Peter H. Wilson. Cambridge: Harvard University Press, 2022. Pp. xlix + 913. Cloth \$39.95. ISBN: 978-0674987623.

Richard L. DiNardo
pp 406 - 407

Eine Löwin im Kampf gegen Napoleon? Die Konstruktion der Heldin Katharina Lanz By Margareth Lanzinger and Raffaella Sarti. Vienna and Cologne: Böhlau, 2022. Pp. 392. Hardcover €50.00. ISBN: 978-3205206613.

Jasper Heinzen
pp 407 - 409

Przemyśl, Poland: A Multiethnic City During and After a Fortress, 1867-1939 By John E. Fahey. West Lafayette, Indiana: Purdue University Press, 2023. Pp. xiv + 210. Paperback \$54.99. ISBN: 978-1612498096.

Andrew H. Kless
pp 409 - 411

Desert Edens: Colonial Climate Engineering in the Age of Anxiety By Philipp Lehmann. Princeton and Oxford: Princeton University Press, 2022. Pp. x + 244. Cloth \$39.95. ISBN: 978-0691238289.

Caroline Ford
pp 411 - 413

The Invention of Marxism: How an Idea Changed Everything By Christina Morina. Translated from the German by Elizabeth Janik. New York: Oxford University Press, 2022. Pp. 560. Hardcover \$37.99. ISBN: 978-0190062736.

Warren G. Breckman
pp 413 - 415

Robert Michels, Socialism, and Modernity By Andrew G. Bonnell. New York: Oxford University Press, 2023. Pp. viii + 282. Cloth \$110.00. ISBN: 978-0192871848.

Seite B 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

William Smaldone
pp 415 - 416

Eugenik und Sozialismus. Biowissenschaftliche Diskurse in den sozialistischen Bewegungen Deutschlands und Großbritanniens um 1900 By Birgit Lulay. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2021. Pp. 402. Cloth €75.00. ISBN: 978-3515130424.

Andrew G. Bonnell
pp 417 - 418

Consuming Landscapes: What We See When We Drive and Why It Matters By Thomas Zeller. Baltimore: John Hopkins Press, 2022. Pp. xi + 248. Cloth \$55.00. ISBN: 978-1421444826.

Luminita Gatejel
pp 419 - 420

On a Knife Edge: How Germany Lost the First World War By Holger Afflerbach. Translated by Anne Buckley and Caroline Summers. Cambridge: Cambridge University Press, 2022. Pp. xiii + 557. Hardcover \$29.95. ISBN: 978-1108832885.

William Mulligan
pp 420 - 422

Ein "bündischer Kulturmarkt" entsteht. Die deutsche Jugendbewegung und Jugendmusikbewegung als Katalysator für den Aufbau von Kulturmarkunternehmen 1918-1933 By Franziska Meier. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2022. Pp. 319. Paperback €64.00. ISBN: 978-3515133043.

Julia Sneeringer
pp 422 - 424

Moderate Modernity: The Newspaper Tempo and the Transformation of Weimar Democracy By Jochen Hung. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2023. Pp. 266. Hardcover \$75.00. ISBN: 978-0-472-13332-1.

Jennifer Lynn
pp 424 - 425

Before the Holocaust: Antisemitic Violence and the Reaction of German Elites and Institutions during the Nazi Takeover By Hermann Beck. Oxford: Oxford University Press 2022. Pp. 569. Hardcover \$41.99. ISBN: 978-0192865076.

Olaf Blaschke
pp 426 - 427

Writing and Rewriting the Reich: Women Journalists in the Nazi and Post-War Press By Deborah Barton. Toronto: University of Toronto Press, 2023. Pp. xiii + 360. Cloth \$85.00. ISBN: 978-1487547219.

Elisabeth Krimmer
pp 427 - 429

Animals under the Swastika By J. W. Mohnhaupt. Translated by John R. J. Eyck. Madison: The University of Wisconsin Press, 2022. Pp. 196. Cloth \$26.95. ISBN: 978-0299338008.

Belinda Kleinhans
pp 429 - 431

Seite B 96 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Germans against Germans: The Fate of the Jews, 1938-1945 By Moshe Zimmermann. Translated by Naftali Greenwood. Bloomington: Indiana University Press, 2022. Pp. ix + 245. Paperback \$25.00. ISBN: 978-0253062307.

Philipp Nielsen
pp 431 - 432

Zwischen Fronten. Die deutsch-französische Grenzregion und der Weg in den Zweiten Weltkrieg By Johannes Großmann. Göttingen: Wallstein, 2022. Pp. 541. Hardcover €48.00. ISBN: 978-3835352100.

Devlin M. Scofield
pp 433 - 434

Supreme Courts under Nazi Occupation Edited by Derk Venema. Amsterdam: Amsterdam University Press, 2022. Pp. 340. Cloth €128.00. ISBN: 978-9463720496.

Peter M. R. Stirk
pp 435 - 437

German Blood, Slavic Soil: How Nazi Königsberg Became Soviet Kaliningrad By Nicole Eaton. Ithaca: Cornell University Press, 2023. Pp. xiii + 315. Cloth \$35.95. ISBN: 978-1501767364.

Robert L. Nelson
pp 437 - 438

War, Genocide and Cultural Memory: The Waffen-SS, 1933 to Today By Claus Bundgård Christensen, Niels Bo Poulsen, and Peter Scharff Smith. London and New York: Anthem Press, 2023. Pp. 378. Hardcover \$125.00. ISBN: 978-1785279669.

Franziska Anna Zaugg
pp 439 - 440

Rain of Ash: Roma, Jews, and the Holocaust By Ari Joskowicz. Princeton and Oxford: Princeton University Press, 2023. Pp. 368. Hardcover \$32.00. ISBN: 978-0691244044.

Sacha E. Davis
pp 441 - 442

Das Schloss der Schriftsteller. Nürnberg '46. Treffen am Abgrund By Uwe Neumahr. Munich: C. H. Beck. Pp. 304. Cloth €26.00. ISBN: 978-3406791451.

Joan L. Clinefelter
pp 442 - 444

Israel's Moment: International Support for and Opposition to Establishing the Jewish State, 1945-1949 By Jeffrey Herf. Cambridge: Cambridge University Press, 2022. Pp. 450. Cloth \$39.99. ISBN: 978-1316517963.

Laura Almagor
pp 444 - 445

Professor of Apocalypse: The Many Lives of Jacob Taubes By Jerry Z. Muller. Princeton: Princeton University Press, 2022. Pp. viii + 637. Cloth \$42.00. ISBN: 978-0691170596.

John McCole
pp 446 - 447

Seite B 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Ein Mantel des Schweigens. Der Umgang mit der NS-Geschichte in Opfer- und Täterfamilien By Johannes Reitter. Vienna and Cologne: Böhlau Verlag, 2022. Pp. 410. Cloth €45.00. ISBN: 978-3205215042.

Volker Benkert
pp 447 - 449

Trading Power: West Germany's Rise to Global Influence, 1963–1975 By William Glenn Gray. Cambridge: Cambridge University Press, 2023. Pp. xiii + 498. Hardcover \$44.99. ISBN: 978-1108424646.

Christoph Laucht
pp 449 - 450

Arbeit und Umwelt? Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969-1998 By Felix Lieb. Oldenbourg: De Gruyter, 2022. Pp. 451. Hardcover \$135.00. ISBN: 978-3110774238.

Stephen Milder
pp 450 - 452

Brewing Socialism: Coffee, East Germans, and Twentieth-Century Globalization By Andrew Kloiber. New York: Berghahn, 2023. Pp. xiii + 206. Hardcover \$135.00. ISBN: 978-1800736696.

Robert W. Thurston
pp 452 - 453

Culture from the Slums: Punk Rock in East and West Germany By Jeff Hayton. Oxford: Oxford University Press, 2022. Pp. xvii + 364. Hardcover £81.00. ISBN: 978-0198866183.

Anna Seidel
pp 454 - 455

Zitation

Central European History 57 (2024), 3, in: *H-Soz-Kult*, 10.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151904>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Osteuropäische Geschichte unterrichten in krisenhaften Zeiten

Veranstalter

Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker e. V.; Herder-Institut Marburg; Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO); Ingrid Schierle; Julia Herzberg

Veranstaltungsort Herder-Institut Marburg

35037 Marburg an der Lahn

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

20.02.2025 - 21.02.2025

Von

Julia Herzberg, Leibniz Institute for the History and Culture of Eastern Europe (GWZO)

Das Kolloquium zum Thema „Osteuropäische Geschichte unterrichten in krisenhaften Zeiten“ findet vom 20.-21. Februar 2025 im Rahmen der alljährlichen Tagung des Verbands der Osteuropahistorikerinnen und -historiker e. V. am Herder-Institut in Marburg statt. Die Veranstaltung wird von Ingrid Schierle (Eberhard-Karls-Universität Tübingen) und Julia Herzberg (Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) in Kooperation mit dem Herder-Institut in Marburg organisiert.

Osteuropäische Geschichte unterrichten in krisenhaften Zeiten

Das Schlagwort mangelnder Osteuropa-Expertise kursiert verstärkt seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine. Wie aber lassen sich aktuell Studierende für die Fächer osteuropäische Geschichte und Slavistik überhaupt gewinnen? Wie kann ein Unterricht aussehen, wenn Exkursionen und Studienaufenthalte nicht möglich oder schwierig sind? Welche Probleme und notwendigen Neuorientierungen resultieren aus der Nichtzugänglichkeit von Archiven und Bibliotheken? Wie kann das Thema Krieg gegen die Ukraine in die Lehre integriert werden?

Diese Fragen und die aktuellen Herausforderungen für Forschung und Lehre sind Thema des Kolloquiums. Auf der Grundlage von Projektpräsentationen und Berichten aus der Praxis sollen Perspektiven und Strategien für die Fächer osteuropäische Geschichte und Slavistik entwickelt werden. Dabei wird es unter anderem um Chancen des Einsatzes künstlicher Intelligenz für die Disziplin, die Neustrukturierung von Netzwerken und Kooperationen mit Universitäten im östlichen Europa, die Integration geflüchteter und emigrierter Kolleg:innen in die Lehre sowie den themenorientierten Unterricht zur Geschichte des östlichen Europas in europäischer, globaler und postkolonialer Perspektive gehen.

Programm

Donnerstag, 20. Februar 2024

Ab 11 Uhr Mitgliederversammlung des VOH

14:00-14:30 Begrüßung zum Kolloquium (Ingrid Schierle und Julia Herzberg)

Seite B 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

14:30-15:30 Podiumsdiskussion „Osteuropäische Geschichte unterrichten in krisenhaften Zeiten“ mit Michel Abeßer, Anke Hilbrenner, Anni-Lotta Hamer, Julia Herzberg.
Moderation: Anna Veronika Wendland

15:30-16:00 Kaffeepause

16:00-18:00 Ukraine und Russland. Wissen vermitteln zwischen Propaganda und Fakten
Andrij Portnov: „Ukrainische, russische und sowjetische Geschichte nach dem 24.02.2022
lehren: Herausforderungen und Fallen“
Dorothee Riese, Svitlana Telukha, Antje Johanning-Radžienė: “Zum Copernico-
Themenschwerpunkt „Die verletzte Stadt“: Von der Idee bis in den Unterricht”
Tanja Penter: "2014/22 - Zeitenwende in der Osteuropäischen Geschichte:
Veränderungen, Herausforderungen und Möglichkeiten in der Lehre“

19:00 Abendessen

Freitag, 21. Februar 2024

09:00 -11:00 KI in Osteuropastudien: Chancen und Herausforderungen
Jana Osterkamp: "Ukrainisch oder ruthenisch? Herausforderungen der digitalen Lehre
zum habsburgischen 19. Jahrhundert"
Achim Rabus: „Künstliche Intelligenz in den Osteuropastudien zwischen digitalem
Neoimperialismus und methodologischer Verheißung“
Alexa von Winning und Katharina Eisenbarth: „Chroniken, Chatbots und die belarusische
Geschichte in der Lehre“

11:00-11:30 Kaffeepause

11:30-13:00 Perspektiven und Probleme aus der Praxis
Monika Wingender: „Slavistik unterrichten in krisenhaften Zeiten“
Ingrid Schierle: "Regional, europäisch, global? Osteuropäische Geschichte in der
universitären Lehre"

13:00-13:30 Kommentar und Abschlussdiskussion
Dietmar Neutatz

13:30 Uhr Mittagessen

Kontakt

ingrid.schierle@uni-tuebingen.de; julia.herzberg@leibniz-gwzo.de

Zitation

Osteuropäische Geschichte unterrichten in krisenhaften Zeiten, in: H-Soz-Kult, 13.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/event/id/event-151973>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**10) Eastern European Holocaust Studies. Interdisciplinary Journal of the
Babyn Yar Holocaust Memorial Center 2 (2024), 2**

Berlin 2024: [Walter de Gruyter](https://www.degruyter.com/journal/key/eehs/2/2/html)

<https://www.degruyter.com/journal/key/eehs/2/2/html>

Preis Open Access

ISSN [2749-9030](https://www.degruyter.com/journal/key/eehs/2/2/html)

Kontakt allgemein

Kyiv

Von

Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter Oldenbourg

Das neue Heft der EEHS ist erschienen, komplett im Open Access - wir wünschen
anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

Andrea Pető:

Museums that Matter. Editorial Introduction

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0054/html>

Tali Nates, Mirjam Zadoff:

Introduction

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0053/html>

Bjorn Krondorfer, Steve Carr, Tali Nates and Andrea Pető:

“We had to be aware that people are thinking about this for the first time”: Interview with
Gabriela Bulišová and Mark Isaac

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0050/html>

Katarzyna Taczynska:

“The Chance of a Lifetime.” Interview with Professor Barbara Kirshenblatt-Gimblett on the
10th Anniversary of the Grand Opening of POLIN Museum of the History of Polish Jews

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0040/html>

Mirjam Zadoff:

Interview with Katrin Antweiler

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0052/html>

Tali Nates:

Interview with Dr. Roni Mikel-Arieli

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0048/html>

Katarzyna Taczyńska:

Competition of Memories? The Memory of the Łódź/Litzmannstadt Ghetto in Contemporary Museums in Łódź

There is no individual museum dedicated to the Łódź Ghetto in which 200,000 Jews were confined. However, there are institutions actively working to preserve the memory of the Jewish community in Łódź. This article focuses on two recently established museums in the city: the Radegast Station, founded in 2009, and the Museum of Polish Children, established in 2021. The aim is to analyze the mechanisms that led to the creation of these historical museums and explore their specific functions. I am interested not only in how these institutions shape and present the Jewish heritage, but also in the conceptualisation of the social role of these institutions and the analysis of their presence in the public space. To achieve this, I examine local micro-interactions within the current framework of Poland's politics of history. Given that nationalism is the predominant ideology of modernity, my text demonstrates how nationalist discourses impact the commemoration of the Łódź/Litzmannstadt Ghetto and influence the remembrance of Second World War.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2023-0026/html>

Borbála Klacsmann:

Invisibilizing Responsibility: The Holocaust Museums of Slovakia and Hungary Facing and coming to terms with the past in post-Holocaust Europe has not only been a moral imperative but also a challenge in scientific, political and social senses. This process was delayed significantly in socialist countries. A part of the development of a post-socialist commemorative structure was the establishment of Holocaust museums which not only serve as a memento of the past but also provide an institutional framework for memorialization, research and education about the Holocaust. However, nationalist political forces jeopardize this process by attempting to whitewash the past in order to preserve a positive picture of the nation. In this paper, I compare the permanent exhibitions of three museums from Slovakia and Hungary in order to illuminate how this struggle influences their exhibition narratives and activities. After examining the narrative strategies of the exhibitions and conducting interviews with museum personnel of the Holocaust Memorial Center (Budapest), the House of Jewish Excellencies (Balatonfüred) and the Sered' Holocaust Museum, it can be inferred that especially the way collaboration, perpetration, and in general, the role of the local non-Jewish population is depicted (or obscured), is inextricably intertwined with political agendas.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2023-0027/html>

Valerio Angeletti, Lorenzo Posocco and Micol Meghnagi:

Fossil Memory: Unaltered Narratives of Resistance and Deportation in the Oldest Italian Holocaust and Resistance Museums

In Italy, after the victory of Giorgia Meloni's post-fascist party, "Fratelli d'Italia," several studies began to discuss whether or not the country has come to terms with the memory of fascism, its role as an inspirer of Nazism, and the collaboration with Nazi Germany in the Holocaust. Especially the latter, scholarly literature pointed out, has failed to receive the attention it deserves. This article argues that this is particularly true with regard to public history, the way historical information and events are interpreted and presented to the general public, and focuses on public museums exhibiting the Holocaust and resistance. Evidence for this article comes from two in-depth case studies regarding the oldest yet unaltered Liberation Museum in Rome and the Museum-Monument to Racial and Political Deportees in the Nazi Lagers in Carpi. The article contends that within these museums, the narration of resistance prevails, whilst evidence of Italy's past collaborationism remains

hidden and unexhibited. In essence, these museums emphasise national heroism and sidestep Italian accountability in the Holocaust.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2023-0025/html>

Lorenzo Posocco , Valerio Angeletti and Micol Meghnagi:

Nationalism, Italy and the Exhibition of the Holocaust: Findings of a Study on the Recently built Museums of Campagna and San Donato

In recent years, Italy has seen a proliferation of Holocaust Museums and Memorials. This article focuses on two recent additions: the Museum of the Twentieth Century and the Shoah in San Donato Val di Comino (Frosinone), and the Memory and Peace Museum Giovanni Palatucci Study Center in Campagna (Salerno). It uses qualitative methods including in-depth interviews, direct observation, analysis of information panels, other audio and visual elements, and is guided by a theoretical framework rooted in theories of nationalism. The research findings show that these museums present an overly positive narrative of Italy's role in the Holocaust lacking critical examination and perpetuating the myth of the "good Italian" already identified by other scholars. The museums emphasize favourable conditions for Jewish internees without considering factual evidence that could have provided a more balanced perspective. Additionally, they fail to acknowledge Italian collaboration with Nazi Germany, both, at the exhibition sites and elsewhere. Both museums highlight a Christian salvific narrative, stressing the role of Christian Italians saving Jews, and perpetuating stereotypes of Jews as passive victims. Additionally, Jews are excluded from the notion of "Italianness" and portrayed as "others." Also, fascism is excluded, deemed incompatible with the idealized Italian Christian civilization proposed by the museums.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2023-0028/html>

Micol Meghnagi , Lorenzo Posocco and Valerio Angeletti:

Contested Memories in the Border Town of Trieste: A Comparative Analysis of the Risiera di San Sabba and The Foiba di Basovizza

This article analyses the Risiera di San Sabba, the museum of the only Nazi concentration camp in Italy with a crematorium, and the Foiba di Basovizza, the prominent memorial commemorating the mass killing of Italians carried out by Yugoslav Partisans, examining how they exhibit Italian complicity with Nazi Germany and shed light on the politics of memory in Italy's post-war history. Through a theoretical framework grounded on theories of nationalism, the argument that will be put forward is that the mentioned museums represent fascism as an alien object and Italians as victims/freedom fighters, neglecting Italy's direct involvement in the Holocaust. Concluding remarks will suggest that the historical lack of critical analysis enabled the juxtaposition of the memory of the Holocaust with the Foibe, paving the ground for the proliferation of post-fascist historical accounts and their institutionalisation as manifest in Italy's current political landscape.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2023-0029/html>

Ruth Leiserowitz:

Representations of the Holocaust in the Jewish Museum in Kaliningrad

In November 2018, the reconstructed synagogue was inaugurated in Kaliningrad (Russian Federation) on the site of the house of worship destroyed on the night of the pogrom of 1938, Kristallnacht. Since 2022, a small Jewish Museum has also opened in the active synagogue, the centerpiece of which is a thematically conceptualized permanent exhibition. In the following article, the initial situation, mission, and thematic expectations for the creation of the permanent exhibition are described. It was desired that it should have an identity-forming and identity-promoting effect on the Jews of the Kaliningrad congregation and the entire region. Furthermore, it should be educational and entertaining for the population and tourists of the area, but also represent a place of remembrance of

the former Jewish life and the Holocaust for the Jewish visitors of the region. Subsequently, the chosen exhibition media are described, as well as the selection of narratives and their respective media implementation. The text also sheds light on the object from the perspective of Jewish cultural heritage: The Kaliningrad region is one of the Eastern European post-displacement areas in which German traces (including German-Jewish traces) are regarded as a dissonant heritage. The authorized heritage discourse does not accept the consequences of the Holocaust here and ignores the city's Jewish heritage. How can Jewish cultural heritage be made visible under these conditions? How can the new museum contribute to a change?

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0008/html>

Ran Zwigenberg, Zuzanna Dziuban:

Exchanging "Mementos of Death": Holocaust Remains in Poland and Japan

In 1962, a Japanese delegation of peace activists visited Auschwitz-Birkenau where they participated in the annual ceremony commemorating the liberation of the camp. As part of the ceremony, the delegation engaged in an exchange of Hiroshima and Auschwitz "mementos," receiving from the Polish side, amongst others, an urn containing ashes of the victims of the camp. The exchange was the first of several that included Holocaust urns, most of which are now in Japan, and a part of a much broader phenomenon of material dispersal of human remains instituted by Polish museums established at the former Nazi camps. In this paper, we take a critical look at this practice, its development, directionalities and meanings. Tracing the journey of the urns and their various uses, we argue, reveals the complex politics and cultural landscape of the transnational commemoration of World War II in its very local meanings in Poland, Japan and beyond.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0024/html>

Bjorn Krondorfer:

Holocaust***Gulag: Repressing, Rescuing, and Regulating Recalcitrant Legacies. Report on the International Roundtable Symposium

Is it possible to bring into conversation two different traumatic legacies that occurred in the twentieth century in Europe? How can we engage in productive conversation about two totalitarian systems that repressed, incarcerated, dehumanized, and murdered people deemed enemies of the state or unworthy of living? These were some of the challenging questions addressed in the roundtable symposium "Holocaust***Gulag: Repressing, Rescuing, and Regulating Recalcitrant Legacies." The symposium aimed at addressing specific aspects of the difficult and painful histories of the Holocaust and the Gulag, and to probe how these long-lasting legacies intrude into contemporary society, culture, religion, and politics.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0025/html>

Irina Makhalova, Irina Rebrova:

(Post)War Trials of Nazi Perpetrators and Their Auxiliaries in the Soviet Union: History and Ongoing Debates

The article briefly outlines the current state of scholarly literature devoted to ongoing debates on the history and role of war- and postwar open and closed trials of Nazi perpetrators and their auxiliaries in the Soviet Union. Having become partly available for historians more than two decades ago, these trials proceedings constitute a unique source for analyzing various aspects of the Second World War on the Eastern front, including the Holocaust. This article describes the legal basis for prosecuting Nazi criminals (in the 1940s) and Soviet collaborators (mainly from the 1940s until the 1970s) and summarizes ongoing debates concerning the nature and peculiarities of both closed and open Soviet war crimes trials with an outline of the main topics for further research.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0051/html>

Borbala Klacsmann:

“The Jews’ last march in their life” – An unknown Holocaust photo from Dubno

In this source publication I analyze a photograph taken by a Hungarian soldier serving in the Eastern front, which depicts the Jews of Dubno marching toward the Surmychi airfield where the Nazis massacred them. The image is an example of photos taken during the war and then stashed away, only to resurface again when the generation which survived the war, passed away. Today, several similar images are available in public collections and internet databases, and enrich our knowledge about the local events of the Holocaust.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0036/html>

Brigitte Bailer

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (ed.), Wir hätten es nicht ausgehalten, dass die Leute neben uns umgebracht werden. Hilfe für verfolgte Juden in Österreich 1938–1945, Berlin: 2023, edited in cooperation with Gedenkstätte Deutscher Widerstand: Stille Helden. Widerstand gegen die Judenverfolgung in Europa 1933–1945

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0004/html>

Herbert Randall:

Starving the Wolf: Olga Stefan’s Gestures of Resistance

This review discusses Olga Stefan’s 2019 documentary Gestures of Resistance, featuring interviews with Holocaust survivors who highlight lesser-known resistance movements from Central and Eastern Europe.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/eehs-2024-0010/html>

Zitation

Eastern European Holocaust Studies. Interdisciplinary Journal of the Babyn Yar Holocaust Memorial Center 2 (2024), 2, in: *H-Soz-Kult*, 11.12.2024, <https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151834>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Quest. Issues in Contemporary Jewish History 26 (2024)

Zeitschriftentitel [Quest. Issues in Contemporary Jewish History](#)

Weiterer Titel Jewish Experiences during the Great Depression in East Central Europe (1929-1934)

Mailand 2024: [Fondazione Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea](#)

160 Seiten

Preis Kostenfreier Zugang im Internet

Quest. Issues in Contemporary Jewish History

c/o

Fondazione Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea via Eupili 8 20145 Milano Italy E-Mail: <mail@quest-cdecjournal.it> Tel.: +39 02.31.63.38; 02.31.60.92

Von

Ulrich Wyrwa, Historisches Institut, Universität Potsdam

Der Zusammenbruch der New Yorker Börse im Oktober 1929 hatte weltweit verheerende Wirkungen, die in der historischen Rückschau vor allem mit der sozialen Verelendung der Massen und der politischen Demoralisierung im Mittelstand verknüpft werden. Zu den Folgen gehörte ferner der Aufstieg rechtsnationalistischer Parteien und autoritärer Entwicklungen in Europa, in Deutschland die Aushändigung der Staatsmacht an die von ihrem antisemitischen Wahn besessene NSDAP. Die Furcht, der Schrecken und das Elend, das damit für die jüdische Bevölkerung in Europa hereingebrochen war, verdeckt die Erinnerung daran, welche desaströsen Folgen die Weltwirtschaftskrise für die jüdische Bevölkerung hatte. Bis auf eine grundlegende Studie über New York, in der auch das Titelbild dieser Ausgabe abgebildet ist, liegen dafür keine systematischen historischen Untersuchungen vor. Mit diesem Heft wird damit ein bisher unbeachtetes Forschungsfeld eröffnet. Der Fokus liegt dabei auf jenem Raum in Europa, in dem seinerzeit etwa 46 % der jüdischen Bevölkerung der Welt lebte: auf Ostmitteleuropa.

Péter Buchmüller und Ágnes Kelemen untersuchen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Juden in Ungarn. Sie zeigen welche Folgen der Niedergang der ungarischen Wirtschaft für das ungarische Judentum hatte und konzentrieren vor allem auf die jüdischen Universitätsstudenten und Anwälte, jene sozialen Gruppen, die in der Krise den heftigsten anti-semitischen Anfeindungen ausgesetzt waren.

Für die Tschechoslowakei geht Daniela Bartakova der Berichterstattung über die Folgen der Großen Depression in jüdischen Zeitungen nach, insbesondere in der tschechischsprachigen zionistischen Zeitschrift Židovské Zprávy (Jüdische Nachrichten).

Klaus Richter widmet sich der Frage, wie sich die Weltwirtschaftskrise auf die litauischen Juden, ihr Verhältnis zu den ethnischen Litauern und zum litauischen Staat auswirkte. Die Regierung sah in der ökonomischen Krise die Möglichkeit, ihr Ziel einer „Litauisierung“ der nationalen Wirtschaft zu forcieren, mit dramatischen Folgen für die jüdische Bevölkerung in Litauen. Es öffneten sich dabei aber auch Möglichkeiten für Juden außerhalb der Shtetl eine Existenz aufzubauen.

Mit den jüdischen Erfahrungen in Lettland während der Wirtschaftskrise befasst sich Paula Oppermann. Lettische Jüdinnen und Juden waren besonders in jenen Wirtschaftssektoren vertreten, die am stärksten von der Krise betroffen waren. Sie geht den kollektiven und individuellen Reaktionen der jüdischen Bevölkerung in Lettland nach und widmet sich den jüdischen Kreditgenossenschaften, den jüdischen Suppenküchen und den Aktivitäten der lettischen Partei Agudas Israel. Obwohl die Juden in Lettland eine heterogene Gruppe waren, begegneten sie der Krise oft mit vereinten Kräften, mitunter auch über die ethnischen Grenzen hinweg, da die lettischen Juden in der Zivilgesellschaft verwurzelt waren. Dennoch nutzten lettische Nationalisten die Krise, um Hass gegen Juden zu schüren, und die Politik des autoritären Regimes nach 1934 traf die Juden oft härter als die Wirtschaftskrise.

Zeitgenössische jüdische Zeitungen haben, wie Wyrwa und Richter in ihrer Einleitung zeigen, sehr genau und ausführlich über die jüdischen Erfahrungen und die sozialpsychologischen Auswirkungen der Großen Depression berichtet. Doch die Erinnerungen daran sind von dem bald folgenden weit größeren Schrecken und dem Mord an den europäischen Juden verdeckt worden.

Wie wenig Beachtung diese Frage in der historischen Forschung und den jüdischen Studien bisher gefunden hat, zeigte sich auch an der Absage von zwei bereits zugesagten Aufsätzen kurz vor Redaktionsschluss. Diese sollten sich zudem auf die für die jüdische Geschichte Ostmitteleuropas so entscheidenden Länder Polen und Rumänien beziehen. Es bleibt somit

eine gravierende Lücke. Zu verschmerzen ist sie allein deswegen, weil mit diesem Heft nur ein Anfang besprochen werden konnte, der zu weiteren, auch die anderen Teile Europas einbeziehenden Forschung anregen sollte.

Inhaltsverzeichnis

Ulrich Wyrwa and Klaus Richter,
Introduction

Péter Buchmüller and Ágnes Kelemen
The Great Depression and its Effect on Hungarian Jews

Daniela Bartakova,
Jewish News and Reflections on the Great Depression in Czechoslovakia

Klaus Richter,
Jews, the Great Depression, and the "Lithuanianisation" of the National Economy

Paula Oppermann,
The World Economic Crisis. Jewish Experiences and Responses in Latvia

Discussion

Daniel Boyarin The No-State Solution: A Jewish Manifesto
Discussion by Arie M. Dubnov

Reviews

Mara Josi, Rome 16 October 1943: History, Memory, Literature
by Michele Sarfatti

Sharon Hecker and Raffaele Bedarida, eds., Curating Fascism: Exhibitions and Memory
from the Fall of Mussolini to Today
by Francesco Cassata

Magda Teter, Christian Supremacy: Reckoning with the Roots of Antisemitism and Racism
by Matteo Caponi

Tamás Turán, Ignaz Goldziher as a Jewish Orientalist: Traditional Learning, Critical
Scholarship, and Personal Piety
by George Y. Kohler

Liat Steir-Livny, Holocaust Representations in Animated Documentaries: The Contours of
Commemoration
by Guido Vitiello

Omer Bartov, Tales from the Borderlands: Making and Unmaking the Galician Past
by Hana Kubátová

Zitation

Quest. Issues in Contemporary Jewish History 26 (2024) , in: *H-Soz-Kult*, 09.12.2024, <https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151736>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Judaica Bohemiae 59 (2024)

Prag 2024: [Selbstverlag des Herausgebers](#)

219 Seiten

Preis variabel

ISSN [0022-5738](#)

Kontakt

Judaica Bohemiae

Prag

c/o

Židovské muzeum v Praze Judaica Bohemiae U Staré školy 1, 3 110 01 Praha 1 Czech Republic Tel.: +420 221 711 576 (577)

Von

Iveta Cermanova, Jewish History Department, Židovské muzeum v Praze / Jewish Museum in Prague

A new issue of the journal *Judaica Bohemiae* (Vol. 59/2024) came out in December 2024. It starts with a study by Marie Buňatová (Credit Networks of Prague Jewish Financiers during the First Two Decades of the Seventeenth Century), which provides insights into the intricate world of early modern Jewish finance, explaining in detail the credit practice of Prague Jews and their close connection to the economic environment of the Kingdom of Bohemia. The next paper by Marie Krappmann (Das Purimspiel „Mordche und Ester“: Wie weit kommt man mit textzentrierter Analyse, wenn textexterne Kontextuierungen fehlen) analyzes the comic Purim play *Mordche und Ester*, showing how its text reflects the problems of Jewish life at the end of the 18th century. Martin Jemelka (Jewish Businessmen and Businesswomen in the Shoemaking Industry in the Bohemian Lands until the End of the First World War) illuminates the key role played by Jewish entrepreneurs in the development of the shoemaking industry in the Bohemian lands in the 19th century and the first quarter of the 20th. Veronika Seidlová (Between the Hazzan's Pulpit and the Operatic Stage: A Biography of the Bimusical Singer Yitzhak Man) deals with the life and career of Yitzhak Man (1885–1963), the distinguished opera singer and hazzan who served as Chief Cantor of the Great Synagogue in Brno between 1927 and 1939, continuing with this activity in Mandatory Palestine and Israel. In the Documents section, an article by Pavel Sládek and Antonín Roos (An Unknown Hebrew Deliverance Narrative from 1772: The Story of Joseph Isaac Poppers' Illness and Recovery) highlights an unknown manuscript that has been preserved in the collections of the Columbia University Libraries in New York, which contains a 1771 account of the illness and recovery of the prominent Prague Jewish merchant Yitzhak Poppers.

In the Reports section, Alicja Maślak-Maciejewska reports on the international conference Central European Jewish Communities in the Toleration and Emancipation Period, 1781–1938 (Olomouc, 24.–25.5.2023), Tomáš Krákora on the ninth Jews in Bohemia seminar (Karlovy Vary, 11.–13.10.2023) and Jakub Hauser on the international conference Preserving Memory. Holocaust Monuments and Memorials in Central Europe (Prague, 17.–18.9.2024).

The final section of the journal contains reviews of the following books: Olga Sixtová et al., *Pinkasim a správa židovských obcí v českých zemích raného novověku: struktura a funkce* [Pinkasim and the Administration of the Jewish Communities in the Early Modern Bohemian Lands] (Alexandr Putík – Lenka Uličná), Johannes Czakai, *Nochems neue Namen. Die Juden Galiziens und der Bukowina und die Einführung deutscher Vor- und Familiennamen 1772–1820* (Iveta Cermanová), Nathan Shifriss, *Solomon Judah Rapoport (Shir). Haskalah, Rabbinat, Nationalism* (Pnina Markéta Younger), Radek Lipowsky, *Malý velký Koloredov. Ekonomické vazby v protoindustriální oblasti na konci 18. století a v první polovině 19. století* [Koloredov. Economic Relations in a Proto-Industrial Region at the End of the 18th Century and in the First Half of the 19th Century] (Daniel Baránek), Daniel Baránek, *Překračování hranic ghetta. Proměna židovských sídelních struktur a akulturačních strategií židů* [Crossing the Ghetto Borders: The Transformation of Jewish Settlement Structures and the Acculturation Strategies of Jews] (Ivana Ebelová) and Zdeněk Hudec, *Historický estetismus. Repräsentace holokaustu v československém a českém hraném filmu 1948–2019* [Historical Aestheticism: Representations of the Holocaust in Czechoslovak and Czech Feature Films, 1948–2019] (Jakub Egermajer).

Published since 1965 by the Jewish Museum in Prague, *Judaica Bohemiae* focuses on Jewish history and culture in Bohemia, Moravia and the wider Central European area (the territory of the former Habsburg Monarchy). Originally a biannual journal, it came out annually in 1994–2008, and twice yearly in 2009–2022. As of 2023, it is once again an annual publication. The texts are published in English and German.

Inhaltsverzeichnis

STUDIES AND ARTICLES

Marie Buňatová: Credit Networks of Prague Jewish Financiers during the First Two Decades of the Seventeenth Century

Marie Krappmann: Das Purimspiel „Mordche und Eßter“: Wie weit kommt man mit textzentrierter Analyse, wenn textexterne Kontextuierungen fehlen

Martin Jemelka: Jewish Businessmen and Businesswomen in the Shoemaking Industry in the Bohemian Lands until the End of the First World War

Veronika Seidlová: Between the Hazzan's Pulpit and the Operatic Stage: A Biography of the Bimusical Singer Yitzhak Man

DOCUMENTS

Pavel Sládek – Antonín Roos: An Unknown Hebrew Deliverance Narrative from 1772: The Story of Joseph Isaac Poppers' Illness and Recovery

REPORTS

Alicja Maślak-Maciejewska: International Conference 'Central European Jewish Communities in the Toleration and Emancipation Period, 1781–1938'

Tomáš Krákora: The Ninth 'Jews in Bohemia' Seminar in Karlovy Vary

Jakub Hauser: International Conference 'Preserving Memory. Holocaust Monuments and Memorials in Central Europe'

BOOK REVIEWS

Olga Sixtová et al., ed. Pavel Sládek, Pinkasim a správa židovských obcí v českých zemích raného novověku: struktura a funkce [Pinkasim and the Administration of the Jewish Communities in the Early Modern Bohemian Lands] (Alexandr Putík – Lenka Uličná)

Johannes Czakai, Nochems neue Namen. Die Juden Galiziens und der Bukowina und die Einführung deutscher Vor- und Familiennamen 1772–1820 (Iveta Cermanová)

Nathan Shifriss, לאומיות, השכלה, רבנות, רפורט: שלמה יהודה רפפורט / שי"ר חדש / Solomon Judah Rapoport (Shir). Haskalah, Rabbinate, Nationalism (Pnina Markéta Younger)

Radek Lipovski, Malý velký Koloredov. Ekonomické vazby v protoindustriální oblasti na konci 18. století a v první polovině 19. století [Koloredov. Economic Relations in a Proto-Industrial Region at the End of the 18th Century and in the First Half of the 19th Century] (Daniel Baránek)

Daniel Baránek, Překračování hranic ghetta. Proměna židovských sídelních struktur a akulturačních strategií židů [Crossing the Ghetto Borders: The Transformation of Jewish Settlement Structures and the Acculturation Strategies of Jews] (Ivana Ebelová)

Zdeněk Hudec, Historický estetismus. Reprezentace holokaustu v československém a českém hraném filmu 1948–2019 [Historical Aestheticism: Representations of the Holocaust in Czechoslovak and Czech Feature Films, 1948–2019] (Jakub Egermajer)

Zitation

Judaica Bohemiae 59 (2024), in: *H-Soz-Kult*, 10.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151731>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Historia Aperta 51 (2024)

Hradec Králové 2024: [University of Hradec Králové](#)

Erscheint twice a year

85 Seiten

ISSN [2788-0710](#)

Kontakt allgemein

Hradec Králové

Von

Iva Sturmová

Historia Aperta is an open-access academic peer reviewed journal focused on the history of Czech lands and (Central) European region.

It is published twice a year by the University of Hradec Králové in both online and print versions. Prior to 2022, this journal appeared under the title *Východočeské listy historické*. While highly respected in Czech academic circles since its founding in 1996, the editorial board changed the periodical's name to *Historia Aperta* to reflect their commitment to providing an open international forum for the global community of historians. The journal publishes expert and interdisciplinary papers, particularly those related to Digital Humanities, with a mission to present scientific articles, primary sources (material articles), reviews, and news concerning the historical discipline. Besides Czech, the journal accepts articles in English, German, Polish and Slovak. The ethics statement of the journal is based on the Code of Conduct guidelines of the Committee on Publication Ethics (COPE). All journal papers are published under the terms of Creative Common License and transparent rules for the peer review procedure.

Inhaltsverzeichnis

STUDIES

DALIBOR JANIŠ

Snahy o zemskou bezpečnost v Čechách v předhusitské době a počátky plzeňského landfrýdu (Efforts for Land Security in Bohemia in the Pre-Hussite Era and the Beginnings of the Pilsen Landryd)

Pages 9-35

DAVID PAPAJÍK

Hašek z Valdštejna a Kutná Hora (Hašek of Valdštejn and Kutná Hora)

Pages 36-55

PAVEL DRNOVSKÝ

Vybrané archeologické doklady válečných událostí z husitského období v severovýchodních Čechách. Bilance možností a limitů výzkumu (Selected Archaeological Evidence of War Events of the Hussite Period in Northeast Bohemia. Balance of Possibilities and Limits of Research)

Pages 56-73

DAVID KALHOUS

Miroslav Kovář, Vlastislav Kracík, Benediktinský klášter v Opatovicích. Studie k architektuře a dějinám klášterů 3, Praha 2022 - Recenze (Miroslav Kovář, Vlastislav Kracík, Benedictine monastery in Opatovice. Studies on the architecture and history of monasteries, Prague 2022 - Review)

Pages 76-79

JIŘÍ SLAVÍK

Miloš Jiroušek, Kunětická hora od středověku po současnost. Stručné dějiny Kunětické hory a její záchrana Muzejním spolkem, Sychrov 2021 - Recenze (Miloš Jiroušek, Kunětická hora od středověku po současnost. A brief history of Kunětická Mountain and its rescue by the Museum Association, Sychrov 2021 - Review)

Pages 80-82

MARTIN ŠANDERA

Dalibor Janiš, Landfrýdy jako pramen zemského práva na stavovské Moravě, Praha 2023 - Recenze (Dalibor Janiš, Landfrýdy as a source of land law in state Moravia, Prague 2023 - Review)

Pages 83-85

Zitation

Historia Aperta 51 (2024) , in: *H-Soz-Kult*, 06.12.2024, <https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151634>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Documenta Pragensia 42 (2023)

Zeitschriftentitel

[Documenta Pragensia](#)

Weiterer Titel

Tiere in der Stadt

Prag 2024: [Marketa Ruckova](#)

<http://www.ahmp.cz/eng/index.html?mid=31>

ISBN 78-80-88629-02-3

628 Seiten

Preis CZK 252.00

ISSN [0231-7443](#)

Documenta Pragensia

c/o

Redakce Documenta Pragensia, Archiv hl. mesta Prahy, Archivní 6, 149 00 Praha 4, Tschechische Republik

Von
Marketa Ruckova, Archiv hlavního města Prahy

Studien und erweiterte Beiträge der 40. internationalen wissenschaftlichen Konferenz des Archivs der Hauptstadt Prag, veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Historischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, der Fakultät für Humanistische Studien der Karls-Universität in Prag, der Philosophischen Fakultät der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität in Ústí nad Labem, dem Institut für Geschichte und Archivwissenschaften der Pädagogischen Universität in Krakau und dem Zoologischen Garten der Hauptstadt Prag am 5. und 6. Oktober 2021 im Gebäude der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag

Inhaltsverzeichnis

JIŘÍ PEŠEK, Zvířata ve městě – úvodní slovo [Tiere in der Stadt – ein Wort zur Einführung]
9–22

ZVÍŘATA V ŽIVOTĚ PRAŽANŮ / ANIMALS IN THE LIVES OF PRAGUE INHABITANTS

LENKA KOVAČIKOVÁ – PETR STAREC – MONIKA OPELKOVÁ, Trendy v konzumaci masa a využití dalších živočišných produktů na Novém Městě pražském na příkladu nálezů z Václavského náměstí (Koňského trhu) [Trends im Fleischkonsum und in der Verwendung weiterer Tierprodukte in der Prager Neustadt am Beispiel der Funde vom Wenzelsplatz (Rossmarkt)]
25–38

ZDENĚK HOJDA, „Zde chová císař dvanáct velbloudů a indického vola, žlutého, celého kosmatého...“ Exotická zvířata v rudolfinské Praze [„Hier hält der Kaiser zwölf Kamele und einen indischen Ochsen, gelb, ganz zottelig...“ Exotische Tiere im rudolfinschen Prag]
39–62

MARIE BUŇATOVÁ, Židovští koníři v raně novověké Praze. Příspěvek k hospodářským a sociálním vztahům ve městě [Jüdische Pferdehändler im frühneuzeitlichen Prag. Ein Beitrag zu den Wirtschaftsbeziehungen und sozialen Verhältnissen in der Stadt]
63–81

JIŘÍ SMRŽ, „Koňský dobytek“ v soudních knihách novoměstských konířů [Das „Pferdevieh“ in den Gerichtsbüchern der Neustädter Pferdehändler]
83–93

PAVLÍNA GOTTSTEINOVÁ, Hospodářská zvířata v pražských domech ve světle vizitačního protokolu tereziánského katastru z let 1725–1726 [Nutztiere in Prager Häusern im Licht des Visitationsprotokolls zum Theresianischen Kataster aus den Jahren 1725–1726]
95–100

NINA MILOTOVÁ, Ryby v Praze. Pražané a „královská ryba“ losos v poslední třetině 19. století ve světle výzkumu Antonína Friče [Fische in Prag. Die Prager und der „Königsfisch“ Lachs im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts im Licht der Forschungen von Antonín Frič]
101–130

Seite B 113 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

DAVID SMRČEK, Kůň a kontrola davu na příkladu Prahy přelomu 19. a 20. století [Das Pferd und die Kontrolle einer Menschenmenge am Beispiel Prags um 1900]
131–154

DAVID HUBENÝ, Zvířata a Policejní ředitelství v Praze v letech 1918–1945 [Tiere und die Polizeidirektion Prag in den Jahren 1918–1945]
155–180

VÁCLAV LEDVINKA, Zvířata v životě města – odraz v názvosloví pražských veřejných prostranství. Příspěvek do diskuse [Tiere im Leben der Stadt – ihre Reflexion in der Namensgebung des Prager öffentlichen Raums. Ein Diskussionsbeitrag]
181–187

ZVÍŘATA V PÍSEMNÝCH A TIŠTĚNÝCH PRAMENECH STŘEDOVĚKU A RANÉHO NOVOVĚKU / ANIMALS IN WRITTEN AND PRINTED SOURCES OF THE MIDDLE AGES AND EARLY MODERN PERIOD

GERHARD JARITZ, Tiere und Tierprodukte im Letzten Willen. Das Beispiel Wiens (1395–1430) [Animals and Animal Products in Testaments. The Example of Vienna (1395–1430)]
191–201

ULF WENDLER, Bioindikatoren und Behandlungsmittel – Tiere in deutschsprachigen Pestschriften Lübecks, Hamburgs und Bremens in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts [Bioindicators and Treatments – Animals in German-Language Plague Writings from Lübeck, Hamburg and Bremen in the Second Half of the 16th Century]
203–226

ZUZANA DZIVÁ, Zviera ako testamentárny odkaz v prešovských meštianskych testamentoch v druhej polovici 17. storočia [Tiere als testamentarisches Vermächtnis in Eperieser Bürgertestamenten in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts]
227–239

ANEŽKA BAĐUROVÁ, Živočichové v okolí i uvnitř lidských obydlí podle výpovědi starých tisků [Tiere in der Umgebung und innerhalb menschlicher Behausungen nach der Aussage alter Drucke]
241–259

ANNA MIKOŁAJEWSKA – KATARZYNA CHLEWICKA, Die Städte der Ameisen und die Städte der Menschen. Insekten und Nagetiere im Thorner Intelligenzblatt Thornische Wöchentliche Nachrichten und Anzeigen [Cities of Ants and Cities of Men. Insects and Rodents in the Toruń Bulletin (Intelligenzblatt) Thornische Wöchentliche Nachrichten und Anzeigen]
261–281

JERZY RAJMAN, Fauna in the Nomenclature of the Settlement Complex of Krakow in the Middle Ages [Fauna in der Namensgebung des Krakauer Siedlungskomplexes im Mittelalter]
283–293

Seite B 114 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

HOSPODÁŘSKÁ ZVÍŘATA VE MĚSTECH RANÉHO NOVOVĚKU / LIVESTOCK IN CITIES OF THE EARLY MODERN PERIOD

ATTILA TÓZSA-RIGÓ, „Der Kammerer kaufft auff margkht Habern und Ross.“ Tiere im frühneuzeitlichen Pressburg (1528–1610) [“Der Kammerer kaufft auff margkht Habern und Ross (The Steward Buys Oats and Horses at the Market).” Animals in Early Modern Pressburg (1528–1610)]

297–309

MAXIMILIAN MAROTZ, Das Schwein in der Hafenstadt – Auf der Suche nach dem Nutztier in Wismarer Quellen mit Schwerpunkt zwischen 1650 und 1670 [Pigs in the Port Town – Searching for Livestock in Wismar Town Sources Between 1650 and 1670]

311–320

EXOTICKÁ ZVÍŘATA A DOMÁCÍ MAZLÍČCI VE MĚSTECH RANÉHO NOVOVĚKU / EXOTIC ANIMALS AND PETS IN EARLY MODERN CITIES

BRIGITTE HUBER, Haltung, Zurschaustellung und Erforschung exotischer Tiere in München [The Keeping, Exhibition and Research of Exotic Animals in Munich]

323–350

FERDINAND OPLL, Die ersten beiden Elefanten in Wien. Exotische Tiere in der frühneuzeitlichen Stadt [The First Two Elephants in Vienna. Exotic Animals in the Early Modern City]

351–400

KALINA MRÓZ-JABŁECKA, Das literarische Bild des Hundes im städtischen Raum des 17. Jahrhunderts am Beispiel Schlesiens / der Oberlausitz [The Literary Image of the Dog in the Urban Space of the 17th Century Based on the Example of Silesia / Upper Lusatia]

401–418

MARTIN SCHEUTZ, Bologneser, Pudel und Windspiel in der Residenzstadt Wien. Hunde im Wiener Diarium des 18. Jahrhunderts [Bolognese, Poodles and Greyhounds in the Residential City of Vienna. Dogs in the Wiener Diarium in the 18th Century]

419–473

ZVÍŘATA VE MĚSTECH 19. A 20. STOLETÍ / ANIMALS IN THE 19TH AND 20TH CENTURY CITIES

MILENA LENDEROVÁ – MARTINA HALÍŘOVÁ, Zvíře ve světě dětí 19. století – práce, vzdělání, hra [Das Tier in der Welt der Kinder des 19. Jahrhunderts – Arbeit, Bildung, Spiel]

477–491

JOANNA GELLNER, Im Namen der minderen Brüder – Entstehung und Entwicklung der Tierschutzbewegung in Krakau von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1939 [In the Name of Our Smaller Brothers – the Origin and Development of the Animal Rights Movement in Krakow from the Second Half of the 19th Century to 1939]

493–521

Seite B 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

ANN MARIE DURKAN, Mapping the Past: Placing Historical Data to Conjure up the Sights, Sounds and Smells of Life in Early 20th-Century Dublin [Die Vergangenheit erfassen: Die Verwendung historischer Daten zur Rekonstruktion von Sehenswürdigkeiten, Geräuschen und Gerüchen des Dubliner Lebens im frühen 20. Jahrhundert]
523–546

KAREL ŘEHÁČEK, Zvířata ve válce. Slasti a strasti soužití Plzeňanů se zvířaty v letech 1914–1918 [Tiere im Krieg. Freud und Leid im Zusammenleben der Pilsener mit Tieren in den Jahren 1914–1918]
547–563

SUMMARIES / ZUSAMMENFASSUNGEN
565–597

JIŘÍ PEŠEK, Tiere in der Stadt – ein Wort zur Einführung [Animals in the City – Introduction]
599–615

SEZNAM AUTORŮ /AUTORENVERZEICHNIS
617–622

Zitation

Documenta Pragensia 42 (2023) , in: *H-Soz-Kult*, 04.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151117>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Pražský sborník historický 51 (2023)

Titel der Ausgabe Pražský sborník historický 51 (2023)

Zeitschriftentitel [Pražský sborník historický \(The Prague Historical Review\)](#)

Praha 2023: [Archiv hlavního města Prahy \(Prague City Archives\)](#)

Erscheint jährlich

<https://www.ahmp.cz/index.html?mid=57>

ISBN 978-80-88629-04-7

640 Seiten

Preis CZK 203.00

ISSN [0555-0238](#)

Kontakt

Pražský sborník historický (The Prague Historical Review)

c/o

Red. Pražský sborník historický / The Prague Historical Review Prague City Archives
Archivní 6 CZ-149 00 Praha 4

Von

Marketa Ruckova, Archiv hlavního města Prahy

For more information, see: <http://www.ahmp.cz/psh-eng>

Content and summaries: https://www.ahmp.cz/page/docs/PSH51_obsah_resume.pdf

Reviews: https://www.ahmp.cz/page/docs/PSH51_recenze.pdf

Inhaltsverzeichnis

STUDIA ET COMMENTATIONES

ZLATUŠE PROKŠOVÁ BRÁTKOVÁ, Jan Jiří Karl (Johann Georg Karl) – čtvrtý pražský purkmistr v letech 1811–1819 [Jan Jiří Karl (Johann Georg Karl) – the Fourth Prague Burgomaster in 1811–1819]

Abstract: Johann Georg Karl was the fourth Prague burgomaster (his predecessor, Ondřej Steiner, served two non-consecutive terms before him) after the establishment of the regulated municipality and the merger of the Prague towns in 1784. Karl was born in 1750 and as an experienced city official and bureaucrat was named burgomaster by the governor in 1811, a post in which he served until October 1819. Johann Georg Karl was the type of experienced bureaucratic official who already fully identified with the principals of centrally controlled city administration, the powers of which were clearly defined from above. The year Karl became burgomaster was marked by state bankruptcy, currency reform and city finances and financial management that were in a generally dismal state. The city was forced to pay off its debts to the state to the detriment of the standard of living of the Prague population. Although the Napoleonic Wars did not directly impact the capital of Prague, top city officials were charged with securing supplies for the troops and with the charitable, social and medical care related to wartime hardships. Despite the difficult financial situation, during Karl's time in office work continued on the construction of the Prague sewerage system, water main and other city projects.

Keywords: Prague – regulated municipality – burgomaster – city administration – pre-March period – Napoleonic Wars

13–55

MARTINA POWER, Pražská radnice v období bachovského absolutismu – „temná“ doba obecní správy? Náčrt přístupů k výzkumu pražské obecní samosprávy v padesátých letech 19. století [Prague City Hall in the Period of Bach Absolutism – a “Dark” Time for City Administration? An Outline of Approaches to the Study of Prague City Government in the 1850s]

Abstract: The paper aims to outline the possibilities of a research approach to Prague city administration in 1850–1860, when the political system was once again absolutised in the Austrian monarchy. Rather than approaching the traditional understanding of this period as a ten-year stagnation of municipal administration, the paper tries to draw attention to the continuums from the previous years of the 1848/1849 revolution, extending into the period

of the restoration of self-government after 1861. These can be found both at the personnel level (a number of representatives elected in 1848/1849 also sat on the city councils in the 1850s and ran for office again in 1861) and at the level of the modernisation proposals being discussed; although these were not implemented in the 1850s, city officials returned to them in the following years.

Keywords: 1850–1860 – Prague – city government – city elections – urban elite
57–83

LUBOŠ VELEK, Národnostní renegátství v politice. K politické kariéře pražského purkmistra a poslance Karla Leopolda Klaudyho [Nationality Renegade in Politics. The Political Career of Prague Mayor and Member of Parliament Karel Leopold Klaudy]
Abstract: The study aims to map the political career of Karel Leopold Klaudy in 19th-century Czech politics with an emphasis on his time as Prague mayor in 1868–1869. Klaudy is an exceptional case in which a politician who was also active in regional and empire-wide politics, a politician who ranked among the leaders of the National Party (the Old Czech Party), made a significant impact on Prague municipal politics. In addition to tracing Klaudy's interactions with the Young Czech opposition in Prague, the emperor and state authorities (a state of emergency was declared in Prague), the study also attempts to understand the issue of Klaudy's ethnicity, i.e. it follows his moves between individual national and eventually even political camps in Bohemia. Attention is also paid to his business and financial interests, which were intertwined with his public activities, even earning him a reputation as a politician who fought against corruption.

Keywords: 19th century – Prague – Karel Leopold Klaudy – National Party (Old Czech Party) – national renegade
85–127

PETR KREUZ, Antonín Otakar Zeithammer (1832–1919). Zvolený pražský purkmistr nepotvrzený císařem [Antonín Otakar Zeithammer (1832–1919). Elected Prague Mayor Unaffirmed by the Emperor]

Abstract: The study is devoted to the public and political life of Antonín Otakar Zeithammer, a lawyer and representative of the Old Czech (National) Party and one of the most important Czech politicians of the second half of the 19th century. That his family was related to the family of František Palacký was only one factor leading him to a public and political life. Zeithammer reached two peaks in his political career: the first was serving in the post of deputy burgomaster of the Capital City of Prague in 1873–1879, the second his activity in the House of Deputies of the Imperial Council in Vienna in the years 1879–1891. The study takes a detailed look at Zeithammer's activities in Prague city politics in the 1870s. In June 1876, Zeithammer was elected mayor of the Capital City of Prague, but at the time he was a completely unsuitable candidate for state authorities and was not confirmed in this position by the emperor. But while Zeithammer never became the head of Prague and remained a “grey eminence” in the background, he was a dominant figure in Prague city politics, essentially running things behind the scenes at city hall until 1879. In this position, Zeithammer attempted to transform the city government into a nationwide Czech political forum for the promotion of the objectives of the Czech national emancipation politics. He played a major role in enforcing and implementing the decision to tear down the Prague fortifications and he was also behind the construction of Palacký Bridge and the founding of the City of Prague Museum.

Keywords: 19th century – Prague – Council of Elders – deputy mayor – town council – Old Czech Party – demolition of Prague fortifications
129–148

VIKTOR VELEK, Pražští purkmistři a primátoři (1848–1989) v hudbě a poezii zvěčnění [Prague Burgomasters and Mayors (1848–1989) Immortalised in Music and Poetry]

Abstract: The study offers a comprehensive overview of musical compositions (and a small number of poems) written by Czech composers in commemoration of Prague burgomasters and mayors in office in the years 1848–1989. In terms of typology, these are compositions similar to those written for emperors, aristocrats, prominent figures in cultural and political life, the president, etc. These expressions of esteem typically take the form of marches for piano or orchestra, with exceptions being an exalting male choir, operetta and a type of cantastoria (story-singer). The study includes basic bibliographic information on the compositions, briefly introduces their authors, explains accompanying text and documents published sheet music and recordings. From the perspective of quantity, Mayor Karel Baxa, who served in office for nearly 20 years, was the subject of the greatest interest. While all of the circumstances surrounding the compositions are not yet precisely known, the evidence suggests that the works were performed at celebrations, anniversaries and similar events, and were also broadcast on the radio.

Keywords: 19th–20th Century – Prague – Music – mayor – burgomaster
149–171

MAGDALÉNA ŠUSTOVÁ, Okresní vychovatelna na Královských Vinohradech v letech 1886–1923 [The District Boys' Home in Royal Vinohrady in the Years 1886–1923]

Abstract: The study details the history of the District Boys' Home in Royal Vinohrady in operation in the years 1886–1923. The institution, the only one in the Czech lands established by a district (later districts), took care of boys under the age of 14 who fell into trouble with the law for minor offences (truancy, vagrancy, petty theft), as well as abandoned and orphaned boys. The second part of the study is devoted to the actual pedagogical work with the boys and the reasons that brought them to the institution. The boys' home closed its doors in 1923 in connection with the founding of Greater Prague and the reorganisation of city social institutions.

Keywords: 1886–1923 – Královské Vinohrady [Royal Vinohrady] – Žižkov – District Boys' Home of the Archduchess Elisabeth – education – corrective pedagogy – social pathology – educational institutions
173–210

PAVEL MÜCKE, Normalizovaný cestovní ruch a pohostinství v Praze [Normalised Tourism and Hospitality in Prague]

Abstract: The study provides an outline of the key aspects of the development of Prague tourism and to a certain extent also hospitality, with an emphasis on part of the "normalisation" period, especially the second half of the 1970s. In his research, the author draws on an analysis of available archival collections of archival provenance and also benefits from information from the contemporary press and from conducted and available oral history interviews. Among the key topics of the author's analysis are visitor numbers in Prague, an outline of aspects related to the organisation of the most important events, characteristics of the development of tourism capacities (e.g. construction of new or the renovation of existing accommodation or food service facilities), a look into the area of cultural life, the provision of specialised visitor services (e.g. selling souvenirs and tour guide services) and a probe into the issue of contemporary complaints and inspections.

Keywords: second half of the 20th century – Prague – Czechoslovakia – tourism – hospitality – normalisation – contemporary history
211–245

MATERIALIA

PETR KREUZ, Korespondence Váši Příhody, Jindřišky Kreuzové/Příhodové a Otto A. Graefa s manželi Josefem a Marianne Erberovými z let 1936–1939. Příspěvek ke kulturním vztahům Prahy a Mnichova ve druhé polovině třicátých let 20. století [Correspondence of Váša Příhoda, Jindřiška Kreuzová/Příhodová and Otto A. Graef with Josef and Marianne Erber from 1936–1939. A Contribution to Cultural Relations Between Prague and Munich in the Second Half of the 1930s]

Abstract: The edited collection of letters comes from the estate of the Munich sculptor Josef Floßmann, his daughter Marianne Erberová and son-in-law Josef Erber (NL-FLO Floßmann) held in the Munich Municipal Archives. This fund contains delivered letters of Czech violin virtuoso Váša Příhoda (1900–1960) and his longtime piano accompanist Otto A. Graef from 1936–1974. The subject of the annotated edition is seven letters from Váša and Jindřiška Příhoda to Josef and Marianne Erber of Munich from the years 1936–1938, supplemented by two smaller pieces of correspondence from Váša Příhoda addressed to the Erbers or specifically Josef Erber from the last quarter of 1939. This is the only known archive collection of Příhoda's correspondence. The letters from 1936–1938 were penned by Příhoda's second wife Jindřiška (Jetty) née Kreuzová (1905–1982).

Keywords: the 1st half of the 20th century – Munich-Pasing – Váša Příhoda – the Příhodos – Josef and Marianne Erber – correspondence – edition
249–298

EX ARCHIVO METROPOLIS PRAGAE

MARKÉTA KREJČOVÁ, Poválečná obnova knihovny Archivu hlavního města Prahy [Post-War Renewal of the Prague City Archive Library]

Abstract: The article addresses the post-war period in the history of the Prague City Archive Library. Based on preserved correspondence, work reports and library inventories, the author traces the renewal of the library after the fire at the Old Town Hall on 8 May 1945 that destroyed nearly the entire library fund and all equipment. Particular attention is paid to acquisition activities aimed at replacing the lost fund of donations, purchases and confiscations, and efforts to ensure continuity with pre-war development.

Keywords: 1945–1950 (1955) – Prague City Archive – Prague City Archive Library – Václav Vojtíšek – National Cultural Commission – history of libraries – organisation of libraries and library funds – property confiscation
301–344

ZORA DAMOVÁ – JAN SCHWALLER – KLÁRA HOLCOVÁ, In memoriam Kláry Holcové / Německý mužský tělocvičný spolek Praha (1888–1939) [In memoriam Klára Holcová / The German Male Physical Fitness Club Praha (1888–1939)]

Abstract: We remember our young and promising colleague, archivist Klára Holcová (30. May 2003 – 21. December 2023), a victim of the senseless act of violence at the Charles University Faculty of Arts shortly before Christmas 2023. In her memory we are publishing the introduction to the inventory of the fund of the German Male Physical Fitness Club Praha (Deutscher Männerturnverein in Prag), which Klára had catalogued during her time in the Prague City Archives. Founded in 1888, this German sports club operated a number of sports as well as cultural activities. The club was cancelled in 1939, when it was incorporated into NS Turngemeinde Prag. The club's documents are highly fragmented and contain in particular the minutes of general meetings and correspondence from 1936–1938. Older materials – annual reports from the years 1917 and 1919, a file on the history of the club from 1928 and informational brochures from 1918–1921, have survived purely by chance and represent a mere fraction of the club's original activities. Nevertheless, the fund contains valuable information on the history of this sports club, which could also be a

valuable source for the study of the Turnenschaften sports corps. The Prague City Archives also hold three other fragmentary funds of German sports organisations that Klára had planned to catalogue.

Keywords: 1888–1939 – male physical fitness club – sport – Turnenschaften – education – nationalism – youth – Prague City Archives
345–352

RECENSIONES LIBRORUM

PRAGENSIA

Pavla Státníková – Olga Fejtová et al., Praha 1580–1680. Místo konfesijních střetů [Prague 1580–1680. Site of Religious Clashes] (Jiří Pešek)
355

Z archivu ke studentům a zase zpět. Věnováno Ivaně Ebelové k životnímu jubileu [From Archives to Students and Back Again. Dedicated to Ivana Ebelová in celebration of her birthday], (edd.) Zdeněk Hojda – Jan Kahuda – Zdeňka Kokošková (Jiří Pešek)
364

Města a měšťané perem badatelky. Příspěvky (nejen) k dějinám měst pražských a jejich elitám v raném novověku. K životnímu jubileu Olgy Fejtové [Towns and Burghers from the Pen of a Female Scholar. Articles and More on the History of the Prague Towns and Their Elites in the Early Modern Period. Dedicated to Olga Fejtová in celebration of her birthday], (ed.) Markéta Růčková (Jiří Smrž)
369

Richard Biegel, Město v bouři. Urbanismus a architektura historického centra Prahy 1830–1970 [The City in Upheaval. The Urbanism and Architecture of Prague's Historical Centre 1830–1970] (Ondřej Hojda)
373

Jan Štemberk – Ivan Jakubec, Hotel Alcron. K dějinám symbolu českého a československého hotelnictví [The Hotel Alcron. On the History of a Symbol of the Czech and Czechoslovak Hotel Industry] (Jaroslava Veselá)
378

Jakub Šlouf, Praha v červnu 1953. Dělnická revolta proti měnové reformě, vyjednávání v továrnách a strukturální proměna dělnické třídy [Prague in June 1953. The Workers' Revolt Against Currency Reform, Bargaining in Factories and the Structural Transformation of the Working Class] (Jan Ryba)
384

Jitka Schůtová, Zapomenutý muž. Tomáš Černý ve sbírce Oddělení dějin tělesné výchovy a sportu Národního muzea [Forgotten Man. Tomáš Černý in the Collection of the History of Physical Fitness and Sport Department of the National Museum] (Hana Gutová Vobrátilková)
388

Václav Aulický – Jakub Potůček – Rostislav Švácha, Žižkovská věž [The Žižka Tower] (Martin Franc)
392

Seite B 121 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Martin Dolejský, Komunisté v Praze. Činnost a postavení Komunistické strany Československa ve Velké Praze v letech 1921 až 1939 [Communists in Prague. The Activities and Position of the Czechoslovak Communist Party in Greater Prague in 1921–1939] (Tomáš Jelínek)

396

Dana Marešová, A přece mě ten krutý osud stihl... Ovdovělé pražské měšťanky ve druhé polovině 19. století v odrazu ego-dokumentů [Struck by That Cruel Fate... The Widowed Wives of Prague Burghers in the Second Half of the 19th Century in the Reflection of Egodocuments] (Marie Bahenská)

399

Michal Cihla et al., Praha kamenná. Topografie povrchu kamene a její aplikace v oblasti restaurování kamenných prvků [Stone Prague. The Topography of the Surface of Stone and Its Application in the Restoration of Stone Elements] (Zdeněk Dragoun)

402

Barbora Lašťovková et al., Pražský uličník. Encyklopedie názvů pražských veřejných prostranství [Prague Street Guide. Encyclopaedia of Names of Prague Public Spaces] (Tereza Klemensová)

405

Chrám umění Rudolfinum [Temple of Art Rudolfinum], (edd.) Jakub Bachtík – Lukáš Duchek – Jakub Jareš (Jiří Pešek)

415

URBANA

Ingo Haar, Jüdische Migration und Diversität in Wien und Berlin 1667/71–1918. Von der Vertreibung der Wiener Juden und ihrer Wiederansiedlung in Berlin bis zum Zionismus (Ivana Ebelová)

431

Peter Csendes – Ferdinand Opll, Wien im Mittelalter. Zeitzeugnisse und Analysen; A Companion to Medieval Vienna, (edd.) Susana Zapke – Elisabeth Gruber (Martin Nodl)

439

Die Stadt und die Anderen. Fremdheit in Selbstzeugnissen und Chroniken des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit, (Hrsg.) Andreas Rutz (Martin Nodl)

441

Geschichtsbilder in Residenzstädten des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit. Präsentationen – Räume – Argumente – Praktiken, (Hrsg.) Gerhard Fouquet et al. (Martin Nodl)

444

Anna Paulina Orłowska, Johan Pyre. Ein Kaufmann und sein Handelsbuch im spätmittelalterlichen Danzig. Darstellung und Edition (Martin Nodl)

447

Stephan Nicolussi-Köhler, Marseille, Montpellier und das Mittelmeer. Die Entstehung des südfranzösischen Fernhandels im 12. und 13. Jahrhundert (Martin Nodl)

449

Seite B 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Eva Semotanová – Josef Žemlička et al., Věnná města českých královen [The Dowry Towns of the Bohemian Queens] (Marie Macková)
451

Zbyněk Sviták, Návštěva Marie Terezie na Moravě v roce 1748 [Maria Theresa's Visit to Moravia in 1748] (Petra Vokáčová)
454

Tomáš Korbel, Čeští architekti a stavitelé v 19. století. Profesní a společenský vzestup [Czech Architects and Builders in the 19th Century. Their Professional and Social Rise] (Jaroslava Veselá)
457

Jessica Bock, Frauenbewegung in Ostdeutschland. Aufbruch, Revolte und Transformation in Leipzig 1980–2000 (Johana Jonáková)
465

Zdeněk Dragoun – Michal Tryml, Románský kostel v Dolních Chabrech a jeho předchůdci [The Romanesque Church in Dolní Chabry and Its Predecessors] (Jiří Varhaník)
467

Marek Brčák, Působení kapucínského řádu v Čechách a na Moravě 1599–1783 [The Work of the Capuchin Order in Bohemia and Moravia 1599–1783] (Jiří Wolf)
470

Michael Viktořík, Hinter den Wällen der Festungsstadt. Ein Beitrag zu Alltagsleben, Organisation und Einrichtung der Festungsstadt im 19. Jahrhundert (am Beispiel der Festung Olmütz) (Lukáš Fasora)
475

Marie Malivánková Wasková – Karel Waska – Eva Wasková, Historia Novoforensis. Dějiny města Úterý [Historia Novoforensis. The History of the Town of Úterý] (Karel Řeháček)
480

Zdeňka Míchalová, Měšťané, umělci, řemeslníci. Výtvarná kultura v Telči a Slavonicích v době renesance [Burghers, Artists, Craftsmen. Creative Culture in Telč and Slavonice in the Renaissance] (Lucie Rychnová)
486

Christian Landrock, Nach dem Kriege. Die Nachkriegszeit des Dreißigjährigen Krieges am Beispiel der kursächsischen Stadt Zwickau, 1645–1670 (Marek Ďurčanský)
489

František Kolář et al., Život uvnitř města. Typologie zástavby a kultura bydlení v městských historických jádrech moravskoslezského pomezí [Life Inside the Town. The Development Typology and Culture of Living in the Historical Urban Cores of the Moravian-Silesian Borderlands] (Pavel Koderá)
494

Die letzten Tage der zum Tode verurteilten. Das Tagebuch des Nürnberger Gefangenenseelsorgers Johann Hagendorn 1605–1620, (Hrsg.) Peter Schuster – Andrea Bendlage (Petr Kreuz)
499

Seite B 123 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Hana Studeničová, Kantoři, varhaníci, trubači. Hudební kultura moravských královských měst v letech 1500–1620 [Cantors, Organists, Trumpeters. The Musical Culture of Moravian Royal Towns in the Years 1500–1620] (Ludmila Sulitková)
503

ARCHEOLOGICA

Zdeněk Dragoun et al., Archaeological Research in Prague in 2021–2022
515–620

List of Authors

Zitation

Pražský sborník historický 51 (2023), in: *H-Soz-Kult*, 10.12.2024,
<https://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-151843>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. Besprechungen (Seite B 124)

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 125)

- 01)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Miloš Řezník: Regionalität im Fluss. Die kaschubische Bewegung – Zugehörigkeit, Raum und Geschichte (1840-1920). (24 SW-Abb.). (Osnabrück) fibre (2024). 316 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.48.
ISBN 978-3.944870-88-5. Euro 58,00.
Rezensent: Roland Borchers, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 126 – B 127)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.

- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers: Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schöningh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.
- 14)** Joachim Nolywaika: Vergeßt den Deutschen Osten nicht! Das Unrecht der Sieger: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Sudetenland. (mit SW-Abb.).
(Kiel) Arndt (2024). - 252 Seiten. ISBN 978-3-88741-310-1.- € 25.95.

- 15)** 1954-2024. 70 Jahre Glogauer Heimatbund. Jubiläumsschrift. (zahllose SW- und mehrfarbige Abb.).
Herausgeber: Glogauer Heimatbund e.V., Hannover 2024. 80 Seiten.

Zu beziehen durch den Glogauer Heimatbund e.V. gegen Spende:
Groß-Buchholzer Kirchweg 73, 30655 Hannover, Ruf: 0511-796802,
glogauerheimatbund@gmx.de

- 16)** Hans J. J. G. Holm: Die ältesten Räder der Welt – von den Indogermanen erfunden oder nur bei ihrer Ausbreitung benutzt? Neueste archäologische und sprachwissenschaftliche Ergebnisse. (zahlreiche mehrfarbige und SW-Abb., Tab.). (Berlin) Verlag Inspiration Unlimited (2024). 163 Seiten. ISBN 978-945127-54-4. Euro 39,00.

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen	Seiten C 1 – C 13
---------------------------	--------------------------

- 01) Willkommen im neuen Jahr 2025
- 02) Deutsche Sprachwelt sucht den „Sprachwahrer des Jahres“
- 03) 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibung der Sudetendeutschen
- 04) 14. Europäischer Essaywettbewerb
- 05) Prof. Höchtl in US-Kongress eingeladen
- 06) Stiftung Verbundenheit und Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) schließen Kooperationsvereinbarung

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften	Seiten C 14– C 41
--	--------------------------

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 14 – C 23)

- 01) 263. Kiezspaziergang: Carstenn-Figur - Vom Prager Platz bis zur Kirche am Hohenzollernplatz
- 02) BVV-Vorsteherin Judith Stückler besucht die Synagoge in der Pestalozzistraße
- 03) 11. Integrationspreis des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf verliehen
- 04) Charlottenburg-Wilmersdorf schließt neue Städtepartnerschaft mit dem Istanbuler Bezirk Şişli
- 05) Gedenken an die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz
- 06) Verleihung des 11. bezirklichen Integrationspreises
- 07) 262. Kiezspaziergang: Zwischen Tradition und Moderne: Ein Spaziergang durch die Kantstraße
- 08) Gedenken an Pfarrer Dressel: Ausstellung mit Buchpräsentation im Rathaus Charlottenburg
- 09) „Wilmersdorfer Brücken und Stege“: Kalender 2025 des Heimatvereins jetzt erhältlich

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 24 - C 26)

- 01) Neujahrskonzert am 08.01.2025 im Hans-Söhnker-Haus
- 02) Projektauftrag: „Kiezorientierte Gewaltprävention“ in Steglitz-Zehlendorf

03) Der erste bezirkliche Familienförderplan wurde verabschiedet

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 27 – C 41)

- 01)** Verleihung von Verdienstmedaillen und Förderpreis Tempelhof-Schöneberg
- 02)** Tischtennis-Sportler aus Partnerstadt Köslin / poln. Koszalin zu Gast beim OSC Schöneberg
- 03)** Klettern, Schaukeln, Toben – Ab jetzt auf dem neuen Spielplatz in der Schöneberger Linse
- 04)** Bürgermeister aus Partnerstadt Nahariya besucht Tempelhof-Schöneberg
- 05)** Neue Ausstellung im Jugend Museum
- 06)** Abschlussveranstaltung Europäischer Wissenstransfer LoGo! Europe 2024
- 07)** Ausschreibungen für Kulturförderungen in Tempelhof-Schöneberg

C. c) Berichte

Seiten C 42 – C 43

- 01)** Dr. hab. Robert Żurek für Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen ausgezeichnet

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen

Seite C 44

Keine Berichte

C. e) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seite C 45

- 01)** Trauer um Hildegund Pobel

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 – C 13

01) Willkommen im neuen Jahr 2025

Auch heuer möchte Sie der „**Sudetendeutsche Pressedienst**“ (SdP) durch das Jahr begleiten, Sie und Ihre Familie zu unseren Festen und Veranstaltungen einladen, Sie auf aktuelle Termine hinweisen, und auch ERINNERN: im heurigen Jahr gedenken wir nicht nur 80 Jahren Kriegsende, sondern auch dem Beginn der Vertreibung aus unserer geliebten Heimat! Das wird zweifellos ein Themenschwerpunkt in unseren Aussendungen sein. Bleiben Sie uns gewogen, ja machen Sie – bei Gefallen - Werbung für uns.

Die besten Wünsche für ein gutes, gesundes und glückliches Neues Jahr von SLÖ-Bundesobmann

DDr. Rüdiger Stix im Namen des gesamten Vorstandes und aller Mitarbeiter!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 01, 2025

Wien, am 02. Jänner 2025

02) Deutsche Sprachwelt sucht den „Sprachwahrer des Jahres“

Es ist wieder eine bunte Mischung. Der Sänger **Cro**, der Komiker **Mario Barth**, die Journalisten **Julia Ruhs** und **Roger Köppel**, der Pfarrer **Claus Ebeling**, die Autorin **Franca Bauernfeind** und der Landarzt **Norbert Kroissenbrunner**: Sie alle sind als „Sprachwahrer des Jahres 2024“ nominiert. Das teilte die DEUTSCHE SPRACHWELT mit. Die bekannte Sprachzeitung ruft wieder zur Wahl der „Sprachwahrer“ auf. Die Abstimmung endet am 28. Feber 2025 (Stimmabgabe und Begründungen auf <https://deutsche-sprachwelt.de/aktionen/sprachwahrer/>).

Barth, Kroissenbrunner, Bauernfeind und Ruhs und wehren sich gegen die Auswüchse des Genders. **Mario Barth** trug bei einem Auftritt in der NDR-Gesprächssendung „Riverboat“ ein Hemd mit der Aufschrift „Ich gendere nicht. Ich habe einen Schulabschluss“. Nachdem **Norbert Kroissenbrunner** unter anderem die Formulierung „(ein/e) Studierende(r)“ als grammatisch falsch getadelt hatte, entließ ihn die Medizinische Universität Graz als Leiter einer Lehrpraxis. **Franca Bauernfeind** deckte mit ihrem Buch „Black Box Uni – Biotop linker Ideologien“ den Genderzwang an deutschen Universitäten auf. **Julia Ruhs** setzt sich öffentlichkeitswirksam für das generische Maskulinum ein.

Der Sänger **Carlo („Cro“) Waibel** veröffentlicht seit mehr als zehn Jahren erfolgreich Musik mit deutschen Texten („Einmal um die Welt“, „Herz“). Der Pfarrer **Claus Ebeling** übersetzte zusammen mit anderen Autoren das Neue Testament ins Fränkische. Als Beweggrund gibt er an: „Die Bibel soll zu Herzen gehen, und ihre Texte berühren die Menschen in ihrer Mutter- und Vatersprache nochmal ganz anders.“ Der Chefredaktor des Schweizer Wochenmagazins „Die Weltwoche“ **Roger Köppel** gebraucht in seinen geschriebenen und gesprochenen Beiträgen eine klare, bilderreiche Sprache.

Seite C 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Seit dem Jahr 2000 bestimmen die Leser der DEUTSCHEN SPRACHWELT die „Sprachwahrer des Jahres“. Die Auszeichnung erhielten bisher beispielsweise **Dieter Hallervorden** (2021), **Monika Gruber** (2014), **Loriot** (2011), **Papst Benedikt XVI.** (2005) und **Reiner Kunze** (2002).

Abstimmungsformular mit Begründungen: <https://deutsche-sprachwelt.de/aktionen/sprachwahrer/>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 01, 2025

Wien, am 02. Jänner 2025

03) 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibung der Sudetendeutschen

Heiligenhof-Seminarreihe

- 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibung der Sudetendeutschen - Gedenken und Lernen, Teil 1: Der Weg zur Vertreibung
vom 14. bis 16. Feber 2025 – [hier geht es zur Anmeldung für den ersten Teil.](#)
- 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibung der Sudetendeutschen - Gedenken und Lernen, Teil 2: Die Ereignisse des Jahres 1945
vom 4. bis 6. Juli 2025
- 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibung der Sudetendeutschen - Gedenken und Lernen, Teil 3: Odsun – die organisierte Vertreibung
vom 15. bis 17. November 2025

Zum 80. Mal jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges und damit die gewaltsame Vertreibung der Sudetendeutschen aus dem Gebiet des damaligen tschechoslowakischen Staates. Im Gedenkjahr 2025 soll die Geschichte der Vertreibung in drei thematisch aufeinander aufbauenden Seminaren auf vielfältige Art und Weise durch Fachvorträge, Lesungen, Filmdokumente und Zeitzeugenberichte aufgearbeitet und so die Dimensionen der Ereignisse ins Bewusstsein gerufen werden.

Die Seminarreihe versucht zusammen mit deutschen und tschechischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen, Publizisten und Regisseuren, Zeitzeugen u. a. ein Bild von den damaligen Verhältnissen und Bedingungen zu zeichnen, die Ausgangslage der Sudetendeutschen nach dem Ersten Weltkrieg zu ergründen und die Faktoren innerhalb der neu gegründeten Tschechoslowakei nach dem Zerfall der K. u. K.-Monarchie bis hin zur Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich zu analysieren, die schlussendlich zu diesem schrecklichen Verbrechen geführt haben. Was können wir aus dem Wissen über Flucht und Vertreibung für unsere Zukunft lernen? Wie können uns Kenntnis und Erkenntnis über den konkreten Fall der Vertreibung der Sudetendeutschen nach 1945 dabei helfen, heute und morgen gegen menschliches Unrecht und Leid einzustehen?

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 02, 2025

Wien, am 07. Jänner 2025

04) 14. Europäischer Essaywettbewerb

Ackermann-Gemeinde

Der 14. Europäische Essaywettbewerb stellt die Frage „**Braucht die Politik die Kirche, braucht die Kirche die Politik**“. Ausgelobt wird er vom Bundesvorsitzenden der **Ackermann-Gemeinde, Dr. Albert-Peter Rethmann**, und dem Vorsitzenden der **Bernard Bolzano-Gesellschaft, Doz. Dr. Matěj Spurný**. Der Wettbewerb findet im Zusammenhang mit dem **33. Brünner Symposium „Dialog in der Mitte Europas“ (11. bis 13. April 2025)** in **Brünn/Brno** statt.

Bis zum 17. Feber 2025 können Beiträge für diesen Essaywettbewerb eingesendet werden. Den Preisträgern winken neben einem finanziellen Betrag auch eine kostenlose Teilnahme am XXXIII. Brünner Symposium, bei dem die Siegerbeiträge vorgestellt werden:

<https://www.ackermann-gemeinde.de/aktuelle-meldungen/einzelansicht/braucht-die-politik-die-kirche-braucht-die-kirche-die-politik-14-europaeischer-essaywettbewerb-fuer-studierende>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 02, 2025

Wien, am 07. Jänner 2025

A.E. Johann



Weltreisender und Schriftsteller
1901-1996

Kontakt:

Vorsitzender Rudi Zülch

A.E. Johann-Weg 1

D-34593 Knüllwald

FON: 05681-3992

FAX: 05681-9390015

Handy: 0173-2936098

Email: a.e.johann-gesellschaft@web.de

www.a-e-johann.de



Seite C 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe A. E. Johann-Freunde!

Die angekündigten Infostände in Oerrel haben wir mittlerweile installiert. Auf der Homepage haben wir Fotos und Zeitungsberichte eingestellt.

Im Frühjahr 2025 werden wir mit der Ausschreibung zum »A. E. Johann-Preis 2026« starten.

Zuvor sind die Anträge auf Finanzierung zu stellen und Sponsoren zu suchen. Nach der Sicherstellung der Finanzierung und der Genehmigung des Maßnahmenbeginns können wir dann den Flyer drucken und mit der Werbung beginnen.

Der Preis soll auch wieder unter einem Motto ausgeschrieben werden. Haben Sie einen Vorschlag? Dann senden Sie ihn uns per Mail zu.

In den vergangenen Jahren hatten wir folgende Themen:

2010 - Wo die Erde am schönsten ist

2013 - Zu fernen Ufern

2016 - Grenzenlos durch die Welt

2019 - Bis ans Ende der Welt

2022 - Unter fremden Sternen

2026 - ???

Vorstand und Jury werden unter den Einsendern einen Titel auswählen.

Der Gewinner erhält die Biografie über A. E. Johann.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und für 2024 alles Gute!

Mit freundlichen Grüßen
Karin Hübscher - Günter Wolters - Rudi Zülch

Wir haben Infos zu dem Buch »Unter fremden Sternen« erstellt.

05) Prof. Höchtl in US-Kongress eingeladen

Unser südmährischer Landsmann **Prof. Dr. Josef Höchtl**, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung, setzt auf den persönlichen Austausch mit Entscheidungsträgern. Nach den US-Wahlen nahm er Kontakt zu neu- und wiedergewählten Abgeordneten auf und wurde nun für Jänner 2025 in den US-Kongress eingeladen, wo er den republikanischen Abgeordneten **Robert B. Aderholt**, mit dem er seit Jahren befreundet ist, treffen wird.

[Hier geht es zum ganzen NÖN-Bericht.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

https://www.meinbezirk.at/klosterneuburg/c-politik/josef-hoechtl-bekam-einladung-in-den-us-kongress_a7060810

Völkerverständigung.

Josef Höchtl bekam Einladung in den US-Kongress

12. Dezember 2024, 13:07 Uhr



Völkerverständigungs-Präsident Josef Höchtl im Austausch mit US-Abgeordneten Robert B. Aderholt.- Foto: A. Turkanik, hochgeladen von Rainer Seebacher

Josef Höchtl, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung, setzt auf den persönlichen Austausch mit Entscheidungsträgern. Nach den US-Wahlen nahm er Kontakt zu neu- und wiedergewählten Abgeordneten auf und wurde nun in den US-Kongress eingeladen.

KLOSTERNEUBURG. Josef Höchtls politische Karriere begann im Weinviertel. Eine wichtige Station des führenden Mitglieds der ÖVP war aber auch der Klosterneuburger Gemeinderat, in dem er von 1980 bis 1990 vertreten war. Höchtl, seit vielen Jahren in Klosterneuburg wohnhaft, kann auch auf eine lange Karriere in der Außenpolitik verweisen und hat dementsprechend viel Erfahrung.



Josef Höchtl organisierte im November einen Diskussionsabend mit Außenminister Alexander Schallenberg in Klosterneuburg.- Foto: Andreas Hochmuth, hochgeladen von Rainer Seebacher

'Gespräche niemals abbrechen'

Als Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung betont er: "Für uns in Österreich ist der Kontakt mit der USA - der Weltmacht Nummer eins - sehr wichtig." Höchtl sieht den Austausch als Schlüssel zur Völkerverständigung. Er ist überzeugt, dass Gespräche auch mit "schwierigen Gesprächspartnern" niemals abgebrochen werden sollten. Diese Haltung zeigt sein Engagement für den Dialog.



Josef Höchtls Vater, Mutter und Großmutter waren sogenannte "Heimatvertriebene" aus ihrer angestammten südmährischen Heimat. Hier sieht man den ÖVP-Politiker mit zwei Jahren mit Schwester Dorothea und Großmutter Johanna Höchtl.- Foto: privat, hochgeladen von Birgit Schmatz

Einladung zum Sicherheitsforum

Höchtl pflegt eine langjährige Freundschaft mit dem US-Abgeordneten Robert B. Aderholt, Mitglied der Republikanischen Partei. Höchtl und Aderholt diskutieren regelmäßig verschiedene Themen. Diese Gespräche stärken die Beziehungen zwischen Österreich und den USA. Höchtl sieht darin eine Chance für beide Länder. Ein Resultat dieser freundschaftlichen Beziehung in die USA ist, dass Höchtl für Beginn 2025 zu einem Sicherheitsforum in den US-Kongress eingeladen worden ist, an dem zahlreiche Staaten vertreten sein werden.

06) Stiftung Verbundenheit und Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) schließen Kooperationsvereinbarung

<https://www.stiftung-verbundenheit.de/blog/stiftung-verbundenheit-und-vloe-kooperationsvereinbarung>



Die Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland empfing in Bayreuth eine Delegation des [Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften \(VLÖ\)](#), bestehend aus Vertretern der einzelnen Landsmannschaften Österreichs.

Die Delegation des VLÖ war auf einer Studienreise in Deutschland unterwegs und hatte dabei die Gelegenheit, in Bayreuth das [Lastenausgleichsarchiv](#) zu besuchen. Das Lastenausgleichsarchiv war für die österreichischen Landsmannschaften durch die tiefe Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten und Berichten, die das Schicksal der vertriebenen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg beleuchten, im Hinblick auf den geplanten Wiederaufbau des Hauses der Heimat in Österreich und der Archivierung und Digitalisierung eigener Dokumente von großem Interesse.

Neben einem Vortrag des Leiters des Lastenausgleichsarchivs, Karsten Kühnel, stellte Stiftungsratsvorsitzender Hartmut Koschyk in einem guten Austausch mit der Delegation den Kontext zwischen den Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern auf der einen Seite und der aktuellen Situation der deutschen Minderheiten in den Herkunftsregionen der Landsmannschaften dar.



Nach einer Stärkung mit Kaffee und Kuchen, bereitgestellt durch [„Engins Ponte“](#), konnten die Gäste aus Österreich bei einer Stadtführung die kulturellen Sehenswürdigkeiten und die Geschichte Bayreuths besser kennenlernen.

Zum Abschluss des Besuches vereinbarten die Stiftung Verbundenheit und der VLÖ im Rahmen eines gemeinsamen Abendessens in der [Restauration Dötzer](#) eine künftig noch engere Zusammenarbeit. Nach einleitenden Worten des Stiftungsratsvorsitzenden Hartmut Koschyk stellte der VLÖ-Präsident Norbert Kapeller im Einzelnen die mitgereisten Vertreter der einzelnen Landsmannschaften vor, bedankte sich für die Gastfreundschaft und unterstrich die bisher schon sehr gute Zusammenarbeit zwischen VLÖ und Stiftung Verbundenheit sowie persönlich zwischen ihm und Hartmut Koschyk. Der Niederösterreichische Landtagspräsident Karl Wilfing schloss sich Kapeller an und betonte die Bedeutung, die Vertriebenen als wichtigen Teil des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu sehen, besonders in den Grenzregionen. Der Bayreuther Oberbürgermeister Thomas Ebersberger erzählte aus seiner eigenen Familiengeschichte, die teilweise ihren Weg von Österreich über Pommern und dann nach Bayreuth als neue Heimat fand.



Der Stiftungsratsvorsitzende Hartmut Koschyk und der VLÖ-Präsident Norbert Kapeller unterschrieben die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stiftung Verbundenheit und dem VLÖ. Als Paten standen der erwähnte Niederösterreichische Landtagspräsident Karl Wilfing und Bayreuths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger zur Seite.



KOOPERATIONSVEREINBARUNG

zwischen

der Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland

und

dem Verband der deutschen altösterreichischen
Landsmannschaften in Österreich (VLÖ)

Der Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) und die Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland vereinbaren, in Zukunft in folgenden Themenbereichen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten:

1. Unterstützung der deutschsprachigen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie der deutschsprachigen Gemeinschaften in Süd- und Nordamerika, vor allem in den Ländern der ehemaligen Donau-Monarchie. Dabei stehen der Erhalt und die Pflege der deutschen Muttersprache, der Geschichte und die Traditionen der jeweiligen Heimatregionen, die Sicherung international, europäisch garantierter und in den jeweiligen Staaten verankerter Minderheitenrechte sowie die Fortentwicklung dieser Volksgruppen durch eine zeitgemäße Jugendarbeit im Mittelpunkt. Auch in Fragen des angemessenen Gedenkens an das erlittene Leid der deutschsprachigen Zivilbevölkerung in Mittel- und Osteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges soll eine Zusammenarbeit erfolgen.
2. VLÖ und Stiftung Verbundenheit bemühen sich, in der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland bei den politisch Verantwortlichen in Regierung und Parlament, bei den zuständigen Verwaltungen, den Medien, der Wirtschaft, den Wissenschaften und in den Zivilgesellschaften beider Länder mehr Kenntnis, Verständnis und Unterstützung für die deutschsprachigen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie die deutschsprachigen Gemeinschaften in Süd- und Nordamerika zu erreichen. Hauptziel der Zusammenarbeit des VLÖ und der Stiftung Verbundenheit als Teile der Zivilgesellschaften in Österreich und Deutschland ist es, den deutschen Minderheiten und deutschsprachigen Gemeinschaften, die sich der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland verbunden fühlen, die moralischen und empathischen Zuwendungen zu vermitteln, dass sie von beiden Ländern nicht vergessen sind.



3. VLÖ und Stiftung Verbundenheit streben einen engeren Austausch und eine stärkere Kooperation der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterstützung deutschsprachiger Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie bei der Weiterentwicklung eines fortschrittlichen Minderheitenrechts in der Europäischen Union sowie im allgemeinen Völkerrecht an.
4. VLÖ und Stiftung Verbundenheit werden sich auf der Ebene ihrer Leitungsgremien mindestens einmal jährlich begegnen und dabei konkrete Maßnahmen im Sinne einer lebendigen Zusammenarbeit zum Wohle der deutschsprachigen Minderheiten und deutschsprachigen Gemeinschaften erarbeiten.

Bayreuth, 13. März 2024

Hartmut Koschyk
Vorsitzender des Stiftungsrates
der Stiftung Verbundenheit mit den
Deutschen im Ausland

Ing. Norbert Kapeller
Präsident des Verbandes der deutschen
altösterreichischen Landsmannschaften in
Österreich



Seite C 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Hartmut Koschyk und Norbert Kapeller betonten das gute Verhältnis beider Organisationen und ihrer Personen in der Vergangenheit und beschrieben erste gemeinsame Vorhaben und Anstrengungen, die unter anderem die Unterstützung der bisher nicht anerkannten deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien betreffen sowie den Kontakt zu den deutschsprachigen Gemeinschaften in Lateinamerika miteinschließen, welche sich oft auch oder besonders Österreich zugewandt fühlen und zu denen die Stiftung Verbundenheit durch ihr #JungesNetzwerk bereits einen guten Kontakt hat.

Die Stiftung Verbundenheit dankt für den Besuch sowie den guten Austausch und freut sich auf die weitere gute Zusammenarbeit und gemeinsame Kooperation für die Heimatverbliebenen und Heimatvertriebenen.

Dem Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften (VLÖ) gehören an:

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich,

Karpatendeutsche Landsmannschaft in Österreich,

Landsmannschaft der Deutsch-Untersteirer in Österreich,

Bundesverband der Siebenbürger Sachsen in Österreich,

Verein Banater Schwaben Österreichs,

Donauschwäbische Arbeitsgemeinschaft (DAG),

Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen in Österreich,

Gottscheer Landsmannschaft in Klagenfurt und der

Österreichische Heimatbund Beskidenland

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten C 13 – C 30**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 14 – C 15)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) 263. Kiezspaziergang: Carstenn-Figur - Vom Prager Platz bis zur Kirche am Hohenzollernplatz



Bild: BACW/Brühl

Pressemitteilung vom 06.01.2025

Den 263. Kiezspaziergang führt Bezirksstadtrat Detlef Wagner am **Samstag, 11. Januar 2025**. Treffpunkt ist **um 14 Uhr** an der „Rilke-Stele“ Ecke Prager Platz und Trautenaustraße (Bus 204, U9).

Die Route führt entlang der „Carstenn-Figur“ über den Prager Platz, Nürnberger Platz, Fasanenplatz, Nikolsburger Platz bis hin zum Hohenzollernplatz.

Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge sind auf der [Webseite des Bezirksamtes](#) zu finden.

<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/spazieren-und-wandern/kiezspaziergaenge/>

Im Auftrag
Blümlein

02) BVV-Vorsteherin Judith Stückler besucht die Synagoge in der Pestalozzistraße



Bild: BA-CW, ML

Pressemitteilung vom 20.12.2024

Den Gottesdienst in der Synagoge an der Pestalozzistraße besucht Bezirksverordnetenvorsteherin von Charlottenburg-Wilmersdorf, Judith Stückler, **am Freitag, 27. Dezember 2024, um 18 Uhr.**

Der Besuch findet im Vorfeld des jüdischen Lichterfestes Chanukka statt, das in diesem Jahr am 25. Dezember beginnt. Judith Stückler wird bei dieser Gelegenheit Rabbiner Jonah Sievers und dessen Gemeinde treffen.

Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler:

„Ich freue mich auf den Besuch in der Synagoge und den Austausch mit der jüdischen Gemeinde unseres Bezirks. In Zeiten gesellschaftlicher Spannungen und Unsicherheit erinnert uns Chanukka an die Kraft des Lichts, das selbst in den dunkelsten Momenten niemals erlischt. Das Lichterfest symbolisiert Hoffnung, Widerstandsfähigkeit und die Fähigkeit, Dunkelheit durch Zusammenhalt und Mut zu überwinden. Gerade heute ist diese Botschaft wichtiger denn je – als Mahnung, dass Verständigung, Respekt und Gemeinschaft stärker sind als Trennung und Angst.“

Im Auftrag
Blümlein

03) 11. Integrationspreis des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf verliehen



Pressemitteilung vom 19.12.2024

Am internationalen Tag der Migrant:innen verlieh der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zum elften Mal seinen Integrationspreis: Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch ehrte am Mittwoch, 18. Dezember 2024, die Preisträger:innen in den Kategorien „Einzelperson“ und „Gruppe“.

Der 14-jährige **Faisal Ahmadi** erhielt die Auszeichnung für sein bemerkenswertes Engagement für obdachlose Menschen. Vor acht Jahren kam Faisal mit seiner Familie aus Afghanistan nach Deutschland und lebte in Unterkünften für Geflüchtete. Trotz der Unsicherheit, die das Leben in einer Geflüchtetenunterkunft mit sich bringt, engagiert er sich leidenschaftlich für obdachlose Menschen.

Mit seinem Fahrrad verteilt er ehrenamtlich Mahlzeiten und unterstützt Stephan May bei dessen Initiative „Radtour für obdachlose Menschen“. Im Mai 2024 gründete Faisal das Projekt „Kinder gegen Obdachlosigkeit“, um Abgeordnete und Vereine auf die Situation von Obdachlosen aufmerksam zu machen. Seine Initiative sensibilisierte viele Menschen für dieses wichtige Thema. Seit Juli 2024 lebt Faisals Familie in einer eigenen Wohnung, und er plant bereits sein nächstes Kinderprojekt.

Der **Verein Borussia 19 e.V.** wurde für seine herausragende Jugendarbeit geehrt. Innerhalb eines Jahres begeisterte der Verein Kinder und Jugendliche aus dem Bezirk und darüber hinaus für den Sport und brachte Fußballbegeisterte zusammen. Mit großem ehrenamtlichem Engagement bietet Borussia 19 e.V. Kindern verschiedener Altersgruppen und Herkunft eine Anlaufstelle, die durch Bewegung und Freude das Gemeinschaftsgefühl stärkt. Der Verein bereichert den Bezirk und die Jugendarbeit im Kiez.

Seite C 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Auch die Finalisten der beiden Kategorien verdienen Anerkennung für ihre großartige Arbeit.

In der Kategorie „Einzelperson“:

- Stephan May engagiert sich seit mehr als zehn Jahren ehrenamtlich mit seiner Initiative „Radtour für obdachlose Menschen“.
- Yulia Levina ist Sozialpädagogin und unterstützt beim Integrationswerk Respekt e.V. Projekte zur Integration von Migranten, vor allem aus Osteuropa.
- Forough Hossein Pour unterstützt seit mehr als 20 Jahren Geflüchtete in verschiedenen Rollen, darunter als Beraterin, Sprachmittlerin und Journalistin mit Schwerpunkt auf Integrationspolitik und kultureller Vielfalt.

In der Kategorie „Gruppe“:

- HeRo e.V. – Kultursensible Altenhilfe: Die Selbsthilfegruppe bietet seit 2016 koreanischen Krankenschwestern aus den 1960er- und 1970er-Jahren Gemeinschaft und Unterstützung.
- Lehrreich Wilmersdorf GmbH: Dieses Nachhilfe- und Betreuungsangebot richtet sich an sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und bietet umfassende schulische Förderung.
- Sprachcafé Ulme35: Seit 2017 bietet das Stadtteilzentrum Ulme35 regelmäßige Sprachcafés an, die Menschen aus unterschiedlichen Ländern zusammenbringen und die Integration fördern. Unterstützt werden die Treffen von jeweils fünf ehrenamtlichen Deutsch-Muttersprachlern.
- Sprachcafé Treffpunkt Kreuzkirche: Seit 2015 lädt die Initiative der Evangelischen Kirchengemeinde Wilmersdorf wöchentlich Geflüchtete und andere Interessierte zum Deutschlernen und Austausch ein.

Der Integrationspreis ehrt Menschen und Gruppen, die sich haupt- oder ehrenamtlich für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte einsetzen und das interkulturelle Zusammenleben fördern.

Der Preis ist mit 250 Euro in der Kategorie „Einzelperson“ und 750 Euro in der Kategorie „Gruppe“ dotiert und würdigt herausragende Leistungen, die für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf von besonderer Bedeutung sind.

Im Auftrag
Räsch

04) Charlottenburg-Wilmersdorf schließt neue Städtepartnerschaft mit dem Istanbuler Bezirk Şişli



Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch mit Resul Emrah Şahan, Bizirksbürgermeister Şişli.-
Bild: Emrah Temel

Pressemitteilung vom 18.12.2024

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf und der Istanbuler Bezirk Şişli haben **am Mittwoch, 18. Dezember 2024**, eine Städtepartnerschaft geschlossen. Es ist die 100. deutsch-türkische Städtepartnerschaft und die erste neue Städtepartnerschaft seit der Fusion von Charlottenburg und Wilmersdorf im Jahr 2001. Die Vereinbarung wurde im Rahmen der deutsch-türkischen Städtepartnerschaftskonferenz im Berliner Rathaus unterzeichnet.

Bei einem Besuch der Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch in Şişli im Oktober 2024 legten beide Bezirke die Schwerpunkte für die künftige Zusammenarbeit fest: Nachhaltige Stadtentwicklung, Kunst und Kultur im öffentlichen Raum, Smart-City-Lösungen sowie Digitalisierung der Verwaltung.

Charlottenburg-Wilmersdorf und Şişli kooperieren bereits seit 2021. Die Bezirksverordnetenversammlung hatte im September 2022 beschlossen, die Kooperation in eine Städtepartnerschaft zu überführen. Beide Bezirke teilen nicht nur ähnliche Herausforderungen bei Bevölkerungsstruktur und sozialen Themen, sondern auch gemeinsame Werte. Die Partnerschaft steht für ein gemeinsames Engagement für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Şişli wird von der demokratischen Opposition in der Türkei regiert. Der Austausch fördert die internationale Zusammenarbeit und stärkt die Verbundenheit der mehr als 13.000 Einwohner:innen mit türkischen Wurzeln in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch:

„Die neue Städtepartnerschaft mit Şişli zeigt, wie gelebte Vielfalt und internationale Zusammenarbeit unsere Bezirke bereichern. Gemeinsam entwickeln wir Lösungen für die Herausforderungen unserer Bezirke und intensivieren den Austausch zwischen Verwaltungen sowie Bürgerinnen und Bürgern.“

Im Auftrag
Räsch

05) Gedenken an die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 16.12.2024

Der islamistische Anschlag vom Breitscheidplatz, dem 13 Menschen zum Opfer fielen, jährt sich **am Donnerstag, 19. Dezember 2024**, zum achten Mal. Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler, Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch, Bezirksstadtrat Detlef Wagner und Bezirksstadtrat Arne Herz nehmen an der Gedenkveranstaltung teil.

Diese beginnt **um 19.15 Uhr** in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche mit einer Andacht. Im Anschluss findet am Mahnmal „Der Riss“ auf dem Breitscheidplatz eine Gedenkzeremonie statt.

Im Auftrag
Jüch

06) Verleihung des 11. bezirklichen Integrationspreises



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 10.12.2024

Das Integrationsbüro des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf verleiht **am Mittwoch, 18. Dezember 2024**, dem Internationalen Tag der Migranten, **um 18 Uhr** den elften Integrationspreis im Rathaus Charlottenburg.

Der Preis ehrt das Engagement einzelner Menschen und Gruppen und rückt ihre oft unsichtbare, aber bedeutende Arbeit in den Mittelpunkt. Zu den Finalisten zählen Menschen, die mit beeindruckendem persönlichem Einsatz Brücken bauen – sei es durch soziale Arbeit, Sprachvermittlung, Bildungsinitiativen oder individuelle Unterstützung von Bedürftigen im Alltag.

Bürgerinnen und Bürgern konnten bis Ende November für ihre Favoriten abstimmen. Auch eine Jury, bestehend aus der Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch, Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler, sechs Mitgliedern des Bezirksbeirates für Partizipation und Integration sowie je einen Vertreter der sechs Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung, bewertet die nominierten Vorschläge. Die Ergebnisse der Zivilgesellschaft und der Jury werden zu gleichen Teilen gewertet.

Die Verleihung ist kostenfrei. Eine [Anmeldung](#) ist erforderlich:

<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/beauftragte/integration/integrationspreis/formular.758583.php>

Ort: Festsaal, Rathaus Charlottenburg (Otto-Suhr-Allee 100, 3. Etage)

Im Auftrag
Blümlein

07) 262. Kiezspaziergang: Zwischen Tradition und Moderne: Ein Spaziergang durch die Kantstraße



Bild: Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf / unit Zürn

Pressemitteilung vom 06.12.2024

Den 262. Kiezspaziergang führt Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz am **Sonnabend, 14. Dezember 2024**. Treffpunkt ist **um 14 Uhr** an den Kant-Garagen, Kantstraße 126/127 (Bus 101, M49, X34).

Die Route geht entlang der Kantstraße und endet am Breitscheidplatz.

Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge sind auf der [Webseite des Bezirksamtes](#) zu finden.

Im Auftrag
Blümlein

08) Gedenken an Pfarrer Dressel: Ausstellung mit Buchpräsentation im Rathaus Charlottenburg

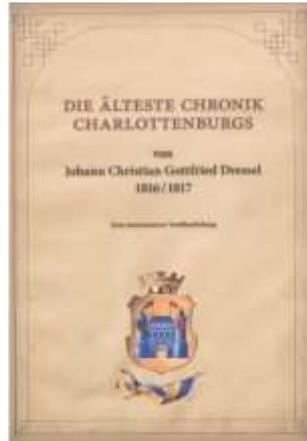


Bild: BA CW / VIZ

Pressemitteilung vom 05.12.2024

Katja Baumeister-Frenzel von der Agentur „KulturGut“ und Thomas Wolfes, Leiter des Verwaltungsinformationszentrums (VIZ) des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf, stellen am **Freitag, 6. Dezember 2024, um 18 Uhr** im VIZ (Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100) „Die älteste Chronik Charlottenburgs“ von Johann Christian Gottfried Dressel aus dem Jahre 1816/17 vor.

Die von Johann Christian Gottfried Dressel verfasste Chronik, die das VIZ als Original-Handschrift besitzt, wurde dieses Jahr anlässlich seines 200. Todestages in transkribierter und kommentierter Fassung veröffentlicht. Der visionäre Pfarrer und Reformator Dressel beschreibt darin die Entwicklung Charlottenburgs von 1705 bis 1817.

Thomas Wolfes beleuchtet Dressels Leben und die Bedeutung der Chronik, Katja Baumeister-Frenzel liest aus Dressels Schriften.

Zudem zeigt das VIZ in der Rathausgalerie ab sofort bis zum 31. Dezember 2024 erneut die Ausstellung „Aber nach Charlottenburg wünschte er sich am meisten hin“, die bereits im Oktober in der Luisenkirche zu sehen war.

Das VIZ des Bezirksamtes konzipierte die Ausstellung zum 200. Todestag von Dressel zusammen mit der Luisen-Kirchengemeinde und KulturGut. Das Bezirksamt und die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie visitBerlin ermöglichten die Finanzierung der Ausstellung, der Freundeskreis der Luisengemeinde die Finanzierung der Chronik.

Der Vortrag und die Ausstellung sind kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Die Chronik ist im VIZ für 20 Euro zu erwerben.

Verwaltungsinformationszentrum (VIZ)

**Rathaus Charlottenburg
Otto-Suhr-Allee 100
2. Etage, Zimmer 200 e-f**

Im Auftrag
Blümlein

**09) „Wilmersdorfer Brücken und Stege“: Kalender 2025 des Heimatvereins
jetzt erhältlich**



Bild: BACW

[Direkt zur Kontaktinformation](#)

Pressemitteilung vom 04.12.2024

Pünktlich zum Jahreswechsel ist der beliebte Kalender des Heimatvereins Wilmersdorf wieder erhältlich. 2025 dreht sich alles um Wilmersdorfer Brücken und Stege.

Bestellungen unter Angabe des Namens und der Adresse sind über den Heimatverein nach vorheriger Überweisung von 12 Euro auf das Vereinskonto (Deutsche Bank, IBAN DE 80 1007 0848 0313 9219 00) möglich.

Kontakt:

Heimatverein Wilmersdorf e.V.

E-Mail: Heimatvereinwilmersdorf@aol.de

Telefon: (030) 822 57 57

Im Auftrag
Jüch

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 24 – C 26)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf
Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation
14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Neujahrskonzert am 08.01.2025 im Hans-Söhnker-Haus

Pressemitteilung vom 23.12.2024

Wir starten klassisch ins neue Jahr mit dem **Duo Imme und Thomas Kolkmeier** (Violine und Klavier). Auf dem Programm stehen abwechslungsreiche und unterhaltsame Stücke von W. A. Mozart, Clara Schumann, Gabriel Fauré, Fritz Kreisler und anderen. Lassen Sie sich von den einzigartigen Melodien verzaubern.

Ort: Hans-Söhnker-Haus, Selerweg 18-22, 12169 Berlin, Tel.: [395 014 18](tel:39501418)

Termin: 08.01.2025

Einlass: 14:00 Uhr

Beginn: 15:00 Uhr

Kosten: 3,00 €, zzgl. Kaffeegedeck 3,00 €; Getränke stehen gegen Entgelt für Sie bereit

Anmeldung: telefonische Anmeldung wird empfohlen

02) Projektauftrag: „Kiezorientierte Gewaltprävention“ in Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 16.12.2024

Jetzt Projektantrag einreichen

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt stellt allen Berliner Bezirken finanzielle Mittel für die Umsetzung von Projekten der Kiezorientierten Gewaltprävention zur Verfügung.

„Durch die Förderung der kiezorientierten Gewaltprävention soll frühzeitig auf aktuelle gesellschaftliche Konflikte in den Sozialräumen/Kiezen reagiert werden. Dabei soll gezielt dort angesetzt werden, wo sich Problemlagen verdichten, um gewaltfreie und lebenswerte Nachbarschaften in Berlin zu schaffen.“ (Auszug aus den Förderleitlinien 2025, KOGP, S. 1)

„Im Rahmen der Förderung soll verschiedenen Formen und somit auch Zielgruppen von Gewalt effizient und wirksam durch ressortübergreifende Kooperationen begegnet werden.“ (Auszug aus den Förderleitlinien 2025, KOGP, S. 1)

Seite C 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Bis zum 17.01.2025 Förderantrag einreichen

Für die **Durchführung von Projekten** sucht der Bezirk Steglitz-Zehlendorf **Träger der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit**, die Ihre Projektanträge, mit der Aufschlüsselung des anvisierten finanziellen Bedarfs, **bis zum 17.01.2025** an die folgende E-Mail-Adresse richten: spk@ba-sz.berlin.de

Die Förderleitlinien finden Sie nachfolgend als [PDF-Download](#) und auf der Seite des Präventionsbeirats:

<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/gremien/praeventionsbeirat/>

Sollten Sie Rückfragen haben, können Sie sich an die Sozialraumorientierte Planungscoordination (SPK) im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wenden.

Ansprechperson:

Sozialraumorientierte Planungscoordination

Alexander Bittner, SPK 3

Tel.: [030 / 90299 4374](tel:030902994374)

E-Mail: alexander.bittner@ba-sz.berlin.de

03) Der erste bezirkliche Familienförderplan wurde verabschiedet

<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/aktuelles/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1512585.php#kontakt>

Pressemitteilung vom 12.12.2024

Ein Kind zu bekommen bedeutet für Eltern Momente des Glücks und großer Freude zu erleben. Gleichzeitig verändert sich das Leben fundamental: Neue Herausforderungen in Erziehung und Partnerschaft können das Familienleben auf die Probe stellen. Wie können Eltern bei diesen Herausforderungen unterstützt werden? Welche präventiven Angebote können Familien stärken?

Mit dem ersten bezirklichen Familienförderplan setzt der Bezirk ein Zeichen für die ganzheitliche Unterstützung von Familien. Er wurde im November vom Jugendhilfeausschuss einstimmig verabschiedet und tritt zum 01.01.2026 für den Zeitraum von vier Jahren in Kraft.

Vielfältige Unterstützung für Familien

Familienförderung beinhaltet eine breite Form von Angeboten für Eltern, die von Beratung im Familienleben bis zur Unterstützung in Fragen der Erziehung reichen. Darunter fallen vielfältige Kurse in Familienzentren, Elterncafés, aber auch aufsuchende Angebote für Eltern bspw. zur Entlastung für die Zeit nach der Geburt.

Bedarfsgerechte Maßnahmen für alle Familien

Im Förderplan werden diese Angebote, ihre Finanzierung und Qualitätsstandards genauso transparent und kompakt dargestellt, wie die aus den Bedarfen abgeleiteten Maßnahmen. Ganz wesentlich für die Gestaltung der Angebote sind die Bedarfe der Familien. Diese wurden in einer bezirklichen Kampagne systematisch erfasst und darauf basierend Lösungen mit Fachkräften entwickelt, die passgenau auf die Herausforderungen im Bezirk zugeschnitten sind.

Daraus haben sich eine **Vielzahl von Maßnahmen** ergeben, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. Dabei stehen im Mittelpunkt:

- Stärkung und Sicherung der bisher geschaffenen Angebotslandschaft
- Schaffung weiterer Angebote in den Bereichen Sport, Kultur, Freizeit- und Begegnungsmöglichkeiten gemäß der von Familien geäußerten Bedürfnisse
- Verstärkte Vernetzung der Angebote und der Akteure
- Ausbau der Angebote für noch nicht ausreichend erreichte Gruppen, wie Alleinerziehende, Väter, von Armut und/oder Behinderung bedrohte oder betroffene Familien, queere Familien oder Familien mit Sprachbarrieren
- Abbau von Hindernissen und Hemmschwellen in der Angebotsnutzung, sowie eine verbesserte Sichtbarkeit von Angeboten

„Mit dem ersten Familienförderplan in Steglitz-Zehlendorf setzen wir Familienfreundlichkeit als eine unserer obersten Prioritäten. Familien sollen sich im Bezirk dauerhaft wohl und gut unterstützt fühlen“, betonte die **Stadträtin für Jugend und Gesundheit, Carolina Böhm**.

Der Plan wird in seiner Laufzeit regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt, um auf die sich wandelnden Bedürfnisse von Familien einzugehen.

Weitere Informationen und Kontakt:

Weitere Informationen zur Familienförderung in Steglitz-Zehlendorf und den Familienförderplan (als PDF-Dokument) finden Sie auf der [Webseite des Jugendamtes](#):

<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/aemter/jugendamt/artikel.1428849.php>

Jugendhilfeplanung

Anja Stolzmann
E-Mail: jugplan@ba-sz.berlin.de
Tel: [030 90299 1386](tel:030902991386)

Leitung Fachreferat 1 Förderung
Sandra Ladewig
E-Mail: jug1000@ba-sz.berlin.de
Tel: [030 90299 8219](tel:030902998219)

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 27 - C 41)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Verleihung von Verdienstmedaillen und Förderpreis Tempelhof-Schöneberg



Die glücklichen Verdienstmedaillen- und Förderpreisträger 2024.- Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 462 vom 20.12.2024

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat am 13.12.2024 in feierlichem Rahmen im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg, 9 Verdienstmedaillen und den Förderpreis der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg für herausragendes bürgerschaftliches Engagement in unserem Bezirk verliehen.

Im Beisein von 140 Gästen wurden Ehrenamtliche mit der höchsten Auszeichnung des Bezirks für ihr langjähriges Engagement gewürdigt.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann betonte anlässlich der Verleihung:
„Für mich als Bürgermeister ist es selbstverständlich ein sehr erfreulicher Anlass, Bürger zu ehren, die sich aktiv für ihre Mitmenschen einsetzen und die wir daher zu Recht als Vorbilder für die gesamte Gesellschaft bezeichnen dürfen.“

Die Verdienstmedaillen- und Förderpreisträger 2024 sind:

Dieter Genz

Herr Genz engagiert sich seit 2013 regelmäßig im Trägerverein Lichtenrader Volkspark e.V., übernimmt Aufgaben wie die Pflege des Parks, Wartung von Spielgeräten und die Instandhaltung der Fahrräder. Mit seinem Wissen in der Naturpflege und seiner Rolle in der Konfliktbewältigung ist er eine wichtige Unterstützung für den Verein. Zudem wird er für seine digitale Kompetenz und seinen Humor geschätzt.

Matthias Glässer

Matthias Glässer engagiert sich seit vielen Jahren im "Sprachtreff" des Familienzentrums Lichtenrade, wo er Menschen beim Ausbau ihrer Deutschkenntnisse unterstützt. Seit 2016 bietet er sowohl Anfänger- als auch Fortgeschrittenenkurse an und hilft den Teilnehmenden mit viel Geduld und praxisnahen Übungen. Besonders hervorzuheben ist seine langjährige Unterstützung einer Frau vom ersten Sprachkurs bis hin zum Jobeinstieg. Zudem arbeitete er mit den Familienlotsinnen des Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrums zusammen, um einen Anfängersprachkurs für geflüchtete Frauen zu realisieren. Matthias Glässer zeigt große Flexibilität und passt das Lernangebot an die Bedürfnisse der Teilnehmenden an, auch durch die Fortführung des Sprachtreffs als Online-Angebot während der Pandemie.

Werner Götz

Seit 50 Jahren ist Werner Götz Präsident der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft e.V. Berlin Brandenburg (ÖDG) und organisiert im Bezirk Tempelhof-Schöneberg zahlreiche Veranstaltungen. Er veranstaltet regelmäßig Treffen wie das Kaffee-Treff und das beliebte Österreich-Frühstück, bei dem auch hochrangige Persönlichkeiten Vorträge halten. Zudem organisiert er den Nationalfeiertagsempfang und die Weihnachtsfeier, die bei den Mitgliedern großen Anklang finden. Weitere Veranstaltungen sind die Illumination des Christbaums sowie Kapellen- und Chorauftritte zum Nationalfeiertag. Götz' Zuverlässigkeit und Engagement fördern die enge Freundschaft zwischen Deutschland und Österreich und werden im Bezirk hochgeschätzt

Christian Homann

Christian Homann ist seit fast 50 Jahren eine zentrale Figur im Deutschen Roten Kreuz (DRK) und engagiert sich seit 1976 im Katastrophenschutz. Als Rettungssanitäter und Gruppenführer hat er viele Menschen in lebensrettenden Maßnahmen geschult. Seit 2009 leitet er den Blutspendedienst im DRK-Kreisverband Berlin Schöneberg-Wilmersdorf e. V., wo er eine aktive Gruppe aufgebaut hat, die über die Kreisgrenzen hinaus tätig ist. Seit 2011 bildet er neue ehrenamtliche Helfer aus und vermittelt die Werte des Roten Kreuzes. 2016 übernahm er zusätzlich die Leitung der Gemeinschaft Wohlfahrt- und Sozialarbeit und vertrat den Kreisverband bis 2023 auf Landesebene, wo sein Engagement und seine Führungsqualität das DRK nachhaltig prägten.

Nejat Kalayci

Seit über 15 Jahren ist Nejat Kalayci als Streetworker für den Straßensozialarbeitsverein Gangway tätig und engagiert sich in der Jugendarbeit. Als Spezialist für Gewaltprävention organisiert er Boxturniere, deren Einnahmen wohltätigen Zwecken zugutekommen. Bei

Seite C 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

diesen Turnieren erhalten viele junge Talente eine erste Bühne. Kalaycis Engagement im Boxsport prägt Generationen im Bezirk, da er junge Menschen für den Sport begeistert und dabei Respekt und Empathie vermittelt. Seine Kollegen schätzen ihn für seine kompetente, lösungsorientierte Denkweise und die angenehme Zusammenarbeit.

Christina Kretschmann

Christina Kretschmann ist seit 50 Jahren ehrenamtlich in der DLRG LV Berlin e.V. Bezirk Tempelhof tätig und leitet die Realistische Unfall- und Notfalldarstellung (RUND). Seit fast 50 Jahren engagiert sie sich im Wasserrettungsdienst und Katastrophenschutz, ist seit 2008 Rettungssanitäterin und seit 2016 Teil des Kriseninterventionsteams. Sie leitet die RUND mit viel Engagement und Zuverlässigkeit und hat sich als Vorbild im Rettungsdienst etabliert. Ihre Einsätze haben viele inspiriert, sich ebenfalls zu engagieren. Christina Kretschmann hat alle relevanten Vereinsehrungen erhalten und den Ruf ihres Teams bundesweit gestärkt.

Ulrich Misgeld

Ulrich Misgeld ist seit fast 20 Jahren 1. Vorsitzender des UnternehmensNetzwerks Motzener Straße e.V., das lokale Unternehmen vereint, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriegebiets zu fördern. Er initiierte den Netzwerkaufbau, die Gründung eines Kindergartens und die Durchführung von Standortkonferenzen. Besonders engagiert er sich für umweltfreundliche Projekte wie „NEMo – Null Emission Motzener Straße“. Durch sein Engagement hat er die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen, die Lebensqualität der Anwohner und die Arbeitsplatzsicherheit gestärkt. Zudem ist er Vorstandsmitglied der APRIL Stiftung und ehrenamtlicher Ansprechpartner der IHK in Tempelhof-Schöneberg.

Tamara Siebenmorgen-Koch

Tamara Siebenmorgen-Koch engagiert sich seit über 30 Jahren ehrenamtlich im Interkulturellen Haus und bei der T-SAGIF. Seit 27 Jahren leitet sie dort Projekte wie die Schülerhilfe für Schüler mit Deutschmangel und einen Sprach-Kochkurs für Migranten und Geflüchtete. Bei der T-SAGIF ist sie als Leiterin und Koordinatorin für zahlreiche erfolgreiche Projekte verantwortlich, die einen hohen politischen Stellenwert im Bezirk erreicht haben. Ihr Engagement reicht über Tempelhof-Schöneberg hinaus, und sie ist sowohl für ihre Führungskompetenz als auch als einfühlsame ZuhörerIn und Ratgeberin bekannt. Tamara Siebenmorgen-Koch teilt stets ihr Wissen und ihre Begeisterung mit anderen.

Ibrahim Yilmaz

Ibrahim Yilmaz ist seit über 20 Jahren eine zentrale Figur beim FC Internationale und hat als Jugendtrainer und Schiedsrichterabteilungsleiter die Vereinsentwicklung maßgeblich vorangetrieben. Er erweiterte die Schiedsrichtergruppe auf 27 Mitglieder und ist bekannt für seine soziale Kompetenz sowie seine Fähigkeit, Konflikte zu schlichten. Ibo ist auch in sozialen Organisationen aktiv und initiierte den INTER-KULTUR-CUP, ein Turnier, das verschiedene soziale Gruppen zusammenbringt. Trotz mehrfacher Wechselangebote bleibt er dem Verein treu. Sein Engagement für soziale Nachhaltigkeit im Sport macht ihn zu einer herausragenden Persönlichkeit.

Der Förderpreis der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg in Höhe von 1000,00 Euro wurde an den Parkring e.V. verliehen:

Der Parkring e.V. ist ein ehrenamtlicher Verein, der aus einer Bürgerinitiative entstanden ist

Seite C 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

und sich seit 17 Jahren unermüdlich für das Gemeinwohl einsetzt. Besonders hervorzuheben sind seine Aktivitäten zur Pflege von Grünflächen wie dem Rosengarten am Rumeypfad, dem Adolf-Scheidt-Platz und dem Senkgarten Boelkestraße, die aufgrund von Personalmangel und fehlenden Mitteln von der öffentlichen Hand vernachlässigt wurden. Darüber hinaus engagiert sich der Verein auch kulturell mit Veranstaltungen wie der „Kleinen Nachtmusik“ und dem „Parkring-Dinner“. Weitere Projekte sind Kiezfürhungen, Lauftreffs sowie die Betreuung von Spielplätzen und Parkbänken. Der Verein fördert den Austausch im Kiez und vertritt die verkehrspolitischen und stadtplanerischen Anliegen der Anwohner gegenüber Politik und Verwaltung. Dieses vielfältige und verantwortungsbewusste Engagement macht das Leben in der Nachbarschaft lebenswerter.

Kontakt

Ehrenamtsbüro

Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement
Christine Fidancan

-
- Tel.: [\(030\) 90277-6051](tel:030902776051)

ehrenamtsbuero@ba-ts.berlin.de

02) Tischtennis-Sportler aus Partnerstadt Köslin / poln. Koszalin zu Gast beim OSC Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 460 vom 20.12.2024

Städtepartnerschaftliche Aktivitäten mit Koszalin 2024 und Ausblick auf 2025

Die ersten deutsch-polnischen Tischtennis-Kontakte wurden 2015 – im 20. Jubiläumsjahr der Städtepartnerschaft zwischen Tempelhof-Schöneberg und Köslin – durch den KTS Koszalinianin initiiert. Seitdem treffen sich die Sportler jedes Jahr an einem Wochenende, abwechselnd in Köslin oder in Tempelhof-Schöneberg. Meist nehmen sie an einem im Bezirk stattfindenden Turnier teil, und darüber hinaus gibt es noch ein gemeinsames Training. Dabei kommt auch das Kennenlernen der jeweiligen Partnerstadt nicht zu kurz. Inzwischen haben sich auch Freundschaften zwischen den Spielern entwickelt, und der Austausch ist aus dem Vereinsleben nicht mehr wegzudenken.

In diesem Jahr schien es zum ersten Mal seit der pandemiebedingten Unterbrechung nicht zu gelingen, ein Treffen zu organisieren, da der geplante Begegnungstermin auf das Wochenende des DFB-Pokalfinales am 25. Mai fiel. Bezahlbare Unterbringungsmöglichkeiten für die polnischen Gäste waren in Berlin nicht zu bekommen. Glücklicherweise fand sich für den Besuch aus Koszalin zu guter Letzt noch ein Ersatztermin im Dezember.

Seite C 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Vom 13. bis 15. Dezember 2024 trafen sich acht jugendliche und acht erwachsene Spieler aus Koszalin mit ihren Partnern vom OSC Tempelhof-Schöneberg und maßen sich im sportlichen Wettkampf. Nach den Freundschaftsspielen in der Löcknitz-Grundschule am Freitag fand am Samstag eine erweiterte Vereinsmeisterschaft statt. Ein detaillierter Bericht des OSC über dieses Treffen folgt in Kürze.

Von Anfang an fördert das Bezirksamt diese Begegnung und begrüßt, dass sich ein solch aktiver sportlicher Austausch mit unserer polnischen Partnerstadt entwickelt hat. Uwe Risse, Abteilungsleiter Tischtennis beim OSC Berlin, engagiert sich seit langem für diesen sportlichen Austausch.

Koszalin war in diesem Jahr auch bei einer weiteren sportlichen Begegnung sehr erfolgreich: beim Pfingstfußballturnier der Partnerstädte, organisiert durch unseren Bezirk, gewann die Jungen-Mannschaft von Baltyk Koszalin den Siegerpokal. Darüber hinaus vertraten Bezirksstadträtin Eva Majewski, die Stellvertretende Bezirksverordnetenvorsteherin Martina Zander-Rade und Bezirksverordneter Oliver Fey den Bezirk bei den „Kösliner Tagen“, die aus Anlass des 758. Jubiläums von Köslin durchgeführt wurden.

Im nächsten Jahr können Tempelhof-Schöneberg und Köslin / Koszalin auf 30 Jahre Städtepartnerschaft zurückblicken. Das wird Anlass sein, diese Partnerschaft feierlich zu würdigen und neben den bestehenden Aktivitäten neue Initiativen zu entwickeln oder Projekte aus den letzten Jahren wieder aufleben zu lassen. Dazu gehören beispielsweise die erneute Teilnahme von Akteuren der Leo Kestenberg Musikschule am renommierten Hanza Jazz Festival in Köslin oder auch die Teilnahme Köslins am REC Kinder- und Jugendfilmfestival in Tempelhof-Schöneberg. Ebenso wäre ein Köslin-Stand auf dem Nachbarschaftsfest am 24. Mai eine willkommene Gelegenheit, unsere im Nordwesten Polens gelegene Partnerstadt bei den Menschen im Bezirk bekannter zu machen.

Kontakt

Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften

Mirka Schuster

-
- Tel.: [\(030\) 90277-2781](tel:030902772781)

Mirka.Schuster@ba-ts.berlin.de

03) Klettern, Schaukeln, Toben – Ab jetzt auf dem neuen Spielplatz in der Schöneberger Linse



Der neue öffentliche Spielplatz in der Ella-Barowsky-Straße 62.- Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 459 vom 18.12.2024

Am Mittwoch, den 18. Dezember 2024, wurde der neue öffentliche Spielplatz für den Bildungscampus Schöneberger Linse feierlich eröffnet. Um 10:00 Uhr versammelten sich Projektbeteiligte, interessierte Anwohnende sowie Kinder aus den umliegenden Kindergärten und der benachbarten Teske-Schule vor Ort, in der Ella-Barowsky-Straße 62, um den neuen Spielplatz zu zelebrieren und natürlich sogleich auszuprobieren.

Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck hieß die Anwesenden herzlich willkommen und stellte das Projekt zusammen mit Staatssekretär Stephan Machulik und Bezirksstadträtin Eva Majewski vor. Gemeinsam wurde das rote Band feierlich durchtrennt und der neue Kiez-Treffpunkt eingeweiht.

Stephan Machulik, Staatssekretär für Wohnen und Mieterschutz:

„Allein 400.000 Euro an Bundes- und Landesmittel aus dem Förderprogramm Nachhaltige Erneuerung wurden in den neuen Spielplatz am Bildungscampus auf der Schöneberger Linse investiert. Als Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Wohnen und Bauen ist es uns ein großes Anliegen, dass auch die Jüngsten in einem neuen Stadtquartier viel Raum zum Toben an frischer Luft haben.“

Dr. Saskia Ellenbeck, Bezirksstadträtin:

„Kinder brauchen Orte, an denen sie ihrer Fantasie freien Lauf lassen können, wo sie Abenteuer erleben und Freundschaften knüpfen. Mit dem Spielplatz auf der Schöneberger Linse haben wir eine kreative Umgebung geschaffen, die Kinder inspirieren soll. Ich möchte allen danken, die zur Verwirklichung dieses Projektes beigetragen haben.“

Eva Majewski, Bezirksstadträtin:

„Auf der Schöneberger Linse sind neue Wohnquartiere entstanden – das heißt auch: Wir brauchen mehr Platz zum Spielen für die Kinder! So hat der Vorhabenträger eine Teilfinanzierung des Spielplatzes geleistet. Der öffentliche Spielplatz ist ein bedeutender Teil des sozialen Angebots und somit ein wichtiger Treffpunkt für Familien mit Kindern.“

Der Spielplatz wurde durch den Fachbereich Grünflächen des Straßen- und Grünflächenamtes errichtet und bietet sowohl Jung als auch Alt verschiedene Highlights: Eine große und durchgängige Kletterlandschaft ermöglicht es den Kindern, als spielende Herausforderung kletternd, schwingend oder balancierend von einem zum anderen Ende der Kletterlandschaft zu gelangen, ohne den Boden berühren zu müssen. Außerdem gibt es eine große Nestschaukel, eine Calisthenics-Anlage, eine barrierefreie Platzfläche mit Tischtennisplatte, Rollstuhltrainer sowie Musik- und Klangspielgerät und verschiedene Tisch-Bankkombinationen.

[Weitere Informationen erhalten Sie in unserer Pressemitteilung Nr. 220 vom 14.06.2024.](#)

Die Bauzeit inklusive Abbrucharbeiten dauerte von Januar bis November 2024.

Das Vorhaben wurde mit 400.000 Euro durch das Städtebauförderprogramm „Nachhaltige Erneuerung“ des Bundes und des Landes Berlin, mit 90.000 Euro Eigenmitteln des Bezirks sowie durch Beteiligungen der Wohnungsbauinvestoren RONDUS Immobilienbesitz GmbH & Co. und der GEWOBAG mit insgesamt 480.000 Euro finanziert.



Die ersten Kinder erkunden den Spielplatz.-
Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg



Von links nach rechts: Staatssekretär
Stephan Machulik, Bezirksstadträtin
Dr. Saskia Ellenbeck und Bezirksstadträtin
Eva Majewski bei der Eröffnung des
neuen Spielplatzes.- *Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg*



Das rote Band wurde feierlich durchtrennt und der Spielplatz somit eröffnet.-

Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Kontakt

Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz

Dr. Saskia Ellenbeck

- Tel.: [\(030\) 90277-6001](tel:030902776001)

Mirka.Schuster@ba-ts.berlin.de

04) Bürgermeister aus Partnerstadt Nahariya besucht Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 458 vom 17.12.2024

Ronen Marely dankt für gelebte Solidarität

Mit der im Norden Israels, direkt an der libanesischen Grenze gelegenen Stadt Nahariya ist der Bezirk seit 1970 durch eine enge Städtepartnerstadt verbunden. Der menschenverachtende terroristische Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 führte zu kriegerischen Auseinandersetzungen, die bis heute andauern. Die Bürger Nahariyas standen bis zum Waffenstillstand vom 27. November 2024 unter starkem Raketenbeschuss der Hisbollah. Sie mussten Todesopfer und Zerstörungen beklagen. Insbesondere für die Kinder war ein normales Leben nicht mehr möglich.

Seit dem Waffenstillstand ist es in Nahariya ruhiger und die Menschen atmen wieder auf. Bürgermeister Ronen Marely und seine Delegation nutzten die Feuerpause, um ihren befreundeten Partnerkommunen Tempelhof-Schöneberg, Bielefeld und Darmstadt für die Solidarität zu danken, die sie in der für sie schwierigen Zeit erfahren haben. Die Mitglieder der Delegation waren Tal Almog, stellvertretender Bürgermeister für die Förderung auswärtiger Beziehungen, Moshe Ben Shoshan, Direktor für Facility Management und Grünflächen sowie Dolmetscher Ely Oknin.

Die Gäste trafen Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann in seinem Büro im Rathaus Schöneberg. Ronen Marely berichtete seinem Amtskollegen von der aktuellen Situation in Nahariya und überreichte einen Bildband, in dem die Auswirkungen des Überfalls vom 7. Oktober 2023 dargestellt werden. Gemeinsam planten die Städtepartner ihre Projekte für

Seite C 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

2025 und darüber hinaus. Der Jugendaustausch, insbesondere die Begegnung von Sportvereinen, wird dabei im Vordergrund stehen. „Es sind die jungen Menschen, die unsere Städtepartnerschaft in die Zukunft tragen und ausbauen werden. Gerade beim gegenseitigen Austausch im Sport werden wichtige Fähigkeiten wie Toleranz, Fairness und Respekt am besten entwickelt.“, so Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann.

Die israelischen Gäste hatten ihren Aufenthalt in Berlin auch dazu genutzt, um – in Begleitung des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters Matthias Steuckardt – die Jüdische Gemeinde Chabad Berlin zu besuchen und mit Rabbiner David Teichtal und Vadim Basin, den Leiter für Öffentlichkeitsarbeit, in den Austausch zu treten. Alle Beteiligten waren sich darin einig, dass solch großartige Einrichtungen dazu beitragen können, den Austausch und die Verständigung zu fördern.

Es war Bürgermeister Ronen Marely auch wichtig, den Bezirksverordnetenvorsteher Tempelhof-Schönebergs Stefan Böltes zu treffen. In ihrem Gespräch bekräftigten beide, dass sie den aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen ins Stocken geratenen kommunalpolitischen Austausch zwischen Nahariya und Tempelhof-Schöneberg wiederaufnehmen wollen.

Die Vertreter Tempelhof-Schönebergs betonten, dass es ihnen ein wichtiges Anliegen ist, die Städtepartnerschaft mit Nahariya auch in Zukunft aktiv zu fördern.



Bürgermeister Ronen Marely (rechts) zeigt Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (links) den Bildband.-

Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg



Die Delegation traf Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (rechts mittig) in seinem Büro im Rathaus Schöneberg.-

Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg



Bürgermeister Ronen Marely (rechts) übergibt Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (links) den Bildband.-
Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften
Mirka Schuster

- Berlin
- Tel.: [\(030\) 90277-2781](tel:030902772781)
- Mirka.Schuster@ba-ts.berlin.de

05) Neue Ausstellung im Jugend Museum

Pressemitteilung Nr. 445 vom 05.12.2024

„PROTEST. Einmischen. Laut werden. Verändern.“

Es ist soweit: Im Jugend Museum startet die neue Ausstellung: „PROTEST. Einmischen. Laut werden. Verändern“.

**„PROTEST. Einmischen. Laut werden. Verändern.“
neue Projektetage und Ausstellung im Jugend Museum**

Geöffnet ab Montag, 9. Dezember 2024 von 14 bis 18 Uhr

Jugend Museum, Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin

Seite C 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

„Was bedeutet Protest für dich?“, „Welche Veränderungen sind deiner Meinung nach dringend notwendig?“, „Wofür setzt du dich ein?“. Diese zentralen Fragen stehen im Fokus der neuen Ausstellung im Jugend Museum, die ab dem 9. Dezember 2024 für alle Jugendlichen geöffnet ist.

In einer interaktiven und inspirierenden Umgebung besteht die Möglichkeit, historische und aktuelle Formen des Protests zu erkunden. Die Ausstellung bietet verschiedene Räume, in denen Jugendliche miteinander diskutieren, ihre Meinungen austauschen und kreativ werden können. Ob in der Druck-Werkstatt, im Foto-Atelier oder im Ton-Studio – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Die Ausstellung lädt dazu ein, sich mit den eigenen Ansichten und Anliegen auseinanderzusetzen und die Bedeutung von Protest in der heutigen Gesellschaft zu reflektieren. Gemeinsam können die Jugendlichen neue Perspektiven entwickeln und ihre Stimme für die Themen erheben, die ihnen am Herzen liegen.

Am 7. Dezember 2024 organisieren die Critical Young Friends, die als Jugendbeirat an der Ausstellungsentwicklung beteiligt waren, im Jugend Museum eine internationale Jugendkonferenz. Zu Gast sind die Take pARTners vom Dordrecht Museum aus den Niederlanden und die Young Producers der Tees Valley Museen aus Großbritannien. Gemeinsam tauschen sie sich darüber aus, wie Jugendliche in der Museumsarbeit partizipieren können.

Mit der neuen Ausstellung und der Jugendkonferenz endet das fünfjährige Modellprojekt „Discover History – Act now!“ im Rahmen des Förderprogramms „Demokratie Leben!“

Pressebesichtigungen können gerne in der Woche vom 9. bis 13. Dezember 2024 vereinbart werden.

Kontakt:

Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christiane Elfi Rückert

- Tel.: [\(030\) 90277-6227](tel:(030)90277-6227)

06) Abschlussveranstaltung Europäischer Wissenstransfer LoGo! Europe 2024

Pressemitteilung Nr. 443 vom 03.12.2024

Zwölf Bezirke unterwegs in europäischen Verwaltungen



Auf der feierlichen Abschlussveranstaltung des bezirksübergreifenden Hospitationsprojektes „LoGo! Locals go Europe 2024“ am 26. November 2024 begrüßte Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann alle Beteiligten und brachte seine Unterstützung für dieses wegweisende Projekt zum Ausdruck. Dabei hieß er Gäste aus sieben Projektpartnerverwaltungen im Theodor-Heuss-Saal des Rathauses Schöneberg willkommen – aus Helsinki, Beyoglu/Istanbul, Lund, Malmö, Palermo, Venedig und Wien. Auch Florian Hauer, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, zeigte sich beeindruckt von den vielfältigen Berichten über die Hospitationen und würdigte das europapolitische Engagement der Beschäftigten.

Insgesamt 64 Beschäftigte aus allen Berliner Bezirken hatten bzw. werden im Laufe dieses Jahres bzw. in der ersten Hälfte 2025 vierwöchige Hospitationen in den Kommunalverwaltungen von Amsterdam, Belfast, Bern, Birmingham, Bozen, Brüssel, Dublin, Gdansk, Glasgow, Graz, Helsinki, Istanbul, Linz, London, Lund, Malmö, Metz, Meztli, Palermo, Split, Venedig, Warschau, Wien und Zürich absolvieren. Dabei konnten sie viel lernen, knüpften feste Arbeitskontakte zu ihren Kollegen vor Ort und gaben wertvolle Erfahrungen weiter. Für ihr Engagement wurde der „Europass Mobilität“ überreicht.

Alle sind sich darin einig, dass die Berliner Bezirke damit einen wichtigen Beitrag zum europäischen Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch leisten.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann in seinem Grußwort:

“Dieses Projekt ist ein Stück gelebtes Europa. Es zeigt – trotz aller aktuellen Herausforderungen – was Europa eigentlich ausmacht oder ausmachen sollte.”

Seite C 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die Beiträge der Vertreter der Partnerverwaltungen und ihrer Praktikanten bestätigten, wie wichtig der Austausch für beide Seiten war. Gemeinsam sprachen sie sich für die Fortsetzung und Vertiefung des europäischen Wissenstransfers aus. In den Berichten wurde aber auch darauf hingewiesen, dass Berlin auf vielen Gebieten, insbesondere in der Digitalisierung, im Katastrophenschutz, in der Gestaltung des Radverkehrs und in Bezug auf moderne Büros und bei der Motivierung seiner Beschäftigten noch einiges von den europäischen Partnerverwaltungen lernen kann.

Seit 2006 hatten bezirksübergreifend bereits 462 Mitarbeitende an dem mehrwöchigen Erfahrungsaustausch in europäischen Partnerverwaltungen teilgenommen, zunächst im Rahmen des EU-Programms Leonardo da Vinci, seit 2015 mit dem Berliner „Hospitationen im Rahmen des Europäischen Wissenstransfers“.

Nach der Abschlussveranstaltung verbrachten unsere Gäste aus den Partnerverwaltungen einen weiteren Tag in Berlin. Nachdem sie sich im Humboldt-Forum in der Führung „Geliebt oder gemieden: der Palast der Republik“ über die Geschichte des Ortes informiert hatten, diskutierten sie im Roten Rathaus – gemeinsam mit EU-Beauftragten der Bezirke und einer Vertreterin des EU-Bereichs der Senatskanzlei – Chancen und Herausforderungen der Fortsetzung des Fachkräfteaustausches zwischen den europäischen Verwaltungen. Dabei stellte Maximilian Müller (Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg) die im Rahmen seiner Masterarbeit entstandene Evaluation des LoGo! Europe-Projektes der Bezirke für den Zeitraum von 2015 bis 2024 vor. Cornelia Geffert (BA Reinickendorf) informierte online über ihr PACE-Bundes-Austauschprojekt zum Thema Digitalisierung, das sie im Nachgang zu einer LoGo! Europe-Hospitation in Dublin 2023 erfolgreich beantragt und durchgeführt hatte. Im Verlaufe der folgenden lebhaften Diskussion bekräftigten die europäischen Gäste ihr Interesse an einer Fortsetzung und den Wunsch, künftig mehr Fachkräfte zur Hospitation nach Berlin zu schicken.

Auch für 2025 ist vorgesehen, den Europäischen Wissenstransfers weiterzuführen, denn er motiviert die Beschäftigten, sich sowohl fachlich als auch sprachlich weiter zu qualifizieren und so die Anforderungen an eine moderne europäische Verwaltung noch besser zu erfüllen.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und die Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften Mirka Schuster gratulieren den Teilnehmern aus Tempelhof-Schöneberg; von links nach rechts: Mirka Schuster, Farid Chalekh, Katerina Tahawokh, Jörn Oltmann, Anna Lena Ochsenreither und Tara Lämmche

Kontakt:

Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften

Mirka Schuster

- Berlin
- Tel.: [\(030\) 90277-2781](tel:030902772781)

07) Ausschreibungen für Kulturförderungen in Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 440 vom 02.12.2024

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg bietet über die Dezentrale Kulturarbeit in 2025 Fördermöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler sowie freie Gruppen, die Projekte in allen kulturellen Sparten planen.

Die Dezentrale Kulturarbeit schreibt Kulturförderungen für 2025 aus:

- [Kulturprojekt-Förderungen](#): Antragsfrist 17.01.2025
<https://dezentrale-kulturarbeit.de/kulturfoerderung/>
- [Projektfonds Kulturelle Bildung](#): Antragsfrist 24.01.2025
<https://dezentrale-kulturarbeit.de/projektfond/>
- [Förderungen im Rahmen des KiA-Programms](#): Antragsfrist 31.01.2025
<https://dezentrale-kulturarbeit.de/kulturfoerderung/kia-programm/>

Die **Kulturprojektförderung** richtet sich an Kulturschaffende, die Projekte in Sparten wie Musik, Tanz, bildende Kunst, Literatur, Theater, Film oder Medienkunst umsetzen möchten. Voraussetzung ist, dass die Projekte erstmals im Bezirk Tempelhof-Schöneberg präsentiert und im Jahr 2025 realisiert werden. Eine unabhängige, ehrenamtliche Jury wird die Projekte beurteilen.

Der **Projektfonds Kulturelle Bildung** unterstützt innovative Ansätze der kulturellen Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die geförderten Projekte müssen in Zusammenarbeit mit pädagogischen Einrichtungen im Bezirk durchgeführt werden. Auch hier werden die Bewerbungen einer unabhängigen, ehrenamtlichen Jury zur Beurteilung vorgelegt.

Das **KiA-Programm** fördert Kinder-, Jugend- und Puppentheater. Einzelkünstlerinnen und -künstler oder mobile freie Gruppen können **Aufführungsprämien** für Theaterangebote beantragen. Gefördert werden einzelne Vorführungen und Veranstaltungsreihen für Kinder und Jugendliche, sowie ausgewählte **Spielstätten**. Das Programm möchte das Angebot von Kinder- und Jugendtheatern im Stadtgebiet stärken und mehr kulturelle Teilhabe ermöglichen.

Seite C 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Ausführliche Informationen und Antragsformulare gibt es auf der [Internetseite der Dezentralen Kulturarbeit](#):

<https://dezentrale-kulturarbeit.de/>

Kulturschaffende können gerne im Vorfeld eine telefonische Beratung in Anspruch nehmen.

Die Vergabe der Fördermittel steht unter dem Haushaltsvorbehalt und ist abhängig von den zur Verfügung gestellten Mitteln.

Kontakt:

Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Dezentrale Kulturarbeit

Dr. Peter Rümenapp

- Berlin
- Tel.: [\(030\) 90277-4347](tel:030902774347)
- [E-Mail an Herrn Rümenapp](#)

Tempelhof-
Schöneberg
dezentrale
KULTUR
arbeit



Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Krzyżowa 7, 58-112 Grodziszczce

tel: +48 74 85 00 300

fax: +48 74 85 00 305

e-mail: sekretariat@krzyzowa.pl

Stiftung Kreisau pr@krzyzowa.pl [über](http://krzyzowa.org.pl) krzyzowa.org.pl

01) Dr. hab. Robert Żurek für Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen ausgezeichnet



Mit Stolz und Freude informieren wir, dass Generalkonsul Martin Kremer am 17.12.2024 im Namen von Dietmar Nietan, dem Koordinator der Deutschen Bundesregierung für die deutsch-polnische gesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit, eine Anerkennungsurkunde an Dr. habil. Robert Żurek überreichte, als Würdigung seiner herausragenden Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen.

Wir gratulieren herzlich unserem Chef und Kollegen, der uns täglich mit seinem Engagement und seiner Leidenschaft für den Dialog und die Verständigung inspiriert.



**C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite C 44

Keine Berichte

01) Trauer um Hildegund Pobel

Heute habe ich die traurige Pflicht, Ihnen mitteilen zu müssen, dass meine langjährige Vorgängerin im Amt der Landesvorsitzenden der SL-Landesgruppe Berlin e.V., unsere Ehrenvorsitzende, Frau Hildegund Pobel, aus **Warnsdorf**/Sudetenland, am 11. Dezember 2024 im Alter von 94 Jahren in Berlin verstorben ist. Wir werden Ihr ein ehrendes Gedenken bewahren!

Rudolf D. Fischer, Landesobmann

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

Teil D

Inhaltsverzeichnis (Seite D I)

**D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten D 1 – D 17**

B ö h m e n u n d M ä h r e n (Seiten D 1 – D 2)

- 01) Grenzgänger Nr. 131
- 02) Hostauer Rundbrief
- 03) „500 Jahre Widerstand im Nordwald“

S ü d t i r o l (Seite D 3 – D 17)

- 01) Südtiroler erinnern an Sepp Kerschbaumer

D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten D 1 – D 17

B ö h m e n u n d M ä h r e n (Seiten D 1 – D 2)

01) Grenzgänger Nr. 131

Der von **Ulrich Möckel** seit über einem Jahrzehnt herausgegebene „Grenzgänger“ mit einzigartigen Beiträgen aus dem **Böhmischen Erzgebirge** zählt zweifellos zu den informativsten Zeitschriften für Heimatfreunde.

[Hier können Sie die aktuelle Ausgabe abrufen](#) – in der Hoffnung, daß Sie die Feiertage MIT Weihnachtskrippe, aber OHNE Weihnachtsgrippe überstanden haben:

https://drive.google.com/file/d/1QbOD7sf_lbf47buWTPieYu_s5WQToIZ-/view

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 67, 2024

Wien, am 30. Dezember 2024

02) Hostauer Rundbrief

Von **Mag. Stefan Stippler**, dem Ortsbetreuer der Heimatstadt **Hostau** / Hostouň im Kreis **Bischofteinitz** / Horšovský Týn, haben wir [diesen Rundbrief mit aktuellen Informationen erhalten](#).

https://www.hostau.org/fileadmin/user_upload/pdf/rundbriefe/82.pdf

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 67, 2024

Wien, am 30. Dezember 2024

03) „500 Jahre Widerstand im Nordwald“

Auf Initiative des Zweiten Präsidenten des NÖ Landtages **Gottfried Waldhäusl** wird sich **Stefan Scholz** (Archivar im Staatsgebietsarchiv in **Prag** – Spezialgebiet: Geschichte der Waldenser und Hussiten) im Zuge des Projekts „500 Jahre Widerstand im Nordwald“ finanziert durch die Kulturabteilung des Landes Niederösterreich im kommenden Jahr mit der Geschichte im Waldviertel beschäftigen. [Hier geht es zum Beitrag der „Waldviertel Akademie“](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.waldviertelakademie.at/projektpraesentation-500-jahre-widerstand-im-nordwald/>

Projektpräsentation „500 Jahre Widerstand im Nordwald“

- [Dezember 10, 2024](#)



Die Projektpräsentation „500 Jahre Widerstand im Nordwald“ von Stefan Scholz fand am 9. Dezember in der Waldviertler Sparkasse in Waidhofen an der Thaya statt.

Auf Initiative von Gottfried Waldhäusl wird sich Stefan Scholz im Zuge des Projekts „500 Jahre Widerstand im Nordwald“ finanziert durch die Kulturabteilung des Landes Niederösterreich im kommenden Jahr mit der Geschichte im Waldviertel beschäftigen.

Dr. Stefan Scholz ist Archivar im Staatsgebietsarchiv in Prag und forscht bereits seit langer Zeit zur Geschichte der Waldenser und Hussiten. Er hat dazu bereits Forschungen im Marchfeld und in Tschechien aufgestellt. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, die Geschichte der Waldenser und Hussiten sowie die Bauernaufstände im Waldviertel näher zu beleuchten.

Einen ersten Einblick in die Forschungsarbeit präsentierte er dem Publikum mithilfe einer Powerpoint-Präsentation, wo er auch diverse Illustrationen zur Schau stellte. Stefan Scholz sprach zunächst über die Beginne der Waldenser in Frankreich und Norditalien, später hielten sich rund 80.000 Waldenser im Herzogtum Österreich auf. Er berichtete von Aufständen, Hussitenzügen und schließlich auch von Bauernaufständen aufgrund von Missernten und Hungersnot.

Im Anschluss an den Vortrag lud Stadtrat und 2. LT-Präsident Gottfried Waldhäusl zu einem Imbiss und Getränken ein. Die Veranstaltung fand mit Unterstützung der Waldviertler Sparkasse Bank AG und dem Land Niederösterreich statt.

Personen am Bild: Libor Karasek, Direktor der Waldviertler Sparkasse Bank AG Martin Bogg, Vorsitzender der WALDVIERTEL AKADEMIE Thomas Arthaber, Historiker Stefan Scholz, Projektleiterin der WALDVIERTEL AKADEMIE Gabriele Rochla, Stadtrat und 2. LT-Präsident Gottfried Waldhäusl.

S ü d t i r o l (Seite D 3 – D 17)

01) Südtiroler erinnern an Sepp Kerschbaumer

Der legendäre Freiheitskämpfer **Sepp Kerschbaumer** aus Frangart, der Begründer des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS), starb vor 60 Jahren am 7. Dezember 1964 im Alter von 51 Jahren im Gefängnis von Verona den Herztod, für den wohl die vorher erlittene **Folter** mit ursächlich gewesen war.

Der „Südtiroler Schützenbund“ (SSB) und der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) erinnerten dieser Tage mit einer gemeinsamen Plakataktion an dieses traurige Geschehen.

[Hier geht es zum SID-Bericht.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://suedtirol-info.at/sepp-kerschbaumer-danke-fuer-deinen-einsatz/?ct=YTo1OntzOjY6lnNvdXJjZSI7YToyOntpOjA7czo1OiJlbWFpbCI7aToxO2k6MTk7fXM6NToiZW1haWwiO2k6MTk7czo0OiJzdGF0IjtzOjlyOjlyOjI2NzYwMDUwMG9jMjY4OTc3NjM0IjtzOjQ6ImxIYWQiO3M6MzoiMjg0IjtzOjY6ImNoYW5uZWwiO2E6MTp7czo1OiJlbWFpbCI7aToxOTt9fQ%3D%3D>



[Südtirol Informations-Dienst](#)



Sepp Kerschbaumer DANKE für Deinen Einsatz!



Der legendäre Freiheitskämpfer Sepp Kerschbaumer aus Frangart, der Begründer des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS), starb vor 60 Jahren am 7. Dezember 1964 im Alter von 51 Jahren im Gefängnis von Verona den Herztod, für den wohl die vorher erlittene Folter mit ursächlich gewesen war.

Der „Südtiroler Schützenbund“ (SSB) und der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) erinnerten dieser Tage mit einer gemeinsamen Plakataktion an dieses traurige Geschehen.

Große Gedenkfeier – Bericht des „Südtiroler Schützenbundes“ (SSB):

Sepp-Kerschbaumer-Gedenkfeier: „Vergeben, aber nicht vergessen!“

ST. PAULS – Am Sonntag, den 8. Dezember 2024, versammelten sich über 2.000 Teilnehmer in St. Pauls, um anlässlich des 60. Todestages von Sepp Kerschbaumer dessen herausragende Verdienste sowie die der verstorbenen und lebenden Tiroler Freiheitskämpfer der 1960er Jahre zu würdigen. Im Mittelpunkt der Feier standen der unermüdliche Einsatz für die Freiheit und Selbstbestimmung Südtirols sowie die Erinnerung an eine entscheidende Epoche in der Geschichte der Südtiroler.

Frontabschreitung, Einmarsch und heilige Messfeier



Frontabschreitung durch Bürgermeister Wilfried Trettl, die Landeskommandanten Roland Seppi und Enzo Cestari, Landeskommandant-Stellvertreter Gerhard Biller sowie den Obmann des Südtiroler Heimatbundes, Roland Lang. (Bild SSB) (Der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher war zu dieser Feier nicht erschienen. Einige andere SVP-Politiker wie beispielsweise die ehemalige Landesrätin Martha Stocker, die SVP-Landesrätin Rosmarie Pamer und die SVP-Landtagsabgeordneten Waltraud Deeg und Franz Locher, waren hingegen gekommen.)

Seite D 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die Feierlichkeiten begannen mit der Meldung der angetretenen Formationen und der anschließenden Frontabschreitung durch Bürgermeister Wilfried Trettl, die Landeskommandanten Roland Seppi und Enzo Cestari, Landeskommandant-Stellvertreter Gerhard Biller sowie den Obmann des Südtiroler Heimatbundes, Roland Lang.



(Bild SSB)

Im Anschluss führte die Musikkapelle Girlan die Schützen und Teilnehmer zum Kirchgang in den sogenannten „Dom am Lande“. Pater Reinald Romaner OFM zelebrierte die Heilige Messe und hob dabei besonders die Vorbildwirkung Sepp Kerschbaumers für die Tiroler Bevölkerung hervor.

Gedenkfeier im Friedhof



Auf dem Friedhof sprachen Pater Reinald Romaner OFM und Roland Lang, Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ SHB (links im Bild). (Bild SSB)

Nach dem Kirchgang marschierten die Teilnehmer zum Friedhof, wo Roland Lang die Anwesenden begrüßte und kurz auf die aktuelle politische Lage einging: „55 Jahre nach dem Südtirol-Paket, versucht die Landespolitik, verlorene Kompetenzen der Autonomie

zurückzuerlangen. Die Verhandlungen sind jedoch schwach. Zudem hat Landeshauptmann Arno Kompatscher Vertreter der Fratelli d'Italia in die Landesregierung aufgenommen, was die Verhandlungen weiter erschwert. Die Entscheidung von Ministerpräsidentin Meloni, Alessandro Urzì in die Verhandlungen einzubinden, ist eine Watschn für Südtirol. Urzì fordert eine Herabsetzung des Wahlrechts für zugewanderte Italiener, eine Aufweichung des Proporz und die automatische Anerkennung des Zweisprachigkeitsnachweises. Er ist bekannt für seinen Einsatz gegen die Tiroler Identität. Es ist Fünf vor Zwölf: Wir müssen uns für die Ziele des Südtirol-Autonomiekonvents entscheiden oder den bequemen Weg der Assimilation wählen.“

„Vergeben, aber nicht vergessen!“



Hier im Bild: Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung (rechts) zusammen mit dem ehemaligen Freiheitskämpfer Siegfried Steger, einem der legendären „Pusterer Buam“. *(Bild Hartung)*

Der im Exil lebende Freiheitskämpfer Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung (81) hielt via Mobiltelefon die Gedenkrede. Er betonte die Bedeutung von Sepp Kerschbauers entschlossenem Einsatz für die Heimat und den Schutz der Menschenwürde.

„Es ist mir eine große Ehre, hier zur Erinnerung an Sepp Kerschbaumer und sein Wirken für unsere Heimat zu sprechen“, so Hartung. Er erinnerte daran, dass Kerschbaumer und seine Mitstreiter in einer Zeit kämpften, in der die Rechte der Südtiroler massiv unterdrückt wurden. „Die Südtiroler Freiheitskämpfer haben einen entscheidenden Beitrag für eine bessere Autonomie geleistet!“, zitierte Hartung den ehemaligen Landesrat Dr. Bruno Hosp.

Besondere Beachtung fand die Erwähnung der „Feuernacht“ vom 11. auf den 12. Juni 1961, an der Kerschbaumer maßgeblich beteiligt war. „Diese weltweit für Aufsehen erregende Aktion erfolgte mit Wissen lokaler und österreichischer Politiker mit dem Ziel der Freiheit und Loslösung Südtirols von Italien durch Selbstbestimmung“, erklärte Hartung. Er schilderte die politische Lage jener Zeit und die provokativen Maßnahmen der italienischen Regierung, die die Südtiroler zur Verzweiflung trieben.

Hartung stellte klar, dass die Freiheitskämpfer keine Terroristen waren, sondern Menschen, die für ihre Rechte eintraten. „Wir waren selbstlose, das Recht und die Freiheit liebende Personen“, betonte er. Dabei erinnerte er an die gewaltsamen Repressionen, die die Freiheitskämpfer erlebten, und forderte die heutige Politik auf, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und Lösungen für die noch offenen Fragen zu finden.

Seite D 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

„Wir ehemaligen Freiheitskämpfer waren selbst Opfer und haben den seinerzeitigen Tätern längst vergeben, unsere Hand zur Versöhnung ausgestreckt aber können und dürfen nicht vergessen.“, schloss Erhard Hartung seine bewegende Rede.

Ehrensalve und Kranzniederlegung



(Bild SSB)

Im Anschluss an die Gedenkrede spielte die Bürgerkapelle Girlan am ehemaligen Grab von Sepp Kerschbaumer das Lied vom „Guten Kameraden“. Die Ehrensalve wurde von der Schützenkompanie „Sepp Kerschbaumer“ Eppan unter Hauptmann Maximilian Schmid abgefeuert. Abgeschlossen wurde die sehr würdige Gedenkfeier mit der Tiroler Landeshymne und der Österreichischen Bundeshymne.

Kerschbaumer, leuchtendes Beispiel für die Jugend



Der Landeskommandant des „Südtiroler Schützenbundes“, Roland Seppi, bei seiner Ansprache. (Bild SSB)

Seite D 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Landeskommandant Roland Seppi würdigte Kerschbaumer als einen Mann, der die politische Apathie in Südtirol aufbrach und die Südtiroler Volkspartei zum Handeln aufrief. Dennoch bleibt die Wahrheit schmerzlich: Auch 60 Jahre später hat Südtirol noch nicht vollständige Freiheit erlangt. Die politische Landschaft ist nach wie vor von Kompromissen und dem Einfluss Italiens geprägt.

„Wir sind immer noch unfreiwillige Untertanen des italienischen Staates, aber unter gänzlich anderen Vorzeichen! Der Stiefelstaat ist nicht mehr der widerwillige Geber, sondern der geduldige Zurücknehmer“, so Seppi, der dabei auch die heutige politische Führung kritisiert: „Sie verlieren zunehmend den Kontakt zum kulturellen und politischen „Hinterland“ und dabei die wahren Herausforderungen der Tiroler Identität aus den Augen“.

Seppi schloss seine Rede mit einem Appell an die Verantwortungsträger, den Tirolern eine Zukunft zu bieten, die auf echten Werten basiert – auf dem Rückgrat der Identität und einer unabhängigen, selbstbewussten Haltung.

„Für unsere Tiroler Identität braucht es Zukunftsdenker, keine Paragraphenreiter“, betonte Seppi und erinnerte an den großen Mut von Sepp Kerschbaumer, der auch heute noch als leuchtendes Beispiel für die Jugend gilt.

Freiheit und Selbstbestimmung

Die Gedenkfeier wurde von Vertretern der Kirche, der Schützen sowie der Politik begleitet und fand in einem würdigen Rahmen statt. Sie unterstrich die Bedeutung, das Andenken an Sepp Kerschbaumer und seine Mitstreiter zu bewahren. Die Teilnehmer verließen die Veranstaltung mit einem starken Gefühl der Verbundenheit und dem festen Vorsatz, die Werte der Freiheit und Selbstbestimmung auch in Zukunft zu verteidigen.

Dokumentation:

Video des Südtiroler Schützenbundes:

https://www.youtube.com/watch?v=kAyLv1k5fqQ&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Fsuedtirol-info.at%2F

Gedenkrede von Prof. Dr. Erhard Hartung:

https://www.youtube.com/watch?v=qPB79d9gzuA&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Fsuedtirol-info.at%2F

Der Wortlaut:

Sehr geschätzter Kamerad Sepp, sehr verehrte Vertreter von Kirche, Schützen und Politik sowie sämtliche Teilnehmer, die zur Ehrung von Dir, anlässlich Deines 60. Todestags, anwesend sind!

Es ist mir eine große Ehre vom Südtiroler Schützenbund ausgewählt und aufgefordert zu sein hier zur Erinnerung an Dich und Dein Wirken für unsere Heimat zu sprechen. Ursächlich dafür dürften neben Deinem vorbildlichen Eintreten für die Heimat von uns Tirolern auch unsere Beiden ähnlichen Schicksale sein. Auf Grund unseres Erkennens des sehr stark gefährdeten Volkstums, unseres christlichen Glaubens, an unsere verbrieften Rechte und

Seite D 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

unsere ehrliche Liebe zur Heimat hatten wir den dafür erforderlichen Mut und die notwendige Kraft uns in mannigfaltiger Weise zu äußern und gegen die eindeutige Verletzung uns zugesagter, beschlossener Verträge und vielfach schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Menschenwürde einzutreten. Dafür wurden wir Freiheitskämpfer von der Justiz, der Politik, den Medien strafrechtlich verfolgt, inhaftiert, schwer gefoltert sowie über viele Jahre gedemütigt und verleumdet.

Lieber Sepp, um Dich und Dein damaliges Handeln überhaupt heute verstehen zu können, möchte ich in Erinnerung rufen, dass in den späten 1950er Jahren in Europa auf Zypern ein Freiheitskampf unter Führung von General Grivas und Erzbischof Makarios stattfand und nur dadurch die Insel von England unabhängig wurde. Im Baskenland, Nord-Irland und Algerien waren Freiheitskämpfer aktiv und das von uns bekämpfte Italien hat noch im Jahre 1963 Ansprüche auf das Hinterland von Triest gestellt, wobei es zeitgleich die uns und Österreich 1946 im sogenannten Pariser-Abkommen zugesicherten autonomen Grundrechte und die Selbstverwaltung, bewusst verweigerte.

Gott sei gedankt, denn die schwierige Situation der Nachkriegsjahre hat sich im Vergleich zu heute, wesentlich verbessert. **Es sei erlaubt die Worte, des mit uns Beiden befreundeten, ehemaligen Landesrat Dr. Bruno Hosp zu zitieren: „Die Südtiroler Freiheitskämpfer haben einen entscheidenden Beitrag für eine bessere Autonomie geleistet!“.**

Trotzdem könnt Ihr, hier Anwesenden, mich nur dank technischer Hilfsmittel hören, die meine physische Anwesenheit nicht zwingend erforderlich machen. Ursächlich dafür ist ein noch immer bestehender italienischer Haftbefehl zur Verbüßung einer lebenslangen Strafe, welche vor über einem halben Jahrhundert über mich in Abwesenheit verhängt wurde. Nach Erkenntnis des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes widerspricht dieses Urteil der Europäischen Menschenrechtskonvention, da ich weder Ladung, Anklageschrift noch Urteil, trotz Anforderung und bekannten Aufenthalts, nicht zugestellt erhielt.

Nun, zurück zu Dir, lieber Sepp: es ist Dein großer Verdienst, dass Du die schweren Verbrechen der italienischen Politik und ihrer, seit der Besetzung Südtirols fortlaufenden, kolonialen Verwaltung, noch rechtzeitig erkannt hast und gestärkt durch Deinen Glauben die notwendige Kraft hattest Ende der 1950er Jahre mit Gleichgesinnten den „Befreiungs-Ausschuss-Südtirol“, kurz BAS genannt, zu gründen sowie aktiv, maßgeblich an der Vorbereitung und Ausführung der sogenannten „Feuernacht“ vom 11. auf 12. Juni 1961 beteiligt warst. Diese, weltweit Aufsehen erregende Aktion erfolgte mit Wissen lokaler und österreichischer Politiker mit dem Ziel der Freiheit und Loslösung Südtirols von Italien durch Selbstbestimmung.

Um deutlich zu machen, dass wir Freiheitskämpfer keine Terroristen, Neonazi oder Faschisten sind, wurde von einem gemeinsamen Team aus Nord- und Südtirolern, welche mir später in Kameradschaft verbunden waren, am 31. Jänner 1961 das Mussolini huldigende Reiterdenkmal in Waidbruck gesprengt und verhindert, dass es wiedererrichtet wurde. Seine Reste befinden sich heute in einem italienischen Depot wo andere, noch sichtbare Relikte des Faschismus, wie z.B.: das Siegesdenkmal in Bozen, das Mussolini-Relief am Bozner Finanzamt oder die Ossarien in Grenznähe, welche öffentlich Ärger erregen, besser aufgehoben wären. Italien möge sich an Österreich und Deutschland, wo keine Denkmäler in Erinnerung an ehemalige Kriegsverbrecher bestehen, ein Beispiel nehmen und den damals Verfolgten bzw. deren Nachkommen ein Ausgleich gewährt wird.

Seite D 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Ursächlich für den gewaltigen Aufstand von uns Tirolern waren primär die Nichteinhaltung von Verträgen, die Jahrzehnte lange italienische Ausbeutung sowie das auch bei uns eingeführte Kolonialsystem Italiens, welches an die schlimmsten Kolonialmethoden in Afrika erinnerte, sodass von uns ein LOS VON ROM gefordert wurde. **Nach Beurteilung von Kanonikus Michael Gamber befanden wir uns auf einem Todesmarsch da Lebensgrundlagen entzogen, der Zugang zur Arbeit erschwert und der Bezug von günstigen Sozialwohnungen fast unmöglich gemacht wurde.**

Dem folgte eine massive Abwanderung ins Ausland, welche durch staatlich geförderte, angesiedelte Zuwanderer aus Italien ausgeglichen wurde. So war mit mathematischer Sicherheit vor auszusehen, dass wir Tiroler binnen kurzer Zeit, in der eigenen Heimat zu einer rechtlosen Minderheit werden.

Auch wenn es Dir, lieber Sepp, und allen Freiheitskämpfern oberstes Ziel war bei unserem Kampf, Menschenleben zu schonen, eskalierte die Auseinandersetzung wegen der Folterungen von politischen Südtiroler Häftlingen durch Carabinieri, unfairen Gerichtsverfahren mit Verurteilung von 157 Personen zu mehreren Jahrhunderten Haft, der Stationierung von bis zu 40.000 Uniformierten sowie durch gezielte, geheimdienstliche Provokationen wie den bis heute ungesühnten Mord an Luis Amplatz und dem völkerrechtswidrigen Vorfall in Tesselberg.

Lieber Sepp, Du musst wissen, dass Du und andere Freiheitskämpfer durch korrekte Forschung heute anders beurteilt werden und wir keine Terroristen, sondern selbstlose, das Recht und die Freiheit liebende Personen waren. So hat die Landeshauptstadt Innsbruck eine Straße im olympischen Dorf nach Dir benannt. Auch ist bewiesen, dass die angeblichen Anschläge auf dem Pfitscherjoch, der Steinalm und der Porzescharte, welche acht italienische Soldaten getötet hätten, nicht uns Südtiroler Freiheitskämpfern anzulasten sind.

Gleich wie Dir in schwerster Zeit der Liebe Gott beigestanden ist, so hilft heute die moderne Technik mir: Gutachter haben herausgefunden, dass Mast 119 auf der Porzescharte im Juni 1967 gleich zweimal am gleichen Tag gesprengt wurde. Das beweist zweifelsfrei, dass u.a. ich nicht Täter sein kann und der österreichische Bundespräsident bereits 1975 zu Recht jede Verfolgung einstellte. Heute ist es Aufgabe der Politik auch hier eine Lösung zu finden.

Wir ehemaligen Freiheitskämpfer waren selbst Opfer und haben den seinerzeitigen Tätern längst vergeben, unsere Hand zur Versöhnung ausgestreckt aber können und dürfen nicht vergessen.

In diesem Sinn erlaube ich mir auf die permanente Ausstellung im „Haus der Tiroler Geschichte“ im Zentrum von Bozen hinzuweisen. Denn nur wer sein Land kennt und liebt, kann wachsam und wehrhaft für freiheitliche und demokratische Werte eintreten.

Auf Wiedersehen allen Teilnehmern, hoffentlich dann „in persona“ im kommenden Jahr,

mit Tiroler Grüßen
Erhard Hartung

Dankesworte des Landeskommendanten des „Südtiroler Schützenbundes“, Roland Seppi

Seite D 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Geschätzter Sepp Kerschbaumer,

heute 60 Jahre nach deinem Tod im Gefängnis, kann ich dir berichten, die Zeiten nach dir waren weiterhin schwierig. Doch der italienische Riese musste einlenken, tröpfchenweise gab er uns Verwaltungsbefugnisse. Die absolute Freiheit, die war da leider nicht dabei, leider bis heute nicht!

Einige deiner späteren Nachfolger, also die Macher von heute, haben zur Freude Italiens ihren Radius Richtung Norden eingengt. Doch trotz der freiwilligen Einschränkung ihres Weitblickes auf ungefähr 45 Autominuten, Innsbruck ist für sie bereits Ausland, preisen sie sich als große Förderer der europäischen Einigung.

Eine Schuldirektorin, die sich um die eigene deutsche Sprache in Bozen bemüht, bekommt für Ihren Einsatz ein Disziplinarverfahren angehängt. Sogar diese Schmutzarbeit nehmen unsere neuen Visionäre den Faschisten ab.

Geschätzter Sepp Kerschbaumer, es sind lustlose Heimatpfleger, deine politischen Nachfolger!

Zurück in die 1960er Jahre. Ja, die erkämpften italienischen Zugeständnisse ergaben kleine Freiräume. Die politische und wirtschaftliche Aufbau-Generation wurde dadurch gefestigt und diente der ladinischen und deutschen Minderheit, die beide immer selbstbewusster wurden. Gewisse Volksvertreter wurden jedoch übermütig. Wirtschaft und Politik gab sich viel Eigenlob, und immer wieder die Botschaft an die UNO, zeigt uns Südtiroler doch her in aller Welt! Wir haben den besten Schutz, den sich eine Minderheit nur vorstellen kann. Niemand warnte die Südtiroler Volkspartei vor dieser naiven Botschaft, auch nicht Österreich. Liebe Schutzmacht, das war unverantwortlich und fahrlässig!

Geschätzter Sepp, um den Kreis der vergangenen 60 Jahre in voller Wahrheit abzuschließen, darf auch Folgendes nicht fehlen. Wir sind immer noch unfreiwillige Untertanen des italienischen Staates, aber unter anderen Vorzeichen! Der Stiefelstaat ist nicht mehr der widerwillige Geber, sondern der zielstrebige Zurückforderer!

Und Südtirolerseite kann man mit dem neuen, engen Schmalspurdenken, der Schlitzohrigkeit italienischer Diplomatie, auch nicht ansatzweise die Stirn bieten. Vor allem in Bozen lachen sich die rot oder schwarz gefärbten italienischen Nationalisten neuerdings ins Fäustchen, „piano piano ci baciano la mano“. „Nun warten die von der SVP wachgeküssten, auf das was da kommen mag“!

Geschätzter Sepp Kerschbaumer, das ist die Wahrheit 60 Jahre nach deinem Tod. Es tut mir leid, denn gerade Du hättest dir eine andere, eine bessere Wahrheit verdient!

Schützen Heil
Mjr. Roland Seppi
Landeskommandant

Zur Erinnerung:

Das Leben Sepp Kerschbaumers



Sepp Kerschbaumer. Gemälde von Rudolf Comploier.

Sepp Kerschbaumer wurde am 9. November 1913 in Frangart bei Bozen geboren. Am 10. September 1934 wurde der 22 Jahre alte Kaufmannssohn, wie damalige Zeitungsberichte belegen, mit weiteren 9 Burschen und zwei Mädchen von Geheimagenten und Carabinieri verhaftet und in Ketten in das Bozner Gefängnis eingeliefert. Die Jugendlichen wurden beschuldigt, am Tag vorher, am Sonntag, den 9. September, beim Wiesenfest der Musikkapelle St. Pauls verbotene deutsche Lieder gesungen zu haben.

Mitte Oktober 1934 wurden die Burschen und Mädchen ohne Verteidigung von der faschistischen Verbannungskommission einvernommen und verurteilt. Die beiden Mädchen wurden für fünf Jahre unter Polizeiaufsicht gestellt. Die zehn Burschen wurden zu mehreren Jahren Verbannung nach Südtalien verurteilt. Sepp Kerschbaumer war zu zwei Jahren Verbannung nach Lagonegro in Südtalien verurteilt worden.



Sepp Kerschbaumer (Bildmitte) zusammen mit Freunden auf einer Radtour im Jahre 1934

Ungeheuerliche Strafen in St. Pauls.

Wie wir bereits in letzter Folge berichtet haben, wurden wegen sogenannter „Demonstrationen“ zwölf St. Paulser zur Strafe verurteilt. Später kamen einige Gehmagenten und trieben sich im Dorf umher.

- ~~10. Der Bursche Kerschbaumer aus Frangart;~~
- ~~11. Gottfried Stampfer aus Frangart und~~
12. Der Student Karl Schmeißer aus St. Pauls, alle zu je zwei Jahren.

Aus einem Bericht der Innsbruck erscheinenden Zeitung „Der Südtiroler“ vom 1. Dezember 1934.

Ab 1957 protestierte Kerschbaumer mit Flugzetteln gegen die fortgesetzte faschistische Politik der Unterdrückung und geförderten Massenzuwanderung aus dem Süden. Er hisste die verbotene Tiroler Fahne auf dem Kirchturm in Frangart und letztendlich gründete er zusammen mit verzweifelten Landsleuten, die keinen anderen Ausweg mehr sahen, den „**Befreiungsausschuss Südtirol**“ (BAS).

Es kam zu den Verzweiflungsanschlägen der Herz-Jesu-Nacht des Jahres 1961, die letztlich auf lange Sicht eine gewaltige Wende in der Politik einleiten sollten, zunächst aber zu Massenverhaftungen und schweren Folterungen führten.



Die verbotene Tiroler Fahne auf dem Kirchturm in Frangart. Für das öffentliche Zeigen der Tiroler Farben wurde Sepp Kerschbaumer nach Paragraph 654 des immer noch Geltung befindlichen faschistischen Strafgesetzbuches (Codice Penale“ von 1930) wegen „aufhetzender Kundgebung“ zu 10 Tagen Haft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte in der Verhandlung die Tiroler Fahnen als „stracci“ – als „Fetzen“ – bezeichnet. (Bild Archiv)

Verhaftung und Folterung Sepp Kerschbauers

Am 15. Juli 1961 wurde der Gründer und Kopf des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), der Frangarter Gemischtwarenhändler und Kleinbauer Sepp Kerschbaumer, verhaftet, in die Carabinieri-Kaserne von Eppan gebracht und schwerstens misshandelt.

Der ebenfalls verhaftete Josef Fontana aus Neumarkt im Unterland wurde Sepp Kerschbaumer am 17. Juli 1961 um 17 Uhr abends gegenübergestellt. Der Eindruck, den Kerschbaumer auf ihn machte, konnte er kaum in Worte fassen. Was er sah, war „*ein Mensch in seiner tiefsten Erniedrigung.*“ (Josef Fontana / Hans Mayr: „Sepp Kerschbaumer“, Bozen 2000, S. 146)



Sepp Kerschbaumer wurde aus dem Kreis seiner Familie gerissen. Vor ihm lagen Folter, Haft und Tod. *(Bild Archiv)*



IL «CAPO» KERSCHBAUMER (A DESTRA) E IL «SOTTOCAPO» KOCH, VENGONO TRADOTTI AMMANETTATI NELLE CARCERI DI BOLZANO

Martin Koch aus Bozen und Sepp Kerschbaumer (rechts) sind verhaftet worden und werden nun in die Carabinieri-Kaserne eingeliefert. *(Bild Archiv)*

Sepp Kerschbaumer hat das, was mit ihm geschehen war, am 4. September 1961 in einem Schreiben geschildert, welches keinen Adressaten trug und aus dem Gefängnis hinaus geschmuggelt und der Südtiroler Volkspartei übergeben wurde.

Der Brief liegt heute im Südtiroler Landesarchiv in Bozen unter den Archivalien der Südtiroler Volkspartei.

Gefängnis Bozen 4. September
1961

Schildere hier die Mißhandlungen, die ich beim Verhör durch die Karabinieri von Eppan und dort selbst erleiden mußte, sofort nach der Verhaftung am 15. 7. 1961. Als ich in der Frühe um 6-7 Uhr in die Kaserne

Der Briefanfang

Der Brief lautet:

„Gefängnis Bozen, 4. September 1961

Schildere hier die Mißhandlungen, die ich beim Verhör durch die Karabinieri von Eppan und dort selbst erleiden mußte. Sofort nach der Verhaftung am 15. Juli 1961 als ich in der Frühe um 6-7 Uhr in die Kaserne eingeliefert wurde, wurden an mich verschiedene Fragen gestellt die ich verneinte.

Daraufhin wurde ich in ein anderes Lokal geführt, wo ich sofort mit Hände hoch stehen mußte, in dieser Position mußte ich von 7 Uhr früh bis 2 Uhr Nachmittag, um welche Zeit ich dann bis 6 Uhr abends in die Zelle gesperrt wurde. Dann ging es wieder von 6 Uhr abends bis 3 Uhr in der Früh gleich wie zuvor.

So mußte ich im ganzen 16 Stunden mit erhobenen Händen stehen. Als ich die Arme nicht mehr ganz in die Höhe halten konnte, riß man sie mir wieder empor, zu alledem wurde ich in dieser Zeit immer wieder im Gesicht in der Brust und am Rücken mit der flachen Hand oder den Fäusten geschlagen, zudem wurde ich immer wieder auf das gemeinste verspottet, nicht nur ich, sondern besonders auch unser ganzes Volk samt Führung, in der letzten Zeit der Mißhandlung war ich so mit meinen Kräften darnieder, daß ich mich nur mehr mit der größten Mühe aufrecht erhalten konnte.

Ich schwitzte und zitterte am ganzen Leibe und war so erschöpft, daß ich nur mehr einen Wunsch hatte, nämlich zu sterben. Als ich den Karabinieri sagte, sie sollen mich frisch umbringen, wurden sie erst recht prutal.

Beim späteren Verhör wurde mir immer wieder mit der Streckbank gedroht.

Dies entspricht alles der reinen Wahrheit und ich kann es gar nicht so schrecklich schildern, wie es in Wirklichkeit sich alles zugetragen hat.

Sepp Kerschbaumer, geb. am 9. 11. 1913 in Frangart“

(Wörtliche Wiedergabe des Originalbriefes. SVP-Archivalien, Landesarchiv Bozen)

*Dies entspricht alles der
reinen Wahrheit und ich
kann es gar nicht so
schrecklich schildern wie es
in Wirklichkeit sich alles
zugetragen hat.*

*Sepp Kerschbaumer,
geb. am 9. 11.
1913*

in Frangart.

Das Ende des Briefes

Mit ihm sein Land Tirol

Im Ersten Mailänder Südtirolprozeß im Jahre 1964 wuchs Sepp Kerschbaumer als Hauptangeklagter über sich hinaus.

Seite D 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Er verwandelte das Gerichtsverfahren in ein Tribunal über die römische Politik in Südtirol und er beeindruckte damit nicht nur die deutschen und österreichischen Medien, sondern auch die Weltpresse.

Sepp Kerschbaumer wurde in Mailand am 16. Juli 1964 zu 15 Jahren und 11 Monaten Haft verurteilt und nach dem Prozess in das Gefängnis von Verona verlegt. Dort starb er am 7. Dezember 1964 im Alter von 51 Jahren – viel zu früh – der Herztod, für den wohl auch die erlittene Folter mit ursächlich gewesen war.

Bericht Sender Bozen der RAI am 13. Mai 2011 „50 Jahre Feuernacht“

<https://www.youtube.com/watch?v=qCun1Jorzwk&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Fsuedtirol-info.at%2F>

Veröffentlicht am [13. Dezember 2024](#)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 42

- 01)** Es lebe die Nation! Populisten wie Erdoğan setzen auf Spaltung. Um sie zu besiegen, dürfen Vielfalt und Nationalstolz nicht länger als Gegensatz betrachtet werden. Von Seren Selvin Korkmaz
- 02)** Die andere Gefahr. Die Annahme, Fake News würden Wahlen entscheiden, ist weit verbreitet. Dieses irreführende Narrativ schürt Misstrauen und schadet der Demokratie. Von Laurenz Günther
- 03)** Neue Weltlage. Angesichts Chinas Ambitionen passt Japan seine Außenpolitik an – dabei ist Tokio jedoch auf die Unterstützung der Trump-Regierung angewiesen. Von Satoru Mori
- 04)** Gedränge im Lithiumdreieck- Lange wurde Lateinamerika von der EU vernachlässigt – China, Russland und Indien haben die Lücke gefüllt. Kann die Partnerschaft aufgefrischt werden? Von Alexandra Sitenko
- 05)** Globale Dominanz. Mit dem Aufbau eines Ultrahochspannungsnetzes treibt China den grün-technologischen Umbau voran. Wird Europa abgehängt? Von Lia Musitz & Timo Daum
- 06)** Die Eine-Million-Dollar-Frage. Welche Ideologie vertritt Donald Trump? Seine Weltanschauung verbindet verschiedene Strömungen – und wird Amerikas Rolle in der Welt prägen. Von Branko Milanović
- 07)** „Eine Atmosphäre der Angst“. UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan über Angriffe auf Journalisten, beschränkte Meinungsfreiheit in Demokratien und Gefahren durch Desinformation Interview. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 08)** Vergessene Helden. Enttäuschte Erwartungen und unerfüllte Versprechen: Pflegekräfte kämpfen nach der Pandemie weiter mit Überlastung und schlechten Arbeitsbedingungen. Von Christy Hoffman
- 09)** Zeit für Gegenpressing. Der Aufstieg der Rechtspopulisten gefährdet die liberale Demokratie weltweit. Doch diese lässt sich nur im Vorwärtsgang verteidigen. Von Jonathan Menge
- 10)** Plötzlich allein. Die Ära der globalen US-Dominanz ist vorbei. Auf die Treue ihrer Bündnispartner kann sich die Supermacht unter Trump nicht länger verlassen. Der Trump-Effekt: US-Bündnispartner orientieren sich um. Von Sarang Shidore

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 38 - E 42

- 01)** NATO Osterweiterung. Von Ed Koch
- 02)** Nicht länger am Rande. Die Ernennung von Radmila Šekerinska zur Stellvertretenden NATO-Generalsekretärin gibt dem Westbalkan unerwarteten Auftrieb. Von Bojan Stojkovski

E. c) Europa, Europa und die Welt

Seite E 43

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU)

Seite E 44 – E 51

- 01) Raus aus dem Dämmer Schlaf. Die neue Kommission eröffnet nach Jahren der Stagnation die Chance, den EU-Beitrittsprozess voranzutreiben.
Von Marco Schwarz
- 02) Die Kuh ist vom Eis. Nach 25 Jahren Verhandlung steht das EU-Mercosur-Abkommen. Der Durchbruch nach Trumps Wahl ist kein Zufall – geopolitisch steht viel auf dem Spiel. Von Dörte Wollrad & Viviana Barreto

E. e) Mitteleuropa

Seite E 52

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 53 – E 100

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 53 – E 75)

- 01) Energiebarometer
- 02) „Alle Probleme sind lösbar!“ Von Ed Koch
- 03) Angeschlagenes Image. Die Migrationsdebatte in Deutschland wird in Marokko sehr genau beobachtet – und schreckt Fachkräfte ab.
Von Manuel Gath & Anja Hoffmann
- 04) Zweischneidiges Schwert. Der Bundestag debattiert ein AfD-Verbot, doch dies könnte die Radikalisierung fördern. Europas Erfahrungen mit Parteiverboten liefern wichtige Lehren. Von Nils Meyer-Ohlendorf
- 05) KW 52 (22. bis 28.12.2024) – Sittliche Reife. Von Ed Koch
- 06) KW 51 (15. bis 21.12.2024) – Sittliche Reife. Von Ed Koch
- 07) Habeck ist nicht an allem schuld. Von Ed Koch
- 08) Noch ein besonderer Tag. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 76 – E 100)

- 01) Das singende Bäumchen. Von Ed Koch
- 02) Willkommen im Jahr 2025. Von Ed Koch
- 03) Revitalisierung in Alt-Biesendorf
- 04) Willkommen in Berlin. Von Ed Koch
- 05) Verantwortung übernehmen: STADT UND LAND investiert in Gemeinschaft und Zusammenhalt

- 06) Müller beim Tagesspiegel. Von Ed Koch
- 07) KW 50 (08. bis 14.12.2024) – Ausgezeichnet
- 08) Geht das gut mit dem BSW?
- 09) Michael Müller zum 60sten. Von Ed Koch
- 10) KW 49 (01. bis 07.12.2024) – Klassenfahrten. Von Ed Koch
- 11) Von oben betrachtet. Von Ed Koch
- 12) Schreck in der Morgenstunde. Von Ed Koch
- 13) Eine Wundertüte. Von Koch u.a.
- 14) Naturschutzgebiet in Not. Von Ed Koch

E. g) Ostmitteleuropa

Seiten E 101 – E 116

T s c h e c h i e n (Seiten E 101 – E 111)

- 01) Tschechien schafft Stempelmarken ab
- 02) „Von Asch bis Zips“: Prager Autorinnen Schubin, Holzer und Hanel
- 03) Tschechisches Verdienstkreuz für Dr. Werner Fasslabend
- 04) „Geschichte mit allen fünf Sinnen erleben“
- 05) Schwere Gasexplosion erschüttert Znam
- 06) Syrer in Tschechien

U n g a r n (Seite E 112)

- 01) Busch-Trommel 2024

S e r b i e n (Seiten E 113 bis E xxx)

- 01) Von der Angst befreit. Studentenproteste bringen Serbien zum Brodeln.
Wie lange hält das System von Präsident Vučić?
Von Aleksandra Tomanić

E. h) Osteuropa

Seiten E 117 – E 133

U k r a i n e (Seiten E 117 – E 129)

- 01) -(P)art of the Deal. Trump strebt einen Waffenstillstand in der Ukraine an.
Doch dafür muss er Putin Paroli bieten – und Kiew langfristige
Unterstützung zusichern. Von Charles A. Kupchan & Michael Froman
- 02) Historische Warnung. Trumps „Friedens-Deal“ sieht eine Teilung der
Ukraine vor – die Geschichte zeigt, dass Pläne dieser Art meist in Gewalt
und Chaos enden. Von Nina L. Khrushcheva

03) Hoffnungsschimmer. Trumps Drängen auf einen Waffenstillstand könnte eine Chance für die kriegsgebeutelte Ukraine sein. Dafür muss Europa jedoch in die Bresche springen. Von Frank Hoffer

04) Im Fadenkreuz. Mit Trump im Weißen Haus rückt ein Deal in der Ukraine näher. Osteuropa würde dies in ernsthafte Gefahr bringen. Von Michał Kranz

R u s s l a n d (Seiten E 130 – E 133)

01) Viel Öl, wenig Feuer? Russlands Kriegsmaschinerie ist auf Erdöl-Einnahmen angewiesen. Ein sich anbahnender Preiskrieg könnte Moskaus Schlagkraft empfindlich treffen. Von Luke Cooper

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seiten E 134 – E 136

K i r g i s i s t a n (Seiten E 134 – E 136)

01) Ein Haus für die deutsche Minderheit in Kirgisistan

E. j) Südosteuropa

Seiten E 137 – E 145

R u m ä n i e n (Seiten E 137 – E 144)

01) Geheimwaffe zur Spaltung. Der kometenhafte Aufstieg des rechten Kandidaten und das Wahlchaos in Rumänien bieten einige Lektionen für den Rest Europas. Von Cristian Chiscop

G r i e c h e n l a n d (Seiten E 142– E 145)

01) Zurück auf Null. Während Griechenlands Linkspartei Syriza zerfällt, planen Die Sozialdemokraten ihr Comeback. Können sie die geschwächten Konservativen herausfordern? Von Nick Malkoutzis

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 107 – E 109

Keine Berichte

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 110

Keine Berichte

Seite E 0 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Seite E 1 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 27

01) Es lebe die Nation! Populisten wie Erdoğan setzen auf Spaltung. Um sie zu besiegen, dürfen Vielfalt und Nationalstolz nicht länger als Gegensatz betrachtet werden

Von Seren Selvin Korkmaz



In der Türkei gibt sich Erdoğan als Vaterfigur. - *picture alliance / Anadolu | TUR Presidency/Murat Kula/Handout*

Nach einschneidenden politischen Richtungswechseln wie der Präsidentschaft von Donald Trump in den Vereinigten Staaten steht im globalen Diskurs eine entscheidende Frage wieder im Raum: Wie lassen sich demokratische Institutionen schützen, und wie können progressive Akteure hieran mitwirken? Europa ist gleichzeitig mit rechtsextremen und extremistischen Ideologien konfrontiert, die sich auf dem gesamten Kontinent ausbreiten. Demokratische Kräfte in Ländern wie Polen, Ungarn und der Türkei stellen sich diesen Herausforderungen nicht nur, sondern lernen aus ihren Erfahrungen und entwickeln mögliche Lösungsansätze. Statt über populistische Politik nur besorgt zu sein, können Demokraten und Progressive überall auf der Welt Strategien gegen den Populismus entwickeln, indem sie sich eingehend mit dem populistischen Drehbuch befassen und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es gehört zu den immer wieder angewandten Strategien von Populisten und Autokraten, die Außenpolitik innenpolitisch zu instrumentalisieren und damit noch mehr zu polarisieren und zu spalten. Der seit zwei Jahrzehnten amtierende türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan ist dafür ein Paradebeispiel.

Zwar konnte die Opposition bei den [Kommunalwahlen 2024](#) beachtliche Erfolge erzielen, aber das Narrativ der türkischen Parlamentswahlen war durch das Thema Sicherheit und durch Polarisierung bestimmt. Präsident Erdoğan, der mit strukturellen Problemen der Politikgestaltung zu kämpfen hat, die zu Wirtschaftskrisen, wachsender Unsicherheit und

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

zur Aushöhlung demokratischer Prinzipien führen, konnte sich bei den Wahlen 2023 gegen eine Koalition der Opposition durchsetzen. Er setzt weiterhin auf politisches Taktieren, um seine Macht zu festigen. Dass es der demokratischen Opposition nach wie vor nicht gelingt, dem Populismus entschieden entgegenzutreten, unterstreicht einmal mehr, wie schwierig es für Demokraten in aller Welt ist, Populisten die Stirn zu bieten.

Während Erdoğan die Außenpolitik der Türkei an bestimmten strategischen Interessen ausrichtet, nutzt er sie – in Kombination mit einer populistischen und aggressiven Rhetorik – vor allem in Wahlzeiten geschickt, um innenpolitisch Kapital daraus zu schlagen. Seit Beginn seiner Amtszeit verknüpft er internationale Beziehungen systematisch mit innenpolitischen Erfordernissen. Indem er regionale Konflikte für sich nutzt, die Verteidigungsindustrie zum Symbol des Nationalstolzes stilisiert und Wahlprozesse durch

aggressive außenpolitische Narrative untermauert, festigt er sein Image als starker und unentbehrlicher Staatsmann. Diese Strategien sind weltweit typisch für populistische Staats- und Regierungschefs: Sie nutzen regionale Konflikte aus, schüren nationalistische Gefühle und inszenieren sich als alleinige Verteidiger der nationalen Souveränität, um ihre Basis zu mobilisieren – insbesondere in Zeiten innenpolitischer Unsicherheit oder im Wahlkampf.

Erdoğan bindet die außenpolitischen Aktivitäten der Türkei in seine innenpolitische Strategie ein.

Erdoğan bindet die außenpolitischen Aktivitäten der Türkei in seine innenpolitische Strategie ein und nutzt internationale Entwicklungen, um seine Position im Inland zu festigen. Indem er die Türkei unter den sich wandelnden Paradigmen im Nahen Osten als maßgeblichen Akteur in Stellung bringt, stellt er die Nation als unverzichtbaren Akteur dar, der auf die Stabilität der Region Einfluss nehmen kann.

Mit seinem Engagement für neue globale Initiativen wie die [BRICS-Gruppe](#) (den Zusammenschluss von Brasilien, der Russischen Föderation, Indien, China und Südafrika) signalisiert Erdoğan die Hinwendung zu einer [eigenständigeren Außenpolitik](#) und will dem Westen zeigen, dass er alternative Optionen hat. Dieses Vorgehen stößt auf nationalistische Resonanz und spricht Wählerinnen und Wähler an, die für eine starke, autonome Türkei statt für traditionelle westliche Bündnisse sind. Erdoğan jongliert mit den heiklen Beziehungen zur NATO, nutzt Spannungen oftmals zu seinem Vorteil und gibt sich als Regierungschef, der in der Lage ist, dem Druck des Westens standzuhalten und trotzdem wichtige strategische Beziehungen aufrechtzuerhalten. Dieser Balanceakt verschafft ihm bei seiner Wählerschaft das Image des versierten Staatsmannes, der die nationalen Interessen auf der weltpolitischen Bühne zu schützen weiß.

Ein markantes Beispiel ist Erdoğan's lang anhaltender Widerstand gegen den NATO-Beitritt Schwedens. Er stellte seine ablehnende Haltung als prinzipienfeste Position gegenüber Ländern dar, die seiner Meinung nach terroristische Organisationen in ihrem Land dulden, und festigte damit sein Image als Staatsoberhaupt, dem die nationale Sicherheit wichtiger ist als internationaler Druck. Im Inland half ihm diese Widerstandshaltung, mit einer politischen Agenda von Wirtschaftsproblemen abzulenken und Rückhalt zu gewinnen, indem er die seit langem bestehende Frustration seiner Basis über die vermeintliche Doppelmoral des Westens aufgriff. Dass er Schwedens NATO-Mitgliedschaft am Ende doch zustimmte, nachdem Zugeständnisse gemacht und eine Sicherheitskooperation versprochen worden waren, ließ sich als diplomatischer Sieg und als Beweis für sein internationales Verhandlungsgeschick präsentieren.

Dass populistische Machthaber paradoxerweise „andere“ – auch untereinander – ins Visier nehmen, ist ein Mittel, um ihren Narrativen mehr Nachdruck zu verleihen und die eigene

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Basis zu mobilisieren. So erweckte zum Beispiel Donald Trump 2019 mit einem Brief an Erdoğan unter der Überschrift „Don't be a fool“ („Sei kein Narr“) öffentlich den Eindruck, er ginge auf Konfrontationskurs, indem er Erdoğan auf sehr undiplomatische Weise vor Militäraktionen in Syrien warnte. Hinter den Kulissen jedoch hielten beide Staatschefs die Kommunikationskanäle offen und machten damit deutlich, dass aggressive Rhetorik mit der notwendigen pragmatischen Zusammenarbeit und Realpolitik durchaus Hand in Hand gehen kann. Diese Dynamik kommt dort zum Tragen, wo Transparenz und institutionelle Rechenschaftspflicht ausgehöhlt sind, sodass Staats- und Regierungschefs die öffentliche Meinung unkontrolliert beeinflussen können. In ähnlicher Weise illustriert Erdoğan's [an Griechenland gerichtete Warnung](#) „Es kann sein, dass wir irgendwann in der Nacht plötzlich kommen“, wie man scharfe Rhetorik einsetzt, um die eigene Führungsposition zu behaupten

und innenpolitisch Rückhalt zu gewinnen. Während solche Aussagen die mediale und öffentliche Stimmung anheizen, werden hinter verschlossenen Türen die diplomatischen Beziehungen oft fortgesetzt. In letzter Zeit verbessert die Türkei ihre Beziehungen zu Griechenland wieder.

Erdoğan stellt politische Probleme als existenzielle Bedrohungen dar und instrumentalisiert Ängste, um sich als einzig legitimer Garant nationaler Interessen zu positionieren.

Mit ihrer Außenpolitik betreiben populistische Staats- und Regierungschefs eine starke Versicherheitlichung und schüren die „Wir gegen die anderen“-Dichotomie, mit der sie ihre Basis mobilisieren. Erdoğan stellt politische Probleme als existenzielle Bedrohungen dar und instrumentalisiert Ängste, um sich als einzig legitimer Garant nationaler Interessen zu positionieren. Diese aggressive Pose wird mit der Zeit zur Normalität und weckt nationalistische Gefühle.

Aktuelle Themen wie die Kurdenfrage – der seit langem andauernde Kampf der kurdischen Minderheit in der Türkei um politische und bürgerliche Rechte – sowie die gefühlten Bedrohungen von außen und sogar das Schreckgespenst eines „Dritten Weltkriegs“ werden in diesem Zusammenhang wirksam ins Spiel gebracht. Neuerdings mehren sich die Anzeichen für eine mögliche Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit kurdischen Gruppierungen, was einen deutlichen politischen Kurswechsel Erdoğan's markiert. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den [Vorschlag](#) seines Bündnispartners Devlet Bahçeli, des Vorsitzenden der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), die prokurdische HDP solle direkte Gespräche mit Abdullah Öcalan, dem inhaftierten Anführer der Terrororganisation Kurdische Arbeiterpartei (PKK), aufnehmen, um den langjährigen Konflikt zu beenden. Erdoğan [bezeichnete](#) diesen Vorstoß als „historische Chance“ und stellte sich damit als ein Staatsoberhaupt dar, das in der Lage ist, innere Konflikte zu lösen. Seine früheren Versuche, die Kurdenfrage zu lösen, setzten in den vergangenen Jahren sicherheitspolitisch vor allem auf zunehmende Unterdrückung der Kurden und Oppositionsgruppen.

Für die Zukunft wird erwartet, dass Erdoğan die Entwicklungen in Syrien innenpolitisch instrumentalisieren wird.

Bis zu dieser jüngsten Wende, die noch schwer einzuschätzen ist, hatte Erdoğan mit Militäroperationen in Syrien gegen kurdische Gruppen, die mit der PKK in Verbindung stehen, etwa mit den Operationen „Schutzschild Euphrat“, „Olivenzweig“ und „Quelle des Friedens“, gezielt nationalistische Ängste vor territorialer Zersplitterung wachgerufen und sein Image als entschlossener Staatschef aufpoliert, der die Grenzen und die Souveränität der Türkei verteidigen kann. Nach Assads Sturz konnte Erdoğan sein Ansehen als „starker

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Führer“ weiter festigen, indem er einen neuen Bezugsrahmen schuf und sich als „Eroberer von Aleppo“ inszenierte. Für die Zukunft wird erwartet, dass Erdoğan die Entwicklungen in Syrien innenpolitisch instrumentalisieren wird.

Dieses innenpolitische Taktieren fällt zeitlich mit verschärften regionalen Spannungen zusammen, insbesondere im Hinblick auf den anhaltenden Konflikt im Gazastreifen. Erdoğan suggeriert mit seiner Rhetorik zunehmend, Israels Vorgehen könnte so eskalieren, dass es zur unmittelbaren Bedrohung für die Türkei würde. Obwohl in den türkischen Medien laufend über die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen der Regierung mit Israel debattiert wird, gibt sich Präsident Erdoğan, indem er Israel als „Terrorstaat“

bezeichnet und die westliche Unterstützung für seine Militäroperationen offen kritisiert, als Verteidiger der regionalen Stabilität wie auch der Interessen der Muslime im Allgemeinen und sichert sich so den Rückhalt der eigenen Bevölkerung.

Indem Erdoğan die wachsende Verteidigungsindustrie in den Fokus rückt, untermauert er seine innenpolitische Botschaft von Widerstandskraft und Unabhängigkeit. Der Erfolg einzelner im eigenen Land hergestellter militärischer Rüstungsgüter wie der Drohne Bayraktar TB2, die in Konfliktregionen wie in Bergkarabach, Syrien und Libyen eingesetzt wird, ist in den Medien ein großes Thema. So werden militärische Erfolge zum Symbol für Nationalstolz und technologische Überlegenheit.

Indem Erdoğan solche Errungenschaften herausstellt, stärkt er das Narrativ von der Türkei als aufstrebender Macht, die es mit den globalen Playern aufnehmen kann. Laut einer Studie des [IstanPol-Institut](#)s kommt diese Botschaft im gesamten politischen Spektrum gut an. Selbst Anhänger der Opposition erkennen die Verteidigungsindustrie oft als positiven Aspekt der türkischen Außenpolitik an. Die öffentliche Zurschaustellung der in der Türkei produzierten Rüstungserzeugnisse dient als starkes und sichtbares Symbol der Stärke und Unabhängigkeit und soll das Gefühl vermitteln, gemeinsam etwas erreicht zu haben und sich gegen vermeintliche Bedrohungen von außen behaupten zu können.

Indem er regionale Konflikte für sich nutzt, die Verteidigungsindustrie fördert und den Wahlprozess absichert, festigt Erdoğan sein Image als starker Anführer.

Unter Erdoğan wird die türkische Außenpolitik aktiv innenpolitisch genutzt, um Unterstützung zu mobilisieren und die politische Vorherrschaft zu behaupten. Indem er regionale Konflikte für sich nutzt, die Verteidigungsindustrie fördert und den Wahlprozess absichert, festigt Erdoğan sein Image als starker Anführer. Da die Türkei jedoch mit wirtschaftlichen Problemen und geopolitischen Umwälzungen zu kämpfen hat, wird dieses Vorgehen langfristig einen hohen Preis haben – sowohl im Inland als auch international.

Ein zentraler Schwachpunkt ist, dass es die demokratische Opposition in der Türkei nicht schafft, Erdoğan's Narrativ vom „Starken Mann“ und seinem konfrontativen Ton gegenüber verbündeten Ländern und Staats- und Regierungschefs wirksam Paroli zu bieten. Das erhöht die Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler, Erdoğan's Selbstdarstellung als Beschützer zu akzeptieren – zumal in Zeiten der Unsicherheit und vermeintlichen Bedrohung. Vor den Wahlen im Jahr 2023 ergaben vom [IstanPol-Institut](#) durchgeführte Fokusgruppen, dass Erdoğan's Selbstinzenierung als Verteidiger gegen „ausländische Agenten“ trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise bei seiner Anhängerschaft sehr gut ankam. Dieses Narrativ gab ihm die Möglichkeit, innenpolitische Probleme in den Hintergrund rücken zu lassen und die Ängste der Bevölkerung so zu kanalisieren, dass sie seine Führung unterstützten.

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Demokratische und progressive Kräfte müssen das populistische Drehbuch verstehen lernen und sich ihm wirksam entgegenstellen. Dabei sollten sie sich nicht nur mit den Taktiken von Machthabern wie Erdoğan auseinandersetzen, sondern auch ein überzeugendes alternatives Narrativ anbieten, das den Wünschen der Wählerinnen und Wähler nach Sicherheit, Stolz und Führungsstärke Rechnung trägt. Eine neue, integrative nationale Identität, die Vielfalt und Gefühle von Nationalstolz und Zugehörigkeit mit einschließt, kann dazu beitragen, gesellschaftliche Spaltungen zu überbrücken. Indem demokratische Kräfte ein kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl stärken, das mit Wertschätzung für alle Bürgerinnen und Bürger verbunden ist und sie einbezieht, können

sie einer polarisierenden Rhetorik entgegenwirken und eine breitere Wählerschaft ansprechen. Mit einem solchen integrativen Nationalismus lässt sich ein Narrativ schaffen, das die Menschen eint, die kollektiven Errungenschaften der Nation feiert und die gemeinsame Zukunft neu denkt.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Seren Selvin Korkmaz, Stockholm

Seren Selvin Korkmaz ist Geschäftsführerin des IstanPol-Instituts, eines in Istanbul ansässigen Thinktanks. Derzeit ist sie Doktorandin am Institut für Türkeistudien der Universität Stockholm und unterrichtet dort zu politisch-ökonomischen Entwicklungen in der Türkei und im Nahen Osten.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/es-lebe-die-nation-1-8004/?utm_campaign=de_40_20250107&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

02) Die andere Gefahr. Die Annahme, Fake News würden Wahlen entscheiden, ist weit verbreitet. Dieses irreführende Narrativ schürt Misstrauen und schadet der Demokratie

Von Laurenz Günther



Georgescu, Gewinner der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Rumänien, klagt nun gegen die Annullierung des Ergebnisses beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. - *picture alliance/AP/Andreea Alexandru Călin*

Fehlinformationen und Desinformationen werden zunehmend als Hauptursachen für überraschende politische Erfolge gesehen. So wurde die rumänische Präsidentschaftswahl 2024 auf Anordnung des obersten Gerichts annulliert, nachdem Geheimdienstberichte darauf hindeuteten, dass Russland die Social-Media-Kampagne des Wahlgewinners unterstützt hatte. Auch in anderen westlichen Ländern wird oft behauptet, dass die Erfolge rechter Parteien hauptsächlich das Resultat von Fehl- und Desinformation seien.

Diese Debatte ignoriert jedoch leider meist die zahlreichen wissenschaftlichen Studien, welche die Wirkung von Fehl- und Desinformationen auf das Wahlverhalten untersuchen. Stattdessen wird oft auf Basis von plausibel klingenden, aber ungetesteten Hypothesen argumentiert. Höchste Zeit also, den aktuellen Kenntnisstand empirischer wissenschaftlicher Studien zu betrachten.

Um die kausale Wirkung sozialer Medien auf politische Einstellungen und Wahlen zu untersuchen, haben Wissenschaftler zahlreiche Experimente durchgeführt. Dabei werden Nutzer nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen aufgeteilt: Eine Gruppe wird dafür bezahlt, ihr Konto für mehrere Wochen bis Monate – unmittelbar vor einer wichtigen Wahl – zu deaktivieren. Die andere Gruppe nutzt soziale Medien weiter und dient als Kontrollgruppe. Aus einem Vergleich der beiden Gruppen lässt sich dann der Effekt sozialer Medien errechnen.

Laut einem Übersichtsartikel [führender Forscher in der Fachzeitschrift Nature](#) zeigen diese Experimente keine signifikanten oder robusten Auswirkungen der Deaktivierung sozialer Medien auf das Wahlverhalten oder auf politische Einstellungen.

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Soziale Medien sind jedoch nur *ein* Kanal, über den Falsch- und Desinformationen verbreitet werden können. Ein weiterer wichtiger Faktor sind parteinahe Medienunternehmen. Beobachter mit unterschiedlichen politischen Einstellungen bewerten deren Einfluss oft unterschiedlich: Linke kritisieren rechtsgerichtete Medienimperien, während Rechte dasselbe von linken Medien behaupten. Tatsächlich [zeigen Studien](#), dass Menschen, die rechtsgerichtete Nachrichten konsumieren, häufiger rechte Parteien wählen. Doch diese Beobachtung allein beweist nicht, dass solche Medien die Ursache für Wahlerfolge rechter Parteien sind.

Fox News, der mit Abstand größte Nachrichtensender der USA, gilt als Paradebeispiel für ein rechtsgerichtetes Medienimperium.

Folgender Vergleich kann dies verdeutlichen: Die Tatsache, dass Krankenhäuser voller kranker Menschen sind, bedeutet nicht, dass Krankenhäuser die Menschen krank machen. Ebenso könnte der Konsum rechtsgerichteter Nachrichten lediglich zeigen, dass Personen mit entsprechenden Überzeugungen gezielt solche Medien nutzen.

Um diese Kausalitätsfrage zu klären, analysieren Wissenschaftler sogenannte „natürliche Experimente“. Dabei werden vergleichbare Personengruppen durch Zufall mit unterschiedlichen Umwelteinflüssen konfrontiert, ähnlich wie in Laborexperimenten – nur in der „natürlichen“ Welt.

Eine der validesten Untersuchungen in dieser Kategorie hat die Auswirkungen von *Fox News* auf Wahlergebnisse in den USA analysiert. *Fox News*, der mit Abstand größte Nachrichtensender des Landes, gilt als Paradebeispiel für ein rechtsgerichtetes Medienimperium und ist stark zugunsten der Republikanischen Partei ausgerichtet. Die Studie schätzt, dass der Stimmenanteil der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2000 um lediglich 0,46 Prozentpunkte niedriger gewesen wäre, wenn *Fox News* nicht existiert hätte.

Aber was ist mit den Kampagnen der Populisten selbst? Die Nationalsozialisten gelten als Paradebeispiel für Populisten, die Propaganda erfolgreich genutzt haben. Doch wie groß war der tatsächliche Einfluss ihrer Propaganda auf die Wahlergebnisse?

Eine Untersuchung aus dem Jahr 2018 analysierte die Auswirkungen von Hitlers Reden auf den Wahlerfolg der NSDAP und fand vernachlässigbare Effekte. Eine andere Studie aus dem Jahr 2015 beschäftigte sich mit dem Einfluss des Radios, des damals wichtigsten Massenkommunikationsmittels. Vor Hitlers Machtübernahme war das Radio stark gegen die NSDAP eingestellt, und die Partei durfte es nicht für ihre Botschaften nutzen. Ab 1933 jedoch dominierte die NSDAP das Radio und setzte es gezielt für ihre Propaganda ein. Die Studie ergab, dass in der Anti-NSDAP-Zeit die Stimmenanteile der Nationalsozialisten ohne das Radio 4,1 Prozentpunkte größer gewesen wären. Nach der Machtübernahme hätte die Abschaltung des Radios den Stimmenanteil der NSDAP hingegen um 2,9 Prozentpunkte reduziert. Diese Ergebnisse zeigen, dass selbst ein stark einseitiges Medium nur begrenzte Auswirkungen auf die Wahlergebnisse hatte und die Dominanz der Medieninhalte nur einen kleinen Teil der Popularität der NSDAP erklären kann.

Die meisten Wähler haben zumindest eine grobe Vorstellung von den Positionen der Parteien zu wichtigen Themen.

Wenn Medien, Fehlinformationen oder Desinformationen also nicht die entscheidenden Faktoren für den Erfolg von Populisten sind, was bringt dann so viele Menschen dazu, für sie zu stimmen? Eine mögliche Antwort sind die politischen Positionen der Parteien.

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die meisten Wähler haben zumindest eine grobe Vorstellung von den Positionen der Parteien zu wichtigen Themen und entscheiden sich für die Partei, die ihrer eigenen Meinung am nächsten kommt. Neuere Untersuchungen zeigen, dass es gerade bei Themen wie Einwanderung und Integration erhebliche Diskrepanzen zwischen den Einstellungen vieler Bürger und den Positionen etablierter Parteien gibt. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind in diesen Fragen konservativer, als es von den Mainstream-Parteien vertreten wird, während rechtspopulistische Parteien diese Meinungen oft gut repräsentieren.

Dieser Einklang scheint ein zentraler Grund zu sein, warum viele Bürger Rechtspopulisten wählen – trotz der bekannten negativen Aspekte dieser Parteien. Die Fähigkeit der Rechtspopulisten, die Einstellungen der Bürger zu Einwanderung und Integration besser zu vertreten als andere Parteien, überwiegt offenbar andere Bedenken.

Warum ist das Narrativ vom großen Einfluss der Fake News so weit verbreitet, obwohl es nicht durchweg stichhaltig ist? Ein möglicher Grund liegt darin, dass Fehl- und Desinformationen eine bequeme Ausrede für eigenes politisches Scheitern bieten. Es ist schmerzhaft, sich einzugestehen, dass die politischen Maßnahmen, an denen man lange gearbeitet hat, und die oft auf den eigenen moralischen Überzeugungen fußen, schlicht unbeliebt oder ineffektiv sein könnten. Stattdessen ist es einfacher, die Erfolge der Gegenseite auf unfaire Propaganda zurückzuführen. So lässt sich die eigene Niederlage als unrechtmäßig darstellen und sich selbst kann man als moralisch überlegenen „eigentlichen Sieger“ positionieren, der lediglich Opfer eines unfairen Spiels geworden sei.

Dieses Narrativ findet sich auf allen Seiten des politischen Spektrums. Linke wie Rechte glauben oft, dass die [Medien die Gegenseite bevorzugen](#) oder dass viele Nichtwähler ihre eigene Partei unterstützen würden – ein psychologisches Phänomen, das eng mit Selbstüberschätzung verknüpft ist. In diesem Sinne sagt die Verbreitung des Fake-News-Narrativs möglicherweise mehr über die Menschen aus, die ihm Glauben schenken, als über die tatsächliche gesellschaftliche Realität. Insbesondere scheint es von Personen mit ausgeprägter Selbstüberschätzung verstärkt verwendet zu werden.

Das größere Problem besteht jedoch darin, dass das Fake-News-Narrativ als Grundlage für antidemokratische Argumentationen dienen kann. Wenn man annimmt, dass Fake News die Wahlergebnisse entscheidend verfälschen, warum sollte man diese Ergebnisse dann noch ernst nehmen? Und wenn jede politische Niederlage nur durch unfaire Propaganda der Gegenseite erklärt wird, warum sollte man die Legitimität des politischen Gegners anerkennen?

Diese Denkweise untergräbt das Vertrauen in demokratische Prozesse und wird zunehmend zu einer Normalität in westlichen Demokratien. Ironischerweise könnte genau diese Entwicklung – das wachsende Misstrauen in demokratische Institutionen und Verfahren – eine größere Gefahr für die Demokratie darstellen als die Fake News selbst.



Laurenz Günther, Mailand

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Laurenz Günther ist Postdoktorand an der Bocconi-Universität. Seine Forschungsgebiete sind politische Ökonomie und angewandte Mikroökonomie. Günthers aktuelle Forschung konzentriert sich auf die politische Vertretung der EU-Bürger, das Vertrauen in demokratische Institutionen und Populismus.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/die-andere-gefahr-7968/?utm_campaign=de_40_20250107&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Neue Weltlage. Angesichts Chinas Ambitionen passt Japan seine Außenpolitik an – dabei ist Tokio jedoch auf die Unterstützung der Trump-Regierung angewiesen

Von Satoru Mori

Asien 02.01.2025



Beinhaltet die neue Weltlage auch eine neue Rolle für Japans Selbstverteidigungskräfte? - *picture alliance / Zumapress | Yasuo Osakabe/U.S. Air*

Japan hat sich als einer der führenden Verfechter einer regelbasierten internationalen Ordnung positioniert. Grund dafür sind insbesondere die zunehmenden Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum. Seit 2010 äußert sich Tokio immer wieder besorgt angesichts des forschenden Auftretens Chinas in Territorialstreitigkeiten, gerade mit Blick auf die Senkaku-Inseln und das Südchinesische Meer. Die japanische Führung hat erkannt, dass die Einhaltung des Völkerrechts für ihre Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist, und hat sich daher aktiv für den Aufbau des Rahmenwerks *Free and Open Indo-Pacific* (FOIP) eingesetzt. Während die japanische Regierung seit langem eine regelbasierte Ordnung hochhält, hat der Aufstieg eines zunehmend selbstbewussten Chinas (der aus japanischer Sicht deutlich mehr auf Zwang als auf Konsens basiert) dazu geführt, dass der japanische Ansatz für regionale Stabilität neu definiert wurde.

Nach eigenem Bekunden strebt Japan eine legitime internationale Ordnung an, die auf Inklusivität, Einhaltung von Regeln und auf der Ablehnung von Zwang, Gewalt und Druck oder Einflussbereichen beruht, in denen schwächeren Staaten der Wille stärkerer Mächte aufgezwungen wird. Dem entgegen stehen Ereignisse wie die Invasion der Ukraine durch

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Russland, die eine direkte Verletzung der UN-Charta darstellt, da durch sie die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine untergraben wird. Eine derartige Aggression steht sinnbildlich für die umfassenderen globalen Herausforderungen, bei denen es gilt, das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung gegen die Ambitionen dominanter Staaten, die ihre Vormachtstellung mit Gewalt durchsetzen, zu wahren.

Aus japanischer Sicht stellt China eine doppelte Herausforderung dar: Einerseits versucht Peking einseitig, den geopolitischen Status quo im asiatisch-pazifischen Raum zu ändern;

andererseits übt es wirtschaftlichen Druck auf Staaten aus, die seinem Vorgehen kritisch gegenüberstehen – und nutzt dabei deren wirtschaftliche Abhängigkeit aus.

Chinas „neue Normalität“ im Südchinesischen Meer, die durch Zwangsmaßnahmen etabliert wurde, ist nicht legitim. Konkurrierende Parteien in der Region haben die faktische Vormachtstellung nicht gebilligt. Dieser Ansatz hat das Vertrauen untergraben und die regionalen sicherheitspolitischen Spannungen erhöht – wodurch auch die von den USA geführten Sicherheitsnetzwerke gestärkt wurden. Ebenso hat Chinas Führung mit ihren ökonomischen Sanktionen diverse Partner verprellt. Sollte Peking Taiwan mit Gewalt oder durch politische Unterwerfung einnehmen, wäre seine Kontrolle international illegitim und dürfte auf langfristigen Widerstand stoßen.

Tokio betrachtet die Krisen in der Ukraine und in Taiwan durch die Linse des Widerstands gegen unfreiwillige Unterwerfung.

Tokio betrachtet die Krisen in der Ukraine und in Taiwan durch die Linse des Widerstands gegen unfreiwillige Unterwerfung sowie der Aufrechterhaltung der Norm der politischen Selbstbestimmung über Einflussphären. In der UN-Charta werden derartige Gewalt und Zwang missbilligt. Genau darauf baut Japans dreigleisige Strategie zur Verteidigung einer regelbasierten internationalen Ordnung auf: erstens, Gewaltanwendung verhindern; zweitens, erzwungenen Status-quo-Revisionen widersprechen und ihnen entgegentreten; und drittens, wirtschaftliche Beziehungen diversifizieren und entsprechende Risiken minimieren. In der Praxis bedeutet dies unter anderem, die Verteidigungsfähigkeiten zu stärken, das Bündnis mit den USA zu vertiefen, die Sicherheitsnetzwerke im indopazifischen Raum und in Europa zu erweitern und Partnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern zu fördern, um die Widerstandsfähigkeit und das nachhaltige Wachstum angesichts der weltweiten Verwerfungen in den Lieferketten zu stärken.

Bis Anfang der 2010er Jahre galt die marktbasierende liberale Demokratie als unangefochtenes Legitimitätsmodell. Dieser Konsens ist zerbrochen. Staatskapitalistische, nichtdemokratische Mächte wie China und Russland befürworten nun eine „westfälische“ Ordnung ohne Bezugnahme auf liberale Werte und stellen damit eine Herausforderung für den globalen normativen Rahmen dar. Gleichzeitig erschweren Debatten innerhalb der USA über die Verbreitung liberaler Prinzipien diesen Wandel zusätzlich. Die meisten Nationen, die oft unter dem Begriff „Globaler Süden“ zusammengefasst werden, nehmen eine nuancierte Position ein, irgendwo zwischen einer „liberalen Obergrenze“ mit reduziertem Interventionismus und der entsprechenden Untergrenze einer rein „westfälischen“ Souveränitätsordnung ohne jegliche liberale Zusagen, Bindungen und Verpflichtungen. Diese sich entwickelnde weltpolitische Landschaft stellt eine Herausforderung für die strategische Positionierung Japans dar.

Japans Strategie zur Handhabung der sich gerade entwickelnden internationalen Ordnung beruht auf drei Grundpfeilern. Erstens strebt Tokio danach, Frieden und Wohlstand zu fördern, indem es eine liberale, regelbasierte Ordnung in Partnerschaft mit den G7-Staaten und anderen gleichgesinnten Demokratien aus einer universalistischen Perspektive stärkt.

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Zweitens strebt Japan danach, mit den Ländern des sogenannten Globalen Südens eine kollektive Resilienz aufzubauen, indem es eine funktionierende Zusammenarbeit fördert und inklusive unilaterale sowie multilaterale Rahmenbedingungen schafft, die einen pluralistischen Ansatz widerspiegeln. Drittens muss Japan zu einem Sicherheitsgaranten werden, indem es die Kosten und Risiken übernimmt, die erforderlich sind, um revisionistische Mächte wie China und Russland in Schach zu halten und abzuschrecken.

Japan strebt aktiv multilaterale Sicherheitspartnerschaften mit Partnern im indopazifischen Raum und in Europa an, doch diese Bemühungen ergänzen lediglich die unverzichtbare Rolle der Vereinigten Staaten, statt sie zu ersetzen.

Während die japanische Führung so versucht, ihre strategischen Ziele voranzutreiben, bleiben die USA der wichtigste Verbündete und Garant für die Sicherheit Japans. Während unter den europäischen Verbündeten die Diskussionen über „strategische Autonomie“ an Fahrt gewinnen, kann Japan solche Gedankenspiele aufgrund der regionalen Sicherheitsrealität im Indo-Pazifik nicht anstellen. Japan strebt aktiv multilaterale Sicherheitspartnerschaften mit Partnern im indopazifischen Raum und in Europa an, doch diese Bemühungen ergänzen lediglich die unverzichtbare Rolle der Vereinigten Staaten, statt sie zu ersetzen. Trotz der Übernahme von Donald Trumps *America First*-Agenda durch die Republikanische Partei bleibt der Internationalismus in der US-Außenpolitik bestehen; eine weitere Zusammenarbeit wird als gesichert angesehen.

America First beruht auf der Überzeugung, dass die Sicherheit und der Wohlstand der Vereinigten Staaten von denen ihrer Verbündeten getrennt werden könnten. Um dem entgegenzuwirken, sollten die Verbündeten der USA ihr Engagement auf allen Ebenen – auf Regierungs-, Wirtschafts- und allgemeiner Gesellschaftsebene – verstärken, um das Verständnis für miteinander verflochtene Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen wiederherzustellen, insbesondere mit Partnern im indopazifischen Raum und in Europa. Wenn man sich hingegen nicht mit einer potenziellen *America First*-Regierung auseinandersetzt, besteht die Gefahr, dass die Abschottung der USA verfestigt und der Internationalismus geschwächt wird. Jede Hoffnung, den dramatischen Wandel in der internationalen Ordnung zu bewältigen, erfordert gemeinsame Anstrengungen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten. Diesmal müssen die Verbündeten der USA jedoch den Provinzialismus in der US-Außenpolitik bewältigen und abbauen, anstatt die Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit der USA (die die anderer Großmächte auch heute noch übertreffen) als selbstverständlich anzunehmen.

Die Zukunft der internationalen Ordnung hängt also von den gemeinsamen Anstrengungen der USA und ihrer Verbündeten ab. Japans Bekenntnis zu einem regelbasierten Rahmen wird von entscheidender Bedeutung sein, um autoritärem Revisionismus entgegenzuwirken und eine sichere und prosperierende indopazifische Region aufzubauen. Wenn Japans Führung durch diese komplexen Zusammenhänge navigiert, wird ihre Strategie nicht nur darauf beruhen, die eigenen nationalen Interessen zu verteidigen, sondern auch darauf abzielen, eine sich verändernde globale Landschaft zu stabilisieren.



Satoru Mori, Tokio

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Satoru Mori ist stellvertretender Direktor des *Keio Center for Strategy* (KCS) an der Keio-Universität sowie Professor für zeitgenössische internationale Politik an der dortigen juristischen Fakultät. Zuvor arbeitete er für das japanische Außenministerium.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/neue-weltlage-8001/?utm_campaign=de_40_20250102&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Gedränge im Lithiumdreieck- Lange wurde Lateinamerika von der EU vernachlässigt – China, Russland und Indien haben die Lücke gefüllt. Kann die Partnerschaft aufgefrischt werden?

Von Alexandra Sitenko

Lateinamerika 23.12.2024



Lithium-Abbau in Chile: Wer hat den besten Zugriff? - *picture alliance / dpa | Ariel Marinkovic*

Das von der Geopolitik vergessene Land – so titelte [Foreign Affairs](#) im Oktober 2023. Gemeint war die aktuelle Randlage Lateinamerikas, fernab der größten geopolitischen Auseinandersetzungen. Während Konflikte und Instabilität von der Ukraine über den Nahen Osten bis hin zum Südchinesischen Meer zunehmen, befindet sich die relativ ruhige Region am Rande des weltpolitischen Geschehens. Dies kann Vorteile haben, bedeutet aber auch, dass die Region wirtschaftliche Möglichkeiten und Unterstützung verpassen könnte, die es dringend benötigt.

Allerdings spiegeln sich die geopolitische Rivalität zwischen den USA und der EU auf der einen und China und Russland auf der anderen Seite sowie das wachsende Selbstbewusstsein aufstrebender Mächte des sogenannten Globalen Südens seit einigen Jahren auch in Lateinamerika immer stärker wider. In den vergangenen zwei Jahren erfuhr das Interesse der Europäischen Union (EU) an Lateinamerika eine Renaissance: Zunächst trafen sich im Juli 2023 nach einer achtjährigen Pause die Staats- und Regierungschefs der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) wieder zu einem [biregionalen Gipfeltreffen](#) in Brüssel. Im Mittelpunkt standen die Themen Klima und Umwelt. Zudem präsentierte die EU ihren 45 Milliarden Euro schweren Investitionsplan für Lateinamerika und die Karibik im Rahmen der *Global Gateway-*

Seite E 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Investitionsagenda (GGIA). Doch der größte und überraschendste Durchbruch in den EU-Lateinamerika-Beziehungen ereignete sich Anfang Dezember 2024, als nach 25-jährigen Verhandlungen das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen unterzeichnet wurde. Einmal in Kraft würde es die größte Freihandelszone der Welt schaffen, mit mehr als 700 Millionen Menschen aus 32 Ländern, die für 20 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und 31 Prozent der globalen Warenexporte stehen.

Die Unterzeichnung des Mercosur-Abkommens wurde möglich, weil die EU erhebliche Flexibilität aufbrachte.

Die Unterzeichnung des Abkommens wurde möglich, [weil die EU erhebliche Flexibilität aufbrachte](#), etwa bei den umweltpolitischen Auflagen, zu denen sie zuvor nicht bereit war. Unter den aktuellen geopolitischen Rahmenbedingungen – wie den drohenden Handelsproblemen mit den USA, der handels- und energiepolitischen Abkoppelung von Russland, dem *De-Risking* von China und dem allgemeinen politischen und ökonomischen Gewichtsverlust Europas – hat ein Deal mit Südamerika eine Symbolwirkung. Wenn das Abkommen in Kraft tritt, werden europäische Produkte und Dienstleistungen auf dem riesigen Mercosur-Markt und Produkte der Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und seit 2024 auch Bolivien in der Europäischen Union deutlich wettbewerbsfähiger. Die Betonung liegt auf „wenn“, denn das Abkommen muss nun den EU-Rat passieren, wo es möglicherweise von Frankreich, Polen, Irland, Österreich und den Niederlanden abgelehnt werden könnte. Außerdem muss es sowohl vom Europäischen Parlament als auch von den nationalen Parlamenten angenommen werden, was eine weitere Herausforderung darstellen wird. Auch innerhalb des Mercosur ist eine einstimmige Ratifizierung wegen Differenzen zwischen Brasilien und Argentinien keineswegs gesichert.

In der offiziellen politischen Rhetorik der EU wird gerne auf Lateinamerika als „[natürlichen Partner](#)“ verwiesen. In der Neuen Agenda für die Beziehungen EU-Lateinamerika vom Juli 2023 wird etwa beteuert, dass beide Regionen durch einzigartige historische und kulturelle Verbindungen, tiefe wirtschaftliche und soziale Bindungen sowie ein gemeinsames Engagement für Frieden und Multilateralismus verbunden seien. In dem damit zum Ausdruck gebrachten „naturegebenen“ Selbstverständnis Lateinamerikas als Partner liegt wohl einer der Gründe dafür, warum die EU dieser Weltgegend im letzten Jahrzehnt relativ [wenig Aufmerksamkeit](#) gewidmet und sich stattdessen auf andere Regionen konzentriert hat.

Auch die Bundesregierung hat Lateinamerika in den vergangenen 15 Jahren vernachlässigt und erst vor einem Jahr im Zuge der Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine eine diplomatische Offensive gestartet. In der ersten Hälfte von 2023 besuchten Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock unabhängig voneinander Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien und Panama. Sie warben für politische Unterstützung für die Ukraine, erkundeten neue Wirtschafts- und Energiepotenziale und sprachen über Zusammenarbeit beim Klima- und Umweltschutz. Eine umfassende, langfristige Strategie der bundesdeutschen Außenpolitik, die das wachsende Selbstbewusstsein Lateinamerikas und die dortigen geopolitischen Veränderungen gebührend berücksichtigt, ist jedoch zunächst nicht erkennbar. Angesichts der gegenwärtigen globalen Herausforderungen durch die Neuordnung von Wirtschafts- und Energiestrategien, aber auch der Friedens- und Sicherheitsarchitektur, ist es angezeigt, die jahrelange Depriorisierung dieser Region durch die EU zu überwinden. Ungeachtet der noch bestehenden Probleme bis zum finalen Inkrafttreten ist das Mercosur-Abkommen ein robuster Schritt in diese Richtung, und zwar von beiden Seiten aus. Zumal andere Akteure ihre Aktivitäten in der Region deutlich ausgebaut haben.

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Seit der Jahrtausendwende hat insbesondere China seine Präsenz in Lateinamerika konsequent ausgeweitet. Heute ist es der wichtigste Partner für Exporte aus Brasilien, Chile, Peru, Kuba, Uruguay und der zweitwichtigste Exportmarkt für Argentinien. Im Gegenzug avancierte Lateinamerika nach Asien zum zweitgrößten Empfänger von chinesischen Direktinvestitionen. Diese waren sehr willkommen, angesichts der Passivität Europas und auch des traditionellen Partners und Nachbarn, der USA. Stand heute nehmen 21 Länder Lateinamerikas und der Karibik (LAK) an Chinas *Belt and Road*-Initiative teil; Chile, Peru,

Costa Rica und Ecuador haben Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik. Seine jüngste Teilnahme an zwei großen Gipfeln in Lateinamerika – am APEC-Gipfel in Peru und am G20-Gipfel in Brasilien – nutzte der chinesische Präsident Xi Jinping, um zum einen den peruanischen Tiefwasserhafen Chancay einzuweihen, der mit chinesischer Finanzierung gebaut wurde. Zum anderen kündigte er eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Brasilien an. Dazu gehören die Unterzeichnung von 37 neuen bilateralen Abkommen und die Bekanntgabe, dass der chinesische Internet-Satellitenbetreiber und Starlink-Konkurrent SpaceSail in den brasilianischen Markt eintritt.

Auch Bundeskanzler Scholz hatte vor, seinen Aufenthalt auf dem G20-Gipfel in Rio de Janeiro mit einem anschließenden Mexiko-Besuch zu verknüpfen. Aufgrund der Regierungskrise in Berlin sagte er diesen jedoch kurzfristig ab. Es bleibt zu hoffen, dass die Visite bei einem der einflussreichsten politischen Player in der Region und dem wichtigsten Handelspartner Deutschlands in Lateinamerika alsbald nachgeholt wird.

In der Pandemie haben sich China und Russland durch Impfstoffdiplomatie in Lateinamerika hervor getan.

In der Pandemie haben sich China und Russland durch Impfstoffdiplomatie in Lateinamerika hervor getan. Beide Länder gehörten zu den ersten Impfstofflieferanten, als der Westen zunächst nicht gewillt war, seine Impfstoffe abzugeben. Auf China folgend ist auch Russland vor 20 Jahren nach Lateinamerika zurückgekehrt. Auch wenn es im Handels- und Investitionsbereich nicht mal annähernd an das chinesische Engagement in der Region herankommt, hat Moskau seine Nischen gefunden. Es konnte sich als ein unverzichtbarer Düngemittellieferant für Brasilien – seinen wichtigsten strategischen Partner in Lateinamerika – etablieren. Während die Handelsbilanz der meisten Länder der Region gegenüber China chronisch negativ ist, profitiert selbst das kleine Ecuador von einer positiven Handelsbilanz mit Russland, hauptsächlich durch Bananenexporte. Deswegen und trotz der offiziellen Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine rückte die ecuadorianische Regierung im Februar 2024 von [seinem Vorhaben](#) ab, Waffen aus der Sowjetzeit über die USA an die Ukraine abzugeben.

Schließlich hat Indien als dritte eurasische Macht und als ambitionierter, aufstrebender *Global Player* in den vergangenen Jahren seine Beziehungen mit Lateinamerika deutlich ausgebaut. Der Handel zwischen Indien und LAK hat 2022 ein Rekordvolumen von 50 Milliarden US-Dollar erreicht (verglichen mit nur 1,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2001). Im selben Jahr überholte Indien zum ersten Mal China (und auch Brasilien) als Exportmarkt für kolumbianische Waren. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2019 hat der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar acht Länder in Lateinamerika und der Karibik, darunter Brasilien, Kolumbien und Panama, besucht und eine Botschaft in Paraguay eröffnet. Zuletzt hatte Lateinamerika so viel Aufmerksamkeit von Neu-Delhi bekommen, als Premierministerin Indira Gandhi 1968 mehrere Länder bereiste.

Lateinamerika wird als rohstoffreicher Subkontinent, der über die größten Lithiumvorhaben weltweit zur Batterieproduktion verfügt, in den kommenden Jahren deutlich mehr in den Fokus der Groß- und Mittelmächte rücken.

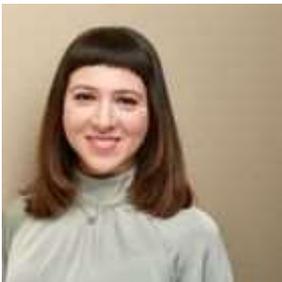
Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Was diese drei Akteure verbindet, sind die neuesten Bemühungen, ihre Präsenz im sogenannten Lithiumdreieck innerhalb der Staaten Argentinien, Bolivien und Chile zu festigen: China und Russland wollen Produktionsanlagen in Bolivien bauen, Indien vereinbarte die Erschließung von fünf Lithium-Blöcken in Argentinien und führt Gespräche mit Chile. Lateinamerika wird als rohstoffreicher Subkontinent, der über die größten Lithiumvorhaben weltweit zur Batterieproduktion verfügt, in den kommenden Jahren deutlich

mehr in den Fokus der Groß- und Mittelmächte in Europa und Asien rücken und der geopolitische Wettkampf in diesem Teil der Welt könnte sich zuspitzen. Seine Intensität wird zudem in erheblichem Maße von der Konfliktivität im USA-China-Verhältnis abhängen. Mauricio Claver-Carone, Berater in Donald Trumps Übergangsteam, hat bereits die Absicht verkündet, die Einfuhr von Waren in die USA über den neuen chinesischen Hafen in Peru erschweren zu wollen, um Chinas Einfluss in Lateinamerika zu reduzieren.

Zwei Schlussfolgerungen bleiben festzuhalten: Erstens ist die EU für Lateinamerika nach wie vor ein wichtiger Handelspartner und Investor. Aber gegenwärtig ist sie ein Akteur unter vielen, auch für die Mercosur-Staaten, zu denen zwar die regionalen Größen Brasilien und Argentinien gehören, die allerdings nur einen kleinen Teil einer Region mit 33 unabhängigen Staaten repräsentieren. Strategisch wichtig wäre es, auch den anderen Ländern attraktive Angebote und Partnerschaften auf Augenhöhe anzubieten, die über den Rohstoffimport hinausgehen. Das EU-Mercosur-Abkommen macht einen Schritt in diese Richtung, indem es die Möglichkeit vorsieht, den Export kritischer Mineralien für die Energiewende einzuschränken, um die Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen. Das Teilen gemeinsamer Werte ist ein Kernelement der EU-Lateinamerika-Beziehungen. Gleichzeitig lassen sich die lateinamerikanischen Länder in ihrer Außenpolitik zunehmend von Pragmatismus leiten. Beispielhaft dafür sind die proaktive Rolle Brasiliens im Rahmen von BRICS und die Modifizierung der Haltung des argentinischen Präsidenten Milei zu China.

Zweitens findet der geopolitische Wettbewerb unter verschiedenen externen Akteuren in Lateinamerika bereits statt, aber bisher verläuft er nicht so konfliktiv und militant wie in Asien, Osteuropa, Nordostafrika oder im Nahen Osten. Politik und Diplomatie sind gefragt, damit das auch so bleibt.



Alexandra Sitenko, Berlin

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin. Sie beschäftigt sich mit Fragen der globalen Friedens- und Sicherheitsordnung, der Geopolitik in Eurasien und den Beziehungen zwischen Russland und dem Globalen Süden.

https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/gedraenge-im-lithiumdreieck-7996/?utm_campaign=de_40_20241223&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

05) Globale Dominanz. Mit dem Aufbau eines Ultrahochspannungsnetzes treibt China den grün-technologischen Umbau voran. Wird Europa abgehängt?

Wirtschaft und Ökologie 23.12.2024



Reparaturarbeiten an einer Stromleitung in China: Wird in der Volksrepublik der Kapitalismus neu erfunden? -picture alliance / Du Yi / Costfoto

Im vergangenen Jahrzehnt wurde die Volksrepublik China zur führenden Nation bei der Entwicklung, Produktion und beim Absatz von „Grünen Technologien“ – Photovoltaik, Windenergie, Elektroautos und Batterien. So wurden dort 2023 [über 80 Prozent](#) der globalen Photovoltaik-Module und Batteriezellen für Elektroautos weltweit produziert. Damit läuft Chinas grüne Transformation ganz nach dem 1996 ausgerufenen Entwicklungsplan für erneuerbare Energien. Gleich mehrere Zielvorstellungen waren damit verbunden: Neben Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Abmilderung des Klimawandels war dies vor allem ein Aufsteigen von Chinas Industrien in den globalen Wertschöpfungsketten, die anspruchsvolle und höher entlohnte Arbeitsplätze mit sich bringen sollten. Gleichzeitig sollten durch die Lokalisierung von Wertschöpfungsketten Produktionskosten gesenkt werden, um so die „grünen“ Alternativen wettbewerbsfähig gegenüber ihren fossilen Konkurrenten zu machen. Dies sollte die Nachfrage ankurbeln und die Grundlagen für einen grünen Markt schaffen. Das chinesische politische System erlaubt es durchaus, gezielt gesetzliche Einschränkungen für fossile Energieträger mit staatlichen Förderungen für grüne Technologien abzustimmen und so eine hohe Dynamik zu initiieren.

Chinas globale Marktdominanz bei erneuerbaren Energien sieht die politische Elite der EU als Ergebnis von Marktverzerrungen durch unfaire staatliche Subventionen. Neben Strafzöllen für Importe von chinesischen E-Autos diskutiert sie derzeit ihre Wiedereinführung für chinesische Photovoltaik-Module. 2013 wurden sie schon einmal eingeführt und 2018 wieder abgeschafft. [Sie führten nicht](#) zu den erhofften europäischen technologischen Innovationen und Produktionssteigerungen. Viele deutsche Solarhersteller meldeten Insolvenz an.

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Vorbei an der Diskussion geht, dass China nicht nur der größte Produzent, sondern mittlerweile auch Anwender beziehungsweise Markt für Grüne Technologien ist. Der Großteil der grünen Produkte, die in China hergestellt werden, wird mittlerweile auch dort nachgefragt – Tendenz steigend. So vervierzehnfachte sich Chinas lokal installierte Solarkapazität zwischen 2015 und 2023 von 44 Gigawatt auf 610 Gigawatt. China kann

heute mehr als doppelt so viel Solarstrom produzieren wie die Europäische Union und [viermal so viel wie die Vereinigten Staaten](#) von Amerika. [Setzt China seinen Kurs fort](#), könnten seine installierten Solarkapazitäten um das Jahr 2030 den Strombedarf der gesamten USA decken.

Der Großteil der grünen Produkte, die in China hergestellt werden, wird mittlerweile auch dort nachgefragt – Tendenz steigend.

Den grünen Strom benötigt China aber dringend für sich selbst. Es wird geschätzt, dass das Land 2025 10,5 Terawattstunden Elektrizität verbrauchen wird, die USA 4,5 Terawattstunden, die EU 2,7 Terawattstunden. Der Ausbau von sauberer und erneuerbarer Energie half, den Anteil der Kohleverstromung in China im Mai 2024 auf [ein Rekordtief](#) von 53 Prozent zu drücken. Derzeit bleibt die Deckung des steigenden chinesischen Energiebedarfs aber noch auf Kohleverstromung angewiesen – dem zentralen Faktor für die immensen CO₂-Emissionen des Landes. Sowohl die natürlichen Schwankungen der Strommengen bei erneuerbaren Energien als auch ihr [verlustreicher Transport über weite Strecken](#) stellen Herausforderungen dar. Bis zur Klimaneutralität Chinas ist es also noch ein weiter Weg.

Das Beispiel von Ultrahochspannung zeigt jedoch, dass Chinas politische Elite es mit der grünen Wende ernst meint. Anfang der 2000er Jahre wurden erste Pilotprojekte zur großangelegten Nutzung von Solar- und Windkraft in Chinas wenig entwickeltem Westen, der gleichwohl reich an Wind und Sonne ist, errichtet. Die produzierte grüne Energie sollte zum einen dortige Regionen, in denen viele Haushalte noch immer ohne Stromversorgung auskommen mussten, elektrifizieren und dort für höheren Wohlstand sorgen. Zum anderen sollte der im Westen produzierte Strom den weit entfernten industrialisierten Südosten versorgen, dort werden etwa 70 Prozent des Stroms in China nachgefragt. Diese Situation ist jedoch problematisch: Die [angepeilten Produktionsstätten](#) liegen bis zu 3 000 Kilometer von ihren wichtigsten Verbrauchern entfernt. Über solche großen Distanzen ergibt Stromtransport aber keinen Sinn, die Verluste sind zu groß.

Daher wurden in China Pläne für ein neu zu entwickelndes landesweites Netz an Ultrahochspannungsleitungen entworfen. Denn der Energieverlust einer Ultrahochspannungsleitung mit 1 000 Kilovolt beträgt [nur ein Drittel](#) des Energieverlustes einer Höchstspannungsleitung mit 500 Kilovolt. Das beinahe dreimal höhere Übertragungsvermögen ermöglicht zudem eine größere Reichweite und benötigt auch weniger Platz. Nach [erfolgreichen Tests](#), an denen auch die europäischen Elektronikunternehmen ABB und Siemens [beteiligt waren](#), baut China seit 2015 eine Ultrahochspannungsleitung nach der anderen. Geht alles nach Plan, transportieren Ende des Jahres 2024 beinahe [52 000 Kilometer Ultrahochspannungsleitungen](#) auch erneuerbaren Strom aus abgelegenen Gebieten in die Verbraucherzentren im Osten.

Der Aufbau eines nationalen Ultrahochspannungsnetzes war dennoch eine waghalsige Idee. Anfang der 2000er Jahre gab es [weltweit nur sehr begrenzt kommerzielle Anwendungen](#). Die ehemalige Sowjetunion war in den 1970ern und 1980ern der Vorreiter in der Erforschung und Anwendung dieser Technologie. Auch die USA begannen in den 1970ern mit der Erforschung von Ultrahochspannungsleitungen und erarbeiteten Pläne für

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

deren Netzaufbau. Eine Umsetzung erfolgte allerdings nie. Mit dem anvisierten Ultrahochspannungsleitungsnetz von 1 000 Kilovolt betrat China technologisches Neuland, auch bei der Übertragungskapazität, aber vor allem der enormen Dimension.

Das Problem der geografischen Trennung von Erzeugungs- und Verbrauchsregionen kennt auch Deutschland.

Das Problem der geografischen Trennung von Erzeugungs- und Verbrauchsregionen kennt auch Deutschland: Offshore-Windkraftanlagen in der Nordsee generieren erneuerbaren Strom, doch der wichtigste Abnehmer ist die Industrie in Süddeutschland. Die Transportkapazität von Nord nach Süd ist jedoch unzureichend, mit der Folge, dass erhebliche Strommengen ungenutzt verpuffen. Laut [Bundesregierung](#) fehlen in Deutschland 18 000 Kilometer [Höchstspannungsnetz](#) mit 380 Kilovolt Wechselstrom. Neue „Stromautobahnen“ wie der „SuedOstLink“ und der „SuedLink“ sollen da Abhilfe schaffen und dazu beitragen, die Versorgung von mehreren Millionen Privathaushalten und Unternehmen in Süddeutschland zu sichern. Der SuedOstLink sollte bereits seit 2022 mit einer Leistungskapazität von 2 000 Megawatt auf einer Spannung von 525 Kilovolt erneuerbare Energie durch das Land transportieren. Seine Fertigstellung ist auf das Jahr 2027 verschoben, die des SuedLinks auf 2028.

Wie in anderen Bereichen der grünen Wende verfolgte China auch bei Ultrahochspannungsleitungen eine Politik, die gleich mehrere Entwicklungsziele anstrebt: Die Elektrifizierung rückständiger Regionen schafft zugleich Chancen für Unternehmen in der lokalen Solar- und Windkraftindustrie und legt die Grundlage für die Versorgung der Industriezentren mit grünem Strom. Der Bau eines Ultrahochspannungsnetzes wurde unter anderem bewilligt, um Innovationen der heimischen elektrischen Anlagenindustrie und ihre Skalierung anzutreiben. Die enormen staatlichen Aufträge in den nächsten Jahren kann sie nun mit heimischem Know-how und Personal bewältigen.

Wie in anderen Bereichen der grünen Wende verfolgte China auch bei Ultrahochspannungsleitungen eine Politik, die gleich mehrere Entwicklungsziele erreicht.

So wurde Chinas Anlagen- und Ausrüstungsindustrie auch im Bereich Ultrahochspannung fit für den globalen Wettbewerb. Das zeigt der Blick nach Chile: Dort soll die Höchstspannungs-Übertragungstechnologie chinesischer Energieunternehmen dafür sorgen, dass in der Atacama-Wüste im Norden erzeugter Solarstrom die 4 000 Kilometer entfernten Ballungszentren des Südens erreicht. 2020 schloss die Empresa CGE, Chiles wichtigster Stromverteiler, mit der State Grid Corporation of China eine Vereinbarung im Umfang von [über drei Milliarden US-Dollar ab](#).

Der Aufbau von Chinas Ultrahochspannungsnetz zeigt: Das Schwellenland China setzt auf einen grün-technologischen Umbau. Die Elektrifizierung wird auf allen Ebenen als Staatsaufgabe gesehen, die entsprechende Industriepolitik ist auf langfristige Entwicklungsziele ausgelegt. Gleichzeitig versucht das Land einen Spagat zwischen sozio-ökologischen Entwicklungszielen und kapitalistischen Methoden beziehungsweise Produktionsweisen. Das brachte für wirtschaftlich Benachteiligte „elektrischen Wohlstand“ und Jobchancen, mehr grünen Strom für Chinas Industrie und die Weltmarktfähigkeit ihrer Produkte als Nebeneffekt. Andererseits steht am Ende der staatlichen Förderung – wie auch bei Elektroautos – ein freier Markt mit brutaler Konkurrenz, den nur die technologisch fortschrittlichsten Unternehmen überleben. Mit negativen Folgen für die Beschäftigten.

Die chinesische Regierung plant somit für einen grünen Markt, aus dem sie sich zurückzieht, sobald die Innovations- und Produktionskapazitäten aufgebaut sind und Preise für Grüne

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Technologien unter die für fossile Technologien fallen. Umfassend schafft sie zugleich die öffentlichen Infrastrukturen wie Ladepunkte für E-Autos oder Ultrahochspannungsleitungen, die Grüne Technologien erst effizient nutzbar machen. Dem liegt die Einschätzung

zugrunde, dass es unwahrscheinlich ist, dass Unternehmen in Konkurrenz zueinander über die umfassenden Informationen verfügen und das Profitinteresse haben, die landesweiten Infrastrukturen aufzubauen, die die Anwendung von erneuerbaren Energien erfordern.

Für Europa bedeutet das: Es braucht einen umfassenden, langfristigen Plan, mit welchen konkreten Maßnahmen grüne Innovationen angereizt, Produktionskapazitäten aufgebaut und Nachfrage stimuliert werden kann. Eine neoprotektionistische Politik, die auf Strafzölle setzt und keine Anreize für die Entwicklung eines lokalen grünen Markts schafft, läuft Gefahr, letztlich bestehende fossil-basierte Geschäftsmodelle zu protegieren.



Lia Musitz

Lia Musitz ist Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt und wissenschaftliche Studienautorin mit dem Schwerpunkt auf Wirtschaft und Klimapolitik Chinas.



Timo Daum

Timo Daum ist Sachbuchautor und Gast der Forschungsgruppe „Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/globale-dominanz-7994/?utm_campaign=de_40_20241223&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

**06) Die Eine-Million-Dollar-Frage. Welche Ideologie vertritt Donald Trump?
Seine Weltanschauung verbindet verschiedene Strömungen – und wird**

Amerikas Rolle in der Welt prägen

Von Branko Milanović

Nordamerika 19.12.2024



Benz, goldene Sneakers und andere Devotionalien: Wofür außer Reichtum steht Donald Trump?- *picture alliance/Zumapress/Jen Golbeck*

Hat Donald J. Trump eine Weltanschauung – und wenn ja, welche? Die erste Frage ist überflüssig: Jeder Mensch hat eine Weltanschauung. Selbst wenn wir glauben, jemandem fehle sie, liegt das oft daran, dass diese Weltanschauung aus unterschiedlichsten Elementen zusammengesetzt ist – Fragmente verschiedener Ideologien, die neu kombiniert wurden, sodass es schwerfällt, sie klar zu benennen. Doch das bedeutet nicht, dass keine Weltanschauung existiert.

Die zweite Frage ist die eigentliche „Eine-Million-Dollar-Frage“: Könnten wir Trumps Weltanschauung präzise entschlüsseln, wären wir womöglich in der Lage, vorherzusagen – oder zumindest zu erraten (bei seiner hohen Volatilität) –, wie die nächsten vier Jahre seiner Amtszeit aussehen könnten. Der Grund, warum die meisten Menschen keine Stringenz in Trumps Weltanschauung erkennen können, liegt darin, dass sie entweder durch Hass oder Verehrung verblendet sind, oder dass sie ihre Beobachtungen nicht wie gewohnt in einem ideologischen Rahmen verorten und benennen können.

Bevor ich versuche, diese Frage zu beantworten, lassen Sie mich zwei in meinen Augen völlig falsche Attribute kritisieren, die häufig zur Charakterisierung Trumps verwendet werden: „Faschist“ und „Populist“. Wenn der Begriff „Faschist“ lediglich als Beleidigung gemeint ist, mag das eine Sache sein – wir können ihn dann ruhig verwenden, denn solche Vorwürfe berühren die Debatte kaum. Aber wenn es um eine vernünftige Diskussion über Trumps Vorstellungen gehen soll, dann ist er falsch. Faschismus als Ideologie bedeutet erstens: ausschließenden Nationalismus; zweitens: Glorifizierung des Führers; drittens: Fokus auf der Staatsmacht, im Gegensatz zu Privatpersonen und privatem Unternehmertum; viertens: Ablehnung des Mehrparteiensystems; fünftens: korporatistische

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Regierungsform; sechstens: Ablösung der Klassenstruktur der Gesellschaft durch vereinheitlichenden Nationalismus und siebtens: eine nahezu religiöse Verehrung von

Partei, Staat und Führer. Es ist nicht notwendig, diese Punkte einzeln zu erörtern, um deutlich zu machen, dass sie kaum etwas mit dem zu tun haben, was Trump glaubt oder anstrebt.

Auch der Begriff „Populist“ ist in jüngster Zeit zu einem Schimpfwort verkommen. Trotz einiger (meiner Meinung nach wenig überzeugender) Versuche, ihn präzise zu definieren, wird er letztlich meist für Staatschefs verwendet, die zwar demokratische Wahlen gewinnen, dies jedoch mit Parteien tun, die „wir“ nicht mögen. Damit verliert der Begriff seine Bedeutung. Was also sind die wesentlichen Bestandteile von Trumps Weltanschauung, die wir während der vier Jahre seiner ersten Amtszeit erkennen konnten?

Die Biden-Administration hat Trumps Politik nicht nur übernommen, sondern sogar deutlich ausgebaut.

Erstens, *Merkantilismus*: Diese alte, historisch bedeutsame Lehre betrachtet alle wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen Staaten, als ein Nullsummenspiel. Ursprünglich basierte sie auf der Vorstellung, dass Reichtum vor allem aus Gold und Silber besteht. Da die Menge an Gold und Silber begrenzt war, galten in dieser Logik jene Staaten und Staatschefs als die mächtigsten, die am meisten davon anhäufen konnten – unabhängig von allen anderen Waren.

Obwohl sich die Welt seit dem 17. Jahrhundert erheblich verändert hat, halten viele Menschen weiterhin an merkantilistischen Vorstellungen fest. Wer Handel als Krieg mit anderen Mitteln betrachtet und China als den größten Rivalen oder Feind der USA sieht, für den erscheint eine merkantilistische Politik gegenüber China als logische Reaktion. Als Trump 2017 diesen Kurs einschlug, war er noch weit entfernt vom politischen Mainstream. Doch inzwischen hat sich dieser Ansatz in der Mitte etabliert. Die Biden-Administration hat Trumps Politik nicht nur übernommen, sondern sogar deutlich ausgebaut. Es ist daher zu erwarten, dass Trump noch einen Schritt weiter gehen wird.

Merkantilisten wie Trump sind jedoch transaktional: Wenn China zustimmt, mehr zu kaufen und weniger zu verkaufen, wird er zufrieden sein. Anders als Biden wird Trump wohl nicht versuchen, das chinesische Regime zu untergraben oder zu stürzen. Obwohl viele das Gegenteil vermuten, bin ich der Ansicht, dass Trump letztlich gut für China sein könnte – vor allem, wenn man die Alternativen bedenkt.

Zweitens, *Profitorientierung*: Wie alle Republikaner glaubt auch Trump an die Stärke des privaten Unternehmertums. In seinen Augen wird der Privatsektor durch übermäßige Vorschriften, Regulierungen und Steuern unverhältnismäßig eingeschränkt. Trump selbst war ein Kapitalist, der – nach eigenen Aussagen – kaum Steuern gezahlt hat, was für ihn schlicht den Beweis darstellt, dass er ein guter Unternehmer sei. Doch für andere, vor allem kleinere Unternehmer, sollen Vorschriften vereinfacht oder abgeschafft und Steuern gesenkt werden. Unternehmer schaffen Arbeitsplätze; die übrigen, so ließe es sich mit Ayn Rands Worten ausdrücken, sind „Schmarotzer“.

Wie alle Republikaner glaubt auch Trump an die Stärke des privaten Unternehmertums.

Trump verkündet hier nichts Neues. Diese Lehre ist altbekannt und wurde bereits seit der Ära Ronald Reagans propagiert, später sogar von Bill Clinton übernommen. Trump mag

lauter und unverblümt die Senkung von Kapitalsteuern fordern, doch im Kern unterscheidet sich sein Ansatz kaum von dem seiner Vorgänger George Bush Senior, Bill Clinton und George Bush Junior. Auch Alan Greenspan, die Ikone des Liberalismus, vertrat diesen Glauben zutiefst.

Drittens, *Anti-Einwanderungs-„Nationalismus“*: Dieser Aspekt ist tatsächlich schwer zu greifen. Der Begriff „nationalistisch“ passt nicht recht zu amerikanischen Politikerinnen und Politikern, weil wir Nationalismus oft im Kontext der europäischen oder asiatischen Ausschlussmechanismen verstehen. Wenn wir beispielsweise über japanischen Nationalismus sprechen, gehen wir davon aus, dass seine Vertreter Menschen nicht-japanischer Ethnien von politischer Mitbestimmung ausschließen oder sie aus dem Land vertreiben möchten – oder beides. Ähnliches gilt für den serbischen, estnischen, französischen oder spanischen Nationalismus.

Der amerikanische Nationalismus hingegen kann sich aufgrund der enormen ethnischen und kulturellen Vielfalt der USA weder auf Abstammung noch auf ethnische Zugehörigkeit stützen. Stattdessen hat sich der Begriff „weißer Nationalismus“ etabliert, ein Ausdruck, der Hautfarbe und ethnische Identität miteinander verknüpft. Doch Trumps „Nationalismus“ ist meines Erachtens weder von *race* noch von ethnischer Zugehörigkeit geprägt, sondern von der Ablehnung neuer Zuwanderung.

In seiner Grundstruktur unterscheidet sich Trumps Haltung kaum von der Einwanderungspolitik, wie sie mittlerweile im Kern der sozialdemokratischen Welt praktiziert wird – in nordischen und nordwesteuropäischen Staaten wie Schweden, den Niederlanden, Finnland und Dänemark. Rechte Parteien in diesen Ländern argumentieren, wie der niederländische Politiker Geert Wilders es einst formulierte, dass ihre Länder „voll“ seien und keine weiteren Einwandernden aufnehmen könnten. Trumps Position erscheint lediglich deshalb ungewöhnlich, weil die USA objektiv betrachtet unter keinen Umständen als „voll“ bezeichnet werden können: Dort leben gerade einmal 38 Menschen pro Quadratkilometer, während es in den Niederlanden 520 sind.

Viertens, *ein Land für sich*: Wenn man Merkantilismus mit der Ablehnung von Zuwanderung verbindet, ergibt sich ein klares Bild davon, wie die US-Außenpolitik unter Trump aussehen könnte: eine Politik des nationalistischen Antiimperialismus. Diese Begriffe verdienen eine genauere Betrachtung, da ihre Verbindung ungewöhnlich ist – insbesondere für eine Großmacht. Normalerweise geht man davon aus, dass große, nationalistische und merkantilistische Staaten auch imperialistisch agieren. Doch Trump widersetzt sich dieser gängigen Annahme. Er knüpft an die außenpolitische Haltung der amerikanischen Gründerväter an, die „ausländische Verwicklungen“ verabscheuten.

In Übereinstimmung mit seinen merkantilistischen Grundsätzen wird Trump die Verbündeten der USA weitaus stärker zur Kasse bitten.

In ihren Augen – und in seinen – sind die Vereinigten Staaten ein mächtiges und wohlhabendes Land, das seine eigenen Interessen vertritt, ohne sich als „unverzichtbare Nation“ im Sinne von Madeleine Albright zu begreifen. Die Rolle der USA besteht weder darin, jede Fehlentwicklung in der Welt zu korrigieren (in optimistischer oder eigennütziger Auslegung dieser Lehre), noch darin, ihr Geld an Menschen und Angelegenheiten zu verschwenden, die keinen Bezug zu ihren nationalen Interessen haben (in realistisch-pragmatischer Auslegung derselben Lehre).

Warum Trump den Imperialismus ablehnt, der seit 1945 in beiden großen US-Parteien zur gängigen Praxis geworden ist, lässt sich nicht eindeutig sagen. Es scheint jedoch, dass er

instinktiv den Werten der Gründerväter folgt – ebenso wie denen von Politikern wie Robert Taft, dem republikanischen Widersacher Franklin D. Roosevelts. Taft glaubte an die wirtschaftliche Stärke der USA, sah jedoch keinen Grund, diese in eine politische Vorherrschaft über die gesamte Welt zu verwandeln.

Das bedeutet allerdings nicht, dass Trump die US-Hegemonie aufgeben wird – die NATO wird nicht aufgelöst werden. Wie Thukydides schrieb: „Aus ihr [der Herrschaft] zurückzutreten, steht euch auch nicht mehr frei, falls einer in der Angst der Stunde sogar so tugendhaft und friedfertig werden wollte; denn die Herrschaft, die ihr übt, ist schon jetzt Tyrannis; sie aufzurichten, mag ungerecht sein, sie aufzugeben, ist gefährlich.“

Doch in Übereinstimmung mit seinen merkantilistischen Grundsätzen wird Trump die Verbündeten der USA weitaus stärker zur Kasse bitten. Der Schutz der USA wird, ähnlich wie einst im antiken Athen unter Perikles, nicht mehr kostenlos gewährt. Es lohnt sich zu erinnern: Die prächtige Akropolis, die wir heute bewundern, wurde mit Gold errichtet, das Athen seinen Verbündeten abgenommen hatte.

Dieser Artikel wurde zuerst auf [Branko Milanovićs Substack](#) sowie bei Social Europe veröffentlicht.

Aus dem Englischen von Sabine Jainski



Branko Milanović, New York City

Branko Milanović ist ein serbisch-US-amerikanischer Ökonom. Als Experte für Entwicklung und Ungleichheit ist er derzeit Gastprofessor am Graduiertenzentrum der *City University* in New York und angegliederter Seniorforscher der *Luxemburg Income Study*. Zuvor war er als Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/die-eine-million-dollar-frage-7992/?utm_campaign=de_40_20241219&utm_medium=email&utm_source=newsletter

**07) „Eine Atmosphäre der Angst“. UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan über Angriffe auf Journalisten, beschränkte Meinungsfreiheit in Demokratien und Gefahren durch Desinformation
Interview**

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

Interviews 19.12.2024



Montaser al-Sawaf, ein freiberuflicher Kameramann für Anadolu, wurde im Dezember 2023 bei einem israelischen Luftangriff in Gaza getötet. -picture alliance/Anadolu/Social Media

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Welche weltweiten Entwicklungen bedrohen die freie Meinungsäußerung gegenwärtig am meisten?

Die derzeit größte Bedrohung für die Meinungsfreiheit ist der Rückfall in undemokratische Strukturen. Autoritäre Staaten mit ihrer totalitären Einstellung zensieren und unterdrücken schon immer systematisch abweichende Meinungen. Was heute jedoch besonders alarmierend ist, ist die Tatsache, dass selbst gut etablierte Demokratien damit beginnen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken. Sichtbar wird dies an den restriktiven Maßnahmen, die sich gegen die Presse- und Medienfreiheit richten, sowie an der Zunahme von Angriffen auf Journalisten und Journalistinnen. Diese Entwicklungen sind äußerst besorgniserregend, da die Medienfreiheit nicht nur eine Säule der Demokratie, sondern auch ein grundlegendes Menschenrecht ist.

Wie stehen Sie zu der Debatte über Meinungsfreiheit in den westlichen Demokratien?

In den westlichen Demokratien, und in Demokratien ganz allgemein, ist immer häufiger eine Polarisierung von Standpunkten zu beobachten, was für diejenigen, die eine andere Meinung vertreten als die Mehrheit, eine Atmosphäre der Angst schafft. Wenn es auch nicht überall eine gesetzliche Zensur gibt, so führt gesellschaftliche Ächtung und informeller Druck doch häufig zu einer Art Selbstzensur. Und genau das engt den Raum für freie Meinungsäußerung ein.

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Zudem gibt es auch ohne körperliche Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten subtile, aber doch bedeutsame Arten und Weisen, die Medienfreiheit zu unterdrücken. Einige demokratische Staaten ergreifen Maßnahmen, die den Medienraum einschränken und ihm die Vielfalt nehmen. Ungarn ist hier ein Paradebeispiel: Die Medien sind zwar formal frei, doch größtenteils unter der Kontrolle der Regierungspartei. Unabhängiger Journalismus existiert im Grunde nur noch online. Außerhalb der städtischen Zentren wie Budapest haben die Menschen nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu vielseitigen und kritischen Informationen. Das ist insofern besonders besorgniserregend, als Ungarn ein Mitglied der Europäischen Union ist.

Die sozialen Medien ermöglichen einerseits mehr freie Meinungsäußerung, erleichtern andererseits aber auch die Verbreitung von Desinformation. Wie sollte die internationale Gemeinschaft mit diesem Spannungsfeld umgehen?

Als die sozialen Medien aufkamen, sah man sie anfangs als Instrument der Demokratisierung, weil sie es Einzelpersonen ermöglichten, ihre Standpunkte darzulegen, ohne auf den Zugang zu großen Medien angewiesen zu sein. Doch mit der Zeit haben sie auch zur Verbreitung von Desinformation, Fehlinformation, Hassrede und anderen Formen der Informationsmanipulation beigetragen. Nach dem Völkerrecht darf Information nur dann eingeschränkt werden, wenn die Rechte und der Ruf anderer, die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder Gesundheit bedroht sind. Hassrede ist zu verbieten. Aber Unwahrheit allein ist kein ausreichender Grund, die Redefreiheit zu beschneiden. Denn der schmale Grat zwischen Wahrheit und Lüge ist häufig subjektiv und daher anfällig für Missbrauch. Deshalb ist es auch so problematisch, Desinformation zu definieren.

Regierungen machen häufig falschen Gebrauch vom Etikett der Desinformation.

Regierungen machen häufig falschen Gebrauch vom Etikett der Desinformation, um Kritik an sich selbst zu unterdrücken. Das unterminiert das öffentliche Vertrauen in die Regierung. Die Zensur falscher oder manipulierter Informationen ändert nicht zwangsläufig die Überzeugungen derjenigen, die sie verbreiten oder aufnehmen. So ein Schritt kann aber dazu führen, dass Verschwörungstheorien in den Untergrund gedrängt werden und es noch schwieriger wird, ihnen entgegenzuwirken. Effektivere Strategien gegen Desinformationen sind die Überprüfung von Fakten und die Förderung vertrauenswürdiger und vielfältiger Informationsquellen. Die Regierungen müssen aufhören, selbst Unwahrheiten zu verbreiten, und stattdessen proaktiv korrekte Informationen bereitstellen. Unabdingbar ist auch eine Förderung der Medienkompetenz, um die Öffentlichkeit zu befähigen, zwischen glaubwürdigen Quellen und manipulierten Narrativen zu unterscheiden. Auf diese Weise verlagert sich der Fokus von der Zensur zum Aufbau von Vertrauen in die Informationsökosysteme.

Schädigende Information und Desinformation sind wirklich sehr vage Begriffe. Wer überprüft die Faktenchecker und wer entscheidet, was Desinformation ist? Die Regierung? Die Medienplattformen?

Entscheidend ist nicht, spezifische Inhalte als Desinformation zu kategorisieren oder zu definieren, sondern vielmehr ein gesundes Informationsökosystem aufzubauen. Das heißt, verschiedene Sichtweisen zu fördern, die Existenz von freien und professionellen Medien sicherzustellen und eine Vielfalt an unabhängigen Medien zu unterstützen. Der Faktencheck sollte sich organisch aus der Verfügbarkeit unterschiedlicher Sichtweisen ergeben und nicht als Reaktion darauf, dass eine Sichtweise als falsch bezeichnet wird.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Die notwendige Medienkompetenz vorausgesetzt, können Menschen anhand verschiedener Sichtweisen vertrauenswürdige Quellen erkennen und zwischen glaubwürdigen Informationen und unglaubwürdigen Behauptungen unterscheiden. Das oberste Ziel sollte darin bestehen, öffentliches Vertrauen in die Informationslandschaft aufzubauen, statt sich reaktiv um die Bekämpfung von Desinformation zu bemühen.

Sie verfolgen weltweit verschiedene Situationen. Welche Regionen sind gegenwärtig in Bezug auf Einschränkungen der Meinungsfreiheit am meisten gefährdet?

Fast jede Region steht vor Herausforderungen in Bezug auf die freie Meinungsäußerung. In autoritären Staaten wie China, Russland, Kuba, Venezuela und dem Iran gibt es überhaupt keine unabhängigen Medien. Das Problem beschränkt sich jedoch nicht nur auf diese Regime. Wie schon erwähnt, gibt es mit Ungarn sogar innerhalb der EU ein Beispiel dafür, wie Desinformation und Medienkontrolle die Pressefreiheit aushöhlen können. Auch demokratische Staaten wie Singapur und Indien schränken immer häufiger den unabhängigen, im öffentlichen Interesse ausgeübten Journalismus ein.

Das ist ein weltweites Problem mit weitreichenden Folgen. Es untergräbt die Demokratie und das öffentliche Vertrauen in Informationen, erstickt Innovationen und behindert die Entwicklung. Wird diesen Tendenzen nicht schnell entgegengewirkt, stellen sie eine erhebliche Bedrohung für das globale Informationsökosystem und die demokratischen Werte dar.

Überall in der Welt nehmen Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten zu. Welche konkreten Maßnahmen können Staaten und die Zivilgesellschaft ergreifen, um die Sicherheit von Medienschaffenden zu gewährleisten?

Die oberste Verantwortung der Staaten besteht darin, die Medienschaffenden zu schützen und sie nicht als Widersacher zu behandeln. Journalisten suchen nach der Wahrheit und ihre Sicherheit ist von entscheidender Bedeutung für die Demokratie. Und doch ist die Straffreiheit bei Verbrechen gegen Journalisten nach wie vor ein großes Problem: Die UNESCO berichtet, dass fast neun von zehn Fällen von Morden an Journalisten unaufgeklärt bleiben. Das sendet ein gefährliches Signal aus: Journalisten können offenbar ohne große Konsequenzen zum Schweigen gebracht werden. Auch juristische Schikane nimmt zu, wobei Antiterrorgesetze missbraucht werden, um gegen Journalisten und andere Medienschaffende vorzugehen, wie es in China mit dem Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong im Fall von Jimmy Lai deutlich wurde. Eine weitere Taktik sind strategische Verleumdungsklagen, bei denen es nicht darum geht, sie zu gewinnen, sondern darum, Journalisten durch finanziellen und psychischen Druck zum Schweigen zu bringen.

Geschlechtsspezifische Gewalt und Hetzkampagnen sind im Internet weit verbreitet.

Auch im digitalen Bereich nehmen die Bedrohungen zu. Geschlechtsspezifische Gewalt und Hetzkampagnen sind im Internet weit verbreitet – vor allem gegen Journalistinnen. Dazu kommt, dass der Mangel an Medienvielfalt diese Probleme verschärft. In vielen Ländern herrschen Medienmonopole, was die Pluralität unterminiert. Eine weitere Bedrohung für die Pressefreiheit ist die finanzielle Instabilität im traditionellen Mediensektor, die durch sinkende Werbeeinnahmen aufgrund der digitalen Medien verschlimmert wird. Um die Sicherheit der Medienschaffenden zu verbessern, müssen die Staaten der Straflosigkeit ein Ende bereiten, die juristischen Schikanen unterbinden und ein unterstützendes Medienumfeld schaffen, wobei die Medien verschiedene Eigentümer haben müssen. Die

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Zivilgesellschaft muss sich für Rechenschaftspflicht, auf Fakten basierende Berichterstattung und bessere Schutzmechanismen – sowohl online als auch offline – für Journalisten einsetzen.

Sie haben kürzlich auf die Journalistinnen und Journalisten im Gazastreifen und im Libanon aufmerksam gemacht. Wie schlimm ist die Situation dort?

Die UN-Aufzeichnungen aus über 30 Jahren zeigen, dass der Gazastreifen den traurigen Rekord hält, mit der höchsten Zahl an Opfern der tödlichste Konflikt für Medienschaffende und Journalisten zu sein. Der Tod vieler Journalisten ist auf die Heftigkeit des Krieges zurückzuführen, aber es gab auch gezielte Tötungen. Unter dem Humanitären Völkerrecht gelten Journalisten als Zivilpersonen und haben Anspruch auf Schutz. Die gezielte Ermordung von Journalisten ist ein Kriegsverbrechen. Und doch wurden und werden sie im Gazastreifen vorsätzlich getötet. Das Problem wird nur gelöst, wenn gegen die Straflosigkeit vorgegangen wird und die für die Tötung Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. In den meisten Fällen bedeutet das, Israel zur Rechenschaft zu ziehen.

In Israels Umgang mit Journalisten im Gazastreifen, im Westjordanland und auch innerhalb der eigenen Grenzen spiegelt sich das beunruhigende Muster wider, die Berichterstattung über Kriegsverbrechen unterbinden zu wollen. Maßnahmen wie die Tötung oder Inhaftierung von Journalisten, das Verbot des Nachrichtensenders *Al Jazeera*, die Weigerung, internationale Journalisten in den Gazastreifen zu lassen, und der Druck auf unabhängige israelische Medien wie *Haaretz* behindern seit langem die kritische Berichterstattung und schränken den Medienraum ein. Das ist äußerst beunruhigend. Da Israel es versäumt hat und immer noch versäumt, die Ermordung von Journalisten in den besetzten Palästinensergebieten zu untersuchen, sollte eine unabhängige internationale Untersuchung eingeleitet werden.

Journalisten spielen in Konfliktgebieten eine unabdingbare Rolle. Ohne ihre Berichterstattung würde es der Welt an kritischen Einblicken in die Realitäten vor Ort fehlen. Friedensbemühungen im Gazastreifen kommen ohne präzise Informationen über die Situation nicht voran. Journalisten sind nicht nur Zivilpersonen unter dem Völkerrecht, sondern gehören in vielerlei Hinsicht zu den wesentlichen Arbeitskräften. Wie Krankenwagenfahrer bewegen sie sich auf die Gefahr zu und nicht von ihr weg. Deshalb steht ihnen nicht nur derselbe Schutz wie anderen Zivilpersonen zu, sondern ein weitaus größerer, um sicherzustellen, dass sie ihre wichtige Rolle als Lieferanten von Informationen für die Welt weiter ausüben können.

Sehen Sie irgendwo in der Welt auch positive Entwicklungen in Bezug auf die Meinungsfreiheit?

Ja, es gibt positive Entwicklungen. Das ist der Grund, warum ich hier in Berlin bin – die Verleihung des FES-Menschenrechtspreises. Er geht [dieses Jahr an die PCIN](#), ein journalistisches Netzwerk aus Nicaragua, das ein sehr gutes Beispiel für eine solche Entwicklung ist. Obwohl die unabhängigen Medien in Nicaragua vom Ortega-Regime fast vollständig zunichtegemacht wurden, haben Journalisten mit der Schaffung ihres Netzwerks zur Unterstützung ihrer Kolleginnen und Kollegen im Exil eine bemerkenswerte Solidarität an den Tag gelegt. Das zeigt, dass Menschen selbst unter den härtesten Bedingungen Wege finden, ihre Meinungsfreiheit zu stärken.

Bei Meinungsfreiheit geht es nicht nur um Medienfreiheit; sie ist ein Grundrecht, das viele andere Rechte unterstützt. Dazu gehört das Recht auf Information, das wesentlich ist für Bildung, wissenschaftlichen Fortschritt, Innovation, Demokratie und nicht zuletzt auch für

die Friedenssicherung. An der Basis hat die freie Meinungsäußerung Randgruppen Macht verliehen, darunter auch Frauen und indigenen Völkern. Zwar haben Desinformationen in den sozialen Medien negative Auswirkungen, aber die digitalen Tools haben auch in abgelegenen Regionen lebende Menschen zusammengebracht und es ihnen ermöglicht, sich zu organisieren und durch Proteste sowie soziale und Jugendbewegungen bedeutsame Veränderungen zu bewirken. Diese Formen des Aktivismus sind entscheidend für den Aufbau einer besseren Welt und wären ohne freie Meinungsäußerung nicht möglich. Ja, es gibt Hindernisse und negative Entwicklungen, die von Kräften vorangetrieben werden, die den Raum für Meinungsfreiheit einschränken wollen. Der Widerstand ist jedoch groß. Die Menschen setzen sich weiterhin zur Wehr und diese Widerstandsfähigkeit ist ein starker Grund, sich Hoffnungen zu machen.



Irene Khan, Genf

Irene Khan ist UN-Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit im *Büro des Hochkommissars für Menschenrechte* (OHCHR). Von 2001 bis 2009 war sie die erste weibliche Generalsekretärin von *Amnesty International* und sie hat die erste globale Kampagne zum Thema „Stoppt die Gewalt gegen Frauen“ ins Leben gerufen

<https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/eine-atmosphaere-der-angst-7971/>

08) Vergessene Helden. Enttäuschte Erwartungen und unerfüllte Versprechen: Pflegekräfte kämpfen nach der Pandemie weiter mit Überlastung und schlechten Arbeitsbedingungen

Von Christy Hoffman

Demokratie und Gesellschaft 19.12.2024



Alle Jahre wieder: Notstand in der Pflege.- *picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Jens Büttner*

Vor fast fünf Jahren, als die Welt mit einer Jahrhundert-Pandemie kämpfte, standen die Pflegekräfte an vorderster Front und riskierten für andere ihre Gesundheit und häufig auch ihr Leben. Die Szenen haben sich in unser kollektives Gedächtnis eingepreßt: erschöpfte Krankenschwestern, die in den Fluren zusammenbrachen, Mitarbeitende des öffentlichen Gesundheitswesens, die den Schwächsten zur Seite standen, und Pflegepersonal in Altenheimen, die den alten Menschen die Hand hielten, deren Angehörige sie nicht besuchen durften. In jenen dunklen Tagen wurden diese Pflegekräfte als Heldinnen und Helden gefeiert – [mit Applaus von den Balkonen](#), [mit Lob von der Politik](#) und [mit Meldungen auf den Titelseiten der Zeitungen](#). Aber heute, am ersten des von den [Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Tages der Pflege und Betreuung](#), muss die Frage gestellt werden: Was wurde aus den Versprechen, die den Pflegekräften gemacht wurden?

Auf dem Höhepunkt der Covid-19-Pandemie stellte man fast überall auf der Welt fest, dass die Gesundheits- und [Pflegesysteme](#) am Ende waren. Weltweit sprachen die Regierungen von der Notwendigkeit, „sich um die Pflegekräfte zu kümmern“, und gelobten, die schon seit langem bestehenden chronischen Probleme in dem Sektor anzugehen. Zu den Versprechungen gehörten bessere Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung, ein guter Personalschlüssel und die Verpflichtung, Gewalt und Belästigung zu beseitigen, insbesondere geschlechterspezifische Gewalt und Belästigung. Aber sobald die unmittelbare Bedrohung durch die Pandemie nachließ, schien auch die Dringlichkeit nachzulassen, diese Versprechen umzusetzen. Was als Kampfparole für Veränderungen begann, endete für viele Pflegekräfte in einer großen Enttäuschung.

Heute sind die Pflegekräfte wieder unsichtbar und ihre Kämpfe werden längst von anderen Schlagzeilen verdrängt. Viele von ihnen arbeiten weiterhin an Arbeitsplätzen, die auf gefährliche Weise personell unterbesetzt sind, und haben lange Arbeitstage ohne jegliche Unterstützung. In den USA arbeiten die meisten [häuslichen Pflegekräfte](#), die dazu beitragen, dass ältere und behinderte Menschen in Würde leben können, weiterhin zu einem Hungerlohn, ohne Sozialleistungen und festgelegte Arbeitszeiten. In Europa sind die Pflegehilfskräfte überlastet und unterbewertet. Aus einer [kürzlich von der UNI durchgeführten Umfrage](#) geht hervor, dass mehr als die Hälfte der Befragten darüber nachdenkt, den Beruf aufgrund unhaltbarer Arbeitsbedingungen aufzugeben. In Ländern wie den Philippinen, Nepal und Indien werden die Menschen, die im Gesundheitswesen der Gemeinden tätig sind und der medizinisch unterversorgten Bevölkerung wichtige Dienste leisten, nach wie vor wie informelle Arbeitskräfte behandelt – ohne die Sicherheiten, die mit einem formalen Beschäftigungsverhältnis einhergehen.

Wenn die Bedürfnisse der Pflegekräfte ignoriert werden, wird das gesamte Gesundheits- und Altenpflegesystem untergraben.

Die Kosten der Untätigkeit sind für beide Seiten – für die Pflegenden und die zu pflegenden Menschen – gleichermaßen katastrophal. Wenn die Bedürfnisse der Pflegekräfte ignoriert werden, wird das gesamte Gesundheits- und Altenpflegesystem untergraben. [Wenn das Pflegepersonal ausgebrannt ist, verschlechtert sich die Qualität der Pflege](#); und ständiger Personalmangel könnte dazu führen, dass wesentliche Gesundheits- und Pflegedienste für alte Menschen nicht mehr aufrechterhalten werden können. Jede Familie mit einem pflegebedürftigen Angehörigen bekommt die Auswirkungen dieser Vernachlässigung zu spüren. Regierungen und Arbeitgeber müssen handeln – nicht mit Applaus, sondern mit sinnvollen Reformen, die den Bedürfnissen der Pflegekräfte entsprechen.

Von wesentlicher Bedeutung ist, dass alle in der Pflege Arbeitenden feste Arbeitsverträge bekommen, um nicht länger in prekären Arbeitsverhältnissen ohne Sozialleistungen und Jobgarantien tätig zu sein. Zum Schutz der Pflegenden und der zu pflegenden Menschen

muss eine ausreichende Personaldecke obligatorisch werden. Um gegen Belästigungen und geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen, sind reale Durchsetzungs- und Unterstützungssysteme erforderlich. Am wichtigsten aber ist, dass die Pflegekräfte das Recht bekommen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich für ihre Rechte einzusetzen, ohne Angst vor negativen Auswirkungen haben zu müssen. Wenn die Pflegekräfte gewerkschaftlich organisiert sind, haben sie die Macht, sowohl für sich als auch für die Menschen zu kämpfen, die sie pflegen.

Nach und nach ist zu sehen, dass die Gewerkschaften der Pflegekräfte trotz der Probleme in aller Welt tatsächlich Fortschritte bei der Umgestaltung des Sektors machen. In Pennsylvania gelang es der Gewerkschaft *SEIU Healthcare*, dass in Seniorenpflegeheimen [obligatorische Vorschriften für die Personalausstattung](#) eingeführt wurden – ein riesiger Schritt zum Schutz der in diesen Heimen arbeitenden und lebenden Menschen. In Chile konnte die Gewerkschaft FENASSAP für alle, die während der Pandemie arbeiteten, gesetzlich ein „[Recht auf Ruhe](#)“ durchsetzen, einen 14-tägigen Erholungsurlaub. In [Japan](#) ging aus einer Umfrage der Gewerkschaft *UA Zensen* hervor, dass 74,2 Prozent der Pflegekräfte Belästigungen am Arbeitsplatz erlebt hatten, was das japanische Gesundheitsministerium dazu veranlasste, ein Handbuch mit Gegenmaßnahmen gegen Belästigungen in Pflegeheimen herauszugeben und in jeder Präfektur einen Beratungsdienst einzurichten, um gegen diese Übergriffe vorzugehen.

Die genannten Beispiele zeigen, wie wichtig das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und gemeinsame Verhandlungen mit Arbeitgebern sind. Die Gewerkschaften sind von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der Pflege, und sie stellen sicher, dass die während der Pandemie gemachten Versprechen auch eingehalten werden.

Wir brauchen einen globalen Weckruf.

Wir brauchen einen globalen Weckruf. Das Heldentum während der Pandemie war kein flüchtiger Moment, sondern ist die Realität der tagtäglichen Pflegearbeit. Unsere Gesellschaft ist auf diese Pflegekräfte angewiesen, die Gemeinschaften zusammenhalten, unsere Angehörigen pflegen und sicherstellen, dass alle in Würde leben können. Die Versprechen einzuhalten, die in den dunkelsten Tagen der Pandemie gemacht wurden, ist nicht nur eine Frage des Worthaltens, sondern es geht darum, robuste Gesundheitssysteme und -gemeinschaften aufzubauen, wie sie für die Zukunft gebraucht werden. Sich um diejenigen zu kümmern, die sich um uns kümmern, ist keine Möglichkeit, sondern eine ethische Pflicht.

Es ist höchste Zeit, dass Regierungen, Arbeitgeber und die Gesellschaft als Ganze aktiv werden – nicht mit noch mehr Applaus, sondern mit sinnvollen Veränderungen, für die die Pflegekräfte schon seit langem [kämpfen](#): Festanstellungen, ausreichende Personaldecke, Berufsausbildung, gewerkschaftliche Vertretung sowie Schutz vor Gewalt und Belästigung. Wir müssen schnell für die Pflegekräfte handeln, denn unsere Gemeinschaften sind nur so stark wie diejenigen, die sich um sie kümmern.

Aus dem Englischen von Ina Goertz



Christy Hoffman, Nyon

Christy Hoffman ist Generalsekretärin von *UNI Global Union*, der internationalen Gewerkschaftsföderation für den Dienstleistungssektor.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/vergessene-helden-7877/?utm_campaign=de_40_20241219&utm_medium=email&utm_source=newsletter

09) Zeit für Gegenpressing. Der Aufstieg der Rechtspopulisten gefährdet die liberale Demokratie weltweit. Doch diese lässt sich nur im Vorwärtsgang verteidigen

Von Jonathan Menge

Demokratie und Gesellschaft 17.12.2024



Streiten über den richtigen Weg: Um wieder erfolgreich zu sein, müssen sozialdemokratische Parteien neue Antworten finden.- *picture-alliance/dpa/Holger Hollemann*

Kaum ein Tag vergeht, an dem Donald Trump nicht mit einer skurrilen Ernennung von Familienmitgliedern oder alten Weggefährten für hohe Posten Verwunderung auslöst. Ab Januar sollen diese Personen dann das mächtigste Land der Erde regieren. Einen Monat nach seinem Wahlsieg stehen viele Progressive, denen die liberale Demokratie am Herzen liegt, noch immer fassungslos da: Wie konnte Donald Trump überhaupt diese Wahl gewinnen? Nach all dem Chaos seiner ersten Amtszeit und nachdem sein am längsten dienender Stabschef den ehemaligen Präsidenten öffentlich als Faschisten bezeichnet hatte?

Seite E 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Fast überall konnten die Trump-Republikaner gegenüber 2020 erhebliche Gewinne erzielen, selbst in den größten Hochburgen der Demokraten. Das Ergebnis ist in vielerlei Hinsicht dramatisch und wird gravierende Folgen haben – nicht nur für die USA. Aus dieser Wahl müssen Lehren gezogen werden. Eine davon dürfte sein: Die liberale Demokratie lässt sich nur [im Vorwärtsgang verteidigen](#).

Jenseits des offensichtlichen Personaldesasters – dem sturen Festhalten Joe Bidens an der Macht und der Ermangelung eines demokratischen Prozesses der Kandidatenkür – wird immer deutlicher, dass die Demokraten es kaum geschafft haben, inhaltlich zu punkten. Wie 2020 und bei den Midterms 2022 führten sie insbesondere einen Wahlkampf *gegen* Donald Trump. Der Erfolg blieb jedoch dieses Mal aus.

Zu Beginn ihrer Kandidatur profitierte Kamala Harris von der Erleichterung darüber, dass der unbeliebte und sehr alte Joe Biden doch noch zum Ausstieg bewegt werden konnte. Es gelang ihr, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen. Doch dann setzte das Team Harris immer stärker darauf, die Wähler von sich als Verteidigungslinie gegen Trump und die MAGA-Bewegung zu überzeugen. Nicht zu Unrecht: Trump hat nicht viel übrig für die altehrwürdigen Institutionen der US-Demokratie und wird versuchen, sie seinem Willen zu beugen – auch wenn er sich dabei selbst, wie andere Populisten, als „wahren“ Demokraten versteht. Bei der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler verfangen die Warnungen der Demokraten letztlich nicht. Ihre zentrale politische Strategie seit Trumps erstem Wahlsieg 2016 dürfte damit endgültig gescheitert sein.

Trump schaffte es vor allem mit den Themen Wirtschaft und Migration zu punkten.

Trump schaffte es vor allem mit den Themen Wirtschaft und Migration zu punkten – auch wenn seine Angebote eher Ressentiments als überzeugende Lösungen bieten. Auch wenn die Republikaner nahezu bei allen demografischen Wählergruppen hinzugewinnen konnten, angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten fand Trump offenbar bei Wählern ohne universitären Abschluss großen Anklang. [Insbesondere die „Arbeiter“ wendeten sich von den Demokraten ab](#) – zunächst seit 2016 vor allem die weiße Arbeiterschaft, 2024 auch in wachsendem Maße asiatische, schwarze und Latino-Wähler. Dabei gelang es Trump offenbar, über das Ressentiment hinaus, [ein Identitätsangebot](#) zu formulieren, von dem sich Menschen – insbesondere jüngere Männer – eine Aufwertung versprechen.

Trump konnte eine Leerstelle für einen (wachsenden) Teil der Wählerschaft besetzen, für den von progressiver Seite keine attraktiven Angebote formuliert werden. Oder wie es [Bernie Sanders](#) formulierte: „Trump hatte seine Vision. Sie war falsch. Sie war unehrlich. Sie war in viel Fällen rassistisch und sexistisch. Aus meiner Sicht hatten die Demokraten keine“. Es fehlte am *wofür*.

Aber natürlich haben es Mitte-links-Parteien auch ungleich schwerer als populistische Politikunternehmer. Sie werden daran gemessen, inwieweit sie ihren Worten Taten folgen lassen. Entsprechend muss die Antwort auf die populistische Herausforderung unter dem Strich für Mitte-links-Parteien immer in guter, handfester Politik bestehen. Auch wenn es schwieriger wird, die Mehrheiten und richtigen Partner für die Umsetzung zu finden. Die Antwort muss aber zugleich dringend über das Klein-Klein der politischen Machbarkeitslogik hinausgehen, die von den Wählerinnen und Wählern nicht als echter Fortschritt wahrgenommen wird. Nach wie vor braucht Politik eine größere Erzählung, eine Zukunftsvision, um zu überzeugen. Es braucht Mut zu neuen Antworten, um dem Populismus etwas entgegenzusetzen, auch wenn sie absehbar auf Widerstand stoßen werden.

Zwangsläufig stellt sich hier die Frage nach dem wirtschaftspolitischen Narrativ und der *Output*-Dimension der Demokratie. Im Wahlkampf der Demokraten in den USA musste man ein solches fast schon mit der Lupe suchen. Die Antworten auf die wirtschaftlichen Sorgen der Wähler blieben wenig überzeugend, während man vorrangig auf [Themen wie Abtreibung](#) setzte und auf die gute gesamtwirtschaftliche Lage verwies. Und tatsächlich war es der Biden-Administration gelungen, die ausufernde Inflation zurückzudrängen. Aber diese Fortschritte übersetzten sich offensichtlich nicht in ausreichenden Maßen in das alltägliche Leben der Menschen. Ein Problem, das quasi alle amtierenden Regierungen im Superwahljahr 2024 in Form eines Machtwechsels oder herber Verluste an den Wahlurnen zu spüren bekamen.

Progressive Parteien brauchen dringend eine neue Vision für die Zukunft der Demokratie.

Für die Zukunft wirbt Bernie Sanders – der aktuell eine prominente Rolle bei der Aufarbeitung der Wahlniederlage einnimmt – nun wieder für eine linkspopulistische Mobilisierung über die Ungleichheitsachse (*us vs. the super rich*), wie sie unter anderem auch schon von [Chantal Mouffe](#) skizziert wurde. Selbst wenn man Sanders eher skeptisch sehen mag: Es ist allzu deutlich, dass es für die Demokraten und andere sozialdemokratische Parteien in den nächsten Jahren darum gehen wird, neue Antworten zu finden, um die Deutungshoheit über Fragen der Identität der Arbeiterklasse zurückzugewinnen, die sich zunehmend rechtspopulistischen Kräften zuwendet. Auch [neuere wissenschaftliche Untersuchungen](#) in Deutschland weisen darauf hin, dass dies vor allem über gemeinsame Interessen als Arbeitnehmer und die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit funktionieren kann.

Der Wahlkampf und das Ergebnis in den USA haben aber noch etwas anderes gezeigt: Progressive Parteien brauchen dringend eine neue Vision für die Zukunft der Demokratie. Zumal – wie es etwa Astead Herndon, Analyst der *New York Times*, in einer [frühen Wahlnachlese](#) beschreibt: Wenn die Hälfte der Wähler nicht mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden ist, hat es ein Narrativ, das allein auf die Verteidigung der Demokratie gegen ihre Feinde setzt, zwangsläufig sehr schwer. Denn im Kern verspricht es die Sicherung des politischen Status quo, der von vielen abgelehnt wird – und zudem läuft es Gefahr, als Verteidigung von Privilegien einer politischen Elite gelesen zu werden.

Donald Trump dagegen versprach Zerstörung, aus der etwas Neues entstehen werde. So wurde Trump, ein sehr reicher alter weißer Mann, zum Protagonisten des Fortschritts. Verkehrte Welt: Die Progressiven beziehen eine konservative Position und überlassen dem Rechtspopulisten das Zukunftsnarrativ. Das Ergebnis sollte eine Warnung für alle sein, denen die liberale Demokratie am Herzen liegt – gerade in Zeiten der verhärteten Krisen und von zunehmender Ungleichheit. Zumal sich die grundlegenden Bedingungen in vielen westlichen Demokratien kaum unterscheiden. Studien zeigen, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen und das Funktionieren der Demokratie [hierzulande eher ab- als zunimmt](#). Auch wenn die Idee der Demokratie weltweit weiterhin hohe Zustimmungswerte genießt.

Sicher, hier geht es auch um die Output-Legitimität der Demokratie. Aber eine überzeugende Antwort wird nicht ohne eine positive Demokratieerzählung mit Gestaltungsanspruch auskommen, auch um den permanenten Demokratie-Krisenmodus zu verlassen. Für den deutschen Kontext lassen sich unter anderem in zwei Sachbüchern aus diesem Jahr Anhaltspunkte finden, wie dies gelingen könnte: Die Historikerin [Christina Morina \(*Tausend Aufbrüche*\)](#) und der Soziologe [Steffen Mau \(*Ungleich vereint*\)](#) zeigen, dass

Seite E 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

die Erwartungen an die Demokratie gerade in Ostdeutschland anders gelagert waren und sind als im alten Westen. Durch die Ausweitung des Systems der Bundesrepublik sind diese allerdings häufig enttäuscht worden.

Es gibt eine Erwartung nach stärker direktdemokratischer Beteiligung.

Es gibt eine Erwartung nach stärker direktdemokratischer Beteiligung, die aktuell wohl am prominentesten in Form von Bürgerräten diskutiert wird. Aber es gibt durchaus auch eine [Reihe von anderen demokratischen Innovationen](#), die jeweils Unterschiedliches leisten können. Hier geht es um die *Input*-Dimension der Demokratie und darum, eine neue Selbstwirksamkeit in demokratischen Prozessen zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen solche Prozesse aber auch tatsächliche Wirksamkeit entfalten, und sie können dazu beitragen, eine stärkere Rückbindung von Politik-Ergebnissen an lebensweltliche Realitäten herzustellen.

Grundsätzlich spricht nichts dagegen, unsere etablierten Institutionen der repräsentativen Demokratie durch solche Ansätze oder auch andere zu ergänzen. Über das Wie kann man berechtigterweise ringen. Insbesondere, wenn es darum geht, diese Prozesse so zu gestalten, dass sie gerechtigkeitsfördernde Ergebnisse erzielen. Aber neue partizipative Elemente können ein wichtiger Teil des Angebots sein, das man an diejenigen formuliert, die sich von den Institutionen und Verfahren unserer Demokratie enttäuscht zeigen. Insbesondere in Zeiten, in denen die Bereitschaft, sich in Parteien zu engagieren, nachlässt, können sie ein wichtiges Element zur Stärkung der Demokratie sein. Demokratie ist und bleibt ein Prozess, und wir müssen offen in der Frage bleiben, wie wir unsere Demokratie weiterentwickeln und verbessern können. Hier gilt es für die Soziale Demokratie Antworten zu geben und damit endlich ins Gegenpressing zu kommen.



Jonathan Menge, Berlin

Jonathan Menge ist Referent in der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er das FES-Büro in Nepal und koordinierte die Arbeit zum Thema Geschlechtergerechtigkeit in der Region Asien und Pazifik.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/zeit-fuer-gegenpressing-7990/?utm_campaign=de_40_20241217&utm_medium=email&utm_source=newsletter

10) Plötzlich allein. Die Ära der globalen US-Dominanz ist vorbei. Auf die Treue ihrer Bündnispartner kann sich die Supermacht unter Trump nicht länger verlassen.

Der Trump-Effekt: US-Bündnispartner orientieren sich um

Von Sarang Shidore

02.12.2024



Kann man diesem Mann trauen? -*picture alliance / Everett Collection | ©20thCentFox/Courtesy*

Das atemberaubende Comeback von Donald Trump als Präsident hat die Verbündeten der USA ordentlich durcheinandergewirbelt. Hinter ihren besonnenen Glückwunschadressen spürt man deutlich die Angst, Washington könnte sie bald nur noch wie austauschbare Schachfiguren auf dem globalen Spielbrett behandeln. Das wäre in der Tat ein bedeutender Umbruch. In der Amtszeit von Präsident Joe Biden hatten die Vereinigten Staaten große Mittel zur Verstärkung ihrer Bündnisse und Partnerschaften eingesetzt, um der verschärften Konkurrenz mit China und Russlands Invasion in der Ukraine zu begegnen.

Vieles spricht dafür, dass ihnen das gelungen ist. Die von den USA geführte NATO hat energisch alle Kräfte gegen Russland gebündelt. Der Handelskrieg der USA gegen China findet inzwischen ein [Echo in Europa](#). Indem [Japan die Verteidigungsausgaben verdoppelt](#), sich dem [Sanktionsregime gegen Russland angeschlossen](#) und seine [Beziehungen zu Südkorea](#) gestärkt hat, ist es den USA näher gerückt. Die Philippinen beginnen nach einer Zeit der Entfremdung, eine gemeinsame Front gegen China zu schmieden. Indien bleibt nach wie vor ein enger Partner. „Wir sind stärker denn je“, konnte sich Joe Biden bei der 75-Jahre-Feier der NATO in diesem Sommer voller Überzeugung rühmen.

Die Verbündeten und Partner der USA versuchen, sich nach allen Seiten abzusichern.

Doch bei näherer Betrachtung bemerkt man auch einen anderen Trend hinter den Kulissen. Die Verbündeten und Partner der USA versuchen nämlich, sich nach allen Seiten abzusichern, und weitere Abkommen mit Ländern außerhalb des westlichen Einflussbereichs zu schließen. Diese am stärksten im Globalen Süden sichtbare Entwicklung wurde weniger von einzelnen Staatschefs als von der Struktur des internationalen Systems selbst befördert. In einer Welt, die immer stärker von vielfachen

Bündnissen und Transaktionalismus bestimmt ist, können sich die USA nicht länger auf die Loyalität ihrer Freunde verlassen. Diese Entwicklung ist längst im Gange, und sie hat [nur wenig mit Trump](#) zu tun.

Bereits seit einigen Jahren sind mit der Türkei und Thailand zwei Schwellenländer von ihrem großen Bündnispartner abgerückt und bewegen sich fortan im Dreieck zwischen den USA und deren Rivalen. Das langjährige NATO-Mitglied Türkei war im syrischen Bürgerkrieg eindeutiger Gegner Russlands und verurteilte aufs Schärfste den russischen Einmarsch in der Ukraine. Dennoch schloss sich die Türkei nicht dem US-geführten Sanktionsregime an, sondern vertiefte ihre Handelsbeziehungen und die Energiepartnerschaft mit Moskau. Die türkische Regierung vermochte gar, Russland und die Ukraine zur Unterzeichnung eines Abkommens über den Export von ukrainischem Getreide auf die Weltmärkte zu bewegen, das bis letzten Sommer Gültigkeit besaß.

In Thailand wurden die Anstrengungen beschleunigt, sich stärker an China zu binden. Da es keine Territorialstreitigkeiten mit Peking gibt, das Land sich aber mit den Auswirkungen des Bürgerkriegs im benachbarten Myanmar konfrontiert sieht, verstärkte Thailand die wirtschaftlichen Beziehungen zu China, führte mehr [gemeinsame Militärmanöver](#) durch und [kauft](#) inzwischen [über 40 Prozent seiner Waffen](#) dort. Als wollten sie ihre Unabhängigkeit von den USA unter Beweis stellen, schlossen sich die Türkei und Thailand in diesem Jahr als Partnerstaaten der nichtwestlichen BRICS-Gruppe an, die von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika angeführt wird.

Das Vorgehen der beiden Staaten bedeutet jedoch nicht, dass sie antiamerikanisch oder antiwestlich eingestellt sind. Thailand hat sein jährliches [gemeinsames Militärmanöver mit den US-Truppen](#) weiter ausgebaut und eine Mitgliedschaft in der OECD beantragt. Die [Türkei wiederum kauft US-Kampfflugzeuge](#) und erklärt, man wäre nicht in die BRICS-Gruppe gegangen, hätte man eine Chance auf den EU-Beitritt gehabt. Wer sich absichern will, sucht in allen Richtungen.

Der BRICS-Gipfel im letzten Monat war für Indien ein sicherer Raum, um das erste ernsthafte Treffen der Staatschefs Narendra Modi und Xi Jinping seit fünf Jahren zu ermöglichen. Mit dem Abzug der Truppen an zwei Grenzpunkten im Himalaya könnte Indien den Beginn einer Entspannung mit China einläuten, die dem Subkontinent auch größeren Spielraum im Verhältnis zum amerikanischen Verbündeten verschaffen würde. Die Partnerschaft mit den USA wird garantiert weiterhin stabil bleiben. Sie wird jedoch angesichts von Indiens fortgesetzten Beziehungen zu Russland und der Machtübernahme einer US-freundlichen, aber indienkritischen [Regierung in Bangladesch](#) auf die Probe gestellt.

Selbst im Herzen des US-Bündnissystems gibt es Anzeichen, dass die Tendenz zur Absicherung nach allen Seiten wächst.

Selbst im Herzen des US-Bündnissystems gibt es Anzeichen, dass die Tendenz zur Absicherung nach allen Seiten wächst. Der Vorschlag des japanischen Premierministers [Shigeru Ishiba zur Gründung einer „asiatischen NATO“](#) als Gegengewicht zu China klingt zunächst wie ein Bekenntnis zur *Pax Americana*. Doch Ishiba will auch die Asymmetrie im Verhältnis zu den USA beseitigen, [mehr Mitspracherecht für Tokio](#) erwirken und China in die regionale Kooperation einbeziehen, etwa beim Katastrophenschutz. Die Niederlage der regierenden Liberaldemokratischen Partei bei den jüngsten Parlamentswahlen wird allerdings die ehrgeizigen Ziele der Regierung zur [Erhöhung der Militärausgaben torpedieren](#) und den von den USA gewünschten Fokus auf den Ausschluss Chinas aufweichen.

In Europa konnten in der Zwischenzeit populistische Parteien ungeahnte Erfolge erzielen. Im Allgemeinen stellen sie die US-Politik gegenüber der Ukraine infrage und sind oft nicht gewillt, die NATO – wie in den USA üblich – als [heilige Kuh](#) zu betrachten. In [Italien zeigt Giorgia Melonis Regierung](#), dass der Aufstieg solcher Kräfte das Bündnis nicht unbedingt schwächen muss. Doch im Endergebnis wird Europa angesichts der neuen Politik [stärker unter Druck](#) gesetzt, die amerikanischen Prioritäten im Verhältnis zu Russland und möglicherweise auch zu China zu übernehmen. Viktor Orbáns Ungarn und die Slowakei unter Robert Fico [pflegen bereits Beziehungen zu allen Seiten](#). Dieses Modell könnte in der nächsten Zeit durchaus weitere Nachahmer in Europa finden.

Die Amerikaner sollten sich auf weitere Abweichler einstellen.

Warum ist die Absicherung nach allen Seiten derzeit so attraktiv? Ihre Vorreiter finden sich in den [ehemals blockfreien Staaten im Globalen Süden](#). Dort [nutzten Mittel- und schwächere Mächte vielfältige Partnerschaften](#), um sich in einem feindseligen internationalen System durchsetzen zu können. Doch es gibt auch zwei neue Gründe, warum diese Strategie gerade jetzt attraktiv scheint: zum einen die Unsicherheit der künftigen Weltordnung, zum anderen der Eindruck, dass die unipolare Welt, in der die USA drei Jahrzehnte lang den Globus dominierten, im Verschwinden begriffen ist. Unter diesen Bedingungen ist es sinnvoll, sich ernsthaft auf die Rivalen des Hegemons einzulassen.

Diese Tendenz zur Absicherung ist allerdings eher neu und längst noch kein beherrschender Trend unter den Verbündeten und Sicherheitspartnern der USA. Doch die Amerikaner sollten sich auf weitere Abweichler einstellen. Statt auf Ausschluss und Abzug könnte Washington auch auf eine andere mathematische Operation setzen: auf Addition. Dazu müsste man allerdings den Glauben an die Einzigartigkeit Amerikas aufgeben – der die Vereinigten Staaten als Leuchtturm der Zivilisation sieht, die jedwede Barbarei bekämpft – und eine eigene Absicherungsstrategie entwickeln.

Transaktionales Handeln fällt Trump leicht. Doch um die USA von ihrer unhinterfragten Vorherrschaft zu neuem Absicherungsdenken zu bewegen, muss der gewählte Präsident seine Impulsivität überwinden und einen Plan fassen, wie diese vielfältigen Bündnisse zum Nutzen Amerikas gestaltet werden können. Das ist eine hohe Hürde, aber die sich rasch wandelnde Welt verlangt auch einen hohen Einsatz.

*Dieser Artikel wurde zuerst in [The New York Times](#) veröffentlicht.
Aus dem Englischen von Sabine Jainski*



Sarang Shidore

Sarang Shidore ist Direktor des *Global South Program* am *Quincy Institute* und *Senior Non-Resident Fellow* beim *Council on Strategic Risks*. Er arbeitet hauptsächlich im Bereich Geopolitik und Internationale Beziehungen mit besonderem Schwerpunkt auf dem Globalen Süden und Asien

01) NATO Osterweiterung. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 633-03

6. Januar 2025

50. Jahrgang

NATO Osterweiterung

Die Osterweiterung der NATO ist mit ein Grund für den anhaltenden Eroberungskrieg Russlands in der Ukraine. Dieses Narrativ erzählt **Wladimir Putin**, wann und wo er nur kann. Eine NATO-Mitgliedschaft hätte die Ukraine vielleicht vor dem Angriff des Moskauer (de jure „vermutlichen“) Kriegsverbrechers und Kindermörders gerettet. **Angela Merkel** hat 2008 den NATO-Beitritt der Ukraine verhindert, weil sie, wie in ihren Memoiren steht, befürchtete, dass Putin die Ukraine dann schon angegriffen hätte. Einen in Aussicht gestellten NATO-Beitritt hätte Putin als „Kampfansage“ verstanden, so Merkel. *Tagesspiegel*

Es sind Märchen, wenn behauptet wird, irgendwer hätte die osteuropäischen Länder gezwungen, der NATO beizutreten. Sie taten das aus freien Stücken, vor allem aus Angst vor Russland. Auch wie ein Märchen klingt, dass **Boris Jelzin** 1991 einen russischen NATO-Beitritt zum „langfristigen politischen Ziel“ erhob. „Noch im Jahr 2000 soll Putin Präsident Clinton gefragt haben, was er von diesem Plan halte.“

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung

Man stelle sich das vor, Russland als NATO-Mitglied. Die Welt wäre vermutlich eine andere. Letztlich wollte es der Westen nicht, und heute stehen sich NATO und Russland fast unversöhnlich mit einem unvorstellbaren Bedrohungspotenzial gegenüber, das die Welt in den Abgrund stürzen könnte.

Neben der regulären Berichterstattung veröffentlicht die **Berliner Zeitung** in ihrer Rubrik *Open Source* eine beachtliche Vielfalt von Meinungen und Perspektiven. „Jede und jeder kann über dieses Portal zum Autor unserer Zeitung werden. Natürlich honorieren wir Beiträge, die wir veröffentlichen, nach üblichen Tarifen.“, heißt es.

Am 22. Dezember 2024 erschien ein Beitrag von **Muamer Bećirović** mit der provokanten Überschrift: „Eine unbequeme Wahrheit: Wie Deutschland die USA zur Nato-Osterweiterung provozierte.“ Er beruft sich dabei auf eine Studie von **Chaya Arora**. „Die USA werden als die Hauptverantwortliche für die Osterweiterung der Nato gesehen. Doch entspricht diese Darstellung den historischen Tatsachen?“, fragt er in seinem Gastbeitrag.

„Nach der Auflösung des Warschauer Paktes Mitte 1991 und erst recht mit dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 entstand in Mittel- und Osteuropa ein machtpolitisches Vakuum, und es war nur eine Frage der Zeit, bis es von einer Großmacht gefüllt werden

würde. Interessanterweise waren es nicht die USA, die dies wollten. Denn Washington war aus den Erfahrungen des Kalten Krieges klug genug, seine traditionelle Politik des Gleichgewichts der Mächte nicht aufzugeben.“, schreibt **Muamer Bećirović**.

Die Wissenschaftlerin **Chaya Arora** hat in ihrer Studie „NATO Expansion and the Art of Communicative Action, Germany's Civilian Power Diplomacy“ zahlreiche Dokumente angeführt, die eindeutig belegen, dass Berlin unmittelbar mit der Auflösung des Warschauer Paktes begann, die NATO-Osterweiterung zu forcieren, und zwar aus Eigeninteresse.

„Die beiden Architekten der Erweiterung sind der verstorbene Vizeadmiral **Ulrich Weisser** und der ehemalige Verteidigungsminister **Volker Rühle**. Beide haben die Nato-Erweiterung entscheidend vorangetrieben.“ Mit Hilfe von Experten eines Thinktanks wurden die Entscheidungsträger in Washington beeinflusst und es setzte ein Umdenken ein. In Russland war das Thema bis Mitte der 1990er-Jahre „zunächst kein Aufreger.“ „Erst ab 1995, unter wachsendem innenpolitischen Druck, griff Präsident **Boris Jelzin** zunehmend auf Anti-Nato-Rhetorik zurück.“

Der Stein war längst ins Rollen gebracht „und der Rest ist Geschichte.“ „Das Duo hatte es geschafft, ohne dass es in Europa auffiel und ohne dass man die großen Ambitionen Deutschlands erkannte, den USA die Hauptverantwortung für die Nato-Osterweiterung aufzubürden, während Berlin unterm Radar der Motor des Prozesses blieb.“

„Rühle und Weisser hatten die historische strategische Lage Deutschlands richtig erkannt, Ost und West auszubalancieren und den eigenen Einflussbereich nur unter dem Radar erweitern zu können. Nachdem die anderen Mächte die deutsche Wiedervereinigung mühevoll akzeptiert hatten, konnte sich Deutschland nicht auch noch an die Speerspitze einer Nato-Osterweiterung setzen.“

„Berlins Ziel war es daher, die USA als Vorreiter der Nato-Erweiterung zu gewinnen. Gleichzeitig sorgten die beiden deutschen Politiker dafür, dass die USA den größten Teil der Sicherheitskosten für die neue deutsche Einflussosphäre trugen, während Deutschland mit der EU-Osterweiterung 2004-2013 dafür sorgte, dass Osteuropa wirtschaftlich an Deutschland gebunden wurde. Deutschland erntete die Früchte dieser Nato-Integration, ohne die Kosten tragen zu müssen.“

„Summa summarum hatte Deutschland Osteuropa wirtschaftlich an sich gebunden und gleichzeitig

sicherheitspolitisch bei den Amerikanern abgesichert, ohne die deutschen Beziehungen zu Moskau zu gefährden – ein diplomatisches Meisterstück.“, führt **Bećirović** weiter aus:

„Ohne die Initiative Deutschlands hätte es wohl keine Nato-Osterweiterung gegeben, davon war **Helmut Kohl** überzeugt, wie er auch in seinen Memoiren schreibt: „(...) Denn ohne Deutschlands Beitrag wäre die NATO, dieser Stützpfiler der europäischen Sicherheit, zerstört worden. Die Amerikaner hätten sich aus Europa zurückgezogen, und die Briten und Franzosen als die beiden europäischen Kernwaffenmächte hätten sich enger zusammenschließen müssen, ohne in der Lage zu sein, eine Sicherheitsgarantie für das übrige Europa zu geben. Damit hätte sich die sicherheitspolitische Statik des Kontinents entscheidend verschoben, und das wäre das Ende der europäischen Integration gewesen.“

Bećirović gelangt aber letztlich zu einer unerfreulichen Erkenntnis: „Alle deutschen Bundeskanzler nach 1945 hatten erkannt, dass Deutschland seinen Einfluss immer nur dann erweitern und sichern konnte, wenn es Ost und West gleichermaßen in sein Kalkül einbezog und ausbalancierte. Doch der Ausbruch des Krieges in der Ukraine 2014 und die vollumfängliche Invasion Russlands 2022 zeigen jedoch auf, dass Deutschland der Komplexität seiner strategischen Lage weder unter **Gerhard Schröder** noch unter **Angela Merkel** nicht gerecht geworden ist.“

Wie heißt es so schön bei **Klassik Radio**? „So, nun kennen Sie die wahre Geschichte!“ Wirklich?

Muamer Bećirović, geboren 1996 in München, studiert Politikwissenschaften und Geschichte an der Universität Wien. Von 2016 bis 2019 Bezirksobmann der Jungen Volkspartei im 15. Gemeindebezirk Wiens, Rudolfsheim-Fünfhaus. Herausgeber des Onlinemagazins „Kopf um Krone“. Als Publizist schreibt er über Außenpolitik, Diplomatie- und Wirtschaftsgeschichte. Muamer Bećirović forscht zu Diplomatie, Geschichte und internationaler Politik. Im Januar 2024 erschien von ihm eine Biografie über den österreichischen Diplomaten und Staatsmann der postnapoleonischen Epoche Fürst Klemens von Metternich.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Diese Länder sind Nato-Mitglieder

Vereinigtes Königreich (1949)
USA (1949)
Belgien (1949)
Kanada (1949)
Dänemark (1949)
Frankreich (1949)
Island (1949)
Luxemburg (1949)
Niederlande (1949)
Italien (1949)
Norwegen (1949)
Portugal (1949)
Griechenland (1952)
Türkei (1952)
Deutschland (1955)
Spanien (1982)
Ungarn (1999)
Polen (1999)
Tschechien (1999)
Rumänien (2004)
Slowakei (2004)
Slowenien (2004)
Bulgarien (2004)
Estland (2004)
Lettland (2004)
Litauen (2004)
Albanien (2009)
Kroatien (2009)
Montenegro (2017)
Nordmazedonien (2020)
Finnland (2023)
Schweden (2024)



Grafik: Wikipedia

02) Nicht länger am Rande. Die Ernennung von Radmila Šekerinska zur Stellvertretenden NATO-Generalsekretärin gibt dem Westbalkan unerwarteten Auftrieb

Von Bojan Stojkovski

Außen- und Sicherheitspolitik 02.01.2025



Langjährige Erfahrung und Führungsstärke: Radmila Šekerinska gilt als Symbol der Einigung.- *picture alliance /AA/Furkan Abdula*

Unerwarteter Rückenwind für den Westbalkan: Die ehemalige nordmazedonische Verteidigungsministerin Radmila Šekerinska wurde im Dezember zur neuen stellvertretenden Generalsekretärin der NATO ernannt. Dieses Ereignis ist mehr als ein Karriereschritt für Šekerinska oder eine Anerkennung für Nordmazedonien – es ist ein starkes Symbol für die wachsende Bedeutung der Region im Herzen des Nordatlantikpakts. Für diesen Teil Europas, der häufig nur als geopolitisches Anhängsel betrachtet wird, bedeutet die Besetzung eines der wichtigsten Posten des Atlantischen Bündnisses mit einer nordmazedonischen Politikerin auch, dass dem Westbalkan mehr Gewicht bei der zukünftigen Gestaltung der NATO zukommen wird.

Die Ernennung Šekerinskas, die sich gegen die [Konkurrenz](#) der früheren Außenministerin und EU-Kommissarin Marija Gabriel aus dem benachbarten Bulgarien durchsetzen konnte, kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt, sowohl für den Westbalkan als auch für das gesamte Bündnis. In der Ukraine tobt weiterhin der Krieg, das Verhältnis zu Russland wird immer angespannter, und die gesamte Sicherheitslandschaft verändert sich so rasch, dass größere Einigkeit erforderlich ist. Daher ist die NATO bemüht, ihre Verpflichtungen zur gemeinschaftlichen Verteidigung durchzusetzen – und ihre Ostflanke zu stärken, die den Großteil des Westbalkans umfasst. Obwohl allgemein [erwartet wurde](#), dass der Stellvertreterposten an eine Repräsentantin aus Osteuropa vergeben werden würde, hat die NATO durch die Wahl von Šekerinska ein starkes Signal gesetzt. Mit ihrem tiefen Verständnis für die komplexen Dynamiken des Westbalkans stärkt sie nicht nur die Führungsstruktur des Bündnisses, sondern bietet der Region auch eine Stimme, die lokale Gegebenheiten mit globalen Prioritäten verknüpfen kann.

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Šekerinskas Bilanz als Verteidigungsministerin von Nordmazedonien zeigt, warum ihre Ernennung so wichtig ist. Die 52-jährige Politikerin spielte eine zentrale Rolle bei der Aufnahme ihres Landes in die NATO, denn sie setzte die komplexen Reformen der Streitkräfte um. Das kleine Land, das 2020 als 30. Mitglied in die NATO aufgenommen wurde, vermochte seine militärische Integration in die Allianz unter ihrer Führung in weniger als 19 Monaten zu bewältigen. Zu Beginn ihrer Karriere wurde Šekerinska als Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei Mazedoniens damit betraut, die europäische Integration ihres Landes durchzuführen, nachdem die Regierung 2002 erstmals ein solches Ministerium eingeführt hatte. Sie war ebenfalls wesentlich daran beteiligt, 2005 den EU-Kandidatenstatus für Nordmazedonien zu erlangen.

Der Westbalkan bleibt weiterhin zersplittert.

Ihre Führungsstärke, als das Land den langjährigen Namenskonflikt mit Griechenland endlich beilegen konnte, ging weit über bürokratische Erfolge hinaus. Nordmazedonien konnte sich als verlässlicher NATO-Partner etablieren und nahm an wichtigen Missionen im Kosovo, Irak und Afghanistan [teil](#).

Für den Westbalkan bringt Šekerinskas neues Amt auch die unerwartete Gelegenheit, die Politik der NATO im Inneren des Verteidigungsbündnisses mitzubestimmen und für Lösungen zu werben, die den einzigartigen Herausforderungen und Zielen der Region gerecht werden. Die Herausforderungen, die von der Abwehr hybrider Bedrohungen bis zum Umgang mit Einflussnahmen von außen reichen, überschneiden sich in vielen Teilen mit den allgemeinen strategischen Anliegen der NATO. Mit Šekerinska bekommt die Allianz eine Führungspersönlichkeit, die die Perspektiven der Westbalkanländer versteht und für Lösungen werben kann, die sowohl der Region als auch der gesamten atlantischen Gemeinschaft nutzen werden.

Der Westbalkan bleibt weiterhin zersplittert und steht zugleich vor großen Herausforderungen, wie den Spannungen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina und den ungleichmäßigen Fortschritten hin zur euro-atlantischen Integration. Die Ernennung Šekerinskas kann nun als Symbol der Einigung gelten und zeigen, dass auch Politikerinnen und Politiker aus dieser Region Spitzenposten in internationalen Institutionen bekleiden können, wenn sie auf pragmatische, reformorientierte Politik setzen, was sie in verschiedenen Ämtern in Nordmazedonien bereits unter Beweis gestellt hat.

Vor allem dank ihrer Erfahrungen bei der Verhandlung entscheidender Abkommen, wie des Prespa-Vertrags mit Griechenland, kann Radmila Šekerinska als Vorbild für die Zusammenarbeit in der Region dienen. Da sie die Fähigkeit besitzt, auch langjährige historische Hindernisse zu überwinden, kann sie andere Länder des Westbalkans inspirieren, ebenfalls auf Versöhnung und Zusammenarbeit zu setzen, und ihre Beziehungen untereinander und innerhalb des Nordatlantikpakts zu verbessern.

Die Länder des Westbalkans haben in den vergangenen fast drei Jahren sehr [unterschiedlich](#) auf Russlands Versuche reagiert, seinen westlichen Nachbarn unter Kontrolle zu bringen. Während führende Politikerinnen und Politiker in Ländern wie Kroatien und Nordmazedonien den russischen Einmarsch verurteilten, pflegt Serbien, die größte Volkswirtschaft der Region, weiterhin ein freundschaftliches Verhältnis zu Russland. Diese Divergenz verdeutlicht das bestehende Ungleichgewicht auf dem Westbalkan, sowohl in der Wahrnehmung der Situation in der Ukraine als auch in den entsprechenden politischen Reaktionen.

Der Westbalkan galt oft als Schwachstelle Europas.

Deshalb hat Šekerinskas Ernennung auch über den Westbalkan hinaus Gewicht, vor allem für die Ukraine. Nordmazedonien ist einer der verlässlichsten Unterstützer Kiews in der Region, sandte Militärhilfe und schloss sich der solidarischen Haltung der NATO gegen die russische Aggression an. Pro Kopf gerechnet, zählt Nordmazedonien zu den [vier](#) NATO-Ländern, die die Ukraine am stärksten militärisch unterstützten. Trotz seiner geringen Größe schickte das Land 30 Panzer vom Typ T-72, zwölf Mi-24-Kampfhubschrauber, vier Su-25-Kampfflugzeuge sowie Munition und weitere wichtige Ausrüstung.

Jetzt kann Šekerinska in ihrem neuen Amt diese Hilfen noch ausweiten und die Grundlagen für eine besser koordinierte Unterstützung der Ukraine durch den Westbalkan schaffen. Für die NATO ist dies ein klares Zeichen, dass auch kleine Verbündete großen Einfluss nehmen können. Die Entscheidung ist zugleich eine wichtige Botschaft an Kiew: Die Unterstützung der NATO reicht über ihre Mitgliedstaaten hinaus, und auch kleine Länder können in dieser Gemeinschaftsanstrengung eine wichtige Rolle spielen.

Der Westbalkan galt oft als Schwachstelle Europas, weil die Region von zahlreichen inneren Rissen durchzogen und für äußere Einflussnahme anfällig ist, vor allem für russische Propaganda. Die Berufung einer Vertreterin der Region an die Spitze der NATO-Hierarchie widerlegt dieses Narrativ und beweist, dass der Westbalkan auch Führungspersönlichkeiten hervorbringt, die wesentliche Beiträge zur globalen Sicherheit leisten können. Sie zeigt auch, was die Länder des Westbalkans erreichen können, wenn sie Reformen angehen und sich den transatlantischen Werten anschließen. Zugleich ist diese Ernennung ein Zeichen dafür, dass die Region nicht länger am Rande mitspielt, sondern fortan als strategischer Partner betrachtet wird.

Das bietet den Ländern des Westbalkans die Gelegenheit, ihre Rolle in der Sicherheitslandschaft Europas und der Welt neu zu definieren und mehr Einfluss zu nehmen. Die NATO wiederum gewinnt eine erfahrene Politikerin, die unter Beweis gestellt hat, dass sie Übereinkommen erzielen und Ergebnisse liefern kann.

Für die Ukraine bedeutet Šekerinskas Ernennung, dass die Einigkeit der NATO durch Beiträge aller Mitgliedstaaten gestärkt wird, unabhängig von deren Größe oder geografischer Lage. Ihre Amtsübernahme markiert eine Wende – nicht nur für sie und Nordmazedonien, sondern für den gesamten Westbalkan. Sie zeigt, dass die Region jetzt bereit ist, auf internationalem Parkett aufzutreten.

Aus dem Englischen von Sabine Jainski



Bojan Stojkovski, Skopje

Bojan Stojkovski ist freiberuflicher Journalist mit Sitz in Skopje, Nordmazedonien.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/nicht-laenger-am-rande-8000/?utm_campaign=de_40_20250102&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

01) Raus aus dem Dämmer Schlaf. Die neue Kommission eröffnet nach Jahren der Stagnation die Chance, den EU-Beitrittsprozess voranzutreiben

Von Marco Schwarz

Europäische Integration 16.12.2024



Sehnsuchtsort EU? Findet man zumindest in Albanien.-. *picture alliance/Hans Lucas/Nangka Press*

Nachdem die europäische Erweiterungspolitik lange eingeschlafen war, verspricht die Wahl der neuen Kommission nun einen Hoffnungsschimmer für eine Vergrößerung der EU in den nächsten Jahren. Das bereits im Sommer gewählte Europäische Parlament und die neue Kommission haben jetzt die Chance, die Erweiterung der EU aktiv voranzutreiben und die (insbesondere vom Europäischen Rat begangenen) Fehler der Vergangenheit wiedergutzumachen.

Es liegt auf der Hand, dass die Aufnahme weiterer Staaten in Osteuropa und auf dem Balkan im Interesse der Union liegt und beide Seiten daraus Vorteile ziehen könnten. Sicherheitspolitisch, ökonomisch und auch geopolitisch spricht vieles für eine baldige Vergrößerung der EU. Die ehemaligen Staaten Jugoslawiens und Albanien sind quasi von der EU umzingelt, drei davon bereits Mitglieder der NATO. Die Ukraine und Moldau grenzen an Mitgliedstaaten der Union und haben sich mehrheitlich für einen Beitritt entschieden. Die Erweiterungsgespräche und die damit einhergehende Anpassung an das europäische Rechtssystem sorgen auch für einen gesellschaftlichen und politischen Wandel in den Kandidatenländern und damit für die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Damit das europäische Integrationsprojekt nicht scheitert, muss die Erweiterungspolitik wiederbelebt und zu einer echten Priorität gemacht werden.

Mit der Wahl der [Slowenin Marta Kos](#) zur Erweiterungskommissarin setzt die Kommission jedenfalls das richtige Zeichen für mehr Glaubwürdigkeit und mehr politische Verantwortung. Sie gilt als zielstrebig und durchsetzungsstark und genießt Unterstützung sowohl aus dem liberalen als auch konservativen und sozialdemokratischen Lager. Dies

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

steht in keinem Vergleich zu ihrem Vorgänger Oliver Várhelyi, der durch die Bevorzugung Serbiens und seiner Nähe zum ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán das Vertrauen des Europäischen Parlaments und vieler Mitgliedstaaten rasch verspielt hatte.

Kos' Generaldirektion soll sich künftig hauptsächlich um die zehn Kandidatenländer kümmern und nicht mehr wie zuvor zusätzlich auch noch um die europäische Nachbarschaftspolitik. Damit herrscht mehr Klarheit in der Aufgabenverteilung innerhalb der Kommission, und die Erweiterungspolitik bekommt ihre zentrale Rolle zurück. Wenn nun auch noch die notwendigen finanziellen Mittel im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2028–2034) für Erweiterungen bereitgestellt werden, ist eine solche Fokussierung sicherlich zu begrüßen. Der sechs Milliarden Euro schwere „[Wachstumsplan](#)“ für den Westbalkan und die vorgesehenen 50 Milliarden Euro für die „[Ukraine-Fazilität](#)“ zur Unterstützung der Beitrittskandidaten auf dem langen Weg in die EU sollten erst ein Anfang sein und bedürfen weiterer finanzieller Hilfen.

Im Gegensatz zum Europaparlament zeigte man sich in den Hauptstädten der EU in der letzten Dekade eher erweiterungsmüde.

Hierbei sind die EU-Mitgliedstaaten gefragt, welche darüber mitentscheiden, wie sehr die Kommission am Ende den Beitrittskandidaten unter die Arme greifen kann. Im Gegensatz zum Europaparlament hat man sich in den Hauptstädten der EU in der letzten Dekade eher erweiterungsmüde und teilweise auch erweiterungsskeptisch gezeigt. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte bei der Amtsübernahme 2014 gar verkündet, „[bei der Erweiterung eine Pause einlegen](#)“ zu wollen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron setzte sich bislang lieber für eine Vertiefung als für eine Erweiterung der Union ein und blockierte Kandidatenländer. 2019 machte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dann den Bock zum Gärtner, indem sie Ungarn mit dem Erweiterungsportfolio betraute und die Unterstützung für Demokratie und rechtsstaatliche Entwicklung in der europäischen Nachbarschaft ausgerechnet in die Hände derjenigen Regierung legte, gegen die bereits zahlreiche Verfahren wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit liefen.

Auch wenn die Erweiterung der EU eine der „[obersten Prioritäten der neuen Kommission](#)“ bleiben soll, wie es deren Präsidentin von der Leyen bei der kürzlich erfolgten Vorstellung der Berichte zu den Kandidatenländern ausgedrückt hat, so ist es für die meisten Kandidaten noch ein sehr langer Weg nach Brüssel. Die früher „Fortschrittsberichte“ genannten Analysen der Kommission dokumentieren zum einen zwar die Verbesserungen und Reformbemühungen der Kandidaten, zeigen zum anderen aber vor allem die großen Defizite und teilweisen Rückschritte der Erweiterungskandidaten hinsichtlich ihrer demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung auf.

Die [Kopenhagener Kriterien](#), welche eine funktionierende demokratische Ordnung und Marktwirtschaft sowie die Übernahme aller europarechtlichen Verpflichtungen erfordern, stellen dabei seit mehr als 30 Jahren die Messlatte dar. Allerdings sind die derzeit zehn Beitrittskandidaten (unterschiedlich) weit davon entfernt, diese Kriterien zu erfüllen. Die europäischen Werte wie insbesondere Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte sind in einigen EU-Mitgliedstaaten defizitär. So lassen beispielsweise die Korruptionsbekämpfung wie auch die Unabhängigkeit der Justiz in einigen Ländern zu wünschen übrig.

Gerade weil es aber auch in Mitgliedstaaten der EU zu einem Abbau rechtsstaatlicher Standards und demokratischer Gepflogenheiten gekommen ist, wurde die Messlatte für

Seite E 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

neue Mitglieder immer höher gelegt und die Kopenhagener Kriterien werden heutzutage schärfer ausgelegt als bei früheren Erweiterungsrounden. So ist es kein Wunder, dass die letzte große Erweiterungsrounde vor 20 Jahren stattgefunden hat und nach Kroatien, im Jahr 2013, kein weiteres Land mehr der EU beigetreten ist.

In Brüssel und den EU-Hauptstädten ist man sich der dringlichen und gefährlichen Lage durchaus bewusst.

Unerfreulicherweise hat erst der russische Überfall auf die Ukraine 2022 dafür gesorgt, dass auch in die europäische Erweiterungspolitik neuer Schwung eingekehrt ist. Nachdem die Ukraine, Moldau und Georgien Beitrittsanträge gestellt hatten, ging es auch für die Balkanstaaten vorwärts und die EU führt nun de facto Beitrittsgespräche mit sechs Ländern. Auch wenn sich diese Verhandlungen erfahrungsgemäß noch lange hinziehen werden und die Gefahr weiterer Blockaden durch einzelne EU-Mitgliedstaaten bestehen bleibt, hat sich seit dem russischen Angriffskrieg die geopolitische Seite der EU deutlich verstärkt. In Brüssel und den EU-Hauptstädten ist man sich der dringlichen und gefährlichen Lage durchaus bewusst und die „Geostrategen“ ringen mit den „Reformern“ darüber, wie man die EU gleichzeitig erweitern und reformieren sowie vertiefen kann. Dass beides Hand in Hand gehen muss, ist das Gebot der Stunde.

Um in der Lage zu sein, neue Staaten aufzunehmen, sollten die EU-Entscheidungsprozesse reformiert und die Einstimmigkeit im Rat in möglichst vielen Feldern sukzessive in [Mehrheitsentscheidungen](#) überführt werden. Dies wird vor allem für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, unter anderem von Deutschland und Slowenien, gefordert. Auch die Anzahl der Kommissionsmitglieder und ihre Zuständigkeiten sowie weitere Kompetenzen wie Energieversorgung und Gesundheitsfürsorge der EU gehören auf den Prüfstand.

Gleichzeitig sollten neue Wege der EU-Integration beschritten werden und eine allmähliche Integration in verschiedene europäische Programme und vor allem den [Binnenmarkt](#) sollte bereits vor einer Vollmitgliedschaft möglich gemacht werden. Die zahlreichen Ideen einer [stufenweisen Integration](#) müssen nun von der EU mit Leben gefüllt und konsequent umgesetzt werden. Auch wenn das Ziel einer vollständigen EU-Mitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten nicht aus dem Auge verloren werden darf, bietet ein phasenweiser Beitritt etwa in den [Eurozahlungsraum](#) SEPA oder die Abschaffung der Roaming-Gebühren die Chance auf eine schnellere Annäherung an EU-Standards und mehr Finanzbeihilfen, freilich ohne dabei Abstriche bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu machen.

Eine zügigere Öffnung von Verhandlungskapiteln wäre ebenfalls angebracht, wobei bilaterale Konflikte zwischen alten und künftigen Mitgliedstaaten Fortschritte auf dem Weg in die EU nicht immer wieder behindern dürfen und vom Europäischen Rat abgeräumt werden sollten. Eine solche Instrumentalisierung der europäischen Erweiterungspolitik muss ein Ende finden, am besten durch die Abschaffung der nationalen Vetos in den einzelnen Verhandlungsphasen. Einstimmigkeit im Rat sollte nur zur Eröffnung und zum Abschluss der Beitrittsgespräche beibehalten werden.

Derzeit sind insbesondere Montenegro und Albanien auf einem guten Kurs.

Gleichzeitig gilt es auch, bilaterale Konflikte zwischen den Kandidatenländern endlich einer Lösung zuzuführen und das Verhältnis zwischen Serbien und Kosovo zu normalisieren. Ohne ein stärkeres Engagement der EU-Mitgliedstaaten wird dies nicht gelingen, vor allem dann nicht, sollte die neue Trump-Administration in den USA erneut versuchen, Öl ins Feuer zu gießen, und die [Pläne für einen Gebietstausch](#) zwischen Belgrad und Pristina wieder aus der Schublade holen.

Seite E 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Derzeit sind insbesondere Montenegro und Albanien auf einem guten Kurs und die europäischen Sozialdemokraten sehen [Chancen auf einen Beitritt](#) der beiden Länder in den nächsten Jahren. Die Aufnahme von Ländern des westlichen Balkans würde endlich das mehr als 20 Jahre alte „[Versprechen des Europäischen Rats von Thessaloniki](#)“, demgemäß die Zukunft des Balkans in der EU liege, erfüllen und darüber hinaus ein wichtiges Signal senden, dass eine Erweiterung der EU weiterhin möglich ist. Die progressiven Kräfte im Europäischen Parlament und in der Kommission sind daher aufgerufen, die Erweiterungspolitik auf der Tagesordnung zu halten und sich trotz eines Rechtsrutschs in den Institutionen nicht davon abbringen zu lassen, für eine Vertiefung und eine Vergrößerung der EU zu kämpfen.

Am Ende kommt es allerdings auf die Regierungen und politischen Eliten sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in den Kandidatenländern an. Nur wenn beide Seiten ernsthafte Reformen anstreben und auch tatsächlich umsetzen, wird sich die EU in den kommenden Jahren vertiefen und erweitern können. Es ist an der Zeit, den Dämmerschlaf abzuschütteln und die notwendigen Reformen endlich anzupacken.



Marco Schwarz, Brüssel

Marco Schwarz arbeitet seit 2015 als Referent für Demokratie und EU-Erweiterung für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Zuvor war er für die Europa-Union Deutschland in Berlin tätig. Er studierte Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/raus-aus-dem-daemmerschlaf-7969/?utm_campaign=de_40_20241217&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Die Kuh ist vom Eis. Nach 25 Jahren Verhandlung steht das EU-Mercosur-Abkommen. Der Durchbruch nach Trumps Wahl ist kein Zufall – geopolitisch steht viel auf dem Spiel

Von Dörte Wollrad & Viviana Barreto

10.12.2024



Marktöffnung: Rindfleisch aus Argentinien wird in der EU deutlich günstiger.- *picture alliance/Westend61/Arist von S.*

Im Jahr 1999 begannen die Verhandlungen für ein biregionales Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, das auf drei Säulen basierte: politischer Dialog, Zusammenarbeit und Handel. Das Abkommen, das 20 Jahre später schließlich als „politisches“ Abkommen unterzeichnet wurde, bezog sich jedoch fast ausschließlich auf den Handel. Als Gegenleistung für eine Marktöffnung erhielten die Mercosur-Länder lediglich zugesicherte Importquoten. Widerstände in Europa, vor allem aus der Landwirtschaft sowie klimapolitische Bedenken, führten jedoch schließlich zu Nachverhandlungen.

Während dieser sechs Verhandlungsrunden änderten sich die globalen Rahmenbedingungen erheblich. Die EU wurde zunehmend mit den Abhängigkeiten konfrontiert, die sich in Zeiten der Globalisierung entwickelt hatten, insbesondere in den Bereichen Energie (Russland), Sicherheit (USA/NATO) und Technologie (China). Angesichts dieser Herausforderungen sucht die EU nun verstärkt nach Autonomie und versucht, sich als *middle power* in einer zunehmend polarisierten geopolitischen Welt neu zu positionieren. In diesem Kontext rückte Lateinamerika wieder in den Fokus – als rohstoffreicher Subkontinent, der über das Gros der weltweiten Lithiumvorhaben zur Batterieproduktion verfügt und von seltenen Erden bis zu erneuerbarer Energie zur Produktion von grünem Wasserstoff viel zu bieten hat. Selbst kulturelle Wurzeln wurden bei der Fachkräftesuche neu entdeckt, denn Integration ist einfacher, wenn es in puncto Werte und Religion Übereinstimmungen gibt.

Lateinamerika erfuhr so ungewohnte Beachtung und dies nicht nur seitens der EU, sondern auch aus China und den USA. Man gewann neues Selbstbewusstsein, wobei Brasilien – als Filetstück aller Kooperationsbemühungen – seit dem Amtsantritt von Präsident Lula da Silva deutlich den Ton angibt. Ihm ist es nun gelungen, das am längsten verhandelte Abkommen der Welt abzuschließen, womit er seine globale und regionale Führungsrolle unterstreicht.

Seite E 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Darüber hinaus kann der Abschluss als ein Mittel gesehen werden, den Zusammenhalt des regionalen Blocks zu sichern, insbesondere angesichts der Rückzugsdrohungen des argentinischen Präsidenten Javier Milei. Und schließlich wurde der Behauptung entgegengetreten, der Mercosur sei unfähig, die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen, was seine Glaubwürdigkeit untergrub.

Das Abkommen, das pünktlich zum Nikolaustag unterzeichnet wurde, bleibt jedoch weiterhin in Teilen undurchsichtig. Forderungen nach mehr Transparenz und Partizipation wurden offenbar nicht erfüllt. Nach Angaben der brasilianischen Regierung sind die Inhalte aller Kapitel vollständig ausgehandelt und vereinbart. Der Vertragstext wird derzeit juristisch überarbeitet und übersetzt und geht dann in die Ratifizierung.

Bekannt ist, dass das Angebot der Europäischen Union zur Handelsöffnung für Waren im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Abkommen von 2019 bleibt. Der Marktzugang für zentrale Mercosur-Exportgüter wurde nicht erweitert. Produkte wie Fleisch, Reis, Zucker, Honig, Ethanol und Orangensaft unterliegen weiterhin Importquoten. Dies kann demnach nicht der ausschlaggebende Grund für die überraschende Einigung gewesen sein. Vereinbarungen über das, was die Lula-Regierung das „Brasilia-Paket“ nennt, waren eher der Schlüssel dazu. In diesem Zusammenhang sind drei wesentliche Neuerungen hervorzuheben:

Umweltschutzaufgaben des von der EU 2023 vorgelegten Zusatzprotokolls wurden gestrichen.

Erstens: Das Handelskapitel „Handel und nachhaltige Entwicklung“ wurde geändert. Die Umweltschutzaufgaben des von der EU 2023 vorgelegten Zusatzprotokolls wurden gestrichen und auf die Forderung nach Einhaltung bestehender internationaler Verpflichtungen beschränkt, wie des Pariser Abkommens und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt. Eingeführt wurde der Begriff der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung, ebenso wie die Verpflichtung, dass umweltpolitische Maßnahmen keine unnötigen Handelshemmnisse darstellen dürfen. Was Umweltschützer beunruhigt, stellt für Brasilien einen Punktsieg dar. Denn viele Importeinschränkungen des Zusatzprotokolls waren als „grüner Protektionismus“ kritisiert worden. Wer Glyphosat exportiere, solle nicht die alleinige Hoheit über Umweltzertifizierungen haben. Die Mercosur-Länder zertifizieren nun souverän und unter Einhaltung von gemeinsamen geltenden Umweltvorschriften in der Produktion. Auch mit der Vereinbarung über „nachhaltige Wertschöpfungsketten für die Energiewende“ wurde Neuland betreten. Sie sieht die Möglichkeit vor, den Export kritischer Mineralien für die Energiewende einzuschränken mit dem Ziel, die Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen. Damit setzt der Mercosur ein Zeichen, nicht nur Rohstoffexporteur sein zu wollen, sondern das Anrecht auf Entwicklung, Beschäftigung und (Re-)Industrialisierung einzufordern.

Zweitens: Der Schutz des Automobilsektors des Mercosur wurde im Vergleich zu den 2019 ausgehandelten Bestimmungen erhöht. Die Fristen für die Handelsliberalisierung werden von 15 auf 18 bis 30 Jahre verlängert, abhängig vom Innovationsgrad der Fahrzeuge. Zudem erlaubt eine neue Klausel, zollfreie Einfuhren für bis zu fünf Jahre ohne Entschädigung auszusetzen, falls sie den Absatz der lokalen Automobilindustrie beeinträchtigen. Hierbei steht der Schutz von Arbeitsplätzen im Vordergrund. Zudem wurde ein noch nie dagewesenes Kapitel eingeführt, das Regelungen für Kompensationen bei gewährten Zugeständnissen vorsieht. Dies betrifft Fälle, in denen etwa Subventionen den Wettbewerb verzerren und den Gewinn einer Vertragspartei mindern. Ein Schiedsverfahren soll über das Ausmaß der Beeinträchtigung sowie geeignete Maßnahmen zur Abhilfe entscheiden.

Drittens: Eine weitere wesentliche Neuerung betrifft die Lockerung der Anforderungen im öffentlichen Beschaffungswesen. Insbesondere im Falle Brasiliens wird damit die Möglichkeit geschaffen, staatliche Aufträge gezielt zur Förderung der nationalen Industrie, von Klein- und Mittelunternehmen, der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie für technologische Innovationen einzusetzen. Darüber hinaus ist das öffentliche Beschaffungswesen im Gesundheitssektor besonders geschützt.

Die Bewertung dieser Entwicklungen ist aufgrund der unvollständigen Informationslage schwierig. So ist beispielsweise das ursprüngliche Marktzugangsangebot des Mercosur nicht bekannt und wird vermutlich auch nie offengelegt werden. Auf der anderen Seite blieb die EU strikt bei ihrem Angebot zur Handelsöffnung und wich in dieser Hinsicht keinen Millimeter ab. Gleichzeitig zeigte sie jedoch Bereitschaft, von Umweltauflagen zurückzutreten und den Mercosur-Staaten Spielraum für Industriepolitik im Automobilsektor und im öffentlichen Beschaffungswesen einzuräumen.

China hat sich in der Region als führender Handelspartner, bedeutender Kreditgeber und Investor etabliert.

Wie sich diese Vorteile für den Mercosur auswirken werden, ist unklar. In der langen Geschichte der Verhandlungen agierte der Mercosur immer auf der Grundlage der Summe nationaler Interessen. Sollte dieses Abkommen tatsächlich einen Wendepunkt markieren, dann möglicherweise in der Hinwendung zu einer stärkeren regionalen Politikgestaltung. Dies könnte die Grundlage schaffen, die Vorteile des Abkommens optimal zu nutzen und die vielfältigen Auswirkungen gemeinsam zu bewältigen.

Sollte jedoch keine Einigung innerhalb des Mercosur erzielt werden, droht ein anderes Szenario. Da es innerhalb des Blocks keine supranationale Entscheidungsstruktur gibt, könnte ein vorläufiges Inkrafttreten des Abkommens – zwischen der EU und einzelnen Mercosur-Staaten, die es ratifizieren – zu einer Spaltung des regionalen Marktes führen. Dieses Risiko unterstreicht die Bedeutung einer geschlossenen und koordinierten Vorgehensweise innerhalb des Mercosur.

Warum war die EU bereit, Zugeständnisse zu machen? Die geopolitischen Rahmenbedingungen lassen immer weniger Spielraum. China hat sich in der Region als führender Handelspartner, bedeutender Kreditgeber und Investor etabliert. Peking lieferte – ebenso wie Russland – Covid-Impfstoffe, als Europa dies nicht tat, und baut seine „Neue Seidenstraße“ in Form von Häfen und Bahntrassen weiter aus. Gleichzeitig werfen die möglichen Folgen einer zweiten Amtszeit von Donald Trump, einschließlich eines drohenden Handelskriegs, ihre Schatten voraus. Angesichts dieser Entwicklungen war es für Europa an der Zeit, ein starkes Zeichen zu setzen – auch gegen nationalistischen Widerstand innerhalb der EU.

Mit dem Abkommen eröffnet sich die EU den Zugang zu einem 260 Millionen Einwohner umfassenden Markt. Dass Bolivien – ein Land, das über 21 Prozent der weltweiten Lithiumvorkommen verfügt – dieses Jahr Vollmitglied des Mercosur wurde, dürfte zudem motiviert haben. Das Abkommen kann als erster wichtiger Schritt in Richtung einer echten Partnerschaft mit einer Region gesehen werden, die mit der EU Werte wie Demokratie und Multilateralismus teilt. Es könnte den Beginn einer Neuausrichtung markieren – weg vom rein handelspolitischen Fokus, hin zu einer umfassenderen Assoziierung, die auf den Säulen von Dialog, Kooperation und einer Partnerschaft auf Augenhöhe basiert. Ein Anfang ist gemacht.



Dörte Wollrad, Montevideo

Dörte Wollrad leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Uruguay. Zuvor war sie u.a. Leiterin des Büros in Argentinien und Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik der Stiftung in Berlin.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/die-kuh-ist-vom-eis-7975/?utm_campaign=de_40_20241210&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 53 – E 75)

01) Energiebarometer**paperpress**

Nr. 633-05

8. Januar 2025

50. Jahrgang

Energiebarometer

Der Klimawandel ist für eine Mehrzahl der Menschen in Deutschland nicht nur eine abstrakte Bedrohung. Er bestätigt sich auch in persönlichen Alltagserfahrungen, worauf viele Menschen mit konkreten Verhaltensanpassungen reagieren. Das geht aus dem aktuellen Energiebarometer von **Vattenfall** hervor, einer repräsentativen Umfrage von Statista im Auftrag von Vattenfall unter 1.000 Befragten.



„Die Befragung unterstreicht: Viele Menschen spüren den Klimawandel bereits am eigenen Leib und sind motiviert, auf unterschiedliche Weise fossilfrei zu leben, sich fortzubewegen oder den eigenen Konsum klimabewusst zu gestalten“, betont **Robert Zurawski**, Finanzchef von

Vattenfall in Deutschland. „Das bestätigt unser Ziel, unseren Kunden über nachhaltige Produkte und Dienstleistungen Wege und konkrete Lösungen für ein fossilfreies Leben aufzuzeigen.“

Den Zahlen zufolge geben 56 Prozent der Befragten an, den Klimawandel bereits in Form steigender Temperaturen im Alltag zu erleben. 55 Prozent erkennen extremere Wetterereignisse. Zudem beobachten 39 Prozent Veränderungen in der Tier- und Pflanzenwelt und 38 Prozent eine Zunahme von Flutereignissen. Lediglich 17 Prozent der Befragten geben an, überhaupt keine Auswirkungen des Klimawandels im persönlichen Lebensalltag festzustellen.

„Die Menschen spüren: Der Klimawandel ist kein fernes Zukunftsphänomen mehr; er findet hier und heute statt – genauso wie die grüne Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft“, fasst Zurawski die Zahlen zusammen und fügt hinzu: „Es ist ermutigend zu sehen, dass ein Großteil der Menschen mit gutem Beispiel vorangeht.“ Ein klimafreundlicher Lebenswandel ist für 79 Prozent der Befragten wichtig, für 21 Prozent nicht wichtig.

Dies äußert sich beispielsweise bei der Einstellung zum Essen, wobei 64 Prozent der Befragten angeben, Mahlzeiten zu planen, um Essensreste zu vermeiden. Zudem legen Menschen Wert auf saisonale (53 Prozent) und regionale (51 Prozent) Produkte sowie klimafreundliche Verpackungen (41 Prozent).

Auch beim Einkaufen genießen umweltschonende Verpackungen (71 Prozent) sowie weniger Rückgaben beim Onlineshopping (69 Prozent) hohe Priorität. Beim Thema Kleidung geben 49 Prozent an, insgesamt weniger zu konsumieren und weniger zu kaufen. 39 Prozent reparieren Kleidungsstücke, 37 Prozent setzen auf höherwertige Qualität und Langlebigkeit. Ähnliches gilt für technische Geräte: Hier sagen 45 Prozent, dass sie deren Lebensdauer durch Reparaturen oder Upgrades erhöhen. Insgesamt stimmen 78 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass konkrete Handlungen jedes Einzelnen erforderlich sind, um das Klima zu schützen.

Weniger ausgeprägt ist das Umweltbewusstsein dagegen beim Transport. Hier genießen die Faktoren Zeit (83 Prozent), Flexibilität (82 Prozent) sowie Kosten (81 Prozent) und Sicherheit (77 Prozent) bei den Menschen höhere Priorität als der Umweltschutz (65 Prozent). „Grundsätzlich haben viele Menschen verstanden, dass die Energiewende nicht nur durch gesetzliche Vorschriften oder gar von alleine passiert“, so Zurawski. „Die grüne Transformation ist der größte Umbruch unserer Gesellschaft seit der industriellen Revolution. Sie ist darauf angewiesen, dass Verbraucher, Haushalte und Unternehmen sie aktiv mitgestalten. Auch wir bei Vattenfall möchten daher nicht nur unsere eigene Stromerzeugung und unsere Energiedienstleistungen dekarbonisieren, sondern ganze Wertschöpfungsketten.“

So bietet Vattenfall einfache und wirksame Lösungen für die Energiewende zu Hause an wie beispielsweise Wärmepumpen, PV-Anlagen, Batteriespeicher oder Wallboxen. Aber auch Angebote für Menschen, die zur Miete wohnen wie Balkonsolar oder smarte Thermostate zum Energiesparen. „Das hilft nicht nur den eigenen CO₂-Fußabdruck zu optimieren, sondern schont auch die Haushaltskasse“, so Zurawski. „Denn Investitionen in CO₂-sparende Maßnahmen haben auch einen echten finanziellen Mehrwert für Verbraucher.“

Die Auswirkungen aller Anstrengungen für ein fossilfreies Leben sind, global gesehen, naturgemäß unklar: Immerhin die Hälfte der Befragten in Deutschland, 52 Prozent, ist jedoch zuversichtlich, dass das Handeln der Politik und jedes Einzelnen am Ende dazu führt, den Anstieg der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen – wobei jüngere Menschen zwischen 18-35 Jahren hier etwas optimistischer sind (57 Prozent) als ältere Menschen ab 51 Jahren (45 Prozent).

Quelle: Vattenfall
Die Veröffentlichung ist keine Werbeanzeige

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kruff – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 13083 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIERES Druckcenter www.pieres.de

paperpress-erscheint wöchentlicher – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

02) „Alle Probleme sind lösbar!“ Von Ed Koch

paperpress

Nr. 633-04

7. Januar 2025

50. Jahrgang

„Alle Probleme sind lösbar!“

Im Wahlkreisbüro von **Michael Müller** in der Bleibtreustraße war kein Platz mehr frei, kein Sitzplatz und auch kein Stehplatz. Im Rahmen seiner Dialogveranstaltung „Klingbeil im Gespräch“ erklärte der SPD-Vorsitzende **Lars Klingbeil** die sozialdemokratische Welt, die sich doch in vielen Bereichen deutlich von der christdemokratischen der Union aus CDU und CSU unterscheidet.



Unter den Gästen waren auch viele Journalisten, denn, im Wahlkampf weiß man ja nie, ob nicht irgendein Satz fällt, den man zuvor noch nicht gehört hat und der sich für eine Schlagzeile eignet. „Alle Probleme sind lösbar“, beruhigte Klingbeil angesichts der sich häufenden Unwägbarkeiten. „Die AfD lebt nur von schlechter Laune.“, und diese zu verbessern wird die zentrale Botschaft im Wahlkampf sein. Die Deutschen, meine ich, denen es manchmal, so scheint es, zu gut geht, wenn sie Millionen Euro für Silvesterfeuerwerk verbrennen, sind gut geübt im Jammern auf hohem Niveau.

Es ist ja keineswegs so, dass die Sozialdemokraten in der Ampel nichts auf die Reihe bekommen hätten, „Mehr Netto für Beschäftigte und Familien“, „Mehr Bafög für jung Menschen“, „Höherer Mindestlohn“, „Mehr Wohngeld für mehr Menschen“, „Deutliche Rentenerhöhungen“ und vieles mehr. Dahinter muss man sich nicht verstecken.

Viel Applaus bekam Klingbeil, als er sagte, dass er mit seinem Auftritt bei Müller diesen unterstützen wolle, damit der wieder in den Bundestag einziehen könne. Verhaltenes Höflichkeitsklatschen gab es allerdings nur bei dem Satz, dass **Olaf Scholz** der richtige Kandidat für das Kanzleramt sei.

Nach der 90-minütigen Veranstaltung wusste man eigentlich nicht mehr als zuvor, was kein Vorwurf sein soll. Die Positionen sind bekannt und wer sich

für Politik interessiert, weiß, wen er am 23. Februar zu wählen hat. Bewundernswert ist der Optimismus, den Klingbeil zur Schau stellt, denn auch er kennt die Umfragewerte. Viele der anwesenden Parteimitglieder äußerten sich am Rande der Veranstaltung hinter vorgehaltener Hand nicht so optimistisch. Scholz halten nur wenige für den geeigneten Kandidaten, vermutlich gibt es nur einen im Land, der das glaubt, nämlich der amtierende Bundeskanzler selbst.

Gegenwärtig gibt es nur eine Option für eine belastbare Regierungsbildung, nämlich Schwarz-Rot. Bei 31,6 Prozent verharrt die Union, SPD, Grüne und AfD legen leicht zu, auf 16, 12,7 und 19,5 Prozent. Das BSW verliert 1,7 Punkte auf nun 6,3 und wird wohl kaum eine Rolle im nächsten Bundestag spielen, ebenso wie FDP mit derzeit vier und die Linke mit 3,2 Prozent. Im Gegensatz zur FDP hat die Linke mit ihren Silberlocken wenigstens die Chance, ein paar Direkt-Mandate zu holen.

Das kategorische Nein aus Bayern zu einer Regierungsbeteiligung der Grünen, verstehe wer will. Wird Deutschland von Bayern aus regiert? Für die SPD wäre es die beste Lösung, sich für eine bestimmte Zeit in der Opposition zu erholen. Das wird aber nicht geschehen, weil regieren immer mehr Spaß macht als zu opponieren.



Und schon gibt es Überlegungen, welche Ministerien für die SPD in Frage kämen. Die CSU legt wert auf das Landwirtschaftsministerium, und dabei sollte es auch bleiben. **Olaf Scholz** dürfte nach der Wahl im Schnürboden versinken. Der kommende Mann in der SPD heißt nicht **Boris Pistorius**,

sondern **Lars Klingbeil**. Er dürfte als Vizekanzler und Außenminister gesetzt sein. Abgesehen von **Hubertus Heil**, dem bewährten Sozial- und Arbeitsminister, und **Boris Pistorius**, nie war ein Verteidigungsminister so wichtig wie heute, wird es hoffentlich keiner aus der jetzigen SPD-Riege in eine neue Regierung schaffen.

Am 23. Februar, dem Wahltag, wird **Lars Klingbeil** 47 Jahre alt. Als SPD-Vorsitzender wird er wenig Grund zum Feiern haben, es könnte aber eine neue Zeit für ihn anbrechen, trotz Niederlage in Regierungsverantwortung zu kommen.

Ed Koch

1

03) Angeschlagenes Image. Die Migrationsdebatte in Deutschland wird in Marokko sehr genau beobachtet – und schreckt Fachkräfte ab

Von Manuel Gath & Anja Hoffmann

Demokratie und Gesellschaft 02.01.2025



Fachkräfte in Marokko: Der Weg nach Kanada ist oftmals kürzer als der in die EU.- *picture alliance / photothek | Ute Grabowsky*

Marokko ist für Deutschland in vielerlei Hinsicht ein wichtiger Partner: Ob Klimakooperation, ökonomische Entwicklung Afrikas, Energiewende, Terrorbekämpfung oder auch Migration, überall hat die Zusammenarbeit zwischen dem nordafrikanischen Königreich und der Bundesrepublik konkrete Fortschritte gemacht. Eine gute Zusammenarbeit, besonders im Bereich Fachkräftemigration, ist wiederum im zentralen Interesse Deutschlands. Denn in unserer alternden Gesellschaft fehlt es an allen Ecken und Enden an Arbeitskräften.

Die Vertrauensbasis für diese Zusammenarbeit wird durch die aktuelle hysterische Migrationsdebatte in Deutschland jedoch beschädigt, das angekratzte Image ziert mittlerweile tiefe Beulen. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist das Gefühl, Menschen aus Nordafrika würden pauschal als Terroristen beziehungsweise Terrorunterstützende stigmatisiert, eine Achillesferse – und der „Nafri“-Diskurs ist in Marokko noch nicht verziehen. Die deutsche Position im Nahostkonflikt war schon vor dem 7. Oktober 2023 in der Region schwer zu vermitteln. Das [internationale Ansehen in der arabischen Welt](#) ist jedoch seit dem darauf folgenden Krieg Israels in Gaza, gelinde gesagt, im freien Fall.

Deutschland befindet sich international in einem harten Konkurrenzkampf mit anderen Zielländern marokkanischer Arbeitskräftemigration.

Deutschland befindet sich international in einem harten Konkurrenzkampf mit anderen Zielländern marokkanischer Arbeitskräftemigration. Damit die Beschäftigung in den kommenden Jahrzehnten in etwa konstant bleibt, [braucht die Bundesrepublik eine Nettozuwanderung](#) von 400 000 Personen jährlich. [Ohne Zuwanderung würde die Zahl der Arbeitskräfte](#) in Deutschland bis 2040 um zehn Prozent sinken. Wir leisten uns eine zutiefst narzisstische Diskussion, in der Deutschland um sich selbst kreist und den Blick für sachorientierte Politik verliert. Wer Migrantinnen und Migranten statt der sozialen Probleme

als Grundlage für islamistische Radikalisierung bekämpft, der betreibt das Geschäft der Terroristen. Man sollte innehalten, wenn junge Menschen in Marokko den Aufstieg der AfD und die damit einhergehende Diskursverschiebung genauestens kennen und für sich bereits No-go-Areas in Deutschland definieren.

So sieht es auch die Journalistin Dounia Z. Mseffer, die Teil des [marokkanischen Netzwerks von Migrationsjournalisten](#) ist. Sie schreibt: „Der Angriff in Solingen ist ein tragisches Ereignis, das leider als Katalysator für eine Intensivierung der Migrationsdebatte in Deutschland und Europa gedient hat. (...) Die einwanderungsfeindliche Rhetorik, die Migrantinnen und Migranten systematisch mit Kriminalität und Gefahr in Verbindung bringt, schafft ein Klima der Angst und des Misstrauens, das eine zunehmend repressive Sicherheitspolitik zu rechtfertigen sucht und in ihrer Konsequenz Prekaritäten und Vulnerabilitäten verschärft.“ Dabei ist längst bekannt, dass soziale Probleme soziale Antworten brauchen. Die Sicherheitsspirale muss auch rein objektiv nicht immer weiter nach oben gesponnen werden. Der Rechtsstaat ist funktional, jetzige Gesetze sind, wenn mit den entsprechenden Exekutivmitteln hinterlegt, wirkungsvoll. Das [islamistische Gefährdungspotenzial in Deutschland](#) ist in den vergangenen Jahren stabil geblieben.

Auch der Ruf nach einem besseren Schutz der EU-Außengrenzen hält dem Faktencheck nicht stand: Die Gesamtzahl der irregulären Einreisen in die EU ist von 1,04 Millionen im Jahr 2015 auf [0,28 Millionen im Jahr 2023 gesunken](#). Die Bundespolizei zählte in den ersten sieben Monaten des Jahres 2024 rund 49 400 „unerlaubte Einreisen“ an den Grenzen. Das sind circa [zwölf Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum](#). Gefordert sind smarte Lösungen, die die Interessen beider Länder berücksichtigen. Die immer wieder in der unsäglichen Debatte angepriesenen Ankerzentren in Drittstaaten, so beispielsweise in Marokko, erfüllen diese Bedingung nicht, denn sie könnten wiederum für Marokko ein Pull-Faktor für innerafrikanische Migration sein. Damit wird also kein Problem gelöst, sondern lediglich geografisch verschoben.

Europa ist dabei, seine Werte und Glaubwürdigkeit zu verspielen.

Die Migrationsjournalistin Mseffer verweist zudem auf zu erwartende Menschenrechtsverletzungen: „Durch die Auslagerung des Asyl- und Migrationsmanagements versucht Europa, seine Verantwortung auf Drittländer abzuwälzen, in denen die Menschenrechte oftmals weniger oder gar nicht respektiert werden. Dadurch entstehen rechtsfreie Räume, in denen Migranten der Verletzung ihrer Grundrechte ausgesetzt sind.“ Es bleibt schleierhaft, wie sich diese Idee angesichts der breiten Ablehnung potenziell betroffener Länder in der Diskussion halten kann. Europa ist dabei, [seine Werte und Glaubwürdigkeit zu verspielen](#).

Die Migrationspartnerschaft, die Marokko und die Bundesrepublik Anfang 2024 beschlossen haben, hält zwar diesem holistischen Anspruch stand. Sie will zugleich legale Migrationswege ausbauen sowie Sicherheitsfragen effektiver partnerschaftlich bearbeiten.

Bisher ist es ihr jedoch weder gelungen, den entglittenen Diskurs in Deutschland zu rationalisieren, noch, den Imageschaden Deutschlands als Zielland in Marokko auszubügeln. Das liegt auch daran, dass das gewählte Format der mündlichen „partnerschaftlichen“ Absprachen in Arbeitsgruppen, statt eines ausgehandelten Abkommens, eine öffentliche Debatte über die strategischen Ziele einer sinnhaften Migrationspolitik umgeht. Dabei wäre die Debatte darüber, wie wir die so dringend benötigte Migration am besten steuern, bitter nötig.

Die aktuellen Abschreckungsmaßnahmen vergraulen vor allem diejenigen, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres sozio-ökonomischen Status auch andere Optionen als Europa haben.

Die aktuellen Abschreckungsmaßnahmen vergraulen vor allem diejenigen, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres sozio-ökonomischen Status auch andere Optionen als Europa haben. Spricht man mit Researchern „on the ground“, so entsteht aktuell der absurde Eindruck, als sei es vor allem für die hochqualifizierten Marokkanerinnen und Marokkaner einfacher, ein Visum für die USA oder Kanada als für den Schengenraum zu bekommen. Die marokkanische Mittel- und Oberschicht verfügt über akademische Abschlüsse aus nationalen, europäischen und internationalen Eliteuniversitäten, ihre Bildungsabschlüsse sind oftmals hochwertiger als die des deutschen öffentlichen Bildungssystems.

Kanada hat daher 2015 das *Express Entry*-System eingeführt, das bedürfnisorientierte Einwanderung nach einem Punktesystem evaluiert und fördert, und bei dem akademisch hochqualifizierte Einwanderungsinteressierte innerhalb von nur zwölf Monaten Antwort und eventuell den Aufenthaltstitel erhalten. Das hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Fachkräftemigration nach Deutschland. Denn es sind dann gerade die sehr gut ausgebildeten und aufgrund westlicher Bildung und Orientierung leichter integrierbaren Menschen, die sich von Europa abwenden.

Wenig deutet gleichzeitig darauf hin, dass die Repressionen an den europäischen Außengrenzen diejenigen abschrecken, die vor Krieg und Hunger fliehen und ohnehin wenig bis nichts zu verlieren haben. Die repressive Migrationspolitik der Europäer konterkariert also die notwendigen Zuwanderungsbemühungen gleich mehrfach. Ohne eine konsequente Verbesserung, Vereinfachung und Ausweitung legaler Migrationswege wird kein einziges Problem gelöst. Dafür brauchen wir nichts weniger als eine Willkommenskultur 2.0, oder einfacher ausgedrückt: Mehr Anstand, weniger Anstellen.



Manuel Gath, Rabat

Manuel Gath ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Marokko. Zuvor war er für das Themengebiet Europäische Integration im Referat Internationale Politikanalyse zuständig.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/angeschlagenes-image-8002/?utm_campaign=de_40_20250102&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Zweischneidiges Schwert. Der Bundestag debattiert ein AfD-Verbot, doch dies könnte die Radikalisierung fördern. Europas Erfahrungen mit Parteiverboten liefern wichtige Lehren

Von Nils Meyer-Ohlendorf

Demokratie und Gesellschaft 19.12.2024



Kundgebung der Kampagne „AfD-Verbot Jetzt!“ anlässlich der fraktionsübergreifenden Initiative für ein AfD-Verbotsverfahren. -picture alliance/epd-bild/Christian Ditsch

In Deutschland wird seit Monaten intensiv über ein Verbot der AfD diskutiert. Eine Gruppe von 113 Bundestagsabgeordneten aus nahezu allen Parteien hat kürzlich einen [Antrag eingebracht](#), um ein Verbotsverfahren einzuleiten. Der Bundestag soll das Bundesverfassungsgericht anrufen, um die Verfassungswidrigkeit der AfD feststellen zu lassen.

Wie gehen andere [Länder in Europa](#) mit Parteiverboten um? Obwohl es Unterschiede gibt, lassen sich fünf grundsätzliche Muster erkennen:

Erstens: In Europa sind Parteiverbote äußerst selten. Zwischen 1945 und 2024 haben die 46 Mitgliedstaaten des Europarats etwa [150 Parteiverbotsverfahren](#) durchgeführt – im Schnitt knapp zwei pro Jahr. Die meisten der verbotenen Parteien waren [klein](#) und hatten geringen Wählerzuspruch. Verbote größerer Parteien sind eine Ausnahme. Beispiele dafür sind das Verbot der Vorgängerparteien der AKP in der Türkei und der baskisch-nationalistischen Partei *Herri Batasuna* in Spanien.

Zweitens: Parteiverbote kommen in autoritären Staaten deutlich häufiger vor als in Demokratien. Russland führt mit Abstand die Statistik an: Zwischen 2007 und 2022 wurden dort 53 Parteien verboten – das entspricht mehr als einem Drittel aller Parteiverbote, die in den Mitgliedstaaten des Europarats bisher verhängt wurden. An zweiter Stelle folgt die Türkei mit 23 Parteiverboten. In Demokratien hingegen sind Parteiverbote [selten](#). Die Mehrheit der Europaratsmitglieder hat bislang keine Parteien verboten. Nur in Frankreich (13 Verbote) und Rumänien (neun Verbote) gab es relativ viele. Deutlich weniger Parteiverbote gab es in Spanien (vier), Italien (drei), den Niederlanden (drei), Belgien (drei),

Seite E 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Deutschland (zwei) und Österreich (zwei). In Norwegen, der Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Moldawien, Tschechien, Kroatien, Bulgarien, im Vereinigten Königreich und in Griechenland wurde jeweils nur eine Partei verboten.

Parteiverbote kommen in autoritären Staaten deutlich häufiger vor als in Demokratien.

Drittens: Parteiverbote gab es häufiger in Phasen des politischen Umbruchs oder in Ausnahmesituationen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden beispielsweise in den Niederlanden, Italien, Deutschland und Österreich faschistische Parteien verboten. Nach dem Zerfall der Sowjetunion trafen Parteiverbote die kommunistischen Parteien Lettlands, Litauens, Moldawiens und der Ukraine. In der Ukraine gab es nach dem russischen Überfall 2022 viele Parteiverbote, nämlich 17.

Viertens: Verbote betrafen Parteien aller Couleur, aber [vor allem Parteien](#), die den jeweiligen Staat in seiner Existenz infrage stellten und Gewalt befürworteten. Separatistische und nationalistische Parteien mit Verbindungen zu terroristischen Gruppen fallen etwa in diese Kategorie. [Beispiele](#) sind *Sinn Féin*, das im Vereinigten Königreich 1956 verboten wurde, oder *Herri Batasuna* und deren Nachfolgeparteien, die in Spanien 2003 verboten wurden.

Fünftens: Parteiverbote sind ein zweiseitiges Schwert. Sie können dazu beitragen, die Demokratie zu schützen, aber auch das Gegenteil bewirken. Das [Verbot der Herri Batasuna](#) trug beispielsweise zur Deeskalation des Konflikts im Baskenland bei und leistete einen wichtigen Beitrag zur Beendigung des ETA-Terrors. Demgegenüber wurde in der Türkei die AKP durch die Verbote ihrer Vorgängerparteien und das Verbotungsverfahren [gegen sie selbst gestärkt](#). Diese Verfahren waren für die AKP und ihre Anhänger Beweis, dass die türkische Justiz parteiisch und undemokratisch sei und in ihrem Sinne umgebaut werden müsse. Die [schwache Beweisführung](#) in diesen Verfahren hat die Demokratie in der Türkei zusätzlich geschwächt.

Diese Muster lassen sich nicht eins zu eins auf die Debatte um ein AfD-Verbot in Deutschland übertragen – zu groß sind die Unterschiede zwischen den Ländern –, aber es gibt Punkte, die auch für die deutsche Debatte wichtig sind.

Parteiverbote sind in Europa selten, insbesondere in den EU-Mitgliedstaaten. Sie betreffen noch seltener Parteien mit großem Wählerzuspruch. Parteiverbote sind in den EU-Mitgliedstaaten aber nicht nur selten, es gibt dort auch keine größeren Diskussionen zum Verbot von Parteien. Daraus ergeben sich Fragen: Inwiefern unterscheidet sich die Widerstandsfähigkeit der deutschen Demokratie beispielsweise von der in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich oder Spanien? Und wie groß sind die Unterschiede zwischen der AfD und Parteien wie dem *Rassemblement National*, den Brüdern Italiens, der *Partij voor de Vrijheid*, der FPÖ oder Vox? Zwar ist die AfD in vielen Punkten [extremistischer](#) als diese Parteien, aber sind die Unterschiede so groß, dass sie ein Verbot der AfD erforderlich machen?

Parteiverbote sind in Europa selten.

Verbote großer Parteien gab es in der EU bisher nur in Ausnahmesituationen. Deutschland befindet sich jedoch [nicht in einer solchen Ausnahmesituation](#). In der deutschen Diskussion wird oft auf die [Weimarer Republik](#) Bezug genommen, doch dieser Vergleich ist irreführend. Mit dem Grundgesetz, der Mitgliedschaft in der EU und einer freieren, emanzipierteren und toleranteren Gesellschaft ist die Demokratie in Deutschland heute wesentlich stabiler als vor 100 Jahren.

Seite E 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Verbote von Parteien haben sehr große politische Bedeutung. Diese wächst mit der Größe der Partei, gegen die ein Verbotverfahren geführt wird. Solche Verfahren gehören zu den sensibelsten Momenten in Demokratien. Der case gegen eine Partei muss deshalb sehr stark sein. Die Beweisführung muss nicht nur vor Gericht Bestand haben, sondern gerade auch in der politischen Auseinandersetzung. Dabei geht es nicht nur darum, die eigenen Anhängerinnen und Anhänger zu überzeugen, sondern auch breite gesellschaftliche Mehrheiten und, idealerweise, Teile der Anhängerschaft der zu verbietenden Partei. Dafür müssen belastende und entlastende Aspekte nachvollziehbar abgewogen und alle Seiten gleichermaßen gehört werden. Der case für ein Parteiverbot darf nicht primär das Ergebnis einer Debatte unter Gleichgesinnten sein.

Hier hat die deutsche Debatte Verbesserungsbedarf. Sie ist oft selbstreferenziell und eher daran interessiert, bestehende Meinungen zu bestätigen, als sie infrage zu stellen. Häufig ist die Diskussion zudem überhastet. So wird die AfD derzeit vom Verfassungsschutz als „Verdachtsfall“ und nicht als „gesichert extremistische Bestrebung“ eingestuft. Die deutsche Debatte blendet zudem häufig wichtige Aspekte aus. Beispielsweise spielen die Programme der AfD nur eine geringe Rolle, obwohl diese für die politische Debatte und für Gerichtsverfahren wichtig sind, wie [das Bundesverfassungsgericht](#) im NPD-Verbotsverfahren gezeigt hat.

Darüber hinaus müssen für das Verbotverfahren zentrale Dokumente in jeder Hinsicht überzeugen. Dies ist nicht immer der Fall. So hat der im Bundestag eingebrachte Verbotantrag Schwächen. In der Begründung wird behauptet, dass „zahlreiche AfD-Funktionäre“ an der von [Correctiv](#) aufgedeckten „Potsdam-Konferenz“ teilgenommen hätten. Tatsächlich waren es nur vier – neben zwei CDU-Mitgliedern. Zudem war die Konferenz keine AfD-Veranstaltung. Solche Ungenauigkeiten sind keine Lappalien, sondern Fehler, die in einer politisch höchst sensiblen Frage wertvolle Glaubwürdigkeit kosten.

Die Überzeugungen und die Wählerschaft der AfD werden durch ein Parteiverbot nicht verschwinden. Ein Verbot führt mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zu mehr Polarisierung, Wut und Radikalität. Viel spricht dafür, dass – wie Joachim Gauck meint – [„verunsicherte konservative Bürger, die die AfD wählten, bei einem Verbot der Partei den Staat als Feind erleben würden“](#). Die politische Diskussion muss sich mehr mit diesem Punkt befassen. Was passiert, wenn knapp 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler den Staat als Feind betrachten? Was sind Anreize, damit die AfD moderater wird und ihre Wählerschaft sich nicht weiter vom Staat abwendet? Sind allein Sanktionen geeignet, damit sich die AfD von ihren radikalen Teilen distanziert? Auch in dieser [Hinsicht ist ein Blick zu den europäischen Nachbarn](#) interessant.

Da sehr viel auf dem Spiel steht, bedürfen diese Punkte einer tieferen gesellschaftlichen Diskussion – gerade auch mit der AfD und ihren Anhängern. In dieser Diskussion geht es nicht darum, eine Brandmauer um eine Partei zu bauen, sondern um [undemokratische Positionen – wie sie Führungsleute der AfD vertreten, wichtige Teile der Partei sie bejubeln](#) und der Rest der Partei sie toleriert. Diese Diskussion muss zuerst kommen, dann möglicherweise der Ausschluss der AfD von der Parteienfinanzierung oder das Verbot ihrer radikalen Teile. Das Verbot der Gesamtpartei kommt am Ende.



Nils Meyer-Ohlendorf, Berlin

Dr. Nils Meyer-Ohlendorf ist Leiter des *International and European Governance Program* des *Ecologic Institute* in Berlin. Er ist Mitgründer und Gesellschafter von *Democracy Reporting International*. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Klimaschutz, EU und Demokratie in Europa. Die Ansichten in dem Artikel sind persönliche Meinungen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/zweischneidiges-schwert-1-7972/?utm_campaign=de_40_20241219&utm_medium=email&utm_source=newsletter

KW 52

„Sollte die Bezeichnung ‚Weihnachtsmann‘ geschlechtsneutral ersetzt werden, damit sich auch Frauen mit dieser Rolle identifizieren können?“ Diese existenzielle Frage stellte **Civey** zum Fest der Liebe. 88,3 Prozent der Befragten antworteten mit „Nein, auf keinen Fall!“ Wäre das also auch noch in diesem Jahr geklärt. Wir hoffen, dass Sie ein schönes Weihnachtsfest verlebt haben, mit allen Geschenken halbwegs zufrieden sind, Ihr Baum noch nicht nadelt und Sie weiterhin in Kontakt bleiben wollen mit denen Sie das Fest verbracht haben.

Wie soll man das nennen, was über **Magdeburg** am 20. Dezember hereinbrach? Anschlag? Das klingt angesichts der Dimension zu klein. Ich nenne es Terrorakt, was sonst? Allein die Vorstellung, dass fünf Menschen, von denen sich der neunjährige Junge am meisten auf Weihnachten gefreut haben wird, und nun seine Geschenke nicht auspacken konnte, hat mir die Freunde am Fest der Liebe gründlich verdorben. Es bedurfte nicht der anhaltenden Berichterstattung in den Medien, um immer wieder an die Toten und Verletzten und ihre Angehörigen zu denken. Angesichts der Gottesdienste und warmen Worte zur Geburt des Erlösers, stelle ich mir mal wieder die Frage „Wo war Gott?“ Ich kann es nicht mehr hören, wenn immer wieder versucht wird, Entschuldigungen und Erklärungen dafür zu finden, warum Gott das nicht verhindern konnte.

So traurig mich der Terrorakt von Magdeburg macht, so wütend bin ich über die Details, die jetzt Journalisten ermittelt haben, was offenbar den Sicherheitsbehörden im Vorfeld nicht möglich war. Informationsen aus Berlin sind in Magdeburg nicht angekommen. Digitalisierung ist hierzulande ein Begriff aus fernen Galaxien. Das Wissen über den Täter, das nun zu Tage tritt, war offenbar nicht ausreichend, um ihn im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Verkehr zu ziehen. Was ich überhaupt nicht verstehen kann, ist die Lücke, durch die der Attentäter quer über den ganzen Markt rasen konnte. Es kann doch nicht sein, dass ein Polizeifahrzeug diese Lücke nicht verstellt hat. Es ist unbegreiflich und unentschuldigbar.

Finde den Fehler

„Die Polizei Brandenburg hat am ersten Weihnachtsfeiertag einen 15-Jährigen aus Teltow-Fläming in Gewahrsam genommen. Sicherheitsbehörden hatten Hinweise darauf, dass er einen Anschlag auf eine Kirche in Berlin verüben wollte.“

Ein ausländischer Nachrichtendienst habe dem Bundesamt für Verfassungsschutz die entscheidenden Hinweise geliefert. Dem Bundesamt sei es dann gemeinsam mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz gelungen, die Person zu lokalisieren und zu identifizieren.“ *Quelle: rbb*

Das ist doch eine großartige Leistung unserer Sicherheitsbehörden, einen Tatverdächtigen „zu lokalisieren und zu identifizieren.“ Immerhin taugen unsere Behörden zum Ermitteln von Adressen. Zur Gefahrenabwehr sind allerdings „ausländische Nachrichtendienste“ erforderlich. Was machen eigentlich unsere Schlapphüte den ganzen Tag? Googeln? Kriegt unser Land eigentlich noch irgendetwas hin? Der aktuelle Fall steht nicht allein da. Immer wieder müssen wir uns von anderen warnen lassen, weil wir selbst keine Erkenntnisse haben. Was für ein Armutzeugnis. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an unsere ausländischen Geheimdienste!

Grüße aus der Psychiatrie

Die *heute-show*, *extra3* und das *ZDF-Magazin Royale* befinden sich in der Weihnachtspause. Die *Real-Satire* nimmt jedoch keine Auszeit. Täglich versendet der kriminellste Präsident, den die USA jemals hatten und der sogar **Richard Nixon** in den Schatten stellt, noch vor seinem Amtsantritt Grüße aus der Psychiatrie. Sorry, aber anders kann man das doch nicht nennen, was **Donald Trump** in die Welt bläst.

Trump zeigt sich Detailversessen. So hat er festgestellt, dass die Gebühren für die Passage durch den Panama-Kanal zu hoch sind. Er fordert eine Senkung und die Rückgabe des Kanals an die USA, weil diese den Kanal größtenteils erbaut haben. 1999 wurde der Kanal jedoch vollständig an Panama übergeben. Trump fürchtet sich vor dem Einfluss Chinas auf die Verwaltung des Kanals. „Sollte Panama nicht in der Lage sein, einen ‚sicheren, effizienten und zuverlässigen Betrieb‘ des Kanals sicherzustellen, würden die USA die ‚vollständige und bedingungslose Rückgabe des Panamakanals‘ fordern, drohte Trump.“ *Quelle: ZDF*

Weitere Botschaften aus der Psychiatrie: „Der designierte US-Präsident Donald Trump möchte Grönland den USA einverleiben. ‚Im Interesse der nationalen Sicherheit und der Freiheit in der Welt sind die USA der Ansicht, dass der Besitz und die Kontrolle von Grönland eine absolute Notwendigkeit sind‘, schrieb Trump auf der Plattform *Truth Social*.“ Hinweis: Grönland ist ein politisch selbstverwalteter Bestandteil des Königreichs Dänemark. Die Landkarte der Welt soll also verändert werden, **Putin lässt grüßen**.

Auch die Umbenennung des höchsten Berges Nordamerikas will er rückgängig machen. **Barack Obama** hatte den nach dem republikanischen Präsidenten **William McKinley** benannten Berg 2015 in **Denali** umbenannt, um den traditionellen Namen der Ureinwohner Alaskas zu würdigen. *Quelle: Der Standard*

Nicht gesondert erwähnt werden muss, dass es nach dem 20. Januar in den USA nur wieder Frauen und Männer geben wird, und niemand „dazwischen und außerhalb“ wie **Jan Böhmermann** stets zu sagen pflegt. Der „'Transgender-Irrsinn' müsse aus Schulen verbannt werden. In diesem Kontext sprach sich Trump dafür aus, patriotische Inhalte in Schulen zu stärken und auch die kritische Auseinandersetzung mit der rassistischen Geschichte der USA zu reduzieren.“ Hierfür gibt es **Grüße aus China**.

Trump ist nicht allein in der US-Psychiatrie. Er liegt im Doppelbett mit **Elon Musk**. Musk ist der beste Beweis dafür, dass zu viel Geld blöd und blind machen kann. So postete er auf seinem Propagandnetzwerk X, von dem zu trennen man nur jedem raten kann, „Nur die AfD kann Deutschland retten.“ Wie weit sind Musk und Trump eigentlich noch von der faschistischen Ideologie entfernt?

Für die **Welt am Sonntag** durfte Musk einen Gastkommentar schreiben, in dem er seine Wahlhilfe für die AfD erneuerte und unterstrich. Ein Beitrag, der als ausländische Einflussnahme auf unsere Wahl schwerer wiegt als alle Aktionen aus dem Kreml. **Die AfD ist für nichts eine Alternative**. Mit ihrer Haltung zum Verteidigungsbündnis NATO und zur EU würde sie Deutschland in den Abgrund stürzen.

„Den Klimawandel habe es zu allen Zeiten gegeben.“, erklärt die AfD. „Die Frage nach dem Anteil des Menschen sei wissenschaftlich ungeklärt. Schäden durch Extremwetterereignisse wie im Ahrtal gehen aus Sicht der AfD zurück auf politisches Versagen.“ Kohlekraftwerke sollen länger laufen, in die Atomkraft will sie wieder einsteigen, setzt auf Öl- und Gasheizungen und möchte wieder Gas über die Nordstream-Leitungen beziehen.“ *Quelle: tagesschau*

Das Problem bei diesen Thesen ist, dass sie bei vielen Menschen auf fruchtbaren Boden fallen. Und Wahlhelfer Musk meint: „Die AfD könne Deutschland davor bewahren, ein Schatten seines früheren Selbst zu werden.“

Die AfD muss keinen eigenen Wahlkampf mehr machen, sondern nur die Thesen von **Elon Musk** auf ihre Plakate drucken. „Die AfD könne das Land in eine Zukunft führen, in der wirtschaftlicher Wohl-

stand, kulturelle Integrität und technologische Innovation nicht nur Wunschvorstellungen, sondern Realität seien.“ Welche Wirtschaft? Welche Kultur? Welche Technologie?

Leider ist nicht alles, was Musk von sich gibt, Bullshit. Dass es sich „Deutschland in der Mittelmäßigkeit zu bequem gemacht“ hat und es „an der Zeit für mutige Veränderungen“ ist, wird kaum jemand bestreiten wollen. Die Konsequenz daraus, dass „die AfD die einzige Partei ist, die diesen Weg eröffnet“ ist jedoch „fatal falsch“, wie der designierte Wams-Chefredakteur **Jan Philipp Burgard** in einem Kommentar als Gegenrede zu Musk schreibt.

„Deutschland taumele am Rande seines wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruchs“, beschreibt Musk die Situation in unserem Land und fühlt sich für diese Einschätzung berufen. „Als jemand, der bedeutende Investitionen in Deutschland getätigt habe, habe er das Recht, offen über seine politische Ausrichtung zu sprechen. Die AfD sei ‚der letzte Funke Hoffnung für dieses Land‘.“ **Nichts an der Ausrichtung der AfD habe das Prädikat Hoffnung verdient**. Das Recht, in unserem Land offen, worüber auch immer, sprechen zu dürfen, hat jeder, unabhängig von irgendeiner Investition.

„Bürokratie und erdrückende Vorschriften“, „Abbau staatlicher Überregulierung zur Steuersenkung und Deregulierung des Marktes“, „Eine kontrollierte Einwanderungspolitik...“ Für diese Erkenntnisse braucht niemand in unserem Land Herr Musk. Der Satzteil hinter *Einwanderungspolitik* lässt aufhorchen „...die der Integration und dem Erhalt der deutschen Kultur und der Sicherheit Vorrang einräum.“ Dabei gehe es Musk nicht um Fremdenfeindlichkeit, sondern darum, dass Deutschland „seine Identität nicht im Streben nach Globalisierung“ verliere. Ist die „deutsche Kultur“ gefährdet? Höchstens durch staatliche Kürzungen im Etat. *Quellen: Welt am Sonntag / Tagesspiegel*

Der Beitrag von Musk sorgte für Streit in der „Welt“-Redaktion. Die Leiterin des Meinungsressorts, **Eva Marie Kogel**, erklärte am Samstag auf X: „Heute ist in der Welt am Sonntag ein Text von Elon Musk erschienen. Ich habe gestern nach Andruck meine Kündigung eingereicht.“ *Quelle: ZDF*

Wir stehen vor dem Eintritt in das Jubiläumsjahr des 21sten Jahrhunderts. Seit 25 Jahren schreiben wir eine 2 vor die Jahreszahlen. Das Jahr 2025 dürfte mal wieder so ein Schicksalsjahr werden. Trump und Musk werden die Welt verändern, mit extremen Auswirkungen auch auf Deutschland. Bis weit in das

Frühjahr hinein werden wir keine stabile neue Regierung haben. In diesen Zeiten kann eine Lähmung unseres Landes großen Schaden verursachen. Wenn ich mir das politische Personal anschau, wird mir ganz mulmig zumute. An Bundeskanzler **Friedrich Merz** führt m.E. kein Weg vorbei. Ebenso an einer Koalition aus Union und SPD. Wenn sie es diesmal nicht hinbekommen, könnte die AfD 2029 stärkste Kraft werden. 2029 ist die Amtszeit von **Donald Trump** dann endgültig vorbei, es sei denn, es gelingt ihm die Verfassung à la Putin zu ändern und sich zum Präsidenten auf Lebenszeit zu küren. Einen Trost gibt es, **Elon Musk** wird Trump im Präsidentenamt nicht folgen, denn er wurde nicht in den USA geboren. Es sei denn, dass auch diese Regelung geändert wird.

23. Februar 2025

In Zeiten wie diesen erlangt die Rolle des Bundespräsidenten eine besondere Bedeutung. **Frank-Walter Steinmeier** ist m.E. der richtige Präsident zur richtigen Zeit. Viele halten seinen Job für überflüssig und ihn für einen Langweiler. Das sehe ich anders. Für seine Fehleinschätzungen als Außenminister im Verhältnis zu Russland hat er sich entschuldigt, was andere nicht in der Lage waren, auszusprechen. In seiner Rede zur Festsetzung des Termins für die Neuwahl fand er die richtigen Worte. Hier einige Auszüge.



Politische Stabilität in Deutschland ist zu Recht ein hohes Gut. Sie hat uns genützt und geschützt. Die Auflösung des Bundestages vor dem Ende der Legislaturperiode

und vorgezogene Neuwahlen sind in unserem Land Ausnahmefälle. ... Aber gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt braucht es für Stabilität eine handlungsfähige Regierung und verlässliche Mehrheiten im Parlament. Foto: Bundespräsidentenamt / Steffen Kugler

Der Bundestag arbeitet weiter, bis sich ein neuer Bundestag konstituiert hat. Die Bundesregierung ist im Amt und führt die Geschäfte auch nach der Bundestagswahl weiter, bis eine neue Regierung gebildet wird. Unsere Demokratie funktioniert, auch in Zeiten des Übergangs.

Ich wünsche mir, dass die Stärke unserer Demokratie für die Wählerinnen und Wähler auch jetzt im beginnenden Wahlkampf sichtbar wird. Die nächste Bundesregierung hat große Aufgaben vor sich. Des-

halb muss es in den kommenden Wochen um die besten Lösungen gehen für die Herausforderungen unserer Zeit: Die wirtschaftlich unsichere Lage, in der Unternehmen in Schwierigkeiten kommen, Arbeitsplätze gefährdet sind; die Kriege im Nahen Osten, in der Ukraine, deren Auswirkungen auch bei uns zu spüren sind; die drängenden Fragen der Steuerung von Zuwanderung und Integration; den Klimawandel, dessen Folgen auch uns immer stärker treffen; das friedliche und sichere Zusammenleben in unserem Land.

Nach den zuletzt langen parteipolitischen Auseinandersetzungen über das Ob und Wie von Neuwahlen, nach dem jetzt beginnenden Wahlkampf muss gelten: Es ist jetzt an der Zeit, dass das Problemlösen wieder zum Kerngeschäft von Politik wird.

Genau das ist es, was die Menschen jetzt erwarten. Sie erwarten tragfähige Vorschläge für eine gute Zukunft für unser Land, das sich in schwieriger Zeit behaupten muss. Und ich glaube, sie verstehen, dass auch Prioritätensetzungen und schmerzhaft Wahrheiten dazugehören. Denn Politik ist immer die Verhandlung dessen, was möglich ist – das kann nie alles gleichzeitig sein.

Natürlich kann die Debatte über die besten Lösungen auch mit Zuspitzungen und Schärfe geführt werden, gerade im Wahlkampf. Das verträgt unsere freiheitliche Demokratie, oder mehr noch: Sie braucht den Wettstreit der Ideen. Aber ich erwarte, dass dieser Wettstreit mit Respekt und mit Anstand geführt wird – schon allein deshalb, weil nach der Wahl die Kunst des Kompromisses gefragt sein wird, um eine stabile Regierung zu bilden.

Und ich erwarte auch, dass der Wahlkampf mit fairen, mit transparenten Mitteln geführt wird. Einflussnahme von außen ist eine Gefahr für die Demokratie – sei sie verdeckt, wie kürzlich offenbar bei den Wahlen in Rumänien, oder offen und unverhohlen, wie es derzeit besonders intensiv auf der Plattform X betrieben wird. Ich wende mich entschieden gegen alle äußeren Einflussversuche. Die Wahlentscheidung treffen allein die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Noch etwas versteht sich von selbst: Hass und Gewalt dürfen keinen Platz haben in diesem Wahlkampf – und das, was sie vorbereitet, auch nicht: Verunglimpfung, Einschüchterung, Gewalt – all das ist Gift für die Demokratie. All das beschädigt unsere Demokratie. Wir müssen Gewalt ächten! Das erwarte ich von allen, die sich um Verantwortung bewerben.

paperpress

seit 1976

Nr. 632-19

29. Dezember 2024

49. Jahrgang

Sie wird mir fehlen



Foto: Das blaue Sofa / Club Bertelsmann

Hannelore Hoger ist tot. Diese Nachricht kurz nach Weihnachten betrübt mich sehr. Denn ich hatte eine ganz besondere „Beziehung“ zu ihr. Häufig begegnete ich ihr am Bahnhof Altona. Flotten Schrittes lief sie durch die Bahnhofs-Passage von Ottensen kommenden in Richtung Max-Brauer-Allee. Wenn sie mir entgegenkam und ich sie rechtzeitig entdeckte, grüßte ich höflich, was sie mit einem Lächeln quittierte, aber schnell weiterlief, weil sie mich vermutlich für einen Autogramm-Jäger hielt. Einmal saßen wir im selben Zugabteil von Altona nach Berlin, sie stieg in Spandau aus und wurde dort von ihrer Tochter Nina empfangen. Natürlich sprach ich sie im Zug nicht an, macht man ja nicht.

Ich habe das auch nicht getan, als mir **Devid Striesow** auf dem Weg von Hamburg nach Berlin gegenüber saß und mich beim Einsteigen mit einem freundlichen Moin begrüßte. Die Leute wollen ihre Ruhe haben und nicht vollgelabert werden. Immerhin habe ich Devid, der gerade **Johann Sebastian Bach** so wunderbar verkörperte, beim Aussteigen am Hauptbahnhof noch alles Gute und weiterhin viel Erfolg gewünscht, wofür er sich freundlich bedankte und vermutlich froh war, dass dies das Einzige war, was er in zwei Stunden von mir vernahm.

Bei meinen Besuchen in Altona werden mir die kurzen Begegnungen mit **Hannelore Hoger** fehlen. Eine Schauspielerin, die neben vielen anderen Rollen, vor allem diese außergewöhnliche **Bella Block** spielte. Für mich war sie das weibliche Gegenstück zu **Götz Georges** Schimanski. Harte Schale, weicher Kern und immer geradeaus und unkonventionell. Sie haben Recht, dieser Teil des Artikels ist banal, aber ich wollte das wenigstens erwähnt haben...

Was noch?



Es ist mal wieder Zeit für Ergänzungsbriefmarken. Am 1. Januar 2025 erhöht die Post die Preise und schränkt dafür ihre Dienstleistungen ein. Das ist schon heute nicht anders, denn gestern lagen in meinem Briefkasten pünktlich nach dem Fest noch viele Weihnachtsgrüße, obwohl die Absender sie rechtzeitig versandt hatten. Aber, was ich schon rechtzeitig? Schließlich kann man nicht die Weihnachtsgrüße zeitgleich mit dem Auffüllen der Supermarkt-Regale mit Lebkuchen im September versenden.

Decken Sie sich mit ein paar 10-Cent-Marken ein. Der Standardbrief kostet nun 95 Cent, +10; der Kompaktbrief 110 Cent, puls 10; der Großbrief 180 Cent, +20; der Maxibrief 290 Cent, +15; 25 Cent müssen Sie künftig zusätzlich auf eine Postkarte, bisher 70 Cent, kleben. Das Briefeschreiben stirbt langsam aus, schade. Das liegt nicht nur am Porto. Deshalb vielen Dank an alle, die mir einen postalischen Weihnachtsgruß zugesandt haben.

Noch was?

Ich höre schon wieder den arbeitenden und steuerzahlenden Teil meiner Freunde meckern, dass auch 2025 die Rente um ca. 3,5 Prozent erhöht wird. Abgesehen davon, dass auch Rentner Steuern zahlen müssen, ist die Rentenerhöhung ein Minusgeschäft, wenn man alle Kostensteigerungen dagegen rechnet. Allein von der Erhöhung des Krankenkassenbeitrages könnte ich eine Reise nach Hamburg mit einer Übernachtung finanzieren. Seufzen auf hohem Niveau, ich weiß.

Kommen Sie gut und unfallfrei ins neue Jahr, bleiben Sie bitte gesund und zuversichtlich, denn gegenwärtig spricht nichts dafür, dass 2025 ein gutes Jahr wird.

Ed Koch

4

06) KW 51 (15. bis 21.12.2024) – Sittliche Reife. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976

Nr. 632-16

22. Dezember 2024

49. Jahrgang

KW 51 – Sittliche Reife

Es war keine so gute Idee, während meiner früheren beruflichen Tätigkeit als Leiter einer Jugendfreizeiteinrichtung mit Jugendlichen Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung, des Abgeordnetenhauses und auch des Bundestages zu besuchen. Natürlich versucht man als Sozialarbeiter, den Kids ein Mindestmaß an höflichen Umgangsformen zu vermitteln. Vor allem, dass sie es sein lassen sollen, sich untereinander zu beschimpfen und zu verunglimpfen und respektlos und intolerant anders Denkenden gegenüber zu verhalten. Diese Schule des Lebens findet leider nicht in den Parlamenten statt. Und das nicht erst, seitdem Rechtsextreme dort Platz nehmen durften.

Lassen wir einmal die eher humoristischen und sehr kreativen Titulierungen, die der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende **Herbert Wehner** für politische Gegner fand, beiseite („*Übelkrähe*“ nannte er den CDU-Abgeordneten **Jürgen Wohlrabe**, „*Hodentöter*“ den CDU-Abgeordneten **Jürgen Todenhöfer**.) Auch **Helmut Schmidt** und **Helmut Kohl**, **Franz-Josef Strauß** und viele andere vergriffen sich im Ton und wurden teilweise sehr persönlich.

Einen neuen Tiefpunkt präsentierte **Olaf Scholz** in dieser Woche, als er **Christian Lindner** die „*sittliche Reife*“ absprach, einer Regierung angehören zu können. Das offenbart eine besondere Geisteshaltung gegenüber dem politischen Gegner. Scholz hätte seinem Ärger Luft machen und auf ein Zitat von **Joschka Fischer** zurückgreifen können, der Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen** 1984 ein „*Arschloch*“ nannte. Das hätte gereicht.

Das FDP-Exit-Papier, egal, wann auch immer Lindner davon erfahren hat, ist trotz der Kriegsrhetorik, kein Kriegsverbrechen, sondern das Ergebnis pubertierender Politjunkies, die den Bundestag mit einem Buddelkasten auf ihrem Abenteuerspielplatz verwechseln.

Apropos „*Sittliche Reife*.“ **Olaf Scholz** nannte **Friedrich Merz** „*Fritze Merz*“, der gern „*Tünkram*“ erzählt. Hätte das **Urban Priol** (*Jahresrückblick „Tilt“ 30.12.2024, 20:15 Uhr 3sat*) gesagt, wäre das OK, für einen Bundeskanzler ist das unangemessen. Ausgerechnet **Markus Söder**, der zu allem eine Meinung hat, meldet sich zu Wort und sagt: „**Olaf Scholz** ist kein Vorbild mehr für die Demokratie und ist der peinlichste Bundeskanzler, den unser Land je hatte.“ Wie war das mit dem Glashaus? Söder hat es geschafft, das bajuwarische Wörterbuch des **Franz-**

Josef Strauß um viele weitere Einträge zu erweitern. Im Gegensatz zu Söder, hatten die Entgleisungen von Strauß ein gewisses Niveau.



Den historischen Kniefall von **Willy Brandt** am 7. Dezember 1970 in Warschau vor dem Mahnmal zum Gedenken an den jüdischen Ghetto-Aufstand von 1943, nachzuäffen, ist

widerwärtig. **Markus Söder** ist sich für nichts zu schade und postete gleich danach ein Foto vom Weihnachtsmarkt, auf dem er eine vor Senf triefende Bratwurst verzehrte. Söder hat sich zu einem unerträglichen Politclown entwickelt, über den man nicht lachen kann. Ein Glück, dass er nie eine Chance hatte und haben wird, Bundeskanzler zu werden.

Screenshot: Bayerischer Rundfunk

„In einer Zeit, in der Diskussionen über wichtige Themen und richtige Wege oft von Unversöhnlichkeit und Härte geprägt sind, wird immer deutlicher worauf es mehr denn je ankommt: die Bereitschaft, die Position des Anderen wahrzunehmen und zu respektieren.“, heißt es in der Weihnachtsbotschaft von Berlins Bürgermeister und Senator für Finanzen **Stefan Evers**. Für ihn sind „*Solidarität, Gemeinschaftsinn, Mitgefühl und Frieden die tragenden Säulen des Weihnachtsfestes*.“ Nicht nur des Weihnachtsfestes.

Was noch?

In dieser Woche wurde der Berliner Nachtragshaushalt endlich beschlossen. Drei Milliarden Euro bleiben auf der Strecke. Den m.E. besten Kommentar dazu hat **Jan Menzel** vom rbb verfasst: „**Kai Wegner** hat eine große Chance so fahrlässig vertan, dass man nur mit den Ohren schlackern kann. Während draußen vor dem Parlament tausende gegen Kürzungen demonstrierten, lobte sich der Regierende Bürgermeister im Plenarsaal dafür, dass nun mit einem Jahr Verspätung ein ordentlicher Haushalt vorliegt, und sich die schwarz-rote Koalition darüber nicht im Streit zerlegt hat. Mehr noch: Wegner verstieg sich sogar dazu, das Berliner Haushalts-Gewürschtel als Modell für andere Bundesländer und den Bund zu empfehlen.

Nur mal zur Erinnerung: Seine schwarz-rote Koalition hat die Stadt über Monate im Unklaren gelassen, wo der Sparhammer genau zuschlagen wird. Dann wurde in einem Last-Minute-Verfahren hier und da mehr oder minder willkürlich nachgebessert. Im Ergebnis bleibt es aber bei Milliarden-Kürzungen, die

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press - Postfach 42 40 03 - 12082 Berlin - E-Mail: paperpress@berlin.de - Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.

Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

vieles kaputt machen werden: Jobs, auch Institutionen, Projekte, wichtige soziale Angebote und auch jegliche Visionen.

Dabei ist es richtig, ja unvermeidbar: Die Ausgaben müssen wieder auf ein Normalniveau sinken. Berlin hat in den letzten Jahren krass über seine Verhältnisse gelebt. Milliarden und Aber-Milliarden, die die Stadt gar nicht hat, wurden ausgegeben, um durch die Krisen dieser Zeit zu kommen. Immer mehr und immer weiter Schulden zu machen, als gäbe es kein Morgen, ist keine verantwortungsvolle und auch keine zukunftsgerichtete Politik.

Gerade weil die Opposition sich vor dieser unbequemen Schulden-Wahrheit drückt, wäre die Regierungserklärung für Wegner eine Chance gewesen, der Stadt seinen Kurs zu erklären und sie auf den schwierigen Weg mitzunehmen. Zumal so wie Schwarz-Rot es macht, der Schrecken noch längst kein Ende hat. Überall in der Haushaltsrechnung von CDU und SPD schlummern trotz der Kürzungen noch Luftbuchungen, ungedeckte Schecks und das Prinzip Hoffnung. Viele Träger von Bildungs- und Sozialangeboten müssen sich weiter berechnete Sorgen machen, dass sie den Tod auf Raten sterben, weil Gelder nur noch quartalsweise bewilligt werden.

Davon war beim Regierenden Bürgermeister aber nichts zu hören. Stattdessen setzte er das schwarz-rote Muster fort: Haushalts-Wahrheit und -klarheit gibt es nur noch scheinbar. rbb24 InfoRadio Jan Menzel

Das ging schnell

Die Koalition von SPD und BSW in Brandenburg ist nicht einmal trocken hinter den Ohren, da gibt es schon die ersten Unstimmigkeiten. Wenn es keine Einigung in Sachfragen gibt, enthält sich Brandenburg im Bundesrat, so steht es im Koalitionsvertrag. Gleich bei drei Themen wurde diese Karte am Freitag gezogen: Bundeswehr, Pflegeversicherung und Bundesverfassungsgericht. Brandenburg „enthielt sich bei der Entscheidung über eine verstärkte Zusammenarbeit von Deutschland und Litauen bei der Verteidigung - konkret geht es um die Stationierung einer Bundeswehrbrigade. „Hochrüsten, die Bevölkerung auf Krieg einschwören und ihr Opfer abverlangen (...) wird immer auf den Widerstand des BSW treffen“, teilte BSW-Landtagsfraktionschef **Niels-Olaf Lüders** mit. „Brandenburg macht bei Kriegstüchtigkeit und teuren Militärabenteuern etwa in Litauen nicht mehr mit. Dank des BSW.“ (Quelle: rbb) Das BSW verkennt die Lage. Man kann es nicht wahrhaben wollen oder ein Abenteuer nennen, aber, der

freie Teil Europas befindet sich am Ende des Jahres 2024 in einer Lage der Bedrohung durch einen russischen Kindermörder und Kriegsverbrecher.

Dass sich Brandenburg als einziges Bundesland bei der grundgesetzlichen Stärkung des Bundesverfassungsgerichts enthalten hat, verstehe wer will. Schon nach wenigen Tagen der Magenta-Koalition wird deutlich, dass sie auf tönernen Füßen steht.

Foto des Jahres



Auf dem Gewinnerbild von **Avishag Shaar-Yashuv** (links) ist der kleine **Stav** zu sehen, einer der Überlebenden des Überfalls der Hamas am 7. Oktober 2023 auf die Siedlung des Moschav Netiv HaAsara. Gewinnerbild zwei der Fotografin **Samar Abu Elouf** zeigt die Geschwister **Dareen** und **Kinan**, die bei einem israelischen Luftangriff auf ein Wohnhaus ihre Eltern und einen Großteil ihrer Familie verloren haben.

Zum ersten Mal prämiert Unicef mit dem „Foto des Jahres“ gleich zwei Fotografinnen. Sie zeigten das Leid der Kinder, jeweils in Israel und den palästinensischen Gebieten. Mehr als tausend Worte drücken die Gesichter der Kinder den Zustand aus, in dem sich die Welt am Ende dieses Jahres befindet.

Und wäre dieser ganze Horror nicht schon schlimm genug, gelingt es einem Attentäter, 400 Meter durch den Weihnachtsmarkt in Magdeburg zu rasen, fünf Menschen, darunter ein neunjähriges Kind, zu töten, und über 200 weitere, teilweise schwer, zu verletzen. Das war es dann mit den friedlichen und fröhlichen Weihnachten 2024! **In Gedanken sind wir bei den Opfern; unsere Anteilnahme gilt ihren Familien und Freunden.**

Wir rutschen in ein neues Jahr, in dem ein vorbestrafter Lügner und Verleumder erneut mächtigster Staatschef wird mit unvorhersehbaren Folgen für die ganze Welt; die Ukraine wird 2025 teilweise untergehen. Der Kabarettist **Werner Finck** schrieb zum Jahreswechsel 1952/53: „Ich bin fest überzeugt, dass im neuen Jahr alles viel besser wird, die Bomben, die Panzer und Abwehrwaffen!“

Ed Koch

KW 51 - Sittliche Reife

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Newsletter verabschieden wir uns in die Weihnachtspause. Wir danken Ihnen für die zahlreichen Zuschriften, die uns in diesem Jahr erreichten. Wir freuen uns ebenso über Zustimmung wie Kritik. Ein oft gehörter Satz, wenn wir Ihnen begegnen, ist: „Ich lese paperpress gern, auch wenn ich nicht mit allem einverstanden bin!“ Solange es mehr Anmeldungen als Abmeldungen unseres Newsletters gibt, machen wir munter weiter.

Vor allem danken wir Ihnen für die Weihnachtsgrüße, ob elektronisch oder traditionell per Post. Alle Motive auf den Karten vermitteln den Geist der Weihnacht. Ohne die vielen anderen schmälern zu wollen, möchten wir Ihnen zwei Motive vorstellen. Das obere stammt, leicht erkennbar, vom EUREF. Es ist ein KI gestaltetes Motiv. Die Aufgabe lautete: *„Gestalte eine Winterlandschaft, inspiriert vom Fassadenmuster des EUREF-Campus Düsseldorf, mit leuchtenden Elementen im Vordergrund und fröhlichen Menschen, die die festliche Atmosphäre genießen. Im Hintergrund eine zauberhafte Schneelandschaft. Nutze kreative Licht- und Farbeffekte, um ein helles, freundliches Winter-Wonderland zu schaffen, das Wärme, Freude und staunende Bewunderung ausstrahlt.“* Das ist gut gelungen. Leider kann Künstliche Intelligenz nicht für eine reale Schneelandschaft sorgen.

Die zweite Karte kommt, ebenso leicht zu erkennen, aus dem Roten Rathaus. Wir haben sie zweimal erhalten, vom Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und der Senatssprecherin Christine Richter. Herzlichen Dank. Die Illustration stammt von dem Schweizer Grafiker Yves Haltner, der Visuelle Kommunikation an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee studierte.

Bedanken möchten wir uns auch bei denen, die einen Weihnachtsgruß auf unser Spendenkonto gesandt haben. Wie Sie wissen, ist **paperpress** ein non-profit-Projekt, das sich allein aus Spenden mit einem ehrenamtlichen Team finanziert.

In Gedanken sind wir in diesen Stunden bei den Opfern des Anschlags auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg,

bei dem fünf Menschen, darunter ein neunjähriges Kind, starben und 205 weitere, teilweise schwer verletzt wurden.

Unsere Anteilnahme gilt ihren Familien und Freunden.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ein friedliches Weihnachtsfest mit Ihren Familien und Freunden.

Mit herzlichen Grüßen

paperpress
seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

07) Habeck ist nicht an allem schuld. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976

Nr. 632-13

16. Dezember 2024

49. Jahrgang

Habeck ist nicht an allem schuld



Für **Markus Söder** und **Christian Lindner** ist die Sache klar. Habeck hat Schuld an der schlechten Wirtschaftslage im Land. Im Ranking der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit liegt Deutschland auf Platz 24, hinter Bahrain und Südkorea, knapp vor Thailand. Sind es nicht aber auch die Menschen, die ihren Beitrag dazu leisten? Nicht nur der Klimawandel ist Menschgemacht, sondern auch das Wirtschaftswachstum.

„Für 2025 erwarten die Ökonomen nur noch ein Mini-Wachstum von höchstens 0,6 Prozent. Die deutsche Wirtschaft kann sich nicht aus der Stagnation lösen, Signale für eine spürbare wirtschaftliche Belebung sind derzeit nicht auszumachen. Das geht aus der Winterprognose des IfW Kiel hervor, wonach das Bruttoinlandsprodukt 2025 nur stagniert (0,0 Prozent).“ Einflüsse gibt es viele, mit denen andere Länder auch zu kämpfen haben, aber besser dastehen. Natürlich leistet auch die überbordende Regulierung in unserem Land ihren unsäglichen Beitrag.

Schauen wir aber mal auf den Faktor Mensch und zitieren den Vertreter einer Berufsgruppe, die wie keine andere direkt am Kopf des Homo Sapiens tätig ist, Figaro, Figaro, Fiiiiiiigaro..... **Michael Maier**, Herausgeber der **Berliner Zeitung**, sprach mit **Wolfgang Zimmer**, der in den Rosenhöfen am Hackeschen Markt einen Frisiersalon betreibt, allerdings nur noch bis Jahresende. Er kann sich vor Kunden kaum retten, aber, so Zimmer, „Man kann die geforderte Miete nicht mehr mit Haarschneiden

erwirtschaften. Der Staat macht es uns Mittelständlern und Kleinhandwerkern nicht sehr einfach. Es werden uns immer weitere Kosten aufgedrückt, die wir nicht ohne weiteres an unsere Kunden weitergeben können.

Wenn ich ‚nur‘ Haare schneiden dürfte und mich darauf konzentrieren könnte, wäre die Welt in Ordnung. Aber wir werden heute über bürokratische Hürden gejagt und müssen uns an Datenschutzverordnungen, geänderten Gesetzgebungen, Feuerchutz, Gesundheitsschutzmaßnahmen, Berufsgenossenschaft, Innung, Handwerkskammer abarbeiten. Die ganzen Betriebskosten wie zum Beispiel Energiekosten oder Beiträge zu Krankenkassen sind gewaltig gestiegen.“

Aber nicht nur das: „Durch den demografischen Wandel und die **Lustlosigkeit vieler Menschen**, sich nicht durch Arbeit und persönliches Engagement in die Gesellschaft einzubringen, steigt der Druck auf die noch arbeitende Bevölkerung immer weiter.“, sagt Zimmer im Gespräch mit der Berliner Zeitung.

Und weiter: „Ich habe in den vergangenen Jahren sehr viele Bewerbungsgespräche geführt mit Leuten, die bei mir anfangen wollten. Es gibt Bewerber, die Power haben und arbeiten wollen. Aber es gibt auch Menschen, die sagen mir im Bewerbungsgespräch: ‚Herr Zimmer, eines muss ich Ihnen sagen: **Im Monat bin ich zwei Tage im Durchschnitt krank.**‘ Ich frage dann, haben Sie eine chronische Krankheit, dann sagte mir der Bewerber: ‚Nein, das steht mir doch zu, ich zahle ja Krankenkassenbeiträge.‘ Oder ein anderer sagte: ‚Ich möchte nur ein Jahr arbeiten, weil danach möchte ich mich gerne wieder ein halbes Jahr arbeitslos melden.‘

Bewerber sagen auch, dass ihnen die Öffnungszeiten nicht gefallen. Ein Friseur sagte zu mir: ‚Ich habe nur Lust, zwischen 11 und 17 Uhr zu arbeiten.‘ Oder: ‚Ich will nur zwei, drei Tage arbeiten, den Rest mache ich schwarz und habe dann mehr Geld, als würde ich normal arbeiten.‘ Die Hürde, das auch ganz offen zu sagen, ist heute sehr niedrig. Und es gibt auch viele, die den Staat ausnutzen. Es wird ihnen so leicht gemacht, dass sie sagen: ‚Es steht mir doch zu.‘ Immer weniger Leute wollen Verantwortung für sich selbst tragen. **Immer mehr Menschen wollen für weniger Arbeit mehr Geld bekommen. Das funktioniert nicht. Es gibt aber zum Glück noch viele, die nehmen die Herausforderungen an.**“

„Es ist gut, dass die Menschen mehr Freizeit haben wollen – wenn es finanzierbar ist. Auch Freizeit kostet Geld. Es ist toll, wenn ein Staat solidarisch ist.“

1

Wir alle arbeiten gerne für Menschen mit, die geistig und körperlich beeinträchtigt sind oder in Not geraten. Aber ich habe keinen Bock, für Leute mitzuarbeiten, die unser Sozialsystem ausnutzen."

„Die jungen Menschen haben zum Teil keine Lust mehr, eine Ausbildung anzufangen, wo sie acht Stunden oder mehr arbeiten müssen, vielleicht sogar samstags, wenn andere freihaben."

Ich unterhalte mich viel mit Unternehmensvertretern und alle singen das gleiche traurige Lied. Wobei zur Wahrheit auch dazu gehört, dass es immer noch sehr viele Menschen gibt, die arbeiten wollen und sogar Spaß daran haben, und sich nicht schon nach drei Stunden auf das Sofa im Wellnessbereich legen müssen. Schaut man sich heute die Büroetagen in vielen Unternehmen an, dann sind das eher Wohlfühloasen als Arbeitsstätten: Natürlich gibt's den Tresen mit Heiß- und Kaltgetränken, Obst für die Vitamine, einen Kicker, damit die Finger in Bewegung bleiben und eine Tischtennisplatte, damit sich auch der restliche Körper bewegen kann, und natürlich Sitzgelegenheit, die ich sehr gern in meinem Wohnzimmer hätte. Die Unternehmen tun eine Menge, damit sich ihre Leute wohlfühlen. Wie haben es bloß die Generationen davor geschafft, ohne diesen ganzen Schnickschnack Deutschland aus einem Trümmerfeld heraus zu einem der wichtigsten und stärksten Wirtschafts- und Industrienationen der Welt zu machen?

Massenentlassungen in der Automobilbranche haben nicht allein damit zu tun, dass die Nachfrage sinkt oder die Konkurrenz zu stark ist, es sind vor allem auch unternehmerische Fehlleistungen schuld an der Misere. Und die Politik verschärft das Elend zusätzlich. Aber, nach dem 23. Februar 2025 wird alles besser, wenn die Union wieder das Land übernimmt.



Mit einem Experten in Sachen Geldverdienen kann es nur aufwärts gehen, auch wenn dieser Herr nicht den Hauch einer Regierungserfahrung hat. Braucht man ja auch nicht unbedingt, denn denen, die darüber verfügen, haben wir ja den Schlamassel zu verdanken. Das Motto der DDR hieß:

„Vorwärts immer, rückwärts nimmer.“ Das Motto der Bundesrepublik im 75sten Jahr ihres Bestehens scheint zu heißen: „Rückwärts immer, vorwärts nimmer!“

Ed Koch

Fotos: Ed Koch

08) Noch ein besonderer Tag. Von Ed Koch



Noch ein besonderer Tag

Vorausschauend hatten wir gestern geschrieben, dass es keine Schande ist, im zweiten Wahlgang die erforderlichen Stimmen zu bekommen. 43 statt 46 waren es gestern im Brandenburger Landtag bei der Ministerpräsidentenwahl. Einer hatte seine Nein-Stimme angekündigt, das ist ein ordentliches Verhalten. Den anderen kann man nur zurufen, dass einer der Gründe für Politikverdrossenheit ist, dass ein Parlament mit einem Abenteuerspielplatz verwechselt wird. Was für ein Zeichen, den Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang vors Schienbein zu treten. Hoffentlich fühlen sich diejenigen wohl dabei.

Im zweiten Wahlgang waren es dann plötzlich 50 statt 46 Stimmen für **Dietmar Woidke**. „CDU-Fraktionschef **Jan Redmann** wirft der SPD einen ‚Kuhhandel‘ mit der AfD vor. **Dietmar Woidke** ist nach **Thomas Kemmerich** der zweite Ministerpräsident, der mit den Stimmen der AfD ins Amt kommt. Aus der CDU gab es keine Zustimmung für diese Koalition“, teilte er mit.“ Zitat: Tagesspiegel

Erstaunlich, was Herr Redmann weiß. Kann er wirklich für alle zwölf CDU-Abgeordneten die Hand ins Feuer legen, dass niemand für Woidke gestimmt hat? Die Anschuldigung ist unverschämte, vor allem einen Bezug zu Kemmerich in Thüringen herzustellen. Es sieht sehr nach einem Ablenkungsmanöver aus. Viele Grüße vom Klettergerüst des Abenteuerspielplatzes.

Apropos Thüringen

Das MDR FERNSEHEN überträgt heute die Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten ab 9:55 Uhr live mit einer Sondersendung aus dem Thüringer Landtag.

CDU-Chef **Mario Voigt** möchte Ministerpräsident werden. Auch er braucht, wie Woidke, mindestens 45 Ja-Stimmen. Seine Koalition aus CDU, BSW und SPD verfügen aber nur über 44 der 88 Mandate. Es wird also mindestens noch eine weitere Ja-Stimme gebraucht. Alle schielen auf den bisherigen Linken MP **Bodo Ramelow**. Niemand käme wohl auf die Idee, **Björn Höcke** zu unterstellen, dass er Voigt wählt. Am Ende wird es wieder ein paar Klugscheißer geben, die genau wissen, wer bei der geheimen Wahl wie abgestimmt hat.

Lesermeinungen zu unserem gestrigen Beitrag über Syrien.

Zitat aus dem Artikel: „Gesehen werden immer nur die Syrer, die mit Messeren durch die Gegend laufen und Straftaten begehen. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Und es sind leider viele. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (Kriminalität im Kontext von Zuwanderung Fokus: Fluchtmigration - Bundeslagebild 2023) betrug 2023 der Anteil der Tatverdächtigen bei Menschen aus Syrien 19,2%, der Ukraine 11,6% und Afghanistan 11,2 %. Den überwiegenden Teil an Tatverdächtigen stellen immer noch die Deutschen selbst.“

Dazu muss unser Leser D.B. „nun doch etwas anmerken“. „Mit Prozentangaben ist das so eine Sache, wenn nicht klar ist, von welcher Basis wir reden, sonst werden Äpfel mit Birnen verglichen. Die genannten Prozentzahlen beziehen sich auf 100 % Tatverdächtige, nicht auf 100 % Einwohner. In der Bundesrepublik leben rund 83 Mio. Menschen, davon 1 Mio. Syrer, die also rund 1,2 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, aber 19,2 % der Tatverdächtigungen. Die Afghanen stellen 419.000 Einwohner, also 0,5 % der Bevölkerung, aber 11,6 % der Tatverdächtigungen.“

Wenn Sie die Prozentzahlen der Tatverdächtigen aus den drei genannten Gruppen zusammenrechnen, kommen Sie bereits auf 42 %, die anderen noch vorhandenen Gruppen mit Migrationshintergrund gar nicht eingerechnet. Wie sollen da die Deutschen den überwiegenden Teil an Tatverdächtigen stellen – da muss man noch nicht einmal die Relation 30 % Deutsche mit Migrationshintergrund+Ausländer gegenüber 70% Deutsche ohne Migrationshintergrund heranziehen. Hinzu kommt, dass in der von Ihnen erwähnten Statistik ausländerrechtliche Verstöße noch gar nicht erfasst sind, also noch hinzugerechnet werden müssten.

2023: 70,5 Mio. mit deutscher Staatsbürgerschaft, 1,323 Mio. Tatverdächtige = 1,877 %. 14 Mio. ohne deutsche Staatsbürgerschaft, 0, 923 Mio. Tatverdächtige = 6,59 %.

Das ist die wirkliche Relation, die aus politischen Gründen immer wieder unter den Tisch gekehrt wird. Gute Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Es ist unsere Aufgabe als Journalisten, auf die Zahlen zu schauen und uns nicht von Jongleuren hinters Licht führen zu lassen, die absolute und relative Zahlen verwechseln und Prozentsätze in die Welt



setzen, ohne die Basis zu nennen oder zu kennen, auf die Prozentsätze berechnet werden.

Fürs Geschichtsverständnis muss man erstmal Geschichte kennen, lieber Herr Koch."

Den letzten Satz beziehe ich nicht auf mich. Die Kriminalitätsstatistik fügen wir für Interessenten bei.

Eine weitere Meinung:

„Ich glaube, das mit den Volkshochschulen ist eine gute Idee, aber von den Wählern der AfD wird keiner kommen. Das geht denen nämlich am A... vorbei. Da halte ich es schon eher mit Ihrer Aussage: Man muss eine bessere Politik machen. Punkt.“

Zum Talk bei TV Berlin schreibt unsere Leserin: „Funke argumentiert wie alle Linksideologen – nämlich moralisch. Ich empfehle das neue Buch über Weimar von **Jens Bisky** (Die Entscheidung) – da geht es auch ums Zögern und damit Vorschub zu Rechts leisten der Sozialdemokratie.“

„Ups“, schreibt ein anderer Leser: „Ich hatte schon fast damit gerechnet, dass ihr beiden euch in die Haare kommt. Spannende Diskussion.“ Nein, das wird nie passieren...

Ed Koch

09) Kein Tag wie jeder andere. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 632-10

11. Dezember 2024

49. Jahrgang

Kein Tag wie jeder andere

Heute beantragt Bundeskanzler **Olaf Scholz** die Vertrauensfrage. Am 16. Dezember wird darüber abgestimmt und der Weg für Neuwahlen am 23. Februar 2025 frei gemacht. Vermutungen, dass die AfD aus reiner Gemeinheit für Scholz stimmen könnte und damit alles durcheinanderbrächte, halte ich für unwahrscheinlich, schließlich will **Alice** im Wunderland ja so schnell wie möglich Bundeskanzlerin werden.

Zwischen **Olaf Scholz** und **Friedrich Merz** liegen nur noch zwei Prozent – 43 zu 45 – bei der Frage, wer Bundeskanzler werden sollte. Scholz holt auf, Dank Söder. Nichts spielt der SPD besser in die Hände als ein Streit zwischen den Unionsschwestern. Dass sich Söder nicht zurückhalten kann, sondern andauern aus München einmischen muss, liegt in seinem unstillbaren Geltungsdrang begründet. An der Frage, ob die Grünen eine Koalitionsoption wären, wird sich zeigen, wie geeint CDU und CSU in den Wahlkampf gehen. Eine demokratische Partei von vornherein für eine mögliche Koalition auszuschließen, wie es Söder propagiert, ist kontraproduktiv. Die Frage ist, wer zuletzt lacht.

10:00 Uhr Potsdam

Ab 09:55 Uhr überträgt der rbb die Sitzung des Brandenburger Landtags mit dem Tagessordnungspunkt „Wahl des Ministerpräsidenten“. Ob um 10:40 die 499ste Folge von „In aller Freundschaft“ gezeigt werden wird, muss abgewartet werden. Wenn **Dietmar Woidke** nicht im ersten Wahlgang 45 Stimmen bekommt, geht's in die nächste Runde. Über 46 der 88 Sitze verfügt die Koalition aus SPD und BSW. Ein Abgeordneter des BSW will Woidke nicht mitwählen. Nur ein weiterer Abweichler würde einen zweiten Wahlgang auslösen. Im zweiten Wahlgang gewählt zu werden, ist keine Schande, **Klaus Wowereit** brauchte zwei, **Kai Wegner** sogar drei Urnengänge, um ins Amt zu kommen. So schlimm wie 2005 in Schleswig-Holstein, als **Heide Simonis** auch im vierten Wahlgang keine Mehrheit bekam, wird es sicherlich in Brandenburg nicht werden.

Es hängt viel davon ab, ob heute die Koalition in Brandenburg steht, nicht nur für dieses Bundesland, sondern für die ganze Republik. Scheitert die Koalition, würde sich das negativ für das BSW bei der Bundestagswahl auswirken. Gegenwärtig werden dem BSW zwischen fünf und acht Prozent prognostiziert. Beim einem Scheitern heute, könnte die Wagenknecht-Partei schnell wieder verschwinden.

Blanker Populismus

So schnell wie sich die Taliban 2021 Afghanistan einschließlich der Hauptstadt Kabul zurückerobert hatten, wurde jetzt Syrien und seine Hauptstadt Damaskus vom Terrorregime der Familie Assad befreit. Der Zeitfaktor ist aber die einzige Gemeinsamkeit, denn die Menschen in Afghanistan wurden vom Westen, der sich schnell zurückzog, Terroristen mit einem mittelalterlichen Weltbild überlassen, während islamistische Rebellengruppen und bewaffnete Milizen, mit welchem Weltbild auch immer, Syrien vom Terrorregime eines Familienclans befreiten.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist überhaupt noch nicht klar, wohin sich das Land entwickelt. Und so kann man **Olaf Scholz** nur beipflichten, wenn er zu Abschiebungen nach Syrien zur Zurückhaltung mahnt. „Zunächst sei die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass man in Syrien sicher leben könne.“ ZITM: ZEIT ONLINE

Dass Israel verhindern möchte, aus Syrien, von wem auch immer, angegriffen zu werden, ist verständlich. Ist es aber angemessen, jetzt das Land zu bombardieren und die syrische Flotte zu versenken? „Die Militärschläge zeigen, dass Regierungschef **Benjamin Netanjahu** Ernst macht mit der Neugestaltung der Region – zum Vorteil Israels. ‚Ich verändere das Gesicht des Nahen Ostens, so wie ich es versprochen habe‘, sagte er.“ Quelle: Süddeutsche Zeitung

Netanjahu, der mal wieder wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht stand, will eine „Neugestaltung der Region – zum Vorteil Israels“, eine „Veränderung des Gesichts des Nahen Osten“. Sorry, aber das erinnert sehr an den Größenwahn von **Adolf Hitler**, der gleich die ganze Welt neu ordnen wollte, oder an **Wladimir Putin**, der die Sowjetunion wieder stehen lassen möchte, womit ich Hitler und Putin nicht auf eine Stufe stellen möchte, auch wenn beide Faschisten sind.

Putin kämpft um seine Militärbasen und den Einfluss in Syrien, ein Land, das er mit seinen Bomben teilweise bis zur Unkenntlichkeit zerstört hat. Die USA bemühen sich um Kontakte zu den neuen Machthabern, die Kurdenfrage und der Einfluss der Türkei sind ungeklärt. Ist wirklich schon die Zeit gekommen, nach Syrien zurückkehren zu wollen?

Dass sich dennoch viele Syrer freuen und sofort ihre Koffer packen und nach Hause fahren wollen, ist verständlich. Die Rufe aber, alle rund eine Millionen Syrer jetzt so schnell wie möglich abzuschleppen, ist reiner Populismus. „Welche Auswirkungen hätte es auf



unsere Gesellschaft und Wirtschaft, wenn hierzulande lebende Syrer dieser Aufforderung wirklich nachkämen?", fragt das **ZDF** in einem Kommentar. „Zumindest für das deutsche Gesundheitssystem würde es nichts Gutes bedeuten. Denn: syrische Ärzte spielen vor allem in Krankenhäusern kleinerer Städte mittlerweile eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der Versorgung.“ Nicht nur in kleineren Städten, auch in Berlin.

Gesehen werden immer nur die Syrer, die mit Messern durch die Gegend laufen und Straftaten begehen. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Und es sind leider viele. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (*Kriminalität im Kontext von Zuwanderung Fokus: Fluchtmigration - Bundeslagebild 2023*) betrug 2023 der Anteil der Tatverdächtigen bei Menschen aus Syrien 19,2%, der Ukraine 11,6% und Afghanistan 11,2%. Den überwiegenden Teil an Tatverdächtigen stellen immer noch die Deutschen selbst.

Gesehen werden müssen aber vor allem die Zuwanderer, die hier ihre Existenzen aufgebaut haben, Arbeitsplätze geschaffen haben und Steuern zahlen. Nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch in der Gastronomie und im Baubereich sind Zugewanderte unentbehrlich. Man sollte also genau hinschauen, wem man eine Fahrkarte nach Hause in die Hand drückt.

Ed Koch

10) Lord oder Prinz, das ist hier die Frage. Von Ed Koch



Lord oder Prinz, das ist hier die Frage



Emil J. Ruderer (l.) als Kleiner Prinz, und Markus Thiel als Pilot. Bild: (c) Ralf K. Lang

Wie wäre es in diesem Jahr einmal zu Weihnachten mit dem „Kleinen Prinzen“ anstatt dem „Kleinen Lord“? Zwischen am 20. Dezember 2024 und 6. Januar 2025 ist seine Lordschaft dreimal in der ARD und darüber hinaus in vier Regionalsendern zu sehen und natürlich, bereits seit dem 1. Dezember in Endlosschleife in der ARD-Mediathek.

Seine Königliche Hoheit hingegen können Sie nur einmal erleben, dafür live. Das „Phoenix Forum Theater“ führt in einem Gastspiel am **Sonntag, dem 22. Dezember 2024, ab 19:00 Uhr**, den „Kleinen Prinzen – für Erwachsene“ im Stadttheater Köpenick (Hauptmannsklub), Wendenschloßstraße 103-105, 12557 Berlin, auf. Tickets 26,87 Euro, ermäßig 21,69 Euro.

<https://www.eventim-light.com/de/a/5a0c382eda84720495b64764/e/670d44e714836905230c4930>

Worum geht's beim „Kleinen Prinzen“?

„Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.“ Diese berühmte Erkenntnis aus **Antoine de Saint-Exupéry's „Der kleine Prinz“** berührt Groß und Klein. Erwachsene

lernen wieder mit Kinderaugen zu sehen – und Kinder verstehen die Welt der Erwachsenen besser. Daher wird die neu eingerichtete Bühnenumfassung in zwei Versionen gespielt – eine für Kinder ab 5, und eine längere für alle Menschen ab 12. Wie wunderbar die Reise des „Kleinen Prinzen“ Witz und Poesie verbindet, das gilt es neu zu entdecken.

Der Pilot Jacques Bernis (**Markus Thiel**) stürzt mit seinem Flugzeug allein in der Sahara ab. Überleben kann er nur, weil ihm ein wundersames Wesen erscheint – „Der kleine Prinz“ (**Emil L. Ruderer**). Dieser ist von einem Asteroiden auf die Erde gefallen und erzählt ihm von seiner Reise und den merkwürdigen Figuren, die ihm begegneten. Erst durch König, Geschäftsmann, Schlange oder Fuchs erkennen wir, wie wichtig Sonnenuntergänge, Schafe und die Sorge um eine Rose sind. Schließlich finden alle wieder nach Hause – der Pilot, „der Kleine Prinz“ – und wir.

Darsteller: Emil J. Ruderer, Markus Thiel, Nicola Daro, Jerome Winistädt, Jérôme Mallow, Oliver W. Koch und Olaf Michael Ostertag. Neu für die Bühne eingerichtet von Olaf Michael Ostertag. Bühnenbau: Jan Hofmann. Kostüme, Produktions- und Regieassistenz: Oliver W. Koch

Es lohnt sich, das Programm des Stadttheaters Köpenick anzuschauen, gerade auch für Familien.

<http://www.stadttheater-coepenick.de/>



Zuerst war das Buch: *Der kleine Prinz* ist eine mit eigenen Illustrationen versehene Erzählung des französischen Autors Antoine de Saint-Exupéry. Das Buch erschien 1943 in New York, wo sich Saint-Exupéry im Exil aufhielt, und wurde zu seinem bekanntesten Werk. *Der kleine Prinz* gilt als literarische Umsetzung des

moralischen Denkens und der Weiterkenntnis seines Autors und als Kritik an einem Werteverfall der Gesellschaft. Die Erzählung ist ein modernes Kunstmärchen und wird als Plädoyer für Freundschaft und Menschlichkeit interpretiert. Quelle: Wikipedia

Den „Kleinen Prinzen“ gibt es auch als Hörbuch, Hörspiel, im Konzert, als Ballette, Oper und Musical. Bereits 1950 gab es in Deutschland eine erste Bühnenumfassung. Ein „Plädoyer für Freundschaft und Menschlichkeit“. Nichts ist wichtiger als das in diesen Zeiten. Wir sehen uns in Köpenick!

Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 76 – E 100)

01) Das singende Bäumchen. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 633-06

8. Januar 2025

50. Jahrgang

Das singende klingende Bäumchen



Foto: Ed Koch

Kurz vor Weihnachten machte ich mich, von Mariendorf aus betrachtet, auf eine kleine Weltreise nach Köpenick. Auch ohne den legendären Hauptmann ist Köpenick immer eine Reise wert. Ein wirklich schöner Bezirk. Aber durch den Hauptmann ist Köpenick weltweit bekannt geworden.

Es gibt viele Erinnerungen an ihn, die aktivste ist der Hauptmannsclub in der Wendenschloßstraße, eine kleine, aber feine Kultureinrichtung mit einem abwechslungsreichen Programm. Angeschaut habe ich mir den „Kleinen Prinzen“, ebenso berühmt wie der Hauptmann. Kernsatz des Werks von **Antoine de Saint-Exupéry**: „Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.“ Eine großartige Aufführung mit einer beeindruckenden Darstellung der Titelfigur durch den jungen **Emil J. Ruderer**. Mit rund 30 Zuschauern waren die vorderen Reihen des Theatersaals gut belegt, es wäre aber noch Platz für mehr gewesen. Ja, Kleinkunst hat es nicht leicht.

Die Preise am Buffet sind sehr moderat, weit entfernt von denen größerer Spielstätten. Und, zur Verpflegung gehörten auch Schmalzstullen. Wunderbar. Im Augenblick sind keine weiteren Aufführungen geplant, wenn es so weit ist, geben wir Ihnen Bescheid. Schauen Sie doch mal selbst auf die Seite:

<http://www.klub103-5.de/Startseite.htm>

Darsteller: Emil J. Ruderer, Markus Thiel, Nicola Daro, Jerome Winistädt, Jérôme Mallow, Oliver W. Koch und Olaf Michael Ostertag. Neu für die Bühne eingerichtet von Olaf Michael Ostertag. Bühnenbau: Jan Hofmann. Kostüme, Produktions- und Regieassistentz: Oliver W. Koch

**Und nun zu einer anderen Aufführung:
Das singende klingende Bäumchen.**



Foto: Veranstalter

Worum geht's? Die schöne, aber hartherzige Prinzessin verlangt von ihrem zukünftigen Ehemann, „Das singende, klingende Bäumchen“ als Hochzeitsgeschenk. Das befindet sich im Zauberreich des bösen Zwerger. Auf der Suche nach dem Bäumchen muss der Prinz viele Gefahren überstehen. Nur wenn Arroganz und Falschheit besiegt sind, kann das Bäumchen wieder singen und klingen und das Glück zieht ein. Da dürfte wohl nach dem 20. Januar im Park des Weißen Hauses kein Bäumchen mehr klingen und singen.

Darsteller: Jerome Winistädt – Prinz, Patricia Röder - Prinzessin, Kräuterweiblein, Jürgen Witt – König, Oliver Koch - der böse Zwerg, Jan Hofmann – Schlosshauptmann, Anathasia Scherz – Erzählerin, Regle und Musik Bernd Wefelmeyer, Ausstattung Jan Hofmann, Buch Ramona Barth, Jan Hofmann

Ein spannendes, wie anrührendes Erlebnis - nicht nur für Kinder im Hauptmannsclub, Wendenschloßstraße 103-105, 12557 Berlin, am Sonntag, dem 19. Januar 2025 um 16:00 Uhr. Tickets: 11,34 Euro, Kinder 6,70 Euro.

Wir verlosen Tickets für die ganze Familie bis zu sechs Personen, Kinder dürfen Papa, Mama, Opa und Oma mitbringen.

Sponsort vom Förderverein Mitspieler für Kinder, Jugendliche und Familien e.V.

Ed Koch

1

02) Willkommen im Jahr 2025. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 633-01

1. Januar 2025

50. Jahrgang

Willkommen im Jahr 2025

Wir hoffen, dass Sie gut ins neue Jahr gekommen sind, vor allem unfallfrei. **paperpress** erscheint ab heute im 50sten Jahrgang, wird aber erst 2026 50 Jahre alt. Die erste Druckausgabe erschien am 1. Dezember 1976 im ersten Jahrgang. Wir müssen also noch ein Jahr durchhalten bis zum Jubiläum.

paper-press

Jugendpressedienst Tempelhof

1. Ausgabe

1. Dezember 1976

Pressemitteilung

Der Vorsitzende des Jugendpressedienstes Tempelhof und Leiter der Abt. 17 (ab 1976) des Jugendclubs Galerie Bungalow, Peter Meising, wird zum 1. Dezember 1976 offiziell "paperpress" veröffentlichen.

Die Ausgabe wird an die zuständigen Stellen des Amtes für Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Bezirks Tempelhof-Schöneberg zur Veröffentlichung und Verbreitung über den Kanal des Jugendclubs Bungalow.

Arbeitskreis eröffnet

Im Rahmen einer Arbeitskreis mit Mitgliedern des Bezirks wurde am Donnerstag, dem 11. Dezember 1976 eine Arbeitskreis mit Vertretern des Jugendclubs Bungalow eröffnet.

Der Leiter des Jugend- und Informationsdienstes des Bezirks, Dr. Werner Dittmann, begrüßte den Arbeitskreis und die Mitglieder des Jugendclubs Bungalow. Er gab eine Einführung in die Arbeit des Jugendclubs Bungalow und erläuterte die Aufgaben des Jugendclubs Bungalow. Er gab auch eine Einführung in die Arbeit des Jugendclubs Bungalow.

Die Arbeitskreis wird von Dittmann geleitet und hat die Aufgabe, die Arbeit des Jugendclubs Bungalow zu unterstützen.

Veranstaltungen für Jugendliche im Tempelhof

Im Rahmen eines Events am Donnerstag, dem 11. Dezember 1976, an dem die Jugendlichen des Jugendclubs Bungalow teilnahmen, wurde eine Präsentation der Arbeit des Jugendclubs Bungalow durchgeführt. Die Jugendlichen des Jugendclubs Bungalow wurden über die Arbeit des Jugendclubs Bungalow informiert.

Die Jugendlichen des Jugendclubs Bungalow wurden über die Arbeit des Jugendclubs Bungalow informiert.

171 Galerie Bungalow, Mercedesstr. 171, 10785 Berlin, Tel. 720 41 41
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Meising
Alle Rechte und Marken sind an den Verleger übertragen.

In den ersten Ausgaben ging es hauptsächlich um Angelegenheiten, die den Jugendclub **Galerie Bungalow** betrafen. Jene Einrichtung, in der **paperpress** zu Hause war und die Redaktion tagte. Die Gründung von **paperpress** war ein Akt der Notwehr gegenüber dem **Jugendamt Tempelhof**. Das verlangte, dass alle Pressemitteilungen über Veranstaltungen den offiziellen Dienstweg zu gehen haben.

1. Der Leiter des Jugendclubs verfasst einen Text,
2. den er an den zuständigen Sachbearbeiter im Jugendamt weiterzuleiten hat,

3. dieser schaut mal drauf, und wenn er einverstanden ist,
4. gibt er ihn weiter an den Leiter des Amtes Jugendförderung,
5. wenn auch dieser einverstanden ist, oder Änderungen vorgenommen hat, wird der Text an das Büro des Jugendstadtrates weitergeleitet,
6. wo Stadtrat und Jugendamtsdirektor einen kritischen Blick darauf werfen.
7. Nächste Station: Pressestelle des Bezirksamtes.
8. Der fachkundige Leiter der Pressestelle schaut sich den Text an und verändert ihn gegebenenfalls.
9. Es erfolgt die Weiterleitung an den Bezirksbürgermeister, der die Genehmigung zur Veröffentlichung gibt.
10. Die Pressestelle versendet dann die Veranstaltungankündigung per Post, Faxgeräte gab es noch nicht in der Pressestelle.
11. Die Pressemitteilung erreicht die Medien.

Veranstaltungskalender

Der ersten Film- und Kulturveranstaltung wurde Eröffnung der Weihnachtsfeier des Jugendclubs Bungalow. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt.

Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt.

Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt.

Tag der Jugendlichen

Der Tag der Jugendlichen wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt.

Arbeitskreis

Der Arbeitskreis wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt.

Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt.

Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt.

Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt. Die Veranstaltung wurde am Freitag, dem 10. Dezember 1976, im Jugendclub Bungalow durchgeführt.

paperpress

Nr. 633-01

1. Januar 2025

50. Jahrgang

Wenn man Glück hatte, war der Termin der Veranstaltung noch nicht vorbei. Die Bezirksblätter sind damals wie heute wöchentlich erschienen, brauchen also einen längeren Vorlauf. Oft blieben die Ankündigungen deshalb auf der Strecke.

Um den Elf-Punkte-Parcours abzukürzen, gründeten am 7. April 1976 ein paar Jugendliche unter konspirativer Mitwirkung des Jugendclubleiters paperpress, anfangs hauptsächlich mit dem Zweck, die Veranstaltungshinweise und Berichte direkt an die Medien weiterleiten zu können. 1979 wurde, um die Sache auf ein tragfähiges juristisches Fundament zu stellen, der gemeinnützige Verein Paper Press e.V. gegründet, zur großen Freude des Jugendamtes.

Einmal durch die Jahre

Der erste Jahrgang der Berliner Jugendblätter erschien im Sommer 1976 auf 48 Seiten, bei 100 Exemplaren. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.

Die ersten Jahrgänge waren eher als Zeitschriften für Jugendliche gedacht, die sich mit den Themen der Jugend beschäftigten. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.

Die ersten Jahrgänge waren eher als Zeitschriften für Jugendliche gedacht, die sich mit den Themen der Jugend beschäftigten. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.

Die Zeit der Jugendblätter

Die ersten Jahrgänge waren eher als Zeitschriften für Jugendliche gedacht, die sich mit den Themen der Jugend beschäftigten. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.

Die Zeit der Jugendblätter

Die ersten Jahrgänge waren eher als Zeitschriften für Jugendliche gedacht, die sich mit den Themen der Jugend beschäftigten. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.

Die Zeit der Jugendblätter

Die ersten Jahrgänge waren eher als Zeitschriften für Jugendliche gedacht, die sich mit den Themen der Jugend beschäftigten. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.



Auch wenn der Text klar formuliert war und alle Einzelheiten des Veranstaltungsprojektes erwähnt wurden, mussten die Beteiligten der Verwaltungskette ihre Existenzberechtigung dadurch unter Beweis stellen, dass sie Korrekturen vornahmen.

Eine direkte Kontaktaufnahme des Leiters der kommunalen Einrichtung mit den Medien war ihm untersagt. (*Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung, Allgemeiner Teil (GGO I) § 21 - Verkehr mit den Medien. Der Verkehr mit den Medien obliegt den Pressestellen der Senatsverwaltungen und der Bezirksverwaltungen.*)

Der Jugendclub Bungalow entwickelte sich sehr schnell zum galasischen Dorf im Bezirk. Das Jugendamt Tempelhof hatte ein recht autoritäres Verhältnis gegenüber den freien Trägern der Jugendarbeit. Besonders unbeliebt waren Gründungen von Vereinen in den Einrichtungen, vor allem wegen ihrer Unabhängigkeit.

Die Zeit der Jugendblätter

Die ersten Jahrgänge waren eher als Zeitschriften für Jugendliche gedacht, die sich mit den Themen der Jugend beschäftigten. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.

Die Zeit der Jugendblätter

Die ersten Jahrgänge waren eher als Zeitschriften für Jugendliche gedacht, die sich mit den Themen der Jugend beschäftigten. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.

Die Zeit der Jugendblätter

Die ersten Jahrgänge waren eher als Zeitschriften für Jugendliche gedacht, die sich mit den Themen der Jugend beschäftigten. Die Redaktion lag bei der Berliner Jugend, die Druckerei bei der Berliner Zeitung.

Schon bald wurde auch über andere Themen berichtet, und, wenn es erforderlich schien, Kritik am Jugendamt geäußert, was sehr gut ankam. paperpress war schnell als Kampfblatt verschrien. Politiker und Behörden ertragen alles, bloß keine Kritik. Nun, das alles ist jetzt fast 50 Jahre her, und paperpress gibt es immer noch. Als sich ein Stadtrat mal wieder fürchterlich aufregte, sagten wir ihm prophesierend: „Wenn Sie schon längst nicht mehr im Amt sind und sich niemand an Ihren Namen erinnern kann, wird es paperpress immer noch geben!“

Ed Koch

03) Revitalisierung in Alt-Biesendorf

paperpress

seit 1976

Nr. 632-17

21. Dezember 2024

49. Jahrgang

Revitalisierung in Alt-Biesendorf



Foto: Werner Papp

Ein Meilenstein in der Revitalisierung des **Guts Alt-Biesendorf** wurde erreicht: Nach langjähriger Planung und intensiven Sanierungsarbeiten konnte mit dem ehemaligen Pferdestall das erste von insgesamt drei Baudenkmalern erfolgreich fertiggestellt und an die zukünftigen Nutzerinnen übergeben werden. Die Schlüsselübergabe an einen Trägerverein des Stadtteilzentrums Biesdorf erfolgte Ende November.

Die denkmalgeschützten Gebäude, die einst zur landwirtschaftlichen Nutzung des Guts gehörten, beherbergen nach der Sanierung insgesamt zwölf Mieteinheiten und umfassen eine Gesamtfläche von ca. 2.050 m² Nutzfläche. Sie stellen eine bedeutende Bereicherung für das umliegende Wohn- und Gewerbequartier dar.

Die drei Gebäude – der ehemalige Kuhstall, der Pferdestall sowie der Getreidespeicher – wurden zwischen 1888 und 1902 errichtet und sind architektonische Zeugnisse ihrer Zeit. Die umfangreiche Grundsanierung und Wiederherstellung der historischen Strukturen sowie die energetische und bautechnische Ertüchtigung wurde vom Berliner Architekturbüro D/Form geplant, das auch die Umbauarbeiten koordinierte. Sie umfassten unter anderem die Erneuerung der Dächer, die Schadstoffsanierung, den Einbau von Innendämmungen sowie den Anschluss an das Nahwärmenetz des Quartiers.

„Wir freuen uns, dass wir diese herausfordernden Sanierungsprojekte in Kürze erfolgreich abschließen können“, sagte STADT UND LAND-Geschäftsführer **Ingo Malter**. „Der Erhalt der historischen Bausubstanz war eine komplexe Aufgabe, die wir mit großer

Sorgfalt und unter Berücksichtigung der Auflagen der Denkmalschutzbehörde angegangen sind.“ Besonderer Wert wurde bei der Sanierung auf den denkmalgerechten Innenausbau der Gebäude gelegt, um moderne Gewerbeflächen für unterschiedliche Nutzungen zu schaffen. Hierbei wurden zeitgemäße Haus- und Kommunikationstechniken integriert, um den zukünftigen Mieterinnen eine optimale Arbeitsumgebung zu bieten.

Das Quartier zeichnet sich durch seine niedrige Bebauung, großzügige Grünflächen und einen öffentlichen Platz aus, der eine angenehme Atmosphäre schafft. Für die Gewerbeflächen sind separate Stellplätze vorgesehen, während das Wohnen in den angrenzenden Gebäuden stattfindet, um eine klare Trennung der Nutzungsbereiche zu gewährleisten.

Die Gesamtfertigstellung der Denkmäler ist bis zum Frühjahr 2025 geplant. Das revitalisierte Gut Alt-Biesendorf wird neben den Gewerbeflächen auch Raum für Dienstleistungen, Gesundheitsfürsorge und öffentliche Einrichtungen bieten und somit eine wichtige Rolle im lokalen Gemeinschaftsleben spielen.



Am 3. Juli 2020 hatte STADT UND LAND zu einem Rundgang durch das Wohnquartier „Gut Alt-Biesendorf“ eingeladen, wo 515 Wohnungen entstanden sind.



Damals dabei: (v.l.n.r.) die Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, **Dagmar Pohle**, der Geschäftsführer der Kondor Wessels Wohnen **Vincent L.M. Mulder**, der Regierende Bürgermeister **Michael Müller** sowie der Aufsichtsratsvorsitzende und der Geschäftsführer der STADT UND LAND; **Dr. Christoph Landerer** und **Ingo Malter**.

1

paperpress

seit 1976

Nr. 632-17

21. Dezember 2024

49. Jahrgang

Das Wohnquartier verfügt über ein eigenes Blockheizkraftwerk, das die Versorgung mit Heizung und Warmwasser sicherstellt. Es wird durch Kraft-Wärme-Kopplung mit Erdgas als Energieträger gespeist.



Der damalige Regierende Bürgermeister **Michael Müller** sagte anlässlich des Baustellenrundgangs: „Dieses entstehende Quartier zeigt beispielhaft, welche Qualitäten und Vorzüge Wohnstandorte außerhalb der Innenstadt bieten können. Hier wird dringend benötigtes bezahlbares Wohnen ermöglicht, das zugleich gründlich durchdachte, passende Angebote für die verschiedenen Generationen vorsieht und den Menschen ein wirkliches Zuhause und ein Miteinander ermöglicht. Das bestätigt uns als Landesregierung in unserem Kurs, die landeseigenen Wohnungsgesellschaften stärker am Neubau zu beteiligen, um das sozialverträgliche und gemeinwohlorientierte Wohnen in unserer Stadt weiter voranzubringen. STADT UND LAND hat hier wegweisend gedacht und geplant.“

Darüber hinaus lobte Müller die Kraftanstrengung des Bezirks bezüglich der angrenzenden Infrastruktur für Kinder, Schule und Freizeit, die hier ein lebenswertes Umfeld schaffe. Bei allen Erwartungen an die soziale Komponente der städtischen Wohnungsbau-gesellschaften, müsse berücksichtigt werden, dass die Unternehmen auch wirtschaftlich arbeiten können, um den Bestand an Wohnungen durch Neubau und Zukauf zu erhöhen. Dem Regierenden Bürgermeister ist auch die soziale Durchmischung der Wohnquartiere besonders wichtig.

Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND, sagte: „Wenn von Marzahn-Hellersdorf die Rede ist, denken manche Berliner aus anderen Stadtteilen noch immer hauptsächlich an Großwohnsiedlungen in DDR-Bauweise. Dass der Bezirk deut-

lich vielfältiger ist, zeigt unter anderem diese neue Wohnlage auf dem Gutsgelände in Alt-Biesdorf. Das Projekt war eine städtebauliche Herausforderung, die wir mit großer Freude umgesetzt haben, da wir hier neben unserem Auftrag der Wohnraumversorgung Berlins auch einen historischen Ort mit neuem Leben entstehen lassen.“



Fotos: Ed Koch

Die Lücke im historischen Ortsbild von Alt-Biesdorf wurde geschlossen, die drei auf dem Grundstück vorhandenen denkmalgeschützten Gebäude werden behutsam saniert und in die Neubebauung eingebettet.“

Quellen: STADT UND LAND / paperpress-Archiv

04) Willkommen in Berlin. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976

Nr. 632-16

20. Dezember 2024

49. Jahrgang

Willkommen in Berlin

Mit den Touristen ist das so eine Sache. Warum können nicht Rollkoffer mit leisen Gummirädern hergestellt werden? Die Hartplastikteile verursachen ein nerviges Geräusch, wenn Berlinbesucher mit ihren Koffern über das Kopfsteinpflaster poltern. Das ist nicht der einzige Grund, weshalb uns Touristen nerven. Überall sind sie, bilden lange Schlangen an den Museumseingängen, wo wir Einheimischen auch gerade mal reinwollten, besetzen die Plätze in unseren Lieblingslokalen, und so weiter. Also all das, was wir auch veranstalten, wenn wir andere Städte besuchen und die dortigen Einwohner nerven.

Aber: Tourismus ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der unsere klamme Stadtkasse füllt, sondern auch ein Zeichen für Internationalität, auf die wir so stolz sind. Sich gegenseitig besuchen zu können, ist ein großes Privileg demokratischer Staaten. In Diktaturen sollte man nicht unterwegs sein, weil einen schon kleinste Anlässe ins Gefängnis bringen können.

Wir sollten einiges tun, damit Besucher aus aller Welt weiterhin Berlin attraktiv finden und es sich auch leisten können. Es ist nicht so, dass die Leute im Urlaub den eigenen Kontostand ausblenden.

Warum kommen die Menschen zu uns? Natürlich wegen der Kultur, die gerade mächtig rasiert wurde. Wer Baustellen und durch Poller abgetrennte Fahrradstreifen mag, ist in Berlin richtig, aber, wem gefällt das schon. Bei der Konsolidierung des Haushalts schauen Senat und Abgeordnetenhaus nicht nur auf die Ausgabenseite, sondern auch darauf, wie noch mehr Geld generiert werden kann.

So hat das Abgeordnetenhaus gestern beschlossen, die Übernachtungssteuer (City Tax) zum 1. Januar 2025 von bisher 5 auf 7,5 Prozent zu erhöhen. Der Hotel- und Gastronomieverband Berlin e.V. (DEHOGA Berlin) äußert massive Kritik an dieser Entscheidung und warnt vor einschneidenden, langfristigen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit Berlins als Tourismus- und Kongressstandort.

„Die Erhöhung der City Tax bedeutet für die Berliner Hotellerie eine erhebliche wirtschaftliche Belastung und stellt aufgrund der extremen Kurzfristigkeit (ab 20.12. bleiben 4-5 Arbeitstage) eine kaum zu bewältigende organisatorische Herausforderung dar: Die Betriebe sind gezwungen, ihre Preisstrukturen anzupassen, Buchungs- und Abrechnungssysteme zu aktualisieren und ihre Gäste entsprechend zu informie-

ren – und das mitten in der Hochphase des Jahreswechsels. Leitfäden der Senatsverwaltung für Finanzen für die Umsetzung stehen noch nicht zur Verfügung.



„Für uns ist es absolut unverständlich, dass die Betroffenen nicht frühzeitig eingebunden wurden“, kritisiert Gerrit Buchhorn, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA Berlin. „Politik und Verwaltung wissen nicht, wie die Situation in den Betrieben aussieht und wie komplex die Abläufe in einem Hotelbetrieb sind. Sonst wäre die Entscheidung vielleicht anders ausgefallen.“

Der DEHOGA Berlin warnt vor spürbaren negativen Folgen der Steuererhöhung. Höhere Übernachtungskosten werden insbesondere preissensible Gäste abschrecken und dazu führen, dass sie alternative Reiseziele wählen. Dies gefährdet nicht nur die Hotellerie, sondern trifft auch die gesamte Berliner Wirtschaft – insbesondere Gastronomie, Einzelhandel und Kulturbetriebe.

Der DEHOGA Berlin kritisiert, dass die Entscheidung ohne ausreichende Konsultation der betroffenen Branche im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens getroffen wurde. Es gilt der alte Spruch: Betroffene bei Entscheidungen mit einzubeziehen, hält nur auf.

Seit September 2024 hat der Verband sowohl seine Bedenken als auch konstruktive Alternativvorschläge zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen – darunter die Ausweitung der Außergastronomie oder zusätzliche Sonntagsöffnungen – mehrfach schriftlich gegenüber dem Regierenden Bürgermeister und Senatsmitgliedern geäußert. Ebenso wurde vorgeschlagen, die letzte Anpassung des Gesetzes vom 1. April 2024 zu nächst zu evaluieren, bevor über eine erneute Erhöhung gesprochen wird.

1

paperpress

seit 1976

Nr. 632-16

20. Dezember 2024

49. Jahrgang

Auch beim Runden Tisch Tourismus am 10. Dezember 2024 wurde die geplante Steuererhöhung seitens des Branchenverbandes eindringlich thematisiert. Die vorgetragenen Bedenken fanden jedoch kaum Beachtung.

„Diese und andere Maßnahmen gefährden nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität Berlins als Tourismusdestination“, so Buchhorn abschließend. „Der Verband wird rechtliche Schritte gegen die kurzfristige Erhöhung der City Tax prüfen und gegebenenfalls einleiten.“

Willkommen in Berlin, aber bitte nicht vergessen, genügend Geld mitzubringen.

Ed Koch

Quelle und Foto: DEHOGA

05) Verantwortung übernehmen: STADT UND LAND investiert in Gemeinschaft und Zusammenhalt

paperpress

seit 1976

Nr. 632-14

18. Dezember 2024

49. Jahrgang

Verantwortung übernehmen: STADT UND LAND investiert in Gemeinschaft und Zusammenhalt



Maria Mohler, Schulleiterin der Wilhelm-Bölsche-Schule, Larissa Mogk, Projektleiterin des mobilen Demokratielabors bei Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V. und Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH.
Foto: STADT UND LAND/Christian Kruppa.

Gesellschaftliches Engagement ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenskultur der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH. Als kommunales Wohnungsunternehmen mit 100-jähriger Tradition trägt die STADT UND LAND nicht nur Verantwortung für die Bereitstellung von Wohnraum, sondern auch für das soziale Miteinander in den Berliner Kiezen. Mit gezielten Spenden- und Sponsoringmaßnahmen hat das Unternehmen auch im Jubiläumsjahr 2024 zahlreiche Projekte und Initiativen gefördert, die Berlin und seine Kieze lebenswerter machen.

Ingo Malter, STADT UND LAND Geschäftsführer: „Als kommunales Wohnungsunternehmen ist es für uns selbstverständlich, über die Grenzen unserer Gebäude hinaus Verantwortung zu übernehmen. Mit unserem Engagement möchten wir dazu beitragen, Berlin als lebenswerte und solidarische Stadt zu fördern.“ **Natascha Klimek**, Geschäftsführerin der STADT UND LAND: „Gemeinschaft ist der Schlüssel zu lebenswerten Quartieren. Mit unseren Förderprojekten wollen wir die Vielfalt und das soziale Miteinander in Berlin aktiv unterstützen und weiterentwickeln.“

Seit Jahren engagiert sich das Wohnungsunternehmen in vielfältigen Bereichen, die direkt den Menschen in ihren Quartieren zugutekommen. Ob in Bildung, Sport, Kultur, Integration und Soziales – die

STADT UND LAND versteht sich als Partner der Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Dabei werden vielfältige Projekte, die die Lebensqualität steigern, Nachbarschaften stärken und allen Generationen Perspektiven bieten, unterstützt. Der Grundsatz, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, ist seit 100 Jahren fest in der Unternehmens-DNA verankert. Investitionen in das soziale Gefüge sind dabei ebenso wichtig, wie der Bau und die Pflege von Wohnraum.

Auch in diesem Jahr hat sich die STADT UND LAND erneut für Projekte eingesetzt, die gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Teilhabe fördern. Dabei reichte die Unterstützung von finanziellen Zuwendungen über Sachleistungen bis hin zur Bereitstellung von Räumen mit besonderem Fokus auf Initiativen für Kinder, Jugendliche, Senioren und benachteiligte Gruppen.

Ein Beispiel ist die Förderung eines mobilen Demokratielabors des Vereins „Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.“, das an zwei Berliner Schulen Demokratie erlebbar machte. Mit interaktiven Materialien und Methoden wurden den Schülerinnen und Schülern innovative Zugänge zu Grundgesetz und Zivilcourage eröffnet.



Am Stand von STADT UND LAND mit der damaligen Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (2.v.l.) und Ingo Malter. Foto: Ed Koch

Seit 2017 unterstützt STADT UND LAND als einer der Hauptsponsoren auch das jährliche kommunale Spielfest für die ganze Familie im Volkspark Mariendorf.

Quellen: STADT UND LAND
Archiv MiSpiele e.V.

06) Müller beim Tagesspiegel. Von Ed Koch

paperpress-newsletter

Kommunalpolitik - Jugend - Wirtschaft - Kultur

Nr. 512 P

17. Dezember 2014

39. Jahrgang

Müller beim Tagesspiegel

Eine Liebesbeziehung ist es nicht, zwischen Michael Müller, seit dem 11. Dezember Regierender Bürgermeister, und dem Tagesspiegel. Dazu gab das Blatt zu oft Anlass zum Kopfschütteln. Ein paar Spitzen konnte sich Michael Müller in Richtung der beiden Chefredakteure Stephan-Andreas Casdorff (links) und Lorenz Maroldt (rechts) beim gestrigen Leserforum im Haus des Tagesspiegels am Askanischen Platz deshalb auch nicht verknäulen.



Ansonsten ging es äußerst höflich, ja geradezu freundlich zu. Kein Thema, das in den 90 Minuten angesprochen wurde, zu dem Müller nicht mit fundiertem Wissen glänzte. Und wenn etwas nicht gut gelaufen ist, dann sagt er es auch, redet nichts schön, sondern kündigt an, in dieser und jener Frage besser werden zu müssen.

In Maroldts Checkpoint-Newsletter, der auch heute früh pünktlich um 5:42 Uhr im Mailingang ankam, spricht Maroldt von einer „interessanten Erfahrung“ bei der Frage, ob Michael Müller „dünnhäutig ist“. „Wie angepikst legt er dann los“, schreibt Maroldt, „spricht von einer gewissen Härte, die zum Amt gehört, fragt, ob es wirklich positiv sei, alles an sich abperlen zu lassen, gibt gleich die Antwort selbst, ne!, und dann sehe man ihm die schlechte Laune eben auch mal an: „Na und? Warum soll man als Politiker sich nicht auch mal ärgern oder schlechte Laune haben!“ Und dann, für Maroldts Verhältnisse äußerst ungewöhnlich, die Bewertung: „Sehr sympathischer Auftritt.“

Maroldts Lieblingsthema, der BER, nahm natürlich breiten Raum ein. „Zum Rückzug von Hartmut Mehdorn sagt Müller, dass er ihn bedaure, nicht ganz verstehe und: dass er überraschend kam“, schreibt Maroldt in seinem Newsletter. Und weiter: „Das allerdings ist überraschend, denn bereits am Montag vor einer Woche hatte Mehdorn im Kreis von Wirtschaftsleuten getobt und angekündigt, Ende der Woche zurückzutreten, weil hinter seinem Rücken bereits sein Nachfolger gesucht werde. Müller war in diese Suche involviert, er hatte sogar einen Termin mit einem Kandidaten vereinbart.“ Das hatte Maroldt am selben Tag schon in seinem Frühkommen-

tar bei RadioEins behauptet. Ziemlich enttäuschend, dass er Müller damit nicht konfrontierte, sondern einfach darüber hinwegging. So hat Maroldt zweimal behauptet, dass Müller vor Mehdorns Rücktritt in die Suche um einen Nachfolger involviert war und sogar schon einen Termin mit einem Kandidaten vereinbart hatte, ohne Müller Face-to-Face dazu zur Rede zu stellen.

Müller hatte leichtes Spiel mit den beiden Chefredakteuren, die unterschiedlicher nicht sein können. Casdorff ist eine echte Frohnatur. Er lacht gern und oft an diesem Abend, denn Michael Müller ist sehr gut drauf und platziert seine Gags gekonnt. Casdorff will wissen, wie man Müller jetzt anspreche: Regiermeister? Herr Müller, ginge immer, sagt er, auch Michael, wobei sein Vater gegenwärtig von Michael auf Herr Regierender Bürgermeister umschwenke.

Maroldt gibt eher den Glangweilten, der oft auf die Uhr schaut, um das Ende nicht zu verpassen. Er zupft am Hosenbein, um den Abstand zwischen Socken und Hosenende zu verringern. Das gelingt nicht. Was kann Maroldt von Müller lernen? Bei solchen Veranstaltungen einfach Kniestrümpfe tragen.

Maroldts Fragestellung klingt investigativ, liefert Müller aber nur die Stichworte. Olympia? Ja, aber nur mit Volksabstimmung. Die Bezirke sind Großstädte mit einer gewählten Vertretung und somit Verantwortung. Der Senat verfüge nicht mehr über die Möglichkeit, alle Vorgänge an sich zu ziehen. Das könne sich unter einem Regierenden Bürgermeister Müller auch wieder ändern.

Wir empfehlen, online beim Tagesspiegel die Berichte zu lesen und Videoclips anzusehen. Am Donnerstag dann ein ausführlicher Bericht in der Druckausgabe.

Ed Koch (auch Foto)

07) KW 50 (08. bis 14.12.2024) – Ausgezeichnet

paperpress

seit 1976

Nr. 632-13

15. Dezember 2024

49. Jahrgang

KW 50 – Ausgezeichnet



Foto: Ed Koch

Die zu Ende gehende Woche begann mit einer Fete bei Mampe in Kreuzberg. Geladen hatte **Michael Müller** Familie, Freunde und wenige Sozialdemokraten zu seinem 60sten Geburtstag. Auch Bundeskanzler **Olaf Scholz** zählte zu den Gästen.



Die Location Am Tempelhofer Berg 6 ist eine Wohlfühlloase. Im Shop kann man nicht nur alles erwerben, was mit der Traditionsmarke zu tun hat, sondern es sich auch richtig gemütlich machen. Die Entwicklung des Magenbitters **Mampe Halb und Halb** begann 1831.

Mampe ist der Berliner Traditionsschnaps, der es im Laufe der Jahrzehnte nicht immer leicht hatte zu überleben. Neben der Urmarke gibt es viele verschiedene Sorten, Gin, Wodka, Winterapfel und Rote Grütze und natürlich Eier Likör, aber auch Mampe Null Null, also alkoholfrei. Zum Erhalt der Traditionsmarke kann man durch den symbolischen Erwerb eines Steins im Saal der Location beitragen und „Steinhaber“ werden. Plakette und Urkunde kosten 99 Euro, dafür gibt's 15 Prozent Rabatt auf die Einkäufe. Keiner besonderen Erwähnung bedarf es, dass der Autor dieses Beitrages natürlich „Steinhaber“ ist.

Mampe ist ein deutscher Spirituosen-Hersteller, dessen Ursprünge auf die Entwicklung des Magenbitters Bittere Tropfen im Jahr 1831 zurückgehen. Von 1890 bis ca. 1980 genoss die Marke einen hohen Bekanntheitsgrad. Zur wirtschaftlichen Hochzeit des Unternehmens wurden 70 Sorten Liköre, Weinbrände und andere Spirituosen in über 11.000 Verkaufsstellen vertrieben. Zitat: Wikipedia – www.mampe.berlin

Über einen Gruß aus News York habe ich mich am Dienstagmorgen gefreut. Ein Freund sandte mir von dort dieses Foto.



Fotos links: Oliver Theel – rechts: Manfred Neus

Natürlich erhielt die Queensboro Bridge ihren Namen nicht meinetwegen, sondern zu Ehren des New Yorker Bürgermeisters **Ed Koch**, der dieses Amt von 1978 bis 1989 ausübte. Bei einem Besuch in Berlin hatte ich Gelegenheit, ihn für **paperpress** zu interviewen.



Oliver Kalkofe und Elton gewinnen 4.500 Euro, 80 Euro für jeden Zuschauer ihres Teams. Screenshot ARD

Für meinen Sohn **Oliver** freut es mich, dass er bei „Wer weiß denn sowas“ in zwei Folgen am Mittwoch und Freitag knapp 150 Euro gewonnen hat. Mutig setzte er sich bei den Ende November in Hamburg aufgezeichneten Quiz-Sendungen mit **Kai Pflaume** in den Zuschauerblock hinter **Elton**, der häufig den Kürzeren gegenüber dem Fast-Alles-Wisser **Bernhard Hoëcker** zieht. Eine richtige Entscheidung.

Ausgezeichnet

Am Freitag zeichnete der Bezirk Tempelhof-Schöneberg Ehrenamtliche mit Verdienstmedaillen aus und übergab einen Förderpreis. Laudatoren waren die Bezirksamtsmitglieder, der BVV-Vorsteher, seine Stellvertreterin und eine Fraktionsvorsitzende. Ausführlich erwähnt und gewürdigt zu werden, hätten es alle Preisträger wir möchten uns in diesem Beitrag aber auf **Ulrich Misgeld** konzentrieren, dem Vorsitzenden des **UnternehmensNetzwerks Motzener Straße e.V.**, das er mitbegründet hat und seit fast 20 Jahren dort ehrenamtlich tätig ist. Zur Begrün-

derung heißt es: Das UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e.V. ist eine seit 2005 bestehende Initiative von Unternehmen des gleichnamigen Industriegebietes mit dem Ziel, die Kräfte der Unternehmen zu bündeln und zielgerichtet für die Weiterentwicklung des Standortes und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen einzusetzen. Getragen wird das Netzwerk durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit der lokalen Firmen und die engen Kontakte zwischen den Beteiligten.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann hielt die Laudatio und übergab Medaille und Urkunde an Ulrich Misgeld. Foto: Ed Koch

Am Standort Motzener Straße arbeiten rund 5.000 Beschäftigte in 200 Betrieben. Viele Unternehmen produzieren für die internationalen Märkte, zeigen eine hohe technologische Qualität mit eigenen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und tauschen sich auch im Netzwerk mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus. Tradition und Innovation sind in der Motzener Straße der Wachstumsmotor.

Als Mitbegründer des Unternehmerverbundes hat er in besonderer Weise dazu beigetragen, dass das Netzwerk heute eine Strahlkraft in den ganzen Bezirk und darüber hinaus hat.

Hervorzuheben sind insbesondere:

- Die Durchführung von Standortkonferenzen mit dem Bezirk, die über die Jahre zu einem vertrauensvollen konstruktiven Dialog geführt haben
- Die Förderung der Naturwacht im Diederdorfer Weg mit Rat und Tat sowie finanzieller Unterstützung seitens des Vereins
- Die Initiativen zur Verbesserung der Umweltbilanz im Gewerbegebiet Motzener Stra-

ße im Rahmen des Projekts NEMO - Null Emission Motzener Straße.

- Initiative zur Einrichtung des „Grünen Kraftwerks“ zur Förderung Erneuerbarer Energien im Industriegebiet
- Projekt „SLIM – smarte Logistik Marienfelde“ mit dem erfolgreich die Reduzierung des Zulieferverkehrs im Gebiet erprobt wurde

Durch seine hohe Motivation und sein ehrgeiziges Engagement, sein zukunftsorientiertes Denken und Handeln immer im Sinne der Gleichberechtigung sowie sein großer Einsatz für umweltbezogene Themen, um nächsten Generationen ein attraktives Lebensumfeld ermöglichen zu können, haben positive Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen, die Lebensqualität der angrenzenden Bewohner und die Arbeitsplatzsicherheit der Mitarbeiter in den einzelnen Unternehmen am Standort Motzener Straße. So bleibt das Industriegebiet ein wettbewerbsfähiger Standort mit Zukunft.

Absolut bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Art und Weise, mit der es ihm immer wieder gelingt, Menschen zusammen zu bringen und zu motivieren, mit ihm gemeinsam an der Verwirklichung von besonderen Zielen zu arbeiten.

Als Vorstandsmitglied der - APRIL Stiftung zur Förderung des unternehmerischen Denkens - unterstützt er gemeinsam mit einem erfahrenen Team aus Autoren, Beratern und Coaches im Bereich der Berufsorientierung sowie der Unternehmensgründung.

Seit November 2023 ist er zusätzlich ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Ricam Hospiz Stiftung, die im Nachbarbezirk Neukölln drei Einrichtungen betreibt, um Menschen in der letzten Lebensphase eine angemessene Betreuung zu bieten.

Als Hobby-Marathonläufer reicht seine Ausdauer darüber hinaus auch noch für anspruchsvolle Zukunftspläne und -wünsche:

- Der S-Bahnhof Buckower Chaussee soll im Anschluss an die Fertigstellung der Dresdner Bahn zum Regionalbahnhof ausgebaut werden
- Im ehemaligen Klärwerksgebäude im Schichauweg soll ein Umweltbildungszentrum („vom Klärwerk zum Klimawerk“) entstehen
- Ausbau des „Grünen Kraftwerks“ zu einer lokalen Versorgung damit die hier erzeugte erneuerbaren Energien im Gebiet bleiben.

Wann sich diese Wünsche erfüllen, ist nicht genau absehbar. Was aber heute schon feststeht: in 2025

feiert das UnternehmensNetzwerk Motzener Straße sein 20jähriges Bestehen und der Vorstand plant unter anderem ein großes Industriefest.



Die Ausgezeichneten: Matthias Gläser, Dieter Genz, Ulrich Misgeld, Ibrahim Yilmaz, Christina Kretschmann, Tamara Siebenmorgen-Koch, Nejat Kalayci, Christian Homann, Werner Götz sowie Mitglieder des Parking e.V. Gartenstadt Neutempelhof. Foto: Ed Koch

Wegner ernennt acht neue Stadtälteste von Berlin



Bild: Landesarchiv Berlin / Wu

Schon am Vormittag des 13. Dezembers ernannte der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** acht neue Stadtälteste. Der Titel klingt etwas antiquiert, denn alt fühlt sich von den Ausgezeichneten niemand, bislang ist aber keinem eine bessere Bezeichnung eingefallen. Insgesamt sind derzeit 28 Personen Stadtälteste.

Um die Stadtältesten Würde zu erlangen, müssen eine Reihe von Kriterien erfüllt sein: *Einwohnerinnen und Einwohner Berlins, die mehr als 20 Jahre lang der Stadt Berlin in Wahl- oder Ehrenämtern gedient haben und die älter als 65 Jahre sind, können Stadtälteste werden. Bei außergewöhnlichen Verdiensten,*

vor allem um die Entwicklung und Festigung der Demokratie und um die Wiedervereinigung Berlins, können diese Fristen unterschritten werden.

Die Ausgezeichneten bekommen eine vom Regierenden Bürgermeister und vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses unterschriebene Ernennungsurkunde. Zur Hervorhebung des Rangs dieser besonderen Würde soll die Zahl lebender Stadtältester nicht über 40 steigen. Der Senat lädt die Stadtältesten zu Feierlichkeiten als Ehrengäste ein. Sie bekommen kostenlos das Berliner Amtsblatt und Jahreskarten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG).

Geschichte der Stadtältestenwürde

Die rechtliche Grundlage für die Ernennung von Stadtältesten existiert seit 1808. Die ersten Stadtältesten waren 1820 die Kommunalpolitiker **Carl Christoph Natorp** und **Johann Ernst Meinhoff**. Beide hatten drei Wahlperioden lang als unbesoldete Stadträte gearbeitet. Eine Wahlperiode dauerte damals sechs Jahre. Natorp war Königlicher Haupt-Bank-Buchhalter. Meinhoff engagierte sich in der königlichen Verwaltung für die Armen Berlins. Während der Teilung Berlins 1948-1990 verlieh der Ostberliner Magistrat die Stadtältestenwürde nicht, während der West-Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus diese Tradition weiterführten. In der DDR gab es dafür „Helden der Arbeit.“

Die neuen Stadtältesten

Die in Berlin geborene Architektin und Stadtplanerin **Dorothee Dubrau** war anfangs als Parteilose mehrfach als Bezirksstadträtin tätig. Die Politikerin, die dann Mitglied von **Bündnis 90/Die Grünen** war, arbeitete später als Selbständige und als Dozentin sowie als Bürgermeisterin für Stadtentwicklung in Leipzig.

Die aus Neuhaus am Rennweg stammende **Gisela Greiner** startete beruflich als Textilfachverkäuferin und Fachschulabsolventin, trat der **Ost-CDU** bei und war Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Treptow und des Abgeordnetenhauses von Berlin, wo sie als Parlamentarische Geschäftsführerin tätig war.

Der in Straßburg gebürtige und international renommierte Theologe **Prof. Dr. Wolfgang Huber** war Bischof der **Evangelischen Kirche** in Berlin-Brandenburg und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er war auch Mitglied des Deutschen Ethikrates und widmete sich in seinen Ehrenämtern besonders der Wertevermittlung in Wirtschaft und Gesellschaft.

paperpress

seit 1976

Nr. 632-13

15. Dezember 2024

49. Jahrgang

Der Berliner Jurist **Jürgen Klemann (CDU)** ist ehemaliger Bezirksbürgermeister von Zehlendorf, war Senator für Schule, Berufsbildung und Sport sowie für Bauen, Wohnen und Verkehr. Danach arbeitete er als Rechtsanwalt und als Vorstand der Wohnungsbaugesellschaft GEHAG GmbH in Berlin.

Der Berliner Rechtsanwalt **Hans-Georg Lorenz (SPD)** wirkte als Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Spandau und über mehr als zwei Jahrzehnte im Abgeordnetenhaus. Dort arbeitete er mehr als 20 Jahre als Integrationsprecher und setzt sich nach wie vor für in Berlin lebende Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ein.

Die in Berlin geborene **Petra Merkel (SPD)** begann ihr Berufsleben als Kaufmännische Angestellte, engagierte sich als Bürgerdeputierte, Bezirksverordnete, Stadträtin, Abgeordnete und Staatssekretärin. Sie ist Präsidentin des Internationalen Bundes (IB) und wirkt als Vizepräsidentin des Chorverbands Berlin.

Der Lehrer und gebürtige Berliner **Andreas Statzkowski** engagierte sich als **CDU**-Mitglied in der Bezirksverordnetenversammlung, wurde Stadtrat und Bezirksbürgermeister, Abgeordneter sowie Staatssekretär für Inneres und Sport. Er arbeitet ehrenamtlich im Sport-Club Charlottenburg e.V. und ist Präsident des Berliner Leichtathletik-Verbands.

Die Lübeckerin, Restauratorin und Kunsthistorikerin **Dr. Elisabeth Ziemer** setzte sich als Mitglied von **Bündnis 90/Die Grünen** in Bezirksverordnetenversammlung und Abgeordnetenhaus für behutsame Stadtentwicklung ein. Sie wirkte als Stadträtin und Bezirksbürgermeisterin von Schöneberg und sitzt dem Verein *Denk mal an Berlin e. V.* vor.

Drei Christdemokraten und jeweils zwei Grüne und Sozialdemokraten sowie ein Theologe. Das nenne ich ausgewogen, sieht man einmal davon ab, dass die Linke leer ausging.

Was noch?

Die Kriege gehen weiter, in der Ukraine unvermindert. Und allen Forderungen zum Trotz, hat sich Putin immer noch nicht an den Verhandlungstisch gesetzt, obwohl **Sahra Wagenknecht** schon Kaffee gekocht und Kekse gebacken hat. In Brandenburg und Thüringen gibt es von Wagenknechts Gnaden einen neuen alten und einen neuen Ministerpräsidenten. Wobei: In Thüringen wäre **Mario Voigt** ohne seinen Vorgänger **Bodo Ramelow** nicht Ministerpräsident geworden. Die Brandmauer zu den Linken bröckelt, und das ist gut so.

Was ist aber mit den Wählern in Brandenburg los? Am 22. September verhalfen sie **Dietmar Woidke** noch zum Sieg, und anstatt sich zu freuen, dass es in Brandenburg eine stabile Regierung gibt, senken sie die SPD in der neuesten Umfrage von 30,9 auf 28 Prozent ab, während die AfD wieder bei 30 Prozent steht, knapp über dem Ergebnis vom September. Auch das BSW schwächelt leicht, von 13,5 auf 12 Prozent. Die CDU gewinnt drei Punkte dazu, von 12,1 auf 15 und die Grünen wären mit 5 (4,1) Prozent wieder im Landtag.

Die Berliner Parteien bereiten sich auf die Neuwahl am 23. Februar 2025 vor. Morgen stellt **Olaf Scholz** die Vertrauensfrage im Bundestag. Was, wenn die FDP plötzlich für ihn stimmt? Immerhin hat sich die alte Ampel aufgeschwungen und wieder zusammengefunden, um noch für kräftige Steuersenkungen zu sorgen, die „Kälte Progression“ soll wärmer werden und mehr Kindergeld geben. Es ist halt Weihnachten.

Bei der **Berliner CDU** fand die Bescherung schon statt. **Spitzenkandidat ist Jan-Marco Luczak**. Vermutlich wird er den Platz Eins der Liste nicht brauchen, sondern wie 2009, 2013 und 2017 seinen Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg erneut direkt gewinnen. 2021 landete er auf Platz Drei hinter **Kevin Kühnert** und **Renate Künast**, die beide nicht mehr antreten. Die Generalsekretärin **Ottilie Klein** steht auf Platz Zwei. Um Platz Drei wollte sich **Mario Czaja** nicht streiten und verzichtete. Er will seinen Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf wieder direkt gewinnen, den er 2021 erstmals gegen **Petra Pau** eroberte, die seit 2002 viermal vorne lag.

Die **Berliner SPD** legt ihre Liste am 18. Dezember fest. Wie die **Berliner Morgenpost** berichtet, verzichtet **Michael Müller** auf Platz Eins zugunsten von **Annika Klose** und kandidiert für den zweiten Platz. Die **Grünen** haben Müllers Gegenkandidatin in Charlottenburg-Wilmersdorf, **Lisa Paus**, erneut auf Platz Eins ihrer Landesliste gesetzt. Also Paus gegen Klose und Luczak gegen alle. Die SPD hätte ihren Platz Eins prominenter besetzen können.



Abbildung: YouTube

Bleibt nur noch, Ihnen einen besinnlichen 3. Advent am „Gaudete-Sonntag“ zu wünschen, der „Freut Euch“ bedeutet.

Ed Koch

08) Geht das gut mit dem BSW?

Geht das gut mit dem BSW?

Posteingang

paperpress@berlin.de Di., 10. Dez., 14:39 (vor 9 Tagen)

an paperpress

Geht das gut mit dem BSW?



Heute Abend um 19:30 Uhr diskutieren **Prof. Dr. Hajo Funke** von der FU Berlin und paperpress-Herausgeber **Ed Koch** in **Andreas Dorfmanns** Sendung „*Meine Meinung*“ bei **TV Berlin** und [youtube.de](https://www.youtube.de) zum Thema „*Bündnis Sahra Wagenknecht*“. Die Koalition zwischen SPD und BSW in **Brandenburg** steht. Morgen soll **Dietmar Woidke** erneut zum Ministerpräsidenten gewählt werden. SPD und BSW verfügen über 46 der 88 Landtagsmandate (SPD 32 / BSW 14). Einen Abweichler beim BSW gibt es. Wird es weitere geben? Geht das gut? Es hängt viel davon ab, nicht nur für Brandenburg, sondern auch für den Bund, wo das BSW gegenwärtig in den Umfragen zwischen fünf und acht Prozent erreicht.

In **Thüringen** gibt es eine Koalition zwischen CDU (23), SPD (6) und BSW (15). Zusammen sind das 44 von 88 Sitzen im Landtag. Um Mario Voigt am 12. Dezember zum Ministerpräsident wählen zu können, braucht die Koalition eine Stimme mehr. Wählt der bisherige Linke MP **Bodo Ramelow** CDU-Chef **Mario Voigt** mit?

In **Sachsen** ist ein Bündnis mit dem BSW nicht zustande gekommen. CDU (41) und SPD (10) bilden zwar eine Koalition, bringen aber nur 51 von 120 Mandaten auf die Waage. Ausgang offen.

Fragen über Fragen. **Hajo Funke** und **Ed Koch** versuchen, Antworten zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

paperpress

seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für

gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr zugesandt haben möchten,
senden Sie bitte diese Mail mit dem Hinweis „Abbestellung“ zurück.

09) Michael Müller zum 60sten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 632-09

9. Dezember 2024

49. Jahrgang

Michael Müller zum 60sten

Anfang der 1980er Jahre lernte ich auf einer Veranstaltung von **paperpress** einen jungen Mann kennen, den sein Vater, offenbar gegen dessen Willen, mitgeschleift hatte. **Jürgen Müller**, Drucker und aktiver SPD-Politiker in Tempelhof, begründete die Mitnahme seines Sprösslings zu der Veranstaltung ihm gegenüber damit, dass er dort die richtigen und wichtigen Leute treffe. Wo sonst?

Schlecht gelaunt saß Sohn **Michael** an einem Tisch und beobachtete gelangweilt die Szenerie, er sagte kein Wort. Den Rest der Geschichte können Sie bei **Wikipedia** nachlesen. Deshalb ersparen wir Ihnen weitestgehend in diesem Beitrag, von Bildunterschriften abgesehen, Jahreszahlen.



Michael Müller folgte seinem Vater als Bezirksverordneter, schaffte es dort bis in die Funktion des Fraktionsvorsitzenden, kam als Nachrücker ins Abgeordnetenhaus und wurde auch dort Vorsitzender der SPD-Fraktion, später Senator und schließlich Regierender Bürgermeister. Übrigens, fast auf den Tag genau vor zehn Jahren (11.12.2014). Als Regierender Bürgermeister war er ein Jahr lang auch Bundesratspräsident und durfte in dieser Funktion den

Bundespräsidenten vertreten. Seit 2021 ist er Bundestagsabgeordneter für Charlottenburg-Wilmersdorf, warum nicht in Tempelhof-Schöneberg ist eine andere Geschichte. Ach ja, Parteivorsitzender war er auch, zuerst in Tempelhof-Schöneberg und später des Berliner Landesverbandes.



Parteitag 2005

Beeindruckend war, wie er seine Konkurrenten aus dem Feld schlug, als es darum ging, wer **Klaus Wowereit** als Regierender Bürgermeister folgt. Wowereit hatte den Satz, dass er zurücktreten werde, kaum ausgesprochen, da lagen die Bewerbungen von **Raed Saleh** und **Jan Stöß** schon auf dem Tisch. **Michael Müller** ließ sich ein paar Tage Zeit, was ihm als zögerlich angekreidet wurde. Während Saleh und Stöß offenbar nichts mit ihren Familien abzusprechen hatten, tat dies Müller und entschied sich für die Kandidatur, obwohl seine damalige Frau **Claudia** davon nicht begeistert war. Homestorys gab es bei den Müllers nicht, vom Ende seiner Ehe erfuhr die Öffentlichkeit eher nebenbei. Und schon schauten die Paparazzi gespannt darauf, welche Dame Müller künftig begleiten werde. Sie wurden fündig und freuten sich. Mehr Infos gib es nicht.

Müller bekam allein so viel Zustimmung für seine Kandidatur wie die beiden Mitbewerber zusammen, nämlich knapp 60 Prozent, während seine Kontrahenten jeweils rund 20 Prozent erreichten. Stöß gelang später ein

Racheakt und löste Müller als Parteivorsitzenden ab. Das Manöver ging allerdings nach hinten los, denn vier Jahre später wurde Müller Nachfolger seines Nachfolgers und kehrte als Parteivorsitzender zurück.



Bei der Siegesfeier zur Nominierung als Regierender Bürgermeister am 18. Oktober 2014

In seine Zeit als Regierender Bürgermeister fielen der Anschlag auf dem Breitscheidplatz und Corona. Von **Klaus Wowereit** hatte er die „Große“ Koalition aus SPD und CDU übernommen und in der folgenden Legislaturperiode startete dann Rot-Rot-Grün, was zuerst ganz ordentlich lief, sieht man einmal davon ab, dass sich Müller lieber mit dem Linken **Klaus Lederer** allein als zusätzlich mit der Grünen **Ramona Pop** traf.



Mit seinen Eltern Jürgen und Margrit

Seine Amtszeit war aber auch geprägt durch das ständige Störfeuer aus dem Büro des Fraktionsvorsitzenden **Raed Saleh**, der seine Niederlage nicht verkraftet hatte. Journalisten gegenüber wurde Müller immer

1



wieder schlecht geredet. Und woher weiß man das? Die Journalisten haben es Müller erzählt.

Joachim Fahrn, Chefreporter der **Berliner Morgenpost**, sah sich dann auch genötigt, in einem Interview mit **Raed Saleh** und **Franziska Giffey**, als diese für den Landesvorsitz kandidierten, zu fragen: „*Sie, Herr Saleh, haben doch immer schlecht über Michael Müller geredet. Das machen Sie dann also bei Franziska Giffey nicht?*“ Giffey antwortete: „*Wir möchten gerne in die Zukunft schauen und einen neuen Stil prägen.*“ Saleh sagte dazu nichts.

Quelle: Berliner Morgenpost 5. Juli 2020.



In Müllers Amtszeit fällt auch die Fertigstellung des BER am 31.10.2020, woran kaum noch jemand glaubt hatte.

Während die Medien halbwegs fair mit **Michael Müller** umgingen, wenn auch das kritisiert wurde, was zu kritisieren war, schoss der **Tagesspiegel** oft übers Ziel hinaus. Vor allem im Newsletter Checkpoint arbeitete sich **Lorenz Maroldt** an Müller ab. „*Nicht alles, was im Checkpoint steht, stimmt.*“, sagte Müller einmal während einer Sitzung im Abgeordnetenhaus.



Klaus Hoffmann und seine Frau Malene zu Besuch im Büro des Regierenden Bürgermeisters im Roten Rathaus am 1. Juli 2021.

Michael Müller ist jemand, der seine Emotionen zu zügeln weiß und nicht mehr als unbedingt nötig von sich preisgibt. Er ist ein Perfektionist, frisst sich durch alle Akten und hat demzufolge einen höheren Kenntnisstand als andere weniger Fleißige. Von seinen Mitarbeitern verlangt er viel und wird oft ungeduldig, wenn es nicht gleich so läuft, wie er es sich vorstellt. Schlechte Laune sieht man ihm an, Fotos davon gibt es genug. Nicht in diesem Beitrag.



genug Klugscheißer mit Abitur. Qualität und Fähigkeiten eines Menschen spiegeln sich nicht in seinen Schulabschlüssen wider, sagt jemand, der selbst „*nur*“ einen Realschulabschluss hat und darauf stolz ist.



Luftbrückengedenktag mit seinen Büroleitern Chris Landmann und Philipp Mengel am 12. Mai 2017.

An der gegenwärtigen Haushaltskrise kann Müller keine Schuld tragen. Während andere Spitzenpolitiker ihr Ego durch teure Schreibgeräte befriedigen, hatte Müller zu Beginn seiner Tätigkeit im Roten Rathaus seine Sekretärin losgeschickt, um ein paar grün schreibende Stifte zu besorgen. Mit Grün unterschreiben die Senatsmitglieder. Müller suchte sich einen preiswerten Stift aus und nutzte dieses Modell fortan.

Dass er, wie ihm von einigen vorgeworfen wird, humorlos sei, stimmt nicht. Er lacht gern, vor allem über andere. Eine gewisse sarkastische, manchmal zynische Nelgung kann man ihm nicht absprechen. Das verbindet ihn übrigens mit **Klaus Wowereit**.



Mit Vorgänger Klaus Wowereit und Nachfolger Kai Wegner beim Richtfest für den Gasometer im Mai 2023.



In einem seiner Lieblingsrestaurants in Mariendorf, Aristoteles, mit den Betreibern Ilias und Kostas.

Wie bekannt, hat **Michael Müller** einen Realschulabschluss. In einem Interview bedauerte er einmal, nicht mehr erreicht zu haben. Falsche Antwort. Müller hätte sagen müssen: „*Schaut her Leute, auch mit einem Realschulabschluss kann man Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes werden!*“ Es gibt

Michael Müller hat sich im Laufe der Jahre zu einem sehr guten Redner entwickelt. Dabei kann er auch scharfzüngig werden. Genial, wie er seinen Gesundheits- und Sozial-Senator **Mario Czaja**, der eine klägliche Rolle in der Flüchtlings-Krise spielte, vom Rednerpult, ohne



seinen Namen zu nennen, zurief, dass „derjenige Platz machen solle, der sich dieser Sache nicht gewachsen fühle - auch im Interesse anderer Flüchtlinge und der Berliner.“, was einer Aufforderung zum Rücktritt gleichkam.

Tagesspiegel 12.11.2019



Bei Ed Kochs 65sten Geburtstag im Seidelwirt mit Klaus Wawerelt und seinem langjährigen Büroleiter Andreas Schwager.

Es gäbe noch so viel zu berichten, aus dem Leben des **Michael Müller**, beispielsweise sein Einsatz als Landesvorsitzender für die Gedenkstättenfahrten in die ehemaligen Konzentrationslager, die einst **Harry Ristock** ins Leben rief. Finden die heute noch statt? Bevor er später privat und als Politiker die USA bereiste, war er mit **Paper Press Studienreisen** 1987 das erste Mal dort und wir trafen in Washington, D.C., die Journalisten-Legende **Wolf von Lojewski** zu einem Gespräch. In San Francisco überquerten wir später zu Fuß die Golden Gate Bridge, was kein Amerikaner freiwillig tun würde, und erst recht nicht in zerrissenen Jeans.



Verleihung des Berliner Landesordens an Klaus Hoffmann im Roten Rathaus am 1. Oktober 2019.

Und wenn das noch im Rahmen der Aufzählung „Meine schönsten Erlebnisse mit Michael Müller“ erwähnt werden darf, dann der 25. April 1988. **paperpress** hatte **Peter Ustinov** interviewt und ihn gefragt, ob er Interesse an einem Gespräch mit Schülern der Gustav-Heinemann-Schule hätte. Hatte er. Und so fand am 25. April 1988 ein RIAS-Schulclassengespräch mit ihm, nicht in der Schule, die asbestsaniert wurde, sondern im Jugendclub Mariendorf statt.

Michael Müller und ich sorgten für den Shuttleservice vom bis zum Hotel und hatten das große Vergnügen, uns äußerst amüsante Geschichten dieses tollen Künstlers während der Autofahrt anhören zu dürfen.



Mit Karl Lauterbach im Wilmsdorfer Wahlkreisbüro, 25. Januar 2024.



Mit Judo Legende Lothar Nest und Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler beim Spielfest im Volkspark Mariendorf, 16. Juni 2019.

Heute nun wird **Michael Müller** 60 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg am 23. Februar 2025, wenn er seinen Wahlkreis in Charlottenburg-Wilmersdorf für die SPD verteidigen wird.



Bei Young Euro Classic mit Festivalleiterin Dr. Gabriele Minz und Veranstalter Dr. Willi Steul, 19. Juli 2019.



Corona-Dankeschön-Party vor dem Roten Rathaus am 4. August 2021 mit **paperpress** Mitbegründer Peter Mertin.



Mit König Willem-Alexander der Niederlande und seiner Frau Máxima am 5. Juli 2021 bei der Eintragung in das Goldene Buch im Roten Rathaus.



Mit Ingo Malter und Anja Libramm von STADT UND LAND im Wahlkreisbüro am 31. März 2022

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch – Fotos: **paperpress**-Archiv

10) KW 49 (01. bis 07.12.2024) – Klassenfahrten. Von Ed Koch



KW 49 – Klassenfahrten



Foto: Ed Koch

Der Streit um den Berliner Haushalt nervte auch in dieser Woche. Da werden Pakete geschnürt und wieder aufgedröselt, wer am lautesten schreit und Demos organisieren kann, wird ruhiggestellt. Dennoch bleibt das, was die Spitzen von Fraktionen und Parteien der CDU/SPD-Koalition am 19. November verkündet haben, bestehen, nämlich das Defizit von drei Milliarden Euro, die gekürzt werden müssen.

Wenn jetzt zu lesen ist, das bestimmte Theater gar nicht und andere weniger Federn lassen müssen, dann sieht das auf den ersten Blick erfreulich aus, ist es aber nicht. Es geht nur um Umschichten innerhalb der Etats, neues Geld gibt's nicht, woher soll es auch kommen?

Nicht mehr hören kann ich das Wort „Klassenfahrten“, als hinge von diesen Reiseaktivitäten der Bildungserfolg der Schulen ab. Die Überschrift im **Tagesspiegel** zeigt die Schizophrenie dieses Themas: „Berlins Klassenfahrten sind gerettet: Haushälter geben Schulen Budgethoheit.“ Was heißt das? Die Schulen sollen die „Freiheit erhalten“, „Gelder für Vertretungslehrer, Schulbücher und Verfügungsfonds zugunsten der Reisekosten der Lehrkräfte umzuschichten.“ Auf Vertretungslehrer und Schulbücher zugunsten von Reisekosten für Lehrkräfte verzichten? Ick gloob, ick spinne!

Die Euphorie über diesen Rosstäuschertrick kennt keine Grenzen. **Maja Lasic**, SPD-Haushalts- und Bildungsexpertin, sagte dem Tagesspiegel: „Wir transformieren das System.“ Sie sei „sehr glücklich über die gefundene Lösung“. Das Budget für die Reisekosten der Lehrkräfte sollte auf 1,5 Millionen Euro gedeckelt werden, obwohl mindestens zwei Millionen Euro benötigt würden.

Arnd Niedermöller, Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren: „Es ist ein Traum.“ Es sei damit nicht nur die Finanzierung der Klassenfahrten möglich, sondern auch der „uralte“ Streit entschieden, dass die Schulen mehr Eigenverantwortung

über ihre Budgets erhalten. Das hätte doch längst geschehen können. Dazu bedurfte es den Streit um die Klassenfahrten? Das kann doch alles nicht wahr sein.

Je weiter man im Text des Tagesspiegel-Artikels vorankommt, desto ärgerlicher wird es. Da ist von „Schneesportfahrten“ die Rede, „die als Kurse zum Abitur angerechnet werden sollen.“ Ich kann mich an einen Kollegen aus dem Jugendamt erinnern, der eine Fortbildung in Griechenland genehmigt bekam, um dort Sirtaki tanzen zu lernen. Dit is Berlin.

„Ich begrüße die Verständigung auf mehr Flexibilität für Schulen und ihre Budgets“, sagte die Senatorin dem Tagesspiegel. Eine sorgfältige Prüfung der konkreten Umsetzung sei jedoch „unerlässlich.“ Was heißt das nun wieder?

Wie oft finden eigentlich Klassenfahrten statt? In der Grundschule führen wir eine Woche an den Wannsee, wo das Bezirksamt Schöneberg ein Schullandheim sein Eigen nennen durfte. In der Realschulzeit ging es einmal nach Gifhorn. Großartig. Hat es uns Schüler weitergebracht? Wer vorher in der Klasse Freunde hatte, hatte sie auch nachher. Und wen man nicht leiden konnte, konnte man nach einer gemeinsamen Woche erst recht nicht leiden, was sich auch auf die Lehrer bezog.

Der Paper Press e.V. hat jahrelang Klassenfahrten für Schulen organisiert, mit Inhalt. So fanden viele so genannte „Deutschlandpolitische Seminare“ bei den Stiftungen in Bonn und Umgebung statt. Die Häuser verfügten in der Regel über barähnliche Räumlichkeiten im Keller, wo es auch alkoholische Getränke gab. Es wurde gefeiert, was das Zeug hielt mit gewissen Auswirkungen auf die Aufnahmefähigkeit am nächsten Morgen. Sehr schnell sind wir wieder davon abgekommen, so genannte Abi-Fahrten zu Gedenkstätten durchzuführen. Die Kneipen in Krakau oder Prag waren attraktiver als Birkenau oder Theresienstadt. Dort bekam ich ein Gespräch unter den Jungs mit, die sich über die Mädels unterhielten, und weiche sie klarmachen könnten.

Es soll hier nicht behauptet werden, dass auf Klassenfahrten nur gefeiert wird, aber eben auch. Der pädagogische Nutzen dieser Fahrten ist mir dennoch nicht klar. Unsere Begleiter für diese Reiseaktivitäten waren übrigens allesamt ehrenamtlich tätig und mussten sich mit einem Eigenanteil beteiligen. Lehrer brauchen natürlich ein Budget für ihre Fahrtkosten.

Ed Koch

11) Von oben betrachtet. Von Ed Koch



Von oben betrachtet



Von der Sky-Lounge des Schöneberger Gasometers auf dem EUREF-Campus betrachtet, ist Berlin eine wirklich beeindruckende Stadt. Wenn mich allerdings meine Erinnerung nicht täuscht, leuchtete Berlin schon mal heller, früher war eben mehr Lametta. Achten die Leute vielleicht auf ihre Stromkosten?

Das Bar-Team von **The Cord**, dem Spitzenrestaurant auf dem EUREF Campus, lud zum zweiten Gasometer-Sky-Afterwork am 5. Dezember ein. Teilnehmen können alle Interessenten, nicht nur die Mitarbeitenden der EUREF-Community. *Alle Fotos: privat*



Genossen nicht nur die Aussicht, sondern auch kühle und heiße Getränke, Lebkuchen satt und ein paar Leckereien aus der Küche des Hauses: **Stefan Grund** von Ankermieter **Schneider Electric**, **Katharina Chmielecki**, Mitarbeiterin eines bedeutenden Bundesministeriums, **paperpress**-Herausgeber **Ed Koch** und **Andie Kraft**, Geschäftsführer eines stadtbekannteren Unternehmens der Veranstaltungstechnik.

Für 39 Euro ging es in 90 Sekunden nach oben, warteten zwei Getränke und Lebkuchen bis zum Abwinden. Wer mehr als zwei Getränke brauchte, bekam diese zu fairen Preisen. 90 Sekunden? Das ist eine lange Zeit für 66 Meter, aber, in dieser Zeit wird im Aufzug ein Film über die Entstehung des EUREF-Campus von 2008 bis heute gezeigt, immer wieder spannend.



Mächtig gewaltig erstreckt sich der einstige Gasbehälter in den Schöneberger Himmel. Weniger beeindruckend sind die neuen Zahlen von **ARD** (Deutschland-Trend) und **ZDF** (Politbarometer). Die ersten Ziffern sind die der **ARD**, die zweiten des **ZDF**. **SPD** 16/15, **Union** 32/33, **Grüne** 14/14, **FDP** 4/4, **Linke** 18/17,

Linke 3/3 und **BSW** 5/5. **FDP** und **Linke** müssen um den Einzug in den nächsten Bundestag bangen. Würde sie jemand vermissen? **Gregor Gysi** wird dem Haus doch erhalten bleiben, wenn er seinen Wahlkreis direkt gewinnt. Die **FDP** dürfte kaum irgendwo einen Wahlkreis direkt gewinnen. Schön wäre es, allein wegen der Übersichtlichkeit, wenn auch das **BSW** unter fünf Prozent bliebe. Die Pressesprecherin von Putin würde uns erspart bleiben.

Olaf Scholz ist heute mal wieder in Hamburg zu Gast, wo er von 2011 bis 2018 Bürgermeister war. Bereits zum dritten Mal wird er vor den Untersuchungsausschuss zum Cum-Ex-Skandal zitiert. Kann er sich noch an seine beiden ersten Auftritte erinnern? Scholz darf nicht unterschätzt werden, denn er holt im Vergleich zu **Friedrich Merz** auf. 43 Prozent der Befragten des ZDF-Politbarometers wünschen sich Scholz als Kanzler, ein Plus von vier Punkten zur vorherigen Umfrage. Merz liegt bei 45 Prozent und hat nur einen Punkt hinzugewonnen. Der Abstand allerdings zwischen CDU/CSU und SPD ist zu groß, als dass er noch eingeholt werden könnte, oder. Heute ist Nikolaus. Den gab es im Gegensatz zum Weihnachtsmann tatsächlich. Schauen Sie in Ihre Schuhe, bevor sie reinschlüpfen. **Ed Koch**

12) Schreck in der Morgenstunde. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 632-05

5. Dezember 2024

49. Jahrgang

Schreck in der Morgenstunde

„Ein großer Berliner tritt ab!“, steht heute früh um 06:05 Uhr im Tagesspiegel Newsletter **Checkpoint**. Was ist geschehen? **Willy Brandt** ist doch schon lange tot. Er war ein großer aber kein echter Berliner, Lübeck heißt sein Geburtsort. Gemeint ist allerdings **Lorenz Maroldt**, auch kein echter Berliner, sondern ein Kölner. Aber, die großen Berliner müssen ja nicht unbedingt echte Berliner sein.



Foto: Ed Koch

Lorenz Maroldt ist sehr groß, von den Körpermaßen her. Auf jeden Fall ist er der einflussreichste und gefürchtetste Journalist der Hauptstadt. Das liegt an seinem Job, Chefredakteur des **Tagesspiegel**. Diese Tätigkeit gibt er jetzt auf, **Christian Tretbar** wird alleiniger Chefredakteur. Auf Maroldts Türschild und im Impressum wird ab 1. Januar 2025 Herausgeber stehen, eine Funktion, die er dann gemeinsam mit **Giovanni di Lorenzo** ausüben wird. **Stephan-Andreas Casdorff**, wird Editor-at-Large.

„Ein Editor-at-Large ist ein Journalist, der Inhalte zu einer Publikation beiträgt. Manchmal wird ein solcher Redakteur als umherziehender Reporter oder umherziehender Redakteur bezeichnet.“ „Editor at Large“ ist ein Begriff, der häufig in Modemagazinen verwendet wird. ... „Editor-at-Large sind unabhängiger; Sie dürfen ihre eigenen Präferenzen für die Inhalte haben, die sie generieren müssen, und sie müssen ihre Ideen nicht immer dem Hauptredakteur vorstellen.“ „At large“ bedeutet, dass der Redakteur keine bestimmten Aufgaben hat, sondern an dem arbeitet, was ihn interessiert. Der häufigste Grund für die Ernennung eines Editor-at-Large ist, wenn ein Redakteur mit langjähriger Erfahrung und langer Verbindung mit der Publikation, der schon sehr lange in der Rolle des Redakteurs tätig ist, durch einen neuen Redakteur ersetzt wird, aber mit dem Titel eines Editor-at-Large an Bord bleibt.“ Quelle: Wikipedia

Mit anderen Worten: Jeder hat einen Job, der sicherlich halbwegs gut bezahlt wird, und alle bleiben an Bord. Eine typische Win-Win-Situation.

Maroldts Geniestreich war, einen täglichen Newsletter mit dem Titel **Checkpoint** herauszugeben. Das war genau vor zehn Jahren. Viele hassen diese morgendliche Lektüre, vor allem Politiker, aber alle lesen den Checkpoint, denn es steht alles drin, was man wissen sollte, von Aktuellem aus Politik, Kultur, Sport, Medien, Gesellschaft bis hin zur Verkehrslage, Veranstaltungshinweisen, Geburtstagsgrüßen und Nachrufen. Die letztgenannten Rubriken lese ich meistens zuerst. Und natürlich schaue ich mir die „Berliner Schnuppen“ von **Naomi Fearn** an, die uns täglich darüber informieren, was sich **Kai Wegner** und **Franziska Giffey** zu sagen haben.

Lorenz Maroldt ist auch ein großer Satiriker mit Neigung zum Sarkasmus, der gnadenlos auf die Politik eindrischt, häufig überzogen und verletzend, genauso oft aber berechtigt. Maroldt kennt seinen Stellenwert, er ist nicht überheblich, sich aber seiner Macht bewusst. Vielleicht sollten Journalisten im Allgemeinen mehr verinnerlichen, dass Politiker per se nicht Feinde des Volkes sind, sondern überwiegend lautere und ehrenwerte Menschen, die mit immer weniger Mitteln und Möglichkeiten versuchen, die Stadt und das Land am Laufen zu halten. Die schwarzen Schafe hingegen müssen geschoren werden.

Neben dem Schreiben ist Maroldt häufig gebuchter Kommentator für Radio und Fernsehen, wobei er auch kompliziert erscheinende Fälle, mit satirischem Unterton auf den Punkt bringen kann. Natürlich setzt sich Maroldt nicht zur Ruhe, im Checkpoint und im Tagesspiegel wird er sich weiterhin zu Wort melden. Gespannt darf man bei dem Personal-Karussell darauf sein, wann **Stephan-Andreas Casdorff** erstmals vom Catwalk einer Modefirma berichtet.

Kurz nach dem Amtsantritt von **Michael Müller** als Regierender Bürgermeister im Dezember 2014 luden Maroldt und Casdorff den neuen Senatschef zum Leserforum ein. Anbei der Newsletter vom 17.12.2014. Zu Weihnachten schenkte ich Maroldt damals ein Paar Kniestrümpfe. Grund: Siehe Foto.

Während Begegnungen mit ihm immer sehr angenehm sind, war unser Mailverkehr dann und wann schon etwas angespannter. Austellen kann Maroldt besser als einstecken. Als ich ihm zum Checkpoint-Jubiläum gratulierte und schrieb, dass ich mich immer informiert gefühlt, geärgert, aber auch amüsiert habe, gab er „das Kompliment gerne zurück, von Newsletterschreiber zu Newsletterschreiber.“

Ed Koch

1

13) Eine Wundertüte. Von Koch u.a.



Eine Wundertüte

Beim Verlassen des Theaters der **Wühlmäuse** hörte ich eine Dame zu einer anderen sagen: „Der Blaue Montag ist wie eine Wundertüte!“ Und so war es auch am 2. Dezember, als **Arnulf Rating** zur 221sten Ausgabe dieses Kleinkunstfestivals der guten Laune eingeladen hatte. Zwar weiß man, wer auftritt, aber nicht jeden kennt man und mal fällt ein angekündigter Künstler aus und ein anderer Überraschungsgast ersetzt ihn.

Eigentlich sollen die Auftritte der Künstler zirka sechs Minuten dauern, im ersten Teil haben jedoch alle überzogen, und so dauerte der Blaue Montag ein bisschen länger, was den Autor dieses Beitrages nicht störte, hatte er doch vorher bei **Joes am Theo** eine Gänsekeule mit Grünkohl und Klößen verdrückt. Nichts ist schlechter, als mit leerem Magen im Theater zu sitzen.



Schlussapplaus

Natürlich hätte es jeder verdient, hier entsprechend gewürdigt zu werden, beschränken wir uns aber auf ein paar wenige. **FIL!** Einfach grandios. Eigentlich dachte ich, mich in der Kabarettszene einigermaßen auszukennen, aber **Michael Frowin** habe ich am Montag erstmals richtig wahrgenommen. Die **Berliner Zeitung** bezeichnet ihn als „Einen der politischsten und besten Kabarettisten des Landes“. Das unterschreibe ich gern. Warum treten solche Leute nicht im Fernsehen auf, statt Lanz, Illner oder Maischberger.

Rachelina & die Maccheronies waren die Band des Abends. **Rachelina** sang herzerwärmende Chansons, was für eine bezaubernde Stimme. Für einen Abstecher in die 1960er Jahre, als die **Beatles** in Hamburg ihre Weltkarriere begannen, sorgte **Stefanie Hempel**. Sie ist die Erfinderin der musikalischen Beatles-Tour in Hamburg. Sie folgt den Spuren von John, Paul, George, Ringo, Pete & Stuart durch das berühmte Rotlichtviertel St. Pauli. Mit einer kleinen

Ukulele und am Flügel sang sie die Songs, mit denen die Beatles damals in den verräuchten Clubs Abend für Abend auftraten.



Arnulf Rating, Markenzeichen Nadelstreifenanzug und rote Schuhe, lauscht gebannt der Musik von Stefanie Hempel.

Die schlechte Nachricht ist, dass alle Touren zwischen April und September 2025 ausgebucht sind.

<http://www.hempels-musictour.de/>

Freie Plätze gibt es noch bei den kommenden **Blauen Montagen**:

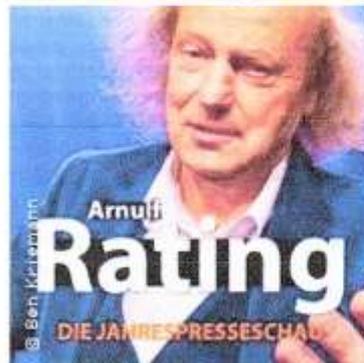
Der 222. Blaue Montag am 3. Februar 2025

Der 223. Blaue Montag am 7. April 2025

Der 224. Blaue Montag am 2. Juni 2025

Der 225. Blaue Montag am 6. Oktober 2025

Der 226. Blaue Montag am 1. Dezember 2025



Wenn Sie Silvester noch nichts vorhaben, hier ein heißer Tipp: Arnulf Ratings Jahrespresseschau am 31. Dezember 2024 um 20:00 Uhr und um 23:00 Uhr.

<https://www.eventim.de/search/?affiliate=WUMäse-archterm=w%C3%BChm%20m%C3%A4use+rating+jahrespres-schau>

Beim **Blauen Montag** am 2. Dezember gaben sich auch die **Firlefanzbrüder** die Ehre. **JS. Strauss** und **Timo Tietz** erinnerten an **Wolfgang Müller** und **Wolfgang Neuss**. Zu Müller hat Strauss ein besonderes Verhältnis, war dieser doch Cousin seines Vaters.



Und damit leiten wir über zu einem Besuch auf dem Waldfriedhof Zehlendorf, Urnengrab 027/177. Es ist das Familiengrab der Müllers, in dem auch **Wolfgang Neuss** seine letzte Ruhe fand. Damit waren die beiden Freunde, die durch den frühen Tod von **Wolfgang Müller** bei einem Flugzeugabsturz getrennt wurden, im Tode wiedervereint. Neuss wollte nicht, dass sein Name auf dem Grabstein steht. Nur das übliche Plastikschild der Friedhofsverwaltung erinnert an ihn. Die Zeit ist vergangen und nun gekommen, sichtbarer als bisher an die beiden Wolfgang zu erinnern.



JS. Strauss, der mit bürgerlichem Namen **Johannes-Sebastian Strauß** heißt, hat Geld für einen Grabstein gesammelt, der am 101ten Geburtstag von **Wolfgang Neuss** am 3. Dezember eingeweiht wurde. Eine kleine Gruppe alter Freunde und Fans hatte sich am Grab versammelt, darunter auch **Brigitte Grothum**, **Frank Lüdecke** und **Arnulf Rating**.



Strauss und Rating hielten kurze Reden, in denen sie unter anderem die Probleme erwähnten, den Senat davon zu überzeugen, die Ruhestätte in ein Ehrengrab für Neuss umzuwandeln. Scharfe Kritik wurde an der Berliner Verwaltung geübt und dabei auch den aktuellen Kultursenator nicht unerwähnt gelassen.

Arnulf Rating hofft, dass es für **Wolfgang Neuss** bei den jungen Leuten eine Renaissance geben wird.



Foto oben: Arnulf Rating und JS. Strauss, links Brigitte Grothum, rechts Arnulf Rating und Frank Lüdecke.

Herzlich-werthaltige Erinnerung an

Wolfgang Neuss
Wolfgang Müller

und die Musik der Trübsaljahre
des Lebens der beiden Freunde

10.12. Zimmer 16
Mieritz 16, 12189 Berlin
19:00 Uhr
10 Euro / 5 Euro

An dieser Stelle möchten wir noch auf die literarisch, musikalische Erinnerung der **Firlefanzbrüder** an **Wolfgang Neuss** und **Wolfgang Müller** hinweisen. 10. Dezember 2024, 20:00 Uhr, im Zimmer 16, Florastraße 16 in 13187 Berlin-Pankow. Ticketpreis 10 Euro, ermäßig 5 Euro.

Wir möchten auch auf die Veranstaltungen der **Stachelschweine** im Dezember hinweisen.

<https://diestachelschweine.de/spielplan>

Neben anderen ist das Jubiläumsprogramm 75 Jahre Stachelschweine, „Ich hab' noch einen Tesla in Berlin“, auch am Silvesterabend zu sehen.



Am 31. Dezember steht **Frank Lüdecke** ab 14:00 Uhr auf der Bühne des Stachelschweintheaters im Europa Center mit seinem Programm „Träumt weiter.“ Leicht sarkastisch sagte Lüdecke gestern am Grab von Neuss und Müller: „Wir sind von den Kürzungen im Kulturretat nicht betroffen, wir bekommen ohnehin keine Förderung.“

Falls Sie noch kein passendes Weihnachtsgeschenk haben, hier ein Tipp: Am 25. und 26. Dezember träumt **Frank Lüdecke** jeweils ab 15:30 Uhr in seinem Programm bei den Wühlmäusen.

Verlosungen:

Wir haben in diesem Jahr sehr viele Tickets verlost, immer wieder auch für den Blauen Montag und die Stachelschweine. Davon rücken wir vorerst ab. Der Kleinkunst geht's nicht gut. Zu viele Plätze bleiben leer. Eigentlich hat man nichts zu verschenken. Deshalb unsere herzliche Bitte an Sie: Kaufen Sie Tickets. Die Preise sind erschwinglich. Sie fördern die Kleinkunst und bereiten sich selbst äußerst unterhaltsame Abende mit einem großen Erkenntnisgewinn. Danke im Namen der Kunst!

Das Ende dieses Beitrages widmen wir unserem Kultursenator **Joe Chialo** (CDU), der bislang nichts erreicht hat. Alle Kürzungen in seinem Etat werden vollzogen. Der **Tagesspiegel Checkpoint** hat sich heute Morgen mit ihm beschäftigt:

„Kultursenator **Joe Chialo** (CDU) hat mit dem **Tagesspiegel** über die massiven Kürzungen im Kulturretat gesprochen und dabei fast nichts gesagt. Zusammengefasst: Es ist eine ‚enorme Belastung‘, eine ‚unglaublich schwierige Situation‘, eine ‚wahnsinnig harte Zeit‘, ‚die größte Krise seit Dekaden‘ und ‚gerade hängen die Wolken etwas tiefer und sind ein bisschen dunkler‘. Es habe ‚unterschiedliche Erwartungshaltungen‘ gegeben, er habe ‚gekämpft und kämpft weiter‘, ‚einiges ist berücksichtigt worden, vieles aus unterschiedlichsten Gründen nicht‘. ‚Die Kultur in Berlin ist für alle da‘, ‚Kultur ist kein elitäres Projekt‘ und ‚Kultur ist auch ein Motor für wirtschaftliche Dynamik‘. Aber: ‚In einer Koalition steht die Gesamtpolitik über einzelnen Ressortinteressen‘ und die Koalition hat ‚ihre Schwerpunkte priorisiert, diese Entscheidungen müssen wir akzeptieren‘. ‚Niemand hat den leichten Weg gewählt, niemandem sind diese Einschnitte leichtgefallen‘, die Einsparungen ‚betreffen viele Lebensbereiche‘. Und doch: ‚Es kommt der Tag, an dem die Sonne wieder heller scheint.‘“

„Er will mehr“ steht im Text zum Buch. „Er will raus aus den „Mimimi-geht-nicht“-Verhinderungsschleifen. Er will trotz Widersprüchen Brücken bauen. Chialo geht mit seinen Themen dorthin, wo es wehtut, wo die Veränderungen am schwierigsten sind. In die Kirche. Der Kompass in seinem Leben. Christliche Erziehung, Werte, Menschenbild. Die Moral der Amtskirche wird derzeit in ihren Grundfesten in Frage gestellt. Missbrauch, Korruption und Massenaustritte. NEIN, sagt der Autor. Kirche ist mehr! Es geht um Glaubwürdigkeit!“



Weihnachtsgeschenk für Berlins Kulturschaffende. **Joe Chialo**, „Musikmanager, Familienvater, Christ, Deutscher, Afropäer mit Wurzeln in Tanzania, CDU-Bundesvorstandsmitglied, Crossover-Metallsänger, Türsteher und Kreativer“ hat dieses Buch am 11. Oktober 2022 herausgebracht, ein halbes Jahr bevor er Kultursenator in Berlin wurde. „Er will mehr“ steht im Text zum Buch. „Er will raus aus den „Mimimi-geht-nicht“-Verhinderungsschleifen. Er will trotz Widersprüchen Brücken bauen. Chialo geht mit seinen Themen dorthin, wo es wehtut, wo die Veränderungen am schwierigsten sind. In die Kirche. Der Kompass in seinem Leben. Christliche Erziehung, Werte, Menschenbild. Die Moral der Amtskirche wird derzeit in ihren Grundfesten in Frage gestellt. Missbrauch, Korruption und Massenaustritte. NEIN, sagt der Autor. Kirche ist mehr! Es geht um Glaubwürdigkeit!“

Zurück zum **Checkpoint**: „Sonst noch was? Achja: Chialo ist natürlich ‚mit vollem Einsatz‘ dabei und beschäftigt sich ‚rund um die Uhr‘ mit dem Thema: ‚Es wäre heuchlerisch, wenn ich jetzt nur mit halbem Herzen dabei wäre, dann würde ich wirklich zurücktreten‘. An der Stelle bereits der Hinweis für Abgeordnete wie Interessierte: Mehr Klarheit wird's auch im Kulturausschuss nicht geben. Die Grünen wollten die Kürzungen für die kommende Sitzung (09.12.) auf die Tagesordnung setzen, CDU und SPD wollen sie lieber ‚in der übernächsten Sitzung im Januar 2025 behandeln‘. Spoiler: Dann ist der Nachtragshaushalt bereits beschlossen.“

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos*: Ed Koch
*außer Firtlefanzbrüder, Frank Lüdecke und Chialo-Buchcover.

14) Naturschutzgebiet in Not. Von Ed Koch



Naturschutzstation in Not



Foto: Ed Koch

Am 4. November erschien Berlins erster und bekanntester NaturRanger, **Björn Lindner**, vor dem Ausschuss für Ordnung, Grün, Umwelt und Klimaschutz der Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg. Es ging um die Zukunft eines der wenigen Leuchtturmprojekte, die der Bezirk vorzuweisen hat, nämlich um die Naturschutzstation Marienfelde. 411.000 Euro erhält die Station jährlich für ihre Arbeit, einschließlich des Personals. 211.000 Euro davon kommen vom Bezirk, 200.000 Euro vom Senat. Die Mittel des Bezirkes sind gesichert, erklärte die zuständige Stadträtin **Saskia Ellenbeck** (Grüne), aber nicht die vom Land.

Selten sind sich parteiübergreifend Bezirksverordnete bei einem Thema so einig, wie bei diesem. Vertreter aller Parteien hielten flammende Apelle zur Erhaltung der Naturstation. Und alle versprachen, ihre Kanäle in den Senat zu nutzen, um eine Zusage für die fehlende Hälfte der Finanzierung zu bekommen. Die Bemühungen scheinen nichts gebracht zu haben, denn gestern berichtete die **Berliner Morgenpost**:

*„Berliner Haushaltskürzungen bedrohen die Naturstation Marienfelde. Wie die für den Naturschutz im Bezirk zuständige Stadträtin **Saskia Ellenbeck** (Grüne) auf Anfrage mitteilte, sei die Naturstation Marienfelde nach aktuellem Kenntnisstand in Höhe von 60.000 Euro von den Haushaltskürzungen betroffen. Das hätte ‚zur Folge, dass auch Mitarbeitende der Naturstation entlassen werden müssten‘. Die Station wird vom Verein ‚Die Naturwacht Berlin‘ mit dem ‚rangerteam.marienfelde‘ betrieben. Neben naturpädagogischen Angeboten werden Flächen mit Blick auf den Natur- und Artenschutz betreut. Auch ist die Naturwacht seit Jahren vermehrt im Bereich Wildtiermanagement tätig.*

Der Verein mit dem Rangerteam ist seit mehr als 15 Jahren Partner für das Land Berlin im Natur- und

Artenschutz. Geplante Haushaltseinsparungen würden die Naturwacht mit aktuell 6,6 Stellen zwingen, den Personalschlüssel auf 4,5 Stellen zu reduzieren.“ 60.000 von 200.000 sind 30 Prozent und damit wesentlich höher als Kürzungen in anderen Bereichen.

Die Naturschutzstation ist nicht nur ein wichtiger Anlaufpunkt für Schulklassen und Kitas (Grünes Klassenzimmer), sondern auch für junge Menschen, die sich um Naturschutz kümmern wollen (JuniorRanger – Die Zwiebelfrösche).

<https://naturschutzstation-marienfelde.de/das-ehrenamt>

Zum Thema empfehlen wir einen Beitrag des **rbb** vom 29. November, in dem auch die Naturschutzstation in Marienfelde erwähnt wird. *„Wenn wie geplant im Umweltsektor fast ein Viertel des Etats gekürzt wird, hat das Auswirkungen auf viele kleine und größere Projekte in Berlin. Aber es geht noch um viel mehr: Experten fürchten, dass Berlin seine Klimaziele verfehlt.“*

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/11/berlin-sparkurs-umwelt-und-klimaschutz-haushalt-millionen.html>

Zitat: *„Die Kürzungen wären bitter im Kleinen...Die Naturstation Marienfelde hat allerdings jeden Cent der 400.000 Euro gebraucht, die sie bisher vom Land bekam. Leiter Björn Lindner schaut ‚schockiert‘ auf die geplante 30-Prozent-Kürzung. ‚Das würde Konsequenzen in unserer qualitativen Arbeit haben. Es gäbe Stellenabbau‘, sagt er dem rbb. Von acht bezahlten Mitarbeitenden müssten vermutlich zwei oder drei gehen, so Lindner, Öffnungszeiten und Angebote würden reduziert.“*

Drei von 40 Milliarden Euro des Jahresetats muss Berlin 2025 kürzen. Die Auswirkungen in allen Bereichen sind immens. Wie Senat und Abgeordnetenhaus das Problem lösen wollen, ist noch nicht entschieden. Es scheint in einigen Bereichen an Augenmaß zu fehlen. Finanzsenator **Stefan Evers** (CDU) zeigt sich unbeeindruckt von Protesten seiner Senatskollegen und erst recht von Protesten aus den Bezirken. Dass die Bezirke von den Kürzungen nicht betroffen seien, wie kürzlich verkündet wurde, ist nur die halbe Wahrheit. Die Kürzungen treffen auch die Projekte in den Bezirken hart. Erschreckend ist, wie mit den Klimazielen umgegangen wird. Fehlt nur noch, dass jemand den Klimawandel leugnet. Viele Grüße von **Donald Trump**.

Ed Koch

Tschechien (Seiten E 101 – E 111)

01) Tschechien schafft Stempelmarken ab

In Tschechien werden die **Stempelmarken**, die zur Zahlung von Gerichts- oder Verwaltungsgebühren verwendet werden, ab Jänner 2025 abgeschafft. Die Marken können noch bis Ende des Jahres in den Filialen der tschechischen Post verkauft werden, dann ist Schluss.

Die Regierung hat die Abschaffung der Stempelsteuer im Rahmen ihres **Konsolidierungspakets** beschlossen, da sie zunehmend durch andere, insbesondere elektronische Zahlungsmittel ersetzt wurde.

Die Stempelmarken sind hierzulande **seit 1854** in Verwendung. Damals wurden sie in der Habsburger Monarchie eingeführt. In allen anderen Ländern des ehemaligen Kaiserreiches mit **Ausnahme Ungarns** wurden sie bereits abgeschafft. (*Quelle: Radio Prag*)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

02) „Von Asch bis Zips“: Prager Autorinnen Schubin, Holzer und Hanel

2024 war ein Gedenkjahr der Prager deutschsprachigen Literatur – nicht nur wegen **Franz Kafka**. Im Juni erinnerten wir an den 170. Geburtstag der zu ihrer Zeit vielgelesenen und von der Literaturkritik geschätzten **Ossip Schubin** (1854–1935). Heute noch weniger bekannt ist die aus Czernowitz stammende Journalistin und Feministin **Marie Holzer** (1874–1924), die im renommierten *Prager Tagblatt* und in der expressionistischen Zeitschrift *Die Aktion* publizierte. Ihr Geburtstag liegt 150 Jahre zurück und ihre Ermordung durch den eigenen Ehemann 100 Jahre. Und letzten Juni vor 80 Jahren verstarb die Schriftstellerin **Hermine Hanel** (1874–1944).

[Hier geht es zum Podcast „Holunderblüten“](#) des **Deutschen Kulturforums östliches Europa**.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.kulturforum.info/de/verlag-medien/podcasts/von-asch-bis-zips/9158-podcast-holunderblueten>

Podcast: Holunderblüten. Die Prager Autorinnen Ossip Schubin, Marie Holzer und Hermine Hanel

Die 18. Episode des Podcasts »Von Asch bis Zips. Der Osten für die Ohren« erinnert an drei vergessene Schriftstellerinnen anlässlich ihrer Gedenktage 2024



»Frau mit Lorgnon«, Karel Hlaváček, 1897 (Ausschnitt).- Collage: Saskia Aberle/André Werner, © DKF

17. Dezember 2024

2024 war ein Gedenkjahr der Prager deutschsprachigen Literatur – nicht nur wegen Franz Kafka. Im Juni erinnerten wir an den 170. Geburtstag der zu ihrer Zeit vielgelesenen und von der Literaturkritik geschätzten **Ossip Schubin** (1854–1935). Heute noch weniger bekannt ist die aus Czernowitz stammende Journalistin und Feministin **Marie Holzer** (1874–1924), die im renommierten *Prager Tagblatt* und in der expressionistischen Zeitschrift *Die Aktion* publizierte. Ihr Geburtstag liegt 150 Jahre zurück und ihre Ermordung durch den eigenen Ehemann 100 Jahre. Und letzten Juni vor 80 Jahren verstarb die Schriftstellerin **Hermine Hanel** (1874–1944), deren Geburtstag sich 2024 ebenfalls zum 150. Mal jährte und die unter anderem auch für das *Prager Tagblatt* schrieb – etwa ein frauenemanzipatorisches Feuilleton mit dem Titel *Los vom Fischbein*, also dem Korsett.

Den Podcast direkt hier hören:

oder auf einem unserer [Kanäle](#):



Alle diese Angebote sind kostenfrei, bei einigen ist eine Anmeldung erforderlich oder Werbeeinblendungen sind möglich, auf die das Kulturforum keinen Einfluss hat.

Mit ihrem deutschsprachig-jüdischen Hintergrund stießen alle drei Autorinnen und ihre Werke immer wieder auf doppelte Vorurteile und Benachteiligungen. Nach der Zeit des

Nationalsozialismus waren sie nahezu vergessen, wenn es auch einzelne Wiederbelebungen gab, etwa in der nach einer Erzählung von Schubert benannten Anthologie *Holunderblüten* mit Werken deutscher Schriftstellerinnen aus Böhmen und Mähren.



Anna-Dorothea Ludewig und Katharina Groth am 22.6.2024 in der Mendelssohn-Remise in Berlin.- Foto: © Christel Wollmann-Fiedler

Vorgestellt wurden die drei Autorinnen [am 22. Juni 2024 in der Mendelssohn-Remise](#) von **Anna-Dorothea Ludewig**, Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam, die auch einen kurzen Einblick in das deutsch-tschechische Forschungsprojekt »Women's Writing and Translating in Fin-de-Siècle Prague and the Bohemian Lands« gibt. Dazu trug die Schauspielerin **Katharina Groth** Auszüge aus Texten der drei Prager Schriftstellerinnen vor.

Die 18. Episode des Podcasts  [Von Asch bis Zips](#) ist ein Mitschnitt dieser Veranstaltung, die in Kooperation mit dem  [Moses Mendelssohn Zentrum](#), dem  [Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg](#), der  [Mendelssohn-Gesellschaft e. V.](#), der  [Botschaft der Tschechischen Republik](#) in Berlin und dem  [Tschechisches Zentrum Berlin](#) verwirklicht wurde. Für den Podcast wurde die Aufnahme durch ein Gespräch sowie Lese- und Hörtipps zum Thema ergänzt.

Mitwirkende

Moderation

Vera Schneider und Tanja Krombach

Produktion

Martin Pabst und Vera Schneider

Musik

Jaspar Libuda

Eine Produktion des  Deutsches Kulturforums östliches Europa, 2024

Das Kulturforum wird gefördert von der  [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#).

03) Tschechisches Verdienstkreuz für Dr. Werner Fasslabend

Am 12. Dezember 2024 überreichte der tschechische Botschafter in Wien, **PhD Jiří Šitler** gemeinsam mit Staatssekretär **PhD Jan Jireš**, dem Präsidenten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) und der Österreichisch-Slowakischen Gesellschaft, **BM a.D. Dr. Werner Fasslabend** (fam. Wurzeln im **Egerland**) das von Verteidigungsministerin **Mgr. Jana Černočová** verliehene Verdienstkreuz des Tschechischen Verteidigungsministeriums Dritter Klasse für seine Verdienste um die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechischen Republik.

Die Überreichung fand im Beisein des Generalsekretärs des BMEIAs, Botschafter **Dr. Nikolaus Marschik** und des Generalsekretärs des BMLV **Dr. Arnold Kammel** und zahlreicher Ehrengäste, darunter Botschafter i.R. **Dr. Maximilian Pammer**, Vizepräsident **Dr. Josef Wurditsch** und Generalsekretärin **Mag. Elena Penzes-Strobl** in der Tschechischen Botschaft Wien statt.

[Hier sehen Sie Bilder von der Verleihung \(Fb.-Seite der Tschech. Botschaft\).](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

https://www.facebook.com/photo/?fbid=990456456455412&set=pcb.990456926455365&locale=de_DE



04) „Geschichte mit allen fünf Sinnen erleben“

Ein Artikel in den Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN) verschaffte ihrer wissenschaftlichen Diplomarbeit größere Aufmerksamkeit: **Stephanie Hofbauer** befasst sich mit ihrer an der Universität Wien vorgelegten Arbeit mit dem Erbe und dem Ist-Zustand der **schwierigen österreichisch-tschechischen Nachbarschaft**. Im Interview mit [kurs-ost-west.com](https://www.kurs-ost-west.com) spricht sie sich u.a. für eine Hinführung an die Thematik schon in der Volksschule aus: auf beiden Seiten der Grenze, die ja seit 1989 keinen Eisernen Vorhang mehr hat.

[Bitte lesen Sie hier mehr über Gemeinsamkeiten, Missverständnisse und immer noch bestehendes historisches Unrecht.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.kurs-ost-west.com/hofbauer/>

[KURS OST](#) · 15. Dezember 2024

Ist-Zustand der schwierigen Nachbarschaft TSCHECHIEN-ÖSTERREICH



Mag. Stephanie Hofbauer: „Geschichte mit allen fünf Sinnen erleben“

Ein Artikel in den Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN) verschaffte ihrer wissenschaftlichen Diplomarbeit größere Aufmerksamkeit: Stephanie Hofbauer befasst sich mit ihrer an der Universität Wien vorgelegten Arbeit mit dem Erbe und dem Ist-Zustand der schwierigen österreichisch-tschechischen Nachbarschaft. Im Interview mit [kurs-ost-west.com](https://www.kurs-ost-west.com) spricht sie sich u.a. für eine Hinführung an die Thematik schon in der Volksschule aus: auf beiden Seiten der Grenze, die ja seit 1989 keinen Eisernen Vorhang mehr hat. Über Gemeinsamkeiten, Missverständnisse und immer noch bestehendes historisches Unrecht.

Kurz und knapp gefragt: Worum geht es in Ihrer Diplomarbeit? Was ist Ihr Forschungsgegenstand?

Meine Forschungsarbeit befasst sich mit der Geschichte entlang der österreichisch-tschechischen Grenze seit 1945 mit Fokus auf das Retzer Land und den Okres Znojmo.

Dabei habe ich die Arbeit in zwei Teile aufgegliedert: Teil A befasst sich mit historischen Inhalten (Vertreibung - Eiserner Vorhang - Grenzfall) und Teil B berichtet von grenzübergreifenden Wirtschafts- und Schulprojekten (z.B. die Entstehung der Excalibur City und damit verbundene Wirtschaftskonflikte mit der Retzer Gemeinde).

Wie kann es sein, dass Unrecht – wie die Benesch-Dekrete – immer noch gilt? Warum möchten tschechische Regierungen davon nicht Abstand nehmen? Expecten Sie sich hier Bewegung auf tschechischer Seite?

Die Tatsache, dass die Benesch-Dekrete immer noch gelten, hat meiner Meinung nach sogar sehr viel mit Abstandnehmen zu tun – Abstand vom Geschehen auf beiden Seiten der Grenze oder anders gesagt: Die Vertreibungsgeschichte gerät zunehmend in Vergessenheit, da sie in Schulen nicht an die Generationen danach weitergegeben wird.

Vielmehr konzentrieren sich Institutionen auf beiden Seiten der Grenze auf die Schaffung eines gemeinsamen Europas.

Erwähnenswert sind dabei jährlich stattfindende Gedenkfeiern, die sich mit der Vertreibungsgeschichte auseinandersetzen. Diese gehen mit viel Folklore und Pathos einher, wobei eine Tendenz in Richtung einer gemeinsamen tschechisch-deutschen/österreichischen Erinnerungskultur seit Mitte der 2010er Jahre zu verzeichnen ist.

Als Meilenstein des gemeinsamen Gedenkens an die Vertreibung wird seit 2015 der „Marsch der Versöhnung“ offiziell durch die Stadt Brno unterstützt.



Sie haben 14 Gedenkstätten und Projektschauplätze besucht: Wie beurteilen Sie den aktuellen Status der Gedenkpolitik? Gibt es hier einen Trend?

Bezüglich der besuchten Gedenkstätten und Schauplätzen habe ich folgende Trends verzeichnen können: Während ich auf der tschechischen Seite der Grenze in Museen und Gedenkstätten digitale Tools und Aktivitäten für Kinder und Jugendliche vor Ort vorfinden konnte, habe ich in österreichischen Gedenkstätten vorwiegend textlastig aufbereitete Inhalte erlebt, die historisches Vorwissen voraussetzen.

Für beide Länder gilt: In Museen und Gedenkstätten, die über 20 Jahre alt sind, entdeckte ich ausschließlich Informationstafeln in der jeweiligen Landessprache. Diese Museen sind demnach weniger bekannt im Nachbarland.

Wie erklären Sie es sich, dass das Bewusstsein für sudetendeutsche Geschichte im österreichischen Grenzgebiet erst jetzt – euphemistisch gesprochen – „erwacht“?

Es ist ein Phänomen in (Zeit-)Geschichte, dass einige Jahrzehnte vergehen, bis ein Thema aufgearbeitet wird. Besonders im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen und ethnischen „Säuberungen“ ist es allgemein bekannt, dass die betroffene Generation über die Ereignisse schweigt. Daneben existieren selbstverständlich auch Zeitzeugen, die ihre Erlebnisse weitergeben, doch die Zahl dieser Zeitzeugen wird mit jedem Jahr weniger. Umso wichtiger wird es, dafür zu sorgen, dass Wissen nicht verloren geht.



Wie haben Sie die Aufnahme Ihres Vortrages im Museum Retz im Oktober 2024 erlebt? Wird jetzt erst über „heiße Themen“ geredet? Immerhin, 35 Jahre, also: etwa fast zwei Generationen *nach* der Grenzöffnung? Wie sieht das Ihre Generation?

Der Vortrag im Retzer Museum war eine sehr positive Erfahrung für mich und ich freute mich darüber, dass Besucher von beiden Seiten der Grenze zu diesem Vortrag gekommen waren und im Anschluss sehr interessiert an der Diskussion teilnahmen! Besonders toll war die Zusammenarbeit mit meinem Dolmetscher Petr Eckl, der es möglich machte, den Vortrag zweisprachig abzuhalten.

In Znojmo werde ich denselben Vortrag im Februar 2025 halten. Dabei rede ich auch über „heikle Themen“, wie etwa den längst vergessenen Todesfall Josef HEINRICH, der vor über 60 Jahren in Retzbach einen Spaziergang mit seiner Familie unternommen hatte und dabei ums Leben gekommen war. Heute erinnert nichts mehr an die Zeit des „Eisernen Vorhangs“, stattdessen lädt der um 2016 errichtete Grenztisch zum gemeinsamen Treffen an der österreichisch-tschechischen Grenze ein.

Dies ist auch der Grund, warum ich meine Generation eher so erlebe, dass wenig bis gar nicht über den „Eisernen Vorhang“ diskutiert wird, da dieser nur, wenn überhaupt, durch Erzählungen bekannt ist. Deswegen empfehle ich auf jeden Fall, den Nationalpark Podyjí in Čížov zu besuchen, da dort sehr gut erhaltene Relikte des „Eisernen Vorhangs“ zu sehen und zu erleben sind, speziell, um diesen Teil der Geschichte für die Generation danach mit allen fünf Sinnen begreifbar zu machen.



Wie könnten die Retzer wie auch die Znaimer Schüler für die Geschichte, das Leben und das Wirken der Sudeten pädagogisch interessiert werden?

Wie bereits erwähnt, vertrete ich den Ansatz, dass Geschichte mit allen fünf Sinnen erlebt werden darf, soll und muss, um Schüler für den Unterricht zu begeistern.

Beispielsweise gebe ich den Schülern den Auftrag, ihre wichtigsten Habseligkeiten zu Hause zusammenzupacken, wobei das Gepäck 30 kg nicht überschreiten sollte. Sie sollen sich dabei vorstellen, dass sie ihre Heimat verlassen müssen. Dabei fallen den Kindern oft Tricks ein, um diese 30 kg-Grenze ein wenig auszuweiten, indem sie mehrere Shirts übereinander anziehen. – Die Vertriebenen haben oft dieselben Strategien angewandt.

Welche Zukunft des Zusammenlebens gibt es – zwischen Österreichern und Tschechen?

Ich hoffe, dass die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit jeder Generation besser funktioniert. Um eine solche Zukunft zu fördern, bemüht sich zum Beispiel der grenzübergreifende Kindergarten in Mitterretzbach. Dabei werden den Kindern aus dem Retzer Land und dem Okres Znojmo schon in frühester Kindheit die Kultur und Sprache des jeweils anderen Nachbarlandes kindgerecht und spielerisch vermittelt.

Und zuletzt: Wie geht die Geschichte mit Josef Heinrich eigentlich aus? Oder sollten wir das lieber nicht verraten?

Zunächst ist es mir wichtig zu sagen, dass ich als Lehrerin einen Bildungsauftrag habe und die Unterhaltung des Publikums maximal ein netter Nebeneffekt ist. Um das Spoilern sollte ich mir also nicht zu viele Gedanken machen ;)

Ich möchte so viel verraten: Josef Heinrich war aus Sicht eines tschechischen Grenzsoldaten der tschechischen Grenze zu nahe gekommen – und zwei Schüsse fielen.

Heinrich wurde im Krankenhaus Znojmo versorgt und kehrte – wider Erwarten – zwei Wochen später in einem Sarg nach Österreich zurück. Die daraus entstehenden Konsequenzen kann man in meiner Masterarbeit nachlesen.

Herzlichen Dank für das Interview, Frau Mag. Hofbauer! Bitte halten Sie uns über Ihre weitere Forschungsarbeit informiert.

In der Wiedergabe des schriftlich geführten Interviews wurden die (größtenteils gegenderte) Schreibweise Hofbauers und auch die Ortsbezeichnungen in tschechischer Sprache sowie die Anführungszeichen beibehalten – es darf angenommen werden, dass dies wohl dem Umstand geschuldet ist, dass die Universität gewisse (gegenwärtig – noch – geläufige „politisch korrekte“/„woke“) Regelungen vorgibt.

05) Schwere Gasexplosion erschüttert Znaim

Am Sonntag wurde ein historisches Wohnhaus in der südmährischen Stadt **Znaim** / Znojmo durch ausgetretenes Gas, das zu einer schweren Explosion führte, stark beschädigt. Dabei wurden acht Personen verletzt, eine davon schwer.

Der Knall war Berichten zufolge kilometerweit, also auch bis nach Österreich, zu hören. Dem Haus droht nun ein teilweiser Abriß, [laut diesem Bericht des Internet-Portals „Seznam“ \(tschechisch\)](https://www.seznamzpravy.cz/clanek/regiony-zpravy-jihomoravsky-kraj-vybuch-poskodil-bytovy-dum-ve-znojme-zraneni-jsou-od-lehkych-po-kriticka-266467).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.seznamzpravy.cz/clanek/regiony-zpravy-jihomoravsky-kraj-vybuch-poskodil-bytovy-dum-ve-znojme-zraneni-jsou-od-lehkych-po-kriticka-266467>



Ergänzung zu SdP065 – Gasexplosion in Znaim

Das am Sonntag stark beschädigte Haus in Znaim befindet sich auf der Kotkova Straße, früher Klein-Tesswitzerstraße Nr. 2. Das Wohnhaus mit einer sehr schönen Sezessions-Fassade wurde im Jahr 1902 von dem Oblaser Kaufmann **Friedrich Scheibner** gebaut. Es ist noch nicht klar, ob das Haus nach der Explosion demoliert werden muss, oder ob eine Rekonstruktion möglich ist.

Dr. Jiří Kacetl, Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Znaim/Znojmo

06) Syrer in Tschechien

Der tschechische Vizepremier und Innenminister **Vít Rakušan** (Bürgermeisterpartei Stan) erwartet, daß die Einwanderung aus Syrien nach dem Fall des Assad-Regimes auf dem derzeitigen Niveau bleiben wird. Dies sagte er gestern im Tschechischen Fernsehen (ČT). Nach Angaben von Rakušan befinden sich aktuell mehrere Dutzend Syrer auf tschechischem Gebiet.

Vor einer Woche hat Tschechien, ebenso wie andere europäische Länder, die Asylverfahren von Syrern vorerst gestoppt. Das Innenministerium prüft derzeit laut dem Minister mögliche Szenarien einer weiteren Entwicklung in Syrien. Sollte das Land für sicher erklärt werden, müsse die Europäische Union reagieren und über die Rückführung von Menschen diskutieren, die sich in Europa ohne die richtige Aufenthaltsgenehmigung aufhalten, ergänzte er. *(Quelle: Radio Prag)*

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

Ungarn (Seite E 112)

01) Busch-Trommel 2024

Die Busch-Trommel, ein Organ des **Bundes Ungarndeutscher Schulvereine**, ist eine jährlich erscheinende Beilage der Neuen Budapester Zeitung. Sie berichtet über Aktivitäten der **deutschen Minderheit Ungarns**, vor allem aus pädagogischer Sicht. [Hier sehen Sie die aktuelle Ausgabe.](#)

<https://drive.google.com/file/d/1OEthv4hNxbML8uXQz_WoLKko_4CwTI38/view>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

Serbien (Seiten E 113 bis E 116)

01) Von der Angst befreit. Studentenproteste bringen Serbien zum Brodeln.
Wie lange hält das System von Präsident Vučić?

Von Aleksandra Tomanić

Europa 07.01.2025



Silvesterprotest in Belgrad: Neues Jahr, neue Regierung? - *picture alliance / Associated Press | Darko Vojinovic*

Es sind beeindruckende Bilder, die dieser Tage aus Serbien kommen: Zehntausende Menschen verharrten in ohrenbetäubender Stille für 15 Minuten. Seit dem 1. November 2024 wird diese beeindruckende Szene immer wieder sichtbar. Kurz vor Weihnachten versammelten sich über 100 000 Menschen auf dem Slavija-Platz in Belgrad bei einer der größten Demonstrationen der Landesgeschichte. Doch ein Silvester, an dem rund um Mitternacht Zehntausende bei Minustemperaturen, dichtem Nebel und gesundheitsschädlicher Luftverschmutzung schweigend ausharrten, gab es noch nie. Tausende Bürgerinnen und Bürger folgten dem Aufruf der Studierenden und schufen mit diesem kraftvollen Akt des Gedenkens, der Empathie und des Widerstands ein symbolträchtiges Zeichen von Zusammenhalt und Solidarität.

Aber der Reihe nach: Am 1. November 2024 stürzte das Vordach des Bahnhofs in Novi Sad ein und tötete 15 Menschen. Der Bahnhof war erst kürzlich „nach europäischen Standards“ renoviert worden und wurde sogar zweimal feierlich eröffnet – selbstverständlich vor der geplanten Frist und im Beisein höchster Staatsträger. Die Regierungspartei SNS und Präsident Aleksandar Vučić inszenieren sich seit Jahren gerne als visionäre Bauherren. Trotzdem beteuerte der Präsident, dass zwar der gesamte Bahnhof renoviert worden sei, nur eben nicht das Vordach. Er forderte, die Verantwortlichen aus dem Jahr 1964 – dem Baujahr des Bahnhofs – zu suchen. Diese Aussage wurde schnell widerlegt. Und nicht nur das: Gutachten zeigen, dass das Vordach 23 Tonnen schwerer war als erlaubt.

Wie immer reagierte die Regierungspartei auf das Bürgerbegehren mit Gewalt.

In einem System, in dem Wissen geringgeschätzt und Parteiloyalität über alles gestellt wird, zählen Anstand und Institutionen offenbar wenig. Der tragische Vorfall brachte die Menschen in ihrer Verzweiflung und Fassungslosigkeit zusammen – und sie gingen auf die

Straße, um ihrer Wut Ausdruck zu verleihen. Das Stehen in Stille – freitags um 11:52 Uhr, zur Stunde des Dachsturz-Unglücks – auf Straßen und Kreuzungen im ganzen Land, ist zu einer Gedenk- und Protestform geworden. Doch wie immer reagierte die Regierungspartei auf das Bürgerbegehren mit Gewalt. Schergen wurden ausgesandt, die die Menschen verbal, physisch oder sogar direkt mit dem Auto angriffen. In einer seiner über 350 TV-Ansprachen und öffentlichen Auftritte allein im Jahr 2024 erteilte der Präsident die Erlaubnis, in die Menschenmengen zu fahren. Viele seiner Anhänger nahmen diese Einladung an. Verhaftet wurden die Bürgerinnen und Bürger, die sich wehrten – nicht die Angreifer. Ein Angriff auf Studierende der Schauspiel- und Kunstfakultät in Belgrad löste jedoch eine noch nie da gewesene Welle an Fakultätsblockaden aus. Innerhalb kürzester Zeit waren die vier größten Universitäten des Landes – Belgrad, Novi Sad, Niš und Kragujevac – vollständig blockiert. Eine solche Bewegung hatte es selbst in den 1990er Jahren, als Studierende gegen den damaligen Diktator Milošević kämpften, nicht gegeben.

Die Studierenden stellen drei Forderungen. Erstens: Die gesamte Dokumentation zur Sanierung des Bahnhofs muss öffentlich gemacht werden, und alle Verantwortlichen sollen juristisch zur Rechenschaft gezogen werden. Bislang ist das Projekt als zwischenstaatlicher Vertrag zwischen Serbien und China deklariert, was es zum Staatsgeheimnis macht und dadurch enormen Spielraum für Korruption eröffnet. Die zweite Forderung lautet, dass alle Angreifer auf Studierende und Bürgerinnen und Bürger strafrechtlich verfolgt werden müssen. Bisher bleiben diese unbehelligt, obwohl die Internetgemeinschaft sie oft binnen Stunden anhand von Fotos identifiziert. Die meisten sind nicht nur Parteifunktionäre der Regierungspartei, sondern bekleiden zudem öffentliche Ämter. Und drittens wird gefordert, dass all diejenigen Studierenden und Bürger freigelassen werden, die verhaftet wurden, und dass die Verfahren gegen sie eingestellt werden. Zahlreiche Menschen wurden für mehrere Wochen inhaftiert, nur weil sie ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnahmen und Gerechtigkeit für die 15 Toten von Novi Sad forderten. Verwahrungen von bis zu 48 Stunden werden ebenfalls regelmäßig verhängt, besonders gegen jene, die sich gegen die Schläger zur Wehr setzen.

Diese Forderungen sind an die Staatsanwaltschaft und an zuständige Institutionen gerichtet, nicht an den allmächtigen Präsidenten. Das Problem ist, dass es jene Institutionen nur noch formal gibt. Sie wurden über die letzten Jahre im Zuge des *State Capture* – des gekaperten Staates und der Machtkonzentration beim Präsidenten – vollständig ausgehöhlt. Auch zeigen sich in den letzten Wochen immer offener Elemente eines Staatsstreichs. So hielt Präsident Vučić, völlig entgegen der geltenden Rechtslage, den Vorsitz über eine Kabinettsitzung der Regierung oder versammelte die Parteiführung im Präsidentensitz.

Mit dem simplen wie revolutionären Satz „Du bist nicht zuständig“ schreiben die Studierenden gerade Geschichte. Mit der Feststellung dieser verfassungskonformen Tatsache stellen sie die gesamte politische Landschaft auf den Kopf. Bislang war der sich für alles zuständig fühlende – und sich dadurch im Widerspruch zur Verfassung befindliche – Präsident einfach hingenommen worden, in Serbien genauso [wie im Ausland](#). Doch zumindest in Serbien scheint das zu enden.

Und die Studierenden haben noch etwas gelernt. Sie haben keine Anführer, entscheiden gemeinsam im Plenum über die nächsten Schritte und sind so weniger angreifbar. Natürlich versuchen die Machtapparate der Staatssicherheit trotzdem alles nach altbewährtem Rezept, um Menschen zu diskreditieren und zu verschrecken. Auf Handys gefundene Spionagesoftware zeigt, dass auch die Staatssicherheit im 21. Jahrhundert angekommen ist. Zurzeit wirken die Versuche allerdings eher unbeholfen und haben gegenteilige Effekte. So sind etwa Fotos von Pässen zweier Studenten, die vielbeachtete Medienauftritte hatten, in regierungstreuen Medien aufgetaucht. Mit der Tatsache, dass es sich um kroatische

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Pässe handelt, wollte man die alte nationalistische Hysterie entfachen und „beweisen“, dass die Proteste aus dem Ausland gelenkt würden. Dieses Narrativ zieht aber nach über 30 Jahren im Jahr 2025 endlich nicht mehr. Zudem sind die beiden auch noch Kinder serbischer Flüchtlinge aus Kroatien, geboren Jahre nach dem Krieg – die gesamte Aktion war eher ein Bumerang. Der Ombudsmann (der Beschützer der Bürger, eine unabhängige staatliche Behörde in Serbien, die für die Untersuchung und Bearbeitung von Beschwerden von Bürgern gegen andere staatliche Einrichtungen zuständig ist) erklärte umgehend öffentlich, er sei nicht zuständig – und zeigte einmal mehr, was *State Capture* in der Praxis bedeutet. Und die serbische Internetcommunity erinnert die Öffentlichkeit daran, dass sogar der Patriarch der Serbischen Orthodoxen Kirche einen kroatischen Pass besitzt, womit die gesamte Farce wunderbar abgerundet wird.

Die studentischen Blockaden in Serbien werden mit großer Anteilnahme und Solidarität in der gesamten Region verfolgt.

Diese regionale Dimension verdient besondere Aufmerksamkeit. Die studentischen Blockaden in Serbien werden mit großer Anteilnahme und Solidarität in der gesamten Region verfolgt. Von Ljubljana bis Skopje, quer durch Kroatien und Bosnien, organisieren Studierende Solidaritätsaktionen. Die junge Generation erweist sich als bemerkenswert weise und weitgehend immun gegen die giftigen nationalistischen Narrative der Vergangenheit. Bürgerinnen und Bürger in den Nachbarstaaten können sich nicht nur mit den Forderungen, sondern auch mit dem Gefühl der allgemeinen Machtlosigkeit identifizieren.

Erst wenige Tage vor der Tragödie von Novi Sad starben in Bosnien und Herzegowina 19 Menschen bei einem Unglück in einem seit zwei Jahrzehnten illegal betriebenen Steinbruch – ohne dass jemand zur Verantwortung gezogen worden wäre. Am Neujahrstag erschütterte Montenegro erneut eine Massenschießerei, bei der zwölf Menschen ihr Leben verloren. Diese Tragödie weckte auch in Serbien schmerzhaft Erinnerungen an den Amoklauf eines 13-jährigen Schülers im Mai 2023, bei dem 19 Menschen, vor allem Kinder, getötet wurden. Die Region teilt Trauertage und Schweigeminuten häufiger, als es zu ertragen ist.

In Serbien spitzt sich die politische Krise weiter zu. Die altbewährten Einschüchterungsmethoden der Regierung haben an Wirkung verloren – die Angst ist verflogen. Nationalismus und regionale Destabilisierung greifen nicht mehr und scheinen ins Leere zu laufen. Neu im Repertoire der Regierung sind wirtschaftliche Schreckensszenarien, die Recht und Ordnung erzwingen sollen. Das steht im Widerspruch zur jüngsten Staatspropaganda, die Serbien noch als „ökonomischen Tiger“ und stolzen Gastgeber der EXPO 2027 – der nächsten großen Korruptionsparty – gepriesen hat.

Die Rufe nach einem Generalstreik werden immer lauter und könnten bald die gesamte Gesellschaft mobilisieren.

Neuwahlen würden unter den aktuellen Umständen nichts ändern, da die Wahlen seit Jahren weder frei noch demokratisch sind. Ende 2023 konnten internationale Beobachter die vielschichtige Wahlbetrugsmaschinerie erstmals umfassend dokumentieren. Das Land brodelt. Die offen zur Schau gestellte Unzufriedenheit und die immer unerträglicheren Realitätsverzerrungen der Regierung erreichen nun auch kleinere Ortschaften. Als sich Gymnasiasten und Mittelschüler den Protesten der Studierenden anschlossen, wurden die Winterferien kurzerhand vorverlegt – doch viele Schülerinnen und Schüler boykottierten die Ferien als Akt des Widerstands. Immer mehr Gewerkschaften und Berufsverbände schließen sich den Forderungen an. Die Rufe nach einem Generalstreik werden immer lauter und könnten bald die gesamte Gesellschaft mobilisieren.

Systemische politische Korruption und der Zustand eines gekaperten Staates sind das eine – das immer häufiger und offensichtlicher zutage tretende Staatsversagen ist etwas ganz anderes. In solchen Fällen gibt es auch keine Stabilität mehr, die vermeintlich auf Kosten der Demokratie erkaufte werden könnte. Bürgerinnen und Bürger auf dem gesamten Balkan, ob jung oder alt, haben dies längst erkannt. Die Frage ist, wie lange [internationale Partner noch brauchen werden](#), um diese Realität zu begreifen. Die Hoffnung auf eine andere, bessere Gesellschaft ist geweckt, und die Menschen beginnen wieder, frei durchzuatmen. Dieser frische Wind des Wandels ist den Studierenden zu verdanken, die den Funken der Veränderung entzündet haben.



Aleksandra Tomanić

Aleksandra Tomanić ist seit 2019 die Geschäftsführerin des *European Fund for the Balkans* (EFB). Im Februar 2024 wurde sie in den Vorstand der Deutschen Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) gewählt. Zuvor war sie als Senior-Beraterin bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für die deutsch-serbische Initiative für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zuständig.

<https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/von-der-angst-befreit-8006/>

Ukraine (Seiten E 117 – E 129)

01) -(P)art of the Deal. Trump strebt einen Waffenstillstand in der Ukraine an. Doch dafür muss er Putin Paroli bieten – und Kiew langfristige Unterstützung zusichern

Von Charles A. Kupchan & Michael Froman

Außen- und Sicherheitspolitik 07.01.2025



Trump kann es sich nicht leisten, gegenüber Putin nachzugeben. - *picture alliance* /Reuters/Kevin Lamarque

Noch vor seinem Amtsantritt hat Donald Trump diplomatische Bemühungen zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine eingeleitet. Nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj Anfang Dezember in Paris rief er zu einem „[sofortigen Waffenstillstand](#)“ auf. Trump bemüht sich richtigerweise um ein Ende des Krieges. Trotz einer kürzlich erfolgten Aufstockung der US-Militärhilfe und der Erlaubnis für die ukrainischen Streitkräfte, Ziele weit im Landesinneren Russlands anzugreifen, verliert die Ukraine im Osten weiterhin an Boden und leidet unter verheerenden Luftangriffen auf ihr gesamtes Staatsgebiet. Selbst wenn Russland nicht in der Lage sein sollte, die ukrainischen Streitkräfte zu besiegen, könnte ein Krieg, der sich auf unbestimmte Zeit hinzieht, die Ukraine letztendlich in einen gescheiterten Staat (*failed state*) verwandeln.

Doch während Trump versucht, die Ukraine und Russland zu einem Waffenstillstand zu drängen, sollte er einsehen, dass es in seinem eigenen politischen Interesse (sowie im nationalen Interesse Amerikas) liegt, die Ukrainer weiterhin maßgeblich zu unterstützen und ein Abkommen nur dann zu akzeptieren, wenn es zur Entstehung einer souveränen, sicheren Ukraine führt. Trump sollte aufhören, über die Beendigung der Hilfe zu reden, und stattdessen anfangen, die zwar unwillige, aber im Allgemeinen doch gehorsame Republikanische Partei davon zu überzeugen, dass eine Fortsetzung der Hilfe unerlässlich

Seite E 118 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

ist, um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen und letztlich die Bemühungen des Kremls zur Unterwerfung der Ukraine zu vereiteln. Jedes andere Ergebnis wäre eine erhebliche Bedrohung für die internationalen Interessen der USA und für Trumps Ansehen als weltweit führender Politiker.

Um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erwirken, sind langfristige Hilfszusagen der USA an die Ukraine erforderlich. Wenn der russische Präsident Wladimir Putin zu der Ansicht gelangt, dass die amerikanische Unterstützung ausläuft, hat er allen Grund, den Kampf fortzusetzen. Sollte die Verteidigung der Ukraine zusammenbrechen, würde der Anblick russischer Streitkräfte, die immer mehr Territorium einnehmen und möglicherweise mit russischen Panzern in Kiew einrollen, Trumps Hoffnungen zunichtemachen, als großer Friedensstifter betrachtet zu werden. Vielmehr stünde er am Ende mit seiner eigenen Version von Afghanistan da.

Wenn Putin allerdings weiß, dass die USA der Ukraine auf unbestimmte Zeit Hilfe zukommen lassen werden, dürfte ihm klar sein, dass er nicht gewinnen kann, und er wird sich viel eher ernsthaft um die Beendigung des Krieges bemühen. Ebenso wird die fortgesetzte Bereitstellung von US-Hilfe notwendig sein, um zu gewährleisten, dass ein Waffenstillstand ein im langfristigen Interesse der Ukraine und des Westens liegendes Ergebnis hervorbringt. Trump kann es sich nicht leisten, die Ukraine fallen zu lassen, indem er ein Abkommen unterzeichnet, welches das Land dauerhaft russischer Ausbeutung und Nötigung ausliefert.

Eine unterjochte Ukraine wäre nicht nur ein Sieg für Russland, sondern auch für China, den Iran und Nordkorea.

Eine unterjochte Ukraine wäre nicht nur ein Sieg für Russland, sondern auch für China, den Iran und Nordkorea. Angesichts der Tatsache, dass diese Länder die russische Militär aggression unterstützen, stellt der Krieg das erste gemeinsame Projekt einer entstehenden Achse der Autokratien dar. Wenn Trump die Ukraine verliert, würde das den Feinden Amerikas weiter Auftrieb geben und Zweifel an der Stärke der USA und der Dauerhaftigkeit ihrer Bündnisse aufkommen lassen. Ein schlechter Deal für die Ukraine ist auch ein schlechter Deal für Trump.

Vielmehr sollte Trump nur eine Einigung akzeptieren, die sicherstellt, dass die rund 80 Prozent des derzeit unter der Kontrolle der Regierung in Kiew stehenden Territoriums als souveräne und sichere Erfolgsgeschichte der Ukraine erhalten bleiben. Ein derartiges Ergebnis erfordert die Zusage, die Ukraine in den kommenden Jahren mit den für ihre Selbstverteidigung und den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft erforderlichen Waffen und Finanzmitteln zu versorgen.

Ein Abkommen zu erzielen, das eine stabile und sichere Ukraine schafft, könnte schwieriger sein, als Trump sich das vorstellt. Die Aufteilung des Territoriums ist dabei der einfachere Teil. Wer welches Gebiet kontrolliert, wird durch die Aufstellung der Streitkräfte zum Zeitpunkt des Waffenstillstands bestimmt. Die Frontlinie im Kampfgebiet wird wahrscheinlich die neue Grenze zwischen einer Rest-Ukraine und den etwa 20 Prozent des von russischen Streitkräften besetzten Gebiets werden.

Dabei wird es Russland aber wahrscheinlich nicht bewenden lassen. Putin könnte durchaus die Neutralität der Ukraine und eine Begrenzung der Größe ihrer Streitkräfte fordern – genau wie er es 2022 getan hat. Trump muss verstehen, dass diese Bedingungen nicht zur Debatte

stehen. Sie würden die Ukraine in unerträglicher Weise exponieren und verwundbar machen. Ob die Zukunft der Ukraine darin liegt, Nato-Mitglied zu werden oder andere Sicherheitsgarantien zu erhalten, spielt keine Rolle. Trump darf Putin kein Vetorecht über die geopolitische Ausrichtung der Ukraine einräumen.

Außerdem könnte Putin darauf bestehen, dass die USA die besetzten Teile der Ukraine formell als russisches Territorium anerkennen und die westlichen Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden. Auch hier kann es sich Trump nicht leisten, nachzugeben, denn damit würde er die gewaltsame Annexion von Territorien eines anderen Landes durch Russland legitimieren.

Ein Waffenstillstandsabkommen in der Ukraine, das auf Kosten der Geschlossenheit der Verbündeten geht, wäre ein schwerer Fehler.

Wie kurz vor seiner Invasion könnte Putin umfassendere Änderungen der europäischen Sicherheitsordnung und eine Reduzierung oder einen Abzug der alliierten Streitkräfte von der Ostflanke der Nato fordern. Auch hier muss Trump standhaft bleiben. Angesichts der anhaltenden Bedrohung, die Russland für den Westen darstellt, können es sich die USA nicht leisten, die Verteidigungsfähigkeit der Nato zu schwächen.

Schließlich muss Trump erkennen, dass er kein Abkommen mit Putin schließen kann, ohne die europäischen Verbündeten Amerikas mit ins Boot zu holen. Unabhängig davon, ob ihm die Europäische Union gefällt oder nicht, braucht er ein starkes, sicheres und geeintes Europa als leistungsfähigen Verbündeten. In einer Zeit, in der viele Länder die Führungsrolle der USA infrage stellen und mit alternativen Bündnissen liebäugeln, müssen die USA und ihre europäischen Verbündeten im Gleichschritt voranschreiten.

Ein Waffenstillstandsabkommen in der Ukraine, das auf Kosten der Geschlossenheit der Verbündeten geht, wäre ein schwerer Fehler. Ein gespaltenes atlantisches Bündnis und eine zersplitterte EU hätten zur Folge, dass die USA ohne starken europäischen Partner dastünden, den sie nicht nur zur Verteidigung gegen Russland, sondern auch zur Förderung der Stabilität in einer zunehmend unberechenbaren Welt brauchen.

Trump versucht richtigerweise, den Krieg zu beenden und Tod und Zerstörung zu stoppen. Jedoch sollte er sich bei diesem Vorhaben der Herausforderung bewusst sein, die es bedeutet, ein Abkommen zu erzielen, mit dem die Sicherheit und die Souveränität der Ukraine gewährleistet werden kann. Alles andere als ein derartiges Ergebnis würde den Gegnern Auftrieb verleihen, das transatlantische Bündnis spalten und ein schwerwiegendes Versagen der US-Diplomatie darstellen. Und das alles unter Trumps Führung.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier



Charles A. Kupchan, Washington D.C.

Charles Kupchan ist Professor für internationale Beziehungen an der *Georgetown University* und *Senior Fellow* beim *Council on Foreign Relations*. Kupchan diente als Sonderberater des Präsidenten Barack Obama und als leitender Direktor für europäische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat.



Michael Froman, New York

Michael Froman ist Präsident des *Council on Foreign Relations* (CFR).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/part-of-the-deal-8005/?utm_campaign=de_40_20250107&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Historische Warnung. Trumps „Friedens-Deal“ sieht eine Teilung der Ukraine vor – die Geschichte zeigt, dass Pläne dieser Art meist in Gewalt und Chaos enden

Von Nina L. Khrushcheva

12.12.2024



Ausmaß der Zerstörung in Butscha: Wie lange geht das Leiden in der Ukraine weiter? - *picture alliance /abaca/Yaghobzadeh Alfred*

Anders als während seiner ersten Amtszeit im Weißen Haus scheint der designierte US-Präsident Donald Trump diesmal entschlossen, viele seiner Wahlversprechen einzuhalten. Seine Kabinetternennungen – von der krenlfreundlichen Tulsi Gabbard zur Nationalen Geheimdienstkoordinatorin bis zum verschwörungsgläubigen Impfskeptiker Robert F. Kennedy Jr. als Gesundheitsminister – bestätigen Trumps Entschlossenheit, eine Kampagne der verbrannten Erde gegen die Institutionen des Landes und vermeintliche „innere Feinde“ zu führen. Und seine Siegesrede deutet darauf hin, dass er es mit dem „Beenden von Kriegen“ ernst meint – angefangen mit dem in der Ukraine.

Trump behauptet seit Langem, er werde den Krieg in der Ukraine nach seinem Amtsantritt innerhalb von 24 Stunden beenden. Über die Lösung, die Trump vorschwebt, wurde viel spekuliert, und alle diese Szenarien haben eines gemeinsam: die Zerstückelung der Ukraine. Wenn dies der Preis für den Frieden sein soll, lohnt es sich, die düstere Geschichte territorialer Teilungen zu bedenken.

Es gibt nur wenige Ereignisse, die derart langanhaltende Feindschaft hervorrufen, und noch weniger, die derart verheerende Gewalt verursacht haben. Die drei polnischen Teilungen des späten 18. Jahrhunderts stellen vielleicht die stärkste europäische Parallele zu Trumps Vision für die Ukraine dar. Angefangen in 1772 besetzten und annektierten die österreichische Habsburgermonarchie, das Königreich Preußen und das russische Zarenreich polnisches Gebiet, teilten es unter sich auf und tilgten den bis dahin flächenmäßig größten Staat Europas von der Landkarte.

Angesichts einer derartigen Unterwerfung ist gewaltsamer Widerstand nahezu unvermeidlich. Die Polen führten während der gesamten Besatzungszeit regelmäßig guerillaähnliche Aktionen durch, mit größeren Aufständen in den Jahren 1831 und 1863. Der Widerstand setzte sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein fort, vor allem durch Josef Piłsudskis mit Terrorakten gespickte Unabhängigkeitskampagnen vor dem Ersten Weltkrieg. Insbesondere die Feindseligkeit gegenüber Russland hält sich bis heute, wobei der Kreml die Gewalt der Stalin-Ära gegenüber dem polnischen Volk zu verantworten hat.

Trump behauptet seit Langem, er werde den Krieg in der Ukraine nach seinem Amtsantritt innerhalb von 24 Stunden beenden.

Frankreich hegte jahrzehntelang einen Hass auf Deutschland, weil Kaiser Wilhelm I. nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 Elsass-Lothringen in das neue Deutsche Reich eingegliedert hatte. Die Aussöhnung zwischen beiden Ländern begann erst in den 1950er Jahren mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (dem Vorläufer der heutigen Europäischen Union) und der NATO.

In ähnlicher Weise löste die Entscheidung Großbritanniens, Irland zu teilen und den größten Teil der nördlichen Provinz Ulster im Vereinigten Königreich zu behalten, einen Bürgerkrieg zwischen jenen aus, die Nordirland abtreten wollten (angeführt von Michael Collins), und jenen, die jeden Vertrag ablehnten, der Irland nicht die völlige Unabhängigkeit gewährte. Dieser grausame Krieg dauerte nur zwei Jahre, hinterließ jedoch – sowohl auf katholischer als auch auf protestantischer Seite – ein Erbe des Terrors, das erst 1998 durch das von den USA vermittelte Karfreitagsabkommen beendet wurde.

Die womöglich brutalsten Teilungen allerdings ereigneten sich in Asien im 20. Jahrhundert. Im Jahr 1932 löste das Kaiserreich Japan die Mandschurei aus der Republik China heraus und gründete den Marionettenstaat Mandschukuo. Die rücksichtslose 13-jährige Herrschaft der japanischen Kwantung-Armee – welche die Versklavung von Millionen von Menschen, perverse medizinische Experimente und das massenhafte Abschlachten von Minderheiten umfasste – wurde zu einer Art Blaupause für die Nazis in Osteuropa. Der Groll der Chinesen über die grausame Besatzung durch das kaiserliche Japan sitzt derart tief, dass sich die chinesische Führung bis heute darauf beruft, um den Widerstand gegen die Politik des modernen demokratischen Japans zu schüren.

Was die Zahl der unmittelbar durch eine Teilung verlorenen Menschen betrifft, ist jedoch nichts mit der Aufspaltung des indischen Subkontinents im Jahr 1947 nach dem Abzug der Briten in das mehrheitlich von Hindus bewohnte Indien und das mehrheitlich von Muslimen bewohnte Pakistan zu vergleichen. Diese löste eine der größten Migrationsbewegungen der Geschichte aus, die etwa 18 Millionen Menschen umfasste, wobei die Muslime nach Pakistan (einschließlich des heutigen Bangladesch) und die Hindus und Sikhs nach Indien zogen. Sektiererische Gewalt – mit Vergewaltigungen, Verbrennungen und Massenmorden – führte zum Tod von bis zu 3,4 Millionen Menschen.

In den 77 Jahren seit Aufspaltung des britischen Raj haben Indien und Pakistan vier Kriege geführt, wobei der jüngste – der sogenannte Kargil-Krieg von 1999 – stattfand, als beide Länder bereits über Atomwaffen verfügten. Eine historische Annäherung wie die zwischen Frankreich und Deutschland ist bisher nicht in Sicht.

Die Teilung Vietnams im Jahr 1954 in eine von den kommunistischen Viet Minh regierte nördliche Zone und eine von der Republik Vietnam regierte südliche Zone erwies sich als ähnlich blutig. Sie löste zwei Jahrzehnte des Krieges aus, in denen bis zu drei Millionen

Seite E 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

Vietnamesen starben. (Bemerkenswerterweise scheinen die Vietnamesen keinen Groll gegen die an ihrer nationalen Agonie beteiligten USA zu hegen, die bis zu ihrem Abzug aus Vietnam im Jahr 1975 selbst 58 000 Soldaten verloren.)

Trump scheint die bestehenden Sicherheitsverpflichtungen der USA zu verabscheuen.

Und dann ist da noch die Aufspaltung Palästinas 1947/48 in einen unabhängigen jüdischen Staat und einen unabhängigen arabischen Staat. Dieser Beschluss der Vereinten Nationen löste jahrzehntelange Feindseligkeit, Unterdrückung, Terrorismus und Kriege aus, die bis zum heutigen Tag andauern. Man braucht nur einen Blick auf die Ruinen von Gaza zu werfen, um das schreckliche Erbe der dortigen Teilung zu sehen.

Was könnte also eine Teilung der Ukraine bewirken? Die Ukrainer, die seit Februar 2022 für ihre territoriale Integrität kämpfen, haben dabei Mut und Dynamik bewiesen. Dies sind Qualitäten, die sie beim Wiederaufbau ihres Landes sicherlich nützlich einsetzen werden. Doch angesichts des Ausmaßes der menschlichen und wirtschaftlichen Verluste, die sie erlitten haben, wird es ihnen schwerfallen, sich stillschweigend mit der Idee einer Teilung abzufinden – insbesondere, da der russische Präsident Wladimir Putin kein Hehl aus seiner Ansicht gemacht hat, dass die Ukraine nicht lediglich ein „Nachbarland“ sei, sondern „dass die moderne Ukraine vollständig von Russland geschaffen wurde“ und daher nur unter dem Dach Russlands existieren sollte.

Was mögliche künftige Friedensverhandlungen angeht, so wissen die Ukrainer, dass die beste Chance, weitere russische Übergriffe zu verhindern, eiserne internationale Sicherheitsgarantien sind – wenn nicht gar eine sofortige NATO-Mitgliedschaft. Trump scheint die bestehenden Sicherheitsverpflichtungen der USA zu verabscheuen, doch wenn die USA keine derartigen Garantien anbieten, könnte sich das auch für Russland als schlecht erweisen.

Putin kam nach einem verheerenden Krieg und einem langwierigen Aufstand in der russischen Republik Tschetschenien an die Macht, der auch Terroranschläge tschetschenischer Separatisten in Moskau und anderen russischen Städten umfasste. Bereits 2022 haben die Ukrainer einen Guerillakrieg gegen Russland angekündigt. In Ermangelung anderer Optionen wird das Risiko dafür nur noch weiter zunehmen. Trump sollte versuchen, den Kreml von der Notwendigkeit fairer Verhandlungen zu überzeugen; andernfalls könnte Russland nach der Teilung vom Terrorismus heimgesucht werden, und zwar womöglich in größerem Ausmaß, als es sich die Tschetschenen je vorstellen konnten.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Nina L. Khrushcheva
New York

Nina L. Khrushcheva ist Professorin für Internationale Politik an der *New School* in New York und *Senior Fellow* des *World Policy Institute*. Sie ist die Urenkelin des sowjetischen Politikers Nikita Chruschtschow.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/historische-warnung-7961/?utm_campaign=de_40_20241212&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Hoffnungsschimmer. Trumps Drängen auf einen Waffenstillstand könnte eine Chance für die kriegsgebeutelte Ukraine sein. Dafür muss Europa jedoch in die Bresche springen

Von Frank Hoffer

05.12.2024



1 000 Kerzen für 1 000 Tage Leid und Krieg.- *picture alliance/Zumapress/Andreas Stroh*

Nach über 1 000 Tagen Krieg, unzähligen Toten und Verwundeten, zerstörter Infrastruktur sowie zerbombter Dörfer und Städte steht die Ukraine vor einer schwierigen Entscheidung: Entweder aus einer Position der Schwäche über einen Waffenstillstand verhandeln oder versuchen, eine entscheidende Wende auf dem Schlachtfeld zu erzwingen. Letzteres ist allerdings ohne mehr westliche Waffen und – um es einmal auszusprechen – ohne westliche Truppen kaum vorstellbar.

Trotz westlicher humanitärer, finanzieller und militärischer Hilfe verschlechtert sich die Lage der Ukraine. Gleichzeitig dreht sich [die Eskalationsspirale](#) weiter – real und verbal. Auch wenn nicht vergessen werden darf, wer diesen Krieg begonnen hat, wer Aggressor und wer Verteidiger ist, ist es in der Verlaufslogik des Krieges letztendlich nicht entscheidend, wer angefangen hat. Die Logik des Krieges verlangt nach immer mehr Soldaten und nach mehr und schwereren Waffen, solange der Feind nicht niedergedrungen ist. Und Generäle haben die Tendenz, Politikerinnen und Politikern zu versprechen, dass mit noch entschlossenerem Militäreinsatz ein Sieg möglich ist.

Die Logik des Krieges verlangt nach immer mehr Soldaten und nach mehr und schwereren Waffen, solange der Feind nicht niedergedrungen ist.

Gebremst wurde und wird die Eskalation nur, weil der Westen das [ultimative Risiko](#) eines Großkrieges bis hin zum Einsatz atomarer Waffen befürchtet. Diese Sorge beruht darauf,

dass Russland in einer ausweglosen Situation [keinen anderen Weg](#) sehen könnte, um eine drohende Niederlage abzuwenden. Befürworter uneingeschränkter Waffenlieferungen an die Ukraine ohne Einschränkungen der Angriffe mit westlichen Raketen auf russisches Territorium halten Putins Drohungen hingegen für einen Bluff. Und je länger der Krieg dauert, desto mehr schleicht sich bei den Befürwortern bedingungsloser Waffenhilfe – auch weil man sich von Putin nicht einschüchtern lassen will – eine gewisse Nonchalance gegenüber dem Risiko des Atomwaffeneinsatzes ein.

Dabei erhöht jede wirkungslose Drohung das Risiko, dass Russland irgendwann zu dem Schluss kommen könnte, den Drohungen müssen Taten folgen, um ernst genommen zu werden. Es hilft nichts, wenn man im Westen davon ausgeht, Putin wisse selbst, dass der Einsatz taktischer Atomwaffen töricht ist. Die verquere Sichtweise des Gegners ins Kalkül zu ziehen, ist ein Gebot der Vernunft. Geradezu naiv mutet da die Auffassung des Leiters der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, im [Deutschlandfunk](#) an, dass man Wladimir Putins Nukleardrohung nicht ernst nehmen müsse, weil ja China gesagt habe, es sei dagegen. Nach dem Motto: Der Westen muss keine Angst vor Putins Nukleardrohungen haben, Xi Jinping wird uns schützen.

Die Frage, ob Putin blufft oder sich irgendwann zur ultimativen Eskalation gezwungen sieht, ist für politische Entscheidungsträger eine der schwierigsten Abwägungen. Dies dürfte der wesentliche Grund sein, weshalb US-Präsident Joe Biden und in seinem Gefolge Bundeskanzler Olaf Scholz die Waffenlieferungen nur schrittweise ausgeweitet haben und keine unbegrenzte Waffenhilfe zusichern. Wie auch immer man dieses Vorgehen bewertet, die Fortsetzung dieser Politik ist keine Strategie für die Zukunft: Die Ukraine verblutet im wahrsten Sinne des Wortes vor unseren Augen und kann den Abnutzungskrieg nur noch eine begrenzte Dauer durchhalten.

Die Frage zusätzlicher Soldaten ist dabei die Achillesferse des ukrainischen Widerstands und noch dringlicher als die Frage zusätzlicher Waffen.

Die Frage zusätzlicher Soldaten ist dabei die Achillesferse des ukrainischen Widerstands und noch dringlicher als die Frage zusätzlicher Waffen. Es mehren sich die Berichte von totaler Erschöpfung der kämpfenden Truppe, massiven Rekrutierungsproblemen, [zunehmender Desertation](#) beziehungsweise Umgehung der Einberufung durch Flucht und Korruption. Im Gegensatz zu Putin hat die Ukraine keine Diktatorenfreunde, die einfach junge Menschen [an die Front und in den Tod abkommandieren können](#), ohne auf die Stimmung im eigenen Land und die Sorgen der Menschen Rücksicht nehmen zu müssen.

Soll die Ukraine siegen beziehungsweise zumindest aus einer Position der Stärke verhandeln können, erfordert dies nicht nur westliche Waffen, sondern eben auch westliche Soldaten. In [Großbritannien und Frankreich wird zwar darüber nachgedacht](#), aber dabei geht es wohl eher um Ausbilder, technische Wartung von Waffen und möglicherweise Kämpfer von privaten Sicherheitsfirmen à la Blackwater. Es ist schwer vorstellbar, dass sich bei den ukrainischen Verbündeten politische Mehrheiten finden, der Ukraine mit eigenen Truppen zu Hilfe zu kommen.

Deshalb, und angesichts der Lage an der Front und des Wahlsiegs von Donald Trump, hat sich Präsident Selenskyj offenbar entschieden, das Ziel einer vollständigen militärischen Befreiung der besetzten Gebiete aufzugeben und stattdessen einen Waffenstillstand entlang der Frontlinie bei gleichzeitiger NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ins Gespräch zu bringen. Die negative Entwicklung an der Front und Trumps erklärter Wille, den Krieg rasch zu beenden, haben Selenskyj gleichzeitig ermöglicht und gezwungen, trotz der starken

patriotischen Kräfte im eigenen Land, die weiter für das Maximalziel kämpfen wollen, einen Weg zwischen Eskalation und Kapitulation zu suchen. Die Chancen, den Krieg einzufrieren, wären 2022 nach der Befreiung von Cherson besser gewesen als jetzt, da die Ukraine aus einer Position der Schwäche heraus verhandeln muss. Umso wichtiger ist entschlossenes Handeln des Westens, damit Selenskyjs schwieriger, aber richtiger Schritt den Weg zur Rettung der Ukraine und nicht zu einem russischen Sieg ebnet.

Die Präsidentschaft von Donald Trump bietet unter Umständen eine Chance für einen Waffenstillstand.

Die Präsidentschaft von Donald Trump bietet unter Umständen eine Chance für einen Waffenstillstand. Er hat eine klare wie simple Botschaft. Putin kann wählen zwischen einem Waffenstillstand, bei dem er die eroberten Gebiete besetzt hält, aber auch die freie und unabhängige Ukraine bestehen bleibt, oder einer Verschärfung des Krieges. Niemand – auch Putin nicht – kann wissen, wie Trump reagiert, wenn Putin einen Waffenstillstand ablehnt. Mit Sicherheit kann man allerdings davon ausgehen, dass er seine Präsidentschaft nicht mit einer Niederlage beginnen möchte.

Europa sollte die Bemühungen Trumps um einen Waffenstillstand entschieden unterstützen, dabei jedoch sicherstellen, dass nicht nur die Waffen schweigen, sondern auch die Sicherheit der freien Ukraine gewährleistet wird. Angesichts der eigenen militärischen Schwäche bleibt Europa kaum eine andere Wahl, als Trump anzubieten, den Großteil der finanziellen Last zu tragen – sei es für die sicherheitspolitische Absicherung eines Waffenstillstands oder, falls dieser scheitert, für verstärkte Waffenlieferungen. Jede Lösung muss Sicherheitsgarantien für die Ukraine umfassen. Falls ein NATO-Beitritt wegen russischen Widerstands oder interner Uneinigkeit nicht realisierbar ist, müssen europäische Großmächte, in Kooperation mit den USA, glaubwürdige Sicherheitsgarantien entwickeln.

Aber gibt es auf russischer Seite überhaupt Verhandlungsbereitschaft? Ist Putin bereit, seine Maximalforderungen von *Regimechange* und Entwaffnung der Ukraine aufzugeben? Ob die Aussicht auf einen Waffenstillstand die Stimmung in der russischen Bevölkerung verändert und Kritik am Krieg lauter wird, bleibt von außen schwer einzuschätzen. Inwieweit mehr oder weniger neutrale Staaten wie Indien, Brasilien und Südafrika und selbst China Russland angesichts des ukrainischen Vorschlags zu Verhandlungen drängen, bleibt abzuwarten. Selenskyjs Vorschlag bietet Putin die Chance, den verlustreichen und teuren Krieg zu beenden. Doch die Unberechenbarkeit Trumps könnte für Putin ein abschreckendes Risiko sein. Klar ist: Ein Waffenstillstand ist nur denkbar, wenn Putin nicht glaubt, dass die Ukraine bald kapitulieren muss. Europa muss daher unmissverständlich seine Unterstützung für die Ukraine demonstrieren.

Trump bietet Schutz vor Putin, wenn überhaupt, nur gegen Cash.

Dafür wird Europa Hunderte Milliarden mobilisieren müssen, denn Trump bietet Schutz vor Putin, wenn überhaupt, nur gegen Cash. Die Solidarität mit der Ukraine durch Einsparungen bei Infrastruktur, Klimawandel und sozialer Gerechtigkeit zu finanzieren, würde Wasser auf die Mühlen derer geben, die den Krieg beendet sehen wollen, egal was dabei aus der Ukraine wird. Für Deutschland bedeutet dies daher entweder eine Aussetzung der Schuldenbremse oder eine Erhöhung der Staatseinnahmen, etwa durch eine einmalige zehnprozentige Freiheitsabgabe auf Vermögen über einer Million Euro.

Der Preis eines Waffenstillstands auf der Basis der militärischen Realitäten wäre dreifach: Die Ukraine verliert zumindest vorübergehend 20 Prozent ihres Territoriums, Europa zahlt

viele Milliarden für US-Militärhilfe, und Donald Trump, der wohl gefährlichste Feind der amerikanischen Demokratie, erzielt einen außenpolitischen Triumph. Trotz dieser Kosten bleibt dies der beste Hoffnungsschimmer zwischen Kapitulation und Armageddon.



Frank Hoffer

Dr. Frank Hoffer ist ehemaliger Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und *Associate Fellow* an der *Global Labour University Online Academy*. Zuvor war er als Sozialreferent in der Deutschen Botschaft in Moskau und Minsk sowie als Geschäftsführer der Initiative ACT tätig, die sich für existenzsichernde Löhne in der Textilindustrie einsetzt.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/hoffnungsschimmer-1-7958/?utm_campaign=de_40_20241205&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Im Fadenkreuz. Mit Trump im Weißen Haus rückt ein Deal in der Ukraine näher. Osteuropa würde dies in ernsthafte Gefahr bringen

Von Michał Kranz

02.12.2024



Kann Polen die Verteidigung der EU schultern? - *picture alliance / NurPhoto | Klaudia Radecka*

Im vergangenen Jahr fragten mich in Warschau Menschen sowohl aus Polen als auch aus der Ukraine, wenn sie hörten, dass ich in den USA aufgewachsen bin, fast immer als Erstes, wer meiner Meinung nach die Wahl 2024 gewinnen würde. Die nächste Frage war dann immer, ob ein Trump, wenn er gewänne, die Ukraine und Osteuropa wirklich den Russen

preisgeben würde. In den ersten Tagen nach Trumps Wahlsieg war diese Sorge unter meinen polnischen Freunden und Angehörigen deutlich zu spüren. Doch nachdem monatelang gewarnt worden ist, eine Rückkehr von Donald Trump an die Macht würde apokalyptische Folgen für die Ukraine und die NATO-Ostflanke haben, gibt es jetzt an Europas Grenze zu Russland eine neue Devise: Verfallt nicht in Panik, sondern bereitet euch vor.

Das wahrscheinliche Ende des Krieges in der Ukraine während Trumps erstem Amtsjahr wird nur die Spitze des Eisbergs der Veränderungen sein, die sich in Osteuropa abzeichnen. Die Staaten in der Region, allen voran Polen und die baltischen Staaten, stellen sich bereits ein Szenario vor, das über die Ukraine hinausreicht und so aussieht, dass Russland seine Kriegsmaschinerie schon bald direkt an der NATO-Ostflanke in Aktion setzen könnte, die ohne solide amerikanische Sicherheitsgarantien verwundbarer wäre denn je. Und doch bietet die angespannte Situation Osteuropa unerwartete Chancen. Ohne Amerikas Führungsrolle und seine oftmals einschränkende Einflussnahme hat Osteuropa die Chance, seine eigene künftige Verteidigungsstrategie zu überdenken, die Fortschritte der Nachkriegswirtschaftsordnung in der Ukraine zu nutzen und Westeuropa endlich dazu zu zwingen, sich den Realitäten der multipolaren Welt voll und ganz zu stellen.

Wir erleben derzeit eine grundlegende Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Osteuropa.

Mit anderen Worten: Wir erleben derzeit eine grundlegende Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Osteuropa. In naher Zukunft werden Polen und die baltischen Staaten nicht umhinkommen, in die Bresche zu springen und sich stärker als bisher in Europa zu positionieren. Denn sie blicken in die Gewehrläufe eines Russlands, das durch einen De-facto-Triumph in der Ukraine und die schwächer werdenden amerikanischen Sicherheitsgarantien in Europa erst recht gestärkt wird. Unterdessen sieht sich die Ukraine mit dem schlimmsten anzunehmenden Szenario konfrontiert, da die USA den Unterstützungshahn vermutlich zudrehen werden. Dann muss Europa gezwungenermaßen zum ersten Mal seit Generationen die Verteidigung der Ukraine und seine eigene Verteidigung selbst in die Hand nehmen.

Die Chancen, dass Trump seine Meinung zur Militärhilfe für die Ukraine ändern und auch weiterhin Mittel für die Verteidigung des Landes bereitstellen wird, stehen leider sehr schlecht. Die Ukraine wird wohl an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Die europäischen, von Polen angeführten Bemühungen, das ukrainische Militär weiterhin zu unterstützen, werden das Unvermeidliche bestenfalls hinauszögern, und die Biden-Regierung ist sich dessen bewusst. Jüngste Kursänderungen wie die Freigabe von Langstreckenraketen vom Typ ATACMS, die von der Ukraine für Schläge gegen russisches Territorium genutzt werden können, und die [Lieferung von Antipersonenminen](#) sollen der Ukraine vor allem helfen, sich vor den Verhandlungen eine möglichst günstige Position zu sichern und zumindest ein Mindestmaß an Abschreckung gegen künftige russische Aggressionen aufbieten zu können.

Fast erübrigt es sich zu erwähnen, dass jedes Friedensabkommen wohl auf die dauerhafte Annexion der gegenwärtig von Russland besetzten Gebiete hinausläuft und die Ukraine dazu zwingen wird, ihre Ambitionen auf einen NATO-Beitritt aufzugeben. Mit anderen Worten: Es wäre ein Sieg für Russland. Aber selbst dann bleibt noch vieles offen in der Frage, wie ein solcher „Frieden“ konkret aussehen würde und wie die Ukraine vermeiden könnte, von Russland auf Dauer geschluckt zu werden. Laut einem [Bericht des Wall Street Journal](#) sieht der zentrale Plan von Trumps Übergangsteam vor, die Ukraine auf eine Zusage zu verpflichten, in den nächsten 20 Jahren nicht der NATO beizutreten. Die konti-

nuierliche Lieferung von US-Waffen soll dann Russland von künftigen Angriffen abschrecken, und eine Art europäische Friedenstruppe soll die entmilitarisierte Zone überwachen, in der die Kämpfe eingestellt werden.

Ein solcher Plan kommt Polen sehr gelegen, da der polnische Präsident Andrzej Duda im vergangenen Jahr vorgeschlagen hat, [polnische Truppen im Rahmen von Friedensbemühungen in der Ukraine zu stationieren](#). Inzwischen ist Polen gut aufgestellt, um von den Wiederaufbaubemühungen nach dem Krieg [enorm zu profitieren](#). 3 000 polnische Unternehmen haben sich bei der polnischen Investitions- und Handelsagentur (PAIH) registrieren lassen, weil sie am Wiederaufbau der Ukraine mitwirken wollen. Wenn Polen sich daran beteiligt, die Sicherheit in der Ukraine vor Ort zu gewährleisten, birgt das natürlich ein erhebliches Risiko, da es das Land einem Konflikt mit Russland umso näherbringt. Doch auf genau diese Rolle bereitet die polnische Führung das Militär des Landes seit Jahren vor.

Die Osteuropäer wissen jedoch, dass es im Falle eines russischen Angriffs an ihnen wäre, die Stellung zu halten.

Die Staats- und Regierungschefs Osteuropas befinden sich nach eigener Einschätzung im Fadenkreuz Russlands – egal, wie sie sich verhalten. Eine aktive Verteidigung muss also an oberster Stelle stehen. Staats- und Regierungschefs von weiter westlich gelegenen Ländern Europas kommen zögerlich zu demselben Schluss und haben kürzlich zugesagt, nicht nur in die nationalen Verteidigungsausgaben, sondern auch in den Ausbau der europäischen Rüstungsindustrie zu investieren. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, Putin werde sich mit einer Verhandlungslösung in der Ukraine zufriedengeben. Im Gegenteil: Mit dem Rückenwind eines Sieges in der Ukraine und mit einer US-Führung, die nicht bereit ist, sich über das absolute Minimum hinaus militärisch in Europa zu engagieren, könnte Putin durchaus zu dem Schluss kommen, dass die Zeit reif ist für eine weiter gehende Wiederherstellung der sowjetischen Einflussphäre. Westeuropa tut schrittweise mehr, um gerüstet zu sein, und [Frankreich zum Beispiel liegt im Zeitplan](#) bei seinen Bemühungen, die Verteidigungsausgaben in diesem Jahr auf die von der NATO vorgegebenen zwei Prozent des BIP zu steigern. Die Osteuropäer wissen jedoch, dass es im Falle eines russischen Angriffs an ihnen wäre, die Stellung zu halten. Polen verfügt derzeit über die drittgrößte Armee der NATO, und wenn die ukrainische Armee die russischen Streitkräfte fast drei Jahre lang in Schach halten konnte, kann das robustere und technologisch fortschrittlichere Militär Polens hoffentlich dasselbe leisten.

Es kann gar nicht genug betont werden, wie ungewiss die Sicherheit Osteuropas durch Trumps Wahl schlagartig wird. Ein vollständiger Rückzug der USA aus der NATO ist weniger wahrscheinlich, als es die weit verbreitete Diskussion nahelegen könnte, denn die jüngst erfolgte, richtungsweisende [Eröffnung eines US-Stützpunktes in Polen](#) und die Bemühungen, die amerikanische Militärhilfe für die Ukraine und die NATO „Trump-sicher“ zu machen, werden es Trump erschweren, sich vollständig aus dem Bündnis zurückzuziehen. Doch nachdem Russland seine Nukleardoktrin aktualisiert, eine [ballistische Rakete](#), die nuklear bestückt werden kann, auf die Ukraine abgefeuert und letzte Woche die neue US-Basis in Polen auf seine [Liste potenzieller Ziele](#) gesetzt hat, glaubt Putin offenbar, dass er die Oberhand hat – und dass Europa nicht willens oder in der Lage ist, die eigene Ostgrenze wirksam zu verteidigen.

Da Trump in wenigen Monaten das gesamte regionale Gefüge verändern könnte, bemüht sich der Osten der NATO, die Folgen abzumildern. Das bringt vor allem Polen in die Bredouille, denn es muss nicht nur seine Bedeutung als aufstrebende Militärmacht unter

Beweis stellen, sondern auch mit Ländern wie Rumänien, Schweden, den baltischen Staaten und der bedrängten Ukraine zusammenarbeiten, um Moskau gemeinsam in Schach zu halten. Vor allem aber ist dies eine Feuerprobe für Europa. Jahrzehntlang konnten sich die Westeuropäer in der von den Vereinigten Staaten gebotenen Sicherheit wiegen und sich pazifistischen Visionen hingeben. Diese Illusion mussten zuerst die an Putins Russland angrenzenden Staaten aufgeben, aber Europa steht jetzt am gleichen Scheideweg: Entweder räumt Europa der Sicherheit höchste Priorität ein und beschreitet einen unabhängigen Weg in der Verteidigungspolitik – oder es lässt Putin weiterhin freie Hand.

Dieser Artikel erschien zuerst im US-Onlinemagazin [Persuasion](#).

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Michał Kranz, Warschau

Michał Kranz ist freiberuflicher Journalist, der über Politik in den Vereinigten Staaten, im Nahen Osten und in Osteuropa berichtet hat. Er hat für eine Vielzahl internationaler englischsprachiger Publikationen Originalbeiträge in Form von Print-, Foto- und Videonachrichten aus der Ukraine, dem Libanon, Polen und New York City produziert.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/im-fadenkreuz-7953/?utm_campaign=de_40_20241202&utm_medium=email&utm_source=newsletter

R u s s l a n d (Seiten E 130 – E 133)

01) Viel Öl, wenig Feuer? Russlands Kriegsmaschinerie ist auf Erdöl-Einnahmen angewiesen. Ein sich anbahnender Preiskrieg könnte Moskaus Schlagkraft empfindlich treffen

Von Luke Cooper

02.12.2024



Der Verkauf von Erdöl schmiert die russische Kriegsmaschine. Doch wie lange noch? - picture alliance / AA | Pavel Pavlov

Saudi-Arabiens [Entscheidung](#), die Öllieferungen auszuweiten, obwohl die globale Nachfrage sinkt, könnte sich als schwerer Schlag für Russlands Kriegsanstrengungen erweisen. Moskau verkauft sein Öl bereits zu reduzierten Preisen – bei vergleichsweise hohen Produktionskosten. Niedrige Preise auf den Ölmärkten könnten sich auf die finanziellen Spielräume Russlands für seinen Angriffskrieg in der Ukraine auswirken.

Es ist nicht das erste Mal, dass Russland und Saudi-Arabien in Bezug auf Öl aneinandergeraten: Zu Beginn der Covid-Pandemie startete Russland für einen kurzen [Zeitraum von etwa einem Monat](#) einen wahnwitzigen Preiskrieg, indem es die Produktion erhöhte, während die Welt in den ersten Lockdown ging. Als Saudi-Arabien reagierte und sein Angebot ebenfalls ausweitete, brach der Ölpreis ein. Das Ende dieser Preisspirale nach unten kann als Beispiel dafür angesehen werden, wie stark die Geopolitik die Ölmärkte tatsächlich beeinflusst: Denn Auslöser für die Verhandlungen, mit denen die Krise letztlich beigelegt wurde, war angeblich die [Drohung](#) des damaligen US-Präsidenten Donald Trump, Saudi-Arabien die amerikanische Militärhilfe zu entziehen. Unter diesem geopolitischen Druck und der einbrechenden Marktnachfrage, die einen Preiskrieg für alle Parteien potenziell ruinös zu machen drohte, lenkten Russland und Saudi-Arabien schließlich ein. Die beiden Länder einigten sich auf Angebotseinschnitte, die zur Stabilisierung der Weltmarktpreise erforderlich waren.

Wie die Cambridge-Professorin Helen Thompson in ihrem Buch [Disorder: Hard Times in the 21st Century](#) darlegt, war auch das Öl-Überangebot in den Jahren 2014 bis 2016 durch die Konkurrenz zwischen den USA, Russland und Saudi-Arabien geprägt. Damals erhöhte

Saudi-Arabien das Ölangebot auf dem Weltmarkt, ebenfalls zu einer Zeit sinkender Nachfrage. Grund dafür war einerseits das ökonomisch motivierte Ziel, US-Investitionen in heimisches Schieferöl unattraktiv zu machen, andererseits das geopolitische Ziel, Russland und den Iran unter Druck zu setzen, ihre jeweilige Unterstützung für das Assad-Regime in Syrien einzustellen. Aus dieser Episode lässt sich für die heutige Situation zunächst festhalten: Die Tatsache, dass Russland die damalige ökonomische Krise – die durch die Kombination aus westlichen Sanktionen und der Ausweitung des saudischen Ölangebots verursacht wurde – überstehen, das Assad-Regime an der Macht halten sowie die besetzten Gebiete im Süden und Osten der Ukraine sichern konnte, ist eine Warnung, dass die gegenwärtige Wirtschaftslage sich für Putins Regime nicht unbedingt als problematisch erweisen muss.

Allerdings sieht sich Russland heute sowohl viel härteren Sanktionen (die praktisch zum Ausschluss aus der westlichen Handels- und Finanzordnung geführt haben) als auch einem sehr kostspieligen, deutlich umfassenderen Krieg gegen die Ukraine gegenüber. Daher kann angenommen werden, dass die Lage Ende 2024 eine weitaus ernstere Herausforderung für die Regierung in Moskau darstellen wird als 2014 bis 2016.

Trends auf dem globalen Ölmarkt wirken sich auf Entscheidungen in Russland aus.

Trends auf dem globalen Ölmarkt wirken sich auf Entscheidungen in Russland aus. Die [Internationale Energieagentur geht davon aus](#), dass die weltweiten Förderkapazitäten im Jahr 2030 die Nachfrage um etwa acht Millionen Barrel pro Tag übersteigen werden. Die Organisation spricht von einer „erstaunlichen“ und (mit Ausnahme der Pandemiezeit) „beispiellosen“ Situation. Dabei liegen die Ölquellen im Iran und in den Golfstaaten nah an der Erdoberfläche, was eine kostengünstige Förderung ermöglicht. Somit können diese Staaten fallende Ölpreise besser verkraften. Auch bei Investitionen in [neue Bohrprojekte](#) haben sie wirtschaftlich deutliche Vorteile gegenüber der internationalen Konkurrenz in Russland oder den Vereinigten Staaten.

Indem es sich mit den jüngsten Ankündigungen nun in eine wettbewerbsfähigere Lage bewegt, bedroht Saudi-Arabien einerseits die teurere Produktion der USA, erkennt aber auch indirekt an, dass die OPEC+-Gruppe nur noch über eine verminderte Preissetzungsmacht verfügt. Für Russland sind beides keine guten Nachrichten. Denn im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten hat Russland eine stark vom Öl abhängige Wirtschaft, die von der bisherigen Kartellmacht der OPEC+ profitierte. Und anders als in Saudi-Arabien ist die Förderung russischen Öls alles andere als billig. Moskau ist daher recht schlecht gerüstet, um global niedrigere Preise zu verkraften. Dadurch entsteht auch eine gewisse Eskalationslogik für Russlands Krieg gegen die Ukraine: Moskau braucht schnelle Erfolge auf dem Schlachtfeld, bevor eine Niedrigpreissituation auf den Ölmärkten entsteht.

Moskau braucht schnelle Erfolge auf dem Schlachtfeld, bevor eine Niedrigpreissituation auf den Ölmärkten entsteht.

Die erfolgreiche Anpassung der russischen Binnenwirtschaft an den Kriegszustand ist ein wichtiger Aspekt mit Blick auf die Invasion in der Ukraine. Der russische Staat hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die Wolodymyr Ischtschenko, Ilja Matwejew und Oleg Schurawlow als „[militärischen Keynesianismus](#)“ bezeichnen. Kurz gesagt bedeutet dies, dass kriegsbedingte Ausgaben die heimische wirtschaftliche Nachfrage ankurbeln: Die drei Forscher weisen insbesondere auf die wichtigen Verteilungseffekte des Krieges in Bezug auf Lohnsteigerungen und industrielles Wachstum hin. Dies habe möglicherweise auch

Einfluss auf die Unterstützung der russischen Arbeiterklasse für den Krieg. Allerdings stoße diese „militärisch-keynesianische“ Politik auch an Grenzen, beispielsweise in Form eines akuten Arbeitskräftemangels, der wiederum die Wirtschaftsleistung einschränkt.

Wenn die russische Kriegswirtschaft in einen globalen Kontext gestellt und dabei ihre Ölabhängigkeit mit einbezogen wird, entsteht ein besseres Bild von ihren Schwachstellen. Die Sanktionen haben zwar die Beziehungen Russlands zu den westlichen Märkten zerrüttet, doch ist die russische Wirtschaft dadurch nicht komplett autark geworden. Im Gegenteil, die Einnahmen aus dem Ölexport sind weiterhin von entscheidender Bedeutung. Wie das [Oxford Institute for Energy Studies argumentiert](#), funktioniert die russische Wirtschaft in dem Sinne zweigleisig, dass sie sich unterteilen lässt in einkommensgenerierende Sektoren (von denen die Ölbranche der wichtigste ist) und einkommensabhängige Sektoren, die durch die Verteilung dieser Einkommen aufrechterhalten werden. Öl macht seit 2014 [zwischen 30 und 50 Prozent](#) der jährlichen Staatseinnahmen aus – Russland ist im Grunde ein Petrostaat. Das Putin-Regime verwaltet die [Erträge aus diesem Sektor](#) und nutzt sie zur Finanzierung der militärischen Angriffe in der Ukraine.

Die Sanktionen haben zwar die Beziehungen Russlands zu den westlichen Märkten zerrüttet, doch ist die russische Wirtschaft dadurch nicht komplett autark geworden.

Seit Beginn der umfassenden Invasion veröffentlichen die russischen Behörden keine Handelsdaten mehr. [Schätzungen des Thinktanks Bruegel](#) zufolge finanziert Moskau sein Handelsdefizit bei Gütern, die nicht aus fossilen Brennstoffen hergestellt werden, jedoch weiterhin durch den Export fossiler Brennstoffe (was insgesamt zu einem Handelsüberschuss führt). Da der Import ersterer Güter notwendig ist, um sowohl den Bedarf der russischen Bevölkerung als auch die Kriegsanstrengungen des Staates zu decken, sind möglichst hohe Einnahmen aus dem Ölverkauf von höchster Bedeutung.

Russlands Öl ist daher sowohl eine wichtige Machtressource, mit der der Angriffskrieg finanziert wird, als auch eine potenzielle Schwachstelle, da das Land bei schwankenden Preisen auf dem Weltmarkt anfällig ist. Die Invasion in der Ukraine hat Sanktionen nach sich gezogen, durch die die [Produktionskosten für das russische Regime](#) in die Höhe getrieben wurden, die Nachfrage im Westen, der auf andere Lieferanten auswich, einbrach und eine Preisobergrenze für Ölverkäufe eingeführt wurde. Russland hat daher mit höheren Kosten zu kämpfen, da es nun auf einzelnen Märkten zu reduzierten Preisen verkauft (davon profitieren vor allem [nicht-westliche Käufer](#), vor allem aus Indien und China). Bisher hat sich das Land an diese Veränderungen anpassen können. Allerdings ist es bislang auch noch nicht zu einer Situation gekommen, in der das weltweite Ölangebot die Nachfrage übersteigt.

Bei der geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung eines jeden Staates können „vermeintlich weit entfernte“ Ereignisse eine durchaus gewichtige Rolle spielen. Mit Blick auf Russland gibt es diverse denkbare Ereignisse – mit einer Vielzahl an Akteuren und Konfliktschauplätzen –, die wahrscheinlich darüber entscheiden werden, ob Moskau weiterhin Öl zu einem Preis verkaufen kann, der zur weiteren Finanzierung seines Krieges in der Ukraine erforderlich ist. Zu diesen Entwicklungen gehören die zukünftige Nachfrage nach Öl angesichts des grünen Wandels (insbesondere in China, das 2023 für vier Fünftel des weltweiten Nachfragewachstums [verantwortlich war](#)); die Frage, wie aggressiv Saudi-Arabien versucht, das weltweite Angebot an Öl auszuweiten, um der Konkurrenz Marktanteile abzuluchsen; und ob es zur weiteren Eskalation in Nahost und möglicherweise

zum Krieg zwischen Israel und dem Iran kommt. In letzterem Szenario könnte die [Straße von Hormus](#), das wohl wichtigste Nadelöhr im globalen Ölhandel, zum Kriegsschauplatz werden.

Wenn sich derartige Faktoren so entwickeln, dass es zu einem Ölpreisverfall ähnlich der Jahre 2014 bis 2016 kommt, könnte das russische Regime Schwierigkeiten haben, seine Kriegswirtschaft zu finanzieren – zumindest mit Blick auf die verteilungspolitisch „progressive“ Wirtschaftsgestaltung gegenüber der heimischen Arbeiterschaft.



Luke Cooper, London

Luke Cooper ist assoziierter Forschungsprofessor und Direktor des *PeaceRep*-Programms für die Ukraine an der *London School for Economics and Political Science*. Er arbeitet in der Forschungsgruppe Konflikt und bürgerschaftliches Engagement.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/viel-oel-wenig-feuer-7846/?utm_campaign=de_40_20241202&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Kirgisistan (Seiten E 134 – E 136)

01) Ein Haus für die deutsche Minderheit in Kirgisistan

Mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und mit Unterstützung des Mittlers Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland konnte für die **Deutsche Minderheit in Kirgisistan** eine Immobilie in der **Hauptstadt Bischkek** (ca. 1,1 Mill. Einw.) erworben werden. Über Monate hatte die Deutsche Minderheit in Zusammenarbeit mit der Projektkoordinatorin **Hanka Šolčić/Scholze** entsprechende notwendige Dokumente erstellt und nach passenden Angeboten gesucht, was schlussendlich im November dazu geführt hat, die Genehmigung für den Kauf des Hauses vom Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Bundesverwaltungsamt (BVA) zu erhalten.

[Hier geht es zum Bericht der „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“](#), die bekanntlich auch [mit dem VLÖ im „Haus der Heimat“ kooperiert](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2024

Wien, am 16. Dezember 2024

<https://www.stiftung-verbundenheit.de/blog/ein-haus-fur-die-deutsche-minderheit-in-bischkek>



13.12.2024

Ein Haus für die Deutsche Minderheit in

Mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und mit Unterstützung des Mittlers Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland konnte für die Deutsche Minderheit in Kirgisistan eine Immobilie in Bischkek erworben werden. Über Monate hatte die Deutsche Minderheit in Zusammenarbeit mit der Projektkoordinatorin Hanka Šolčić/Scholze entsprechende notwendige Dokumente erstellt und nach passenden Angeboten gesucht, was schlussendlich im November dazu geführt hat, die Genehmigung für den Kauf des Hauses vom Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Bundesverwaltungsamt (BVA) zu erhalten.



Das sich noch im Umbau befindende Gebäude wird als Hauptsitz des Deutschen Humanitären Hilfsfonds (DHHF), der Dachorganisation der dortigen Deutschen Minderheit, sowie als Begegnungsstätte dienen. Das Exekutivbüro des DHHF übernimmt die finanzielle

Seite E 136 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 855 vom 09.01.2025

und administrative Umsetzung der vom BMI geförderten Maßnahmen. Dessen Mitarbeitende entwickeln und konzipieren verschieden Veranstaltungsformate und Workshopreihen zur Förderung und Stärkung der deutschen Identität, Kultur und Sprache kirgisistanweit. So werden verschiedene Tanz-, Chor-, ethnokulturelle und Kochzirkel sowie Sprachkurse in den Begegnungsstätten den Angehörigen der Deutschen Minderheit sowie Interessierten angeboten. Wichtige Elemente bilden aber auch die gemeinsamen und generationenübergreifenden Veranstaltungen zu traditionellen deutschen Festen und Bräuchen. Mit dem neuen Gebäude in Bischkek hat die Deutsche Minderheit in Kirgisistan somit ihr eigenes Anliegen zur Durchführung der Zirkel, Zusammenkünfte der Jugendlichen und zur Veranstaltung von Festen wie Ostern und Erntedankfest drinnen und draußen auf dem Hof.

„Wir sind stolz darauf, den Erwerb eines neuen Gebäudes bekannt geben zu können, der Dank der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und der Unterstützung der Stiftung Verbundenheit möglich geworden ist. Dieser wichtige Schritt eröffnet neue Perspektiven für die Entwicklung unserer Aktivitäten und bietet mehr Möglichkeiten zur Realisierung von Projekten und zur Unterstützung unserer Initiativen. Die neuen Räumlichkeiten werden die Grundlage für weiteres Wachstum und die Stärkung unserer Bemühungen im Dienste der Gemeinschaft sein“, so der stellvertretende Geschäftsführer des DHHF, Artur Schessler.

Die Stiftung Verbundenheit bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit den Vertretern des Bundesministeriums des Innern und für Heimat sowie des Bundesverwaltungsamt und wünscht der Deutschen Minderheit einen guten Umzug in das neue Gebäude und möge das neue Kirgisisch-Deutsche Haus in Bischkek schnell zu einem Zuhause und Ort der Zusammenkunft für die Deutschen Minderheit in Kirgisistan werden.



[Sehen Sie hier ein Video auf den Social-Media-Kanälen des Volksrats der Deutschen in der Kirgisischen Republik.](#)

<https://www.stiftung-verbundenheit.de/blog/stiftung-verbundenheit-und-vloe-kooperationsvereinbarung>

siehe Seite C xxx

Rumänien (Seiten E 137 – E 144)

01) Geheimwaffe zur Spaltung. Der kometenhafte Aufstieg des rechten Kandidaten und das Wahlchaos in Rumänien bieten einige Lektionen für den Rest Europas

Von Cristian Chiscop

12.12.2024



Wer die Sozialen Medien dominiert, gewinnt: Călin Georgescu stellt die rumänische Parteienlandschaft auf den Kopf.- *picture alliance/AP/Vadim Ghirda*

Wahlen sind selten unkompliziert – zumal dann, wenn viel auf dem Spiel steht. Das gilt für Rumänien in besonderer Weise. In dem EU-Mitgliedstaat am Schwarzen Meer mit der längsten Grenze zur Ukraine, der bisher ein treuer Verbündeter der USA und ein zuverlässiges NATO-Mitglied war, macht sich nach der plötzlichen Annullierung der Präsidentschaftswahlen am vergangenen Freitag tiefe politische Verunsicherung breit.

Die Wahlen wurden für ungültig erklärt, nachdem Geheimdienste aufgedeckt hatten, dass ein „staatlicher Akteur“ sich in den Wahlprozess eingemischt hatte, um einem rechtsextremen Kandidaten den Rücken zu stärken, mit dem keiner gerechnet hatte. Allgemein wird davon ausgegangen, dass es sich bei dem staatlichen Akteur um Russland handelt. Das Verfassungsgericht schaltete sich ein und ordnete an, dass das gesamte Wahlverfahren wiederholt wird. Wäre man unter diesen Umständen den nächsten Schritt gegangen und hätte die Stichwahl abgehalten, wäre diese Stichwahl de facto zu einem verdeckten Referendum über Rumäniens prowestliche Ausrichtung geraten.

Doch die Krise ist längst nicht überwunden. Das demokratische Lager im Land ist nach den Wahlunruhen zersplittert und steht vor schwierigen Entscheidungen. Die Wirtschaft stabilisieren, die Folgen der politischen Krise abfedern, eine tragfähige parlamentarische Mehrheit bilden – das sind jetzt die wichtigsten Aufgaben.

Der Fall Rumänien liefert wertvolle Erkenntnisse für andere europäische Nationen, vor allem was die destabilisierende Wirkung von Social-Media-Plattformen wie TikTok auf demokratische Wahlen betrifft. Russland nutzt diese Plattformen, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren und politische Gräben zu vertiefen. Um diese von Russland betriebene hybride Kriegsführung einzudämmen, braucht es ein schnelles und koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Rumänien sollten nacheinander zwischen dem 24. November und dem 8. Dezember stattfinden, wobei die Parlamentswahlen zwischen den beiden Runden der Präsidentschaftswahlen angesetzt waren. Der plötzliche Aufstieg des unabhängigen Kandidaten Călin Georgescu, der noch vor Kurzem eine Randfigur war und in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen zu einem aussichtsreichen Konkurrenten wurde, löste einen Rechtsruck aus. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen, die eine Woche später stattfanden, zeigten die Schwäche der demokratischen Mitte gegenüber der radikalen Rechten, womit vor wenigen Wochen noch niemand gerechnet hatte.

Georgescus überraschender Sieg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen versetzte den traditionellen Parteien Rumäniens – den Sozialdemokraten (PSD) und den zur rechten Mitte gehörenden Nationalliberalen (PNL), die seit 2021 die Regierungskoalition bilden – einen schweren Schlag. Nicht nur unterlagen die Kandidaten beider Parteien, Premierminister Marcel Ciolacu (PSD) und Senatspräsident Nicolae Ciucă (PNL), dem Herausforderer Georgescu. Auch die Parteien verloren gegenüber den früheren Wahlen jeweils fast zehn Prozent.

Die Sozialdemokraten fuhren ihr historisch schlechtestes Ergebnis ein und erhielten 22 Prozent der Stimmen. Damit haben sie statt bisher 157 nur noch 123 Sitze im Parlament. Sie bleiben zwar stärkste politische Kraft in Rumänien, aber ob sie eine stabile Mehrheit bilden können, ist fraglich. Die Nationalliberalen verloren die Hälfte ihrer Sitze und erhielten nur 72 Mandate. Für die andere Mitte-rechts-Partei, die Union Rettet Rumänien (USR), lief es nicht besser: Sie fiel von 90 auf 59 Mandate zurück, obwohl ihre Kandidatin Elena Lasconi es in die Stichwahl um das Präsidentenamt gegen Georgescu schaffte.

Insgesamt stellen die rechtsradikalen Fraktionen fast 35 Prozent der neuen Legislative.

In krassem Gegensatz dazu stehen die Zugewinne der radikalen Rechten. Die Allianz für die Union der Rumänen (AUR) erobert mit 18 Prozent der Stimmen den zweiten Platz; zwei weitere, kleinere rechtsextreme Parteien – SOS Rumänien und die Partei der jungen Menschen (POT) – kamen erstmals über die Fünf-Prozent-Hürde. Insgesamt stellen die rechtsradikalen Fraktionen damit fast 35 Prozent der neuen Legislative.

Wer ist der rechtsextreme Kandidat, der die Politik Rumäniens durcheinanderwirbelt? Der 62-jährige Călin Georgescu ist ein selbsternannter Experte für nachhaltige Entwicklung mit Verbindungen zu jener ultra-religiösen und ultra-nationalistischen Bewegung, die 2020 auch der Allianz für die Union der Rumänen den Einzug ins Parlament ermöglichte. Georgescus Beziehung zur AUR war jedoch nur von kurzer Dauer, da einige seiner kontroversen Äußerungen selbst für diese Partei zu extrem waren.

Von manchen wegen seiner Putin-freundlichen Haltung „Kreml-Georgescu“ genannt, bindet Georgescu sich nicht mehr an eine Partei. Viele sehen darin einen entscheidenden Faktor für seinen Erfolg, weil in Rumänien das Vertrauen in politische Parteien sich auf einem

historischen Tiefstand befindet. Seine schonungslose Haltung zur Parteipolitik lässt sich in einem kurzen Satz zusammenfassen: „Die politischen Parteien sind am Ende“, lautete sein Fazit nach den Parlamentswahlen vom 1. Dezember.

Schon im April dieses Jahres hatte er gewettert: „Politische Parteien sind die Schindmähren, die man vor den goldenen Streitwagen des rumänischen Volkes gespannt hat. Es wird in diesem Land keine politischen Parteien mehr geben. Keine einzige!“ Auf Nachfrage meinte Georgescu, er habe lediglich den rumänischen Philosophen Petre Țuțea zitiert. Țuțea war Mitglied der Eisernen Garde, einer faschistischen, ultra-nationalistischen Organisation in Rumäniens Zwischenkriegszeit. Der Wortlaut des Țuțea-Zitats lässt erst recht erschauern: „Politische Parteien sind die Pferde, die den goldenen Streitwagen der rumänischen Geschichte ziehen; wenn sie zu Schindmähren geworden sind, schickt das rumänische Volk sie zum Schlachthof.“

Georgescu erteilte nicht nur der Parteipolitik eine Abfuhr, sondern stellte auch die Grundpfeiler der rumänischen Außenpolitik infrage – die Mitgliedschaft in NATO und EU sowie den Sicherheitsschirm der USA. Georgescu hält die NATO als Verteidigungsbündnis für ineffektiv. Kürzlich nannte er das Raketenabwehrsystem Deveselu Aegis Ashore, das seit 2015 auf rumänischem Territorium stationiert ist, eine „Schande für die Diplomatie“. Während andere Präsidentschaftskandidaten Rumäniens Engagement für die Ukraine bekräftigten, warb Georgescu mit dem Versprechen, „Frieden“ durch eine Annäherung an Russland zu schaffen, was zu seiner Wertschätzung für die „russische Weisheit“ in der Außenpolitik passt.

Seine Einstellung fand Zuspruch bei den Wählerinnen und Wählern, die sich zunehmend Sorgen über die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen des Krieges machen. Wegen seiner langen gemeinsamen Grenze mit der Ukraine bekommt Rumänien die Folgen des Krieges deutlich zu spüren: steigende Energiepreise, einen Zustrom von Geflüchteten und massive Störungen des Handelsverkehrs. Die Stimmung in der Öffentlichkeit kippte in den letzten Monaten, was zum Teil an den in den USA geführten Debatten über die Beendigung des Krieges in der Ukraine lag. Mit seiner populistischen Rhetorik, die durch die Wiederwahl von Donald Trump noch beflügelt wurde, konnte Georgescu aus diesen kriegsbedingten Ängsten Kapital schlagen und sich in Stellung bringen als eine Stimme, die den Status quo infrage stellt.

Georgescus überraschender Aufstieg wirft ein Schlaglicht auf die tiefe Spaltung der rumänischen Gesellschaft.

Georgescus überraschender Aufstieg wirft ein Schlaglicht auf die tiefe Spaltung der rumänischen Gesellschaft und auf die wachsende Enttäuschung über das politische und wirtschaftliche Establishment. Besonders großen Rückhalt genießt er bei den Wählerinnen und Wählern in ländlichen und wirtschaftlich benachteiligten Regionen, die sich seit den postkommunistischen Reformen vernachlässigt fühlen. In einer [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#) wurden diese Gebiete 2021 als „ländliche Altindustrieregionen mit erheblichen sozioökonomischen Problemen“ beschrieben, in denen viele Bewohner den Übergang zu Demokratie und Kapitalismus als frustrierend, demütigend und ungerecht erlebt haben.

In diesen Regionen kam Georgescus Wahlprogramm „Nahrung, Wasser, Energie“ bei der Wählerschaft gut an. Das Programm sieht Maßnahmen vor, die nicht mit den EU-Normen vereinbar sind, wie zum Beispiel Verstaatlichungen und Steuervergünstigungen für einheimische Unternehmen. Bei Kleinbauern und Firmeninhabern, die mit steigenden Produktionskosten und der Konkurrenz durch billige Getreideimporte aus der Ukraine zu kämpfen haben, stießen diese Pläne auf Zustimmung. Für zusätzlichen Unmut sorgten die

als Belastung empfundenen Umweltvorschriften der EU. Wie groß die Unzufriedenheit ist, zeigten die Proteste zu Beginn dieses Jahres, bei denen rumänische Landwirte Grenzübergänge zur Ukraine und zu Moldawien blockierten.

Georgescu Rhetorik stieß auch bei Rumänen, die im Ausland arbeiten, auf offene Ohren, weil viele von ihnen sich vom Staat im Stich gelassen fühlen. Seit Jahrzehnten profitieren die urbanen Zentren überproportional stark von EU-Mitteln und ausländischen Investitionen, während die Randgebiete sich selbst überlassen blieben. Dementsprechend brachte Georgescu sich als Fürsprecher der vergessenen Mehrheit in Position und gab denjenigen eine Stimme, die sich von der postkommunistischen Erfolgsgeschichte Rumäniens ausgeschlossen fühlen.

Die „Geheimwaffe“, die Georgescu ins politische Rampenlicht beförderte, war TikTok.

Die „Geheimwaffe“, die Georgescu ins politische Rampenlicht beförderte, war TikTok. Noch wenige Wochen vor den Wahlen war er der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt, doch seine verdeckte TikTok-Kampagne verschaffte ihm innerhalb weniger Tage eine enorme Reichweite. Laut Dokumenten, die der rumänische Geheimdienst freigegeben hat, wurde Georgescus TikTok-Netzwerk mit 25 000 Accounts angeblich von einem „staatlichen Akteur“ massiv unterstützt. Auffällig ist, dass rund 800 dieser Konten bereits 2016 eingerichtet worden waren und bis zwei Wochen vor den Wahlen weitestgehend inaktiv blieben. Das zeigt, wie anfällig die heutige Politik für Manipulationen mit Hilfe von Social-Media-Plattformen ist.

Die Beliebtheit von TikTok in Rumänien – 47 Prozent der Bevölkerung haben ein Konto – macht die Plattform zu einem mächtigen Instrument. Zum Vergleich: In Frankreich haben nur 36 Prozent der Bevölkerung ein Konto bei [TikTok](#), in Deutschland sind es weniger als 27 Prozent. Bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wählern, die diese Plattform hauptsächlich nutzen, konnte Georgescu 30 Prozent der Stimmen für sich gewinnen – weit mehr als bei älteren Bevölkerungsgruppen. Diese Altersgruppe hat laut einer aktuellen [Jugendstudie der FES](#) die größte Angst vor Gewalt und Krieg (56 Prozent), hält Korruption für Rumäniens größtes Problem (72 Prozent) und stimmt der Aussage zu, dass für Rumänien eine starke Führungspersönlichkeit, die sich nur wenig um Parlament und Wahlen schert, gut wäre (41 Prozent).

Das ist jedoch nur ein kleiner Teilaspekt. Die sozialen Medien spielten für Georgescus Erfolg definitiv eine Rolle, weil sie ihn über Nacht aus der Bedeutungslosigkeit ins Rampenlicht beförderten. Aber es kamen weitere Faktoren hinzu, die mit dem Versagen und mit Fehlentscheidungen der etablierten Parteien zu tun haben.

Das Unvermögen der etablierten politischen Parteien Rumäniens, die Ängste, Sorgen und Beschwerden der Wählerschaft ernst zu nehmen und sich ihnen zu stellen, hat viele Wählerinnen und Wähler verprellt.

Das Unvermögen der etablierten politischen Parteien Rumäniens, die Ängste, Sorgen und Beschwerden der Wählerschaft ernst zu nehmen und sich ihnen zu stellen, hat viele Wählerinnen und Wähler verprellt. Angesichts der wachsenden Sorge über einen drohenden Konjunkturreinbruch und die sich verschlechternde Lage in der Ukraine schien die politische Führungsriege den Bezug zur Realität verloren zu haben. Obwohl sie mit einer großen Koalition regierten, gaben die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen sich im Wahlkampf vor allem mit belanglosen Kontroversen und sinnlosen Streitigkeiten ab, statt sich mit den Themen zu befassen, die die Wählerinnen und Wähler wirklich umtreiben.

In diesem ständigen Hickhack gingen die beachtlichen Erfolge der Regierung vollkommen unter, die sich durchaus sehen lassen können: enorme Fortschritte bei Infrastrukturprojekten, wie es sie in den vergangenen 20 Jahren noch nie gegeben hat, die Aufnahme Rumäniens in das US-Programm für visumfreies Einreisen und ein signifikanter Durchbruch auf dem Weg zum vollständigen Schengen-Beitritt.

Hinzu kam, dass die blassen Präsidentschaftskandidaten der etablierten Parteien bei den Wählerinnen und Wählern für Frustration sorgten, sodass viele von ihnen sich nach Alternativen umsahen. Aus Selbstüberschätzung begnügten die Sozialdemokraten sich mit einer schlampigen Wahlkampfplanung, setzten in ihrer Wahlstrategie einzig und allein auf den Kandidaten Marcel Ciolacu und gingen davon aus, dass er in der Stichwahl um das Präsidentenamt gegen den rechtsextremen AUR-Kandidaten George Simion antreten würde. Diese Strategie wurde durch Georgescus unerwarteten Aufstieg zunichtegemacht.

Zudem trug die „kompromissfreundliche Haltung“ der Sozialdemokraten gegenüber der Allianz für die Union der Rumänen – sie gründet in der von der Sozialdemokratischen Partei favorisierten transaktionalen Politik des Gebens und Nehmens – dazu bei, rechtsextreme Narrative salonfähig zu machen, die sich auf ethnischen Nationalismus und christlichen Konservatismus stützen. Dieser Kurs schwächte nicht nur das demokratische Lager, sondern schuf auch einen fruchtbaren Boden für die radikale Rechte, die dadurch an Legitimität gewann und mehr Durchschlagkraft entwickelte.

Da Rumänien mit dem größten Haushaltsdefizit seit Jahren zu kämpfen hat und die politische Verunsicherung wächst, wird es in den kommenden Wochen darauf ankommen, ob es den demokratischen Kräften gelingt, sich neu zu formieren und eine stabile Mehrheit zu bilden. Bisher haben alle Parteien des demokratischen Spektrums einschließlich der Sozialdemokraten signalisiert, dass ihnen bewusst sei, wie wichtig eine stabile Mehrheit ist. Wenn diese stabile Mehrheit nicht zustande kommt, könnten die extremistischen Kräfte weiter gestärkt und der pro-europäische Kurs des Landes destabilisiert werden.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Cristian Chiscop, Bukarest

Cristian Chiscop ist Programmkoordinator im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien und ist zuständig für den internationalen Dialog sowie politische Bildungsprogramme.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/geheimwaffe-zur-spaltung-7983/?utm_campaign=de_40_20241212&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Griechenland (Seiten E 142– E 145)

01) Zurück auf Null. Während Griechenlands Linkspartei Syriza zerfällt, planen Die Sozialdemokraten ihr Comeback. Können sie die geschwächten Konservativen herausfordern?

Von Nick Malkoutzis

Europa 23.12.2024



Die Raute hilft nicht immer: Mittlerweile ist Stefanos Kasselakis bei Syriza gescheitert.- *.picture alliance/Zumapress/Nikolas Georgiou*

Die vergangenen Monate haben das politische Gesamtbild in Griechenland maßgeblich verändert. Die sozialdemokratische Mitte-Links-Partei PASOK, die nach ihrem krisenbedingtem Absturz lange Zeit eine untergeordnete Rolle spielte, konnte sich wieder als größte Oppositionspartei etablieren. Damit hat sie die linke Syriza, von der sie einst überflügelt worden war, ins Abseits gedrängt.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni wirkten wie ein Katalysator für die politischen Verschiebungen in Griechenland. Die regierende Mitte-Rechts-Partei Nea Dimokratia verfehlte mit 28,3 Prozent klar das von Premierminister Kyriakos Mitsotakis angestrebte Ziel von 33 Prozent. Doch auch die wichtigsten Oppositionsparteien hinterließen ein schwaches Bild.

Syriza wurde mit etwas weniger als 15 Prozent zwar zweitstärkste Kraft, blieb damit jedoch weit hinter der Nea Dimokratia. Dieses Ergebnis war für viele Syriza-Mitglieder enttäuschend, da sie mit dem neuen Parteivorsitzenden Stefanos Kasselakis gehofft hatten, die Partei wieder zu einer relevanten politischen Größe zu machen.

Der frühere Goldman-Sachs-Banker und Reeder Kasselakis hatte im September 2023 den Parteivorsitz übernommen, nachdem Alexis Tsipras zurückgetreten war. Tsipras wiederum hatte die Partei 2015 auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise zur Regierungspartei gemacht und war damals Premierminister geworden. Dass die Syriza-Mitglieder mit Kasselakis einen politischen Quereinsteiger an die Spitze wählten, den politisch offenkundig wenig mit der Linken verband, war in Griechenland auch deshalb eine Überraschung, weil es in der politischen Kultur des Landes fest verankert ist, dass die Parteivorsitzenden sich durch die Parteistrukturen hocharbeiten.

Manche Unterstützer sahen in dem 36-jährigen, im Ausland ausgebildeten Kasselakis den idealen Gegenkandidaten zu Griechenlands liberalem Premierminister Kyriakos Mitsotakis. Kasselakis' Amtszeit als Parteivorsitzender war jedoch von Beginn an von erheblichen Turbulenzen geprägt. Elf Syriza-Abgeordnete traten aus der Partei aus und gründeten eine neue parlamentarische Gruppe namens „Neue Linke“. Sie warfen Kasselakis mangelnde politische Überzeugung vor und kritisierten, dass er mehr daran interessiert sei, in den Medien Aufmerksamkeit zu erregen, als sich mit inhaltlicher Parteiarbeit zu beschäftigen. Diese Vorwürfe zogen sich durch seine gesamte Zeit als Vorsitzender.

Nach der Europawahl witterten die parteiinternen Gegner von Kasselakis ihre Chance, ihn zu stürzen.

Nach der Europawahl witterten die parteiinternen Gegner von Kasselakis ihre Chance, ihn zu stürzen. Das enttäuschende Ergebnis führte zu langwierigen internen Auseinandersetzungen, an dessen Ende Kasselakis den Parteivorsitz verlor. Zu seinem Nachfolger wurde Ende November der Fraktionschef und Ex-Minister Sokratis Fomellos gekürt. Nach dem Experiment mit dem forschen Politikneuling votierten die Syriza-Mitglieder für einen Gemäßigten mit langer Parteizugehörigkeit. Diese Entscheidung führte jedoch zu einer weiteren Abspaltung. Kasselakis beschloss daraufhin, eine eigene Partei zu gründen, die er „Bewegung für Demokratie“ nannte.

Die ideologische Ausrichtung der neuen Partei ist bislang unklar, doch Kasselakis betonte, dass sich seine Bewegung nicht mit internen Prozessen und Streitigkeiten aufhalten werde. Stattdessen wolle sie sich auf die Realität konzentrieren und Wähler sowohl aus der Mitte als auch aus dem linken Spektrum ansprechen. Eine Handvoll Syriza-Abgeordnete hat sich bereits seiner neuen Bewegung angeschlossen.

Syriza ist nach den jüngsten Entwicklungen stark angeschlagen. Die Partei hat in der Wählerschaft erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt und ist in den Umfragen auf den vierten oder sogar fünften Platz abgerutscht. Nach der neuesten Abspaltung ist Syriza zudem nicht mehr die größte Oppositionspartei im Parlament. Diesen Status musste sie an die PASOK abgeben, die jetzt mehr Sitze hat als die Linken.

Die Sozialdemokraten profitierten gleich in mehrfacher Hinsicht von den Turbulenzen bei Syriza. Dass die PASOK aus den Wahlen zum Europäischen Parlament gestärkt hervorgehen würden, war dabei keineswegs selbstverständlich, da auch ihr Ergebnis nicht besonders beeindruckend war. Einige Funktionäre forderten deshalb eine Neuwahl der Parteispitze und drängten auf eine Abwahl des amtierenden Parteivorsitzenden Nikos Androulakis, der seit Ende 2021 im Amt ist und zuvor als Europaabgeordneter tätig war. Sie argumentierten, PASOK hätte stärker von der Schwäche des Syriza-Vorsitzenden Kasselakis profitieren und mehr Stimmen holen müssen, um sich klarer von der linken Konkurrenz abzusetzen.

Syriza ist nach den jüngsten Entwicklungen stark angeschlagen.

Androulakis konnte jedoch seine Position behaupten und setzte sich bei Urwahlen gegen zwei ehemalige PASOK-Minister sowie den Bürgermeister von Athen durch. Trotz seiner Wiederwahl bleiben jedoch Zweifel, ob der Politiker von der Insel Kreta über ausreichend Charisma und Dynamik verfügt, um Premierminister Kyriakos Mitsotakis ernsthaft herauszufordern. Dennoch verlief die Abstimmung über den Parteivorsitz bei PASOK deutlich geordneter und einträchtiger als bei Syriza, was die Position der Sozialdemokraten weiter gestärkt hat.

Androulakis setzt nun stärker auf Integration und hat einige seiner parteiinternen Gegner in das Strategiegremium der Partei geholt. Parallel bläst er bei einer ganzen Reihe von Themen zum Angriff gegen die Regierung. Ein besonders zentrales Thema sind die Lebenshaltungskosten. Griechenland hat sich in den vergangenen Jahren zwar wirtschaftlich erholt, aber immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass sie von den Früchten des Wachstums nicht profitieren und stattdessen für Grundgüter, Energie und Wohnen immer tiefer in die Tasche greifen müssen.

Nach den neuesten Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Alco kommt die Nea Dimokratia auf 24 Prozent, PASOK auf 15,9 Prozent und Syriza auf 7,1 Prozent. Dies zeigt deutlich, wie sehr das Bild sich in den vergangenen Monaten gewandelt hat.

Die PASOK steht in den kommenden Monaten vor der schwierigen Aufgabe, sich vor allem im Bewusstsein der Wählerinnen und Wähler als überzeugende Alternative zur Nea Dimokratia zu etablieren. Mitsotakis hat die PASOK rasch als eine neu verpackte Version von Syriza und als Verfechterin populistischer Politik bezeichnet. Dieses Etikett knüpft an das Erbe der Krisenzeit und die turbulenten Jahre der Syriza-Regierung an, was es den Sozialdemokraten erschweren könnte, sich davon zu lösen. Erste Anzeichen deuten jedoch darauf hin, dass PASOK-Chef Androulakis bestrebt ist, dieses Stigma zu vermeiden, indem er gezielt politische Vorschläge macht, die in der Öffentlichkeit auf Resonanz stoßen und bei denen die regierende Nea Dimokratia zögert, aktiv zu werden.

Allein aus Syriza sind in den letzten Jahren vier neue Parteien hervorgegangen.

Ein Beispiel dafür war die Diskussion im Vorfeld der Abstimmung über den Haushalt 2025 am 15. Dezember. PASOK schlug eine zusätzliche Steuer für griechische Banken vor, die in den vergangenen Jahren hohe Gewinne erzielt hatten. Premierminister Mitsotakis lehnte diesen Vorschlag ab, verkündete jedoch kurz darauf, dass einige der exorbitanten Transaktionsgebühren, die von griechischen Banken erhoben werden, abgeschafft würden: Ein stillschweigendes Eingeständnis, dass PASOK mit ihrem Vorschlag einen wunden Punkt getroffen hatte.

Während die Sozialdemokraten weiter versuchen werden, die regierende Nea Dimokratia unter Druck zu setzen, geht es für Syriza dagegen in der jetzigen Situation schlicht und einfach ums Überleben. Sowohl für PASOK als auch für Syriza stellt eine weitere Entwicklung eine erhebliche Herausforderung dar: Die wachsende Unzufriedenheit der Wählerschaft führt dazu, dass sich immer mehr Menschen kleineren Parteien zuwenden. Zu den Gewinnern zählen insbesondere die drei rechtsextremen Parteien, die im griechischen Parlament vertreten sind und ihre Unterstützerbasis kontinuierlich ausbauen. Gleichzeitig fragmentiert sich das linke Lager weiter, da sich die Stimmen links eingestellter Bürgerinnen und Bürger auf eine Vielzahl von Parteien verteilen.

Allein aus Syriza sind in den letzten Jahren vier neue Parteien hervorgegangen: die Neue Linke, die Bewegung für Demokratie, MeRA25 und der Kurs der Freiheit. All diese Parteien werden bei der nächsten Wahl als Konkurrenten gegeneinander antreten.

Durch die Zersplitterung reduziert sich das Wählerpotenzial, auf das PASOK und Syriza bei einem Neustart hoffen können. Beide Parteien erhoffen sich, von den Schwierigkeiten zu profitieren, mit denen Premierminister Mitsotakis derzeit zu kämpfen hat. Noch vor Kurzem schien seine dominierende Stellung unangefochten, doch mittlerweile gerät sie zunehmend ins Wanken.



Nick Malkoutzis, Athen

Nick Malkoutzis ist Gründer und Herausgeber von *MarcoPolis*, einer englischsprachigen Informationsplattform für politische und wirtschaftliche Analysen zu Griechenland mit Sitz in Athen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/zurueck-auf-null-7998/?utm_campaign=de_40_20241223&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte